

Die Deutsche revolution

Wilhelm Blos


EX LIBRIS
I. H. EPSTEIN

Die deutsche Revolution.

Die

Deutsche Revolution.

Geschichte

der

Deutschen Bewegung von 1848 und 1849.

Von

Wilhelm Blos.

Illustrirt von Otto E. Lau.

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz
1893

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Inhalts-Verzeichniß.

Seite
Vorwort 1
Der deutsche Bund 5
Der deutsche Bund 7
Aus vormärzlicher Zeit 26
Vor dem Ausbruch 59
Das Jahr 1848 67
Das Jahr 1848 69
Märzstürme 82
Die Revolution in Oesterreich 105
Die Revolution in Preußen 122
Das Vorparlament 166
Die badischen Republikaner 185
Die Lombardei, Posen und Schleswig-Holstein 207
Spießbürger und Proletarier 215
Studenten und Arbeiter in Wien 238
Das Frankfurter Parlament 251
Die preußische Vereinbarungs-Versammlung 301
Die europäische Lage 336
Wirren in Oesterreich 344
Schwarz-weiß und Schwarz-roth-gold 367
Handwerker und Arbeiter 378
Aufstand in Frankfurt am Main 392
Schwarz-gelb und Schwarz-roth-gold 417
Der Staatsstreich in Preußen 455
Beim Jahresschlusse 476
Anlagen zur Geschichte des Jahres 1848 484
I. Die Proklamation des Königs Friedrich Wilhelm IV., geschrieben in der Nacht vom 18. bis 19. März 1848 484
II. Proklamation des Königs von Preußen, vom 21. März 1848 485
III. Proklamation des Königs vom 22. März 1848, die Volksvertretung 2c. betreffend 486
IV. Struve'scher Antrag beim Vorparlament 487
Das Jahr 1849 489
Das Jahr 1849 491
Der Staatsstreich in Oesterreich und die Ungarn 497
Die Reaktion in Preußen 510
Reichsverfassung und Kaiserwahl 520
Die Verfassungs-Aufstände 534

Seite
Die süddeutsche Mairevolution 548
Ende des Verfassungswerkes 601
Niederlage der Ungarn 610
Schluß 627
Anlagen zur Geschichte des Jahres 1849 633
I. Verfassung des Deutschen Reiches 633
II. Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause . 660
III. Gesetz, betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage 664
IV. Die Standgerichte in Baden 665
V. Bemerkungen zu dem Bilde: „Das Lager von Balkersweil" . . 667
Nachtrag 668
Brief des Generals Franz Sigel an den Verfasser 668

Beilagen.

Seite
Extrablatt der Freude („Vossische Zeitung" Nr. 67, Montag, 20. März 1848) 161
Republikanischer Schuldschein 409
Robert Blum's letzter Brief 449

Verzeichniß der Porträts.

	Seite		Seite
Metternich	10	Wesendonck	175
Ferdinand I.	11	Moritz Rittinghausen	177
Friedrich Wilhelm IV.	22	Ludwig Uhland	179
Johann Jacoby	23	Jakob Venedey	181
Johannes Ronge	29	Karl Mathy	187
Lola Montez	31	Friedrich Hecker	190
Arnold Ruge	33	Theodor Mögling	191
Georg Herwegh	35	Ludwig Mieroslawski	210
Ferdinand Freiligrath	37	General von Wrangel	211
Wilhelm Weitling	41	Georg Jung	219
Moses Heß	43	Freiherr von Vincke	225
Friedrich Engels	44	Julius von Kirchmann	234
Karl Marx	45	Julius Berends	235
Karl Heinzen	60	Franz Schuselka	241
Karl Welcker	65	Franz Zitz	259
Lamartine	78	Robert Blum	267
Louis Blanc	80	Ludwig Simon	269
Ludwig I.	89	Adolf von Trützschler	271
Adam von Itzstein	101	Fürst Felix Lichnowsky	273
Ludwig Kossuth	107	Franz Raveaux	275
Liebelt	153	Heinrich von Gagern	277
Dr. Wirth	168	Erzherzog Johann	280
Gustav von Struve	171	Schmerling	293
Karl Mittermaier	174	Karl Vogt	298

	Seite
Rösler aus Oels	299
Franz Ziegler	313
Nees von Esenbeck	319
J. D. H. Temme	327
Leo Waldeck	334
J. K. Rodbertus	335
Eugen Cavaignac	339
Alfred von Windischgrätz	347
Josef von Jellachich	349
Josef Wenzel von Radetzky	359
Stein	373
Heinrich Simon	397
F. W. Schlöffel	403
Wenzel Messenhauser	425
Joseph Bem	427
Arthur Görgey	431
Julius Fröbel	449
Franz Josef I.	451
Victor von Unruh	457
Minister von Manteuffel	459
Karl d'Ester	465
Louis Napoleon	479
Josef Mazzini	493
Julius von Haynau	495
Georg Klapka	501
Heinrich Dembinski	503
Leonhard Heubner	536
Karl Todt	542
Amand Goegg	551
Lorenz Brentano	557
Johann Philipp Becker	566
Franz Sigel	573
Max Dortu	594
W. Böning	597
Gottfried Kinkel	599
Wilhelm Löwe-Calbe	603

Verzeichniß der historischen Bilder.

	Seite
Studentendemonstration auf dem Wartburgfeste	13
Ueberrumpelung der Konstablerwache in Frankfurt	19
Der Hungertyphus bei den schlesischen Webern	47
Böhmische Weber zerstören Maschinen	51
Brotkrawall in Berlin	61
Lola Montez flüchtet vor dem Volke	71
Barrikadenkampf in Paris	75
Die Pariser verbrennen den Thron der französischen Könige	79
Vor dem Ständehause in Wien	109
Zerstörung der Mauthhäuser vor Wien	115
Patrouille der Wiener Nationalgarde	119
Attake auf dem Schloßplatz zu Berlin	137
Barrikadenkampf am Köllnischen Rathhaus in Berlin	143
Kugelgießende Kinder hinter einer Barrikade in Berlin	145
Die Todten im Schloßhofe zu Berlin	149
Der Umritt des Königs in Berlin	155
Feierliches Begräbniß der gefallenen Barrikadenkämpfer	159
Einzug des Vorparlaments in die Paulskirche zu Frankfurt	169
Mathy's Vertheidigung in Mannheim	189
Tod des Generals von Gagern	195
Angriff der Bundestruppen auf das Predigerthor in Freiburg	199
Barrikadenbau bei der Rheinbrücke in Mannheim	203
Die Paulskirche zu Frankfurt	253
Einzug des Reichsverwesers in Frankfurt am Main	281
Eine Parlamentssitzung in der Paulskirche	295

		Seite
Der Zeughaussturm in Berlin		329
Tod des Grafen Lamberg in Pest		365
Barrikadenkampf in Frankfurt am Main		405
Auerswald's und Lichnowsky's Tod		407
Parlamentsdenkmünze		411
Latour's Ende		421
Kampf vor der Sophienbrücke in Wien		435
Robert Blum's Hinrichtung		447
Kossuth-Noten	452	453
Jacoby vor Friedrich Wilhelm IV.		463
Wrangel und die Bürgerwehr vor dem Schauspielhause in Berlin		469
Kossuth ruft das Volk auf		507
Das Linienschiff „Christian VIII.“ fliegt in die Luft		517
Die Kaiserdeputation vor Friedrich Wilhelm IV.		527
Barrikade an der großen Frauengasse in Dresden		537
Transport gefangener Aufständischer über die Elbbrücke in Dresden		543
Goegg spricht zu den Soldaten von dem Rathhaus in Rastatt		553
Einzug des Landes-Ausschusses in Karlsruhe		559
Abmarsch der Hanauer Turner		567
Bayerisches Militär geht zu den Aufständischen über		571
Rückzugsgefecht bei Kirchheimbolanden		577
Goegg bei den Kanonieren im Gefecht von Ubstadt		583
Gefecht bei Durlach		587
Abzug Sigel's aus dem Lager von Baltersweil		589
Kapitulation von Rastatt		591
In den Kasematten von Rastatt		593
Erschießung von Trützschler's in Mannheim		595
Sprengung des Rumpf-Parlaments in Stuttgart		607
Einnahme des Wiener Thores bei der Erstürmung Ofens		611
Flucht der Ungarn nach der Schlacht von Temesvar		615
Kossuth vergräbt die ungarischen Kroninsignien		619
Kapitulation von Vilagos		621
Die Galgen von Arad		625

Vorwort.

Die vorliegende Darstellung versucht ein Bild jener großen Bewegung zu geben, die sich in den Jahren 1848 und 1849 abgespielt und eine völlige Umgestaltung Deutschlands im Sinne der Freiheit und Einheit zum Ziele gehabt hat.

Die Geschichtschreibung unserer Zeit, zum größten Theil in den Händen literarischer Leibhusaren, ist bemüht, die Weltgeschichte zur Verherrlichung des jeweils herrschenden Systems umzumodeln und sie einzelnen „großen Männern“ auf den Leib zuzuschneiden. In diesem Sinne bezeichnet man die Bismarck'schen Schöpfungen als das Vollendetste, was die Entwickelung der deutschen Verhältnisse gezeitigt, und sucht dies damit zu begründen, daß in diesen Schöpfungen von Oben herab Alles „herrlich erfüllt“ worden sei, was unsere Väter in den Stürmen von 1848 von Unten auf erstrebt haben. Begreiflicher Weise sieht man deshalb im Zeitalter des Reservelieutenants vielfach mit souveräner Geringschätzung auf das „tolle Jahr“ 1848 zurück, in welchem das Volk nur Thorheiten gemacht haben soll, während man die guten Gedanken jener Zeit in den Einrichtungen des deutschen Reiches verwirklicht sehen will.

Dieser Auffassung tritt unsere Darstellung entgegen. Sie wird weder die Sieger überschätzen, noch die Fehler der Besiegten beschönigen. Aber sie wird auch den Beweis erbringen, daß die Volksbewegung von 1848 sich ganz andere Ziele gesteckt hatte, als im Bismarck'schen Militär- und Bureaukratenstaat verwirklicht sind. In jener Zeit handelte es sich um die Schaffung eines neuen großen deutschen Gemeinwesens, erfüllt von demokratischem Geiste und gestützt auf freiheitliche, volksthümliche Einrichtungen. Daß der märkische Junker, der Deutschland in den Sattel gehoben haben will, dasselbe erstrebt habe, ist eine Erfindung politischer Ueberläufer, eine Nothlüge, mit welcher ehemalige „Freiheitsmänner“

von 1848 ihren Anschluß an den Troß des Siegers von Sadowa und ihre Unterwerfung unter die neuen Gewalten haben beschönigen wollen.

Die deutsche Bewegung nahm einen schönen und vielversprechenden Anlauf und man schien auf dem besten Wege, ein freies und einiges Deutschland in bürgerlichem Sinne herzustellen. Dies bedeutete in der That einen großartigen Fortschritt, einen kühnen Sprung aus der Nacht bundestäglicher Tyrannei in das Sonnenlicht eines selbständigen Volksdaseins. Die bürgerliche Freiheit bedeutet nicht die Freiheit Aller; allein sie konnte damals die Bahn zur Freiheit Aller eröffnen helfen. Daß dies nicht geschah, daran war der Klassenegoismus der aufsteigenden Bourgeoisie schuld.

Die Märzbegeisterung war mächtig und großartig, eine der schönsten Epochen der deutschen Geschichte, die so arm ist an Volkstriumphen und um so reicher an Siegestagen finsterer Gewalten. Aber es gelang nicht, die Märzerrungenschaften festzuhalten; sie zerrannen dem Volke unter den Händen und die Reaktion that das Uebrige. Es mangelte den Deutschen an politischer Erfahrung und sie vertrauten die Sicherstellung ihrer Errungenschaften vollständig einem Parlament an. In dieser berühmten Versammlung zu Frankfurt am Main, der eine so große Aufgabe gestellt war, dominirten die Reaktionäre, weil sie es besser als die Demokraten verstanden, die Masse der Schwankenden, Unentschlossenen und Zaghaften mit sich fortzureißen. Die Revolution fand in ihrem Verlauf nicht hinreichend taugliches Material vor, um ihre Errungenschaften zu befestigen. In dieser Beziehung waren die Deutschen weniger glücklich als die Franzosen bei ihrer großen Umwälzung der neunziger Jahre, die aus der Masse die geeigneten Elemente emporwirbelte. Die deutsche Umwälzung von 1848 ging dazu nicht tief genug und verstattete veralteten Größen, rückständigen Elementen und bornirten Philistern zu großen Spielraum. Die deutsche Gründlichkeit, die sonst oft gut angebracht ist, ward in dieser Epoche zum Hemmschuh und das Parlament verlor seine kostbare Zeit mit bedeutungslosen Redeübungen und elenden Zänkereien. Inzwischen erlahmte die Volksbewegung, und das Parlament, das die Bürgschaft für die Neugestaltung Deutschlands übernommen, sah sich plötzlich halt- und machtlos, wie es Andere schon lange gesehen, und mußte schmählich vom Schauplatz seiner Wirksamkeit abtreten.

Nach dem Geschichtsgesetze folgt auf den Ueberschwang jeder Revolution eine Reaktion. Eine solche kam auch auf die Erhebung von 1848.

Sie war aber kein nebelgraues, geheimnißvolles Ungeheuer, wie die historischen Philister glauben, die garnicht begreifen können, woher diese Reaktion kam und wie sie kam. Sie entsprang aus den Klassengegensätzen, die sich nach den Märzstürmen klaffend aufthaten. Der bürgerliche Liberalismus hatte im Augenblick der Noth, bei den Straßenkämpfen, die Hülfe des Proletariats gern angenommen. Nach erfochtenem Siege, der zu neun Zehnteln dem arbeitenden Volke zu danken war, wollte das „honette" Bürgerthum sich auf den Trümmern der vormärzlichen Zustände neu und behaglich einrichten, das Volk aber sollte mit leeren Händen, höchstens mit einigen kläglichen Almosen, in seine Hütte, in seine Werkstatt, an seine Arbeit zurückkehren. Als das Proletariat seinerseits auch Forderungen an die neue Zeit stellte, gerieth das „honette" Bürgerthum in Schrecken und Aufregung, die Revolution ging ihm zu weit und es verband sich mit den gestürzten Gewalten, um die „Ordnung" wiederherzustellen. So entstanden jene Klassenkämpfe, aus denen die Reaktion hervorging, weil das zum ersten Mal aufstrebende Proletariat erliegen mußte und die Bewegung dadurch ihre innere Stärke verlor. Diese Kämpfe haben eine weit höhere Bedeutung, als ihnen gewöhnlich zugeschrieben wird, und sie sind darum in diesem Werke mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt worden. Zuletzt stand auch das „honette" Bürgerthum bestürzt am Grabe seiner Hoffnungen. Denn nachdem die Schleusen der Reaktion einmal geöffnet waren, verschlang sie auch seine Errungenschaften.

Aber nicht Alles ging zu Grunde. In dem Wechsel zwischen Revolution und Reaktion bleibt immer Das bestehen, was in der Zeitentwickelung begründet ist. Die Wirkungen der Bewegung von 1848 sind heute sehr wohl erkennbar und sie gipfeln in der Thatsache, daß wir seit dem „tollen Jahr" ein ganz neues politisches Leben haben, daß das Volk als solches für die ganze Entwickelung ein weit mächtigerer Faktor als in der vormärzlichen Zeit geworden ist.

Der Wechsel der Zeiten hat eine Menge von Personen, die sich an der Revolution von 1848 betheiligt, zu anderen Anschauungen bekehrt; viele darunter haben als Ueberläufer und Streber ein trauriges Beispiel politischer Charakterlosigkeit gegeben. Die vorliegende Darstellung kann sie nur nach der Rolle beurtheilen, die sie in der Bewegung selbst übernommen haben; desgleichen ist das meistens zweifelhafte Material, das der leider so üppig ins Kraut geschossene Flüchtlingskrakehl aufgehäuft hat, nur mit aller Vorsicht herangezogen worden.

Die Revolutionen alten Stils sind zu Ende; das zeigt auch der Verlauf der Bewegung von 1848. Die große soziale Bewegung der Neuzeit, so revolutionär ihr Gedankeninhalt ist, vermeidet die ausgetretenen Pfade, welche verschwundene bürgerliche Parteien beschritten haben. Sie hat sich neue Ziele gesteckt und wandelt neue Bahnen. Sie setzt die Geister in Bewegung in dem Bewußtsein, daß Wissen Macht ist. Wenn diese Arbeit zur Verbreitung historischen Wissens im Volke ihr bescheiden Theil beitragen kann, dann ist ihr Zweck erreicht.

Stuttgart, 7. Dezember 1891.

Der Verfasser.

Der deutsche Bund.

Der deutsche Bund.

Der große Kampf zwischen der französischen Revolution und den reaktionären Gewalten ging 1815 zu Ende, nachdem er nahezu ein Vierteljahrhundert Europa mit Waffenlärm und Verwüstung erfüllt hatte. Napoleon, der entartete Sohn und glückliche Erbe der großen Revolution, hatte die von ihr entfesselten Kräfte seinem Militärdespotismus dienstbar gemacht und zu einer unersättlichen Eroberungspolitik mißbraucht. Dies brachte endlich ganz Europa zumal gegen Frankreich in Waffen. Der Kaiser der Franzosen, bei Leipzig besiegt und von Elba wiedergekehrt, unterlag bei Waterloo zum zweiten Mal. Während er auf St. Helena lebendig begraben ward, gingen die verbündeten Mächte ans Werk, Europa abermals eine neue Gestalt zu geben und die von der Revolution bewirkten Veränderungen, so weit dies möglich, wieder zu beseitigen.

Das deutsche Volk war zum größten Theil mit außerordentlicher Begeisterung in den Kampf gezogen und hatte willig die schmerzlichsten Opfer an Gut und Blut gebracht. Das kam daher, daß ihm großartige Verheißungen gemacht worden waren. Man nannte den Krieg einen Freiheitskrieg; die bekannte Proklamation des Königs von Preußen vom 17. März 1813 hatte „Freiheit und die Berechtigung aller Stände, in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben," verheißen; die Wiedergeburt Deutschlands war in der russisch-preußischen Erklärung von Kalisch in Aussicht gestellt und selbst der Zar Alexander I., die Seele des großen Bundes gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich, hatte sich mit liberalen Ideen gebrüstet und hatte unzählige Male von „Freiheit" und „Vaterland" gesprochen. Der gute deutsche Patriot hat bekanntlich immer für die „Freiheit" am meisten geschwärmt, die ihm von Oben herab verheißen wurde und die gewöhnlich etwas absonderlich aussah. Die russische Liebe zum deutschen Vaterland war damals in der That außerordentlich groß, so groß, daß der gütige Alexander am liebsten ein Stück von diesem Vaterland für sich behalten hätte.

Der Krieg machte Deutschland frei von der napoleonischen Gewaltherrschaft, aber die Geschichte bezeichnet ihn mit Recht als den **Fürstenfreiheitskrieg**. Die „Freiheit," die dem Volke zu Theil ward, sah ganz so aus, wie sie aussehen mußte zu einer Zeit, da Rußland über Europas und Deutschlands Geschicke verfügte. 1803 hatte Alexander mit Napoleon Bonaparte, dem ersten Konsul der französischen Republik, die buntscheckige Musterkarte der deutschen Vaterländer nach seinem Geschmack zugeschnitten. Damals kam die Zeit heran, da Alexander mit dem ehrgeizigen Korsen die Welt zu theilen gedachte. Aber die Beiden stießen einander bald ab und Alexander stürzte den Emporkömmling, um die Welt mit seinen Verbündeten zu theilen.

Gleich nach der Schlacht von Waterloo warf Alexander die liberale Maske völlig von sich. Seine Erfolge hatten ihn berauscht und in seinem Größenwahn hielt er sich für ein „Werkzeug der Vorsehung." Er verlor sich in den Irrgängen einer frömmelnden Mystik. Da brauchte denn nur noch die halbverrückte Schwärmerin Juliane von Krüdener zu kommen, um den schon halb umdüsterten Geist des Despoten mit überspannten Projekten zu erfüllen. Sie traf 1815 in Heilbronn mit ihm zusammen, folgte ihm nach Paris und hatte ihn dort unter dem Publikum ihrer Betstunden. Diese Schwärmerin flößte ihm die Idee einer heiligen Allianz ein, zu welcher ihm den Kaiser von Oesterreich und den König von Preußen heranzuziehen gelang. Am 26. September 1815 wurde der Bund abgeschlossen, dem alle europäischen Mächte, ausgenommen England, die Türkei und der Papst, beitraten. Die Mitglieder des Bundes sollten sich gegenseitig Beistand leisten und in allen Dingen nach den Vorschriften der christlichen Liebe verfahren.*)

Der heilige Bund hielt im Namen der „christlichen Liebe" die freiheitlichen Bestrebungen der Völker nieder und suchte von den Ueberbleibseln der vorrevolutionären alten Welt zu retten, was zu retten war. Er übernahm es, die Schöpfungen des Wiener Kongresses zu behüten und zu bewahren.

Auf diesem Kongresse schnitten Diplomaten wie Metternich, Talleyrand, Nesselrode und Castlereagh die Karte von Europa neu zurecht. Unter glänzenden Lustbarkeiten und abscheulichen Intriguen wurde da über die Völker wie über Hammelheerden verfügt und alle die hohen Theilnehmer am Kampfe reichlich belohnt. Dennoch gerieth man über die Beute in

*) Vielleicht war die heilige Allianz auch keine Originalidee der Krüdener. Diese hatte zu Bönnigheim in Württemberg viel mit der sogenannten Prophetin Kummer verkehrt. Vielleicht ist die Prophetin Kummer die eigentliche Urheberin des heiligen Bundes. Die Weltgeschichte wird ja manchmal so gemacht.

Streit und wahrscheinlich wäre der Kongreß erfolglos auseinander gegangen, wenn nicht um diese Zeit Napoleon von Elba zurückgekehrt wäre. Das machte die Herren wieder einig und sie führten ihr Werk zu Ende. Deutschland erhielt bei dieser Gelegenheit eine neue „Verfassung," nämlich die sogenannte Bundesakte, durch welche Deutschland in neunundbreißig Vaterländer, darunter vier freie Städte, eingetheilt wurde. Der deutsche Bund bildete anscheinend eine Vereinigung zur Abwehr eines feindlichen Angriffs von Außen. Thatsächlich war er die Organisation der herrschenden Gewalten gegen revolutionäre, demokratische und konstitutionelle Bestrebungen. Obschon in Artikel 13 der Bundesakte gesagt war, in allen Staaten werde eine landständische Verfassung stattfinden, waren doch die konstitutionellen Bestrebungen im Bundesgebiete als „revolutionär" verpönt.

Die Staatsmänner des deutschen Bundes begriffen gar wohl, daß die Ideen der französischen Revolution, sowie die vor dem Fürstenfreiheitskriege gemachten liberalen Verheißungen nicht ohne Wirkung auf das deutsche Volk bleiben konnten. Die ungeheure Enttäuschung des Volkes nach dem Sturze Napoleons und seine Erbitterung wurden noch gesteigert dadurch, daß man die vortheilhaften Neuerungen der Franzosenzeit, wo es möglich war, beseitigte und überall das Alte wieder herstellte. So wurden u. A. verschiedene Binnenzölle, wo sie von den Franzosen abgeschafft waren, wieder eingeführt. Ebenso wurden die früheren reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Herren wieder mit Privilegien ausgestattet und als „Standesherren" mit der niederen landesherrlichen Gewalt über die Bewohner ihrer erbeigenthümlichen Länderstrecken betraut.

Das Organ dieses Bundes, der nur eine Vereinigung der Fürsten und Regierungen, nicht aber der Völker war, bildete der Bundestag, der seinen Sitz zu Frankfurt am Main hatte. In der alten verknöcherten Aristokraten- und Kapitalistenrepublik fühlten sich die Herren vom Bundestag ganz wohl. Ein halbes Jahrhundert haben sie dort getagt, nur einmal aufgescheucht aus ihrer Höhle vom Sturme der Revolution von 1848, bis sie 1866 das selbstbereitete Schicksal erreichte und die preußischen Bayonette die „Mumiensammlung" im Thurn und Taxis'schen Palais der großen Eschenheimergasse auseinander trieben. Der diesen Bayonetten die Richtung gab, Otto von Bismarck, hatte freilich lange selber unter den „Mumien" des Bundestages gesessen und er sorgte dafür, daß zwar die Form des alten deutschen Bundes zerbrach, daß aber dessen Geist zum guten Theil auch im neuen deutschen Reich erhalten blieb.

Die Thätigkeit des Bundestages ging fast ganz auf in der Sorge, die Fürstengewalt gegen freiheitliche Bestrebungen zu befestigen. Gegenüber

der allgemeinen Umwälzung und Fortentwickelung, die durch die große französische Revolution angebahnt wurde, unternahmen es die Staatsmänner des Bundestages, allem geistigen und materiellen Fortschritt in Deutschland Halt zu gebieten, wo sie die Gewalt der verbündeten Herrscher durch denselben nur im Mindesten gefährdet oder eingeschränkt glaubten. Es war eine Art Nachtwächterrolle im Großen, die dieser deutschen Zentralbehörde zugetheilt war. Ihre Diplomaten und Staatshämorrhoidarier in Frack und großer Kravatte unternahmen es, das Rad der Zeit zurück zu drehen und das Licht der neuen Ideen, das über Europa ausgestrahlt worden, mit ihren Mänteln zu verhängen. Sie erschienen als Gespenster



Metternich.

am hellen Tage. Diese Versammlung hat ihres Gleichen nicht in der Weltgeschichte und keine andere ist mit so bitterem und so wohlverdientem Spott und Hohn von allen Seiten übergossen worden, wie der hohe Bundestag zu Frankfurt am Main.

In der Politik des deutschen Bundes gab Metternich den Ton an im Einklang mit den russischen Intriguen. Der leitende Staatsmann Oesterreichs war ein entschiedener Anhänger des absolutistischen Regierungssystems und er gab sich nicht die Mühe, dies hinter liberalen Phrasen zu verbergen. Die Völker waren ihm nur ein Material, aus dem er den Bau des Absolutismus herstellen konnte. Von 1815 bis 1848 ist die Geschichte Oesterreichs nur die Geschichte Metternich's; so sehr hatte

er sich die Regierung auf den Leib zugeschnitten. Ein politisches Leben konnte sich in Oesterreich nicht entwickeln; dafür sorgten die Polizei, die Gerichte mit ihrem geheimen Verfahren und die Gefängnisse. Es gab in Oesterreich keine Presse außer der amtlichen. Die Erbrechung der Briefe auf der Post war unter Metternich eine ständige Staatseinrichtung geworden. Es gab in Oesterreich nur eine Meinung, die Meinung Metternich's; eine andere konnte nicht laut werden. Dabei blieb das Volk im Elend und die Finanzen waren so erbärmlich, daß sich Kaiser Ferdinand einmal mit den Worten darüber tröstete: „Mich und den Metternich hält's noch aus!" Der aus den verschiedenartigsten Be-



Ferdinand I.

standtheilen zusammengeleimte Staatskörper Oesterreichs blieb ein Kadaver. Die beiden Kaiser, Franz II. und Ferdinand I., von denen der eine beschränkt und boshaft, der andere beschränkt und gutmüthig war, ließen „ihren" Metternich machen, was er wollte, denn sie hatten zu ihm das Vertrauen, daß sie unter seiner Regierung durch die „Völker" nicht gestört würden in ihrem behaglichen Herrscherdasein. Während des Fürstenfreiheitskrieges sagte Franz: „Die Völker san itzt a was!" Metternich sorgte dafür, daß sie in Oesterreich nachher Nichts bedeuteten. In diesem Lande war das Volk so stumm, wie in dem Reich eines Mongolenherrschers.

Metternich galt für einen „Freund" Rußlands und Englands zugleich; schon im Jahre 1813 warf ihm Napoleon zu Dresden vor, daß er im

Solde Englands stehe. In seiner Hand liefen die Fäden der europäischen Reaktion zusammen.

In Preußen war nach dem Kriege ein Ansatz zu einer konstitutionellen Partei sichtbar geworden. Man klammerte sich an die bekannte königliche Kabinetsordre vom 22. Mai 1815, in welcher im Drang der Noth dem preußischen Volke eine aus den Provinzialständen zu bildende **Volksvertretung** in Aussicht gestellt worden war. Zudem war in der Zeit der Stein-Hardenberg'schen Reformen und des Tugendbundes etwas Selbstständigkeit und Selbstbewußtsein in das preußische Volk gekommen; daher seine Begeisterung im Kampfe gegen Napoleon. Es hoffte durch diesen Kampf sich bessere politische Zustände zu schaffen. Nachdem die heilige Allianz die große Enttäuschung gebracht, erinnerte man sich wieder an die Kabinetsordre von 1815. Diese hatte nur eine berathende Volksvertretung versprochen, allein die Konstitutionellen glaubten hier den Kern zu finden, aus dem eine wirkliche Volksvertretung emporkeimen und sich weiter entwickeln könne. Die Reaktionäre wollten von der Volksvertretung nichts wissen. Friedrich Wilhelm III. wies die Adressen, die eine Beschleunigung der Konstitutionsangelegenheit verlangten, zurück mit dem Bescheid, daß er selber den rechten Zeitpunkt zur Einführung der Volksvertretung bestimmen werde, die Urheber der Adressen aber „zweifelten freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage."

Zugleich ward Alles darauf verwendet, Preußen zu einem richtigen Militärstaat zu machen. Wenn die politische Polizei und die Strafgesetze auch nicht so sehr streng gehandhabt wurden, wie in Oesterreich, so war in Preußen, wo man die Einflüsse Rußlands überall zu verspüren hatte, an eine gesunde Entwickelung des politischen Lebens nicht zu denken.

In den kleineren deutschen Staaten waren die öffentlichen Zustände im Ganzen nicht anders beschaffen. Aber man hatte soeben gesehen, wie nach dem Sturze Napoleon's die größeren Staaten sich auf Kosten der kleineren vergrößert hatten. Aus Besorgniß, der Appetit möge sich beim Essen steigern, waren einige Landesväter so gütig, ihren „Unterthanen" Verfassungen zu verleihen. Dies geschah in Nassau 1814, in Weimar 1816, in Bayern und Baden 1818. Die verleihenden Potentaten hofften damit ihre Unterthanen an sich zu fesseln. Dabei kam es vor, daß in Württemberg die Stände die neue Verfassung garnicht wünschten, sondern am „alten guten Recht" festhielten, so daß ein Verfassungsstreit entstand, der von 1816 bis 1819 dauerte und mit einer Vereinbarung endete.

Der Bundestag brachte es fertig, gleich in den ersten zwei Jahren seines Bestehens so viel Mißvergnügen zu erregen, daß man in Deutschland wagte, öffentlich gegen das herrschende System zu demonstriren.



Studentendemonstration auf dem Wartburgfeste.

Wenn schon die große Enttäuschung nach dem Fürstenfreiheitskrieg überall böses Blut gemacht hatte, so trat jetzt nicht nur die alte Aristokratie so brutal und so anmaßend wie möglich auf, sondern auch die russischen Agenten erregten durch die Frechheit ihres Auftretens eine weitgehende Erbitterung. Ein Bojar Namens Stourdza forderte die deutschen Fürsten zum Einschreiten gegen den „revolutionären Geist" auf, und der bekannte Schriftsteller Kotzebue, ein Söldling Rußlands, bekämpfte heftig und giftig den deutschen Liberalismus. Darum demonstrirten auf dem Wartburgfeste von 1817, welches das 300jährige Gedächtniß der Reformation und zugleich den Jahrestag der Schlacht von Leipzig feiern sollte, die Studenten lebhaft gegen das Unterdrückungssystem des Bundestages und beklagten in feurigen Reden das Unglück des Vaterlandes. Ein Zopf, ein Schnürleib und ein Korporalstock wurden als symbolische Zeichen der Knechtschaft und Ueberlebtheit verbrannt, sowie eine Reihe von reaktionären Schriften. 1819 wurde Kotzebue zu Mannheim von dem Studenten Sand ermordet, und dieses Attentat eines fanatisirten jungen Mannes setzte alle Regierungen Deutschlands in Bewegung. Die Staatsmänner des Bundestages glaubten jetzt wirklich vor einer großen revolutionären Verschwörung zu stehen, wie die Kotzebue und Genossen behauptet hatten, und sie griffen zu den außerordentlichsten Maßregeln.

Sand wurde nach einem langen Prozesse zu Mannheim 1820 hingerichtet.*) Er war ein Mitglied der deutschen Burschenschaft gewesen. Das genügte, um diese Studentenverbindung als den Herd der vermeintlichen großen Verschwörung anzusehen. Es gab in der Burschenschaft politische Strömungen, die von einigen liberalen Gelehrten und Professoren gehegt und geleitet wurden; hier schlug der junge, unreife, aber um so ungeschlachtere revolutionäre Liberalismus seine Purzelbäume; man hatte einen unerschöpflichen Reichthum an Phrasen gegen Tyrannei und Knechtschaft; aber eine ernsthafte politische Aktion war von Professoren und Studenten kaum zu erwarten.

Der Bundestag stürzte sich mit ganzer Gewalt auf die Burschenschaft, um die „demagogischen Umtriebe" im Keim auszurotten. Das Metternich'sche System, welches Oesterreich so schön im „Stillstand" hielt, wurde überall angewendet, wo man „Demagogen" entdeckt zu haben glaubte. In Preußen ward zu Köpenick eine Zentral-Untersuchungskommission eingesetzt; eine Menge von Studenten wurde verhaftet und zu schweren Strafen verurtheilt, oft nur, weil sie ein schwarzrothgoldenes

*) Die deutschen liberalen Patrioten bewiesen diesem jugendlichen Attentäter die größte Verehrung und pilgerten lange zu seinem Grabe. Der Verfasser kannte 1866 in Mannheim Leute, die Haarlocken von Sand mit sich herumtrugen.

Bändchen getragen hatten. Die Turnerei ward in Preußen für staatsgefährlich erachtet und verboten. Man verhaftete eine Reihe von bekannten Patrioten. Der Turnvater Jahn und E. M. Arndt, Leute, die man wegen ihrer Franzosenfresserei früher gefeiert hatte, wurden der Eine verhaftet und prozessirt, der Andere seines Amtes entsetzt. Sogar Gneisenau, der bekannte General, fürchtete verhaftet zu werden wegen seiner liberalen Gesinnung. Im Herbst 1819 trat dann in Karlsbad ein Ministerkongreß zusammen und faßte die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse, die dahin lauteten, der Artikel 13 der Bundesakte (Einführung von landständischen Vertretungen) sollte nur in monarchischem Sinne ausgelegt und es sollten an den Universitäten Behörden zur Ueberwachung des Benehmens der Professoren und Studenten eingesetzt werden. Dann wurde eine strenge Zensur über alle Schriften unter 20 Bogen verhängt und in Mainz wurde eine Zentralkommission zur Untersuchung der „demagogischen Umtriebe" in allen deutschen Staaten eingesetzt.

Der Unwille über diese zum Theil sogar der Bundesakte zuwiderlaufenden Beschlüsse war ein großer und allgemeiner, allein die Metternich'sche Polizeiwirthschaft hielt Alles nieder und die Gefängnisse füllten sich mit den Opfern der Willkürherrschaft, von denen viele erst gebrochen an Leib und Seele wieder herauskamen. Es ward in Deutschland still wie in einem Kirchhof, außer wenn von Oben herab ein Lärm erhoben wurde zu Lob und Preis der Gewaltigen des Tages. Draußen rauschten die Revolutionen von Spanien und Italien, von Griechenland und Südamerika vorüber; Deutschland sah stumm zu und bei der griechischen Revolution, die vom heiligen Rußland unterstützt wurde, verpuffte sein Enthusiasmus in einem harmlosen Philhellenenthum.

Man hätte glauben können, in Deutschland sei wirklich das Ideal Metternich's erreicht und ein dauernder Stillstand eingetreten. Aber unter der politischen Hülle wirkten die ökonomischen Triebfedern fort. Es fiel ein Theil der Verkehrsschranken, die die Deutschen von einander trennten. Der bekannte Nationalökonom List, als Demokrat viel verfolgt, hatte den Gedanken eines deutschen Zollvereins angeregt und eine Anzahl Frankfurter Kaufleute dafür gewonnen. Die Agitation für diesen Gedanken breitete sich aus und 1831 drang er zum Theil durch, indem der preußische Finanzminister Maaßen mit Preußen, Hessen und Anhalt einen Zollvertrag abschloß, der 1834 zum preußisch-deutschen Zollverein erweitert wurde. Diese Neuerung, die wenigstens eine Wirkung der traurigen Zerrissenheit und Zwergstaaterei aufhob, belebte den Verkehr und blieb selbstverständlich auch nicht ohne Einfluß auf die politische Entwickelung

in den neununddreißig deutschen Vaterländern. Der Zollverein war für Deutschland unendlich wichtiger, als die Freiheitsgesänge der Studenten in der Burschenschaft, und hatte ganz andere Erscheinungen im Gefolge, als die preußischen Staatsmänner sich denken mochten.

Obwohl die heilige Allianz gerne für ganz Europa den „Stillstand" als Normalzustand eingeführt hätte und die Niederwerfung der Revolutionen von Italien und Spanien ihr Werk war, so mußte sie doch bald erfahren, daß die Verhältnisse stärker als die Menschen sind. 1830 stieg am politischen Horizont ein gewaltiges Unwetter auf, ohne erst bei der heiligen Allianz oder beim deutschen Bundestag anzufragen. Das Unwetter brach mit Donner und Blitz los und in Paris schlug der Blitz zuerst ein, indem er abermals den Thron eines Bourbonen zerschmetterte. Karl X. hatte mit seinen Ordonnanzen gegen die Presse und die Volksvertretung den schlummernden Löwen des Volkszornes zu Paris gereizt und in dreitägiger blutiger Barrikadenschlacht ward die Macht des Königthums völlig zertrümmert. Die Wirkung dieses Volkssieges ging weit über die Grenzen Frankreichs hinaus. Aber nach dem Siege bemächtigte sich die Bourgeoisie der öffentlichen Gewalt und setzte sich mit Louis Philipp einen König nach ihrem Geschmack ein. Dieser König sah den Staat nur als eine Garantie für sichere und rentable Kapitalanlage an und seine Regierung eröffnete eine Aera des Börsenspiels, während welcher die Kapitalisten goldene Tage hatten.

Während Belgien seine Selbständigkeit erkämpfte und das unglückliche Polen in verzweifeltem, vergeblichen Ringen sich aus der Umklammerung des russischen Despotismus zu befreien suchte, züngelten auch in Deutschland einzelne Flämmchen als Nachwirkungen der Pariser Julirevolution empor. Die Fürsten erkannten zwar mit Freuden den über die Barrikaden emporgestiegenen König an, da sie in ihm den Bändiger der neuen französischen Revolution erblickten. Aber die Völker bekamen in Deutschland an einigen Punkten plötzlich den Muth, Forderungen zu stellen. Zwar in den beiden großen Staaten des deutschen Bundes, in Oesterreich und Preußen, blieb Alles unbeweglich. Nur in den kleineren Staaten gab es einige Revolutiönchen mit mehr oder minder bedeutsamen Wirkungen. Zu Braunschweig wurde die Bewegung der Geister zum Sturze des Herzogs Karl benutzt, der den Adel gegen sich erbittert hatte. Die Braunschweiger Revolution war eigentlich eine Adelsrevolte, bei der sich das Volk als Sturmbock gegen den Herzog Karl gebrauchen ließ. Karl entfloh und sein Bruder Wilhelm, der durch die Revolution an die Spitze des Staates gekommen war, wurde vom Bundestag unter die Fittiche genommen. In Hannover gab es Tumulte zu Lüneburg, Hildes-

heim und in der Residenz; Osterode und Göttingen erhoben sich und konnten nur durch Militärgewalt niedergeworfen werden. Wiewohl ein hartes Strafgericht über die Aufständischen erging, so sah man sich doch genöthigt, die Gährung durch Verleihung einer Verfassung zu beschwichtigen, die vom Vizekönig Friedrich Adolf von Cambridge angeregt und von Wilhelm IV. 1833 feierlich verliehen wurde. Diese Verfassung hatte einige Vorzüge vor anderen und verleugnete ihren englischen Ursprung nicht. In Kassel kam 1831 nach einigen „revolutionären" Auftritten, die theilweise mit der Unpopularität der Maitresse des Kurfürsten zusammenhingen, eine Verfassung zu Stande, die das Einkammersystem und einen ständischen Ausschuß aufwies. In Sachsen revoltirte das Volk zu Leipzig und Dresden namentlich gegen die zopfige und dünkelvolle Bureaukratie. Die „guten Bürger" bildeten Kommunalgarden, um die „Ordnung" aufrecht zu erhalten, und benutzten die Gelegenheit, von dem alten König Anton eine Verfassung zu erlangen, die im September 1831 ins Leben trat.

So waren für die deutschen Mittel- und Kleinstaaten die Anfänge eines konstitutionellen Lebens erreicht, was für die damaligen Umstände als ein Fortschritt anerkannt werden muß. Aber sofort machte sich auch ein Mißstand geltend, der sich dem konstitutionellen Wesen fast immer und überall an die Fersen zu heften pflegt, nämlich die naive Ueberschätzung des konstitutionellen Schaukelspiels zwischen Fürst, Verfassung und Volk, und die noch naivere Ueberschätzung des Wortgeklingels in den parlamentarischen Körperschaften. Man muß erwägen, daß alle diese Dinge den guten Deutschen noch neu waren, wenn man die unglaubliche Verherrlichung begreifen will, die den Kammerrednern der dreißiger Jahre, oft wegen ganz unbedeutender Anträge, zu Theil geworden ist.

Was viel bedeutender erschien, als das konstitutionelle Flickwerk an sich, das war das Umsichgreifen einer freieren und oppositionslustigen Stimmung im Volke, die in den mittleren und niederen Klassen Süddeutschlands zum Ausdruck kam, ohne daß sie durch die Klassengegensätze abgeschwächt werden konnte. Es erschien eine Menge von liberalen und demokratischen Blättern, namentlich in Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und der Rheinpfalz. Der Liberalismus von damals war nicht so zahm wie heute; er zeigte sich recht ungeberdig, denn es waren seine Flegel- und Tölpeljahre.

Nachdem der Revolutionskrater von 1830 sich wieder geschlossen hatte und seine Feuergarben erloschen waren, erholten sich auch die politischen Nachtwächter des deutschen Bundes zu Frankfurt am Main von ihrer Bestürzung und erließen schon 1830 eine Vermahnung an die

Regierungen, in der sie die Karlsbader Beschlüsse einschärften und vor allzugroßer Nachgiebigkeit warnten. Bald darauf erließen die weisen Bundestägler ein Verbot des Einreichens von Petitionen an den Bundestag; hierauf erinnerten sie die Regierungen nochmals an die Karlsbader Beschlüsse und dann ging es an die Unterdrückung der freisinnigen Blätter, die mit der ganzen Metternich'schen Brutalität durchgeführt wurde. Binnen zehn Monaten war die oppositionelle Presse so ziemlich verschwunden.

Die Masse des Volkes, die für Preßangelegenheiten schwer in Bewegung zu setzen war, sah den Gewaltthaten des Bundestages ohne besondere Aufregung zu. Der bürgerliche Liberalismus dagegen erhob in den Kammern seine Stimme gegen die Vergewaltigung der Presse, und zu Zweibrücken gründete man den Preßverein, der alle geeigneten Mittel zum Schutze der Presse aufbieten sollte. In Verbindung damit beriefen der Geschichtschreiber Wirth und Siebenpfeiffer eine allgemeine Versammlung auf den 27. Mai 1832 nach der Schloßruine von Hambach in der Rheinpfalz. Es erschienen wirklich an 30000 Menschen von weit und breit auf der Ruine, wo gewaltige Reden auf die „Freiheit" gehalten und der Bundestag wie die deutschen Fürsten mit nicht sehr schmeichelhaften Ausdrücken belegt wurden. Wirth legte bei dieser Gelegenheit übrigens einen bornirten Franzosenhaß an den Tag.*) Im Uebrigen führte das Hambacher Fest zu keinem bestimmten Resultat, denn man ging auseinander, ohne etwas Anderes beschlossen zu haben, als später wieder zusammen zu kommen.

Nun witterte der Bundestag die leibhaftige Revolution und erließ im Juni 1832 seine berüchtigten sechs Ordonnanzen, in denen er die Befugnisse der Volksvertretungen in den Einzelstaaten beschränkte und in Bezug auf die Verfassungen und deren Wirkungen engere Grenzlinien zog, so daß das konstitutionelle Staatsleben wie ein rasch vorübergehender Traum sich bis auf einige kümmerliche Ueberreste verflüchtigte. Die Herren „Verleiher" der Verfassungen sahen sich natürlich nicht veranlaßt, dem Bundestag irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen. Den sechs Ordonnanzen folgten noch eine Menge von Beschlüssen; die Zensur wurde neuerdings überall eingeführt, alle politischen Vereine und Versammlungen in Deutschland wurden verboten, die Universitäten wurden überwacht, die Flüchtlinge sollten gegenseitig ausgeliefert und alle gegen diese Beschlüsse gerichteten Adressen, Proteste und Petitionen als „Verbrechen" bestraft werden.

*) Dies war vielleicht der einzige Umstand, der den pfälzischen Nationalliberalen einen Anlaß geben konnte, in den siebziger Jahren eine Gedenkfeier des Hambacher Festes zu veranstalten.



Ueberrumpelung der Konstablerwache in Frankfurt.

Die Gefängnisse füllten sich auf's Neue. Behr, der Bürgermeister von Würzburg, und der Redakteur Eisenmann wurden wegen Reden und Artikeln zur Abbitte vor dem Bilde des Königs Ludwig I. von Bayern verurtheilt und Beide „auf unbestimmte Zeit" in den Kerker geworfen. Wirth, Siebenpfeiffer und zahlreiche Genossen verfielen langen Gefängnißstrafen. Ueberall herrschte eine Schreckensherrschaft, jedes freie Wort war verpehmt und eine ausgebreitete Spionage bedrohte Jeden, der seine Zunge nicht im Zaum hielt, mit Anzeige und Untersuchung.

Das Volk in seiner Masse, in Unterwürfigkeit herangewachsen und im Zaum gehalten, blieb ganz ruhig bei all diesen schreienden Gewaltthaten. Es hatte noch nicht gelernt, sich um öffentliche Interessen zu bekümmern. Aber die radikalen Elemente innerhalb der Kreise des bürgerlichen Liberalismus, die Ueberreste der Burschenschaften, die Flüchtlinge an der Grenze und einige Versprengte aus Polen unternahmen es jetzt, da ihnen die Oeffentlichkeit völlig abgeschnitten wurde, den Weg der Verschwörung zu betreten. An Stelle des aufgelösten Preßvereins trat der geheime Vaterlandsverein. Derselbe hatte Verbindungen in der Schweiz, in Frankreich, auf vielen deutschen Universitäten und bei dem württembergischen Militär. Sie setzten den Ausbruch der „deutschen Revolution" auf den 3. März 1833 fest und wollten sie am Sitze des Bundestages selbst in Szene gehen lassen. Das Unternehmen war schlecht vorbereitet und mußte bei aller Tollkühnheit kläglich mißlingen. Am 3. März ward in Frankfurt die Hauptwache und die Konstablerwache von etwa 60 Verschworenen überfallen und erstürmt, wobei es auf beiden Seiten Todte und Verwundete gab. Allein das Volk von Frankfurt betheiligte sich nicht und binnen Kurzem waren die Verschworenen zersprengt oder gefangen.

Dieser abenteuerliche Versuch, am Sitze des Bundestages durch einen kühnen Handstreich sich der öffentlichen Gewalt zu bemächtigen und so Deutschland von der Metternich'schen Tyrannei zu befreien, hatte zur Folge, daß die Staatsmänner der Eschenheimer Gasse ihre Gewaltmaßregeln noch verschärften. Die famose Mainzer Zentral-Untersuchungskommission ward wieder in Thätigkeit gesetzt und arbeitete diesmal mit mehr Erfolg. Es gab eine Menge von politischen Prozessen, in denen eine liebedienerische Justiz die Angeschuldigten mit äußerster Härte behandelte. So wurde, um nur zwei bekannte Fälle anzuführen, in Darmstadt der Pfarrer und Rektor Weidig als „Verschwörer" in Untersuchungshaft genommen und so gequält, daß er sich mit Glasscherben die Adern durchschnitt; in Kurhessen ward Professor Sylvester Jordan, der Führer der Konstitutionellen, in eine lange Untersuchung verwickelt und

zu Marburg Jahre hindurch in Haft gehalten. Wie man mit der Presse umsprang, beweist der Bundestagsbeschluß gegen das sogenannte junge Deutschland; auf die Denunziation von Wolfgang Menzel wurden nämlich alle schon erschienenen und alle noch erscheinenden Schriften von Heine, Laube, Gutzkow, Mundt und Wienbarg verboten. Allerdings fanden diese Schriftsteller dennoch ihren Weg zum Publikum, wie denn überhaupt das Einschmuggeln verbotener Schriften aus dem Ausland systematisch betrieben wurde.

Die Wiener Konferenz, die auf Metternich's Veranlassung von den deutschen Regierungen beschickt wurde, sann auf neue Mittel, den liberalen, demokratischen und revolutionären Geist mit der Wurzel auszurotten, und man vereinbarte ein Bundesschiedsgericht, das alle Streitfragen zwischen Volksvertretungen und Regierungen entscheiden sollte. Damit hoffte Metternich dem bischen Konstitutionalismus der Mittel- und Kleinstaaten noch völlig den Hals umzudrehen. Indessen lieferte gleich die hannöversche Verfassungsfrage in ihrem Ausgang den Beweis, daß der noch überreichlich vorhandene ererbte Servilismus des loyalen Bürgerthums das selber besorgte, was das Bundesschiedsgericht hätte besorgen sollen. Im Jahre 1837 gelangte in Hannover Ernst August auf den Thron und sein erstes Werk war, die Verfassung von 1833 umzustürzen. Sieben Professoren in Göttingen, die dem königlichen Revolutionär die Huldigung verweigerten, wurden ihrer Stellen entsetzt und des Landes verwiesen. Der von den Hannoveranern angerufene Bundestag erklärte sich in dieser Sache für inkompetent und die hannoversche Ständeversammlung ließ sich schließlich eine Verfassung nach dem Belieben des Königs aufdrängen.

Preußen war um diese Zeit von kirchlichen Wirren erfüllt, welche die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. In Schlesien trieben es die Altlutheraner in ihrer Hartnäckigkeit bis zum gewaltsamen Widerstand gegen die Regierung, um religiöser Haarspaltereien willen; in Königsberg trieben fanatische Mucker ihr Unwesen, das zu einem skandalösen Kriminalprozeß führte, und in Köln entspann sich zwischen der Regierung und dem Erzbischof von Droste-Vischering der Mischehen-Streit, bei dem schließlich der Erzbischof verhaftet und in Minden eingesperrt wurde. 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und ihm folgte sein ältester Sohn Friedrich Wilhelm IV. Die liberalen Elemente hatten auf diesen Thronwechsel große Hoffnungen gesetzt und alsbald trat die Verfassungsfrage wieder auf. Friedrich Wilhelm IV. hatte zwar eine Amnestie für alle politischen Verurtheilten erlassen, aber von einer Ausführung der bekannten Verordnung vom 22. Mai 1815 wollte er nichts wissen.

Die Stände von Königsberg und Posen, sowie die Stadt Breslau verlangten nacheinander die Einführung der in Aussicht gestellten Volksvertretung. Der König erklärte, das Versprechen seines Vaters sei für ihn unverbindlich, und ohnedies habe Friedrich Wilhelm III. schon 1823 durch die Errichtung von Provinzialständen gethan, was zu thun sei. Um diese Zeit ließ Johann Jacoby die berühmten „Vier Fragen eines Ostpreußen“ erscheinen, welche Schrift sich mit zwingender Logik für die Einführung einer Volksvertretung aussprach und ungemeines Aufsehen erregte. Die „Vier Fragen“ sind auf die Förderung des politischen



Friedrich Wilhelm IV.

Lebens von großem Einfluß gewesen; der Verfasser wurde mit einem langwierigen, jedoch mit Freisprechung endigenden Kriminalprozeß belohnt.

Anfangs war die Zensur in Preußen gemildert worden; nach und nach aber wurde sie verschärft, da die Presse sich erlaubte, die Regierung anzugreifen. Sogar der Abdruck der Verordnung vom 22. Mai 1815 wurde verboten; außerdem eine Menge von Zeitschriften und Büchern. Nur Werke von über 20 Bogen waren zensurfrei. Während so von einer freien Meinungsäußerung kein Schatten übrig blieb, während unter dem Regiment des reaktionären Ministers Eichhorn die Pietisterei gefördert und der Glaube über die Wissenschaften gestellt wurde, gab es in einzelnen Städten Tumulte seitens des hungernden Volkes, und in

Schlesien revoltirten zu Langenbielau und Peterswaldau die Weber, weil sie nicht mehr zu leben wußten. Sie wurden mit militärischer Gewalt zur Ruhe gebracht und bald darauf verdiente sich im Hirschberger Thal der „gewiegte Kriminalist" Dr. Stieber die Sporen, indem er daselbst eine angeblich kommunistische Verschwörung „entdeckte," in Folge dessen Verhaftungen erfolgten und namentlich der bekannte Demokrat Schlöffel eine langwierige Untersuchungshaft zu erdulden hatte. Das Jahr 1844 brachte ein Attentat auf den König von Preußen durch den Bürgermeister Tschech aus Storkow. Die Beweggründe des Attentats traten



Johann Jacoby.

bei dem damaligen geheimen Gerichtsverfahren nicht deutlich zu Tage. Tschech wurde zum Tode verurtheilt und, da er die ihm in Aussicht gestellte Begnadigung sich nicht durch ein Bekenntniß der Reue verschaffen wollte, in Spandau mit dem Beil hingerichtet.*)

*) Gegenüber dem liberalen Loyalitätseifer von heute sei daran erinnert, daß der Liberalismus von 1844 sich durch das bekannte Spottlied:

„Sagt, wer war wohl je so frech
Wie der Bürgermeister Tschech" u. s. w.

über das Attentat lustig machte. Bekanntlich macht sich der moderne liberale Bourgeois auch noch gerne über die Monarchie lustig, aber nur „unter Pfarrerstöchtern." Sonst trägt er seine erheuchelte Loyalität gegenüber den Demokraten und Sozialisten gleißnerisch zur Schau.

Indessen glaubte man doch der öffentlichen Meinung einige Konzessionen machen zu müssen, da trotz aller Bevormundung durch Polizei und Bureaukratie sich eine starke Gegenströmung gegen die herrschende Richtung entwickelt hatte. Da um diese Zeit auch die deutsch-katholische Bewegung um sich griff, so nahm die Opposition einen ziemlich entschiedenen Charakter an, und Friedrich Wilhelm IV. glaubte ihr einen Hauptangriffspunkt zu entziehen, indem er durch das Patent vom 3. Februar 1847 die Provinzialstände zu einem in Berlin tagenden Vereinigten Landtag verband. Diese Körperschaft war keine Volksvertretung, denn sie war nicht vom Volke gewählt und konnte nur berathen, nicht beschließen. Man behauptete, daß damit die Verordnung vom 22. Mai 1815 erfüllt sei. Wie wenig aber Friedrich Wilhelm IV. gesonnen war, die konstitutionelle Bahn zu betreten, das sprach er unumwunden aus, als er den Vereinigten Landtag eröffnete. Es hieß in der Thronrede: „Zwischen unseren Herrgott im Himmel und das Land darf sich kein beschriebenes Blatt Papier drängen, um mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen!" Dies war der letzte volle und schmetternde Trompetenstoß des alten Absolutismus. Das Machtgebot der Weltgeschichte stieß das Machtgebot des Königs um und das „beschriebene Blatt Papier" erschien.

In Oesterreich gab es zu derselben Zeit immer noch kein politisches Leben. Das Metternich'sche Regiment lastete wie ein Alp auf den Völkern des habsburgischen Reiches. Metternich hatte es soweit gebracht, daß in den österreichischen Erblanden vom Bodensee bis an die Karpathen und von Mailand bis Brünn ein großes Schweigen herrschte und die „Unterthanen" es nicht wagten, in politische Dinge drein zu reden. Die „gemüthlichen" Oesterreicher besonders schienen sich nur um ihre Vergnügungen zu kümmern, und in Wien, dem Sammelplatz der Bonvivants von überall, dachte Niemand daran, daß dies Phäakenthum einer Episode voll Blut und Flammen Platz machen sollte.

Die revolutionären Zuckungen der dreißiger Jahre in Deutschland däuchten dem österreichischen Staatskünstler gefährlich für seine Deutschösterreicher, wennschon er am liebsten diese als Gegengewicht gegen den in Oesterreich so tief eindringenden Panslavismus ausgespielt hätte. Deshalb belegte er die deutschen Gebiete in Oesterreich mit dem schwersten Druck, während er den Magyaren so viel Freiheit gewährte, daß sich in Ungarn ein konstitutionelles Staatsleben entwickeln konnte. In Ungarn hatte die Presse weit mehr Freiheit, als in irgend einem Gebiete des deutschen Bundes, und der ungarische Reichstag setzte 1844 sogar durch,

daß die magyarische Sprache zur offiziellen erhoben wurde. Indessen suchte Metternich dem magyarischen Element, als dieses ihm allzu kräftig emporstrebte, wieder einen Dämpfer aufzusetzen, indem er insgeheim die czechischen und panslavistischen Agitationen fördern ließ. Daß eine solche perfide Schaukelpolitik den unseligen Nationalitätenstreit in Oesterreich nur schüren mußte, liegt auf der Hand. In Galizien führte die Metternich'sche Schaukel- und Verhetzungspolitik zu einer blutigen Katastrophe. Dort hatte Metternich insgeheim den Panslavismus gegen das Magyarenthum fördern lassen. Als Gegenwirkung entwickelte sich eine national-polnische Bewegung, die von dem benachbarten kleinen Freistaat Krakau ausging. Es betheiligten sich hauptsächlich Adel und Bürgerthum daran. Die galizischen Bauern haßten den Adel, weil sie von ihm mit Steuern und Frohnden arg geplagt wurden. Oesterreich schürte diesen Haß. Als nun 1846 eine Insurrektion ausbrach, half es dem aufständischen Adel nichts, daß er, um die Bauern zu sich herüberzuziehen, die Abschaffung aller Adelsvorrechte verkündete. Die von den Oesterreichern fanatisirten Bauern erhoben sich, als die Oesterreicher nicht sogleich des Aufstandes Herr wurden, in Masse, überfielen den Adel, verbrannten seine Schlösser und ermordeten eine Menge Menschen. Schließlich schritten die Oesterreicher selbst gegen die galizischen Bauern ein. Das Resultat dieser mephistophelischen Politik Metternich's war, daß der Freistaat Krakau, dessen Bestand in den Wiener Verträgen garantirt war, dem österreichischen Kaiserstaat „angegliedert" wurde. Man glaubte damit den Herd aller polnischen Aufstände endlich vernichtet zu haben. Frankreich und England protestirten vergebens gegen die Vernichtung des Krakauer Freistaats.

Während es im deutschen Oesterreich trotz einer tiefgehenden Mißstimmung still blieb, griff in Ungarn und in den italienischen Ländern die Gährung um sich, die den Ausbruch von 1848 vorbereitete.

So sah es in Deutschland aus, nachdem dasselbe dreißig Jahre lang von Metternich und dem Bundestag mißhandelt und bevormundschaftet worden war. Der große Künstler in der Beruhigungspolitik hielt sein Werk für vollendet. Aber gerade in dem Moment, da sein Hochmuth den Gipfelpunkt erreicht hatte, sollte ihm der Beweis geliefert werden, daß die Entwickelung der Völker nicht von der brutalen Willkür eines Einzelnen abhängt; mag er auch noch so mächtig sein. Dem Gesetze des menschlichen Fortschritts sind Alle unterworfen; was auch ein Gewaltiger, dem Zeitgeist entgegen, dawider aufthürmen mag, er wird mit seinem Werke hinweggeräumt, früher oder später. Das ist immer ein Trost in düsterer Zeit.

Aus vormärzlicher Zeit.

Es war der aus der Ueberfülle der Macht so häufig entspringende Größenwahn, der den Fürsten Metternich glauben ließ, man könne die Ideen der großen französischen Revolution von Deutschland absperren und damit allem politischen Fortschritt auf die Dauer Halt gebieten. Zwar konnte sich Metternich rühmen, einst Napoleon überlistet zu haben, dem er in den Kniffen des diplomatischen Pferdehändlers gewachsen sein mochte. Aber seine Auffassung von den Ursachen und dem Wesen der politischen Veränderungen und Umwälzungen war so roh und so banal, wie man sie nur von seiner Schule, den Nachbetern der Kaunitz, Cobentzl, Talleyrand und Castlereagh erwarten konnte. Nach Metternich kamen die Umwälzungen von den revolutionären Ideen und er glaubte, mit der Verdrängung solcher Ideen von der politischen Oberfläche sei den Umwälzungen ein für allemal vorgebeugt. Wenn dann noch eine genügende und wohlorganisirte Polizei- und Militärmacht zur Verfügung stand für den Fall, daß doch irgendwo einige revolutionäre Ideen durchschlüpften, so hielt Metternich sich und sein System auch gegen unvorhergesehene Zufälle gesichert.

Dieser eingefleischte Aristokrat glaubte sich berufen, für Deutschland, ja für Europa eine Art Vorsehung zu spielen, und begriff nicht einmal, daß es immer die sozialökonomischen Zustände eines Landes sind, welche die Vorbedingungen zu den politischen Umwälzungen schaffen, während die Ideen nur Anregungen im engeren Sinne des Wortes geben können. Die Flammenschrift des Jahres 1848 mußte Metternich über diese Wahrheit belehren und er mußte sich, nachdem sein großes Gebäude zusammengebrochen, wohl das Eingeständniß machen, daß er mit seiner europäischen Quarantäne gegen die Einschleppung revolutionärer Ideen nur sein System verhaßt und damit die Katastrophe unvermeidlich gemacht hatte.

Die französische Revolution hatte die aus dem Mittelalter herübergeschleppten Fesseln der Produktion gesprengt und an ihre Stelle einen Zustand gesetzt, der dem modernen Kapitalismus Raum gewährte, sich zu

entfalten. Die Konkurrenz, die nun ein mächtiger ökonomischer Faktor wurde, rief in Verbindung mit der Arbeitstheilung eine Menge von Kräften wach, die bisher geschlummert hatten. Der Kapitalismus durchdrang mit seinem Wesen den ganzen Gesellschaftskörper, auch wo sich ihm noch äußerliche Schranken in den Weg stellten. In den unter Napoleon zu Frankreich geschlagenen deutschen Landestheilen, sowie in Preußen unter der Stein-Hardenberg'schen Aera war die Gewerbefreiheit eingeführt worden. Sie ward nach dem Fürstenfreiheitskrieg unter dem Zeichen des heiligen Bundes vielfach wieder durch Zunftverfassungen neuer und alter Ordnung durchkreuzt, allein der Boden war für die moderne Industrie einmal bereitet und sie drang überall ein, wenn auch nicht so rasch wie anderwärts. Die Bourgeoisie des neunzehnten Jahrhunderts fing an, sich gegenüber den Privilegirten der Adelskaste auch in Deutschland zu fühlen. Gegenüber den adeligen Herren, die ihre Bauern für sich frohnen ließen und von ihnen Abgaben erhoben, betrachtete sich der moderne Fabrikunternehmer als einen Repräsentanten bürgerlichen Fleißes, während das Wesen der kapitalistischen Produktion doch auch nur in der Ausbeutung fremder Arbeitskraft, in der Aneignung eines großen Theils des Arbeitsertrages durch den Kapitalisten besteht.

Indem der Zollverein die inneren Zollschranken in Deutschland beseitigte, gab er der Entwickelung der Industrie einen mächtigen Anstoß, wenn auch die Schutzzölle gegen das Ausland bestehen blieben. Das industrielle Kapitalisten- und Großbürgerthum richtete dabei ganz naturgemäß seine Blicke nach England, wo sich die Industrie am meisten entwickelt hatte. Dabei mußten ihm die englischen Einrichtungen als ein Vorbild erscheinen, der konstitutionelle Liberalismus ward dadurch in Deutschland gefördert und die kräftig aufstrebende deutsche Bourgeoisie ward so naturgemäß eine Gegnerin des Systems Metternich, welches sich nicht entschließen konnte, die der Industrie lästigen Hemmnisse aus dem Wege zu räumen. Aber die kapitalistische Entwickelung konnte auch durch die abgestorbenen Ueberreste mittelalterlicher Formen nicht mehr aufgehalten werden. Wenn Metternich sein Ideal eines allgemeinen Stillstandes dauernd verwirklichen wollte, so mußte er die Produktion wieder auf die alten Formen zurückführen und ihr die von der französischen Revolution abgeworfene Zwangsjacke wieder anlegen. Das ging eben so wenig an, als man den Grund und Boden in Frankreich wieder an seine Besitzer vor 1789 zurückgeben konnte. Man erkennt daraus leicht die historische Aufgabe des Kapitalismus, der die alten beengenden Fesseln zu lösen und durch Ueberführung der Produktion in den Großbetrieb die sozialistische Gesellschaft vorzubereiten hat. Die kapitalistische Epoche

kam nothwendiger Weise und muß eben so nothwendig verschwinden, wenn ihre Aufgabe erfüllt ist und ihre Formen sich ausgelebt haben.

Wie wenig der allmächtige Metternich einen Einblick in den großen sozialen Umwandelungsprozeß besaß, zeigt sein Verfahren in Oesterreich. Wie Preußen mit dem Zollverein die Verkehrsschranken durchbrach, so schuf Metternich ein umfangreiches Eisenbahnnetz. Der große Mann glaubte in der That, die Eisenbahn sei seinem System des Stillstandes weniger gefährlich, als die Freiheitsphrasen eines beliebigen liberalen Schriftstellers. Während er die Schriftsteller einsperrte, ließ er die Lokomotiven durch Oesterreich brausen und begriff nicht, daß jeder Nagel an den Schienen zugleich auch ein Nagel zum Sarge seines Systems war.

Die Gegensätze zwischen großer und kleiner Bourgeoisie waren noch nicht so scharf ausgeprägt wie heute. Der Kleinbürger und Handwerker konnte sich zwar nicht so leicht von den Nachwirkungen der „guten alten Zeit" losmachen. Der Zunft- und Paßzwang, die Verkehrs- und Ehehindernisse und tausend bureaukratische und polizeiliche Plackereien hinderten das Aufblühen des Gewerbes und ließen jenes stolze Klassenbewußtsein nicht mehr aufkommen, das einst den Bürgern deutscher Reichsstädte in ihrer Blüthezeit gegenüber Junker und Pfaff manchmal so wohl angestanden und das sich zu einem guten Theil auch auf die Handwerksgesellen übertragen hatte. Aber nun war der Kleinbürger recht froh, wenn der Kapitalist und Bourgeois sich herbeiließ, mit seinem Einfluß und seiner sozialen Macht für die „gemeinsamen bürgerlichen Interessen" einzutreten, in welche die Konkurrenz zwischen den großen und den kleinen Betrieben noch nicht den scharfen Riß von heute gemacht hatte. Trotz dieser Gemeinsamkeit konnte das liberale und konstitutionelle deutsche Bürgerthum kein Banner finden, das alle seine Schattirungen und Abstufungen um sich vereinigt und auf dem ein guter und großer Gedanke im Kampfe gegen das System des Stillstandes vorangeleuchtet hätte. Daher kam es auch, daß das System Metternich sich so lange zu halten vermochte.

Die Sehnsucht nach besseren Zuständen und nach Erlösung von dem Alp des deutschen Bundes verschwamm in den Sänger- und Turner-Vereinen, wo man im Festrausch die deutsche Einheit und Freiheit tausendmal hoch leben ließ, um dann ebenso oft im Katzenjammer schmerzlich zu empfinden, wie weit man noch von dem Besitz dieser theuren Güter entfernt war. Der bürgerliche Liberalismus sah manchmal gar hochroth revolutionär aus, wenn er seine kindlichen und theilweise kindischen Freiheitslieder sang, wie:

„Fürsten zum Land hinaus,
Jetzt kommt der Völkerschmaus!“

oder:

„Fürsten, gebt die großen
Purpurmäntel her,
Daraus macht man Hosen
Für das Freiheitsheer!“

Diese Gesänge haben heute nur noch einen antiquarischen Werth, wurden aber damals von einer hochwohlweisen Polizei und von den



Johannes Ronge.

Staatshämorrhoidariern des Bundestags sehr tragisch genommen. Das hätte man im Thurn und Taxis'schen Palais zu Frankfurt am Main nicht nöthig gehabt, denn der bürgerliche Liberalismus machte, wo es die Polizei nicht verwehrte oder nicht hindern konnte, mit Worten vielen Lärm, was Thaten anbetraf, so begnügte er sich mit Spielereien, mit Kleinigkeiten und Nebendingen. Sich eine bestimmte, große, umfassende Reform als Ziel zu setzen, dazu war das liberale deutsche Bürgerthum nicht im Stande. Es geberdete sich, als ob es in Sack und Asche gehen müsse, wenn die Dänen der Agitation für die Losreißung von Schleswig-Holstein entgegentraten, und es gab die Fröbel'schen Kindergärten für eine welterschütternde Idee aus.

Bekanntlich hat es lange Zeit gedauert, bis man in Deutschland sich daran gewöhnen konnte, den irdischen Angelegenheiten eine größere Wichtigkeit beizulegen, als den himmlischen, und so kam es auch, daß in den vierziger Jahren die religiösen Streitigkeiten eine lebhafte Bewegung hervorrufen konnten. Das kräftige Auftreten des protestantischen Pietismus rief den Konkurrenzneid der katholischen Hierarchie wach und die beiden großen Religionsgemeinschaften glaubten sich ihr Gebiet gegeneinander sichern zu müssen, wenn sie auch als gemeinsamen Feind die unkirchliche Gesinnung und die atheistische Philosophie zu bekämpfen hatten. Zu Trier geschah darum 1844, was wir im Jahre 1891 sich wiederholen sahen: der heilige Rock wurde ausgestellt und über eine Million Menschen pilgerte zu der Reliquie, von der allerlei Wunder berichtet wurden. Auch aus dem katholischen Frankreich kamen viele Gläubigen, da in jener Zeit nicht wie 1891 ein Konkurrenzrock in Argenteuil ausgestellt war. Der Liberalismus benutzte diese Ausstellung des heiligen Rockes zu heftigen Ausfällen wider die römisch-katholische Kirche und ein suspendirter katholischer Kaplan in Schlesien, Johannes Ronge, richtete in den „Sächsischen Vaterlandsblättern" einen offenen Brief an den Bischof Arnoldi von Trier, in dem er sich gegen die Reliquienverehrung aussprach. Dieser Brief war an und für sich herzlich unbedeutend; aber vielleicht gerade deshalb, weil er nur enthielt, was Jedermann wußte und begriff, ward er mit so großem Jubel aufgenommen. Ronge ward als ein großer Mann gefeiert und hielt sich in seiner lächerlichen Eitelkeit denn auch selbst für einen solchen. Er schlug vor, die Katholiken sollten sich vom römischen Stuhl unabhängig machen, wodurch dann die deutsch-katholischen Gemeinden entstanden, während aus dem Protestantismus die evangelischen freien Gemeinden hervorgingen.

Eine wichtige Veränderung trat in Bayern ein, das in Süddeutschland die Hauptstütze des Katholizismus war, wie Preußen im Norden die Hauptstütze des protestantischen Pietismus. In Bayern wäre wohl gegen die Jesuitenregierung des einst liberalen Ministers Abel nicht so leicht etwas erreicht worden, wenn nicht Lola Montez nach München gekommen wäre. Diese schöne und interessante, aber leichtfertige und frivole spanische Tänzerin hatte bei dem bekannten Heinrich LXXII. von Reuß, dem „Prinzipienreiter," vergebens ihr Glück zu machen versucht; in München eroberte sie das Herz des alternden „teutschen" Königs Ludwig I. im Sturme. Er besang sie in seinen bekanntlich mit vielen Partizipien geschmückten Gedichten und konnte ihr nicht leicht einen Wunsch abschlagen, wie sehr auch die loyalen Münchener auf ihren Bierkellern „entrüstet" thun mochten. Schließlich erhob er die schöne Lola zur Gräfin von

Landsfeld; allein das Ministerium Abel, dem der Einfluß der Maitresse gefährlich wurde, verweigerte der Tänzerin das zur Erhebung in den gräflichen Stand erforderliche Heimathsrecht und stellte dem König die Wahl, die Tänzerin oder seine Minister zu entlassen. Und nun geschah, was die Münchener Bierbäuche nicht fassen konnten: Die ultramontanen Minister wurden vom König entlassen, das Jesuitenregiment war gestürzt und Lola Montez setzte ihren zierlichen Fuß auf seine Trümmer. Was die ernstesten Anstrengungen liberaler „Patrioten" in jener Zeit nie vermocht hätten — die Tänzerin brachte es spielend fertig und sie leistete, bewußt oder unbewußt, dem Liberalismus einen wesentlichen Dienst.



Lola Montez.

Der Kampf für die Religionsfreiheit nahm bald einen politischen Charakter an und gestaltete sich zu einem Kampfe des Liberalismus gegen die übermächtige Staatsgewalt. Die Polizeiwirthschaft und der Druck von Oben überhaupt waren so ausgebildet, daß die entschiedeneren Liberalen zu geheimen Verbindungen greifen mußten, denn eine öffentliche politische Organisation war nicht möglich. Die Väter jener Nationalliberalen, die im Jahre 1878 das Sozialistengesetz schufen, waren in den vierziger Jahren von der Polizei gerade so verfolgt, wie in unseren Zeiten die Sozialdemokraten. Einzelne Mitglieder der Ständekammern der verschiedenen Länder, durch gleiche Gesinnung angezogen, traten mit einander in Verbindung; andere „Volksmänner" schlossen sich ihnen an.

1840, als man überall das Lied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" gegen Frankreich sang, da kamen an diesem „freien deutschen Rhein" liberale Männer zusammen, die sich noch gar nicht kannten, als dem Namen nach, und die nur mit dem Aufgebot all ihrer Schlauheit dem spähenden Auge der Polizei entgingen. Es waren Adam von Itzstein, der gefeierte liberale Kammerredner aus Baden, Robert Blum aus Leipzig, der sich in den politischen und religiösen Kämpfen als entschieden liberaler Mann schon frühzeitig einen Namen gemacht hatte, Todt aus Adorf und von Dieskau aus Plauen, zwei Volksmänner im damaligen Sinn, und Mathy aus Baden, der damals für einen der Entschiedensten galt. Auf solchen Zusammenkünften, die alljährlich stattfanden, besprach man die trostlose Gegenwart und schmachtete nach einer besseren Zukunft. Dieser von der Polizei gehetzte Liberalismus war im Geheimen nicht so zahm, wie er sich manchmal öffentlich gab. Oeffentlich hüllte er sich in den Loyalitätsmantel gemäßigter konstitutioneller Gesinnung; im Geheimen machte er aus seinen demokratischen oder republikanischen Neigungen kein Hehl.

Solche Neigungen strömten sich, soweit möglich, in der von der Polizei verfolgten und von der Zensur gequälten Literatur aus. Der Bundestag hatte das Netz der Zensur über ganz Deutschland ausgespannt. An jedem Orte, wo sich eine Buchdruckerei befand, saß auch ein zur Ueberwachung ihrer Arbeiten bestimmter Beamter, dem Alles vorgelegt werden mußte, was gedruckt werden sollte, sogar Speise- und Visitenkarten. Aus dem Manuskript oder aus den Korrekturbogen strich der Zensor einfach, was er mit dem Wohl des Staates nicht vereinbar glaubte. Er strich auch aus den Berichten über Kammer- und Gerichtsverhandlungen, was ihm nicht gefiel, so daß es Zeitungen gab, die unter der Rubrik „Inland" fast gar nichts bringen konnten.

Nimmt man dazu ein zopfiges, bornirtes Gelehrtenthum, eine hohlköpfige und arrogante Bureaukratie und eine Justiz, die auf das Geheimniß ihrer Verhandlungen angewiesen war, weil sie das Licht der Oeffentlichkeit nicht vertragen konnte, so begreift man die von der edelsten Gesinnung getragenen Angriffe Börne's gegen das herrschende System in Deutschland und den bitteren Spott Heine's über das deutsche Elend.*)

*) Man kann nicht leugnen, daß Heine's Stellung zu Deutschland in einem wenig vortheilhaften Lichte erscheinen mußte, nachdem durch die Pariser Februar-Revolution bekannt geworden war, daß er von Guizot eine Pension bezogen hatte. Die Erklärung Heine's, es sei dies „das große Almosen Frankreichs" für die verfolgten Revolutionäre des Auslandes gewesen, nehmen wir nicht ernst. Nichtsdestoweniger bleiben die Wahrheiten, die Heine den Deutschen gesagt hat, eben Wahrheiten und haben auch in diesem Sinne gewirkt.

Diese beiden Schriftsteller konnte unter dem Bundestag der deutsche Boden nicht tragen. Was als „junges Deutschland" hinter ihnen kam, war ohne besondere Bedeutung, den einzigen Gutzkow ausgenommen. Der bürgerliche Liberalismus hatte seine Flegeljahre auch in der Literatur durchzumachen und überschlug sich dabei. Diese Laube, Wienbarg und Genossen traten auf, als wollten sie mit ihren Gänsekielen die Welt aus den Angeln heben. Genau betrachtet sind ihre Werke aus jener Epoche nicht viel mehr, als die in dicken Bänden breitgetretene Eitelkeit der jugendlichen Himmelstürmer, die da thaten, als drehe sich die Welt um



Arnold Ruge.

ihre werthen Personen. Sie ließen sich in Bezug auf den literarischen Sinnenkitzel völlig die Zügel schießen und behaupteten, ihre Zoten seien „neue soziale Ideen." Der Bundestag legte ihnen eine durchaus unverdiente Bedeutung bei, als er ihre Schriften verbot. Sie wurden später „alte Betschwestern," wie manche Damen, die sich in der Jugend ausgetobt haben. Nachdem sie den Begriff der „Freiheit" bis zur Widersinnigkeit übertrieben, verschwanden sie aus der gefährlichen Sphäre der Opposition und einige tauchten, mit dem groben Dr. Luther zu reden, als „Tellerlecker" an den Höfen wieder auf. Im Beschimpfen der Revolution und der Revolutionäre haben sie dann Bedeutenderes geleistet, als mit ihren „Jugendeseleien" und werden dafür von den Verfertigern

byzantinischer Literaturgeschichten auch mit der verdienten Lobhudelei bedacht.

Es kam wieder ein größerer Ernst in die deutsche Literatur, als eine radikale Philosophie auftrat und mit dem Ueberlebten aufzuräumen begann. David Strauß bekämpfte den christlichen Wunderglauben, Ludwig Feuerbach erklärte das Wesen der Gottheiten für menschliches Wesen und die Religionen für Selbstvergötterung, während Bruno Bauer das neue Testament einer für die Orthodoxen höchst peinlichen kritischen Untersuchung unterzog. Am weitesten trieb den philosophischen Radikalismus Max Stirner (eigentlich Kaspar Schmidt), der sich dermaßen überschlug, daß er eine Art Philosophie des Anarchismus schuf und den nackten Egoismus als Weltgesetz proklamirte. Arnold Ruge, der damals auch noch nicht daran dachte, daß er einst noch einen Gnadengehalt aus einer fürstlichen Schatulle beziehen werde, suchte in seinen „Deutschen Jahrbüchern" dem philosophischen Radikalismus Verbreitung zu verschaffen und ihn mit dem politischen zu verbinden.

Wie sehr nun auch die Mucker und die Orthodoxen Zeter und Mordio schrieen wider die gottlosen Philosophen, so konnte doch dieser Kampf das Interesse der Massen nicht für sich gewinnen. Der philosophische Radikalismus war ein angenehmes Dessert für den Bourgeois, der sich selbst für „gebildet" genug hält, um die Religion entbehren zu können, der jedoch mit weiser Miene stets erklärt, für die Masse sei die Religion nothwendig zum Trost in ihrem Elend. Als ob ein warmer Rock, eine gesunde Wohnung und ein guter Braten nicht ungleich wirksamere Tröstungsmittel für die Armen und Elenden wären, denn religiöse Glaubensartikel! Ohnedies konnte die Philosophie den Massen nicht wohl verständlich sein bei dem supergelehrten Kauderwelsch, in dem die meisten deutschen Philosophen ihre Werke zu schreiben pflegen, und schließlich konnte auch der aufgeweckte Handwerksmeister und Arbeiter, wenn ihm solch philosophische Bücher je einmal in die Hände geriethen, mit dem besten Willen nicht herausfinden, daß diese Philosophie im Stande sei, ihm einen Weg zur Verbesserung seiner sozialen Lage zu zeigen. Und darauf kam es ihm doch an.

Ganz anders wirkte die politische Poesie, die plötzlich wie Trompetengeschmetter über Deutschland erklang und die das Wort Goethe's: „Politisch Lied ein garstig Lied!" entschieden Lügen gestraft hat.*)

*) Wenn sich dies Wort Goethe's auf die meistens so unmelodische Poesie aus der Zeit des Fürstenfreiheitskrieges bezieht, dann kann man ihm so Unrecht nicht geben. Ohne Zweifel werden die herzlich schlechten Verse E. M. Arndt's z. B. weit über Gebühr gepriesen.

Herwegh's „Gedichte eines Lebendigen" schlugen ein, wie nur jemals Verse haben einschlagen können. Das war eine ganz neue Poesie, die wie in Donnertönen über Deutschland hinweg scholl:

„Wir haben lang genug geliebt
Und wollen endlich hassen!"

oder

„Reißt die Kreuze aus der Erden,
Alle sollen Schwerter werden!"

oder:

„Raum, ihr Herrn, dem Flügelschlag
Einer freien Seele!"



Georg Herwegh.

Diese Weisen, welche die „eiserne Lerche" von den freien Alpenhöhen der Schweiz nach Deutschland hinein schmetterte und die sie später nie wieder fand, erregten einen Sturm der Begeisterung „von der Etsch bis an den Belt." Die schöne poetische Phrase ist bei der deutschen Eigenart am besten geeignet, der Sehnsucht nach einer unbestimmten Freiheit, nach einer Erlösung aus dem Elend der Zeit mit unbekannten Mitteln, Ausdruck zu verleihen. So sprang die politische Poesie geharnischt und gewappnet in den großen Streit und bald hatte sich ein Fähnlein streitbarer Poeten zusammengefunden, die ihre Geschosse gegen das Ungeheuer, genannt Metternich'sches System, entsandten. Robert

Prutz, Hoffmann von Fallersleben, Gottfried Kinkel, Moritz Hartmann u. A. erschienen früher oder später auf dem Kampfplatz. Sie hatten dafür Verfolgungen zu erdulden und wo sie in Aemtern waren, wurden sie aus diesen entfernt. Bald gesellte sich auch Ferdinand Freiligrath zu ihnen, nachdem er des Besingens der Wüstenrosse und Giraffen überdrüssig geworden und die vom König von Preußen ihm verliehene Pension aufgegeben. Mit den Worten:

„Zum Teufel die Kameele,
Zum Teufel auch die Leu'n;
Es rauscht durch meine Seele
Der alte deutsche Rhein!"

stürzte sich Freiligrath in den Strudel der Zeitbewegung und lieh ihr die hochlodernde und farbenprächtige Flamme seiner Dichtung, um sich dafür bald im Exil zu sehen und in der Schweiz von Kantönli zu Kantönli gehetzt zu werden, worüber er sich mit Galgenhumor tröstete, indem er die Sache als eine Schachpartie auffaßte und sagte: „Matt werden kann ja nur der König!" Auch Herwegh sollte von der Bierbegeisterung des deutschen liberalen Bürgerthums enttäuscht werden. Er unternahm 1842 eine Art Triumphreise durch Deutschland und wurde überall großartig aufgenommen und gefeiert. Auch Friedrich Wilhelm IV. empfing ihn und sprach zu ihm das geflügelte Wort: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition!" Als aber Herwegh sich über die preußische Polizei bei dem König beschwerte, ward er von zwei Gensdarmen über die preußische Grenze gebracht und ein „schimpfender Bedientenschwarm" that das Uebrige. Herwegh ist nachher nicht mehr in Versuchung gekommen, die Rolle des Marquis Posa zu spielen.

So hatte das liberale deutsche Bürgerthum an positiven Errungenschaften wenig aufzuweisen und wurde meistens mit Versprechungen abgespeist. Man hoffte, irgend eine große politische Katastrophe müsse eintreten und einen völligen Umschwung bringen. Woher und wie die Katastrophe kommen sollte, wußte man nicht genau zu sagen. Einige meinten, Louis Philipp und Metternich müßten doch auch einmal sterben und dann müsse Alles besser werden. Sie zeigten damit nur, wie wenig sie ihre Zeit verstanden.

Die Klassengegensätze wiesen um diese Zeit noch nicht die Schärfe auf, die ihnen heute eigen ist. Wie das Kleinbürgerthum sich als Klasse noch nicht durch die breite Kluft von heute von dem größeren Bourgeois getrennt fühlte, so gingen die Handwerker- und Arbeiterklasse noch vielfach ineinander über und glaubten an eine Solidarität ihrer Interessen.

Nur da, wo die Industrie die Ausbeutung der Arbeitskraft im Großen organisirt hatte, bildete sich ein zahlreiches Proletariat, das sich von den bürgerlichen Klassen schon völlig abgesprengt sah. Um ein Bild des Verhältnisses der verschiedenen Bevölkerungsklassen zu geben, seien hier die Resultate einer Volkszählung in Preußen aus dem Jahre 1861 angeführt. Damals betrug die städtische Bevölkerung in Preußen noch 5 600 000 Köpfe, die ländliche aber 12 800 000 Köpfe, ein Verhältniß, das sich inzwischen sehr zu Gunsten der städtischen Bevölkerung verändert hat infolge des massenhaften Abzugs von Arbeitskräften vom Lande nach den großen



Ferdinand Freiligrath.

Städten. Ein breiter Mittelstand mit selbständigen Meistern und Geschäftsinhabern stand den Arbeitern entgegen. Die Großindustrie hatte unter dem Kleingewerbe nur wenig aufgeräumt, denn es fehlten ihr die ersten Bedingungen, um sich mächtig und siegreich auszubreiten. Mit Ausnahme der Bahn von Nürnberg nach Fürth hatte das deutsche Eisenbahnwesen erst im Jahre 1840 begonnen und das acht Jahre später bestehende Netz von Eisenbahnlinien reichte nicht aus, die wirthschaftliche Entwickelung rasch vorwärts zu bringen. In der Textilindustrie freilich, wo man die Meister nicht mehr als selbständig ansehen konnte, erschienen die Arbeiter in größeren Massen; es gab 192 000 Weber in Preußen. Dagegen gab es in demselben Gebiet:

Schneider	122 789,	darunter	73 088	Meister
Schuhmacher	154 111,	"	94 849	"
Bäcker	46 987,	"	26 186	"
Fleischer	34 991,	"	21 566	"

Nach einer Statistik von 1846 gab es in Preußen im Ganzen 457 365 Meister und selbständige Gewerbetreibende, die 384 783 Gesellen und Lehrlinge beschäftigten; in den Fabriken, die sich auf über 78 000 Betriebe beliefen, waren etwa 550 000 Personen beschäftigt. Man sieht, wie einerseits das kleine Handwerk noch in großer Stärke vertreten war, andererseits aber auch die Fabrikbetriebe im Verhältniß zu den gegenwärtigen klein waren und wenig Arbeiter beschäftigten. Die Handwerksmeister waren überwiegend noch mit dem alten Zunftzopf behaftet und naturgemäß Gegner der Gewerbefreiheit. Wir werden sie im Jahre 1848 ihre diesbezüglichen Forderungen formuliren sehen. Wenn sonach die Arbeiter 1848 sich ihres Klasseninteresses vollständig bewußt gewesen wären, so stand ihnen im Kleinhandwerker-, Zunftmeister- und Spießbürgerthum eine kompakte reaktionäre Masse gegenüber, die vorläufig nicht zu überwinden und ebensowenig mitzureißen war.

Das deutsche Handwerksburschenthum, das damals mehr als heute florirte, hatte nur für den zuschauenden Philister seine sprichwörtliche „Gemüthlichkeit." Im Uebrigen wurden diese Arbeiter von einer brutalen Polizei und Bureaukratie gequält und wie ein schädliches Element behandelt, obschon sie für den Bestand der Gesellschaft weit wichtiger waren, als so mancher Regierungsapparat. Die Scheererei mit Päffen und Wanderbüchern war geradezu unglaublich. Man muß alte Leute erzählen hören, wie es in den Polizeigebäuden von Wien und Berlin seinerzeit aussah, wo Hunderte von armen, müden und hungrigen Handwerksburschen stundenlang auf den Korridoren des Augenblicks harrten, da sie zitternd dem Polizeigewaltigen ihr Wanderbuch vorlegen und gewärtig sein mußten, zunächst barsch angeschnauzt und dann wegen einer Uebertretung der hundert bureaukratischen Förmlichkeiten bestraft oder chikanirt zu werden. So ging es in ganz Deutschland zu und mancher Däumling von einem Ortsgewaltigen, mancher noch nicht hinter den Ohren trockene studirte und nichtstudirte Schreiber nahm die Gelegenheit wahr, an den Handwerksburschen sein Müthchen zu kühlen.*)

*) Wir wollen nur ein Beispiel anführen aus einer Schrift vom Jahre 1839 über bayerische Zustände, von einem Augen- und Ohrenzeugen: Ein Landgerichtsassessor wurde im Jahre 1839 von einem durchreisenden Bekannten besucht. Als dieser in das Amtszimmer trat, rief der Assessor den anwesenden Bürgern und Bauern zu: „Hundsfötter, hinaus! Ich habe jetzt keine Zeit für Euch.

Während die Arbeiter in Deutschland selbst zu keinem Klassenbewußtsein kamen, gelangten sie in eine ganz andere Sphäre, wenn sie nach der Schweiz, nach Frankreich oder nach England wanderten. In der Schweiz fanden sie deutsche Flüchtlinge, welche eine revolutionäre Literatur herstellten und nach Deutschland hinein schmuggelten. In der Schweiz wurden eine Menge deutscher Arbeitervereine gegründet, um welche Sache sich besonders Johann Philipp Becker, der wegen seiner Betheiligung am Hambacher Fest seine rheinpfälzische Heimath verlassen, verdient machte. Wenn in der Schweiz schon den wandernden deutschen Arbeitern andere Anschauungen beigebracht wurden, als die daheim vorherrschenden, so trafen sie in Frankreich und England ganz neue Verhältnisse. In diesen Ländern hatte die Industrie schon gewaltige Fortschritte gemacht und das Proletariat begann seine Macht im Klassenkampf zu fühlen. In Frankreich lebten unter den Arbeitern noch die Ueberlieferungen der großen Revolution mit ihrem mächtigen Schlachtruf: „Freiheit. Gleichheit, Brüderlichkeit!" Die Aufstände der Lyoner Seidenweber von 1831 und 1834, die den Wahlspruch hatten: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!" ließen den von der kapitalistischen Ausbeutung geschaffenen Abgrund des Elends vor aller Welt Augen aufklaffen. In England bildete sich Ende der dreißiger Jahre die großartige Bewegung der Chartisten, die zwar als erste praktische Forderung das allgemeine Wahlrecht aufstellte, aber sonst einen durchaus sozialistischen Charakter trug. Die Chartisten begingen den Fehler, das allgemeine Wahlrecht durch einen allgemeinen Strike (den „heiligen Monat") erzwingen zu wollen, ein Unternehmen, das nothwendiger Weise mißglückte und den Aufschwung des Sozialismus in England auf lange Zeit hinaus lähmte

So wurden die wandernden deutschen Arbeiter mit dem Sozialismus bekannt und sogen seine Ideen begierig ein. Bald wurden auch sozialistische Vorstellungen nach Deutschland gebracht und machten sich bemerkbar. Der Bundestag ward aufmerksam. Man war damals in Frankfurt schon wegen des verunglückten Savoyerzuges von 1834 schlecht auf die Schweiz zu sprechen. Im selben Jahr fand eine Versammlung deutscher Arbeiter

---

könnt ein ander Mal wieder kommen!" Ein Handwerksgeselle bat demüthig, da er mehrere Stunden weit weg in Arbeit stehe, von seinem Meister wohl nicht so bald Urlaub bekomme, und die dem Herrn Assessor bekannte Sache keinen Aufschub leide, ihn nicht unverrichteter Dinge heimzuschicken. Der Assessor klingelte und herrschte dem erschienenen Amtsknecht zu: „Gieb mal dem Kerl da für seine Frechheit ein Dutzend von Deinen besten Pfeffernüssen!" Es unterblieb dies zwar auf die Einsprache des Bekannten, aber der Assessor sagte: „Man kann das Hundsvolk nur so im Respekt halten."

bei Bern statt, etwa 100 Personen stark, die ihrer Entrüstung über den Bundestag keinen Zwang anthaten. Der Bundestag verbot nun das Auswandern deutscher Arbeiter nach der Schweiz. Im Uebrigen waren in der Schweiz auch preußische Lockspitzel thätig. Ein solcher Namens Lessing wurde 1835 bei Zürich ermordet gefunden. Die Lockspitzel von heute haben ihre Vorfahren.

Die sozialistischen Vorstellungen bei den deutschen Arbeitern waren meistens rein utopistischer Art, denn sie keimten aus dem Einfluß der alten französischen Sozialisten empor. Man träumte in jener Zeit recht viel und recht kindlich.*)

Die Studien, die zum Verständniß der gesellschaftlichen Struktur erforderlich sind, das Eindringen in die sozialökonomischen Zustände von Vergangenheit und Gegenwart, das Erforschen des sozialen Prozesses unserer Zeit hielt man für überflüssig. Wie die Phantasien der Wiedertäufer das tausendjährige Reich, so brütete der utopistische Sozialismus, der in Frankreich am üppigsten emporschoß, ein Paradies aus und lud die Menschheit ein, gefälligst einzutreten. Die neuen Propheten waren dann höchst erstaunt, wenn diese bockbeinige Menschheit den Eintritt in das mit den glühendsten und lockendsten Farben ausgemalte Paradies nicht nur verweigerte, sondern ihren Widerwillen durch Polizeichikanen und Tendenzprozesse kund gab. Unter den deutschen Träumern gab der Schneider Wilhelm Weitling den Ton an, ein sehr begabter und von hohen Idealen erfüllter Mann, der sich aber zu keinen klaren Anschauungen durchgerungen hatte und sich in phantastischen Träumereien

*) Von den traumhaften Vorstellungen, wie sie damals bei manchem deutschen Handwerksburschen im Ausland herrschten, giebt ein Bruchstück eines versimpelten Liedes Kunde, das namentlich in der Schweiz viel gesungen wurde:

„Wenn die Fürsten fragen,
Wo ist Absalon?
Könnt Ihr ihnen sagen:
Seht, er hänget schon!
Nicht an einem Baume,
Nicht an einem Strick,
Sondern an dem Traume
Einer Republik!“

Die Staats-Nachtwächter zu Frankfurt am Main legten diesen kindischen Dingen eine politische Bedeutung bei und mußten sich dafür manchen Spott gefallen lassen, unter Anderem den schlechten Witz, ein Handwerksbursche habe auf die Frage, was sein Beruf sei, im Verhör geantwortet: „Fürstenmörder!“ Vielleicht haben die biederen Zopfträger der Eschenheimer Gasse auch dies ernst genommen

verlor. Er wanderte seinerzeit als Lohnarbeiter umher und hatte begeisterte, aber nicht zahlreiche Anhänger, wie es beim Sektenwesen immer geht. Er wurde in der Schweiz in einem skandalösen Tendenzprozeß verurtheilt und dann ausgewiesen, nachdem ihn die Polizei zu einem Schreckgespenst für die Spießbürger gemacht hatte.

Die Bourgeoisie hatte gegenüber der immer mehr dem Vordergrund zudrängenden sozialen Frage außer den hergebrachten Redensarten nichts zu bieten gewußt, als daß sie 1844 den bekannten, heute noch bestehenden „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" ins



Wilhelm Weitling.

Leben rief. Dieser Verein, der sich immer durch oberflächliche und rückständige Auffassung ausgezeichnet hat, empfahl den Arbeitern Sparsamkeit, Unterstützungskassen und Fortbildungsschulen, womit soviel gesagt war, daß die vornehmen und reichen Herren und Damen, die sich in dem Verein zusammenfanden, sich ihre Langeweile mit der Arbeiterfrage zu vertreiben suchten.

Gegenüber den brütenden Wolkenwandlern à la Weitling und den achselzuckenden Bourgeois begann endlich der moderne wissenschaftliche Sozialismus Gestalt zu gewinnen. Ein tüchtiger Bahnbrecher war für ihn das Werk von Friedrich Engels: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England," das zum ersten Mal der erstaunten Welt den Kapitalismus

und Industrialismus des 19. Jahrhunderts in seinen Ursachen und Wirkungen zeigte und die ganze Kulturwidrigkeit der herrschenden Produktionsform nachwies. Das Buch erregte ein gewaltiges Aufsehen und die soziale Frage ward von da ab der Gegenstand eifriger Studien. Bald fanden sich Engels und Karl Marx zusammen und stellten sich die große Aufgabe, die werdende Arbeiterbewegung von der lächerlichen Utopisterei und Zukunftsstaats-Malerei zu befreien. Sie müssen als die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnet werden.*) Karl Marx' kritischer Geist wandte sich zunächst gegen die Ueberreste des philosophischen Idealismus, wobei Engels sein eifriger Mitarbeiter war. Die beiden Freunde traten dem „Bund der Kommunisten" bei, einer Verbindung, die schon länger bestand. Entschiedene Gegner allen Verschwörerthums, verwandelten sie diese Gesellschaft in einen Verein für sozialistische Propaganda, der allerdings noch geheim bleiben mußte, weil die damaligen Zustände ein öffentliches Auftreten nicht gestatteten. Der Kommunistenbund war der erste Versuch einer internationalen Arbeiterverbindung; er hatte Mitglieder in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz. Auch Ungarn und Polen traten ihm bei und es wurden, wo es möglich war, internationale Arbeiterversammlungen veranstaltet. Der Einfluß dieser Organisation war in der Arbeiterbewegung des Jahres 1848 wohl zu verspüren.

Die Mitglieder dieses Bundes nannten sich Kommunisten, um sich von dem Bourgeois-Sozialismus zu unterscheiden. „Sozialismus," sagt Engels, „bedeutete 1848 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung." In der That nannte man damals alle die kleinbürgerlichen Palliativen gegen die sozialen Mißstände „Sozialismus" und die bürgerlichen Radikalen, die den Arbeitern kaum mehr als die platte „Selbsthilfe" à la Schulze-Delitzsch zu bieten hatten, nannten sich „Sozial-Demokraten," im Gegensatz zu dem modernen Sinn dieser Bezeichnung.

In Deutschland war inzwischen eine bedeutende sozialistische Literatur herangewachsen und namentlich in dem industriell hochentwickelten Rheinland begann eine Arbeiterbewegung in Fluß zu kommen. Dort war Moses Heß thätig, der zur Klärung der sozialistischen Ideen viel beitrug und in seinem „Gesellschaftsspiegel" dem Kapitalismus sein abschreckendes

*) Ferdinand Lassalle, der sich selbst als „Schüler" von Marx bezeichnete, stand durchaus auf dem Boden der Marx'schen Anschauungen. Seine späteren speziellen Anhänger blieben bei den Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe stehen, wozu die sonderbare Taktik Lassalle's in der letzten Periode seiner Agitation nicht wenig beitrug.

Bild vorhielt. Die meist populären sozialistischen Schriften von Ernst Dronke, Hermann Püttmann und Otto Lüning fanden unter den Arbeitern viel Verbreitung. Püttmann und Georg Weerth gaben auch sozialistische Romane und Gedichte heraus.

Aber weitaus das Bedeutendste, was die sozialistische Literatur jener Zeit aufweist, war das „Manifest der kommunistischen Partei," das 1847 von Marx und Engels ausgearbeitet wurde und kurz vor der Februar-Revolution erschien. Auf dem 1847 zu London stattgehabten Kongreß des Bundes der Kommunisten waren Marx und Engels beauftragt worden,

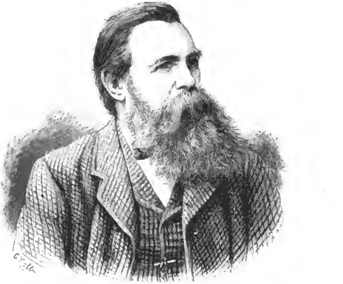


Moses Heß.

die Grundsätze ihrer Partei festzustellen. Sie hielten aus dem oben angegebenen Grunde an dem Namen der kommunistischen Partei fest und schufen in dem kommunistischen Manifest eine eben so klare als bündige Darstellung der Grundsätze des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Im kommunistischen Manifest erstrahlte das Morgenroth einer neuen Weltanschauung, welche die Erlösung des Proletariats aus seinem Elend zum Ziel hat. In dieser Schrift wurde unbarmherzig aufgeräumt mit den Thorheiten und Schwächen des utopistischen, kleinbürgerlichen, feudalen und reaktionären Sozialismus. An Stelle der Träumereien von einem tausendjährigen Reich trat die klare und bestimmte Forderung, die Arbeiterklasse aus ihrer Knechtschaft zu befreien durch die Verwandlung der

Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigenthum. Zugleich wurde eine ganz neue Geschichtsauffassung, die man die materialistische nennt, verkündigt, wonach die Weltgeschichte nur eine Reihe von Klassenkämpfen ist. Mit vollem Recht ist gesagt worden, diese Geschichtsauffassung bedeute für die Geschichtswissenschaft dasselbe, was die Darwin'sche Theorie von der Veränderung der Arten für die modernen Naturwissenschaften zu bedeuten hat.

Als das kommunistische Manifest erschien, wurde diese großartige Kundgebung nicht nach ihrem wahren Werthe gewürdigt. Die Geschicht-

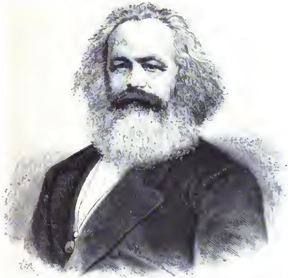


Friedrich Engels.

schreibung der Zukunft wird ihm die Anerkennung seiner hohen Bedeutung nicht versagen.

Die Verfasser des kommunistischen Manifests appellirten damals an die Gewalt, was sich daraus erklärt, daß sie den Sturm der Revolution nahen fühlten. Sie hatten einen tiefen Einblick in die Zeitverhältnisse von damals und wurden von der Katastrophe nicht überrascht. Sie wußten, daß in dem bevorstehenden Kampfe die Gewalt der Waffen entscheiden würde. Daher nahmen sie für ihre Partei Stellung. Sie haben später mit Recht an dem Text des Manifestes keine Aenderungen vorgenommen, obgleich die veränderten Verhältnisse eine andere Taktik der sozialistischen Bewegung bedingten. Das Manifest ist ein historisches Dokument.

Das Elend des industriellen Proletariats der vierziger Jahre lieferte die drastischen Illustrationen zu den sozialistischen Theorien. Zwar mußte sich in jener Zeit der Handwerksgeselle wie heute mit elenden Löhnen begnügen, eine grobe Behandlung gefallen und die landläufigen Polizeichikanen über sich ergehen lassen. Weit schlimmer aber stand es mit den Fabrikarbeitern in jenen Branchen, wo die Entwickelung des Maschinenwesens eine Menge von Arbeitskräften überzählig zu machen begann. Es kam zu Katastrophen, wie man sie in England bei Einführung der Spinnmaschinen erlebt. Namentlich in Schlesien.



Karl Marx.

Die Leinwandweberei hatte durch Jahrhunderte in Schlesien einem großen Theil des Volkes das Dasein, wenn auch kärglich, garantirt. Die Armuth war daheim bei den Leinewebern und das früher vielgesungene Spottlied:

„Die Leineweber haben eine saubere Zunft,
Mit Fasten halten sie Zusammenkunft“ u. s. w.

hat seinen düsteren sozialen Hintergrund und zeigt uns, daß die schlemmenden Zunftprotzen aus den wohlhabenden Gewerken im Uebermuth die verarmten Weber verspotteten. In den zwanziger Jahren kamen eine Menge fremder Unternehmer nach Schlesien und mit ihnen die Maschinen,

auf denen der Flachs gesponnen wurde. Das Handgespinnst sank natürlich im Preise und man berechnete, daß eine einzige Fabrik, die eintausend Arbeiter beschäftigte, damit zehntausend Arbeiter brotlos machte. Dazu kam, daß im Ausland der Absatz für die schlesische Leinwandwaare stockte, wozu eine ungeschickte Handelspolitik ihr gutes Theil beitrug. Die englische Konkurrenz ward sehr drückend. Die Fabrikanten, die um jeden Preis konkurrenzfähig bleiben, aber doch von ihrem Unternehmergewinn sich nichts entgehen lassen wollten, drückten die Löhne fortwährend. Man setzte die Leinwandpreise auf einmal um zehn bis zwanzig Prozent, die Arbeitslöhne aber auf einmal um dreißig Prozent herab. Die Weber und Spinner geriethen in eine elende, unerträgliche Lage, namentlich die Handweber im Gebirge, und Freiligrath hat in seinem berühmten Gedicht „Rübezahl" das in unseren Tagen sprichwörtlich gewordene Weberelend auch für die damaligen Zustände durchaus nicht mit zu grellen Farben geschildert. Die Spinner sagten damals, sie könnten nicht mehr so viel verdienen, als sie bei ihrer Arbeit Licht verbrennen müßten. Die Weber im Gebirge hatten früher am Schock Leinwand fünf bis sechs Wochen täglich sechszehn Stunden arbeiten müssen und dafür neun Thaler erhalten; nun erhielten sie nur noch sechs Thaler, wovon anderthalb Thaler für Zurichten in Abzug kamen. Wenn ein Weber auf einem kleinen Grundstück saß, etwa ein bis zwei Morgen groß, und eine Milchkuh erhalten konnte, so mochte sich, wenn Weib und Kind wacker mithalfen, seine Einahme auf sechszig Thaler jährlich belaufen, also 180 Mark. Davon zahlte solch ein armer Mann Staatsgrundsteuer: einen Thaler fünfzehn Silbergroschen; Klassensteuer zwei Thaler; Grundzins für die Gutsherrschaft drei Thaler fünf Silbergroschen; Jagd- und Spinngeld fünfzehn Silbergroschen; für Frohnarbeit hatte er, wenn er sie nicht leisten wollte oder konnte, zwanzig Silbergroschen bis einen Thaler zu bezahlen, und an Gemeindeabgaben einen Thaler zehn Silbergroschen; dazu kam noch Schulgeld und Feuerversicherung.

Bei diesen Webern war der Exekutor ein häufiger Gast. Noch weit schlimmer aber waren jene Weber und Spinner daran, die garnichts hatten und denen der Exekutor nicht mehr beikommen konnte. „In ihrem dunklen, ungesunden Gemach," sagt ein Augenzeuge, „steht nichts als ein Webstuhl, eine morsche Bettstelle, gefüllt mit Lumpen, welche Betten heißen, ein schlechter hölzerner Tisch, eine Bank und ein Schemel, das Gemach so eng, daß das Häuflein Kinder wie Maden sich bewegen muß und kaum Spielraum bleibt zur nothwendigen Bewegung bei der Arbeit, ein Gemach oft, gegen das der Viehstall eines Domanialbesitzers ein Prunksaal genannt werden muß."



Der Hungertyphus bei den schlesischen Webern.

Die Häusler unter den Webern konnten es nach Abzug der Abgaben und der Hypothekenzinsen auf kaum vierzig Thaler (120 Mark) im Jahr bringen und man darf sich sonach nicht wundern, daß unter den ärmsten Webern schon 1843 buchstäblicher Hungertod vorkam.

Doch muß hier betont werden, daß die totale Verarmung des Volkes auf dem Lande in Schlesien auch noch andere Ursachen hatte, als die kapitalistische Ausbeutung in der Textilindustrie. Die schlesischen Feudalherren hatten auch ihr Theil daran. Sie wußten bei der Ablösung der Feudallasten, der Frohnden und Abgaben, sowie bei der Neuauftheilung des Grund und Bodens so geschickt zu operiren, daß die armen Parzellenbauern ungeheure Summen für diese „Ablösung" zahlen mußten und daß den Feudalherren das beste Land zufiel, während den Bauern die „wüsten Huben" blieben. Diese Manipulationen der edlen schlesischen „Ritter" wurden von Wilhelm Wolff, dem rothen oder „Kasematten-Wolff," unter dem Titel „Die schlesische Milliarde" in der „Neuen Rheinischen Zeitung" 1849 enthüllt. Die großen Grundherren wußten sich von den öffentlichen Lasten zu drücken; sie zahlten keine Kommunalabgaben und hatten aus den Zinsen und Leistungen ihrer gutsunterthänigen Bauern, sowie aus den Gerichtssporteln ein reiches Einkommen, denn sie waren vielfach Justiz- und Polizei-Herren, Kirchen- und Schulpatrone. Sie zahlten — und wenn ihre Güter noch so groß waren — an Klassensteuer vier bis zwölf Thaler, der Weber zwei Thaler jährlich.

Die Regierung sah dem um sich fressenden Elend ruhig zu, die frommen Leute erklärten es für eine Prüfung des Himmels und die herrschenden Klassen kümmerten sich gar nichts darum. Selbst als die Unternehmer auch noch ein umfangreiches Trucksystem einführten und den Webern statt in baarem Gelde den Lohn in Lebensmitteln zu hohen Preisen und oft in schlechtestem Zustand auszahlten, ließ man sie ruhig gewähren. Das Uebermaß des Elends mußte zu einem Ausbruch der Verzweiflung führen und er trat ein, als einzelne Unternehmer und Parvenü's ihren Hochmuth zu drastisch äußerten. In den großen Dörfern Peterswaldau und Langenbielau, die ganz von Webern bevölkert waren, stieg die Noth am höchsten; dort sprach ein Unternehmer, als man ihn auf das Weberelend hinwies: „Man wird es noch dahin bringen, daß sie das Stück Leinewand um einen Quark (weißen Käse) weben müssen." Ein anderer Großkapitalist soll höhnisch einem Weber gerathen haben, wenn ihm der Lohn zu Brot nicht reiche, dann möge er es mit Gras versuchen, davon sei genug gewachsen; und einem Dritten, dem angerathen worden war, seine Arbeiter, wie die Amerikaner, besser zu halten, schrieb man die Aeußerung zu: „Das fehlte noch, sich mit dem Gesindel so zu plagen."

Vielleicht waren diese Aeußerungen von der Fama gehässiger gestaltet worden, als sie ursprünglich lauteten, wie das so manchmal geht; so aber, wie sie umliefen, erbitterten sie die ausgehungerten und verzweifelnden Weber auf das Aeußerste. Zugleich erschien als fliegendes Blatt ein Gedicht, betitelt „Das Blutgericht von Peterswaldau," welches das Weberelend in seinen düstersten Farben dem Luxus der Reichen gegenüberstellte.*) Dies Lied der Armuth ward von den Arbeitern vor den Fenstern eines der Fabrikherren in Peterswaldau gesungen, auch wohl an die Fabrik angeheftet. Das ungeschickte Einschreiten der Polizei, die einen der Sänger verhaftete, gab der an sich unschuldigen Demonstration einen ernsteren Charakter; die erbitterten Weber stürmten das Fabrikgebäude und zerstörten die Maschinen, die Bücher und die Quittungen. In Langenbielau machten sie es ebenso und schlugen die verhaßten Maschinen auch da in Trümmer. Diese Exzesse waren thöricht und in jeder Beziehung verwerflich; allein in solchen Fällen trifft immer der blinde Zorn der aufs Höchste gereizten Masse den nächsten verhaßten Gegenstand. Die Verantwortung fällt in diesem Falle voll und ganz auf die Hartherzigkeit und den Uebermuth der großen Kapitalisten. Die Aufregung wuchs, bis der Staat eingriff und von Schweidnitz Militär anrückte. Es gab hartnäckige Scharmützel, auch einige Todte und viele Verwundete, bis Verstärkungen ankamen und mit Pulver und Blei die „Ordnung" herstellten. Darauf folgten Verhaftungen, Prozesse und Verurtheilungen und die „guten Bürger" allerwärts gratulirten den Fabrikherren zu ihrer glücklichen Rettung. Es kamen schreckliche Szenen vor; ein Soldat fand unter den Erschossenen seinen eigenen Bruder. Auch Lächerlichkeiten fehlten nicht, denn ein schlesischer Magnat forderte die Weber auf, „um der Liebe zu ihrer angestammten Grundherrschaft willen" zur Ruhe zurückzukehren. Die armen Weber mußten mit dieser angeblichen Liebe zu den Grundherren weiter hungern; die Regierung that nichts, der Handel mit dem Ausland stockte.

Die geschilderten blutigen Auftritte fielen in das Jahr 1844. Das Jahr 1846 ward ein Jahr des Hungers und der Theuerung und im Winter von 1847 auf 1848 brach in dem unglücklichen Schlesien der Hungertyphus aus. Jetzt kam die Regierung mit billigem Getreide und mit öffentlichen Arbeiten einigermaßen zu Hülfe. Zu spät, denn es fehlte der Bevölkerung das Geld, auch das billigste Getreide zu kaufen, und sie war zu entkräftet, um von den öffentlichen Arbeiten Vortheil ziehen

*) Gegen dies Gedicht wurde, wenn wir recht berichtet sind, noch einmal im Jahre 1891, als ein schlesisches Arbeiterblatt dasselbe abdruckte, staatsanwaltschaftlich eingeschritten.

zu können. Der Würgengel der Pest raffte Tausende dahin und verschonte auch manchmal die Reichen nicht, die nun für ihre Gleichgültigkeit die Strafe erlitten. In einzelnen Gegenden wurde ein Zwölftel der Bevölkerung hinweggerafft und die Almosen der Regierung konnten die klaffende Wunde des Elends, die heute noch offen ist, nicht schließen.

In den angrenzenden Provinzen Oesterreichs waren die Zustände eben so schlimm, in mancher Beziehung vielleicht noch schlimmer als in Schlesien. Auch in Böhmen gab es damals schon eine weitverbreitete Textil-Industrie und in Folge dessen ein zahlreiches, im höchsten Elend dahinlebendes Proletariat. Die österreichischen Kronländer erfreuen sich meistens eines großen natürlichen Reichthums. Allein unter einem despotischen Regierungssystem und unter einer halb feudalen, halb kapitalistischen Klassenherrschaft mußte das Volk der habsburgischen Länder immer in Armuth und Elend dahinschmachten. Der Feudalismus hinderte die Entwickelung der Landwirthschaft; die Bauern blieben mit Frohnden und Zehnten gedrückt, so daß sie in Böhmen, namentlich im Riesengebirge, fast nur von Kartoffeln leben konnten. Eine unsinnige Handelspolitik schwächte den Absatz der Industrieprodukte im Auslande, während zugleich die Industrie daheim künstlich emporgetrieben wurde. Es ging genau so wie in Schlesien, und zwar auch im Jahre 1844.*) Die neuen Maschinen verringerten den Lohn, verlängerten die Arbeitszeit und machten viele Tausende brotlos. Zu gleicher Zeit trat auch noch eine Mißernte ein. Die verzweifelnden Arbeiter, die sich vor den Hungertod gestellt sahen, verlangten die Beseitigung der Maschinen. Selbstverständlich wurde dies Verlangen von den Fabrikherren mit Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes verweigert. Wennschon eine Rückkehr zum alten Betrieb unmöglich war, so muß doch bemerkt werden, daß die Unternehmer mit dem Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes alle Forderungen der Arbeiter ablehnten, gerade wie sie heute bei jedem auch noch so geringen Anlauf zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung sich auf die Konkurrenz des Auslandes berufen, das sie heute wie damals mit ihren Waarenpreisen so vielfach unterbieten. In den Kreisen von Leitmeritz und Prag thaten sich die Arbeiter zusammen, erstürmten die Fabriken und zerstörten die verhaßten Maschinen. Sodann zogen sie „mit Weib und Kind, mit Sack und Pack" nach Prag, wo sie den Erzherzog Stefan um Hülfe bitten wollten. Allein die Prager Spießbürgerschaft gerieth

*) Während wir zur Darstellung der Zustände in Schlesien eine Reihe von Quellen benutzten, halten wir uns hier fast ausschließlich an Ernst Violand's „Soziale Geschichte der Revolution in Oesterreich," deren Angaben unseres Wissens unwiderlegt geblieben sind.

in Angst, als die Masse hungernder Proletarier sich gegen ihre Stadt heranwälzte; auch waren in Oesterreich die Massendeputationen gesetzlich untersagt. Darum zog der Polizeidirektor von Prag mit aller verfügbaren Militär- und Polizeimannschaft den Arbeitern entgegen und ließ unter die wehrlose Masse feuern, ohne daß diese dazu einen Anlaß



Böhmische Weber zerstören Maschinen.

gegeben hätte. Die Arbeiter mußten bei aller Erbitterung weichen und zerstreuten sich, indem sie noch da und dort die verhaßten Maschinen zerstörten. Viele von ihnen flohen in das Riesengebirge, wo bald der Hungertyphus ausbrach. Im Gebirge und in den Fabriken starben Tausende an der Seuche und die Almosen der Regierung vermochten dem Elend nicht zu steuern.

Während die reichen böhmischen Aristokraten und die großen Unternehmer es sich wohl sein ließen, während die Besucher der böhmischen Bäder von den Reizen dieses Landes nicht genug erzählen konnten, wanderten Tausende und Abertausende aus diesem schönen Lande aus, um dem Hunger und der Seuche zu entgehen. Sie erschienen in der ganzen Monarchie und machten überall den anderen Arbeitern eine drückende Konkurrenz. Da sie sehr billig arbeiteten, so sanken die Löhne überall und es stieg auch die Arbeitszeit auf 14 bis 16 Stunden. Wenn dann eine Handelskrise eintrat und eine Anzahl von Fabriken still standen, so trieben sich gleich Tausende brotlos auf der Straße umher. Die Polizei behandelte sie mit äußerster Brutalität und es war ihnen strengstens verboten, sich zur Verbesserung ihrer Lage in Vereinen zusammen zu thun. Das österreichische Regierungssystem wendete den herrschenden Klassen möglichst viele Vortheile zu auf Kosten der Armuth.

So kam es, daß während der wirthschaftlichen Krisen der Jahre 1845 und 1846 sich in Wien ein ungeheures Proletariat ansammelte, das theilweise ganz verwilderte, weil das Uebermaß des Elends keine menschlichen Zustände mehr bei ihm zuließ. Die Vorstädte wimmelten von unglücklichen, ausgehungerten Menschen. Selbstverständlich gab es darunter Viele, die mit dem Elend auch moralisch sanken, und es bildete sich ein Lumpenproletariat heraus, das einen erschreckenden Umfang annahm. Nächtlich erfüllten die Prostituirten die Glacien und die Stadtgräben und durchzogen mit den sogenannten Kappelbuben, die etwa mit den heutigen Zuhältern oder „Louis“ zu vergleichen sind, auch viele Gegenden der inneren Stadt. Die Polizei verfolgte diese Menschen und steckte an dreihundert Kappelbuben in das Militär. Allein das Elend nahm zu und mit ihm das Lumpenproletariat, die Prostitution, das Zuhälterthum und die öffentliche Unsicherheit. Die Erdarbeiten bei den Eisenbahnen konnten das Ueberströmen der Städte mit brachliegenden Arbeitskräften nicht verhindern. Manche Menschen lebten wie wilde Thiere, fast ohne Kleidung, in den Unrathskanälen, und kamen nur Nachts zum Vorschein, um sich etwas zu essen zu holen und zu nehmen, wo sie es fanden.

Die „freiwillige Arbeitsanstalt,“ die vom Staate eingerichtet war, konnte so wenig als die Armenpflege der Gemeinden helfen; die Arbeitsanstalt war noch schlimmer als das Zuchthaus. Die Privatwohlthätigkeit regte sich ein wenig, denn es gab auch unter dem „guten Bürgerthum“ Leute, die sich so viel Selbständigkeit des Denkens bewahrt hatten, um zu begreifen, daß die Proletarier ein Elend erduldeten, das sie nicht verschuldet hatten. Man bildete Kleinkinderbewahranstalten, Vereine zur Rettung und Beschäftigung entlassener Sträflinge, Armenvereine und

dergleichen und die Eitelkeit reicher „Wohlthäter“ ließ sich öffentlich lobhudeln. Auch eine Suppenanstalt ward gegründet und Tausende meldeten sich, als in den Vorstädten Suppe und Brot vertheilt wurde. Die hungernden Arbeiter nahmen diese Gaben der Wohlthätigkeit, die dem Elend im Ganzen nicht zu steuern vermochten, äußerlich dankbar, aber mit innerem Groll entgegen. Die gnädige, Almosen spendende Herablassung ließ nur einen Schimmer von Klassenbewußtsein in ihnen aufdämmern. Sie hatten die Natur des kapitalistischen Produktionsprozesses noch nicht erkannt und richteten eine unbestimmte Erbitterung gegen den Staat, der sie wie Sklaven behandelte, gegen die Brotherren, die sie so schlecht bezahlten, gegen die ganze Gesellschaft, die sie als Auswurf ansah und doch nur durch die Kräfte ihrer Arbeit existiren konnte, gegen alles Bestehende, weil sie selber nicht bestehen konnten. Sie hatten noch nicht die Einsicht in die ökonomischen Zustände gewonnen und sich feste Ziele gesteckt, wie ein großer Theil der rheinischen Arbeiter, die von hervorragenden Sozialisten belehrt und in Bewegung gebracht worden waren.

Wir haben diese Verhältnisse so ausführlich geschildert, weil sie auf den Verlauf der Bewegung von so bedeutendem Einfluß gewesen sind. Die Proletarier schlugen die Barrikadenschlachten der Revolution und gaben der ganzen Bewegung ihre innere Kraft. Sobald aber das liberale Bürgerthum, dem sich im ersten Augenblick die des hinreichenden Klassenbewußtseins ermangelnden Arbeiter angeschlossen hatten, sich am Ziele sah, nahm es den Preis des Sieges für sich allein in Anspruch. Die Bourgeoisie verbündete sich sofort mit den besiegten Gewalten, um die „Ordnung“ und das „Eigenthum“ zu erhalten. In Wahrheit hieß dies das Proletariat niederhalten und um den Siegespreis prellen. Die Bourgeoisie benutzte den Sieg nur, um ihre Klassenherrschaft zu befestigen. Aber indem sie überall das Proletariat niederwarf, durchschnitt sie den Nerv der Revolution selbst und stärkte die reaktionären Gewalten, so daß diese auch der Bourgeoisie und dem Liberalismus die Errungenschaften der Bewegung fast ganz wieder entreißen konnten. Die Strafe war verdient für den allezeit heuchlerischen Liberalismus, der die Arbeiter erst als Kanonenfutter benutzt und sie dann mit Hinterlist und Brutalität in die alten Fesseln geschlagen hatte.

Aber außer dem industriellen und gewerblichen Proletariat gab es noch ein Element, das der Bewegung vom Frühling 1848 zu ihrem welterschütternden Aufschwung seine Kraft lieh. Wir meinen die bäuerliche Bevölkerung. Der Bauer war in jener Zeit keineswegs anders geartet, als sonst. Aber die ganze ländliche Bevölkerung lebte in sehr gedrückten, schier unerträglichen Verhältnissen. Als die revolutionäre

Gewitterluft aus Frankreich herüber drang, da schlug auch der deutsche Bauer, der sich seit der großen deutschen Revolution von 1525 nicht mehr in Massen geregt hatte, wieder einmal aus und zwar ziemlich derb.

Das kam nicht von ungefähr. Von der alten Feudal- und Junkerherrlichkeit war in Deutschland noch ein gutes Stück übrig geblieben und die Nachkommen der Raubritter und Wegelagerer sorgten dafür, daß auch in unserem Jahrhundert aus der Bauern Haut Riemen geschnitten wurden.

Nach der großen Niederlage von 1525 hatten die Herren, d. h. Junker und Pfaff, die Gelegenheit benutzt, den niedergeworfenen Bauern noch härtere Lasten aufzuerlegen als zuvor. Was die Bauern noch an ererbten und verbrieften Rechten besaßen, ward ihnen genommen, und die Doktoren des römischen Rechts, durch welche die vermoderten Rechtsanschauungen einer längst untergegangenen Welt dem germanischen Wesen aufgedrängt wurden, drückten ihr Siegel darauf, wenn aus einem Zinsbauern ein Leibeigener, ein Tagelöhner und Kottsasse wurde. Der Bauer wurde zum Sklaven des Gutsherrn gemacht, mußte für ihn arbeiten, Frohn- und Treiberdienste thun, wann es dem Herrn beliebte, und mußte sein Stückchen Feld liegen lassen, wenn auch die Ernte ihm verdarb. Dazu war der großgrundbesitzende Adel steuerfrei, aber der Bauer mußte an den Landesherrn seine Steuern zahlen, damit dieser Hof halten und Krieg führen konnte. Dabei nahm aber auch der Gutsherr an Abgaben und Zinsen vom Bauern so viel er konnte und steigerte seine Ansprüche ins Unerträgliche. Der Gutsherr maßte sich die Gutspolizei und die Patrimonialgerichtsbarkeit an, wodurch er allgewaltig wurde. Der Bauer konnte seinen Gutsherrn — nur beim Gutsherrn selber verklagen.

Wenn auch später die Regierungen gegen den Adel manchmal mit Verordnungen einschritten, namentlich gegen das sogenannte Bauernlegen — das System, den Bauern zum Leibeigenen zu degradiren und die Grundstücke an sich zu ziehen — so kehrte sich die brutale und mächtige Kaste der Krautjunker wenig daran und der Bauer war im 17. und 18. Jahrhundert, beraubt und geschunden, auf der niedersten Stufe menschlichen Daseins inmitten einer Kulturwelt angekommen. Man kann es begreifen, daß sich im 18. Jahrhundert Tausende von deutschen Bauernsöhnen widerstandslos von ihren Fürsten an fremde Machthaber zum Kriegsdienst verschachern ließen. Sie konnten es ja nirgends schlimmer haben, als in der Heimath.

Die französische Revolution, welche das buntscheckige Feudalsystem in Frankreich zertrümmerte, brachte zunächst nur einem Theil der deutschen Bauern Erlösung von dem Drucke der Grundherren. Wo die Heere des Konvents erschienen, verschwand auch in Deutschland der Feudalismus,

namentlich auf dem linken Rheinufer, um nicht wieder zu erstehen. Der Code Napoléon hielt, wo er in Deutschland bestehen blieb, die Gleichheit der bürgerlichen Rechte fest und ließ als Eigenthumsbeschränkungen nur Servituten und ablösbare Geldrenten zu. Die Versuche, das Gespenst des Feudalismus wieder voll zu beleben, gelangen wenigstens in diesen Regionen nicht mehr. In Preußen erkannte man nach der Niederlage von Jena, daß eine Wiedergeburt Preußens von innen heraus erfolgen müsse, wenn dieses Staatswesen bestehen bleiben sollte. Daher entstand jene Reform-Aera unter Stein und Hardenberg, während welcher der König zwischen dem Staatsinteresse und den Ansprüchen der Junker hin und her schwankte. Die Reform mußte denn auch eine halbe bleiben. 1807 ward die Leibeigenschaft wenigstens auf dem Papier aufgehoben; der neue Zustand sollte von 1810 an beginnen. Aber obschon Stein sagt: „Die Wohnung des mecklenburgischen Edelmannes, der seine Bauern legt, anstatt ihren Zustand zu verbessern, kommt mir vor, wie die Höhle eines Raubthieres, das Alles um sich verödet und sich mit der Stille des Grabes umgiebt" — wurde doch dem preußischen Adel das „Bauernlegen" in einer Reihe von Fällen schon in den Jahren 1808—10 wieder gestattet. 1811 wurde den Grundherren und Bauern „empfohlen," sich über die Ablösung der Lasten und Frohnden u. s. w. binnen zwei Jahren gütlich auseinander zu setzen. Eine königliche Kommission sollte dann die Sache, wenn nöthig, zwangsweise zum Abschluß bringen. Die Bauern sollten gegen Abtretung von einem Drittel ihres Grundbesitzes „frei" werden. Das war dem Adel nicht günstig genug und er suchte die Sache hinauszuzögern. Es gelang ihm auch, denn inzwischen brach der Fürstenfreiheitskrieg aus und die preußischen Bauern, von weitgehenden Hoffnungen erfüllt, schlugen sich nun ganz anders gegen Napoleon, als sieben Jahre zuvor. Nach dem Siegesrausch kam der Katzenjammer, wie für die bürgerlichen Liberalen, so auch für die deutschen Bauern. 1816 ward die Ablösbarkeit beschränkt und als die königliche Kommission endlich vorging, geschah dies sehr langsam. 1821 wurde sogar die Ablösung nur für die größeren Bauerngüter zugelassen und die kleinen sollten Frohnden und andere Lasten behalten. Erst 1845 wurde die Ablösung der Lasten auch für die kleineren Grundstücke in Sachsen und Schlesien zugelassen. Wie sie betrieben wurde, haben wir schon erwähnt bei Schilderung des Weberelends in Schlesien, wo die Textilindustrie auch die bäuerlichen Arbeitskräfte herangezogen hatte. Die Ablösung steigerte die Verarmung der Bauern; im Uebrigen ist in der preußischen Agrargesetzgebung das Streben nicht zu verkennen, von der Feudalwirthschaft so viel als möglich aufrecht zu erhalten.

In den übrigen deutschen Staaten war es nicht viel anders, in einzelnen noch schlimmer. Zwar hatte Oesterreich schon 1781 und 1782 die Leibeigenschaft aufgehoben. Allein diese Reform Josef's II. blieb auf dem Papier, denn der österreichische Feudaladel wußte seine „erworbenen Rechte" zu erhalten. Die österreichischen Bauern hatten schier unerschwingliche Lasten zu tragen. Sie hatten Grunddienst und Erbzins zu leisten und bei Todesfällen und Besitzveränderungen besondere Abgaben (Mortuarium und Laudemium) zu entrichten. Besonders schwer belastet waren sie mit Robot oder Hand- und Spanndiensten, wobei ihnen kaum oder garnicht die Zeit übrig blieb, ihr eigenes Stückchen Feld zu bestellen. Auch der große und der kleine Zehent mußten in Oesterreich noch wie im finsteren Mittelalter von den Bauern gezahlt werden. Der Grundherr führte die Grundbücher und hatte die Dorfobrigkeit, sowie das alleinige Jagdrecht, so daß sich der arme Bauer den enormen Wildschaden bei strenger Strafe gefallen lassen mußte. Dabei war natürlich auch die alleinige Gerichtsbarkeit in den Händen des Grundherrn und die Depositen- und Waisenkasse standen unter seiner Verwaltung. Die österreichischen Bauern waren so niedergedrückt, daß sie dies schreckliche Joch ruhig trugen und sich auch 1848 wenig an der Bewegung betheiligten. Nur in Ungarn lag die Sache etwas anders in Folge des dort früher erwachenden konstitutionellen Staatslebens. Als im ungarischen Reichstage 1840 die national-magyarische Opposition die Oberhand bekam, beschloß sie, trotzdem sich fast lauter Adelige unter ihr befanden, daß die Bauern über ihre Produkte ohne besondere Steuern verfügen könnten. Die ungarischen Edelleute suchten damit ihrer Opposition gegen das Haus Habsburg offenbar eine Stütze im Landvolke zu gewinnen.

In Baden wurde die Leibeigenschaft 1783 aufgehoben, in Bayern 1808, was durch die Verfassung von 1817 bestätigt wurde, in Württemberg 1817, in Nassau 1812, in Hessen-Darmstadt 1820, in Koburg-Gotha 1821, in Kurhessen 1831, in Mecklenburg 1820; in letzterem Lande wurden aber auch „alle herkömmlichen Besitzrechte der bisherigen Unterthanen" aufgehoben.

Da sich der Adel den zaghaften Versuchen, die Lage der Bauern zu erleichtern, überall mit ungemeiner Zähigkeit widersetzte, so fand das Jahr 1848 auf den Schultern der Bauern noch ein gewaltiges Gewicht von mittelalterlichen Feudallasten vor. Ueberall litten die Bauern unter den Jagdvorrechten der Gutsherren, unter der Patrimonialgerichtsbarkeit und den Frohnden. Besonders der Uebermuth der Herren bei den Jagden erbitterte die Bauern, denn gegen die adeligen Jäger trugen sie einen ererbten Groll in sich. Hatte doch der Adel seit Jahrhunderten die Bauern als Treiber benutzt und ihnen die Felder verwüstet. Der Bauer

mußte sich den schlimmsten Wildschaden ruhig gefallen lassen, damit die „edlen" Herren jagen konnten. An manchen Orten hatten, wie in Württemberg, die Wildhüter das Recht, den Wilddieb, also auch den sich des Wildschadens erwehrenden Bauer, auf der Stelle niederzuschießen. Den Blutzehnten gab es auch noch, d. h. die Abgabe von Schlachtvieh. In Bayern gab es außerdem ein Pfändungsrecht für den Gutsherrn für seine Forderungen an die Bauern; desgleichen Judenschutzgeld*) und Vogteihafer. An einigen Stellen in Deutschland mußte sogar die Abgabe, in welche das berüchtigte „Recht der ersten Nacht" verwandelt war, noch gezahlt werden.**) In manchen Ländern lagen die Bauern in jahrzehntelangem Streit mit den Gutsherren, und wenn es ihnen einmal gelang, ihre Sache vor die ordentlichen Gerichte zu bringen, so zogen sie gewöhnlich den Kürzeren. Im Nassauischen und in Franken, wo das Elend der Landbevölkerung durch die Bedrückungen der Herren einen hohen Grad erreicht hatte, herrschte eine große Erbitterung; desgleichen auf dem Thüringer Wald, in Hessen und in Baden. In Hannover gab es einen verhältnißmäßig wohlhabenden Bauernstand, der sich nur um sein Feld und um seinen Viehstand kümmerte. In Tyrol und in Bayern wurden die Bauern, wie heute noch, von den Pfaffen am Gängelband geführt und thaten nur, was von den geistlichen Berathern ihnen anbefohlen wurde.

Die Landbevölkerung, die meistens stumm und in ihr Schicksal ergeben, dem Tage der Erlösung entgegenseufzte, ward vielfach mächtig emporgerüttelt, als der aus Frankreich kommende revolutionäre Luftzug über Deutschland hinwegstrich. Daß die Bauern nicht ruhig blieben, flößte den herrschenden Gewalten mehr Furcht ein, als die Bewegungen in den Städten. Man beeilte sich darum auch, die Forderungen der Bauern schnell zu erfüllen, und sie wurden dadurch die Feudallasten, die auf ihnen ruhten, so ziemlich los. An manchen Orten traten die Bauern recht wild und ungeberdig auf und man hätte glauben können, sie hätten sich ihrer Vorfahren erinnert, die vor mehr als dreihundert Jahren die

*) In Detmold z. B. betrug das Judenschutzgeld Anfang 1848 noch 35 Louisd'or pro Jahr.

**) Es wird vielfach bestritten, daß das „Recht der ersten Nacht," das zuletzt nur in Form einer Abgabe — Bunzengroschen, Schürzenzins, Hemdenschilling — nachweislich ist, jemals wirklich bestanden habe resp. ausgeübt worden sei, und man giebt sich Mühe, zu beweisen, die in Rede stehende Abgabe sei von den Bauern überhaupt nur als eine Art Heirathssteuer gezahlt worden. Die Thatsache, daß die Bauern lange Zeit hindurch — namentlich während des Bauernkrieges — als „Hurensöhne" mit Vorliebe bezeichnet wurden, läßt allein schon den Schluß zu, daß das „Recht der ersten Nacht" keine Fabel ist.

Burgen der übermüthigen Herren brachen.*) Aber sowie die Bauern ihre Forderungen erfüllt sahen, wurden sie sogleich, wie wir sehen werden, eine Stütze der Reaktion, genau wie die französischen Bauern nach der Abschüttelung der Feudallasten alsbald die Stütze der napoleonischen Militärdiktatur wurden.

Man sieht, daß in Deutschland eine Menge von Kräften schlummerten und zu einem guten Theil auch sich regten, die eine Umwälzung herbeiführen mußten, wenn irgend ein Anstoß dazu kam. Das liberale deutsche Bürgerthum, das sich nachher die leitende Rolle in der Bewegung beimaß, erwartete allerdings diesen Anstoß nicht in der Art, wie er kam, und hoffte eine Besserung der allgemeinen Lage von allerhand kleinen Zufälligkeiten, von Regierungswechseln und anderen Ereignissen. Wenn Karl Marx 1843 schrieb: „Es ist wahr, die alte Welt gehört dem Philister!" so traf er damit das Richtige. Die Philister der alten Welt in Deutschland meinten, es müsse Alles seinen philisterhaften Gang gehen. Aber da kam plötzlich ein Erdstoß; die alte Welt der Philister bekam einen klaffenden Riß, und durch diesen Riß that man einen Blick in eine neue Welt hinein, die allerdings wieder verschwand, aber doch die Umrisse einer besseren Zukunft von ferne gezeigt hat.

*) Die Erinnerung an den großen Bauernkrieg ist nicht so ganz verschwunden, wie manchmal geglaubt wird. Zu Frankenhausen kennt man noch den Schlachtberg, wo Thomas Münzer's Wagenburg stand; zu Rothenburg ob der Tauber zeigt der „Bauerngraben" heute noch an, wo sich das Bauernheer gelagert hatte; im Gramschatzer Wald, wo Florian Geyer meuchlings erstochen wurde, erscheint heute noch nach der Sage allnächtlich seine Braut trauernd in weißem Gewand; die Stelle bei Neckargartach, wo Jäcklein Rohrbach „feinlangsam" gebraten wurde, heißt heute noch der „Bratspieß"; bei Lauda bezeichnet ein Denkstein die Stelle, wo die Hinrichtungen im Bauernkrieg vor sich gingen. In dem Wald ob Königshofen an der Tauber waren mehr als hundert Jahre die bleichen Schädel und Knochen der in der großen Schlacht erschlagenen Bauern zu sehen und die Volkstraditionen davon reichen in unsere Zeit herüber. Besonders die zahlreichen Ruinen der festen Herrensitze, aus deren Steinen die Bauern nachher so oft Kirchen und andere Gebäude errichtet haben, waren und sind noch stumme Zeugen jenes gewaltigen Kampfes.

Vor dem Ausbruch.

Bei alledem traf in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre nicht mehr zu, was der Spötter Heine 1836 seinen Tannhäuser sagen ließ:

„Und als ich auf dem St. Gotthard stand,
Da hörte ich Deutschland schnarchen;
Es schlief da unten in sanfter Hut
Von sechsunddreißig Monarchen."

Ganz so schläfrig war Deutschland nicht mehr. Die geschilderten elenden Verhältnisse, das Hungerjahr 1846, das Webereleud, die Lasten der Bauern, der Steuerdruck, die strenge Justiz*), der Hochmuth der Bureaukratie hatten wohl eine Gährung erzeugt, wenn sie sich auch nur in einzelnen unbedeutenden Ausbrüchen äußerte. Der sogenannte gute Bürger hielt es zwar für guten Ton, sich mit dem armen Handwerker, dem Gesellen, dem Arbeiter, überhaupt dem „niederen" Volk nicht einzulassen; wenn aber dasselbe „niedere" Volk gegen die Polizeichikanen, gegen die Thorsperre, gegen die Rauchverbote, gegen Akzise und Brottaxe, gegen Polizeistunde, Nachtwächter und Büttel Tumult erhob, so sah der gute Bürger schmunzelnd zu und sagte wohl auch mit vorsichtiger Herablassung, die Leute hätten so Unrecht nicht. Nur wenn die Tumulte nach „gut bürgerlichen" Begriffen zu weit gingen, dann waren die „guten

*) Die Justiz würde ein eigenes Kapitel verdienen, aber uns zu weit führen. Die politischen Verfolgungen der dreißiger und vierziger Jahre charakterisiren die damalige deutsche Justiz schon hinlänglich; indessen seien doch auch einige andere Thatsachen angeführt. Zu Göttingen las 1845 ein Professor der Jurisprudenz über die Prügelstrafe und sagte dabei: „Ich will die Prügel nicht geradezu empfehlen, aber sie sind doch zuweilen ein gutes Mittel, um die Wahrheit herauszubringen." — In Köthen wurde ein Mann von 61 Jahren 1845 für abgeschnittene Weidenruthen im Werthe von 13 Groschen 9 Pfennig zu achtunddreißig Jahren vier Monaten Karrenstrafe verurtheilt; in Württemberg wurde eine Frau, die — wohl im Rückfall — Aepfel im Werthe von 5 Kreuzern gestohlen hatte, mit drei Jahren vier Monaten Arbeitshaus bestraft. Diese kleinen Fälle zeigen besser als die großen politischen Prozesse und als die Urtheile des Augsburger „Blutsenats" den Charakter der vormärzlichen Justiz.

Bürger" gleich bereit, die „Ordnung" herstellen zu helfen. Im Uebrigen war der bürgerliche Liberalismus sehr erbost über die Zensur, die auch die konstitutionellen Regungen in der Presse brutal unterdrückte und den beredtesten Wortführern des Liberalismus den Mund verschloß. Man verschlang gierig die Pamphlete, die aus der Schweiz eingeschmuggelt wurden und in denen sich die radikalen Wortführer der Bourgeoisie in den stärksten Ausfällen gegen die deutschen Fürsten, die Pfaffen, die Aristokratie und die Bureaukratie ergingen. Besonders machte sich da-



Karl Heinzen.

mals Karl Heinzen durch seine revolutionären Flugschriften bemerkbar, mit denen er die Welt aus den Angeln heben zu können meinte.

Die Masse des Volkes dagegen kümmerte sich weniger um die geistigen Interessen; sie ward von Noth und Mangel gequält. Wenn schon das Jahr 1846 ein Hungerjahr genannt werden mußte, so ward 1847 die Theuerung der nothwendigen Lebensmittel schier unerträglich für die Volksmasse. Schlechte Ernten, Geschäfts- und Handelskrisen, Arbeitsstockung und elende Löhne wirkten zusammen. Selbstverständlich war die Theuerung in den Städten am meisten fühlbar. Wie in den Jahren 1844 und 1845 gab es eine ganze Reihe von Tumulten, die einfach daraus entstanden, daß das Volk nicht mehr wußte, wovon es leben

sollte. Der hungernde Magen ist bekanntlich der stärkste aller Revolutionäre; aber trotzdem er zu den Tumulten antrieb, zeigten sie im Ganzen eine gewisse Harmlosigkeit und ein starker Haß trat nur gegen Diejenigen hervor, die das Elend des Volkes gewinnsüchtig auszubeuten suchten. Der Berliner „Kartoffelkrieg" vom April 1847 ist typisch für diese Art



Brotkrawall in Berlin.

von Tumulten und Straßenaufläufen. Die Lebensmittel hatten damals in Berlin einen unerhörten Preis erreicht, was zum großen Theil der habgierigen Spekulation der Bauern und der Händler zugeschrieben wurde. Die Frauen der Arbeiter kamen verzweifelnd vom Wochenmarkt wieder heim, denn sie konnten nicht einmal Kartoffeln kaufen, von denen die Metze sechs Silbergroschen und noch mehr kostete. Da die Bauern und

die Höker sich auch noch grobe und höhnische Redensarten erlaubten, so fiel eine Anzahl Frauen über einen Höker am Oranienburger Thor her und prügelte ihn tüchtig durch. Eine Anzahl von Männern und Frauen aus der Rosenthaler Vorstadt, dem „Voigtland," übte die gleiche Volksjustiz auf den übrigen Marktplätzen. Die Polizei schritt nicht ein; aber am dritten Tage wandte sich der Zorn des Volkes gegen die sogenannten Materialisten, die Spezereihändler, sowie gegen die Schlächter und Bäcker, die sich gleichfalls der wucherischen Ausbeutung schuldig gemacht hatten. Einzelne Haufen überfielen die Läden und nahmen die Eßwaaren weg; wenn die Ladenbesitzer grob wurden, so wurden die Läden demolirt und die Fenster eingeworfen; manchmal gab es auch eine Tracht Prügel. Bei den Bäckern wurde das Brot gewogen; fand man, daß ein Fünfgroschenbrot mehr als drei Pfund wog, so wurde dem Bäcker die Hand gedrückt, ein Hoch auf ihn ausgebracht und an die Thür geschrieben, daß sein Brot das rechte Gewicht habe. Dann zog man wieder ab. Wurde das Brot zu leicht befunden, so ging es dem Bäcker wie den anderen Preistreibern. Diese Auftritte dauerten vier Tage; dann schritt die öffentliche Gewalt ein, Militärpatrouillen durchzogen die Straßen und schlugen mit flacher Klinge zu. Es wurden etwa dreihundert Personen, darunter siebenzehn Frauen, verhaftet; etwa hundert wurden verurtheilt und am 20. März 1848 aus dem Gefängniß entlassen. Die Kommunalverwaltung und die Privatwohlthätigkeit regten sich und halfen dem größten Mangel etwas ab. So wurde es vorläufig wieder ruhig in Berlin.

Auch in der Umgegend von Berlin war die Noth groß, namentlich bei den Baumwollwebern in Nowaweß, wo man eine ganz ungenügende Suppenanstalt eingerichtet hatte. Am schlimmsten aber stand es in Schlesien, wo die Noth immer noch zunahm. Die Berliner Blätter aus jener Zeit enthalten eine Menge von ergreifenden Schilderungen von den Verheerungen, die Hunger und Pest in Schlesien anrichteten. Die Privatwohlthätigkeit ward viel angerufen, blieb aber immer gleich unzureichend. Auch in Oesterreich gab es bei aller sonstigen Stumpfheit doch auch unter dem Landvolke Unruhen. In Steiermark thaten sich die Bauern an die 4000 Mann stark zusammen; sie mußten durch Militär zersprengt werden. Die Bewegung hatte sich bis ins Salzburgische hinüber erstreckt und war, wie es scheint, hauptsächlich durch Eintreibung der alten Steuerrückstände veranlaßt worden.

Solche und ähnliche Zuckungen liefen fast durch ganz Deutschland; hier tumultuirten brotlose, hungernde Arbeiter, dort gedrückte und ausgesogene Bauern. Aber auch die politische Atmosphäre hatte sich 1847 verändert.

Der schweizerische Sonderbundskrieg hatte überall einen tiefen Ein-

druck gemacht. Nach den vergeblichen Freischaarenzügen von 1845 hatten endlich die liberalen und demokratischen Kantone der Schweiz 1847 den Jesuitenkantonen, die den Sonderbund bildeten, den Krieg erklärt. Man wußte wohl, daß die monarchischen Regierungen Europas den Sieg der Sonderbunds-Jesuiten wünschten. Als daher die Macht der Jesuiten mit Waffengewalt gebrochen und niedergeworfen wurde, ging eine freudige Erregung durch die Völker und allerwärts jubelte man über den Sieg der Eidgenossenschaft, während die Kabinette scheel dazu sahen.

Auch die italienische Einheitsbewegung übte eine große Rückwirkung auf Deutschland aus, wenn auch der „liberale Papst" Pius IX. dabei nur eine Komödie spielte. Im Süden Deutschlands herrschte mehr politisches Leben, als im Norden, weil der Konstitutionalismus in einigen süddeutschen Staaten festen Fuß gewonnen hatte. Am lebhaftesten ging es in Baden zu, in dessen Kammer sich eine starke Opposition gebildet hatte. Die Redner dieser Opposition, namentlich Itzstein, Hecker, Welcker u. A. wurden in ganz Deutschland gefeiert. Man übertrieb offenbar die Bedeutung dieser parlamentarischen Opposition, aber sie war in ihrer Art neu und darum von mächtiger Wirkung. Hier schlugen die radikalen und liberalen Politiker noch recht wild aus und am wildesten diejenigen, die später Gemäßigte oder Reaktionäre wurden. Sie gaben sich manchmal einen republikanischen Anstrich. Der Hofrath Welcker, der später „erbkaiserlich" wurde, rief einmal mit Pathos von den Fürsten aus: „Herunter müssen sie von ihren Thronen, und zwar jetzt gleich," während der ehemalige Flüchtling und spätere badische Minister Mathy den Gedanken eines deutschen Parlaments verwarf, weil er fürchtete, Deutschland könne durch ein Parlament nicht zur Republik gemacht werden. *)

Die badische Kammeropposition war gegenüber den Ministeriellen, Kammerhasen genannt, in der Minderheit, aber sie stützte sich auf eine mächtige Volksbewegung im Lande, bei der die liberalen und demokratischen Elemente nebeneinander her gingen. Um diese Zeit führte in Mannheim Gustav Struve einen Kampf mit der Zensur, der zur völligen moralischen Niederlage dieses elenden Instituts führte und für ganz Deutschland von Bedeutung wurde.

Friedrich Hecker und Gustav Struve, beide entschiedene Republikaner, wurden bald die populärsten Parteiführer in Baden. Hecker besaß eine hinreißende Beredtsamkeit; Struve, der einst die diplomatische Karrière eingeschlagen, aber wieder verlassen hatte, wirkte vorzüglich als Journalist.

*) Beides berichtet von Dr. W. Zimmermann, Mitglied des Frankfurter Parlaments, in seiner Fortsetzung von Wirth's Geschichte der Deutschen.

Sie beriefen im Verein mit zahlreichen Gesinnungsgenossen eine Volksversammlung nach Offenburg auf den 12. September 1847 ein. Auf dieser Versammlung wurden folgende Punkte als „Forderungen des Volkes“ formulirt:

„Lossagung von den Beschlüssen zu Karlsbad, Frankfurt und Wien; Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit; Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und Schutz der persönlichen Freiheit gegenüber der Polizei; Nationalvertretung beim deutschen Bunde; volksthümliche Wehrverfassung; gerechte Besteuerung; allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts; Geschworenengerichte; volksthümliche Staatsverwaltung; Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und Abschaffung aller Vorrechte.“

Zum ersten Male waren die Forderungen der bürgerlichen Demokratie und des Liberalismus bündig formulirt. Obschon die soziale Frage nur gestreift war, oder vielleicht gerade deswegen, machten die Offenburger Beschlüsse einen mächtigen Eindruck nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande. Sie bedeuteten in der That einen unabsehbaren Fortschritt gegenüber den bestehenden Verhältnissen. Vorläufig aber kümmerte sich die badische Regierung wenig um die Beschlüsse, sondern traf Anstalten, gegen die Urheber derselben Hochverrathsprozesse einzuleiten.

In Ungarn versuchte die österreichische Regierung das kräftig erwachende politische Leben durch eine brutale Bureaukratie niederzuhalten. Allein die Magyaren ließen sich nicht einschüchtern und hielten zäh an ihren konstitutionellen Errungenschaften fest. Bei den Wahlen zum ungarischen Reichstage wurden dem Haus Habsburg schwere Niederlagen beigebracht und Ludwig **Kossuth**, welcher der gefährlichste Feind dieser Dynastie werden sollte, wurde demonstrativ in Pest gewählt. Kossuth und seine Gesinnungsgenossen von der demokratisch-konstitutionellen Partei kämpften im ungarischen Parlament mit allem Feuer des Magyarenthums gegen den habsburgischen Despotismus und sie waren klug genug, auch die Bauern für sich zu gewinnen, indem sie in Bezug auf die Feudallasten und deren Ablösung den Beschluß durchsetzten, daß der Grundherr sich nicht widersetzen dürfe, wenn der Bauer sich loskaufen wolle. Die Haltung des ungarischen Reichstages blieb nicht ohne tiefe Rückwirkung auf Deutschland.

Die Stimmung war in Deutschland gespannt. Man hatte eine dunkle Ahnung von unvermeidlichen bevorstehenden Ereignissen; man lebte in einer schwülen politischen Atmosphäre. Der deutsche Bund überwachte ängstlich alle oppositionellen Regungen. Er berieth über „nachdrückliche Schritte“ gegen die Schweiz, weil dieselbe sich zum Terrain

revolutionär-propagandistischer Umtriebe hergebe, so daß der Friede und die Ruhe des Nachbarlandes bedroht seien; auch in ihren inneren Verhältnissen verfahre die Schweiz in einer Weise, daß die ihr gewährte Neutralität formell wie materiell verletzt erscheine.*) Man sieht, die von der Schweiz aus verbreiteten revolutionären Druckschriften hatten die Nerven der verehrlichen Staats-Nachtwächter zu Frankfurt am Main stark angegriffen.

Wie man in den fürstlichen und Hofkreisen die Situation an der Schwelle des Jahres 1848 auffaßte, darüber giebt am besten die Thron-



Carl Welcker.

rede Aufschluß, mit welcher der König Wilhelm von Württemberg am 22. Januar 1848 die Ständeversammlung eröffnete. Dieser Monarch, der 1819 eine Verfassung eingeführt hatte und ein entschiedener Gegner Preußens war, sagte damals:

„Die allgemein bekannten Vorfälle in der Schweiz, herbeigeführt durch schroff entgegenstehende Parteien, bis zum Bürgerkrieg entflammt, mußten auch für die Nachbarländer einen gefährlichen Einfluß ausüben. Deutsche, durch die Gerichte verfolgte Verbrecher sammelten sich in jenem Lande, suchten Vereine mit ihren Landsleuten zu stiften, sowie uns mit Schriften revolutionären Inhalts zu überschwemmen. Jedes auch noch

*) Nach dem „Korrespondent von und für Deutschland", 23. Januar 1848.

so schlechte Mittel wurde versucht, um Aufregung und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden zu verbreiten. In diesem Zustande, der ebenso gefährlich für uns wie für unsere Bundesnachbarn ist, wende ich mich mit allem Vertrauen an meine getreuen Stände als diejenigen, die an der Spitze unseres Volkes seinen Sinn und seine Denkungsart aussprechen. Ich lege Ihnen offen die Lage unserer Verhältnisse vor. Wenn die Einwirkungen von Außen stärker hervortreten sollten, so werden Sie mich mit unerschütterlichem Muthe, sowie einst gegen die Feinde unseres Vaterlandes, jetzt — nach beinahe 32jähriger Regierung — gegen Störer unserer inneren Ruhe mit eben der Festigkeit und Entschlossenheit in Grundsätzen auftreten sehen."

Sonach hatte man in den Königspalästen so gut wie in den Massen draußen „seine Ahnungen."

Die „Einwirkungen von Außen" wurden wirklich stärker und weit stärker, als man in Palästen und Hütten erwartet hatte.

Das Jahr 1848.

Das Jahr 1848.

Die unbestimmten Erwartungen, mit denen die Völker Mitteleuropas in das Jahr 1848 traten, gewannen zuerst in Italien eine greifbare Gestalt. Der Papst Pius IX. und Karl Albert von Sardinien hatten schon im Jahre 1847 verschiedene konstitutionelle Zugeständnisse gemacht, während Ferdinand II. von Sizilien bei dem alten Unterdrückungssysteme nach Metternich'schen Vorschriften beharrte. Die feurigen Sizilianer waren die Ersten, denen dies System unerträglich ward, und schon am 12. Januar 1848 brach in Palermo ein Aufstand aus, der bald die ganze Insel ergriff. Die Aufständischen verlangten die Verfassung von 1812, die England damals eingeführt hatte, sowie Preßfreiheit, Volksbewaffnung und selbständige Regierung und Verwaltung. Englands leitender Staatsmann, Lord Palmerston, schien die liberale Bewegung Italiens zu begünstigen. Ferdinand machte einige Zugeständnisse, allein diese beruhigten die Sizilianer nicht und Ferdinand griff zur Waffengewalt, um die liberale Bewegung niederzuwerfen. Bedeutende Verstärkungen gingen nach Sizilien ab und Palermo ward mit einem furchtbaren Bombardement heimgesucht, das Ferdinand den historischen Namen des „König Bomba" eingebracht hat. Aber Palermo ergab sich nicht und am 19. Januar protestirten die Vertreter sämmtlicher europäischen Mächte und der nordamerikanischen Union gegen die barbarische Behandlung der Stadt.*) Die Sizilianer konnten nicht überwältigt werden und da am 27. Januar in Neapel sich eine starke Bewegung fühlbar machte, so gab Ferdinand nach, verhieß konstitutionelle Staatseinrichtungen und ließ die Grundzüge einer neuen Verfassung bekannt machen. Der tückische Bourbon that dies nur mit dem Hintergedanken, alle Zugeständnisse bei der ersten Gelegenheit wieder zu beseitigen und sich für seine Niederlage zu rächen. Vorläufig wurde

---

*) Der bekannte Thiers bezeichnete es am 31. Januar 1848 in der französischen Deputirtenkammer als unerhört, daß Palermo achtundvierzig Stunden bombardirt worden sei. 1871, zur Zeit des Kommune-Aufstandes in Paris, ließ derselbe Thiers die Stadt Paris vier Wochen lang bombardiren!

die neue Verfassung, die übrigens weder den Neapolitanern noch den Sizilianern genügte, am 10. Februar 1848 in Kraft gesetzt.

Der Sieg des Volkes in Neapel und Sizilien war sonach kaum ein halber Erfolg, aber er hatte nichtsdestoweniger eine Nachwirkung für ganz Italien. Im Kirchenstaat, in Sardinien, in Toscana wurden Verfassungen gegeben; in den zu Oesterreich gehörenden Landestheilen, in der Lombardei und in Venedig, zeigte sich eine so bedenkliche Gährung, daß Jedermann einen gewaltsamen Ausbruch vorhersehen mußte.

Während die italienische Erhebung, die auch gegen den Jesuitismus gerichtet war, einen gewaltigen Eindruck auf Europa machte, that sich in Deutschland ein politisches Lebenszeichen zu Gunsten der Jesuiten kund. In Bayern hatte nämlich Lola Montez, die Geliebte Ludwig's I., nach dem Sturze der Jesuitenherrschaft eine liberale Regierung, das sogenannte Lola-Ministerium, zu Stande gebracht. Die Mitglieder dieses Ministeriums, Höflinge und Leute ohne politische Konsequenz, fügten sich ganz den Launen der muthwilligen und übermüthigen Tänzerin, die kein größeres Vergnügen kannte, als dem Münchener Bierphilisterthum und seinen Gewohnheiten schnurstracks zuwider zu handeln. Während die Jesuiten die Abneigung gegen die Maitresse und ihr Ministerium geschickt schürten, so daß bald eine Gährung entstand, that Lola das Möglichste, sich bei den Münchenern verhaßt zu machen. Sie trieb sich gerne mit Studenten umher, mit denen sie schwärmte und kneipte. Die Landsmannschaft Alemannia erfreute sich ihrer besonderen Gunst und man erzählte sich ergötzliche Dinge über Lola's Abenteuer auf der Studentenkneipe. Die Alemannen geriethen mit den anderen Studenten in Streit, da man sie spottweise als „Lolamannen" bezeichnete; es gab großartige Prügeleien und schließlich erklärte Lola in ihrem Zorn: „Ich werde die Universität schließen lassen; ich will sie überhaupt gar nicht mehr hier haben!" — In der That erschien wenige Tage nachher — am 9. Februar — ein königlicher Befehl, vom Ministerium gegengezeichnet, durch den die Universität geschlossen wurde.

Dies war aber auch den Münchener Bierphilistern zu viel, die ohnedies von der gestürzten Jesuitenpartei tüchtig bearbeitet wurden. Bisher hatten sie, während Lola ihr tolles Wesen trieb und der König sie in seinen partizipienreichen Versen besang, ihrem Unmuth nur hinter den Bierkrügen Luft gemacht. Am 10. Februar aber traten sie in Masse vor dem Rathhaus zusammen und zogen vor das königliche Schloß, um einen Widerruf der Schließung der Universität zu erwirken. Lola hatte offenbar wenig sozialökonomische Kenntnisse, sonst hätte sie wissen können, daß eine Schmälerung oder gar gänzliche Entziehung des Einkommens

auch den zahmsten Bierphilister zum „Revolutionär" machen kann. Die Münchener Bürger und Gewerbetreibenden lebten zum großen Theil von den Studenten; nun sollten sie diese Einnahmequelle verlieren. Das erklärt ihre plötzliche Entschlossenheit. Der König wollte zuerst nicht nachgeben, während die Studenten erklärten, sie würden nur der Waffengewalt weichen. Endlich versprach der König, zu Ostern die Universität wieder eröffnen zu lassen.

Allein in der Nacht gab es Streitigkeiten zwischen Studenten und Gensdarmen und der Tumult verbreitete sich über die ganze Stadt. Die Bürger versammelten sich aufs Neue vor dem Rathhaus, die Reichsräthe mischten sich in die Sache, das Militär, von ultramontanen Offizieren befehligt und von den Bierkrawallen her



Lola Montez flüchtet vor dem Volke.

gewohnt, mit dem Volke zu sympathisiren, schien schwankend — da versprach man den Bürgern, die Universität sofort wieder zu eröffnen.

Das konnte die aufgeregten Massen nicht beruhigen; sie wälzten sich nach dem Hause der Tänzerin Lola, und diese, die so keck auf allen Traditionen des guten Bayerthums getanzt und mit der Reitpeitsche drein geschlagen hatte, sah nun ein, daß ihre Herrlichkeit zu Ende sei. Nur mit Mühe und nur dadurch, daß der König persönlich bei ihr erschien, konnte sie der tobenden Volksmenge entfliehen, während der König dafür mit bayrischen Grobheiten überhäuft wurde. Lola ging nach Lindau, von wo aus sie eine Verbindung mit dem Könige herstellte und auch mehrfach verkleidet wieder nach München kam.

Diese Bierphilister-Revolution, die in Bayern noch lange nachwirkte und namentlich die braven Münchener, die so energisch für ihre Jesuiten eingetreten waren, in Erregung hielt, war — charakteristisch genug — das einzige größere politische Lebenszeichen in Deutschland vor dem großen Umschwung der Dinge in Frankreich, denn wir vermögen dem Antrag Bassermann's in der badischen Kammer nicht die große Bedeutung beizumessen, die ihm landläufiger Weise zugeschrieben wird. Bassermann, der um diese Zeit sich schon die liberalen Hörner abgelaufen hatte und sich der badischen Regierung zu nähern suchte, stellte in der badischen Kammer am 12. Februar den Antrag auf „Nationalvertretung beim deutschen Bund." Dieser Antrag war nicht eine „That" Bassermann's, sondern nur ein schwacher Nachklang der in Offenburg mit weit mehr Kraft und Entschiedenheit geltend gemachten Forderungen des Volkes. Ohnehin war in Offenburg zu einer solchen Forderung weit mehr Muth erforderlich, als in der Kammer. Für die konstitutionelle Bourgeoisie war natürlich das „deutsche Parlament" ein Zauberwort, während die konservativen Gespensterseher der badischen Kammer hinter dem Bassermann'schen Antrage alle Schrecken einer blutigen Revolution witterten. Der Antrag wurde in die Abtheilungen verwiesen, aus denen er nicht wieder hervorging, denn die Ereignisse überholten ihn. Der Name Bassermann kam durch diesen Antrag zu einer gänzlich unverdienten Popularität, was dem Mannheimer Droguenhändler eine „staatsmännische" Karrière eröffnete und ihn mit einem Größenwahn erfüllte, der ihn später zum Selbstmord trieb.

Das Gefühl, daß etwas Großes, Unbestimmtes, Furchtbares in der Luft lag, nahm um diese Zeit überhand. Die „oberen Zehntausend" sahen der Zukunft mit Schrecken, die Spießbürger mit Besorgniß, die aber, die nichts zu verlieren hatten, theils mit Hoffnungen, theils mit Gleichgültigkeit entgegen. Die Staats-Nachtwächter, offizielle und nicht offizielle, sprachen vom „aufrührerischen Geist," von „Verführern" und „Verführten", und ermahnten, sich in die „göttliche Welt-

ordnung" zu schicken und die Lasten dieses irdischen Jammerthales geduldig zu tragen, wofür die entsprechende Belohnung im Jenseits ja nicht fehlen könne. Solche Stimmen erschollen an allen Ecken und Enden.

Da erhob die Weltgeschichte ihre Stimme und schnitt ihnen allen plötzlich das Wort ab. Wie ein ungeheurer Donnerschlag fiel in die schwüle Atmosphäre Deutschlands die Kunde hinein, daß in Paris der König Louis Philipp gestürzt sei. Wir wollen die Kunde hierher setzen, wie sie am 26. Februar 1848, um 7 Uhr Abends, in einer Extraausgabe der „Kölnischen Zeitung" über das staunende und vor Erregung bebende Deutschland hinflog:

„Revolution in Paris!
Die Republik proklamirt!

Der vorgestrige Tag dürfte leicht für Millionen ein verhängnißvoller sein. Die Emeute hat zu Paris am 24. Februar eine ganz unerwartete Wendung genommen, es ist eine Revolution ausgebrochen. Der Kampf hat sich gegen das Königthum gerichtet. In Folge von Ereignissen, über die uns noch die zusammenhängenden Nachrichten fehlen, wurde, nachdem alle Zugeständnisse, zu denen der König sich erboten, zurückgewiesen worden, die Republik proklamirt!" —

Ja, er war wirklich gestürzt, derselbe Louis Philipp, an den Friedrich Wilhelm IV. von Preußen einige Wochen zuvor noch geschrieben hatte: „Sire, Sie sind der Schild der europäischen Monarchien, der von der Vorsehung erhobene Arm, um das Werk von Jahrhunderten zu retten und die Gesellschaft auf ihren alten, erschütterten Grundlagen zu befestigen!" —

Gründlicher ist wohl selten ein solcher „Schild" zertrümmert worden. Das Maß des Julikönigthums war längst voll; darum wurde es auch von dem Tropfen der Reformbankette zum Ueberlaufen gebracht. Das berüchtigte „System" Louis Philipp's, von den beiden politischen Gauklern Thiers und Guizot getragen und ausgebildet, bedeckte Frankreich mit dem Schlamme einer ungeheuren Korruption. Die Börse ward unter dem „Bürgerkönig" das Alles beherrschende Institut in Frankreich; der König selber war dabei der erste Spekulant und die Großkapitalisten suchten die Parole des Tages: „Enrichissez-vous!"*) nach Kräften zu bethätigen. Die Gesetzgebung, in den Händen unvolksthümlicher und in ihrer Mehrheit feiler Körperschaften, that Alles, um dem großen Kapital seine Vorrechte zu sichern. Die Gesellschaft spaltete sich in die geringe

*) Bereichert Euch!

Anzahl der vom Glücke begünstigten Spekulanten, mit dem Hof an der Spitze, die breite Masse des unter der Wirthschafts- und Finanzpolitik schwer leidenden Kleinbürgerthums und die noch breitere Masse des Proletariats, das sich in den großen Städten in ungeheurer Zahl ansammelte, namentlich in Paris. Während eine kleine Anzahl von Menschen im Ueberflusse lebte und die Börse wahre Orgien feierte, nahm die Massenarmuth in erschreckendem Maße zu. Der Mangel der vierziger Jahre war auch in Frankreich fühlbar. Die Gewaltthaten und Durchstechereien der Regierung, ihre Brutalität und auch ihre schlechte äußere Politik, die den leicht verletzten Nationalstolz der Franzosen nicht berücksichtigte, trug dazu bei, die Erbitterung gegen das herrschende System auf die Spitze zu treiben. Die Franzosen sahen ein, daß sie nach der Julirevolution von der Bourgeoisie dupirt worden waren, als ihnen der alte „Einfaltspinsel" Lafayette empfahl, Louis Philipp als „die beste der Republiken" zu ihrem König zu machen. Die Erinnerungen an die große Revolution wachten wieder auf und wurden von geheimen republikanischen und sozialistischen Gesellschaften eifrig verbreitet. Die Arbeiter strömten dem Sozialismus zu, der zwar noch im Sektenwesen befangen war und sich noch nicht zur völligen Klarheit über seine Ziele durchgerungen hatte, aber bei den Arbeitern das Klassenbewußtsein erweckte.

Der bürgerliche Liberalismus beschränkte seinen Kampf auf das parlamentarische Gebiet und glaubte durch eine Wahlreform den gänzlich von der Seuche der Korruption zerfressenen Staatskörper gesund machen zu können. Es wurden deshalb sogenannte Reformbankette veranstaltet, bei denen gut und viel gegessen und getrunken und auf die Wahlreform toastirt wurde. Selbstverständlich legte die Regierung dieser Agitation, so harmlos sie war, alle thunlichen Schwierigkeiten in den Weg. Bei den Kammerverhandlungen über die Wahlreform und die Reformbankette ward die liberale Opposition von der Regierungsmajorität niedergestimmt und mit Hohn übergossen. Am 21. Februar wurde auf Anordnung Guizot's ein Reformbankett in Paris verboten, das am 22. Februar stattfinden und an dem die liberale Opposition der Kammer theilnehmen sollte. Die Liberalen fügten sich dem Verbot und sprachen von Ministeranklage.

Aber mit diesem Verbot war der äußere Anstoß gegeben, der allein noch fehlte, um den Stein ins Rollen zu bringen und die durch die wirthschaftspolitischen Zustände geschaffenen Gegensätze zusammenstoßen zu lassen. Das Volk war schon längst in Erregung gerathen durch die Brutalität der Regierung und es war nicht so leicht einzuschüchtern wie die liberale Kammeropposition. Es gab am 22. Februar auf den Straßen Massenansammlungen, Lärm, Tumulte und alle möglichen



Barrikadenkampf in Paris.

Demonstrationen. Man ließ das alte Revolutionslied, die Marseillaise, durch die Lüfte brausen und schlug sich in kleinen Scharmützeln mit den Munizipalgarden herum. Am folgenden Tage bot die Regierung ihre bedeutenden Streitkräfte auf, um die Unruhen zu unterdrücken. Der Widerstand schwoll in demselben Maße an; es entstanden Barrikaden und wurden die Waffenläden erbrochen, um die Masse mit Waffen zu versehen. Die Nationalgarde blieb unthätig oder vermittelte zu Gunsten der Aufständischen. Der Kampf ward immer hitziger und setzte schließlich den alten Fuchs Louis Philipp so sehr in Schrecken, daß er seinen getreuen Guizot fallen ließ und ein Ministerium Molé ernannte, was ohne alle Bedeutung war. Während die Bourgeoisie diesen „Erfolg" mit Jubel begrüßte, kümmerte sich das Volk garnicht darum, sondern blieb auf den Barrikaden. Von Neuem flammte der Zorn der Massen auf, als General Bugeaud, ein brutaler Soldat, zum Oberbefehlshaber der Truppen ernannt wurde. Man erblickte darin das Anzeichen, daß nach Niederwerfung des Aufstandes eine blutige Reaktion eintreten werde. Zugleich kam es infolge der in Revolutionen so häufigen „Mißverständnisse" vor dem Ministerhotel Guizot's zu einem Konflikt zwischen Volk und Militär; aus der Menge wurde eine Pistole abgefeuert und die Truppen gaben sogleich eine Salve, die über fünfzig Menschen todt oder verwundet niederwarf. Mit wildem Geschrei ergoß sich die Masse in die Straßen und die republikanischen Führer forderten in heftigen Reden zur Rache auf. Während in den Bourgeoisvierteln illuminirt wurde, wuchsen in den Massenquartieren, wo man das Pflaster aufriß, die Barrikaden wie mit Zaubermacht aus der Erde und es entbrannte eine furchtbare und allgemeine Straßenschlacht, welche die Nacht hindurch dauerte. Der Eisenfresser Bugeaud konnte den Aufstand nicht bewältigen, zumal die Linientruppen auch nicht ganz zuverlässig waren. Louis Philipp, dessen Krämerseele noch nicht begriff, daß der Aufstand gegen ihn selbst und sein „System" gerichtet war, glaubte mit der Komödie eines „liberalen" Ministeriums Thiers den Aufstand beschwichtigen zu können. Das Volk würdigte dies Ministerium gar keiner Aufmerksamkeit, sondern kämpfte weiter. Nun verlor Louis Philipp gänzlich den Muth und dankte ab, indem er bestimmte, sein Enkel, der Graf von Paris, solle sein Nachfolger und dessen Mutter, die Herzogin von Orleans, Regentin sein. In aller Kläglichkeit verschwand der Börsenkönig vom Schauplatz seiner achtzehnjährigen Korruptionsregierung.

Der Kampf ruhte einen Moment, denn das liberale Bürgerthum wollte sich mit diesem Resultat zufrieden geben. Aber die Munizipalgarden reizten das Volk abermals und nun erscholl der brausende Ruf: „Zu

den Tuilerien!" In ungeheurer Masse drangen die Volkskämpfer gegen den alten Königspalast vor; die wenigen Vertheidiger wurden überwältigt und das Gebäude mit Sturm genommen. Im Innern des Palastes wurde Alles demolirt, aber nichts geraubt. An die Mauern der Tuilerien schrieb man: „Nationaleigenthum!" Der Thronsessel Louis Philipps wurde herausgebracht und inmitten einer unübersehbaren Volksmenge auf dem Bastillenplatz am Fuße der Julisäule verbrannt.

Inzwischen spielte sich eine dramatische Szene in der Deputirtenkammer ab, wohin die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen geflüchtet war. Die Kammer schwankte zwischen der Regentschaft und einer provisorischen Regierung. Plötzlich brach das Volk in Gestalt von pulvergeschwärzten Barrikadenkämpfern und Blousenmännern herein und der brausende Ruf: „Keine Bourbons mehr! — Es lebe die Republik! — Eine provisorische Regierung!" schnitt die verworrene Debatte ab. Die Herzogin von Orleans verschwand und mit ihr die royalistischen Deputirten, während der Rest der Kammer und das Volk die Gewalt ergriffen und die provisorische Regierung einsetzten. Man ernannte zu Regierungsmitgliedern Lamartine, bekannt als Dichter und oppositioneller Kammerredner, dann die „gemäßigten" Republikaner Crémieux, Dupont und Arago, sowie die „entschiedenen" Republikaner Ledru-Rollin, Marie und Garnier-Pagès. Zu Sekretären wurden ernannt Armand Marrast, Flocon, Louis Blanc und der Mechaniker Albert, der Letztere, um den Arbeitern eine Konzession zu machen.

Während Louis Philipp nach England floh, erklärten sich nacheinander die Städte Straßburg, Lyon, Nimes, Besançon, Avignon, Valence, Narbonne, Bayonne, Toulouse, Marseille, Rouen, Havre u. s. w. für die Revolution, so daß nach wenigen Tagen die Republik in ganz Frankreich anerkannt war. Auch Palmerston sprach sich freundlich gegen die neue Regierung aus.

Zuerst schien in Frankreich Alles einmüthig; die Legitimisten erkannten die Republik an, weil ihnen die durch eine Revolution emporgestiegene Dynastie Orleans am meisten verhaßt war; die Bourgeoisie warf sich der Republik in die Arme, weil sie an der Spitze derselben „honette" Leute sah und durch diese vor der „rothen" sozialdemokratischen Republik bewahrt zu werden hoffte; die Arbeiter jubelten der Republik zu, weil sie von derselben Arbeit, Brot und Schutz gegen die Ausbeutung erhofften.

Die ersten Dekrete der provisorischen Regierung wurden mit einem Meer von Jubel begrüßt, Alles schwamm in Wonne und Begeisterung und der ganze mittelalterliche Spuk, der in Gestalt des Orleans-Hofes

Frankreich bis vor wenigen Tagen beherrscht hatte, war plötzlich ohne alle Spur vom Erdboden verschwunden.

Zunächst erklärte die neue Regierung feierlich die Abschaffung des Königthums — was in Frankreich 56 Jahre früher zum ersten Male beschlossen worden. Sodann ward eine Mobilgarde von 24 Bataillonen, jedes zu 1048 Mann, errichtet, in der man eine große Zahl der unbeschäftigten Personen unterbringen konnte, und hierauf mußte die pro-

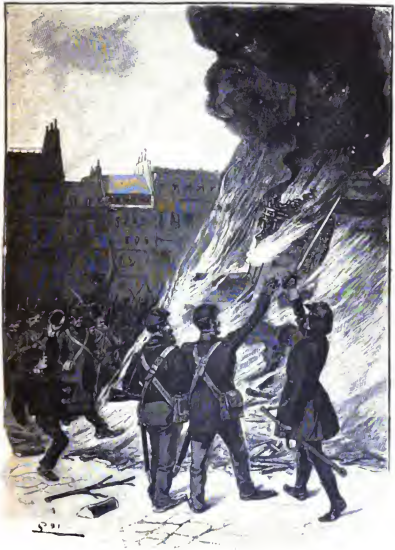


Lamartine.

visorische Regierung an die schwierigste Sache, an die Arbeiterfrage gehen. Sie begriff wohl, daß für die Arbeiter etwas geschehen müsse, wenn nicht der Kampf aufs Neue beginnen sollte. Und so beschloß sie:

„Die provisorische Regierung der Republik verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch die Arbeit zu verbürgen. Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Sie erkennt das Recht der Arbeiter an, sich untereinander zu vereinigen, um des gerechten Lohnes ihrer Arbeit zu genießen. Die provisorische Regierung

giebt den Arbeitern die Million, die von der Zivilliste fällig ist. Die Tuilerien sollen fortan zum Asyl für die Invaliden der Arbeit dienen.



Die Pariser verbrennen den Thron der französischen Könige.

Die provisorische Regierung beschließt die unmittelbare Errichtung von Nationalwerkstätten."

Dieses Dekret erregte einen Freudentaumel unter den Arbeitern, die nun der Meinung waren, sich endlich ein besseres Dasein erkämpft und sich der kapitalistischen Ausbeutung entwunden zu haben. Im Moment dachte Niemand daran, daß binnen Kurzem die Nationalwerkstätten gegen den Sozialismus und die Arbeiter selbst ausgespielt werden könnten. Die Bourgeois der provisorischen Regierung fanden es für gut, in dieser Uebergangszeit ihren wahren Charakter sorgfältig zu verbergen und hofften, den Unwillen der Kapitalisten und Unternehmer über die Nationalwerkstätten bald wieder beseitigen zu können. Man setzte sogar ein „Arbeiter-



Louis Blanc.

parlament" unter dem bekannten Sozialisten Louis Blanc und dem „Arbeiter" Albert im Luxemburg-Palast ein, das dort über die Arbeiterfrage berathen sollte. Bloße Berathungen konnten selbstverständlich keine besondere Bedeutung erlangen. Damit begann man schon das Interesse der Bourgeoisie zu schonen; noch mehr aber in einem anderen Dekret, das die tägliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden festsetzte. Dieser „Normalarbeitstag" blieb ohnehin ein völlig papierener Beschluß.

Schließlich wurden die Wahlen zu einer Nationalversammlung angeordnet, die am 5. Mai zusammentreten und eine neue republikanische Verfassung schaffen sollte. Damit schienen alle Errungenschaften der Revolution garantirt und die Franzosen verlebten einen schönen, aber kurzen

Traum, aus dem sie jäh erwachten, um sich in einem furchtbaren Zusammenstoß der Klassengegensätze zu befinden. Ein blutiger Bürgerkrieg, die Niederlage der Arbeiter und der endliche Sturz der geschwächten und geschröpften Republik waren die Folgen.

Vorläufig jedoch befand man sich noch in dem schönen Traum und Lamartine erließ an die auswärtigen Mächte eine Note voll friedlicher Versicherungen. Es schien, als hätte der berühmte Dichter seine lyrischen Verse in ein diplomatisches Aktenstück verwandelt. Wie sollte er anders, da alle Welt von Frieden, Freiheit und Glück träumte?

Die Menschen, die solche Tage durchleben, versenken sich nicht in tiefsinnige Betrachtungen, sondern geben sich ganz dem Genusse des Augenblicks hin. Das ist aus der menschlichen Natur vollkommen erklärlich. Nachdem man den fernen Schimmer einer neuen Welt gesehen, glaubte man die alte Welt völlig untergegangen. Darin sollte man sich täuschen.

Märzstürme.

Es ist eine stehende Phrase der herkömmlichen Geschichtschreibung, daß die 1848 aus Frankreich nach Deutschland hereinfluthende revolutionäre Strömung die Deutschen „nicht reif" vorgefunden habe. Die das behaupten, sind der Meinung, die historischen Umwälzungen würden durch „Ideen" bewirkt und die Deutschen seien 1848 geistig zu tief gestanden, um die revolutionären Ideen voll und ganz zu erfassen. Mit dieser schülerhaften Auffassung stellt man den Deutschen das denkbar schlechteste Zeugniß aus und rangirt sie mitsammt ihrer klassischen Literatur und ihrer philosophischen Revolution niedriger als die französischen Bauern von 1789, die den Gedanken der Revolution zu erfassen vermochten. In Wahrheit war in Deutschland um 1848 die sozialökonomische Zersetzung nicht weit genug vorgeschritten, um die Klassengegensätze scharf auszuprägen und das Klassenbewußtsein in der großen Masse zu wecken. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte das deutsche Volk ohne Zweifel in der Revolution sein Interesse besser gewahrt, als geschehen ist.

Der Luftdruckwirbel der französischen Revolution wälzte sich über ganz Deutschland hinweg und zog Alles in seine Kreise. Der Bundestag, die Fürsten, die Bevorrechteten aller Art, die Junker und die Großkapitalisten, die Diplomaten und Bureaukraten, standen erstaunt und bestürzt vor der furchtbaren Erschütterung, die dem scheinbar so fest gegründeten „System" Louis Philipp's in einer nächtlichen Barrikadenschlacht ein so schnelles Ende bereitet hatte. Dem Volke aber erschien die Pariser Revolution wie der erste Lichtstrahl einer neuen Zeit in der langen Nacht des Druckes und des Elends. Wie ein einziger mächtiger Jubelschrei scholl es durch Deutschland. Ueberall strömten die Menschen zusammen, aufgeregt, neugierig, voll Furcht oder voll Hoffnung, je nach ihrem Interesse. Die Zeitungen, damals noch klein und spärlich mit Originalberichten versehen, konnten den Anforderungen nicht mehr genügen; vor ihren Bureaux drängten sich die Menschen massenweise herbei. Es bildeten sich ganz von selber Versammlungen, die sich die neuesten Meldungen

vorlesen ließen, und Volksredner traten von selbst auf, welche das Geschehene erläuterten. So entstand ein ganz neues politisches Leben und eine Bewegung, die nicht nur die Städte, sondern auch die Dörfer ergriff. Selbstverständlich schwirrten auch die unsinnigsten und aberwitzigsten Gerüchte durch die Luft. An der Börse herrschte starre Bestürzung, namentlich, als aus Paris die Nachricht kam, auch das Pariser Haus Rothschild habe sich der Revolution angeschlossen. Die Rothschild's gehen bekanntlich nicht gerne mit den Minoritäten. Auch die Ernennung des „Arbeiters" Albert zum Sekretär der provisorischen Regierung flößte den Kapitalisten und Börsenmännern ein starkes Gruseln ein.

Von Oben herab suchte man den Massen einen Abscheu gegen die französische Umwälzung beizubringen, indem man ihnen durch die Zeitungen vorschwindeln ließ, es handele sich um einen Einbruch französischer Revolutionsheere nach Deutschland. Die „Allgemeine Preußische Zeitung" suchte diesem Bestreben durch einen offiziösen Artikel zu dienen, in dem es hieß:

„Vor Allem rufen wir den deutschen Fürsten und Stämmen zu: Seid einig und durch Einigkeit stark! Das predigt auch die Geschichte unserer Zeit — dem westlichen Nachbar gegenüber — mit Flammenzügen. Fern von dem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, welches dieselben nach eigenem Gefallen gestalten möge, gebietet es die Vorsicht, gebietet es die lebendige Erinnerung an die nahe liegende Zeit tiefster Erniedrigung des deutschen Vaterlandes, mit scharfem Blick Frankreichs Bewegungen zu folgen, damit, wenn neues Gelüste erwachen sollte nach deutschen Fluren, vielleicht gekleidet in das Streben der Völkerbeglückung nach dort reifenden Theorien, Deutschland dastehe, wohl vorbereitet, jeden Angriff ernst, und wenn es sein muß, blutig zurückzuweisen."

Der gute Hofrath, der in diesem langweiligen Artikel das Restchen erloschener und bankerotter Staatsweisheit aus den leitenden Kreisen aufwendete, wollte also die Deutschen in der That glauben machen, die Franzosen hätten ihre Umwälzung nur zu dem Zweck gemacht, um sich beutegierig auf Deutschland zu stürzen. Die Spießbürger glaubten vielfach auch an diese albernen Verdrehungen der Thatsachen oder stellten sich, als glaubten sie daran. Aber das Volk in seiner Masse ließ sich den großen Bären nicht aufbinden, daß seine Feinde bei den Männern der neuen französischen Regierung zu suchen seien, und ließ sich auch von den heimischen Zuständen nicht ablenken.

Namentlich am Rhein, in Südwestdeutschland, wo die Erinnerungen an die große französische Revolution noch sehr lebendig waren, brach die

Bewegung mit elementarer Gewalt los. Als die Kunde vom Sturze des Julikönigthums durch die rheinischen Lande brauste, da war es, als habe der Blitz in ein Pulverfaß geschlagen. Die liberale Bourgeoisie, die sich noch nicht so scharf wie später in einen radikalen und gemäßigten Theil geschieden hatte, bemächtigte sich der Bewegung und trat an ihre Spitze. Der Freiheitsdrang der Volksmasse machte sich in tausend Wünschen und Forderungen Luft; die liberalen Führer übernahmen es, von den Wünschen diejenigen, die ihnen passend erschienen, zusammenzufassen und mit diesen „Forderungen des Volkes“ an der Spitze der Massen drohend vor die Throne zu treten. Daher kommt es auch, daß sich in den vielen Adressen und Petitionen der Märztage fast nur die Forderungen der liberalen Partei finden, je nach den verschiedenen Nuancen dieser Partei mit mehr oder weniger Entschiedenheit ausgedrückt. Die Masse stimmte jubelnd diesen Forderungen zu, weil sie hoffte, daß damit die Revolution noch nicht abgeschlossen sei und weil sie in der unbestimmten Erwartung lebte, die Bewegung müsse an einen Punkt gelangen, wo man der Noth und der Massenarmuth ernstlich zu Leibe gehen werde. Die Adressen sprachen auch meistens davon, daß „die Stunde der Gefahr“ gekommen sei, d. h. daß ein Angriff Frankreichs drohe und daß sich Fürsten und Völker durch die Bewilligung der liberalen Forderungen einigen müßten, um diesen Angriff abzuwehren. Wohl Wenige in Deutschland glaubten ernsthaft an diesen Angriff; allein die liberale und konstitutionelle Phraseologie konnte sich darüber des Breitesten ergehen und den Petitionen und Adressen den für den Liberalismus bei solchen Gelegenheiten stets unerläßlichen Schwulst der Sprache verleihen. So mächtig sich daher auch die Massen rührten und so wenig sie sich in den ersten Wochen der Begeisterung durch die künstlich herangelogene Franzosenfurcht erfassen ließen, so bescheiden erscheinen die von den liberalen Gevattern der deutschen Revolution über die Taufe gehobenen und beschnittenen „Volksforderungen“ jener Tage. Man forderte Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen, Geschworenengerichte, Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, Religionsfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, allgemeines Wahlrecht, liberale und populäre Minister und im Ganzen wahrhaft konstitutionelle Verfassungen. Diese Forderungen waren im Wesentlichen fast überall dieselben und es erscheint als ein Zeichen von erstaunlicher Bescheidenheit, daß die Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen mit knurrenden Mägen im Augenblick eines so großen und allgemeinen Umschwunges nicht mehr gefordert haben.

Die Bewegung schwoll so mächtig an und wälzte sich so rasch über die einzelnen Länder fort, daß dem in Frankfurt am Main sitzenden

Bundestag unheimlich ward vor dem Brausen und Tosen des entfesselten Volksgeistes; der blasse Schrecken fuhr unter die „Mumiensammlung" in der großen Eschenheimer Gasse. Schon am 1. März 1848 erschien eine Proklamation des Bundestages, in welcher dem deutschen Volke eine Reihe von allgemeinen Versprechungen gemacht und auch gesagt war:

„Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt."

Dann sprach der Bundestag von „gesetzlichem Fortschritt" und „einheitlicher Entwickelung." Boshafte Leute fragten, warum denn der Bundestag nicht schon vor dreißig Jahren zu dieser Ueberzeugung gekommen sei; die Masse kümmerte sich um die „Mumien" gar nicht, sondern war bestrebt, ihre Wünsche und Forderungen selber bei den Beherrschern der vierzig deutschen Vaterländer durchzusetzen.

Das kleine Baden, durch Lage, Verfassung und das Temperament seiner Bewohner längst zu reicherem politischen Leben erweckt, ging in den Märzstürmen dem Westen und Südwesten Deutschlands voran. Schon am 27. Februar trat zu Mannheim eine große Bürgerversammlung zusammen, die einen sehr revolutionären Charakter trug und welcher der alte Itzstein präsidirte. Mathy, der noch vier Tage zuvor in der Kammer gesagt hatte, die Deutschen müßten es nun auch einmal „mit der Wildheit versuchen," und Bassermann suchten die Begeisterung zu dämpfen und sprachen nur von Besonnenheit. Die Bewegung schien ihnen schon den Rahmen zu überschreiten, in den der Liberalismus den Aufschwung Deutschlands bannen wollte. Aber die demokratische Strömung in der Versammlung siegte und man beschloß, eine „Sturmpetition" durch vierhundert Mannheimer Bürger nach Karlsruhe an die zweite Kammer zu bringen. Die Sturmpetition sprach von Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen — eine bekannte Phrase Struve's! — stellte aber an positiven Forderungen nur: Volksbewaffnung, Preßfreiheit, Schwurgerichte und deutsches Parlament!

In der Kammer, wo die Petition von Hecker und anderen radikalen Abgeordneten kräftig unterstützt wurde, gab die Regierung zuerst nur Versprechungen ab. Aber am 1. März strömte eine ungeheure Menschenmenge in Karlsruhe zusammen und man hörte in den Gasthäusern dieser damals so spießbürgerlichen Stadt den Ruf erschallen: „Es lebe die Republik!" Bei der Masse dominirten die Anschauungen von Hecker und Struve und unter dem Eindruck der großen Bewegung stimmte die Kammer einer neuen Petition zu, die das im Jahre 1847 zu Offenburg beschlossene radikale Programm enthielt und in der außer von einem aus allgemeinem Wahlrecht hervorgehenden deutschen Parlament auch von „Abschaffung

aller Vorrechte" und von „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit" die Rede war. Der Großherzog entließ drei verhaßte reaktionäre Minister, Blittersdorff, Regenauer und Trefurt, und am 5. März erklärte die Regierung, sie werde Gesetzentwürfe im Sinne der Kammerbeschlüsse vorlegen. So war die badische „Revolution" gemacht und Alles schwamm in Jubel und Freude. „Unsere Hoffnungen kennen keine Grenzen," hörte man die begeisterten Bürger ausrufen. Alles war mit schwarz-roth-goldenen Bändern und Kokarden geschmückt.

Die Bewegung Badens drang leicht in das nahe Württemberg hinüber, wo an Stoff zur Unzufriedenheit kein Mangel war. Die Schwaben waren zwar von ihren Bureaukraten resp. „Schreibern," die in diesem Lande eine durch Inzucht im Besitze ihrer Macht sich behauptende Kaste bildeten, derart „zusammenregiert" worden, daß ihre Widerstandsfähigkeit gegen den Druck von Oben fast völlig erlahmt schien. Eine kleine, aber kräftige liberal-demokratische Kammeropposition, die Uhland, Pfizer, Schott, Tafel und Römer, hatte einen zähen, jedoch im Ganzen wenig von Erfolg begleiteten Kampf gegen das bureaukratische Regiment des Ministeriums Schlayer geführt. Mit den Nachrichten aus Paris schüttelten aber auch die Schwaben ihre bisherige Loyalität ab und es erhob sich im ganzen Lande ein Sturm wider die Regierung, wider „Schreiber" und Mucker. Auf dem Rathhause zu Stuttgart strömten die Bürger zusammen; am 2. März fand eine allgemeine Volksversammlung statt, die eine Petition beschloß, in der der oppositionelle Abgeordnete Römer die bekannten „Forderungen des Volkes" zusammengestellt hatte; diese Petition und eine Reihe anderer aus den verschiedenen Landestheilen wurden dem König überreicht. Man hatte in Stuttgart Militär zusammengezogen und hielt Geschütze in Bereitschaft; es kam indessen zu keinem Zusammenstoß von Bedeutung. Die Zeit des Herrn von Schlayer war gekommen; er wurde entlassen. Der König glaubte den Sturm durch ein Ministerium beschwichtigen zu können, an dessen Spitze er den reaktionären Herrn von Linden stellte. Allein trotzdem schon einige Tage zuvor die Zensur aufgehoben worden war, dachten die Schwaben denn doch nicht naiv genug, um sich mit einem so nichtssagenden Dekorationswechsel in der Regierung zufrieden zu geben. Sie verlangten den Eintritt von Männern in die Regierung, die das Vertrauen des Volkes hätten. Unter dem Druck der Umstände wurden Paul Pfizer und Duvernoy in die Regierung berufen und diese setzten auch die Berufuug Römer's durch, so daß nun der Liberalismus durch drei „Märzminister" in der Regierung vertreten war. Man kann sich den Jubel denken, der in Schwaben

herrschte, denn Römer war das gefeierte Haupt der liberalen Kammeropposition. Von den „Märzministern" erhoffte man eine vollständige Durchführung der Volksforderungen und sie nahmen auch einen Anlauf dazu. Sogar die schwäbische Aristokratie schien von dem Geist der Zeit ergriffen zu werden. Die Feudalherren und Reichsunmittelbaren hatten vorher sich gegen eine Ablösung ihrer Renten mit 25 Prozent gesträubt; jetzt schlugen sie selber 12—16 Prozent vor. Das waren Zeichen und Wunder, wie man sie im gelobten Lande der Standes- und Klassenvorurtheile nicht zu träumen gewagt hatte. Und nun waren sie pure Wirklichkeit.

Allerdings hatten die schwäbischen Feudalherren ihren guten Grund, wie einst der französische Adel bei den Beschlüssen der Nationalversammlung in der berühmten Nacht des 4. August 1789. Damals begannen die französischen Bauern die Edelsitze zu zerstören und die Herren gaben schleunigst nach, um Ruhe zu bekommen und so viel als möglich zu retten. Aehnlich geschah es in Baden und Württemberg. Als die Bauern sahen, daß sie mit der Bewegung die Feudallasten los werden konnten, rotteten sie sich zusammen, ähnlich wie zu den Zeiten des Bauernkriegs, „zu Haufen, wie die Bienen, wann sie stoßen." In Württemberg und Baden schien es, als sei es den Bauern wieder ins Gedächtniß gekommen, daß ihre Vorfahren vor mehr als 300 Jahren in den großen Schlachten bei Böblingen und Königshofen für ihre alten Freiheiten gegen den mordbrennenden und räuberischen Feudaladel gefochten hatten. Wie so in den Städten die Massen in Bewegung waren und draußen auf dem Lande die Bauern sich rührten, da fuhr den Besitzenden und Bevorrechteten ein jäher Schreck in die Glieder; sie glaubten am Vorabend einer sozialen Revolution zu stehen, die sich nicht mit den vom bürgerlichen Liberalismus formulirten „Forderungen des Volkes" begnügen wollte. Darum war der Adel so nachgiebig und beeilte sich im Verein mit dem liberalen Bürgerthum, die Bauern zufrieden zu stellen. Denn wenn die Bauern aufrührerisch werden, dies konservative Element, das man so gern als einen Damm gegen alle revolutionären Gelüste betrachtet, dann scheint auch dem liberalen Spießbürgerthum bald der letzte Tag seiner behäbigen Existenz gekommen.

Vorläufig aber waren die Bauern noch wild und bald warfen hochauflodernde Flammen ihren Schein in die Städte hinein. Im Badischen sah man dergleichen zuerst, im Anfang des März. Im Odenwald und Taubergrund, just wo vor 323 Jahren der Bauernkrieg in Franken getobt, im Kraichgau und am Neckar, da rotteten sich die Bauern zusammen und überfielen die Schlösser der adeligen Herren, namentlich solcher, deren

Rentbeamte sich durch Brutalität verhaßt gemacht hatten. Die Feudal-Urkunden, Renten- und Zinsbücher wurden in's Feuer geworfen; manchmal mußten es die adeligen Herren, von den Bauern gezwungen, selber thun. In einigen Gegenden, so im Elsaß, in Bruchsal und im Taubergrund, richtete sich die Bewegung gegen die Juden; man verwüstete ihre Häuser und zerstörte ihr Eigenthum. Die demokratischen Abgeordneten der badischen Kammer protestirten gegen die Judenverfolgung in gerechter Entrüstung. Wenn sie aber in der Zerstörung der Feudal-Urkunden auch „die Hand der Reaktion" sahen, so täuschten sie sich. Der Ausbruch des Volkszornes richtete sich hier, wie immer, gegen die nächsten Zeichen einer verhaßten Wirthschaft und als solche mußten die Schlösser, die Rentämter und andere Ueberreste mittelalterlicher Herrlichkeit erscheinen. Die Regierung sandte Militär in die Gegenden ab, wo sich die Bauern so unbotmäßig zeigten; zugleich machte sie die Gemeinden für den entstandenen Schaden haftbar. Dann aber hob sie alle noch bestehenden Feudallasten auf und behielt eine etwaige Entschädigung späteren Verhandlungen vor. Die Bauern beruhigten sich sofort, denn sie hatten nun erreicht, was sie wollten.

In Württemberg ging es ganz ähnlich zu. Unter den Rentbeamten, namentlich im Hohenloheschen, waren einige als Bauernschinder verhaßt und sie sahen mit Schrecken, wie die Bauern sich in Masse zusammenthaten. Die Erinnerung an die rothen Ostern von 1525 in Weinsberg und an den wilden Jäcklein Rohrbach von Böckingen, der den Grafen Helfenstein und dreizehn Ritter und Herren „in die Spieße jagen" ließ, stieg erschreckend vor den Augen der Rentamtsschreiber empor. Gerade da, wo sich die blutigen Szenen des Bauernkrieges von 1525 abgespielt hatten, im Weinsberger Thal, brachen auch 1848 die Bauern los. Aber es sollte nicht so schlimm kommen wie 1525, so groß auch die Angst in den Schlössern und auf den Schreibstuben war. Das Schloß Weiler wurde von 300 Bauern überfallen. Keines Pfennigs Werth wurde gestohlen in dem prächtig eingerichteten Schloß, aber die Akten verbrannten sie bis auf das kleinste Schnitzelchen. „Hui, da fliegt wieder ein Kickerle!" riefen sie, wenn die Funken stoben; sie hatten nämlich an das Rentamt sehr viele Hühner liefern müssen. Man glaubte, das Schloß brenne, so hoch schlugen die Flammen auf, und von Weinsberg kamen sie mit den Spritzen daher. Zwei Tage darauf erschienen 200 Mann Militär, allein das Landvolk nahm eine so drohende Haltung an, daß man die schon verhafteten „Rädelsführer" wieder laufen ließ. In Niederstetten ging es ernster zu. Dort hatten die Bauern in dem Hohenloheschen Schlosse die Lehensbücher zusammengetragen und angezündet; mit den Papieren

gerieth auch das Schloß in Flammen und brannte zum großen Theile ab. Wer löschen wollte, ward mit Waffengewalt verhindert. „Noch sieben Schlössern muß es so ergehen!“ scholl es aus den Haufen der Bauern. Anderwärts, auf dem Schwarzwald, bei Neuenbürg, am Kocher, an der Jaxt, gab es Katzenmusiken und Lärm. Die adeligen Grundherren geriethen in solchen Schrecken, daß viele freiwillig auf Zinsen und Renten verzichteten. Dumpfe Gerüchte liefen um von einer großen Verschwörung der Bauern, die aus den Thälern hervorbrechen und Alles, was noch an die Feudalzeit erinnerte, dem Erdboden gleich machen wollten. In den Wirthshäusern hörte man den Ruf: „Nieder mit den Blutsaugern und Raubnestern!“



Ludwig I.

Die Berufung der Märzminister und die Thatsache, daß die Standesherren selbst eine Ablösung der Feudallasten und eine Aenderung der Jagdgesetze vorschlugen, beruhigten die Bauern. Die Märzminister erfüllten, so wenig sie sich sonst als Staatsmänner erwiesen, vortrefflich ihren Zweck, die Volksbewegung nicht weiter gehen zu lassen, als dem honetten „liberalen“ Bürgerthum angemessen erschien. Damit war auch den reaktionären Gewalten die Möglichkeit gegeben, sich wieder zu befestigen, denn so harmlose Leute wie Pfizer und Duvernoy konnten es mit den Ränken und Schlichen der alten Hofpartei nicht aufnehmen. Indem der Liberalismus Alles that, um die Bauern zu beruhigen, schnitt er der Bewegung die

revolutionäre Ader durch. Denn der Bauer fiel sofort in seine gewohnte Apathie zurück, nachdem ihm die Feudallasten abgenommen waren, und sprach nur noch von Ruhe und Ordnung, ja er warf einen förmlichen Haß auf die „Stadtleute," die nicht ruhig werden wollten und doch gerade durch ihre Bewegungen die Beseitigung der Feudallasten herbeigeführt hatten. Die Bauern waren von nun an konservativ, antirevolutionär und ordnungswüthig und liehen der Reaktion ihre Arme.

Man würde zu weit gehen, wenn man in der schnellen Beschwichtigung der Bauern ein fein eingefädeltes Werk der Reaktion sehen wollte. In jenen stürmischen Märztagen waren die reaktionären Ränkespinner zu sehr in Furcht und Schrecken gesetzt, um die Situation so klar erfassen zu können. Aber die Aristokratie und die liberale Bourgeoisie handelten beide nach einem blinden Klasseninstinkt. Die Erhebung des Landvolkes, während die Städte in Bewegung waren, schien ihnen eine uferlose soziale Revolution anzudeuten, die Alles zu verschlingen drohte, die Ueberreste der alten Feudalwelt mitsammt den Anfängen der neuen Bourgeoisgesellschaft. Darum war man gegen die Bauern ebenso nachgiebig, wie man gegen das arbeitende Volk der Städte hartnäckig blieb. Mit den Anläufen zur sozialen Revolution in den Städten war unschwer fertig zu werden, nachdem die Bauern befriedigt worden.

In Bayern, wo die Aufregung infolge des Lola-Skandals noch eine hochgradige war, bewirkte die Nachricht von der Pariser Revolution sofort eine sehr starke Bewegung in den größeren Städten. Nürnberg stellte zuerst die bekannten Forderungen des Volkes an den König, München und andere Städte folgten nach. Ludwig, der Lola's Verlust nicht verschmerzen konnte, zeigte sich hartnäckig. Er wollte nur die Stände auf den 31. Mai einberufen. Aber am 2. März ging der Münchener Spektakel von Neuem los. Die allgemeine Erbitterung richtete sich, von den Jesuiten geschickt geschürt, gegen das Lola-Ministerium, namentlich gegen dessen Mitglied Berks. „Nieder mit dem Lola-Ministerium!" scholl es durch die Straßen und wurde an alle Wände, wo es anging, angeschrieben; das Haus des Berks wurde verwüstet, sowie einige öffentliche Gebäude. Das Militär schien unbeweglich und als am Abend Barrikaden errichtet wurden, griff sie Niemand an.

Ludwig blieb schwankend und gewährte nichts. Aber am 4. März lief das Gerücht um, der Fürst Wrede sei vom Könige mit einer Art Militär-Diktatur betraut worden und wolle mit Kartätschen auf die so wenig loyalen Münchener feuern lassen. Da bewaffnete sich in München Alles, was Waffen tragen konnte; das Zeughaus ward erbrochen; Bürger und Arbeiter, Reich und Arm — die ganze Bevölkerung stand einmüthig

zusammen. Das Militär rückte an, aber es kam zu keinem Kampfe, denn die Offiziere vermieden jeden Zusammenstoß. Der König erschrak und gab nun etwas nach. Die Stände sollten am 16. März zusammentreten. Aber man war damit nicht zufrieden; die Tumulte dauerten fort, während aus allen Theilen des Landes Sturmpetitionen mit den bekannten Forderungen einliefen. Am 6. März hieß es wieder, es solle auf das Volk geschossen werden; wieder sammelten sich die Massen bewaffnet in den Straßen. Sie trugen theilweise ganz alterthümliche Waffen, Keulen, Spieße, Hellebarden und Flammberge, die sie aus dem Zeughaus genommen hatten.

Ludwig versprach nun, das Militär auf die Verfassung vereidigen zu lassen, und nachdem dies geschehen, trat einige Ruhe ein. Aber am 8. März lief das Gerücht um, Lola sei wieder da; man wollte sie in Mannskleidern gesehen haben. In der That hatte sie mit dem König eine Unterredung gehabt. Die von den Jesuiten am Schnürchen gezogenen Hofbräu-Revolutionäre strömten sofort wieder auf die Straßen und regten die Massen auf; Lola konnte nicht gefunden werden. Die Bewegung stand nicht still, auch nicht, nachdem an Stelle des verhaßten Berks der Abgeordnete Thon-Dittmer, ein Führer der liberalen Partei, als Märzminister berufen worden. Daraus ist leicht zu erkennen, daß die kirchliche Reaktionspartei die Hand im Spiele hatte. Namentlich am 16. und 18. März standen sich Volk und Militär drohend gegenüber; das Polizeigebäude wurde gestürmt und die Akten zerrissen. Ludwig ließ Lola nun fallen und die Polizeibehörden wurden angewiesen, auf „besagte Gräfin," die sich längst außerhalb des Landes befand, zu fahnden. Man munkelte, die kirchlich-reaktionäre Partei wolle einen Handstreich oder ein Gemetzel herbeiführen, um die Abdankung des Königs zu erzwingen. Ludwig konnte also nur noch auf die zweifelhafte Loyalität der Liberalen rechnen, die er aber erst durch Bewilligung der bekannten „Forderungen des Volkes" sich hätte sichern müssen. Dies war so wenig nach seinem Geschmack, als eine Jesuitenregierung, und im Gefühl seiner Verlassenheit dankte er von selbst ab am 20. März 1848 und es folgte ihm sein Sohn Maximilian II. Das aus März-Liberalen und vormärzlichen Reaktionären zusammengesetzte Ministerium verwirklichte einen Theil der bekannten Volksforderungen und erließ Verfügungen über Preßfreiheit, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, Ablösung der Feudallasten, Ministerverantwortlichkeit u. s. w. Daraufhin kehrten die Münchener beruhigt zu ihren Bierkrügen zurück in dem Bewußtsein, einen König gestürzt und die „bürgerliche Freiheit" errungen zu haben.

In seiner Proklamation „Königliche Worte an die Bayern" sagte Ludwig: „Treu der Verfassung regierte ich, dem Wohle des Volkes war

mein Leben geweiht — als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um*) — — — Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Bayern, für Deutschland."

Ludwig behielt sich bei seiner Abdankung eine Rente von einer halben Million Gulden aus der Zivilliste vor. Indessen fand er die von ihm ersehnte Ruhe nicht sogleich, denn die bayrische Abgeordnetenkammer nahm sich heraus, die Sache mit dem griechischen Anlehen genau zu untersuchen. Als nämlich Ludwig's Sohn Otto König von Griechenland war, wurden aus der Staatskasse Bayerns anderthalb Millionen Gulden als Anlehen an ihn gezahlt, ohne daß die Kammer widersprach. Nach der Abdankung Ludwig's aber beschloß die Abgeordnetenkammer auf einen Bericht des demokratischen Abgeordneten Kolb aus Speyer, daß jene Summe aus dem Privatvermögen des Königs Ludwig an die Staatskasse zurückgezahlt werden müsse, was auch geschehen ist.

Lola Montez, die Tänzerin, die mit ihrem Fuß, wie Robert Blum sich später im Frankfurter Parlament ausdrückte, die Grundvesten und den „historischen Rechtsboden" des bayrischen Staates erschüttert hatte, führte nach ihrer Vertreibung aus Bayern ein abenteuerliches Leben in England, Frankreich, Kalifornien und Australien. Das Weib, das einst in Bayern Minister gestürzt hatte und von Ludwig als „Lolita" besungen worden war, starb in Newyork im Elend, nachdem sie über ihre Abenteuer öffentliche Vorlesungen gehalten hatte. Wie Ludwig I. über seine Katastrophe dachte, hat er in einem seiner Partizipiengedichte selbst ausgesprochen. Es lautet:

König Ludwigs Abschied am 20. März 1848.

(Besonders die Münchener betreffend.)

Verlassen und traurig wandelnd,
Zieh' ich in die Welt hinein,
Denn frei und groß nur handelnd,
Mocht' ich Euer König sein.
Ich hab' Euch sehr geliebet,
Ihr habt mich sehr betrübet,
Das schuf mir arge Pein.

Die stolzen Aristokraten
Verleideten mir den Thron;
Sie haben auch Euch verrathen
Und sprechen uns Beiden Hohn.
Die Höflinge, glatt und schmeichelnd,
Die Geistlichen, Liebe heuchelnd,
Entrissen mir die Kron'.

*) Merkwürdiges Lob eines Königs für die Republik!

Ein Herz im Busen habend
Für Schönes, was Menschen ziert,
Mein Volk mit Künsten begabend,
So hab' ich stets regiert.
Schwört Treue nun meinem Sohne,
Bleibt treu, Ihr Bayern, der Krone
Und dem Gesetze, das Euch regiert!

Unstreitig rührender als die Abdankungsurkunde Heinrichs LXXII. von Reuß-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf, des anderen Freundes der Lola, auch Heinrich der Prinzipienreiter genannt, der in seinen Abschiedsworten seinem Reußenvolke das landesväterliche Herz gründlich ausgeschüttet und nichts weniger denn Schmeicheleien gesagt hat. Welch' eine Laune der Weltgeschichte, daß sie im Jahre 1848 gerade die beiden deutschen Fürsten, die sich von der schönen Gauklerin Lola Montez bezaubern ließen, des Purpurs und der Krone beraubte!

In Hessen-Darmstadt war nach den politischen Verfolgungen der dreißiger Jahre eine Stille eingetreten und der politische Geist war so weit hinabgekommen, daß sogar Georgi, der Peiniger des unglücklichen Pfarrers Weidig, in die Kammer gewählt wurde. Als aber der revolutionäre Wind aus Frankreich herüberblies, da geriethen auch die Hessen in Bewegung, voran die lebhaften Bewohner des „goldenen Mainz," die sich noch gerne der Zeit erinnerten, da sie der rheinisch-fränkischen Republik angehörten. Der Anwalt Zitz, der Führer der Mainzer Demokratie, brachte sogleich eine Adresse an die Kammer in Darmstadt mit den bekannten Forderungen zu Stande, andere Städte schlossen sich an und am 2. März wurde die Adresse unter ungeheurem Volksandrang in der Kammer zur Verhandlung gebracht. Der Abgeordnete Reh, ein beredter Anwalt zu Darmstadt, verlangte Beseitigung des bureaukratischen Systems und des reaktionären Ministeriums, während der Abgeordnete Heinrich von Gagern schon einige Tage zuvor eine deutsche Nationalvertretung verlangt hatte. Da die Regierung sich lange besann, so sprach Zitz in einer großen Volksversammlung zu Mainz: „Mitbürger! Unser Wechsel läuft schon dreißig Jahre; dennoch wollen wir noch drei Respekttage gewähren, nach diesen geht es in Verbindung mit der ganzen Provinz nach Darmstadt, um unsere Wünsche persönlich geltend zu machen!" Daraufhin ward man in Darmstadt nachgiebig und es wurde Heinrich von Gagern, der bisher an der Spitze der konstitutionellen Kammeropposition gestanden, zum Märzminister gemacht. Auch nahm der Großherzog seinen Sohn zum Mitregenten an. Diese und noch einige andere Maßregeln schufen in Hessen der Regierung wieder vorläufig etwas Luft.

In Kurhessen herrschte immer eine gewisse Erregung durch die politischen Verfolgungen und durch die unausgesetzten Bestrebungen der Kurfürsten, die Verfassung von 1831 zu vernichten. Der seit 1847 regierende Kurfürst Friedrich hoffte den schwachen Widerstand der Stände zu besiegen und was an der Verfassung Gutes war, auszumerzen, als die Kunde von den Pariser Vorgängen das ganze Land in Bewegung brachte. Die Kurhessen, sonst Meister des gesetzlichen Widerstandes, erinnerten sich der langen Schmach, in der sie gelebt, wie ihre Vorfahren massenweise in fremden Kriegsdienst verschachert und wie sie selber von Polizei und Bureaukratie gequält worden. Ungestüm wurden die Volksforderungen geltend gemacht. Gegen den früheren Vorstand des Ministeriums des Innern, der seine Gewalt hart und rücksichtslos gehandhabt hatte, Scheffer, erhob sich der Volkszorn mit solcher Gewalt, daß der Mann fürchtete, gelyncht zu werden, und über die kurhessische Grenze floh. Der Widerstand gegen die kurfürstliche Regierung konzentrirte sich in Hanau, wo das gesammte Volk unter die Waffen trat und zum Kampfe entschlossen war, wenn der Kurfürst die bekannten Forderungen nicht bewilligen sollte. Die Hanauer sprachen sogar die fürchterliche Drohung aus, daß sie von Kurhessen abfallen und — Darmhessen werden wollten, wenn der Kurfürst nicht nachgäbe. Aber hinter dieser Coulisse war eine kraftvolle Bewegung im Gange und während der Kurfürst Militär gegen Hanau beorderte, strömte das Hessenvolk zu Tausenden bewaffnet nach der bedrohten Stadt, um sie gegen das kurhessische Militär zu vertheidigen. Das Militär zauderte und manche Offiziere erklärten laut: „Es darf kein Bürgerblut fließen!“ In Kassel löste eine Deputation die andere beim Kurfürsten ab mit der Bitte, zu „verleihen,“ und Fürst und Deputationen gaben dabei das erhebende Schauspiel der Käufer und Verkäufer auf dem Markte, die sich erzürnt von einander entfernen und immer wieder zurückkehren, um von Neuem zu bieten. In Hanau war indessen die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes immer größer geworden. Die Hanauer, die von einem Volksausschusse geleitet wurden, gaben nicht nach. Etwa 6000 Bewaffnete waren bereit, den Angriff des vor der Stadt stehenden Militärs abzuwehren. Aber auch in Kassel selbst war die Erregung gestiegen, 20000 Menschen umwogten das kurfürstliche Schloß; man begann Barrikaden zu bauen und nur die Haltung der Bürgerwehr verhinderte einen Straßenkampf. In letzter Stunde gab der Kurfürst nach und die Hanauer hatten ohne Blutvergießen gesiegt, brauchten auch nicht großherzoglich hessisch zu werden. Die muthige Haltung Hanaus machte einen mächtigen Eindruck in ganz Deutschland. Die Sieger mißbrauchten die neu errungene Macht nicht; es ward einigen verhaßten

Bureaukraten eine Katzenmusik dargebracht und aus dem Polizeigebäude wurde die berühmte Prügelmaschine, der „Wolf“ genannt, von der Bürgerwehr in feierlichem Zuge abgeholt und dann zertrümmert. Dies Instrument war eine genügende Erklärung für die Erbitterung des kurhessischen Volkes gegen die regierende Bureaukratie.

Die Regierung wurde mit Märzministern besetzt, wozu Wippermann und Eberhard auserkoren wurden. Diese vor dem März viel verfolgten Männer machten es wie alle Märzminister; sie verfolgten alle Bestrebungen, die weiter gingen, als sie selber, und wurden dann mit der hereinbrechenden Reaktion von dem berüchtigten Hassenpflug, genannt Hessenfluch, bei Seite geschoben. Vorläufig aber schwamm in Kurhessen Alles in Freude und Wonne, denn die Hanauer hatten ja vollständig gesiegt.

Die Nassauer brachen am 1. März mit Macht los. Sie hatten unter einem schrecklichen Druck des Adels und der Bureaukratie gelebt und das schöne Ländchen war eine Stätte der Armuth und Knechtschaft für das Volk geworden. Die Verfassung war eine leere Form, denn der Wahlzensus war in diesem Ländchen so hoch, daß sich nur 73 wählbare Personen fanden. Besonders erbittert waren die Nassauer wegen des Domänenstreits, denn der Herzog Wilhelm hatte mit Hülfe seines Ministers, eines Herrn Marschall von Bieberstein, die Domänen des Landes, die zwei Millionen Gulden trugen, zu seinem Privatvermögen geschlagen. Die Bauern waren in diesem Ländchen sehr gedrückt und erhoben sich in Masse. Der Herzog war abwesend; die Wiesbadener erzwangen unter der Führung des Rechtsanwalts Hergenhahn, daß man ihnen das Zeughaus öffnete und sie sich bewaffnen konnten. Sie stellten die bekannten Forderungen und fügten noch hinzu, daß die Domänen wieder dem Staate übergeben werden müßten. Die Bauern, welche die Gelegenheit erkannten, ihre Feudallasten los zu werden, kamen bewaffnet in Masse vom Westerwald in die Stadt herunter. Am 4. März waren an 30000 bewaffnete Männer in Wiesbaden versammelt. Das Militär hatte offenbar keine Lust, mit ihnen anzubinden. Die Regierung versprach Alles, konnte aber ohne den Herzog nichts zusichern. Die Aufregung wuchs; endlich traf der Herzog im letzten Moment vor einer Katastrophe ein und bewilligte Alles, was gefordert wurde. Die Nassauer waren mißtrauisch geworden und verlangten, sie sollten so lange keine Steuern bezahlen, bis alle Versprechungen des Herzogs verwirklicht seien. Auch das ward zugestanden. Der Herzog war besonders deshalb den Revolutionären gram, weil er die Domänen hatte herausgeben müssen. Die Bauern wurden beschwichtigt und die Bürger beschwichtigte der „Volksfreund“ Hergenhahn. Jetzt durfte jeder Bauer Holz schlagen und das Wild auf seinen Feldern weg-

schießen; die Feudalabgaben waren weggefallen. Da machten es die nassauischen Bauern wie die schwäbischen und ließen die „Stadtleute“ allein zusehen, wie sie „zu ihrem Sach“ kommen möchten. Die Bürger aber glaubten, wie überall, mit den politischen Zugeständnissen Alles gewonnen zu haben.

In Sachsen, das sich damals schon zu einem Herde liberaler und radikaler Parteibildungen gestaltet hatte, gerieth auf die Kunde von dem Umschwung zu Paris und in den verschiedenen deutschen Ländern zunächst Leipzig in Bewegung. Dort stand an der Spitze der demokratisch-konstitutionellen Partei Robert Blum, der sich vom Proletarier zum behäbigen Bürger und Buchhändler emporgearbeitet hatte und als Volksmann weithin bekannt war. Schon 1845, bei der bekannten Metzelei vor dem Hôtel de Prusse zu Leipzig, hatte er gezeigt, welchen Einfluß auf die Massen er besaß. Mit ihm zusammen wirkten Biedermann, der die liberale Bourgeoisie vertrat, und Arnold Ruge, damals noch rother Republikaner. Wiewohl in Sachsen schon sozialistische Forderungen laut wurden, so flossen doch vorläufig alle Strömungen zusammen und man beschloß eine Adresse an den König in gebräuchlichem Sinne. Biedermann entwarf sie gar zahm; sie wurde von Blum etwas verschärft. Die Stadtverordneten stimmten der Adresse zu und sandten sie an den König. Am 2. März, Abends 9 Uhr, kam die Antwort. Eine ungeheure Menschenmasse, die sehr erregt war und die Marseillaise sang, war im Rathhause und um dasselbe versammelt. Die Erregung stieg, als die Antwort des Königs zum Vorschein kam. „Der König,“ sprach Biedermann vom Rathhausbalkon herunter, „hat uns sehr freundlich empfangen, hat uns mit großer Rührung, oft unter Thränen, angehört, hat uns eine eigenhändig geschriebene Antwort gegeben, auf deren Papier die Spuren der Thränen nicht zu verkennen sind.“

Das war jedenfalls sehr rührend. Weniger rührend war die Antwort des Königs selbst, welche Alles rundweg abschlug, behauptete, die Leipziger Stadtverordneten hätten das Volk nicht hinter sich, und ihnen ihren Schritt einfach verwies.

Die Volksmasse gerieth in Wuth und wälzte sich zunächst vor die Wohnung des Landtags-Abgeordneten Brockhaus, dem man eine Katzenmusik brachte und die Fenster einwarf. Brockhaus rettete sich durch ein Hoch auf die Preßfreiheit vor dem Volkszorn und versprach, künftig gegen die reaktionären Minister zu stimmen. Blum gelang es, das tobende Volk vorläufig zu beschwichtigen. Es wurde von den Stadtverordneten eine abermalige Deputation nach Dresden beschlossen. Man hatte die Abdankung der Zensoren verlangt. Darauf bekamen es diese Herren mit

der Angst und gaben eine öffentliche Erklärung ab, worin sie, die Zensoren selber, sagten, die Zensur führe zum Ruin des Staates. Und wie lange hatten diese Herren sonach am „Ruin des Staates" gearbeitet! Jawohl, das Kaleidoskop der Revolution zeigt viele heitere Bilder.

Der König wollte nicht nachgeben: er bedauerte, daß „eine einzelne Kommune" den Weg der „Bitte" eingeschlagen, der ihr nicht zustehe, und wollte nur mit seinen Landständen verhandeln, die er binnen zwei Monaten zu berufen versprach. Aber die Leipziger, die sich 1830 die Rauchfreiheit, eine Polizei ohne blanke Waffe und eine Bürgergarde ertrotzt hatten, ließen sich so leicht nicht abfertigen. Man beschloß, auf den Forderungen zu bestehen und sich zu bewaffnen. Wenn der König nicht nachgeben würde, wollte man sich in Masse nach Dresden aufmachen.

Die Aufregung wuchs im ganzen Lande, als der König auch die Adressen von sechs anderen Städten zurückwies und auf eine Ansprache des Bürgermeisters Schwedler von Meerane antwortete: „Ich habe Ihnen nichts weiter zu sagen, als: Leben Sie wohl!" — Die Leipziger bereiteten sich nun vor, zur Eröffnung des Landtages nach Dresden in Masse zu ziehen, und es war vorauszusehen, daß sich das halbe Sachsenland ihnen anschließen würde. Das erschien dem König denn doch bedenklich, zumal auch die Dresdener selbst sich der Bewegung anschlossen. Es gab Tumulte und Straßenaufläufe in der Residenz und endlich beschloß der König nachzugeben. Er entließ das reaktionäre Ministerium und Sachsen bekam seine Märzminister. Die liberalen Abgeordneten Braun und Oberländer wurden in die Regierung berufen, zugleich mit ihnen aber auch von der Pfordten, der sich gleich an die Arbeit machte, die Reaktion vorzubereiten. Seine Berufung verstimmte sehr, aber man beruhigte sich, denn das Ministerium nahm die bekannten Volksforderungen in sein Programm auf. Damit war aber den Nachwirkungen der Bewegung in Sachsen nicht vorgebeugt. Im Erzgebirge und in verschiedenen Städten revoltirten die brotlosen Arbeiter und später, im April, wurde das Schloß zu Waldenburg niedergebrannt. Die Schönburgischen Bauern waren wüthend, daß man ihnen die hohen und drückenden Abgaben, die sie an die Rezeßherrschaften zu entrichten hatten, nicht voll und ganz abnehmen wollte. Sie überfielen darum das Schloß und verbrannten die Urkunden, wobei auch das Schloß mit in Flammen aufging. Es war ganz natürlich, daß die Bewegung da, wo die Noth am meisten um sich gegriffen hatte, zu solchen Erscheinungen gelangte, denn weder die gedrückten Bauern, noch die brotlosen Weber konnten von den „Ideen" des Liberalismus, vom deutschen Parlament und von der Preßfreiheit leben.

Hannover hatte seine Verfassungskämpfe und seinen Verfassungsumsturz von Oben herab noch nicht verwunden, als die große Bewegung ihre Wogen in das Gebiet des absolutistischen Königs Ernst August hinüber wälzte. Am 6. März wurden die Volksforderungen auch diesem Fürsten vorgelegt, der sie einfach abwies mit dem Bemerken, daß eine deutsche Volksvertretung beim Bunde sich mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbaren lasse. Diese brüske Antwort sollte zeigen, daß der König unbeugsam sei. Die Bewegung im Lande schwoll drohend an; die Städte sandten Adressen ein, es gab Unruhen in Göttingen, die Studenten demonstrirten — der König antwortete auf die Eingaben, daß die Unruhen im Lande fremden Anstiftern zugeschrieben werden müßten. Schließlich wurde aber auch die Stadt Hannover selbst unruhig. Mehrere tausend Bürger umringten das Schloß und sandten eine Deputation hinein; ein Kabinetsrath von Münchhausen erschien, um die Antwort des Königs zu bringen. Er konnte nicht gleich sich Gehör verschaffen und schrie: „Wollt Ihr schreien oder soll ich reden?“ Dieser Ton und diese Höflingsarroganz machte die Bürger wüthend; sie zwangen den Münchhausen, sie mit „Meine Herren!“ anzureden. Was er brachte, war ungenügend; namentlich wollte der König auch eine Reform der verhaßten Polizeiverwaltung nicht zugestehen. Die Masse wandte sich voll Erbitterung gegen die Häuser verhaßter Minister und Polizeibeamten und warf dort die Fenster ein; das Gleiche geschah einer volksfeindlichen Hofdame. Das Militär, mit Pfeifen und Geschrei empfangen, war nicht eifrig im Einschreiten. Die Spannung stieg und da gab Ernst August nach. Er entließ sein Ministerium, bewilligte die Volksbewaffnung und die Reform der Polizei und berief als Märzminister Stüve von Osnabrück, der als Vertheidiger der Verfassung das Vertrauen des liberalen Bürgerthums besaß. Mit ihm trat in die Regierung Graf Bennigsen, ein Sohn des bekannten russischen Generals, der für liberal galt, und einige Männer ohne besondere politische Färbung. Stüve spielte die unschöne Rolle aller Märzminister und die Reaktion konnte darum in Hannover so gründlich mit den „Errungenschaften“ von 1848 aufräumen, wie nur irgendwo.

In den kleineren deutschen Vaterländern ging die Revolution fast überall nach dem Muster der größeren vor sich. In einigen zeigte das Volk eine rührende Einfalt und ließ sich durch einige freundliche Worte aus fürstlichem Munde und einige kleine Zugeständnisse rasch beruhigen.

Auf dem Thüringer Wald wurden die Bauern unruhig, und es fuhr ein Geist unter sie, als ginge noch Thomas Münzer leibhaftig unter ihnen um und riefe ihnen sein „Drauf und dran!“ zu. In Weimar gab es bald unruhige Auftritte; indessen beschwichtigte der Führer der

liberalen Partei, der schlaue und gewandte Rechtsanwalt Wydenbrugk, das Volk. Am 11. März aber drangen 5000 Bauern, untermischt mit Jenenser Studenten, in die Stadt, brachen durch die das Schloß schützende Bürgergarde und erzwangen den Sturz des Ministeriums, sowie die Berufung Wydenbrugk's zum Märzminister. Aehnliches geschah an anderen Orten, wo die Bauern gleichfalls massenweise in die Städte kamen. Der Zorn der Bauern war namentlich gegen die Patrimonialgerichte und gegen die Behörden, die den Holz- und Wildfrevel streng verfolgten, gerichtet.

In Koburg-Gotha, in Meiningen, in Altenburg, in Braunschweig, in Anhalt, in Lippe-Detmold, in Hohenzollern, in Oldenburg und in den Hansestädten spielte sich die Märzbewegung fast auf die gleiche Weise ab; überall wurden die Volksforderungen mit Nachdruck zur Geltung gebracht und mit mehr oder weniger Einschränkungen bewilligt. Gegen Mitte März sah sich das liberale Bürgerthum in den kleineren und mittleren Staaten auf der Höhe der Situation; seine Vertreter waren als Märzminister in die Regierungen eingedrungen. Nun war die Lösung der großen Frage zu erwarten, ob auch die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen von der Bewegung würden ergriffen werden, denn ohne sie war doch kaum daran zu denken, die deutsche Bewegung zu einem glücklichen Ende zu führen.

Bürger, Arbeiter und Bauern hatten, wie wir sahen, gemeinsam in den Märzbewegungen den herrschenden Gewalten die Gewährung der Volksforderungen abgetrotzt. Die Bauern fielen in ihre gewohnte Unthätigkeit und Gleichgültigkeit zurück, sobald sie ihre Feudallasten los waren. Die Arbeiter waren mit der Bewegung gegangen, weil sie fühlten, daß die bürgerliche Freiheit unentbehrlich sei, wenn sie ihre Klassenlage verbessern wollten. Sie begriffen, daß die alte Feudalwelt durch eine moderne ersetzt werden müsse und daß durch diese moderne Welt hindurch der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse führt. Wenn sie diese Ueberzeugung auch nicht aus der Philosophie der Geschichte geschöpft hatten, so fühlten sie doch instinktiv, daß die bürgerliche Welt die nächste Station auf der Bahn des Fortschritts sei. Sie haben daher redlich und vielfach selbstlos*) für die bürgerliche Revolution gekämpft und ihre Schuld ist

*) Nur an verhältnißmäßig wenigen Orten benutzten die Arbeiter die Märztage, um ihre speziellen Forderungen zu erheben. In Hamburg z. B. verlangten die Schneider zwölfstündige Arbeitszeit, freien Sonntag und zwei Mark Lohn. Die Schneidermeister bewilligten diese bescheidenen Forderungen bis auf die zwei Mark, weil ihnen, wie sie sagten, dies nicht möglich sei. Im ersten Siegesjubel und in der allgemeinen Brüderlichkeit dachten die Arbeiter wenig an sich. Später erst, als die Klassengegensätze sich geltend machten, traten die Arbeiter der großen Städte selbständig auf, soweit dies damals eben möglich war.

es nicht, wenn mit dem Feudalismus nicht mehr aufgeräumt wurde. Dies ward verhindert durch die Schwäche, Feigheit und Treulosigkeit der Bourgeoisie, die sofort für ihren Geldsack zitterte, als sie das Proletariat auf dem Kampfplatz sah. Aus Angst vor einer sozialen Revolution machte die Bourgeoisie mit den herrschenden Gewalten, die sie soeben bekämpft hatte, gemeinsame Sache gegen das Proletariat, wie wir sehen werden, und richtete damit die Errungenschaften der großen Bewegung fast gänzlich wieder zu Grunde.

Der von den Sturzwellen der Revolution umbrandete Bundestag hatte anfangs völlig den Kopf verloren, dann aber machte er Miene, sich der Bewegung zu bemächtigen. Seiner Erklärung vom ersten März fügte er am dritten eine zweite hinzu, in der er jedem Staate freistellte, die Zensur aufzuheben. Dies von der Volksbewegung bereits überholte Zugeständniß blieb ohne alle Bedeutung. Die liberale Bourgeoisie war nun durch ihre Erfolge soweit ermuthigt, daß sie sich, um an der Spitze der Bewegung zu bleiben, völlig auf den revolutionären Boden stellte. Sie wollte nicht mehr abwarten, bis die Fürsten und die Regierungen die ertheilten Zusicherungen verwirklichen würden; sie wollte selber die Verwirklichung in die Hand nehmen. Der Gedanke an sich war gut; aber um ihn auszuführen, hätte die deutsche Bourgeoisie aus besserem Stoffe sein müssen.

Am 5. März 1848 traten in Heidelberg 51 Männer aus Südwestdeutschland zusammen. Unter ihnen befand sich die Blüthe der liberalen und konstitutionell gesinnten Bourgeoisie. Man sah hier Bassermann, Mathy, Gervinus, Welcker, Häusser, Soiron, Winter und andere liberale Sterne aus Baden; aus dem Rheinland erschienen Stedtmann und Hansemann; aus Württemberg Römer, Fetzer, Becher, Bantlin, Schweickhart und einige wenig bedeutende Anhängsel; aus Bayern u. A. Kirchgeßner und Willich; aus Frankfurt Binding und Jucho; aus Hessen Heinrich von Gagern, Wernher von Nierstein, Frank; aus Oesterreich der einzige Wiesner. Unter der Menge der Liberalen befanden sich einige Radikale, Struve, Hecker, Brentano und Itzstein aus Baden, die man wohl oder übel zulassen mußte, weil sich die Bewegung noch nicht in ihre verschiedenartigen Elemente aufgelöst hatte.

Der zaghafte Welcker, der vorher oft so wild sich geberdet, ermahnte die Versammlung, auf dem gesetzlichen Wege zu bleiben und nur eine Adresse an den Bundestag zu erlassen. Die Versammlung lehnte dies ab. Sie lehnte aber auch die republikanischen Anträge von Hecker und Struve ab, wobei Struve und Gagern hart zusammen geriethen, und beschloß, an das ganze deutsche Volk eine Proklamation zu erlassen.

Diese Proklamation war ziemlich energisch abgefaßt und machte auch dem Märchen von der seitens Frankreichs drohenden Gefahr ein Ende. Es hieß: „Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden. Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, die sie als ihr Recht für sich selbst fordern, anderen Nationen zu schmälern oder zu rauben." Die Proklamation sprach dann noch aus, daß die deutschen Fürsten in einem Kriegsfall kein Bündniß mit Rußland eingehen dürften, und



Adam v. Itzstein.

bezeichnete „die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung" als unaufschiebbar, „sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren des Vaterlandes, als auch zur Entwickelung der Kraft und Blüthe des deutschen Nationallebens."

Das Mandat zu dieser entscheidenden Aktion hatte sich die Versammlung selbst gegeben und sich damit als eine revolutionäre charakterisirt, denn sie griff in die Machtsphäre aller Regierungen ein. Sie ging noch weiter und setzte einen Ausschuß nieder, der ihre Beschlüsse durchführen sollte. In diesen Ausschuß wurden gewählt: Heinrich von Gagern, Welcker, Itzstein, Römer, Binding, Stedtmann und Willich.

Sonach befanden sich zwei Märzminister, Römer und Gagern, in dem Ausschusse; das einzige radikale Mitglied war der alte Itzstein, der während der französischen Revolution zu den Mainzer Klubisten gehört und in der badischen Kammeropposition eine große Rolle gespielt hatte.

Die Staatsmänner des Bundestages glaubten noch einmal, mit der deutschen Bewegung Schritt halten zu können. Sie erkannten selbst die Revisionsbedürftigkeit der Bundesverfassung an und erwählten einen Ausschuß, der darüber berichten sollte; dann erklärten sie den Reichsadler für das Wappen und Schwarzrothgold für die Farben des Bundes. Sie machten ihre Sache nur noch lächerlicher, als sie schon war, denn Jedermann wurde nun daran erinnert, daß ein Vierteljahrhundert zuvor auf Anlaß desselben Bundestages viele deutsche Studenten auf lange Zeit in den Kerker geworfen worden waren, weil sie sich unterstanden, den „staatsgefährlichen" Burschenschaften anzugehören, deren Farben schwarzrothgold waren. Alles das zog indessen garnicht, so wenig wie die Aufforderung des Bundestages an die Regierungen, Vertrauensmänner nach Frankfurt zu senden, damit diese sich an der Revision der Bundesverfassung betheiligen könnten. Wirklich wurden auch solche Vertrauensmänner von den Regierungen abgeordnet, allein obschon sich sehr populäre Namen wie Jordan, Gervinus, Bassermann, Todt (aus Sachsen), Uhland und Gagern darunter befanden, so blieb die ganze Maßregel völlig wirkungslos; es war zu spät.

Der Siebener-Ausschuß erließ am 12. März 1848 eine Einladung an alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Ländern, mit Einschluß von Preußen, Posen und Schleswig, sich am 30. März in Frankfurt am Main zu versammeln und über die Grundlagen einer Neugestaltung Deutschlands zu berathen.

Dadurch, daß man nur gegenwärtige und gewesene Kammermitglieder einlud, wollte man sich einen Schein von Gesetzlichkeit sichern. Als aber die Versammlung zusammentrat, fanden sich noch eine Menge von politischen Notabilitäten ein, die keine parlamentarische Laufbahn hinter sich hatten.

Die große Volksmasse jubelte den Heidelberger Beschlüssen zu und erwartete alles Heil von der Versammlung; nur wenige Einsichtige mochten damals schon finden, daß das Volk das Heft der Bewegung aus der Hand gab, indem es die Entscheidung einer Versammlung überließ, die nach der Form der Einladung in ihrer großen Mehrheit aus zaghaften liberalen oder reaktionären Elementen bestehen mußte.

Die Deutschen glaubten, sich wirklich frei gemacht zu haben, und dachten nicht daran, daß gerade die schwierigste Aufgabe noch nicht gelöst

war, nämlich die, wie der neu errungenen „Freiheit“ eine dauernde Grundlage und eine feste, zeitgemäße Form zu geben sei.

Wir haben uns von vielen Personen, die jene große Zeit miterlebt, ihre Eindrücke und Empfindungen schildern lassen. Fast Alle, soweit sie nicht eben eingefleischte Reaktionäre waren, gedachten mit hoher Begeisterung der Märztage, in denen die Deutschen wirklich ein Volk von Brüdern schienen und auch der Nationalitätenstreit ganz in den Hintergrund getreten war. Hoch und Niedrig schienen eins zu sein in dem großen Freudentaumel und auch die Klassenunterschiede traten zurück. Man sah Hofräthe mit Handwerkern, adelige Herren mit Bauern, Bankiers mit Arbeitern brüderlich zusammen, und was sonst nur die Poeten geträumt, däuchte den Menschen mit einem Mal die pure Wirklichkeit. All die Nationaleigenschaften der damals noch wenig politisch geschulten Deutschen kamen zum Ausdruck; man verbrachte eine kostbare Zeit mit Gesangsübungen; überall erschollen die bekannten Lieder: „Deutschland, Deutschland über Alles!“ und „Was ist des Deutschen Vaterland?“*) und tausend Dichter und Bierbankredner feierten die „Freiheit“ bis zum Ueberdruß. Getrunken wurde auch nicht wenig, wie es in solchen Zeiten begreiflich ist. Auch eine Masse verdrehter Köpfe tauchten empor, welche die Bewegung für ihre Steckenpferde benutzen wollten. So gab es Leute, denen die Abschaffung der Sitte des Hutabnehmens beim Grüßen wichtiger schien als die zu schaffende Verfassung.

Die herrschenden Klassen waren schlau genug, in all den Jubel kräftig einzustimmen. Adel und Hofleute, Protzen und Bureaukraten, engherzige Philister und verrannte Spießbürger thaten Alles, um das Volk mit einem unermeßlichen Vertrauensdusel zu erfüllen. Während die Wogen der Revolution hoch gingen, thaten Jene sich allen Zwang an und toasteten auf die „Freiheit“; als die Wogen sich zu legen begannen, toasteten sie nur auf die „Einheit“ und als der Umschlag begann, da toasteten sie allein auf die „Ordnung.“ Später erst sollten die Deutschen kennen lernen, wie viele Menschen mit vertrockneten Herzen sich in ihrer Mitte befanden, von jener Sorte, die Goethe so schön charakterisirt hat, indem er von ihnen sagte, daß sie ein hohler Darm voll Furcht und Hoffnung seien.**)

*) Dies ziemlich sinnlose Lied von Ernst Moritz Arndt hat seine Popularität wohl hauptsächlich seiner Melodie zu verdanken.

**) Einen kostbaren Typus dieser Sorte entdeckten wir in einem schwäbischen Philister. Befragt, was er von dem Jahr 1848 hielte, das er miterlebt, antwortete er: „Do hätt Niemand schaffe wölle!“ Höher wußte er die Bedeutung des „tollen Jahres“ nicht zu werthen. Solcher Leute gab es Tausende

Die Bewegung hatte alle deutschen Bundesstaaten, mit Ausnahme der beiden Mächte Preußen und Oesterreich, ergriffen. Indem der Siebener-Ausschuß auch Vertreter dieser beiden Staaten zu der Versammlung nach Frankfurt einlud, zwang er sie, zu der deutschen Bewegung Stellung zu nehmen. Wie sie sich verhalten würden, konnten die sieben Männer in Frankfurt nicht wissen. Es gab auch Schwarzseher, die von Oesterreich alles Schlimme befürchteten, namentlich da sich zur Zeit des Heidelberger Beschlusses Metternich, der große Bändiger der europäischen Revolution, noch in voller Macht zu befinden schien. Metternich selbst hegte wohl die Hoffnung, die deutsche Bewegung wieder eindämmen zu können, und zwar mit seinen gewöhnlichen Mitteln. Auch fehlte der Bewegung eine kraftvolle Einheitlichkeit, die er wohl auszunutzen gedachte, denn es kamen tausendfältige lokale und provinzielle Interessen ins Spiel. Die Regierungen von Oesterreich und Preußen zusammen hätten wohl mit ihren Machtmitteln die Bewegung niederwerfen und das Alte gleich wiederherstellen können, wenn es in ihrem eigenen Gebiet ruhig geblieben wäre. Aber es ging nach dem Rezept, das der Ritter Florian Geyer im Bauernkrieg gab: „Es soll einem Jeden vor seiner Thür gepfiffen werden!“ Die Revolution ist kein geographischer Begriff und wie sie über den Rhein gedrungen war, so ging ihr Wellenschlag auch über die Grenzen von Oesterreich und Preußen, mitten in das Herz dieser Staaten hinein.

---

in allen deutschen Gauen, wie es sie noch giebt. Den vielen Anekdoten aus dem Jahre 1848, welche das mangelnde politische Verständniß des deutschen Volkes bezeichnen sollen, können wir in diesem Werke keinen größeren Raum widmen. Wenn ein Darmhesse wirklich „die Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ oder „Preßfreiheit mit Zensur“ verlangt, wenn ein Hamburger Republikaner auf den Einwand: „Ihr habt ja schon eine Republik!“ wirklich geantwortet hat: „Dann wollen wir noch eine!“ — so mag das ganz ergötzlich sein, kann aber bei der Beurtheilung der Volksbewegung selbst absolut nicht in Anschlag gebracht werden, wie manchmal geschieht.

Die Revolution in Oesterreich.

Fürst Metternich, der Staatskünstler der heiligen Allianz, hatte, wie wir gesehen, in den habsburgischen Landen den Nationalitätenstreit ausgenutzt und die Nationalitäten gegeneinander balancirt. Mit dem Panslavismus hielt er die Deutschen im Schach und in dem Magyarenthum schuf er sich ein Gegengewicht gegen den Panslavismus. Aber gerade diese von Metternich's feilen Kreaturen als Urquell österreichischer Staatsweisheit gepriesene Schaukelpolitik sollte der Revolution den Weg in die österreichischen Staaten bahnen. Denn Metternich hatte den Magyaren, um sie gegen den Panslavismus ausspielen zu können, konstitutionelle Zugeständnisse gemacht und das daraus erwachsene politische Selbstgefühl der Ungarn war es, das den Bann brach, unter dem Oesterreich seufzte.

Die ungestümen und feurigen Magyaren nahmen die Kunde von den Pariser Vorgängen mit lodernder Begeisterung auf, unbekümmert darum, daß die amtliche „Wiener Zeitung," das einzige Blatt, das es in Wien vor der Revolution gab, mit dem ganzen dünkelhaften und arroganten Phrasenaufgebot des alten Regimes gegen die „kommunistische" Revolution der Pariser loszog und den einfältigen Orakelspruch that, das Heil sei nur „im festen Anschluß der Regierten an ihre Regierungen" zu suchen. In Preßburg war die ungarische Ständetafel beisammen und die Bewegung der Zeit warf ihre Wogen bald in den Berathungssaal hinein. Am 3. März erhob sich hier Kossuth, um auszusprechen, was jedes Herz erfüllte.

Kossuth, damals schon 46 Jahre alt und heute, ein neunzigjähriger Greis, noch am Leben, war ein furchtbarer Feind der Habsburger, die er in vierjähriger Gefangenschaft auf dem Schlosse Munkacs hassen gelernt.

In der Presse und im Landtage hatte er lange Jahre für die Unabhängigkeit Ungarns gegen die österreichische Bevormundung gestritten. Er war ohne Zweifel der erste Redner jener Zeit und seine Reden, „harmonische Katarakte" voll hochgetragener Gedanken, glänzend in der Form und meisterlich dem ungarischen Nationalcharakter angepaßt,

hatten eine unglaubliche Wirkung. Kossuth war ganz Magyar in Erscheinung und Anschauung und gerade darum den Habsburgern um so gefährlicher.

„Wir wälzen den Stein des Sisyphus," begann der berühmte Redner, „und der Schmerz der Unbeweglichkeit umwölkt meine Seele mit verzehrender Sorge. Mit blutendem Herzen sehe ich so viel treues Talent in undankbarer Arbeit sich abmühen, die den Qualen der Tretmühle gleicht. Ja, der schwere Fluch eines erstickenden Dampfes lastet auf uns. Aus den Beinkammern des Wiener Regierungssystems weht ein auszehrender Wind uns an, der unsere Nerven erstarren macht und niederdrückend auf den Flug unseres Geistes wirkt." Nach einer vernichtenden Kritik des Metternich'schen Regierungssystems erklärte Kossuth, die Dynastie könne sich auf ihr morsches System nicht weiter stützen. „Für eine geliebte Dynastie," fuhr er fort, „können Völker Blut und Leben geben; aber für die Politik eines drückenden Regierungssystems wird kein Sperling sich aufopfern. Wenn es übrigens einen Mann in Wien giebt, der im Interesse der Gewalt seiner noch wenigen Tage auf Kosten der Dynastie mit der Alliance absoluter Mächte liebäugelt, so sollte er doch bedenken, daß es Freunde giebt, die gefährlicher sind als Feinde. Ja, es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Zukunft unserer Dynastie an die Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie gebunden ist, und diese Verbrüderung kann mit Achtung der bestehenden Nationalitäten nur der Kitt der Konstitutionalität zu Stande bringen. Das Bureau und das Bajonett sind ein elendes Bindemittel!"

Diese Rede, die ebenso geschickt der Situation und dem Magyarenthum angepaßt, als feurig und aufregend war, riß die Ständetafel zu einem Sturme der Begeisterung hin. Kossuth's Anträge wurden sofort angenommen und man beschloß, an den Kaiser-König eine Deputation zu senden und von ihm eine nationale Regierung, d. h. ein nur aus Ungarn bestehendes verantwortliches Ministerium zu verlangen. Zugleich sollte auch die Abstellung aller von den Ungarn erhobenen Beschwerden und die Ausbildung der Verfassung in konstitutionellem Geiste gefordert werden.

Ob Kossuth selbst an die Durchführbarkeit einer Gesammtverfassung für die Habsburgischen Lande glaubte? Wahrscheinlich nicht; aber er wußte, daß seine Forderung das Gebäude des österreichischen Kaiserstaats erschüttern, vielleicht in Trümmer legen würde, und auf diesen Trümmern hoffte er sein unabhängiges Ungarn aufzubauen. Denn der demokratisch-konstitutionelle Kossuth war in erster Linie Magyar und nur Magyar.

Gegen die Wirkung von Kossuth's Rede suchte man sich mit der Zensur zu schützen; in Ungarn konnte die Rede nur verstümmelt in den

Zeitungen erscheinen, in den andern Habsburgischen Ländern strich man sie ganz. Indessen verbreitete sich die Rede schriftlich oder in besonderen Abdrücken über ganz Oesterreich.

Während in Prag auch die Czechen in Bewegung geriethen, die aber durchaus national-slavischer Art war, und eine Adresse an den Kaiser sandten, fuhr der „Geist der Rebellion," mit den Staats-Nachtwächtern von Frankfurt zu reden, auch unter die stets so gemüthlichen Wiener. Man hatte in diesen bisher immer nur loyale Unterthanen gesehen, die stets lustig und guter Dinge schienen, zu Jedermann „Euer Gnoden"



Ludwig Kossuth.

sagten und von unbegrenzter Ehrfurcht gegen alle Erdengötter erfüllt waren. Die Wiener hatten das abscheuliche und widerwärtige Polizeiregiment der dreißiger und vierziger Jahre ohne Widerstand ertragen; ein eigentliches politisches Leben war nicht vorhanden und alle Bestrebungen dieses Phäakenvölkleins schienen nur auf harmlosen „Hamur" und auf Vergnügungen aller Art gerichtet. An solchen fehlte es in Wien nicht und die Stadt hatte sich darin so sehr ausgebildet, daß sie sogar zu einem großen europäischen Sammelplatz der Pflastertreter, Nichtsthuer, Schlemmer, Spieler, Schwindler, Lüstlinge und Wüstlinge geworden war. Alles dies galt natürlich nur von dem inneren und eigentlichen Wien, denn draußen in den Vorstädten wimmelte tausendfältig das Proletariat, wie

wir es geschildert, vom Mangel und Hunger gequält, und dicht vor den Thoren des gemüthlichen Wien erhob das grause Massenelend dräuend sein Haupt.

Die Wiener fühlten sich mit einem Mal als politische Leute, nachdem all' die aufregenden Nachrichten aus Frankreich und aus dem deutschen Bundesgebiet hereingelangt waren. Die Bureaukratie ward erschreckt, denn es fluthete Tausende von Zeitungsblättern herein und — unerhört! — die Wiener wagten es, sich dieselben laut in den Wirthshäusern und Cafés vorzulesen und kümmerten sich gar nicht um die Spione des verhaßten Oberpolizisten Sedlnitzki. Die vielen Rentiers bekamen Angst, denn die Kurse fielen, und man strömte an die Sparkasse und an die Nationalbank, um seine Scheine in Geld umzusetzen. Die Arbeiter und auch die Studenten waren in dumpfer Gährung.

Der österreichische Gewerbeverein sandte zuerst eine Adresse an den Kaiser Ferdinand I., in welcher Anschluß an das gemeinsame Deutschland verlangt und die Zuversicht auf eine künftige Aenderung des Systems ausgesprochen wurde. Die Camarilla am Hofe, die den schwachen Kaiser Ferdinand ganz am Gängelband hielt und in seinem Namen regierte, that, als erweise sie den Wienern noch eine ganz besondere Gnade, als sie die Adresse für den Kaiser entgegennahm.

Die Adressenfabrikation, einmal in Gang gebracht, schritt vorwärts. Die Bürger entwarfen eine zweite Adresse und die Bourgeoisie wagte sich vor. Unter den Tausenden von Unterschriften befanden sich auch sehr angesehene Leute, namentlich höhere Beamte, große Kapitalisten und Kaufleute. Das machte am Hofe einen gewissen Eindruck. Die Adresse wurde dem ständischen Ausschuß übergeben, der sie an die Stände selber bringen sollte.

Nunmehr trat die Wiener Studentenschaft in die Bewegung ein und gab derselben ein ganz eigenthümliches Gepräge. Diese braven Jungen besaßen viel Muth und Aufopferungsfähigkeit, schlugen sich stets tapfer und waren erfüllt von einem schönen Idealismus. Aber als sie später die Bewegung in die Hand bekamen, zeigte es sich, daß es ihnen an Einsicht und politischer Erfahrung fehlte, Dinge, die man von so jungen Leuten auch nicht wohl erwarten kann. Staatsmänner und Soldaten bilden sich nicht auf den Universitäten aus. Aber das Eingreifen des jugendfrischen Studententhums gab den schwerfälligen Wiener Bürgern einen mächtigen Impuls und trieb die ganze Bewegung mit Macht zu ihrem nächsten Ziel, dem Sturze des Systems Metternich. In einer großen Studentenversammlung auf der Aula der Wiener Universität wurde von etwa 2000 Studenten eine Adresse an den Kaiser unterzeichnet, in welcher die bekannten Volksforderungen enthalten waren. Zwei Professoren von

sehr untauglichem Kaliber, Hye und Endlicher, brachten noch am Abend die Adresse in die Burg und drangen bis zum Kaiser. Der arme Ferdinand wußte nicht, was die Zwei von ihm wollten, und sie verstanden daher auch nicht, was er ihnen zur Antwort gab.



Vor dem Ständehause in Wien.

Am anderen Tage, dem 13. März, traten im Ständehaus die Stände zusammen. Bald sammelten sich die Bürger um das Ständehaus; es waren lauter „anständige" Leute und man sah keine schlechtgekleideten Proletarier unter ihnen. Auf der Aula strömten wieder die Studenten zusammen und der Professor Hye wollte ihnen einen langen Bericht über seine Audienz beim „Kaiser Nandl"

erstatten. Aber die Studenten hörten ihn gar nicht an, sondern begaben sich in feierlichem Zuge zum Ständehaus.

Die Stände, von der Masse umtost, wußten nicht, was sie thun sollten, so wenig als der in der Hofburg versammelte Staatsrath, wo Metternich eine kühle und vornehme Haltung affektirte. Innerlich mochte ihm nicht sehr wohl sein, wenn er auch auf die Nachricht von dem Auflauf antwortete: „Was geht das mich an?"

Die Wiener wußten vor dem Ständehause auch nicht recht, was sie machen sollten. Da stieg der Doktor Fischhof, heute noch ein guter Demokrat, damals ein junger Wundarzt, auf das Dach des Brunnens im Hofe und ließ die Freiheit hochleben. Das schlug ein und alsbald erscholl es stürmisch von allen Seiten: „Preßfreiheit!" — „Konstitution!" — „Ministerverantwortlichkeit!" und wie alle die schönen Zierrathen der bürgerlichen Freiheit hießen. Zu den Ständen sagte Fischhof: „Das Volk will durch seine Haltung die Stände unterstützen, damit sie seine Wünsche an den Kaiser bringen." Und der Landtagsmarschall Montecuculi meinte sehr liebenswürdig: „Des Volkes Wünsche sind der Stände Wünsche!"

So harmlos fing die Sache an und schien ebenso harmlos zu verlaufen. Da kam ein Student auf den Gedanken, der Masse die klassische Rede Kossuth's vorzulesen. Die bewegte Masse ward zum stürmischen Meer und nach jedem Schlagsatz toste und brauste es um das Ständehaus, daß es drinnen den Herren angst und bange ward. Kossuth's Rede giebt der Menge erst die richtige Parole und aus tausend Kehlen ertönt der wilde Schrei nach der Abdankung des verhaßten Ministers. „Fort mit Metternich!" — „Weg mit den Jesuiten!" — „Volksbewaffnung!" — „Keine Russen!" schallt es drohend an den Wänden des Ständehauses empor. Ein Blatt fällt herab, worauf geschrieben steht, die Stände wollten den Kaiser um Veröffentlichung des Staatsbudgets und Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen bitten. Im Nu haben die Stände das Vertrauen der enttäuschten Masse verloren. „Mehr nicht?" — „Zum Teufel mit den Ständen!" — „Zerreißt den Wisch!" — „Konstitution!" — „Es lebe der konstitutionelle Kaiser von Oesterreich!"*)

Die Masse dringt in das Ständehaus und die Herren Berather stieben auseinander. Der Landtagsmarschall, dem vor dem zornigen Schwarm

*) Wie verhaßt das bloße Wort „Konstitution" den Habsburgern war, geht daraus hervor, daß Franz I. seinen Leibarzt, als dieser von der „guten Konstitution" des Kaisers sprach, zornig anfuhr: „Was schwatzt Er mir da von Konstitution? Ich hab' keine und will keine hab'n!"

bange ist, drückt sich eilends mit den Worten: „Es ist nichts zu thun, als dem Kaiser die Wünsche des Volkes zu überbringen!" Er rennt mit einer Abtheilung Studenten davon nach der Hofburg, wo ihn der Staatsrath an sich nimmt. Die hochwohlweisen Räthe putzen die Brillen, nehmen ihre hochmüthigste Miene an und versprechen, die Sache baldigst zu prüfen und dem Kaiser zum Entscheid vorzulegen — da knattern vom Ständehaus Gewehrsalven herüber. Das ist das Ende des Systems Metternich, wenn es auch im Moment nicht den Anschein hat.

Schon am Vormittag war eine gewaltige Truppenmasse, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, aufgeboten worden. Den Befehl hatte Erzherzog Albrecht, der Sohn des berühmten Erzherzogs Karl; er hatte nichts von dem milden Wesen seines Vaters geerbt. Die Truppen standen in den Straßen, in die Volksmassen eingekeilt, unbeweglich in dem Getöse, während die Masse schrie: „Fort mit Metternich!" Eine Katastrophe schien unvermeidlich und sie kam denn auch.

Die Truppen rückten gegen das Ständehaus, um den Platz vor demselben zu räumen. Die Menge im Ständehause ward zornig und zerschlug alles Mobiliar. Die Trümmer wurden zum Fenster hinaus auf das Militär geworfen. Als ein Offizier getroffen wurde, gab das Militär gegen die Fenster des Ständehauses eine Salve ab, die aber Niemand traf. Das Volk, immer wüthender werdend, schrie: „Fort mit dem Militär!" Der Erzherzog Albrecht kam selber heran. Ein Holzstück, das aus einem Fenster des Ständehauses flog, traf ihn hart an die Schulter und gleich darauf krachten zwei Salven in die unbewaffnete Menge hinein. Wer das Kommando gegeben, ist nicht festgestellt worden; als sich der Pulverdampf verzogen, sah man fünf Personen todt am Boden liegen.

Die Menge floh von dem Ständehausplatz und ergoß sich in wilder Hast in die anstoßenden Straßen, verfolgt von der Kavallerie. Man schrie nach Rache und versuchte, Barrikaden aufzuwerfen. Aber das wollte nicht recht gelingen; die „gemüthlichen" Wiener konnten sich eben nicht so schnell in barrikadenkundige Revolutionäre verwandeln. Es entspann sich eine Reihe von Straßenkämpfen, die mitunter blutig waren, und wenn das Militär an einer Stelle die Massen zersprengt und vertrieben hatte, so drangen sie an einer anderen von Neuem vor. Am Nachmittag erscholl der Generalmarsch in den Straßen, der das bewaffnete Bürgerkorps sammelte, denn die Aufregung hatte endlich auch die „ehrbaren" Bürger und sogar „hochangesehene" Leute erreicht. Sie versammelten sich bewaffnet auf dem Glacis und sandten eine Deputation an den Kaiser, um die Zurückziehung der Truppen zu fordern. Zugleich sandten

die Studenten den alten Rektor der Universität in die Hofburg, um Waffen für die akademischen Jünglinge zu verlangen. So waren drei Deputationen in der Hofburg, denn die Stände hatten auch eine solche geschickt.

Während des Straßenkampfes drängte die Volksmasse auch an die Burg heran, die von 4000 Mann und mit vielem Geschütz besetzt war. Der Erzherzog Maximilian gab Befehl, die Masse mit Kartätschen zurückzutreiben, allein die Kanoniere dachten menschlicher und vernünftiger, als dieser Habsburger, und gaben kein Feuer. Ueberhaupt waren die Straßenkämpfe nicht bedeutend; das Volk hatte kaum 50 Todte und Verwundete, darunter meistens Wehrlose und auch Frauen.

Während in den Straßen die Salven knatterten und das Wuth- und Rachegeschrei des Volkes erscholl, wimmelten in der Burg Höflinge, Staatsräthe, Offiziere, Lakaien und Deputationsmitglieder durcheinander. Der arme Kaiser Ferdinand hatte sich in ein Zimmer mit einem Bedienten eingeschlossen und ließ keinen Menschen vor sich. „Schaun's," sagte er zu seinem Bedienten, „ich laß' nit schießen!" Der Mann war etwas schwachsinnig, aber menschlicher als die Camarilla von Prinzen und Staatsräthen, die draußen auf das Volk feuern ließ und in der Burg sich gegen die kleinste Konzession hartnäckig sträubte. Die Deputationen wurden von Erzherzogen, Staatsräthen und Offizieren barsch angefahren, namentlich als sie den Rücktritt Metternich's verlangten. Die Deputation des Bürgerkorps wollte die Burg wieder verlassen, man hielt sie zurück und Metternich selber kam herbei. Er klopfte einem Mitglied der Deputation, Scherzer, auf die Schulter und meinte: „Es wäre doch eine Schande, wenn die Bürger im Verein mit dem Militär einen Straßenkrawall nicht besiegen könnten."

„Durchlaucht," antwortete Scherzer, „das ist kein Straßenkrawall, sondern eine Revolution."*)

„Das ist nicht wahr," rief Metternich, „es sind nur Juden, Polen, Italiener und Schweizer, die das Volk aufwiegeln."

Scherzer verwies den Staatskanzler, der sich nicht schämte, so albernes Zeug zu reden, auf die Unterschriften der Petitionen und erklärte, die Bürger könnten nicht mit dem Militär zusammen wirken, weil es auf das Volk geschossen habe. Erzherzog Albrecht sprach von gemeinsamer Beziehung der Wachtposten, meinte aber, beim ersten Zeichen von Widerstand seitens der Bürger würde scharf geschossen werden.

---

*) Merkwürdigerweise dieselben Worte, die der Herzog von Liancourt am Tage des Bastillensturmes, 14. Juli 1789, zu Ludwig XVI. sprach.

Die Bürgerdeputirten wiesen den Vorschlag zurück und der Erzherzog Maximilian rief: „Nun gut, dann seid auch Ihr Rebellen und man wird auch auf Euch schießen!“ Da ging endlich den Bürgerdeputirten die Geduld aus und sie entfernten sich unter nicht schmeichelhaften Bemerkungen aus dem Audienzsaal, wo Metternich mit den Erzherzogen voll des alten Hochmuths zurückblieb. Hätte er gewußt, daß das Volk seine prachtvolle Villa am Rennweg mit solcher Wuth zerstört hatte, daß die nackten Mauern allein übrig blieben, so würde er wohl etwas an „Contenance“ eingebüßt haben.

Die Höflinge hielten die Bürgerdeputirten abermals zurück, denn schon begann die Stimmung umzuschlagen, und als kurz darauf der Erzherzog Albrecht wieder erschien und einen der Bürger gleich anschnauzte: „Halten Sie das Maul!“ erfuhr er stürmischen Widerspruch von allen Seiten, sogar von den Hoflakaien. Es kamen neue Deputationen, die immer dringender wurden, und man sah sich endlich genöthigt, Metternich fallen zu lassen. Das Knattern des Gewehrfeuers auf den Straßen erschreckte die Staatsmänner und Höflinge und sie fuhren zusammen, als einer der Bürger rief: „Hier wird es auch bald heißen, wie in den Tuilerien: Zu spät!“ Auch eine Hof-Intrigue seitens der Erzherzogin Sophie trug zum Sturze Metternich's bei, denn diese ehrgeizige Frau trachtete darnach, den Einfluß beim Kaiser, den Metternich besaß, an sich zu bringen. Der Erzherzog Johann gehörte gleichfalls zu den Gegnern Metternich's. Der hohe Rath in der Hofburg war unter diesen Einflüssen in Zwiespalt gerathen. Als die Deputationen aber aufs Neue und immer dringender die Absetzung Metternich's forderten, gab man endlich nach und der Sturz des großen Stabilitätspolitikers und Trägers des europäischen Staats-Nachtwächter-Systems trat ein. Man rief die Deputationen in den großen Konferenzsaal und Metternich trat vor.

„Sie haben erklärt, nur mein Rücktritt könne die Ruhe wieder herstellen,“ sprach er zu den Deputationen, „ich effektuire ihn daher mit Freuden! Ich wünsche Ihnen Glück zur neuen Regierung, wünsche Oesterreich Glück!“

„Durchlaucht,“ erwiderte einer der Bürgerdeputirten, „wir haben Nichts wider Ihre Person, aber Alles wider Ihr System. Wir danken Ihnen für Ihren Rücktritt. Es lebe Kaiser Ferdinand!“

Während das Hoch auf den armen Ferdinand erscholl, schlich sich Metternich, der soeben noch auf dem Gipfel seines Hochmuthes gestanden und so tief herabgestürzt war, durch eine Hinterthür davon, kam unerkannt aus der Burg und der Stadt und floh über Prag nach London, wo er seinen Kollegen und Schicksalsgenossen Guizot schon vorfand, der

in Weiberkleidern vor dem siegreichen Pariser Volke entflohen war. Metternich hatte sein formelles Entlassungsgesuch mit den Worten versehen: „Ich unterschreibe den Zerfall der Monarchie!" Dieser geckenhafte Staatskünstler glaubte also wirklich, der Zustand der Staaten hänge von seiner werthen Person ab.

In der Wiener Hofburg verschwanden nun auch die thatenlustigen Erzherzoge stille, einer um den andern, und es folgten die Zugeständnisse. Es wurde bewilligt, daß die Studenten sich bewaffneten und daß die Bürgerwehr auf sämmtliche Bürger ausgedehnt und aus dem Zeughause mit Waffen versehen wurde. Dies geschah durch den „grauen Schleicher," den Erzherzog Ludwig, der auch dem abgetretenen Metternich den bekannten „Dank vom Haus Oesterreich" applizirte, indem er ihn ohne ein Wort des Mitleids oder der Höflichkeit ziehen ließ.

Scherzer eilte auf den Burgplatz, kletterte auf einen Gaskandelaber und rief mit Donnerstimme in die dichte Volksmasse hinein: „Metternich ist gestürzt, ist fort!" Wie ein einziger brausender Jubelruf flog dies Wort durch ganz Wien und die Stadt wurde des Abends illuminirt. Die Studenten aber bewaffneten sich noch in der Nacht und bildeten die berühmte akademische Legion, die eine so große Rolle in der österreichischen Revolution gespielt hat. Es war gut, daß die jungen Leute sich bewaffneten und nicht so vertrauensdufelig waren, wie die Bürger, die sich vor Jubel kaum zu fassen wußten.

So hatten die „gemüthlichen" Wiener mit verhältnißmäßig geringen Opfern das „System" Metternich mit sammt seinem Träger vom Nacken geschüttelt. Aber die neuerkämpfte „Freiheit" hatte schon ein Loch, bevor sie nur richtig in die heißersehnten konstitutionellen Formen gefaßt war. In Wien klafften stärker als anderswo schon am ersten Tage der Revolution die Klassengegensätze auf. Die wohlhäbigen Bürger der inneren Stadt, die das Ständehaus und die Hofburg umdrängt hatten, bewaffneten sich nicht nur, um die erlangten Zugeständnisse zu vertheidigen, sondern auch um die „Ordnung" aufrecht, das heißt, das Proletariat der Vorstädte niederzuhalten. Als am 13. März in die Vorstädte die Nachricht kam, daß in der Stadt ein Aufstand ausgebrochen sei, strömten die Arbeiter in Masse kampflustig heran. Aber man schloß die Thore und ließ sie nicht in die innere Stadt hinein. Erbittert zogen sich die Arbeiter in die Vorstädte zurück und in der Erregung des Tages wurden eine Reihe von Ausschreitungen begangen, wie sie häufig sind, wenn die Noth so hoch gestiegen ist, daß sie die Menschen zur Verzweiflung bringt. In Fünf- und Sechshaus wurden die Wohnungen von Fabrikanten in Brand gesteckt, die sich als Ausbeuter verhaßt gemacht, in den Fabriken wurden die

Maschinen zerstört, die eine Menge von Arbeitern brotlos gemacht hatten. Einige Hundert Arbeiter traten zusammen und zerstörten die Maschinen



Zerstörung der Mauthhäuser vor Wien.

auf drei Meilen in der Runde. Während in der Stadt Jedem, der nicht illuminirte, die Fenster eingeworfen wurden, illuminirte man vor den

Thoren auf andere Art. Auf dem Glacis und weiterhin bis Schönbrunn hinaus wurden die Gaskandelaber umgebogen, die Röhrenleitung geöffnet und das herausströmende Gas angezündet, daß riesige baumhohe Flammensäulen emporloderten. Auf der Mariahilfer Linie und anderwärts wurden die verhaßten Zoll- und Mauthhäuser in Brand gesteckt. Die Brutalität der Mauthbeamten hatte sich noch am Tage der Revolution geäußert. Ein Milchmann war ohne zu zahlen über die Zolllinie in die Stadt gefahren. Ein Zollbeamter schoß auf ihn mit der Schrotbüchse und verursachte damit 23 Verwundungen in der Brust des Getroffenen. Das wüthende Volk schlug den Zollbeamten nieder und warf ihn in die Flammen des Zollhauses. Es ward auf die Tumultuanten von den Wällen gefeuert, sogar mit Kanonen, aber es gelang nicht, die Ruhe wiederherzustellen. Die Regierung hoffte die Kluft zwischen Bürgern und Arbeitern zu erweitern und überließ es der Bürgerwehr, die Unruhen in den Vorstädten zu unterdrücken. Einige Hundert Arbeiter wurden verhaftet. Die akademische Legion betheiligte sich nicht an diesem Akt, wodurch in der Folge ein freundschaftliches Verhältniß zwischen Studenten und Arbeitern entstand.

Während die Bürgerwehr und die akademische Legion in Waffen und mit Bannern, auf denen die Worte „Völkerverbrüderung! Ordnung und Freiheit! Preßfreiheit! Konstitution!" standen, durch die Straßen zogen, von allgemeinem Jubel begrüßt, während die Aula der Universität zum Mittelpunkt der Bewegung wurde, brütete man am Hofe, wie man die dem Volke gemachten Zugeständnisse wieder beseitigen könne. Die Camarilla triumphirte wieder einen Moment und obschon der Kaiser Ferdinand aus seinem Verließ hervorkam und im Familienrath wiederholte: „Ich laß' nit schießen und wenn Ihr schießen laßt, geh' ich fort," so erschien doch um 3 Uhr Nachmittags am 14. März eine Proklamation:

„Der Kaiser hat beschlossen, zur Wiederherstellung der Ruhe dem Feldmarschallieutenant-Fürsten Windischgrätz alle nöthigen Vollmachten zu übertragen und ihm alle Zivil- und Militärautoritäten unterzuordnen."

Das war die „Freiheit" mit Militärdiktatur und Kartätschen.

Die Wiener standen erst starr vor Bestürzung; dann ging ein Schrei der Wuth durch die ganze Bevölkerung und man rüstete sich zum Kampfe, während die Truppen unbeweglich blieben. Deputationen gingen in die Hofburg und Fürst Windischgrätz erklärte einer solchen, es würden alle Wünsche des Volkes erfüllt werden. Aber man ließ sich nicht täuschen. Dichte Massen sammelten sich um die Burg und von Zeit zu Zeit stieg der brausende Ruf: „Preßfreiheit! Konstitution! Nationalgarde!" an den Mauern empor. Es erschienen vielfach rothe Abzeichen, um zu zeigen,

wie sehr es dem Volke mit der Vertheidigung der neuerrungenen Freiheit ernst war. Nachts erschien noch ein Plakat an den Mauern, welches die Stadt Wien in Belagerungszustand erklärte. Der Kampf schien sonach unvermeidlich geworden.

Am andern Morgen ward eine Deputation der Ungarn mit Kossuth an der Spitze angekündigt. Auch das erste zensurfreie Blatt erschien, Frankl's bekanntes „Lied an die Universität"*). Am Hofe schlug indessen die Belagerungszustands-Stimmung wieder um, als man die Konsequenzen eines Kampfes mit dem bewaffneten Volke überdachte. Die Camarilla hielt es endlich für das Klügste, zu „gewähren." Der gute Ferdinand versprach eine Konstitution zu geben und machte eine Rundfahrt durch die Stadt. Die Wiener empfingen den gutmüthigen Mann mit tausendstimmigem Jubel. „Vivat der Kaiser Ferdinandus, der nit schießen läßt!" erscholl es überall aus der Masse. Nachmittags erschien eine Proklamation, die den guten Wienern ihre „Freiheit" offiziell verkündigte. Auf die Anekdoten über die Art, wie Ferdinand zu der Proklamation bewogen worden, legen wir keinen Werth. Die Verordnung verkündete für Oesterreich: „Preßfreiheit, Errichtung einer Nationalgarde mit freier Wahl der Führer, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände der verschiedenen Gebiete und Staaten des Kaiserreichs in möglichst kurzer Frist, mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes, zum Behufe der Vereinbarung mit dem Kaiser über die von ihm beschlossene Konstitution des Vaterlandes."

Der schlechte Stil dieser Proklamation und der sonderbare Ausdruck „Konstitution des Vaterlandes" deuteten an, daß das Machwerk unter eigenthümlichen Umständen zu Stande gekommen war. Die Wiener aber verfielen in den zweiten Freudenrausch und illuminirten abermals — und das Alles unter dem Belagerungszustand, denn dieser war noch nicht zurückgenommen worden.

Kossuth, dessen Rede so mächtig zu den Erfolgen des Tages mitgewirkt hatte, erschien und hielt eine zündende Ansprache auf der Aula, wobei Magyaren, Czechen und Deutsche ein Verbrüderungsfest feierten, dessen Wirkungen leider nicht von langer Dauer waren. Am anderen Tage wurden auch die von den Ungarn gestellten üblichen Volksforderungen gewährt, nebst einem eigenen verantwortlichen Ministerium.

*) Es lautet:

„Was kommt heran mit kühnem Gange?
Die Waffe blinkt, die Fahne weht:
Es naht mit hellem Trommelklange
Die Universität!"

Ueberall war Freude und Wonne und die guten Wiener sahen kaum, daß die Werkzeuge Metternich's fast sämmtlich in Amt und Würden blieben und der ganze vormärzliche Völkerdressurapparat nur für den Augenblick bei Seite geschoben und für späteren Gebrauch bereit gehalten wurde.

Aber warum sollten sich die Wiener nicht freuen? War doch ein Freudenjubel in diesen Tagen von Sizilien bis zur Ostsee und von den Karpathen bis zum Atlantischen Ozean! —

Am 17. März wurden die Gefallenen begraben; siebenzehn Särge wurden in sieben Wagen hinausgefahren nach der Schmelz, wo sich die Gräber befanden. Die Leichen waren vorher ausgestellt gewesen; unter ihnen befanden sich ein jüdischer Student, Namens Spitzer, und ein armer Schusterjunge, dem der Kopf mit einem Säbelhieb gespalten war. Die Nationalgarde begleitete den Leichenzug; etwa 30 000 Menschen gingen im Ganzen mit. Eine Standarte, die vor den Särgen getragen wurde, hatte die Inschrift: „Für das Vaterland gefallen am 13. und 14. März 1848.“ Von der Standarte wallten lange weiße, von Jungfrauen getragene Bänder herab. Die Todten wurden in verschiedenen Reden als Märtyrer der Freiheit gepriesen, auch von Geistlichen aller Konfessionen. —

Das übrige Oesterreich folgte der Hauptstadt nach. Aber die bedeutendste Wirkung der Wiener Revolution, die in ganz Europa eine mächtige Erregung hervorgebracht hatte, war die Revolution in Oberitalien.

Die österreichische Herrschaft lastete schwer auf der Lombardei, und der revolutionäre Wind, der von Sizilien aus über die italienische Halbinsel bis an den Fuß der Alpen dahinstrich, fachte den glimmenden Brand zur lodernden Flamme an. Die österreichische Regierung trug mit verkehrten und brutalen Maßregeln das Ihrige dazu bei, die Erbitterung der Lombarden zu steigern. Schon vor der Februarrevolution kam es zu häufigen Tumulten und blutigen Händeln zwischen den Lombarden und den österreichischen Truppen. Metternich nahm seine Zuflucht zu den gewohnten Gewaltmitteln und ließ am 22. Februar den Belagerungszustand für das lombardisch-venetianische Königreich verkünden. Dem alten Feldmarschall Radetzky, der die österreichischen Streitkräfte in der Lombardei befehligte, wurde eine vollständige Militärdiktatur übertragen. Radetzky, ein tüchtiger Heerführer, der 1813 den Plan zu dem Feldzuge gegen Napoleon mit entworfen hatte, hielt treu zum Hause Habsburg, war energisch und umsichtig in seinen Maßregeln und der gefährlichste Gegner der italienischen Revolution. Aber er war nicht zu kleinlichen Plackereien geneigt, in denen sich das österreichische hohe und niedere Polizeischergenthum umsomehr auszeichnete. Man ging so weit, den Mailändern das Tragen von Masken und das Werfen mit Coriandoli zum

Karneval zu verbieten und für diese harmlosen Spielereien Verhaftung anzudrohen. Ende Februar verbot man auch die Waffen-Ein- und Durchfuhr und traf damit den lombardischen Eisenhandel und die Sensenfabrikation sehr schwer. Eine Deputation, die nach Wien ging, um die Zurücknahme der Maßregeln zu erbitten, ward schnöde und mit dem ganzen habsburgischen Hochmuth abgewiesen. So thaten das Haus Habs-



Patrouille der Wiener Nationalgarde.

burg und sein Staatskanzler Metternich Alles, um die gesammte Bevölkerung Oberitaliens zu einer beispiellosen Erbitterung zu treiben. In Mailand schien nach der Verkündigung des Belagerungszustandes Alles wie verödet; viele Geschäfte schlossen sich, Lustbarkeiten hörten auf, und sogar die Promenaden dieser sonst so lebhaften und geräuschvollen Stadt waren ganz vereinsamt. Es war die Stille vor dem

Sturme, denn beide Theile wußten, daß es zum Ausbruche kommen müsse. Auch in Sardinien fühlte man dies, und der König Karl Albert stellte Truppen an der Grenze auf, um allenfalls eingreifen zu können.

Die Nachricht von den Wiener Ereignissen kam am 17. März nach Mailand, und die Zugeständnisse des Kaisers Ferdinand wurden von den österreichischen Behörden am 18. März früh an den Straßenecken angeschlagen, wobei man aber den Rücktritt Metternich's garnicht erwähnte. Dies trug vielleicht dazu bei, daß die Mailänder den kaiserlichen Zugeständnissen gar keine Bedeutung beimaßen und Alles nur für eine Spiegelfechterei hielten. In den Straßen der Stadt ward es plötzlich lebendig, die Volksmassen schaarten sich drohend zusammen und der Kampf ward unvermeidlich. Die Mailänder überfielen einzelne österreichische Soldaten und machten sie nieder; als dann Radetzky auf die Masse feuern ließ, stob sie auseinander, aber nur, um Barrikaden zu errichten. Bald waren alle Straßen mit diesen Brustwehren der Revolution versperrt, und es entspann sich ein Straßenkampf von schrecklicher Heftigkeit. Aus Fenstern, Kellerlöchern, Dachluken wurde auf die Oesterreicher geschossen und von den Dächern wurden Steine geschleudert und siedendes Oel herabgegossen. Ein heftiger Regen bereitete den Oesterreichern alle möglichen Schwierigkeiten, durchnäßte sie bis auf die Haut und machte die Feuerwaffen unbrauchbar, denn auch die Vorsehung schien, nach der Auffassung der Gläubigen, die österreichische Brutalität in der Lombardei endlich satt bekommen zu haben. Der Kampf erforderte auf beiden Seiten zahlreiche Opfer und manche Straßen waren mit Blut überschwemmt. Radetzky sah sich bald im Nachtheil; er hatte nur 10000 Mann in der Stadt, und von diesen waren ein Drittel Italiener, die, wo sie konnten, während des Kampfes zu den Aufständischen übergingen; es fehlte an Geschützen, an Munition und an Proviant. Schon am 19. März waren die österreichischen Truppen so erschöpft, daß Radetzky sich im Kastell festsetzen und seine Mannschaften aus der Stadt ziehen mußte. Er versuchte nun Verstärkungen heranzuziehen, allein es gelang ihm nicht, und auf die Kunde von der Erhebung Mailands erhob sich wie mit einem Schlage die ganze Lombardei. Die Bevölkerung eilte bewaffnet den Mailändern zu Hülfe; von der sardinischen Grenze kam die Nachricht von Truppenbewegungen, und so mußte sich der stolze Feldmarschall knirschend entschließen, dem Volkssturme zu weichen. Er zog sich mit seinem Heere hinter den Mincio zurück, voll Wuth über seine Niederlage und Rache brütend. Die Fehler der Italiener sollten ihm leider seine Rache gewähren.

Zur Zeit aber waren die Wirkungen der lombardischen Revolution verblüffend und niederschmetternd für das Haus Habsburg. In Cremona

und Brescia wurden die österreichischen Besatzungen mit Hülfe der italienischen Truppen vertrieben und die Venetianer erhoben sich mit solcher Kraft, daß der dortige österreichische Befehlshaber, Graf Zichy, eine nichts weniger als rühmliche Kapitulation eingehen und die Lagunenstadt an eine revolutionäre Regierung übergeben mußte. Auch die Herzoge von Parma und von Modena wurden vertrieben und man kam ganz von selbst zu dem Plan, die aufständischen Provinzen Oberitaliens mit Piemont und Sardinien zu vereinigen, um sich so einen Rückhalt gegen Oesterreich zu verschaffen. Die republikanischen Bestrebungen traten dem gegenüber für den Moment zurück und ein konstitutionelles Königreich Oberitalien wurde die Parole des Tages. Aber diese Parole brachte das Unglück mit sich, daß der König von Sardinien, Karl Albert, ganz von selbst an die Spitze der Bewegung kam. Die Lombarden und Venetianer hätten alle Ursache gehabt, dem König von Sardinien zu mißtrauen, der als Prinz von Carignan schon 1821 sich mit der revolutionären Verbindung der Carbonari ins Benehmen gesetzt hatte und beim Ausbruch der Revolution in Piemont von den Aufständischen auf den Schild gehoben worden war. Bald darauf hatte er die Revolution auf das Schmählichste verrathen und sein Name galt als „hochverflucht" bei dem vorwärts strebenden Theile des italienischen Volkes. Als König hatte Karl Albert so despotisch regiert, als es ihm die Verhältnisse immer gestatteten. Und doch trug ihn der Schwung der Unabhängigkeitsbewegung an deren Spitze, denn die Lombarden bedurften seiner Waffen. Karl Albert ergriff begierig die Gelegenheit, sich auf dem Wege der Revolution zum König von Oberitalien zu machen, denn diesem ehrgeizigen und selbstsüchtigen Menschen waren alle Mittel recht. Als er am 24. März die Italiener zum Kampfe aufrief, jauchzte ihm die Masse entgegen und die streitbare Jugend strömte ihm zu. Männer von selbständigem Urtheil ahnten, dieser König werde Italien ins Verderben führen. Garibaldi, der sich in den Kämpfen Südamerikas seine Sporen verdient hatte und auf die Kunde von den italienischen Bewegungen in die Heimath geeilt war, antwortete auf die Frage, ob er Karl Albert seinen Degen angeboten, mit den stolzen Worten: „Diese Menschen sind nicht werth, daß Herzen wie die unsrigen sich unter sie stellen."

Etwas viel Selbstgefühl! Aber es wäre gut gewesen, alle Italiener hätten etwas davon gehabt!

Die Revolution in Preußen.

Der preußische Militärstaat war anscheinend vom festesten Gefüge. Sein „herrliches Kriegsheer," für das bei einem Staatshaushalt von 51 Millionen Thalern jährlich über 22 Millionen ausgegeben wurden, war im Verhältniß zur Bevölkerung weit stärker als die Armeen von Oesterreich und Frankreich. Die zahllosen Bureaukraten regierten „stramm und fromm" darauf los und Jeder von ihnen dünkte sich im Bereiche seines Bureaus ein kleiner Souverän von Gottes Gnaden. Das liberale Bürgerthum war zaghaft, die große Masse des Volkes schien gleichgültig. Und doch pochte an dieses so fest verschlossene Staatsgebäude die eherne Faust der Revolution so gewaltig an, daß die Pforten dröhnend aufsprangen und der alte Absolutismus im ersten wilden Schreck des Todes verblich. Wenn man ihn später auch wieder galvanisirt hat, so daß der Körper krampfhafte und zuckende Bewegungen machte — zum vollen und ganzen Leben hat man ihn doch nicht wieder erwecken können.

Das kam nicht sogleich; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten und Oesterreich sogar gingen voran. Aber innerhalb des preußischen Staatsgebiets selber fehlte es an Vorzeichen keineswegs. Zunächst riß sich der Kanton Neuenburg in der Schweiz von Preußen los, den der Wiener Kongreß mit seiner bekannten Meisterschaft in der politischen Flickschneiderei unter die Hoheit der preußischen Monarchie gestellt und damit zu einem unerschöpflichen Quell politischer Streitigkeiten gemacht hatte. Zwar lag Neuenburg etwas fern, aber auch im preußischen Rheinland äußerten sich alsbald die Wirkungen der französischen Revolution. Die Rheinländer fühlten sich als „Mußpreußen" und wären lieber für sich geblieben; sie hatten auch ein dankbares Gedächtniß für die Umwälzungen der neunziger Jahre, durch die sie von ihren Pfaffenregierungen befreit worden waren und die ihnen eine moderne französische Gesetzgebung gebracht hatten, unter der sie sich unendlich wohler fühlten, als unter den mittelalterlichen Perrückenregierungen der geistlichen Höfe. In Köln hörte man in diesen sturmbewegten Tagen die Marseillaise ertönen, die in den Kaffeehäusern zum

großen Aerger der Herren Militärs und Bureaukraten gespielt und wohl auch gesungen wurde. Alles gerieth in Bewegung; die liberale Bourgeoisie wandte sich an die Abgeordneten der Rheinprovinz um Berathung über die Lage und auf dem Domhofe versammelte sich das kleinere und mittlere Bürgerthum. Man brach hier mit der hergebrachten Bescheidenheit, die sich immer nur auf die Kabinets-Ordre von 1815 stützte, und stellte die bekannten Volksforderungen auf. Man sprach davon, in dieser bewegten Zeit auf die Vergnügungen des Karnevals zu verzichten; sie fanden aber doch statt.

In Köln konnte man sehen, wie der Sozialismus Fortschritte gemacht hatte, denn neben der bürgerlichen Bewegung ging eine andere her, die der Arbeiter. Sie hatten sich auf dem alten Markt zahlreich zusammengefunden und sandten eine Deputation an den Stadtrath. Der ehemalige Artillerielieutenant von Willich erschien als Sprecher an der Spitze. Er vertrat die bekannten Volksforderungen, jedoch mit sozialistisch gefärbten Zusätzen; er verlangte nach Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse, sowie Erziehung der Kinder auf öffentliche Kosten. Dieser „Sozialismus" des Herrn Lieutenants war sehr krauser Art und erklärt sich aus der damaligen Unreife und der Verworrenheit des Herrn Willich überhaupt. Energie war Willich nicht abzusprechen, denn er erklärte, er würde mit den Arbeitern nicht vom Markte weichen, bis der Stadtrath einen Entschluß gefaßt hätte. Der Stadtrath konnte sich zu Nichts entschließen, aber um 10 Uhr vernahm man den Generalmarsch, Militär kam und sprengte die Masse brutal auseinander. Eine Anzahl Arbeiter rannte zum Stadtrath zurück, worüber einer der biederen Stadtväter so in Angst gerieth, daß er zum Fenster hinaussprang und die Beine brach. Seine Kollegen rissen fast alle aus. Am anderen Morgen wurden einige Volksredner verhaftet. Aber Köln gerieth in ungeheure Aufregung und die Bourgeoisie ward ängstlich, so daß sie dem Oberpräsidenten erklärte, Zugeständnisse seien das einzige Rettungsmittel. In den Massen debattirte man über Monarchie und Republik, auch die Drohung mit Anschluß an Frankreich ward laut.

Dies war das Vorspiel am Rhein. Die Junker und Bureaukraten zu Berlin sahen die Ereignisse mit dem gewohnten Hochmuth an und stellten die schärfsten Maßregeln in Aussicht, falls der „Pöbel" auch in Berlin sich „mausig machen" wolle. Der König dagegen nahm den Abfall von Neuenburg mit mehr Gemüthsruhe auf; er meinte, er verliere Nichts als die schöne Aussicht vom dortigen Schlosse.

Die Berliner Bevölkerung befand sich in einer erregten Stimmung, denn die Nachrichten aus Paris und aus Süd- und Mitteldeutschland

hatten auch in der preußischen Metropole ihren tiefen Eindruck nicht verfehlt. Der Berliner Spießbürger, der sonst nur schlechte Witze machte, viel Weißbier trank, am Sonntag unter den Linden spazieren ging und einen seiner größten Genüsse im Anstaunen vorbeimarschirender Garderegimenter fand, war mit einem Mal ernster geworden. In den Weißbierstuben und Kaffeehäusern sprach man, mit der „Vossischen Zeitung" zu reden, von „Staats- und gelehrten Sachen." Die Arbeiter, von ihrem Elend gestachelt, zeigten sich gleichfalls ungewöhnlich erregt, namentlich durch die Thatsache, daß in Paris ein Arbeiter in die Regierung gekommen war, und daß diese Regierung den Arbeitern versprochen hatte, ihnen den Unterhalt zu garantiren.

Allerlei Gerüchte zirkulirten in der Stadt und machten die Behörden sehr vorsichtig. Man redete darüber, wie sich das Militär im Falle eines Kampfes verhalten würde u. s. w. Infolgedessen wurden militärische Maßnahmen getroffen; das Militär hielt sich in den Kasernen zum Ausrücken bereit und zahlreiche Geschütze waren in der Köpenicker Straße, in der Artilleriekaserne und anderwärts aufgefahren. Dies konnte nicht verborgen bleiben und die Aufregung stieg.

Am 6. März entließ der König den ständischen Ausschuß, der ein sehr unpopuläres Institut war, da er eigentlich den Landtag überflüssig machte. Die Thronrede sagte, man müsse der Welt zeigen, „daß in Preußen der König, das Heer und das Volk dieselben seien von Geschlecht zu Geschlecht."

Am Abend desselben Tages aber wurde noch der Beweis geliefert, daß in Preußen das Volk im Begriffe sei, anders zu werden, denn es fand unter den Zelten im Thiergarten die erste Volksversammlung statt. Die „Zelte," mehrere längs der Spree liegende Bier- und Kaffeehäuser, waren seit langer Zeit ein beliebter Vergnügungsort der Berliner und wurden nun der Mittelpunkt der Volksbewegung. Die unter den Zelten stattfindenden Versammlungen waren halb Volksfeste, halb trugen sie einen parlamentarisch-politischen Charakter; während man Knoblauchwürste, Semmeln, saure Gurken, Schnaps und Zigarren feilbot, wurden auf der Tribüne die politischen Tagesfragen verhandelt; nach den Debatten ertönten von dort wieder die Klänge einer Musikkapelle. Während der Revolution schien das Volk vom Thiergarten fast ausschließlich Besitz ergriffen zu haben; die Berliner „Gesellschaft," die dort sonst in Prunk und Pracht fuhr oder ritt, ließ sich in jenen Tagen nicht im Thiergarten sehen.

Die erste Volksversammlung wollte die „Forderungen des Volkes" formuliren, aber sie brachte nichts zu Stande. Am selben Abend hatte

der Graf Kleist eine Unterredung mit dem Prinzen von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I. Kleist hielt ein deutsches Parlament, sowie die Bürgerbewaffnung für die innere Sicherheit für nothwendig. Der Prinz wies Beides entschieden zurück. Daß ein reaktionärer Aristokrat wie Graf Kleist die Bürgerbewaffnung für nothwendig hielt, beweist, wie die Reaktionäre sehr gut erkannt hatten, daß die treibende Kraft der Revolution im Proletariat lag, das sie durch „Bürgerbewaffnung" niederhalten wollten. Auf dieser Leimruthe blieb der „deutsche Bürger" mit seinem Vertrauensdusel und seiner Angst vor dem rothen Gespenst so fest kleben, daß, wie wir sehen werden, seine Errungenschaften darüber fast völlig wieder verloren gingen.

An der Börse herrschte inzwischen große Bestürzung, denn die Kurse gingen mit schwindelnder Schnelligkeit hinab. Die preußischen Staatsschuldscheine standen schon am 7. März auf 84; die Eisenbahn-Aktien sanken noch schneller und unter den Rentiers war großer Jammer.

Auch bei den Stadtverordneten regte sich's, aber die überwältigende Mehrheit dieser Herren trug die goldene Kette, die Friedrich Wilhelm IV. für die Berliner Stadtväter gestiftet hat, mit vollem Unterthanenbewußtsein. Am 7. März, Vormittags, wurde ein Antrag, den König aufzufordern, er möge den Vereinigten Landtag einberufen, mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher waren am Tage zuvor beim König zu Tisch gewesen und der Oberbürgermeister Krausnick meinte nachher, er werde sich an keinen Unruhen betheiligen und wolle auch nicht Präsident einer etwaigen provisorischen Regierung werden.*)

Am 7. März, Abends, fanden sich wieder viele Menschen unter den Zelten zusammen, und es kam endlich eine Adresse zu Stande, welche die bekannten Volksforderungen in entschiedener Form enthielt.**) Eine Deputation wurde erwählt, welche die Adresse dem König Friedrich Wilhelm IV. persönlich übergeben sollte.

Die Deputation, die sich den anderen Morgen in der Zeitungshalle, einer Leseanstalt, versammelte, ahnte nicht, daß die Fittige der preußischen Polizei über ihr schwebten, und war nicht wenig überrascht, als Herr von Minutoli, der Polizeipräsident, bei ihr erschien und erklärte, er habe dem Könige über die gestrige Versammlung Bericht erstattet und der König

*) Man sieht, damals hatte man es noch nicht so weit gebracht, wie in unserer Zeit, welche die Erscheinung aufweist, daß oppositionelle Politiker an den Hoftafeln schmausen und dann draußen vor dem Volke wieder in „Opposition" machen.

**) Soweit einzelne Personen als Urheber dieser Adresse gelten können, waren es ein gewisser Löwenfeld und der Dr. Oppenheim aus Frankfurt a. M.

habe erklärt, er werde unter keinen Umständen eine Deputation empfangen; man solle die Adresse nur mit der Post an ihn senden. Der Polizeipräsident fügte hinzu, er habe gemessenen Befehl, die Ausführung des Beschlusses bezüglich der Deputation zu verhindern, und wenn es dabei zum Blutvergießen kommen sollte!*)

Die Deputation, die aus politisch noch wenig geschulten Leuten bestand, wich einstweilen vor dieser väterlichen Drohung des Herrn Polizeipräsidenten, aber sie legte die Adresse denn doch zur Unterzeichnung aus. Die Adresse hatte inzwischen auch den Eindruck auf den König gemacht, daß er am 8. März noch eine Proklamation erließ, in welcher er eine durchgreifende Reform der Preßgesetzgebung mit Zensurfreiheit in Aussicht stellte, aber auch von „Garantien gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit" sprach. Die Proklamation machte keinen Eindruck, denn sie versprach nur Unbestimmtes, was zudem der Bundestag schon versprochen hatte.

Dies Spiel ging fort und am 9. März that das Volk wieder einen Schritt weiter. Unter den Zelten fand die erste große Volksversammlung statt, die von Tausenden besucht war und die beschloß, die Stadtverordneten zu ersuchen, die Adresse dem König zu überreichen. Die Versammlung war in musterhafter Ruhe und Ordnung verlaufen. Aber es fehlte dieser Bewegung an Kraft und Entschlossenheit. Varnhagen von Ense, der scharfe Beobachter, schrieb um diese Zeit in sein Tagebuch: „Man denke sich eine plötzliche Rückkehr der Fürstenmacht in Frankreich — würde man nicht in Deutschland sofort die Zugeständnisse widerrufen, die Bewegungsführer verfolgen und strafen? Wir leben von fremdem Glück, von fremden Einwirkungen."

Im Kölnischen Rathhause verhandelte am Abend die Stadtverordnetenversammlung. Die Zuhörerräume waren überfüllt. In diese Verhandlungen spielte schon die soziale Frage herein. In Berlin war die Arbeitslosigkeit sehr groß und es waren Bureaus für Arbeitsnachweis errichtet worden. Etwa 700 Arbeiter hatten sich bei diesen Bureaus am ersten Tage gemeldet, aber nur dreien hatte man Arbeit verschaffen können. Die biederen Stadtväter mußten sonach einsehen, daß der Fehler nicht im mangelnden Nachweis von Arbeit, sondern im Ueberfluß von unbeschäftigten Arbeitskräften lag. Nun verlangte eine Petition in Hinweis auf die Nahrungs-

*) Das Verhalten des Herrn von Minutoli während der Berliner Revolution war mindestens sehr zweideutig. Er blieb indessen populär, weil die Berliner noch so wenig politische Erfahrung hatten. Die Thatsache, daß Herr von Minutoli ein „Verdienst" um die „Entdeckung" der großen polnischen Verschwörung von 1846 hatte, mußte sonst hinreichen, dem Polizeipräsidenten das öffentliche Vertrauen zu entziehen.

losigkeit bei den arbeitenden Klassen eine ständige Deputation der städtischen Behörde, die sich mit dem Wohl der Arbeiter beschäftigen solle; dann sollten „durch eine allgemeine Hauskollekte" die Mittel zu öffentlichen Arbeiten beschafft werden. Man stritt sich lange, ob der Staat oder die Stadt hier einzugreifen habe, denn die sozialökonomischen Anschauungen der Stadtverordneten waren ebenso rückständig, wie die der Petitionäre. Endlich überwies man die Sache einer Kommission, desgleichen den Antrag auf Errichtung von bürgerlichen Schutzwachen. Eine Anzahl von Spießbürgern hatte nämlich unter Heulen und Zähneklappern solche verlangt, indem sie behaupteten, Militär und Polizei könnten dem Eigenthum keinen sofortigen Schutz gewähren, und Leben wie Eigenthum seien bedroht. Dann wurde eine sehr zahme Adresse an den König berathen, die Preßfreiheit, wahrhafte Repräsentation des Volkes und einheitliche Verfassung Deutschlands verlangte. Auch diese Adresse verwies man an eine Kommission.

Am 11. März debattirten die Stadtverordneten wiederum über diese Gegenstände. Das sehr zahlreiche Publikum war äußerst unruhig, so daß ihm mehrfach mit der Räumung der Tribünen gedroht wurde. Es wurde beschlossen, die oben erwähnte zahme Adresse, die von der Kommission noch bedeutend zahmer gestaltet worden war, dem König zu überreichen; die Beförderung der Adresse der Versammlung unter den Zelten lehnten die würdigen Stadtväter ab. Die bürgerlichen Schutzwachen erregten eine sehr verworrene Debatte; man ging ohne Resultat auseinander und auf der Straße wurden die demokratischen Stadtverordneten Berends und Dr. Nauwerk lebhaft begrüßt; das Volk brachte ihnen ein begeistertes Hurrah.

Die Adressenmacher unter den Zelten waren in ihrer Verlegenheit so naiv, sich an einen Geheimen Kabinetsrath zu wenden, damit er die Adresse befördern sollte; dieser wies sie natürlich hohnlächelnd ab, und so entschlossen sie sich, ihre Adresse durch die Post einzuschicken, genau nach dem väterlichen Rath des Herrn Polizeipräsidenten. Die Stadtverordneten wurden mit ihrer Adresse vom König auf den 14. März beschieden.

Die Erregung der Berliner stieg durch die stets einlaufenden Nachrichten von Außen, die immer neue Erfolge des Volkes meldeten.*)

*) Ergötzlich ist es, das Verhalten einzelner Spießbürger und Angstmeyer in diesen Tagen zu beobachten. So schreibt ein solcher in einem Eingesandt der „Vossischen Zeitung" vom 13. März: „Hat es denn so entsetzliche Eile, daß Deutschland auf den Kopf gestellt wird? Ein Haus, das man in vier Wochen baut, fällt nach acht Tagen wieder zusammen. Und will man auch in Preußen

Am 13. März wurde aus Köln das Vorschreiten der Bewegung in Rheinland berichtet und allerlei Gerüchte liefen um; es hieß, der Prinz von Preußen habe in einer Ansprache die Truppen auf den Kampf vorbereitet und werde nach den Rheinlanden abgehen, um die dortige Volksbewegung mit Waffengewalt zu ersticken. Wenn dies schon wie ein Allarmschuß wirkte, so kam noch eine zweite Mittheilung hinzu, die noch aufregender war; es hieß, daß Befehl ertheilt sei, die Versammlungen im Thiergarten mit bewaffneter Macht zu verhindern. Diese Nachrichten bewirkten, daß die Menschen schaarenweise auf die Straßen strömten; Linden, Schloßplatz, Königstraße und alle Hauptstraßen waren gedrängt voll. Die Schulen wurden geschlossen. Die Regierung zeigte sich zum Kampfe gerüstet; gegen 6 Uhr bewegten sich zahlreiche Kavallerieabtheilungen nach dem Brandenburger Thor; das Schloß und das Zeughaus wurden von Infanterie besetzt und Geschütze aufgefahren; durch die Straßen zogen starke Gensdarmerie-Patrouillen. Der Gouverneur von Berlin, der General von Pfuel, ein Soldat aus Blücher's und Gneisenau's Schule, hatte den Truppen Gelindigkeit und Schonung anbefohlen; viele Offiziere und Soldaten brannten aber auf den Kampf.

Die Versammlung unter den Zelten berieth an diesem Abend in der größten Ruhe und debattirte über eine deutsche Flotte und ein Arbeitsministerium. Die Polizei hatte keinen Anlaß, einzuschreiten. Man beschloß eine Adresse an den König, die im Entwurf lithographirt vorlag. Es hieß darin, das Volk werde von Kapitalisten und Wucherern unterdrückt und der König möge ein Arbeitsministerium einsetzen, „um den Staat vor Gefahren zu schützen, Eigenthum und Leben Aller bevorstehenden Verwüstungen nicht preiszugeben und das Loos der Arbeiter zu verbessern." Diese Adresse war an und für sich gewiß harmlos; die spießbürgerliche Presse benutzte sie aber zu elenden und schamlosen Hetzereien; die „Vossische Zeitung" denunzirte sie als „rein kommunistisch" und zur „Aufwiegelung der arbeitenden Klassen" bestimmt.

Inzwischen fand zwischen der Volksmasse und der Kavallerie am Brandenburger Thor ein Zusammenstoß statt. Die aus der Zeltenversammlung in die Stadt zurückströmenden Menschen kamen dazu und es entstand unter den Linden ein großes Getümmel. Das Militär schlug scharf zu und am Schlosse wurde auf die dicht heranbrängende Masse

---

solch ein Haus bauen?" — Ein anderer Spießbürger giebt in derselben Nummer den Proletariern den Rath, die Hülfe in sich selbst zu suchen, die von Außen niemals kommen könne. Dieser hochweise Mann wußte offenbar nicht, wie gefährlich ein solcher Rath in Revolutionszeiten gerade für seine Klasse ist.

ein Bayonnetangriff gemacht. Das Volk floh mit wildem Geschrei auseinander. Der Lärm drang bis in das Opernhaus, wo man erschreckt die Vorstellung verließ. In der Grünstraße versuchte man eine Barrikade zu errichten und in der Jägerstraße wurde ein Waffenladen angegriffen. Aber nirgends wurde ein nachdrücklicher Widerstand geleistet.

„In den Zeitungen nimmt eine erbärmliche Philisterei überhand," schreibt Varnhagen vom 13. März. Thatsächlich ergingen sich die Zeitungen zumeist in einer elenden Hetze gegen das Volk; die „Vossische" war hierin allen anderen voran. Wir wollen einen Artikel aus diesem Philisterblatte vom 15. März 1848 wiedergeben, denn es ist wichtig, zu wissen, wie sich das Philisterthum vor und nach dem Kampfe verhalten hat. Also am 15. März hieß es dort:

„Unsere Polizeibehörde hat die Volksversammlungen, welche in den letzten Abenden in den Zelten stattgehabt haben, stillschweigend geduldet, obschon solche Versammlungen nach einem Bundesbeschluß vom Jahre 1832 verboten sind. Die Polizeibehörde hat hierbei die menschenfreundliche Absicht gehabt, bei der gegenwärtigen Aufregung jede Reibung mit den Volksmassen und jedes hieraus unvermeidlich entstehende Unglück zu verhüten. Nachdem aber diese Versammlungen am gestrigen Abend*) einen so gefährlichen Charakter angenommen haben, nachdem man sich auch überzeugt hat, daß der eigentliche Wille des gesitteten und anständigen Volkes sich in diesen Versammlungen gar nicht ausspricht, haben die Behörden heute beschlossen, solche mit der größten Energie und Entschiedenheit zu unterdrücken und es sollen den Militärkommandanten in dieser Beziehung sehr strenge Befehle gegeben worden sein. Wirklich bestand der größte Theil der gestrigen Versammlung nur aus Gesindel und unerwachsenen Leuten, welche ohne irgend ein politisches Bewußtsein dort nur Nahrung für ihren Muthwillen suchten und sich nicht scheuten, im Interesse desselben hierbei das Leben und das Eigenthum ihrer besonnenen Mitbürger zu gefährden. Auch unter den Rednern, welche dort auftraten, findet sich nicht nur kein einziger bedeutender oder auch nur beim Volke angesehener und geachteter Mann, vielmehr waren es lediglich junge, kaum der Schule entwachsene Männer, welche dort ihre unreifen Talente erprobten. Auch die Adressen, welche unter diesen Verhältnissen entstanden, sind sehr dürftiger Natur und offenbar nichts als eine sehr schwache Nachahmung auswärtiger Demonstrationen, denen sie aber an geistigem Gehalt und historischem Fundament weit nachstehen. Mögen sich daher unsere besonnenen Mitbürger von diesen Ver-

*) Der Artikel ist vom 14. März datirt, also der Abend des 13. gemeint.

sammlungen fernhalten und sich davon überzeugen, daß solche gehaltlosen, rein auf die Neugier berechneten Maßregeln dem gediegenen und gesetzlichen Fortschritt nur Schaden zufügen können."

Gerade wie heute die Landrathsblätter über die sozialdemokratischen Versammlungen herziehen! Wir werden nachher sehen, wie in denselben Blättern nach dem Siege des Volkes die bürgerliche Charakterlosigkeit sich vor dem Erfolge in den Staub warf und wie das „Gesindel" von den „gesitteten und anständigen" Leuten über den Schellenkönig gepriesen wurde.

In derselben Nummer der „Vossischen" wurden die Redner der Zelten-Versammlungen aufgefordert, sich nach Name, Stand und Wohnung „genau bekannt zu geben," wahrscheinlich, um sie Nachts auf dem Heimwege zu überfallen und durchzuprügeln.*)

Die Hetzereien der Philisterpresse trugen ihre Früchte. Ein Offizier, von Bürgern befragt, sagte: „Wenn man befiehlt, schießen wir und zwar recht gern!" Dies Wort ging von Mund zu Mund und vermehrte die Erbitterung.

Am 14. März kamen die Stadtverordneten mit ihrer Adresse zum König. Friedrich Wilhelm IV. bemerkte in seiner Antwort, man dürfe nicht erwarten, daß in Berlin die Temperatur unter dem Gefrierpunkt sei, da es ringsum in der ganzen Welt koche; er freue sich, daß in dieser großen Stadt, wo doch so viel Gährungsstoff vorhanden, nicht mehr Unordnung herrsche; er verspreche, an die allmälige Entwickelung des Verfassungslebens zu denken, die sich nicht übereilen lasse; er wolle zum 27. April den Vereinigten Landtag einberufen und dann würde sich Alles entscheiden.

Die Stadtväter glaubten mit der Einberufung des Landtages eine ungeheure Errungenschaft aus dem Schlosse zu bringen. Ihr kurzer Verstand sollte bald besser belehrt werden. Das Patent des Königs, das den Landtag einberief, um dahin zu wirken, „daß Deutschland durch freie Institutionen gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt werde," erschien zwar noch am selben Abend. Aber dasselbe machte gar keinen Eindruck auf die Volksmasse, denn diese wurde gereizt durch die Anschläge an den Straßenecken, in denen das Gouvernement und das Polizeipräsidium Warnungen und Strafandrohungen gegen die Aufläufe und Ansammlungen erließen. Die Hauswirthe sollten bei

*) Ein weiteres Eingesandt in der „Vossischen Zeitung" hieß: „An die Stürmer! Eile mit Weile, sonst giebt's Keile!" — Ein drittes: „Etwa 50 Bürger, 200 Handwerksgesellen, 100 Gymnasiasten und verschiedene andere gute Leutchen, können die eine Bürgerschaft von 30 000 vertreten?"

Menschenansammlungen ihre Häuser, die Fabrikanten ihre Fabriken, die Meister ihre Werkstätten schließen, damit Niemand hinaus kommen könne. Der Haß zwischen Truppen und Volk stieg und es kam wieder zu Zusammenstößen, die schon heftiger und blutiger waren. Die Truppen wurden auch gereizt, denn aus der Masse schrie man öfter: „Bauernjungen, geht heim und freßt Kommißbrot!" Es gab Steinwürfe und Stockschläge. Da wurde denn scharf eingehauen, namentlich auf dem Schloßplatz, in der Breiten- und Brüderstraße. In der engen Brüderstraße hieben die Gardekürassiere mit den schweren Pallaschen in die wehrlose Menge, die nicht vor- noch rückwärts konnte.*) Die aus den Häusern zusehenden Bürger waren über das Gemetzel in eine Empörung gerathen, die sich darin Luft machte, daß sie eine Beschwerde an den Minister von Bodelschwingh richteten. Dieser versprach, das „beklagenswerthe Ereigniß" solle untersucht werden. Womit der Empörung der „ehrsamen" Bürger Genüge geschehen war.

Inzwischen kam die Kunde von den Wiener Ereignissen, von dem Sturze Metternich's und dem Siege des Volkes. Friedrich Wilhelm IV. sagte in Potsdam: „Nun werd' ich nach Berlin müssen, damit sie mir dort nicht auch tolle Streiche machen."

Aber der Stein war im Rollen und Niemand vermochte ihn mehr aufzuhalten.

Am 15. März begannen die Tumulte und Zusammenstöße von Neuem. Die Stadtverordneten hatten sich mit der Militärbehörde dahin verständigt, diese solle nur angreifen lassen, wenn Personen oder Eigenthum gefährdet seien, und hatten dies bekannt gemacht. Zugleich hatten Bürger und Studenten zusammen eine Schutzkommission mit Einverständniß des Magistrats gebildet. Mit weißen Stäben und weißen Binden am Arm schritten sie einher und suchten die erregten Massen zu beruhigen. Die witzelnden Berliner nannten diese Schutzwachen nur „Leichenbitter" und deren Wirksamkeit blieb ohne jeden Erfolg. Am Abend war der Schloßplatz wieder voll Menschen. Als man die Schloßportale absperrte, die sonst dem Publikum zugänglich waren, erscholl Geschrei und Pfeifen aus der Menge. Da wurde Generalmarsch geschlagen, die Infanterie rückte vor und trieb das Volk mit Bayonnet und Kolben in die nächsten Straßen zurück. Hier wurde das Pflaster aufgerissen und versucht, Barrikaden aufzuwerfen; man sah Bewaffnete unter dem Volke und das Militär machte nun von der

*) Varnhagen berichtet, der Gouverneur von Pfuel habe den Tag darauf zu ihm gesagt, es seien bei dieser Attake viele Unschuldige zusammengehauen worden.

Feuerwaffe Gebrauch. Es ward anhaltend auf das Volk geschossen und es gab Todte und Verwundete. Die Masse zerstreute sich. Was noch etwas Einsicht hatte, rieth der Regierung, nachzugeben, das Militär zurückzuziehen, die Volksforderungen zu bewilligen und die Bürger zu bewaffnen. Alles umsonst. Die Junker und Eisenfresser wollten ihre Schlacht haben und sie sollten sie haben, aber mit unerwartetem Ausgang.

Am 16. März berieth der Staatsrath im Schlosse, die Studentenschaft in der Aula, was zu thun sei — da krachte gegen Abend eine furchtbare Gewehrsalve auf dem Opernplatze. Dort hatten sich schon um Mittag eine Anzahl Neugieriger eingefunden, welche sich einen Spaß daraus machten, die „Leichenbitter" zu verhöhnen. Die Masse schwoll an — da marschirte eine Abtheilung Infanterie heran, schwenkte beim Blücherdenkmal, gab schnell ein dreimaliges Trommelsignal und dann erfolgte das Feuer, welches eine Menge Personen verwundete und einige todt niederstreckte. Es folgte eine Szene schrecklicher Verwirrung; die Masse stürzte sich mit Angstrufen die Schloßfreiheit hinunter. Man sah eine Zeit lang erschrocken und wild dahin rennende Menschen — dann ward es still. Es gab an diesem Tag keinen Tumult mehr, aber Jedermann mußte erkennen, daß einer Katastrophe nun nicht mehr auszuweichen war.

Die Stadtverordneten beriethen an diesem Tage wieder die Arbeiterfrage. Man beschloß, die Behörden zu ersuchen, daß die öffentlichen Bauten nicht eingestellt würden. Diese Zusicherung wurde auch vom Minister des Innern gegeben; der Kanalbau sollte wieder begonnen, neue Heerstraßen sollten in Angriff genommen werden. Damit beruhigten sich die Stadtväter. Sie wollten sogar von der Bürgerbewaffnung nichts wissen. Der demokratische Dr. Nauwerk meinte, Preßfreiheit*) zu erreichen sei nunmehr die Hauptsache; er war übrigens auch für die Bewaffnung der Bürger.

Die Studenten, die sich im Schlosse zur „Wiederherstellung der Ordnung" anboten, wurden von den dort befehligenden Offizieren hart angelassen und beinahe in Haft genommen, da sie schwarz-roth-goldene Kokarden, die offiziellen Farben des deutschen Bundes, trugen. Ihr Anerbieten ward einfach abgelehnt. Diese Behandlung war der Anlaß, daß auch diese sonst so loyalen jungen Leute nachher in großer Zahl auf den Barrikaden fochten.

---

*) Wie dreist sich die Zensur noch am 15. März in Berlin benahm, geht daraus hervor, daß der Bezirkszensor, Regierungsassessor Piper, der „Zeitungshalle" die Zensurbogen so spät zurückgab, daß das Blatt nicht mehr rechtzeitig gedruckt werden konnte, um mit den Abendzügen versandt zu werden. Als der Herausgeber sich darüber beschwerte, erklärte dies der Zensor Piper öffentlich als „den zum Puff der Zeitung üblichen vierteljährlichen Angstruf."

Am 17. März war Berlin äußerlich ruhig. Man sprach von 15 bis 18 Todten; die Zahl ließ sich nicht feststellen; in der Charité lagen 80 Verwundete, in den Privathäusern vielleicht ebenso viel. Unter den Todten und Verwundeten waren auch Leute aus den Mittelklassen; sogar ein Offizier in Zivil war in der Hitze des Gefechts verwundet worden. In der Spreegasse war ein fliehender Arbeiter erschossen worden, dem die Kugel am Rücken eingedrungen und vorn wieder heraus gekommen war. Auch das Militär hatte viele Verwundungen durch Steinwürfe erlitten.

Wenn an diesem Tage die Erbitterung und die Aufregung auch nicht auf den Straßen sich zeigte, so war sie um so größer in den Häusern, in den Cafés und Gastwirthschaften, in den Lesezimmern und anderen Vereinigungspunkten. Die sonst so ruhigen und loyalen Berliner kochten vor Wuth ob dem blutigen Einschreiten des Militärs. Die Nachrichten von dem vollständigen Volkssiege in Wien und von den Bewegungen im Rheinland thaten ihre Wirkung; am meisten aber der Umstand, daß eine Deputation aus Köln gekommen war, mit dem bekannten Kölner Volksredner Franz Raveaux, von der es hieß, daß sie entschlossen sei, mit dem Abfall der Rheinlande von Preußen und ihrem Anschluß an Frankreich zu drohen, wenn die bekannten Volksforderungen nicht bewilligt würden. Mit dem Anschluß an Frankreich war es wohl nicht ganz so, aber das Gerücht vergrößerte Alles.

Es fanden Bürgerversammlungen statt, vor den Thoren im „Kemperhof," im Köllnischen und im Berliner Rathhause, im Betsaal der lutherischen Gemeinde und anderwärts. Es wurde, besonders auf Anregung des Dr. Wöniger, beschlossen, vor das Schloß zu ziehen und zwar in Masse. Dem König sollte eine Adresse mit den Volkswünschen überreicht und es sollten Preßfreiheit, beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages, Zurückziehung des Militärs und Bürgerbewaffnung verlangt werden. Die Demonstration sollte eine durchaus friedliche sein und man nannte sie in den Versammlungen die „Friedensdemonstration der Volkswünsche."

Man sieht, daß der Katastrophe keine Verschwörung mit Dolch und Pistole voranging, wie so oft behauptet worden ist. Ganz offen und unter den Augen der Regierung schritt die aus den Umständen unmittelbar entsprungene Bewegung vorwärts. Ohne ein gewisses Junkerthum, dem ein Strauß mit der „Zivil-Kanaille" ganz erwünscht war, wäre möglicherweise der Katastrophe immer noch vorgebeugt worden.

Am 18. März um 10 Uhr erschien die rheinische Deputation beim Könige und wurde sehr gnädig aufgenommen. Man war im Schlosse inzwischen anscheinend nachgiebiger geworden. Die Fortschritte der Revolution in allen Ländern hatten — so schien es wenigstens — auch die

Hartnäckigsten unter Denen, die das Ohr des Königs besaßen, umgestimmt. In der Nacht vom 17. auf den 18. März hatte man sich entschlossen, den Volksforderungen entgegenzukommen. Graf Arnim war schon mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden.

Die Kölner trugen die bekannten Volksforderungen vor und Friedrich Wilhelm, der an diesem Tage schon von der Höhe seines romantischen Absolutismus herabgestiegen schien, antwortete, die Wünsche der Rheinländer seien seine eigenen; er werde sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen und in Preußen die geforderten Freiheiten gewähren. Die Rheinländer wollten indessen eine Bürgschaft für das Versprechen haben und der König, nicht einmal verletzt durch diese Forderung, hieß sie einige Stunden warten, um die Patente und Proklamationen, welche die Erfüllung der Volkswünsche enthalten sollten, gleich mit nach Hause zu nehmen. Auch der Prinz von Preußen, den man sonst für einen Hauptgegner konstitutioneller Einrichtungen hielt, richtete freundliche Worte an die Kölner.

Nach den Kölnern kam eine Deputation, welche von den Stadtverordneten gesandt war und die Wünsche des Volkes nach den Beschlüssen der Bürgerversammlungen vortrug. Auch ihr sagte der König die Bewilligung aller Forderungen zu, und als diese Deputation nach dem Köllnischen Rathhause zurückkam und den Erfolg ihrer Sendung mittheilte, brach Alles in hellen Jubel aus, der sich auf die Tribünen und von da auf die Straßen hinaus fortpflanzte. Man sah Männer sich vor Freuden umarmen.

Zunächst erschien eine ungeschickte Bekanntmachung des Magistrats, welche die allgemeine Freude etwas dämpfte, denn es hieß darin, der König habe ein freisinniges Gesetz über die Presse bereits vollzogen und der Magistrat „verbürge sich mit seiner ganzen Wirksamkeit für die Verwahrheitung dieser Regierungsmaßregel." Das erregte Mißtrauen. Um 1 Uhr erschien indessen ein Extrablatt der „Allgemeinen preußischen Zeitung," das zwei Patente des Königs enthielt. Das eine Patent stellte die beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages in Aussicht und besagte, daß die Neugestaltung des deutschen Bundes eine konstitutionelle Verfassung in allen deutschen Ländern nothwendig mache; das andere hob die Zensur auf und führte die Zeitungskautionen ein.

Da hatte nun das liberale Bürgerthum die ersehnten Errungenschaften auch in Preußen, wenn auch in etwas unbestimmter Form. Aber das genügte, daß die Spannung wich. Ein Jubel erscholl, wie er noch nie erlebt worden war, und ging durch die ganze innere Stadt. Es gab Leute, die den 18. März für den glücklichsten Tag ihres Daseins erklärten.

Auf dem Schloßplatze waren etwa zweitausend Bürger versammelt und ein Hoch auf den König nach dem anderen scholl durch die Lüfte. Im Schloßhof lagerten die Truppen oder gingen rauchend auf und ab. Die Läden auf dem Platze waren offen und Damen sahen aus den Fenstern auf die wogende Masse. Der König trat, von brausendem Jubelruf begrüßt, auf den Balkon, wollte sprechen, drang aber nicht durch, und der neben ihm stehende Bürgermeister Naunyn rief mit lauter Stimme auf den Platz hinunter:

„Der König will, daß Preßfreiheit herrsche; der König will, daß der Landtag sofort berufen werde;

der König will, daß eine Konstitution auf freisinnigster Grundlage alle deutschen Länder umfasse; der König will, daß eine deutsche Nationalflagge wehe;

der König will, daß alle Zollschlagbäume in Deutschland fallen;

der König will, daß Preußen sich an die Spitze der Bewegung stelle!"

Der Jubel erreichte seinen Höhepunkt; die Bürger geberdeten sich wie trunken. Alles war glücklich, daß die Freiheit ohne weiteres Blutvergießen erkämpft sei. Der König winkte mit dem Tuche vom Balkon und Minister von Bodelschwingh rief vom Balkon herab, die Demonstrationen möchten nun aufhören, worauf der König sich zurückzog.

Es waren fast nur behäbig-bürgerliche Erscheinungen auf dem Schloßplatz; die „anständigen und gesitteten Leute," mit der Tante Voß zu reden, waren es, welche die jubelnde und Vivats rufende Masse bildeten. Im Hintergrunde nur sah man einzelne düstere Proletariergestalten stehen und einige darunter meinten: „Das hilft uns armen Leuten Alles noch nichts!" Die Bürger suchten den Arbeitern das auszureden, aber diese schüttelten ernst die Häupter. Herr von Savigny, der Justizminister, trat an einen Arbeiter heran, der mit finsterem Blick in das Gewühl sah. Die trotzige Haltung des Mannes verdroß den Höfling und er suchte ihn zu belehren, daß der König eigentlich mehr bewilligt habe, als gefordert worden sei. Der Arbeiter sah den Minister von oben bis unten an und sagte dann: „Alterchen, das verstehst Du nicht; man hat gar nichts bewilligt!"

In den wenigen Worten dieses schlichten Mannes aus dem Volke lag unendlich mehr Weisheit, als in jenem Moment so mancher Professor und liberale Bourgeois im Schädel trug.

Auch nachdem der König längst den Balkon verlassen, strömten noch immer Hunderte von Menschen auf den Schloßplatz, um ihrer Freude durch laute Hochrufe Ausdruck zu geben.

Da, nach 2 Uhr Nachmittags, trat die Wendung ein, urplötzlich, wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel für die freudejauchzenden loyalen Seelen.

Das Schloßportal ward von Mannschaften des 1. Garderegiments, sogenannten Potsdamern, besetzt. Dieses Regiment war dem Volke verhaßt, weil es sich bei den Straßenkämpfen der vergangenen Tage besonders rücksichtslos und volksfeindlich gezeigt hatte. Der im Volke steckende Grimm brach mit einem Mal mächtig hervor und es erscholl der brausende Ruf: „Militär fort! Soldaten abziehen! Der König soll sich unter den Schutz der Bürger stellen!" In diesem Moment wurde — von einem Bürgerschützen — eine schwarz-weiße Fahne entfaltet; ein kleiner Theil der Anwesenden applaudirte, aber die ungeheure Mehrzahl schrie: „Schwarz-roth-gold! Schwarz-roth-gold!" Es entstand unter der Menge ein Drängen, Stoßen und Schieben.

Von der Schloßfreiheit her kam eine Schwadron Dragoner gegen die Stechbahn herangeritten und schien die Masse auseinandersprengen zu wollen. Die Masse schrie den Dragonern wild und erregt zu: „Zurück! Zurück!" während einige Herren sich bemühten, durch Verlesen der königlichen Patente das Volk zu beruhigen.

Aber das Volk sah in diesem Augenblick nur die blanken Helme und Säbel der Dragoner und nicht die Patente. Die Stimmen der „Beruhiger" wurden übertönt von dem mächtigen Schrei: „Zurück! Zurück!"

Die Dragoner wandten die Pferde, als wollten sie dem gebieterischen „Zurück!" nachgeben.

Schon ertönen Bravorufe aus der Masse, da kehren die Dragoner wieder um und reiten in scharfem Trab mit geschwungenen Säbeln auf die Menge ein, die angstvoll zurückweicht bis auf die Mitte des Schloßplatzes, wo der große Gaskandelaber steht. Zugleich bricht aus dem Schlosse eine Kompagnie Grenadiere unter Trommelschlag mit gefälltem Bayonnet hervor und treibt in raschem Anlauf das Volk gegen die Kurfürstenbrücke zurück.

Da fallen aus den Reihen der Grenadiere zwei Schüsse. Niemand weiß, wer sie abgefeuert hat, auch ist Niemand getroffen worden. Aber diese beiden Schüsse sind das Signal zu einem furchtbaren Kampfe geworden.

Betäubt und bestürzt, voll Angst und Wuth, von den Säbeln und Pferden der Dragoner, von den Bayonneten der Grenadiere bedroht, stäubt die Masse auseinander und flieht in die nahen Straßen mit dem Rufe: „Wir sind verrathen! — Waffen! — Rache!" — Die Er-

regung und der Zorn ergreift augenblicklich die ganze Bevölkerung und bringt bis in die entferntesten Stadttheile. Die Bevölkerung bewaffnet



Attake auf dem Schloßplatz zu Berlin.

sich und in den Straßen werden Barrikaden aufgeworfen. Zahllos wachsen sie mit unglaublicher Schnelligkeit aus der Erde, oft bis an die

Dächer reichend. Das Straßenpflaster wird aufgerissen, Gräben werden quer durch die Straßen gezogen, um die Kavallerie aufzuhalten; von den Dächern werden die Ziegel abgedeckt, um als Wurfgeschosse zu dienen. Waffenläden werden erbrochen, Kugeln gegossen und die Büchsen geladen. Mit Haken, Stangen, Aexten, Messern, alten Säbeln und Piken bewaffnet, hält das rachedurstige Volk die Barrikaden besetzt. Studenten, endlich der „Leichenbitter"-Rolle überdrüssig, erscheinen in den Vorstädten und rufen das Volk zum Kampfe auf. Von den Thürmen heulen die Sturmglocken und ihre eherne Stimme dringt bis in die Dörfer, von wo Bewaffnete herbeieilen. Berlin bereitet sich vor, ein Schlachtfeld zu werden.

Verschiedene „Beruhiger" und „Vermittler" suchten inzwischen zum König zu dringen, der sich innerhalb einer Wolke von Generalen und Höflingen im Schlosse befand; es gelang indeß Niemandem, obschon sich der Prinz Karl zu verwenden versprach. Der General von Pfuel, Gouverneur von Berlin, eilte auf die Nachricht von den Vorfällen sofort nach dem Schlosse, erfuhr aber, er sei seines Kommandos enthoben und General von Prittwitz sei an seine Stelle berufen. Der frühere Minister von Alvensleben erzählt, daß er dem König die Enthebung Pfuel's habe abdringen müssen; der König sei schwer zu diesem Schritt zu bewegen gewesen. Der Junker-Camarilla war der alte Pfuel natürlich nicht „schneidig" genug.

Dennoch schien im Schlosse der Geist der Vermittelung wieder obenauf zu sein; es ging das Gerücht um, ein liberales Ministerium solle berufen werden, und um 3 Uhr kamen zwei Männer aus dem Schlosse, anscheinend Berliner Bürger, die ein großes, zwischen zwei Stangen befestigtes Stück Leinewand trugen, worauf mit weithin sichtbaren schwarzen Buchstaben geschrieben stand: „Ein Mißverständniß! Der König will das Beste!"

Darnach dachte man im Schlosse an das Schicksal Louis Philipp's und Metternich's. Allein es war auch hier zu spät und die wenigen auf dem Schloßplatz anwesenden Leute stimmten in das Hoch auf den König, das die Träger der seltsamen Standarte ausbrachten, nicht ein. Bald übertäubten das Geheul der Sturmglocken und der Donner des Geschützes alle vermittelnden Stimmen und eine Straßenschlacht entbrannte mit all' der Wuth und Erbitterung, die in den Bürgerkriegen gewöhnlich sind.

Als das erste Opfer des Kampfes fiel ein Grenadier Namens Theyssen, der vor der Bank in der Jägerstraße Posten stand. Ein Volkshaufe wollte ihm sein Gewehr entreißen; im Ringen entlud sich dasselbe und der Schuß tödtete den Grenadier.*)

*) Eine Metalltafel, auf der die Pflichttreue dieses, wie es dort heißt, durch „Meuchelmord" gefallenen Grenadiers gepriesen wird, wurde auf Befehl des Königs an der Bank angebracht und ist heute noch dort zu sehen.

Die Truppen begannen zwischen 3 und 4 Uhr den Angriff auf die Barrikaden an der Ecke der Jäger- und Oberwallstraße und an der Ecke der Werderstraße. Die erstere Barrikade war vor dem Lokal der „Zeitungshalle," das zugleich Leseanstalt war. Beide Barrikaden wurden bald genommen. Vom Dache der „Zeitungshalle" herab flogen Steine in die Reihen der Truppen und diese feuerten in die Höhe. Sie tödteten den Schenkwirth der Leseanstalt und ein 30jähriges Dienstmädchen, das im dritten Stock mit den Worten: „Seinem Schicksal kann Niemand entgehen!" an das Fenster trat und sogleich tödlich getroffen niederfiel.

Während dieses ersten Erfolges der Truppen hatte sich das Berliner Volk völlig gerüstet und sich auf allen Punkten verbarrikadirt. Riesige Barrikaden, wahrhafte Meisterstücke in dieser revolutionären Baukunst, erhoben sich am Köllnischen Rathhause und am Alexanderplatze. Die Königsstraße wies eine Reihe von Barrikaden auf, die aus Pflastersteinen, umgeworfenen Droschken, Omnibussen und Fuhrwerken aller Art, aus Balken und Bohlen gebildet und mit Gräben gedeckt waren. Es war kein System in diesem Barrikadenbau, aber es war der wilde und sichere — man verzeihe das Wort! — Instinkt des Revolutionskampfes. Was von „Polen" und „Franzosen" gefabelt wurde, die den Kampf geleitet haben sollten, erwies sich bald als blauer Dunst; die Führer auf den Barrikaden, der Drechsler Hesse, der Thierarzt Urban, der Stadtverordnete Berends, der Mechaniker Siegrist und Andere wurden nachher bekannt.

Die Arbeiter griffen in Masse in den Kampf ein und gaben dadurch dem Aufstand seine Widerstandsfähigkeit. Aus der Borsig'schen Fabrik erschienen allein beinahe 1000 Mann. Es wurden Waffen, namentlich Säbel und Piken, die ganze Nacht hindurch verfertigt; ein großer Theil der Arbeiter bewaffnete sich mit Eisenstangen. Da es hieß, aus den umliegenden Garnisonen solle Kavallerie beigezogen werden, so wurden überall die Zugänge nach der Stadt verbarrikadirt. Alle Waffenläden wurden erbrochen, aber die entnommenen Stücke fast sämmtlich nach dem Kampfe wieder zurückgestellt. Auch aus den Theatern wurden die Waffen genommen. Die Schuldgefangenen im sogenannten Ochsenkopf wurden freigelassen und alle Posten und Schildwachen aufgehoben.

Am Oranienburger Thor wurde eben eine Barrikade von den Arbeitern aufgeworfen, als ein Offizier nach der nahen Artilleriekaserne ritt, um vier Geschütze nach dem Schlosse zu führen. Als er mit den Stücken abfahren wollte, griff ihn ein Trupp Arbeiter unter Führung eines Studenten an. Die Kanoniere wurden in die Kaserne zurückgetrieben. Zugleich brach ein Arbeitertrupp in die Montirungskammer der Kaserne, um sich Waffen zu holen. Während die Waffen vertheilt wurden, kamen

die Geschütze aus dem Hinterthor der Kaserne nach der Friedrichstraße zu angefahren. Die Arbeiter wollten sich der Geschütze bemächtigen oder sie wenigstens zurückhalten; sie schlugen den einen Thorflügel zu, aber der andere blieb offen und durch die Oeffnung krachte ein Kartätschenschuß heraus, der eine Anzahl Menschen todt oder verwundet niederwarf. Die Arbeiter stoben mit wildem Geschrei auseinander und die Geschütze rasselten davon. Die Wuth unter den Arbeitern war unbeschreiblich und nach Rache rufend eilten sie nun zu Tausenden den Stadttheilen zu, wo der Kampf begonnen hatte.

Die königlichen Truppen zählten etwa 12000 Mann Infanterie, drei Regimenter Kavallerie und zahlreiches Geschütz, dazu die Gardes du Corps. Man hoffte die Infanterie durch heranzuziehende Verstärkungen auf 20000 Mann zu bringen. Der General Prittwitz wollte die Verbindung zwischen Schloßplatz, Linden und Gensdarmenmarkt unter allen Umständen aufrecht erhalten und seine Kolonnen von diesem Stadttheil aus in steter Verbindung miteinander operiren lassen. Sie sollten dann den von außen anmarschirenden Truppen die Hand reichen und so den Aufstand erdrücken.

Dieser wenig scharfsinnige Operationsplan wurde durch das Berlin bedeckende Barrikadennetz vollständig vereitelt.

Um 5 Uhr begann der Angriff der Truppen auf die Königstraße, die bis zum Alexanderplatz mit Barrikaden bedeckt war. Von der Kurfürstenbrücke aus donnerte das Geschütz wider die Barrikaden, doch ohne besondere Wirkung. Sie mußten von dem Militär einzeln genommen werden und der Kampf war furchtbar. Wenn auch die meisten Barrikadenkämpfer nur schlecht bewaffnet waren, so bemerkte man doch bald, daß sich auch wohlhabende Bürger mit Gewehren an dem Kampfe betheiligten, denn eine Menge von Soldaten wurden von Büchsenkugeln getroffen. Von den Dächern kam ein Hagel von Steinen und sogar die schweren Granitplatten des Trottoirs, die man mühsam hinaufgeschafft hatte, wurden von dort auf das Militär hinabgestürzt. Man rang in wildem Handgemenge Mann gegen Mann auf den Barrikaden. Wenn eine Barrikade genommen wurde, eilten die Volkskämpfer zu der nächsten und der gleiche Kampf begann von Neuem. Das Militär drang in die Häuser, metzelte in seiner Erbitterung Alles nieder, was bewaffnet vorgefunden wurde, und führte zahlreiche Gefangene davon. Bis gegen 7 Uhr Abends waren die Barrikaden der Königstraße genommen. Sie sah wie ein furchtbares Schlachtfeld aus; am anderen Tage standen noch die großen Blutlachen von dem Kampfe darin.

Während die Barrikadenschlacht Berlin mit Geschützdonner, Knattern

des Gewehrfeuers, wildem Kampfgeschrei und Geheul der Sturmglocken erfüllte, kamen wieder einige Vermittler auf das Schloß. Es waren der Bischof Neander und einige Bürger aus der alten Roßstraße. Sie richteten nichts aus, denn der Geschützdonner hatte im Schlosse wieder eine kriegerische Stimmung hervorgerufen. Der König wies durch das Fenster nach der von Waffen starrenden Königstraße und sagte: „Diese Straße gehört mir!" — Er meinte dann, das sogenannte Volk bestände nur aus schnapstrunkenem Gesindel, das von „fremden Aufwieglern" verführt sei. So verkehrt hatten ihm die Höflinge die Lage der Dinge vorgespiegelt. Als am Hause des Konditors d'Heureuse, an der Ecke der alten Roßstraße, der Breiten Straße gegenüber, die schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen wurde, rief der König zornig: „Schafft mir diese Fahne aus den Augen!"

Professoren der Universität kamen in ihrem mittelalterlichen Mummenschanz, zu vermitteln. Sie wurden hart angelassen mit der Bemerkung, daß auch viele Studenten hinter den Barrikaden ständen.

Es kam auch der Major von Vincke von seinem Landgut in Schlesien, der beim Könige viel galt*), und sagte, wie er es beklage, unter Kanonendonner, der gegen die Bürger gerichtet sei, in Berlin eingefahren zu sein. Als einige Offiziere und Höflinge höhnisch lachten, verwies er es ihnen sehr derb und sagte: was auf den Barrikaden stände, sei keine „Crapule," kein Gesindel, sondern die Bevölkerung von Berlin. Er soll sogar gesagt haben: „Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupte wanken!" und als der König, erschüttert durch solchen Ausbruch eines seiner Getreuesten, freundlich meinte: „Sie soupiren doch mit mir, lieber Vincke?" da antwortete der Major kurz: „Nein, ich soupire nicht!" und ging in höchster Erregung hinweg.

Auch Herr v. Minutoli, der Polizeipräsident, soll im Schlosse gewesen sein und zum Frieden gemahnt haben. Als man ihn abgewiesen, soll er die Bürger zum Widerstand ermuntert haben. Das Letztere halten wir für durchaus unwahrscheinlich.

Die sonst so harmlosen Berliner bewegten sich in ihrem Barrikadenreich so sicher, als seien sie von Alters her daran gewöhnt gewesen. Auch wo die Bevölkerung nicht kämpfte, verhielt sie sich passiv gegenüber den Truppen, stand aber den Barrikadenkämpfern werkthätig bei. Die Läden wurden geöffnet und die Frauen und Mädchen brachten Stärkungen und Erfrischungen aller Art, Speise und Trank. Die Jugend goß Kugeln.

*) In vielen Darstellungen wird er verwechselt mit dem bekannten westfälischen Abgeordneten von Vincke.

Dabei behielt der Berliner Humor die Oberhand und es wurden die gewohnten guten und schlechten Witze gemacht, bis die Truppen anrückten und der Ernst des Bürgerkrieges alles Andere verdrängte.

Als die Nacht hereinbrach, begann der Kampf mit verdoppelter Heftigkeit und die Barrikaden vermehrten sich, als es hieß, es sei Militär von auswärts im Anmarsch.

In der Breiten Straße erhob sich eine gewaltige Barrikade, die der Mechaniker Siegrist nach allen Regeln der Kunst erbaut hatte. Er befehligte auch die Vertheidiger. Die Barrikade lehnte sich an das Köllnische Rathhaus und hinter ihr erhob sich das Haus des Konditors d'Heureuse, das einst dem Feldmarschall Derfflinger gehört hatte. Daß man vom nahen Schloß aus die Herstellung der Barrikade nicht störte, ist kaum zu begreifen.

Beim Einbruch der Nacht loderte ein Feuer vor der Barrikade und um 7 Uhr gaben die Vertheidiger einige Schüsse nach der Richtung des Schlosses ab. Sofort schritt das Militär zum Angriff. Es wurde durch das vor der Barrikade flackernde Feuer beleuchtet, während die Vertheidiger im Schatten standen. Es erfolgte ein anhaltendes Gewehrfeuer und die Soldaten drangen rechts und links auf dem Bürgersteig gegen die Barrikade vor. Die Barrikade konnte nicht genommen werden und die Soldaten zogen sich zurück. Sie hatten die Häuser auf beiden Seiten der Straße, aus denen geschossen worden, erstürmt und darin schrecklich gehaust; alle Bewaffneten, die man fand, wurden getödtet. Dreimal noch wurde der Sturmangriff auf die Barrikade wiederholt und dreimal zurückgeschlagen, indem ein Steinhagel von den Dächern die Vertheidiger unterstützte. Nun fuhr Artillerie auf und eröffnete gegen die Barrikade ein furchtbares Feuer mit Kartätschen und Granaten. Von der Barrikade erscholl in den Pausen ein wildes Geschrei, aber die Vertheidiger hielten aus. Das Haus von d'Heureuse wurde von den Kugeln durchlöchert und ganze Wände eingeschossen. Währenddessen stand auf der Freitreppe ein junger Arbeiter in der Blouse und schlug eine Trommel. Er schien sich um die Kartätschen und Granaten, die ihn umsausten, gar nicht zu kümmern, und blieb auch wunderbarer Weise unversehrt.

Ueber drei Stunden hatte der Kampf gedauert, da kam das Militär durch die Scharrenstraße und das Köllnische Rathhaus den Vertheidigern in den Rücken, denen ohnehin die Munition ausgegangen war. Sie räumten daher die so tapfer vertheidigte Position.

Auch an der Ecke von Oberwallstraße und Hausvoigteiplatz schlugen sich die Volkskämpfer mit der größten Hartnäckigkeit. Die Truppen wurden hier mit so heftigem Gewehrfeuer und so zahlreichen Steinwürfen

empfangen, daß sie zurückwichen. Namentlich vom Dache eines Eckhauses der Mohren- und Jerusalemerstraße kam ein Kugel- und Steinhagel. Die Garde versuchte durch die Mohrenstraße nach dem Hausvoigteiplatz



Barrikadenkampf am Köllnischen Rathhaus in Berlin.

vorzudringen und richtete ihr Feuer auf die Dächer. Sie wollte so die große Barrikade auf dem Hausvoigteiplatz im Rücken angreifen. Aber sie konnte die ihr den Weg versperrenden Barrikaden nicht nehmen und zog sich auf den Gensdarmenmarkt zurück.

Blutige Kämpfe fanden statt in der Taubenstraße, wo die große Barrikade, auf der ein Student befehligte, gegen einen viermaligen Sturmangriff gehalten wurde, bis sie endlich fiel; an der Ecke der Jäger- und Friedrichsstraße, am Landwehr-Zeughaus in der Lindenstraße und am Alexanderplatze.

Es war eine schöne mondhelle Frühlingsnacht; viele Häuser waren erleuchtet und die Frauen und Mädchen wehten den Volkskämpfern ihre ermuthigenden Grüße zu. Kinder gossen eilig Kugeln hinter den Barrikaden. Am Himmel war die Röthe einer Feuersbrunst zu sehen; es brannten die Artillerie-Wagenhäuser am Oranienburger Thor und die königliche Eisengießerei. Auch die Wachthäuser an mehreren Thoren standen in Flammen. Es waren dies offenbar Akte der Rache für die Metzeleien der Truppen.

In dem Kampf auf dem Alexanderplatz zeigte sich die ganze Stärke des Aufstandes. Die Truppen konnten hier nicht Meister werden, trotzdem der Kampf die ganze Nacht hindurch währte.

Der Alexanderplatz ward vom Militär von der eroberten Königstraße aus angegriffen; der Widerstand war aber so stark, daß auch das Militär sich durch eine Barrikade aus Mehlsäcken decken mußte. Die der Königsbrücke gegenüber liegende Seite des Alexanderplatzes war sehr stark verbarrikadirt; namentlich an den Ausgängen der Neuen König- und Landsbergerstraße erhoben sich riesige Barrikaden. Hier fochten zahlreiche Berliner Bürgerschützen auf Seiten des Volkes und hatten sogar die zwei kleinen Kanonen der Schützengilde mitgebracht, die ein lebhaftes Feuer auf das Militär unterhielten.*)

Der Kampf wurde hier mit höchster Erbitterung geführt. Aber obschon ein aus Frankfurt an der Oder herangezogenes Linien-Regiment den Alexanderplatz von Osten her, durch die Frankfurter und Kaiserstraße vordringend, angriff, behaupteten sich die Aufständischen. Sie machten sogar von der Barrikade an der Neuen Königstraße einen Ausfall und brannten eine hölzerne Bude nieder, die dem Militär als Deckung diente.

Hier war auf den Barrikaden namentlich der Thierarzt Urban thätig, ein Berliner Original, dessen riesige Gestalt immer ohne Hut, mit langem, wallenden Haar, kurzem, braunen Rock und hohen Stiefeln erschien. Er hatte den Barrikadenbau am Alexanderplatz geleitet und im

*) In Ermangelung von Kugeln lud man die beiden Stücke mit „Murmeln“ und Strümpfe wurden als Beutel gebraucht. Die allezeit witzigen Berliner nannten davon die beiden Kanonen die „Murmelthiere,“ unter welcher Bezeichnung sie noch lange bekannt waren.

heißen Kampfe viel Kühnheit und Umsicht gezeigt. Später wurde seine Rolle zweideutig und man traute ihm nicht mehr.

Berühmt wurde der Drechsler Gustav Hesse aus Halle als Barrikadenheld; mit ihm der Schlossergeselle Fichtner. Hesse, ein intelligenter und muthiger Arbeiter, holte einen Verwundeten, der von der Barrikade gestürzt war, unter dem feindlichen Feuer zurück und bewies eine solche Kühnheit, daß seine Gefährten ihm sofort einen frischen grünen Kranz auf das Haupt setzten.*)

Am Morgen des 19. März befanden sich am Alexanderplatz beide Theile in denselben Positionen, die sie



Kugelgießende Kinder hinter einer Barrikade in Berlin.

am Abend eingenommen. Die Truppen befanden sich dabei schließlich im Zustand völliger Erschöpfung, während die Barrikadenkämpfer von immer neuen Zuzügen abgelöst wurden.

*) In diesem Kranz ward Hesse oft abgebildet. Er war bei den Arbeitern sehr beliebt. Um ihn unschädlich zu machen oder zu gewinnen, machte man ihn zum — Konstabler, und er war so schwach, darauf einzugehen. Dadurch verlor er sein Ansehen. Er kam später in große Noth und wurde von einigen alten Berliner Demokraten unterstützt.

Das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße wurde nach mehrmaligem vergeblichen Angriff vom Volke erstürmt. Hesse, der vom Alexanderplatz hierher geeilt war, leitete den Angriff auf das von einer Anzahl junger Offiziere besetzte Gebäude. Es wurde gegen Morgen genommen, aber man fand keine großen Waffenvorräthe darinnen, wie man gehofft hatte. Das Volk hatte hier große Verluste.

Die Barrikade auf der Herkulesbrücke ward vom Militär genommen, aber es konnte nicht weiter vordringen, weil es gleich auf andere Barrikaden stieß. So war es auf den meisten Punkten, wo das Militär anfänglich im Vortheil war; es ermüdete an den immer neu aufsteigenden Befestigungen. Wir können die zahlreichen Kämpfe nicht weiter im Einzelnen schildern; erwähnt sei nur ein Zug von dem seltenen Todesmuth, mit dem die Jugend sich in diesen großen Revolutionskampf stürzte. Während auf der großen Barrikade der Taubenstraße ein blonder Student, die schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, unbeweglich stand, von den Kugeln umsaust, und wie durch ein Wunder unverletzt blieb, standen in der Nähe hinter einer ganz schwachen Befestigung der neunzehnjährige Schlossergeselle Glasewald und der siebenzehnjährige Schlosserlehrling Zinna ganz allein. Sie hatten eine alte Büchse und einen Säbel. Ein Bataillon rückt an; Glasewald giebt seinen Schuß ab und wird selbst im gleichen Augenblick schwer verwundet; Zinna stürzt sich mit dem Säbel unter die Soldaten und haut nach einem Offizier. Er erhält eine ganze Salve, eilt in ein nahes Haus und fällt todt nieder.

Die Truppen vergriffen sich in der Hitze des Kampfes und gereizt durch die aus den Häusern auf sie fallenden Schüsse auch an Wehrlosen. Wir wollen alle bloßen Gerüchte unbeachtet lassen und uns nur an verbürgte Thatsachen halten. Als das Köllnische Rathhaus genommen und die darin Aufgefundenen getödtet oder gefangen und unter Mißhandlungen abgeführt worden waren, drangen die Soldaten auch zu dem dort wohnenden Rektor des Köllnischen Gymnasiums, J. F. August, einem Veteranen von 1813. Als sich August über die ihm widerfahrene Behandlung beschwerte, hieb ihm ein Offizier mit dem Degen ins Gesicht, daß das Blut herabströmte; ein Tambour schlug ihm den Trommelschlägel hart über den Kopf. August wurde mit den Seinigen gefangen nach dem Schlosse abgeführt und auf dem Wege dahin wurde sein mit ihm gefangener Neffe, der Student von Holtzendorff, von einem Gardegrenadier ohne Weiteres erschossen. Holtzendorff hatte sich so wenig wie sein Oheim am Kampfe betheiligt.

Wir wollen von allen solchen Dingen, die in den Bürgerkriegen gewöhnlich sind, nur noch die Behandlung der Gefangenen erwähnen.

Dieselben waren zu Hunderten in die Keller des königlichen Schlosses geworfen worden. Unter ihnen befanden sich meistens Leute, die am Kampfe nicht theilgenommen hatten.*) Am Morgen gegen 4 Uhr wurden etwa 600 dieser Gefangenen unter militärischer Bedeckung nach Spandau gebracht. Die Gefangenen wurden je zwei und zwei zusammengebunden, die Hände auf dem Rücken gefesselt. Ein Journalist, der verhaftet worden war, theilte nachher mit, die Gefangenen seien „ärger als eine Heerde Vieh" behandelt worden. Sie wurden nach übereinstimmenden Berichten mit Kolbenstößen und Säbelhieben traktirt, geschlagen, getreten, beschimpft und verhöhnt. Auch die reaktionäre Bevölkerung von Charlottenburg und Spandau verhöhnte die Gefangenen, die, obschon Greise und Kinder darunter waren, im schnellen Trabe laufen mußten. Die empörenden Mißhandlungen endeten damit, daß die Gefangenen bis Abends 6 Uhr in die feuchten Kasematten des „Fort der Königin" gesperrt wurden. Beim Abmarsche in Berlin soll ihnen der Dr. Stieber zugerufen haben: „Fürchtet Euch nicht; Ihr werdet, sollten wir (!) besiegt werden, vor das öffentliche Verfahren kommen; jeder Jurist wird sich eine Ehre daraus machen, Euch zu vertheidigen." — Wir werden den späteren „gewiegten Kriminalisten" noch einmal als Genius der neu errungenen „Freiheit" amtiren sehen.

Inzwischen brach in Berlin der Tag an und die strahlende Märzensonne beleuchtete die blutigen Stätten des Kampfes. Das Geschütz- und Gewehrfeuer schwieg einen Moment, aber die Sturmglocken dröhnten weiter. Die Volkskämpfer, deren Zahl sich immer noch mit jeder Viertelstunde verstärkte, waren zum äußersten Widerstande entschlossen. Man war mißtrauisch gegen Alle, die Frieden stiften wollten. Als der General von Möllendorff mit einem weißen Tuche vor der großen Barrikade am Alexanderplatz erschien, ward er entwaffnet und gefangen, denn das Volk befürchtete Verrath. Der Thierarzt Urban schützte den General gegen den Zorn des Volkes, aber Möllendorff mußte einen Befehl zum Rückzuge des Militärs unterzeichnen.

Um 7 Uhr erschien die Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner!"

In diesem merkwürdigen Aktenstück bot der König den Berlinern an, er wolle seine Truppen zurückziehen, wenn das Volk zuerst die Barrikaden verlasse. Die Berliner mögen nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie

*) Bei einem der Gefangenen wurde ein Stück weißes Papier gefunden. Ein geistvoller Lieutenant nahm es als corpus delicti an sich mit den Worten: „Darauf hat er eine Proklamation schreiben wollen!"

in dieser Proklamation lasen, daß sie „von einer Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend," zum Aufruhr verführt worden seien; auch hieß es dort, der Schloßplatz sei durch Kavallerie mit eingesteckter Waffe „gesäubert" worden und zwei Gewehre der Infanterie hätten sich von selbst entladen.*) Der König beschwor die Berliner, das Geschehene zu vergessen.

Diese Proklamation war absolut ungeeignet, den Zorn des Volkes zu beschwichtigen. Die Antwort bestand denn auch darin, daß man von den Barrikaden herab wieder zu feuern begann.

Die Proklamation ward überall angeschlagen, aber sie blieb ohne Wirkung.**) Umsomehr Wirkung hatten die Bürgerdeputationen, die jetzt wieder vermittelnd zum Schlosse eilten. Der König war erst sehr hartnäckig in seiner Wolke von Höflingen und Militärs. Er ließ sogar dem Bischof Neander sagen, derselbe solle für Wegräumung der Barrikaden sorgen. Ob dieser Zumuthung gerieth der fromme Bischof in Zorn und seine Frau riß sich vor Wuth die Haube ab. Was konnte auch dieser arme Bischof bei den pulvergeschwärzten Barrikadenkämpfern ausrichten!

Die Sprache der Bürgerdeputationen im Schlosse wurde entschiedener und als der König den Bürgern auseinanderzusetzen suchte, das Militär werde den Aufstand bewältigen, antwortete ihm der Kaufmann Neumann: „Ein solcher Sieg würde eine Niederlage sein!"

Wer schließlich den König umgestimmt haben mag, daß er nachgab, das ist schwer festzustellen, denn die Vermittler, die in jener Nacht im Schlosse aus- und eingingen, wollten nachher alle „Weltgeschichte gemacht" haben, der Stadtrath Duncker, der Schriftsteller Rellstab, der Dr. Stieber und noch ein paar Dutzend Andere. Die letzte Bürgerdeputation theilte dem König mit, die ganze Stadt stünde in Waffen hinter den Barrikaden und das Ziel der Aufständischen sei ein Sturm auf das Schloß. Das mag die Entscheidung beschleunigt haben im Verein mit dem dumpfen Dröhnen der Sturmglocken über die ganze Stadt hin. Der König gab

---

*) Man sieht aus diesen Dingen, wie die Junker-Camarilla im Schlosse den König über den wahren Sachverhalt getäuscht hatte. Daß die Kavallerie mit blanken Säbeln auf die Masse einsprengte, ist von Augenzeugen zehnfach erhärtet. Aus den Briefen des Königs an Bunsen ist deutlich zu ersehen, welche Schreckbilder man ihm während der Märztage vorgemalt hat.

**) In der Breiten Straße war eine Granate in einem hölzernen Pumpbrunnen stecken geblieben und witzige Leute klebten darüber die Proklamation: „An meine lieben Berliner!" Der Brunnen ward später weggeschafft, denn während der Reaktionszeit wollte man nicht mehr an den Straßenkampf erinnert sein.



Die Todten im Schloßhofe zu Berlin.

am frühen Vormittag des 19. März den Befehl zum Abzug des Militärs aus Berlin: die Volkskämpfer hatten gesiegt.*)

Der Prinz von Preußen hatte noch einmal den Versuch gemacht, auf der vorherigen Räumung der Barrikaden zu bestehen, doch ohne Erfolg. Der Befehl des Königs zum Rückzug erging an die Truppen zur selben Zeit, als der Thierarzt Urban auf der Königsbrücke den Offizieren den gleichen Befehl des Generals von Möllendorff aushändigte. Der Kampf war zu Ende und das erst ungläubige Volk vernahm mit brausendem Jubel die Kunde von seinem Siege, sowie daß der König die Einsetzung eines neuen volksthümlichen Ministeriums versprochen habe.**) Die Straßen füllten sich mit freudestrahlenden und neugierigen, erregten Menschen.

Es ist eigentlich überflüssig, zu untersuchen, auf welcher Seite der Sieg geblieben wäre, wenn man weiter gekämpft hätte. Wir gehen nur deßhalb darauf ein, weil gewisse literarische Leibhusaren die Sache so dargestellt haben, als habe die Fortsetzung des Kampfes eine Niederlage des Volkes bringen müssen. Wäre eine solche sicher gewesen, so hätte man im Schlosse nicht so bald nachgegeben.

Berlin war damals eine Stadt von etwa 400 000 Einwohnern. Der Theil, den die Truppen besetzt hatten, bildete nur ein starkes Drittel der Stadt. Es war hauptsächlich die Friedrichsstadt und die Umgebung des Schlosses bis zum Alexanderplatz und bis Monbijou. Aber gerade die Arbeiterviertel, die ganz verbarrikadirt waren und wo die hartnäckigsten Kämpfe erwartet werden mußten, waren noch gar nicht angegriffen worden, das Voigtland vor allen. Aber nicht nur hier, auch zwischen dem Dönhoffsplatz und dem Halle'schen Thor und um den Alexanderplatz stand das Volk wohlbewaffnet hinter zahlreichen Barrikaden. Alle nicht besetzten Stadtviertel hätten unter schweren Verlusten erobert werden müssen, um des

*) Schon um 5 Uhr waren die Truppen angewiesen worden, über ihre derzeitigen Stellungen nicht mehr hinauszugehen. Bekanntlich hat sich Fürst Bismarck mit den Nachkommen des Ministers von Bodelschwingh über den Abzug der Truppen herumgestritten und behauptet, der Minister habe eigenmächtig gehandelt und den Abzug der Truppen bewirkt, bevor die Barrikaden geräumt wurden, was der König nicht gewollt habe. Dieser Streit däucht uns unerheblich. Wenn auch in der Verwirrung jener Katastrophe so etwas möglich war, so steht eben fest, daß die Weigerung der Barrikadenkämpfer, ihre Positionen zu verlassen, dem Abzug der Truppen vorausging, und das ist die Hauptsache. Diesen Umständen paßten sich die Vorgänge im Schlosse, das Schwanken und schließliche Nachgeben an. Daß Bismarck gerne den Triumph der Märzerhebung aus der Geschichte gestrichen sehen möchte, ist ganz natürlich.

**) Auch die Gefangenen wurden nunmehr vom König freigegeben mit der Bemerkung: „Wenn sie Euch noch gefallen!" Wahrscheinlich war dem König Kunde von den an den Gefangenen verübten Mißhandlungen geworden.

Aufstandes Herr zu werden. Doch das war nicht möglich, denn die Truppen waren erschöpft und hatten keine genügende Verpflegung, während die Volkskämpfer sich nicht nur ablösen konnten, sondern auch reichlich mit Speise und Trank versehen waren. Die Fortsetzung des Kampfes hätte die Ermüdung der Truppen, das Abschneiden ihrer Verbindungen nach Außen und den Sturm auf das Schloß gebracht. Etwaiger Zuzug wäre durch das Barrikadennetz aufgehalten worden. Im Uebrigen wollen wir beifügen, daß auch von militärischer Seite die Niederlage des Militärs bei einer Fortsetzung des Kampfes als unvermeidlich angenommen wurde.*)

Die Truppen zogen unter klingendem Spiel ab, aber ihre Gesichter straften die lustigen Weisen Lügen, welche die Militärmusik ertönen ließ. Merkwürdiger Weise fanden sich auch alle Flaneurs und Pflastertreter wieder unter den Linden ein. Vom Alexanderplatz aber bewegte sich eine gewaltige Menschenmasse, voran die Barrikadenkämpfer, nach dem Schlosse, um Volksbewaffnung von dem Könige zu verlangen. Zu gleicher Zeit wurden, ganz ohne äußere Anregung, die Leichen der gefallenen Volkskämpfer nach dem Schloßhofe gebracht. Sie waren zum Theil gräßlich verstümmelt; neben den Leichen der Kämpfer befanden sich auch solche von Wehrlosen, von Frauen. Während draußen Tausende das Schloß umdrängten, wurden im Hofe die Todten mit ihren offenen Wunden der Reihe nach ausgelegt und mit Blumen und frischen Kränzen geschmückt.

Im Hofe, wo die Angehörigen der Todten sich ihrem Schmerze hingaben, erscholl der Ruf: „Der König soll kommen!“ Einzelne Vermittler, Fürst Lichnowski, der später in Frankfurt ein tragisches Ende fand, die Grafen Schwerin und Arnim, suchten die Masse davon abzubringen. Aber aus tausend rauhen Kehlen braust der Ruf: „Der König soll kommen!“ an den Mauern des Schlosses empor und endlich erscheint der König mit der Königin auf der inneren Gallerie, Beide bleich und angegriffen von Antlitz. Es wird still; eine Stimme ruft: „Hut ab!“ und der König entblößt das Haupt, das Volk ringsum thut desgleichen. Einer aus der Masse stimmt „Jesus, meine Zuversicht!“ an, Alle singen mit und als der feierliche Kirchengesang verklungen, zieht sich das Königspaar zurück. Friedrich Wilhelm IV. hat diese Szene den Berlinern niemals vergessen können.

Darüber, daß die sonst so skeptischen Berliner in jenem Moment ein Kirchenlied gesungen, ist viel gespöttelt worden. Wir halten diese Thatsache für unwesentlich bei der Beurtheilung des Ganzen.

*) U. A. von General von Pfuel. Siehe Varnhagen von Ense's Tagebücher, Notiz vom 24. März 1848.

Beim Abgang des Königs kam die Menschenmasse vom Alexanderplatz an. Das Schloß war nun von allen Seiten von einer dichten Menschenmasse umfluthet; die Arbeiter fanden sich an der Schloßfreiheit zusammen, die Bürger im Lustgarten. Eine Deputation trug dem König das Verlangen nach Volksbewaffnung vor. Der König gewährte sie und kam selbst nach dem Lustgarten, um dies den Bürgern mitzutheilen. Er war ganz erschöpft.

Die Arbeiter blieben still; der Jubel der braven Bürger aber war ungeheuer und der Zorn der nächtlichen Schlacht schien bei ihnen schon verraucht. Um 6 Uhr Abends bezog die erste Abtheilung Bürgerwehr die Schloßwache.

Zu der auf dem Schloßplatze versammelten Masse sprach Arnim auf dem Balkon des Schlosses von der neuen Verfassung und hieß „zur Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt" beitragen. Da gab es einen furchtbaren Tumult; ein junger Mann, noch erregt von der Barrikadenschlacht, mit bleichen Zügen und blitzenden Augen, ward von den Anderen auf die Schultern gehoben und rief: „Das Volk verlangt Waffen, damit es nicht wehrlos gemordet werde!" — Arnim antwortete, daß sich das Militär zurückgezogen habe und das Volk ruhig an seine Geschäfte gehen könne. „Das Volk," rief drunten der junge Volksredner, „verlangt die Thronentsagung des Prinzen von Preußen!"*) Da verbeugte sich Arnim und trat vom Balkon zurück. Der Tumult begann von Neuem, aber die sich unter die Arbeiter mischenden Bürger riefen: „Nach Hause!" und Alles zerstreute sich, nachdem der mehr als Arnim beliebte Schwerin die Bürgerbewaffnung unter dem Polizeipräsidenten von Minutoli angekündigt hatte.

Die Bürgerwehr wurde noch an diesem Tage gebildet und mit Waffen aus dem Zeughause versehen.

Der Siegesjubel der Bevölkerung war unbeschreiblich, aber erklärlich. Sie nahm keine Rache an den Personen, die sich ihr besonders feindselig gezeigt hatten; nur einem Hoflieferanten und einem Major a. D., die gegen die Volkskämpfer die Verräther gespielt hatten, wurden die Häuser demolirt. Am Abend des 19. März sah Berlin eine Illumination, wie es so glänzend noch nie eine gesehen hatte.

Am anderen Tage richtete sich die allgemeine Aufregung gegen den Prinzen von Preußen, den man für den entschiedensten Gegner der neuen

*) Wir haben nicht ausfindig machen können, wer der junge Mann gewesen ist, der unbewußt einen so bedeutsamen Eingriff in die deutsche Geschichte thun wollte.

Wendung der Dinge hielt. Eine Volksmenge strömte vor seinem Palais Unter den Linden zusammen und wollte es der Erde gleich machen. Man rettete das Palais, indem man ihm die Inschrift „National-eigenthum!“ gab. Der Prinz erhielt von dem König den Auftrag, in „vertraulicher Mission“ nach England zu gehen, und ging sofort dahin ab. Genaue Einzelheiten über seine Flucht, namentlich über seine Erkennung in Perleberg, sind erst später, nach mehr als vierzig Jahren, bekannt geworden.*) Er gelangte über Hamburg nach London, wo er blieb, bis sich die Hochfluth der Revolution verlaufen hatte.



Liebelt.

Nachmittags wurden die im Moabiter Zellengefängniß sitzenden Polen befreit. Herr von Minutoli hatte 1846 die große Polenverschwörung „entdeckt“; Mieroslawski, Liebelt und Andere waren verurtheilt worden. Jetzt kamen sie wie alle anderen politischen Verurtheilten frei. Sie zogen auf einem Wagen im Triumphe durch Berlin; Mieroslawski, eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, sprach zum Volke. Vier Wochen später stand er gegen die preußischen Truppen an der Spitze seiner Polen im Felde.

*) In dem Palais des Prinzen richtete sich eine aus drei zweifelhaften Persönlichkeiten bestehende angebliche „Königliche Bittschriften-Kommission“ sehr behaglich ein, bis der Schwindel entdeckt und ihm von der Bürgerwehr ein Ende gemacht wurde. Die Details dieser Affäre sind sehr spaßhaft zu lesen; siehe Adolf Wolff's Berliner Revolutions-Chronik, Band I.

Trotzdem an diesem Tage die neuen Minister ernannt wurden, flammte das Mißtrauen der Masse noch einmal drohend empor. Plötzlich scholl es durch die Straßen: „Verrath! Zu den Waffen!“ und ein Gerücht besagte, der Prinz von Preußen komme mit den Truppen zurück. Im Augenblick hatten Bürgerwehr und Volk die Barrikaden kampfbereit wieder besetzt. Aber der Lärm erwies sich bald als ein blinder.

Im neuen Ministerium war Herr von Auerswald Minister des Innern, Graf Schwerin übernahm den Kultus, Kühne die Finanzen, Bornemann die Justiz. Zehn Tage später bekam Preußen sein Märzministerium, mit Camphausen an der Spitze. Diesem ward Hansemann als Finanzminister beigegeben, Auerswald erhielt das Innere, Arnim-Strik das Aeußere, Reyher den Krieg, Schwerin Kultus und Unterricht. Man nannte diese Zusammensetzung von „liberalen“ Aristokraten und Bourgeois das Beschwichtigungsministerium.

Am nächsten Tage wurde vom König verordnet, daß die Armee von nun an auch die schwarz-roth-goldene Kokarde tragen sollte. War das ein Jubel in diesen Tagen, da schon alle Geheim- und Hofräthe schwarz-roth-gold dekorirt waren!

Aber das Entzücken der siegberauschten „guten Bürger“ von Berlin stieg aufs Höchste, als am 21. März eine Proklamation erschien, des Inhalts:

„An die deutsche Nation!

Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an. Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation*), frei und mächtig im Herzen von Europa. Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt.

Ihr werdet ihn mit den altehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken!

Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen Nation!“

Diese Proklamation war das Werk der neuen liberalen Minister, die den Berliner Bürgerphilister richtig zu fassen verstanden. Die Rolle, die sie dabei dem König zumutheten, war für diesen nichts weniger denn angenehm; er sollte sich mit den Farben schmücken, gegen die sich in der

*) Man sieht, daß es nicht die Franzosen allein sind, die von der „großen Nation“ sprechen.

Nacht des 18. März das Feuer seiner Truppen gerichtet hatte. „Schafft mir diese Fahne aus den Augen!“ hatte er gerufen, als er auf der



Der Umritt des Königs in Berlin.

Barrikade am Köllnischen Rathhause das schwarz-roth-goldene Banner wehen sah, und nun trug er diese Farben selber!

Ja, er trug sie, er ergab sich in die Umstände, obschon einige trutzige Junker ihm abriethen. Mit Gewalt war nichts auszurichten; das hatte der Kampf gezeigt, bei dem, wie mehrfach bezeugt, einzelne Truppentheile ohnedies mit den Bürgern zu fraternisiren begonnen hatten. Darum gab der König den Ministern nach und ergriff selbst die verhaßten Farben.

Der feierliche Umritt des Königs wurde vorbereitet durch eine Versammlung der bewaffneten Studentenschaft, die im Kastanienwäldchen mit Exerziren beschäftigt war. Auch die Herren Professoren nebst Rektor und Prorektor waren in Waffen, um bei der Wiedergeburt Deutschlands Hebammendienste zu leisten. Graf Schwerin hielt auf der Aula eine Ansprache, lobte die Studentenschaft wegen ihrer Verdienste um die Aufrechterhaltung der Ordnung, führte aus, daß der König sich zur Herstellung eines einigen und freien Deutschlands an die Spitze der Bewegung gestellt habe und brachte ein Hoch auf die Verantwortlichkeit der Minister aus. Professoren und Studenten jubelten ihm zu.

Gleich darauf erschien der König zu Pferde auf dem mit einer dichten Volksmasse bedeckten Schloßplatz. Er trug die Uniform des ersten Garderegiments, hatte den Helm auf dem Haupt und eine schwarz-roth-goldene Binde am Arm. Die Prinzen — außer dem Prinzen Wilhelm von Preußen — Minister, Generale, Bürgerwehrmänner, Studenten und Schützen begleiteten den König; hinter ihm wurde eine große schwarz-roth-goldene Fahne getragen und dieser folgten der Stadtverordnete Gleich und der Dr. — Stieber. So ließ die Ironie der Weltgeschichte den späteren Chef der preußischen Geheimpolizei wiederum an der Wiege der königlich preußischen Freiheit erscheinen.

Der König redete die Masse an und versicherte, es sei keine Usurpation*), wenn er sich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit berufen fühle; er wolle keinen Fürsten vom Throne stoßen, aber Deutschlands Einheit und Freiheit wolle er schützen, das schwöre er zu Gott; sie müsse geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtig konstitutionellen deutschen Verfassung! — Ungeheurer Jubel der „guten Bürger" begrüßte diese Versicherungen, man drängte sich um den König und küßte ihm die Hand.

Der Zug bewegte sich über die Schloßfreiheit nach der Hauptwache am Zeughaus, wo die Bürgerwehr alsbald ins Gewehr trat. Der König sprach: „Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann nicht genügend in Worte kleiden, was ich Euch danke; glaubt es mir!" Wieder erscholl

---

*) Der Stil der Proklamation konnte solche Gedanken erwecken; die Minister verstanden sich doch noch nicht recht auf solche Aktionen.

der Jubel, aber eine scharfe Stimme klang durch denselben; ein Arbeiter von der strengen Art jenes Philosophen, der vor dem Schlosse zu Savigny gesagt hatte, es sei gar Nichts bewilligt, ein eben solch' unwillkommener Störenfried rief dazwischen: „Glaubt es nicht!" Er ward sofort verhaftet und zur Wache gebracht. Dieser an sich unbedeutende Vorfall hatte dennoch die Bedeutung eines Symptoms; er kündigte den Konflikt zwischen Bürgerthum und Proletariat an.

Hier rief Jemand: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" aber der König sagte verweisend: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!"

Der Zug ging sodann am Opernhaus und der Bibliothek vorbei durch die Behrenstraße und unter den Linden zurück. Am Universitätsgebäude stand die bewaffnete Studentenschaft und der König sprach zu den Musensöhnen:

„Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen steckt eine große Zukunft und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit, ich will Ordnung. Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen, daß mächtige Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen und der Wille des Volkes mich unterstützen wird. Merken Sie sich das, schreiben Sie es auf, daß ich Nichts usurpiren will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie das Allen!"

Ein tausendstimmiges Hoch stieg in die Lüfte empor und die Studenten klirrten mit ihren Waffen. Der König ritt in die Breitestraße vor das Köllnische Rathhaus. An demselben Platze, wo der Kampf um die große Barrikade getobt hatte, sprach Friedrich Wilhelm IV. zu den Stadtverordneten:

„Ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern allein durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und nicht wahr, diese Herzen und diese Treue werdet Ihr mir schenken!"

In der Königstraße sprach der König ähnliche Worte, dann kehrte er in das Schloß zurück. Später kam er noch einmal zu Fuß nach den

verschiedenen Bürgerwachen. Die guten Bürger schwammen in einem Meer von Wonne und Entzücken. Nun war ja das Höchste erreicht nach ihren Begriffen: Die königlich preußische Revolution!

Je weniger dieser Begriff am Hofe anerkannt wurde, desto mehr träumten und schwärmten sie sich in denselben hinein. Die Märzbegeisterung ward in der Folge mehr und mehr zum Märzdusel.

Der König, welcher schon am 20. März Berlin hatte verlassen wollen, weil man ihm, wie er sagte, so viele Konzessionen abdränge*), aber von den „liberalen" Ministern zum Bleiben bewogen worden war, erließ an diesem Tage eine neue Proklamation**), in welcher er in Konsequenz der Einheitsidee das bedeutsame Wort sprach: „Preußen geht fortan in Deutschland auf!" ein Wort, welches das feudale altpreußische Junkerthum in den höchsten Zorn versetzte. Dann hieß es, der auf den 2. April einzuberufende Landtag sei das Mittel, zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen; den Fürsten und Ständen Deutschlands solle Gelegenheit geboten werden, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinsamen Stände-Versammlung zusammenzutreten. Vor Allem sei Noth die Aufstellung eines allgemeinen deutschen volksthümlichen Bundesheeres und bewaffnete Neutralitäts-Erklärung. Am Schlusse hieß es:

„Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche freisinnige Verwaltung werden allein solche sichere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein."

Am Abend dieses Tages erschien eine Deputation der städtischen Behörden von Breslau und Liegnitz, die verlangte, der König solle ein Wahlgesetz für die zu berufende deutsche Nationalvertretung erlassen, ohne es erst dem reaktionären Landtage vorzulegen. Dabei soll der Stadtverordnete Kopisch aus Breslau gesagt haben: „Sie müssen Urwahlen geben oder Schlesien ist Republik!"***) Der König meinte, er könne dem Wunsche der Schlesier nur nachgeben, wenn das Land derselben Ansicht sei wie die Deputation.

---

*) Nach den Mittheilungen des Generals von Gerlach.

**) Wir geben den Wortlaut dieser Proklamation, sowie den einiger anderen historischen Dokumente aus diesen bewegten Märztagen im Anhang.

***) Heinrich Simon von Breslau, der spätere Reichsregent, war darüber ganz entsetzt. Also erzählt Varnhagen, dessen Denkwürdigkeiten indessen neben interessanten Mittheilungen und scharfen Beobachtungen auch viel werthlosen und zweifelhaften Klatsch enthalten.



Feierliches Begräbniß der gefallenen Barrikadenkämpfer.

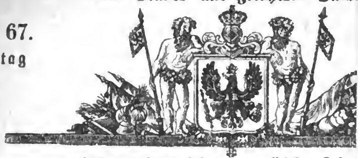
Am 22. März kam abermals eine Proklamation des Königs heraus, worin er ein volksthümliches Wahlgesetz mit Urwahlen — wie die Schlesier verlangt — dem Landtage vorzulegen verhieß. Der neuen Volksvertretung wurden Vorschläge in Aussicht gestellt über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, über freies Vereins- und Versammlungsrecht, über eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Führerwahl, über Ministerverantwortlichkeit, über die Einführung von Schwurgerichten für politische und Preßvergehen, über die Unabhängigkeit des Richterstandes, über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Domanial-Polizeigewalt. Außerdem sollte das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigt werden.

Damit hörte der Regen der königlichen Bewilligungen vorläufig auf, über die jubelnden Bürger hinabzuträufeln. In dieser Proklamation wurden auch den Bauern Zugeständnisse gemacht; man suchte den Nachwirkungen der Revolution auf dem Lande vorzubeugen, indem man die verhaßte feudale Gutspolizei und Gerichtsbarkeit aufzuheben versprach.

An diesem Tage wurden die Märzgefallenen feierlich bestattet. Unter den Todten befanden sich etwa ein Dutzend, die einen sogenannten bürgerlichen Beruf hatten, sodann sechs Frauen und ein Taubstummer. Dreiunddreißig Leichen konnten nicht rekognoszirt werden; sie fielen für die Freiheit, ohne daß ihre Namen aufbewahrt werden konnten. Sie gehörten wohl sämmtlich der Arbeiterklasse an, wie die ganze übrige Menge der Todten, so daß in dem großen Kampfe das Berliner Proletariat neun Zehntel der Opfer geliefert hat. Von den Verwundeten aus dem Volke starben noch viele, so daß es im Ganzen 230 Todte waren. Das Leichenbegängniß war eine großartige Demonstration und das Schaugepränge lenkte die Aufmerksamkeit des Volkes von wichtigeren Dingen ab. Die Todten wurden in 183 Särgen nach dem Friedrichshain gebracht, gefolgt von einer unabsehbaren Menschenmenge. Alle Korporationen von Beamten, Bürgern, Studenten und Arbeitern folgten dem Zuge, der von der Bürgerwehr und von schwarzgekleideten Jungfrauen mit Todtenkränzen auf weißen Kissen eröffnet wurde. Auch eine Menge Deputationen von auswärts nahmen an dem Zuge Theil. Als derselbe am Schlosse vorüber kam, stand der König mit den Ministern entblößten Hauptes auf dem Balkon. Im Friedrichshain waren die Gräber, darunter ein Massengrab, von den Arbeitern unentgeltlich aufgeworfen worden. Prediger Sydow hielt die Grabrede, in der er sagte, die Todten hätten mit ihrem Blute besiegelt, was ihre Väter 1813 begonnen; nach ihm sprachen ein katholischer Geistlicher und ein Rabbiner und zum Schlusse der Assessor Jung aus Köln, der sich in den tönenden Schlagworten des Tages erging.

Königlich privilegirte Berlin[...]

von Staats- und gelehrten Sach[...]



№ 67.

Montag

Im Verlage Vossischer Erben. (Redakteur C. F. [...]

Vossische Zeitungs-Expedition in der breiten S[...]

Extrablatt der Freu[...]

Die Umwandlung, die freudige Umgestaltung der Dinge, die von gestern auf heut stattgefunden, macht es uns zur Pflicht auch darüber eine außerordentliche Mittheilung ins Publikum zu senden. Es kann nicht früh genug erfahren, was für Thaten des höchsten Muths geschehen sind, die diese Umwandlung herbeiführten. Voran stellen wir jedoch die Ansicht, die künftig unser Blatt leiten soll. Für die spätern Mittheilungen, mag die Eil mit der wir sie zusammentragen, die Entschuldigung ihrer Verwirrung sein. Wir fühlen uns aber um so mehr verpflichtet mit allen Mittheilungen auf das schleunigste ins Publikum zu gehen, als der erste Bericht in unserm heutigen Blatt, welcher mit den Worten beginnt: „In dem Augenblicke" u. s. w. eine Anzahl von Irrthümern enthält, die wir, von den Bestrebungen beseelt, nur die Wahrheit und die ganze volle Wahrheit zu geben, mit Freuden zu berichtigen bereit sind, und daher um alle dahin einschlagenden zuverlässigen Notizen dringend bitten.

Die Presse ist frei! In der nämlichen Stunde wo uns dieses herrliche Recht erfüllt wurde, wollten wir die Stimme des Frohlockens darüber erheben — da dröhnte der entsetzende Donnerschlag der unsere Stadt traf, und der Kampf begann. — Das war nicht mehr die Zeit, dem Gefühle der Beglückung Luft zu machen! — Jetzt theilt der Friedens- und Freudenruf wie ein goldenes Licht die schwarzen Wolken, so schnell fast, als der zündende Strahl sie gesammelt. — Der Himmel ist wieder heiter! Möge nun der befruchtende Seegen, der dem Ungewitter, der selbst dem Ausbruche des Vulkans folgt, unserm theuern, geliebten Vaterlande in fort und fort wachsender Entwickelung zu Theil werden. — Unter allen Rechten, deren Erfüllung uns geworden, und die wir hoffen, ist der befreite Gedanke das

nöthig ist, andere, wo
Schritt zurückgethan w[...]
wieder auf die richtige
sen Fällen aber leitet [...]
feurigen Sporn des Fo[...]
unsere Aufgabe fassen
nigung Gleichgesinnter
strebung würdig, zu lö[...]

Berlin, den 20[...]

Am Abend des 19te[...]
Freude dar. Alle Hä[...]
verschwunden, das Vol[...]
keit den Sieg erfochten,
Barrikaden beharrt[...]
tigsten Kugelregen! Ar[...]
an der Kronen- u[...]
roischste, der sich den
Viertel der Stadt, übe[...]
Muth gefochten, der d[...]
Frankfurter Straße, i[...]
Bewohner in Waffen.
Dach herab die Stein[...]
reiß'sche Haus, dess[...]
ten, ist mit einem
worden. — Freudig e[...]
Empfang der Waffen,
schützung der Ordnu[...]
siren. — Wie viele O[...]
ist uns die traurige G[...]

Morgen wird die [...]
Es wird eine Trauer[...]
sein. Alles wird sich
Gebliebenen, zur Ruh[...]
liche Ehren die den K[...]

ische Zeitung

en.

den 20 März
1848.

Lessing.)

Straße No. 8.

de.

der Lauf gemäßigt, wo vielleicht ein
werden muß, wenn man nur dadurch
Bahn gelangen kann. In allen die-
tur der Zügel der Besonnenheit den
tschritts richtig. So also wollen wir
und auf Einsicht, Kraft und Berei-
mit uns hoffen, um sie, dieser Be-
sen.

ten März.
n bot die ganze Stadt ein Bild der
iser waren beleuchtet, die Barrikaden
f, das durch seine beharrliche Tapfer-
wogte durch die Straßen. An allen
e der kühne Bürgermuth im hef-
f der Friedrichsstadt war der Kampf
nd Friedrichsstraßen-Ecke der be-
ken läßt. Er erstreckte sich in alle
rall wurde mit einer Ausdauer, einem
e höchsten Spitzen erreichte. In der
den Gärten der Gegend, war jeder
Ueberall fielen die Schüsse, und vom
auf die Angreifer. — Das d'Heu-
n wir schon gestern Erwähnung tha-
unbeschreiblichen Muthe vertheidigt
llten die Bürger am Nachmittage zum
um sich als Bürger-Corps zur Be-
ng und des Eigenthums zu organi-
pfer im Kampfe gefallen sind, darüber
Gewißheit noch nicht geworden.
Bestattung derselben geordnet werden.
feier für die gesammte Bürgerschaft
dem großen Zuge, der die Tapfern,
estätte begleitet, anschließen, und jeg-
impfend Fallenden gebühren, werden

gezogen, immer neuer Kartätschen-
diese Barricarde. Das Militair
ere und 30 Mann verloren haben.
te hinter dieser so blutig erkämpf-
e Barricarden entstanden und am
rzten ganze Steinhagel auf die

der Taubenstraße lagen mehrere
äsern versteckt und richteten eine
ter dem stürmenden Bataillon an.
mn, hatten die Bürger dem com-
Vertrag angeboten, daß man ge-
affe keinen Gebrauch machen wolle,
icht ein; gleich beim ersten Sturm
Pferde; ein anderer Offizier nahm
dieser stürzte todt vom Pferde.
einem Lieutenant das Leben. Au-
te. Nunmehr begann auch gegen
sches Kartätschenfeuer. Ein junger
haaren stand auf der Barrikade
rbige Fahne. Alle Kartätschen
ten vorüber. Frauen und Jung-
rn ihm aus den Fenstern ihre
fiel zwar auch diese Barrikade,
r Straße erhob sich ein gleicher
t hatte man die Straße mit Glas
d furchtbare Steinmassen standen

ewehrzeughaus in der Lindenstraße
s Morgens 10 Uhr. Etwa 20 junge
nter den Fenstern verschanzt und
ogenen Büchsen ein mörderisches
den Bürger. Auf jeden Schuß
r immer neue Schaaren rückten
erker in einer blauen Blouse mit
Hand und bekränztem Hute
an den Barrikaden gearbeitet
Angriff. Alle Kugeln schienen
seiner Brust abzuprallen. Mann
Seite, immer neue Freiwillige

wurde von den Brüdern geholt und dann wüthete der Kampf weiter.

Einige Bürger suchten geradezu den Heldentod. Ein großer riesiger Mann sprang hinter einer Barricade, welche wegen Mangels an Schießgewehr hart bedrohet war hervor u. schlug den zugführenden Lieutenant mit einem an einer langen Stange befindlichen Haken nieder. Dann fiel er von einem ganzen Pelotonfeuer zerschmettert vor der Barricade nieder.

Ein anderer Mann, wie es heißt, ein Pole, sprang mit einem Degen bewaffnet, hinter einer Barricade hervor und spaltete einem Offizier den Kopf. Er erhielt einen Stich in den Arm, der ihm das Fleisch herunterriß. Mit diesem Arm tödtete er noch zwei Soldaten, dann fiel er mit zerschmettertem Hirnschädel nieder.

Ein polnischer Edelmann, der an der Barricarde der Taubenstraße kämpfte, richtete den Angriff seiner Schußwaffen hauptsächlich auf die Offiziere, deren er drei getödtet haben soll. Als er selbst tödtlich getroffen niedersank, rief er einem neben ihm kämpf nden Studenten zu: Sorgt für Polens Freiheit.

— Zur Beurtheilung des Geistes, der während der Tage unsers Kampfes beide Parteien, das Militair und das Volk beseelte, stellen wir hier zwei Scenen nebeneinander, die wir von denen gehört, welche selbst darin mit leidend und mit thätig waren. In dem Hause breite Straße 9. befanden sich mehrere Bewohner in einem Hause beisammen. Ein Polizist (er wurde uns von dem Hauseigenthümer genannt) hatte dem Militair gesagt, daß aus dem Hause ein Schuß gefallen sei, sofort drang ein Haufe hinauf, hieb auf die wehrlos dasitzenden unbarmherzig ein (Hr. Kaufmann Bendix, der sich darunter befand, hatte gleich 8 Hiebwunden weg) und schleppte sie als Gefangene nach dem Schloßkeller. Als die Mißhandelten bei den Kürassiren vorbeikamen, rief ein Offizier: Haut die Hunde nieder! — An einer Barrikade ging ein Freund von uns, der Buchhändler Dr. Wolff, vorüber; ein Mann von der Barrikade ging ihn an mit den Worten: Ich habe nichts zu essen. Dr. Wolff gab ihm 5 Sgr., der Mann ging in einen Bäckerladen, und der Geber wollte eben weiter gehen, als

nachdem sie den Bischof
das Volk zur Einwilligung
bürgten Vertrag zu vera
Unwillen zurückgewiesen,
verstärken, daß keine and
liche Zurückziehung der Z
die ruhmreiche Nacht des
des Blutes in eine Nach
keit für alle Parteien zu

— Ehre allen Tapfern,
daten sind gefallen für d
bestehende Ordnung, obgl
Macht gewesen, für dere
opfern durften. Denn j
sein. Begraben wir
lich, möge jenes Grab,
Denkmal bleiben für die

Noch nie ist vielleich
Wechsel erhört gewesen,
in unserer Stadt herrsch
rah und schon wenige T
nach Rache. Die Gedul
In einer Stunde war
dert. „Auf die Thürme,"
Kirchthüren wurden er
eingeschlagen, die ac
Sturm und riefen zu
schlag stie en die Ba
willig, was er hatte, T
u. s. w. Selbst König
lehrte arbeiteten mit dem
reichten sich brüderlich
und schnitten Brodte er
tel auf die Straße hin
Kugeln und schmiedete
ließ, wurde entwaffnet,
nungsanzeiger ermittelte
und zwang die Frauen

nach Ha:se geleit:t hatten, vergeblich,
in diesen durch des Königs Wort ver-
lassen. An den Barrikaden mit
konnte sich ihre Ueberzeugung nur
ere Maaßregel als die augenblick-
Truppen es vermocht haben würde,
18. — 19. März aus einer Nacht
des Jubels und der Brüderlich-
verwandeln. J. Minding.

Gewissensvollen! Bürger und Sol-
die Interessen des Vaterlandes. Die
leich sie stürzen mußte, ist doch eine
Bestehen treue Männer sich auf-
jedes Bestehen will auch geordnet
unsere Brüder gemeinschaft-
welches Alle umfängt, zugleich ein
Verbrüderung des deutschen Volkes.
J. Minding.

in der Weltgeschichte ein solcher
als derjenige, der am Sonnabend
te. So eben noch Jubel und Hur-
Minuten später Wuthgeheul und Ruf
der Bürger, hieß es, sei erschöpft.
Der Anblick der Stadt völlig verän-
ief man, „an die Sturmglocken." Die
brochen, die Thürfächer mit Aexten
htbarsten Männer läuteten selbst
ehen Waffen. Wie durch Zauber-
icaden empor. Jeder gab bereit
thorflügel, Zäune, Wagen, Pfähle
l. Beamte, Schriftsteller und Ge-
gemeinsten Tagelöhner im Bunde, alle
die Hand. Die Frauen kochten Caffee
itzwei und reichten diese Lebensmit-
aus. In den Straßen goß man
anzen. Jeder Soldat, der sich sehen
jede Wache gestürmt. Im Woh-
man die Wohnungen der Officiere
die Waffen der abwesenden Män-

e etwas zu verstehen, wenn man m

Nacht hat der Leben viele geforder
lben Mutter, bestimmt theils zur Wa
Innern, theils zur Vertheidigung de
von außen, haben aus unseeligem Ir
derkampf die Hände gegeneinander e
n uns auf ihrer Stelle Achtung. F
t wird das Jenseits die Lösung d
aben. Sorgen wir, daß auch die Ueber
g finden, und daß über den Einze
Frieden ruhen, die entzweiten Arm
euerter Bruderliebe einspannen. Ni
fte der Lebenden mögen die Todte
estatt gebracht werden; Allen ihne
Ueberlebenden, Allen ein gemeinsam
ereinten Stätte des ewigen Friede
kann so wird Segen erblühen a
llen Gefallenen also eine letzte Eh
ruft.
rz 1848. Dr. A. S.

re geht mir so eben zu:
will Ich hierdurch genehmigen, da
welche bei den drei Abtheilungen d
rselbst für einen Betrag von Fü
bis diesen Augenblick versetzt sin
eben werden.
März 1848.
Friedrich Wilhelm.

afen von Arnim.

meine Mitbürger hierdurch auf, d
te Nachmittags von drei Uhr ab —
en Tagen bei den verschiedene
mts, gegen Zurückgabe der Pfan
nehmen und mich bei der Aufrecht
während des Einlösungsgeschäft
den 20 März 1848.
Buck, Leihamtsdirektor.

Nachmittag von Sr. Majestät de
gten Bürgerbewaffnung auf die a
or Wache mit vorgetragenen Mü
gleichfalls mit der ersten Einrichtun
tragt worden, war indeß zur Unte
ung vom 19ten d. M. zufällig nic
Name unter derselben fehlt.
8. v. Minutoli

ieben Mitbürger.
n des Brüderstraßen-Bezirks ist u
, für eine ehrenvolle Bestattung u
Sorge zu tragen. Da wir glaube
mmissionen eine ähnliche Deputation
t werden wird, so bitten wir diese
ch können wir mittheilen, daß w
ten v. Minutoli hierüber Rüc
daß uns derselbe mit der lieb. vo
eder guten Sache so auch in diese

, breite-Straße 11. L. Becker
traße 34. Dobberitz, Kaufmann,
niger, Brüderstraße 16.

An die Frauen Berlin's.

Der Bischof Neander segnete die Todten ein und die Schützengilde gab eine dreifache Ehrensalve.

Der Friedrichshain war lange Zeit ein Wallfahrtsort. Heute haben die „guten Bürger" vergessen, daß die Todten da draußen für die „bürgerliche Freiheit" gestorben sind. Nur die Arbeiter halten das Gedächtniß der Märzkämpfer in Ehren, wenn sie auch heute ganz andere Ziele verfolgen und andere Bahnen wandeln. An jedem 18. März werden die Gräber im Friedrichshain von den Berliner Arbeitern bekränzt.

Aber in den Märztagen hielten es nicht nur die liberalen Bürger, sondern auch offenkundige Reaktionäre für angemessen, den Barrikadenkämpfern eine unbegrenzte Verehrung zu zollen. So predigte ein Geistlicher, Namens Krummacher, die todten Barrikadenkämpfer seien mit Palmzweigen in der Hand und in weißen Gewändern „als selige, verklärte Entrinner" von der Erde zum Himmel eingegangen. Wenige Monate später wurden die Barrikadenkämpfer und alle freiheitlichen Errungenschaften von den frommen Eiferern in die unterste Hölle verdammt.

Am 24. März wurden die gefallenen Soldaten begraben — zwei Unteroffiziere und dreizehn Gemeine. Niemand glaubte daran, daß dies die sämmtlichen Todten des Militärs seien. Später gab das Kriegsministerium offiziell die Verluste an Todten auf 3 Offiziere und 17 Mann, an Verwundeten auf 14 Offiziere, 14 Unteroffiziere und 226 Mann an. Auch diese Angaben fanden keinen Glauben; doch konnte in der Sache kein Beweismaterial beigebracht werden*) und so lassen wir sie dahingestellt. Das Bestreben von Militärbehörden, die erlittenen Verluste zu verheimlichen, oder des militärischen Nimbus wegen vor dem Publikum geringer, als sie in Wirklichkeit sind, anzugeben, tritt übrigens nicht nur bei dieser Gelegenheit hervor.

Schon am Grabe der Soldaten brachte ein Chorus von Weißbierphilistern ein Hoch auf das Heer aus, gegen das fünf Tage zuvor die große Schlacht geschlagen worden war. Diese Leute betrachteten sich als die alleinigen Sieger und legten sich den entsprechenden Dünkel zu. Als Raveaux, Mitglied der rheinischen Deputation, am Abend des 19. März von Garantien sprach, antworteten ihm ein Dutzend superkluge Spießbürger: „Wir haben ja Alles, was wir wollen!"

Die „Vossische Zeitung" sprach die Meinung dieser Leute aus.

*) Die Meldung der „Vossischen Zeitung," wonach Spreeschiffer „Militärleichen," nach dem Tiefgang der Schiffe auf 1200 bis 2000 zu schließen, gefahren hätten, kann auf Authentizität keinen Anspruch machen.

Während sie wenige Tage vor der Revolution die Arbeiter als „Gesindel" bezeichnet hatte, spendete sie ihnen nunmehr alles Lob. In einem „Extrablatt der Freude," das fade und nichtssagend war*), schilderte sie den Umschwung der Dinge. Dies Extrablatt wurde von den Philistern geradezu verschlungen. Um so unangenehmer war es denselben, daß gerade in diesem Moment der Finger in die aufbrechende Wunde der Klassengegensätze gelegt wurde. Dies that der Redakteur der „Zeitungshalle," G. Julius. Das demokratische — aber keineswegs republikanische — Blatt trat den Friedens- und Mäßigungs-Aposteln entgegen, die den Vertrauensdusel bis zur Dummheit zu steigern suchten, und fragte, ob man sich denn so schnell mit dem Militär versöhnen wolle, gegen das man noch soeben gekämpft. „Die Wahrheit ist," so hieß es in dem Artikel, „daß auch bei uns, so gut wie in Frankreich, wie in England, der Bruch zwischen der Bürgerklasse und Arbeiterklasse schon vollendet ist. Nicht zwischen dem Königthum und der Republik ist Krieg, sondern zwischen den Besitzenden und den mit ihrer Arbeitskraft zum Besitze Drängenden. Unsere Bürger fühlen dies gar wohl, und darum beginnen sie schon jetzt, nach dem ersten Tage unserer glorreichen Revolution, aus vollen Kräften rückwärts zu ziehen. . . . . Es ist gut, daß der König an die Spitze der Bewegung treten will. Möge es ihm glücken, den Kampf der beiden Elemente so zu regeln, daß wir bald zu einem wohlthätigen Frieden kommen. Aber das vermag der König nur dann, wenn er mit dem bisherigen System, der bisherigen Denkweise ganz gebrochen hat, wenn er rein und ganz den Anforderungen und Gesetzen der neuen Entwickelung sich hingiebt." — Der Artikel verlangte dann, der Vereinigte Landtag solle nicht mehr einberufen, sondern ein Wahlgesetz oktroyirt werden, nach dem jeder volljährige Mann Wähler und wählbar sei; sodann sollten sofort die Wahlen ausgeschrieben und ein „Ministerium für die Untersuchung und Regelung der Arbeitsverhältnisse" eingesetzt werden. Dies werde für die Arbeiter beruhigend wirken und ein Schritt zum Frieden sein. „Nur möge sich," hieß es zum Schlusse, „die Bürgerklasse nicht schmeicheln, daß der Arbeiter sich werde einschläfern lassen — das leidet der Hunger nicht! Muthig ans Werk! Und keine Ruhe! Keine, keine Ruhe! Nicht eher Ruhe, als bis wir etwas Tüchtiges erarbeitet haben werden!"

Dieser Artikel schlug wie eine Bombe ein und die Philister, die sich auf der Straße umarmten und einander als freie Männer begrüßten, sahen

*) Wir geben eine genaue Abbildung dieses Blattes, dessen Mittheilungen, in Eile und Aufregung niedergeschrieben, mehrfach unrichtig sind.

schon alle Schrecken der „sozialen Revolution" emporsteigen. Wüthend strömten sie bei dem Redakteur der „Zeitungshalle" zusammen, bedrohten und beschimpften ihn, alte Freunde kündigten ihm die Freundschaft und die Börse (!) erließ eine Erklärung gegen ihn, wonach „die Interessen der Arbeiter und der Bürger eins seien." Die Presse bezeichnete den Mann, der von der Preßfreiheit Gebrauch gemacht hatte, als „Aufwiegler und Unruhestifter," und zwar in demselben Moment, wo noch Alles voll Jubel über die neuerrungene Preßfreiheit war. Diese Haltung des Bürgerthums mußte alle aufrichtigen Freunde des Volkes mit tiefer Besorgniß erfüllen und der Märzbegeisterung einen bitteren Beigeschmack geben.*)

Die Berliner Ereignisse waren von mächtiger Wirkung für die preußische Monarchie wie für ganz Deutschland. Von allen Seiten kamen Deputationen nach Berlin, um ihre Forderungen zu stellen. Die Märzkämpfer wurden in Adressen, in Reden und Liedern gepriesen. In manchen preußischen Städten gab es Tumulte. Auch die Bauern wurden unruhig, namentlich in Schlesien. Die Herren Junker beeilten sich, im kritischen Moment den Bauern entgegen zu kommen, wo sie sich regten. Die Frohndienste wurden unmöglich und unter dem 20. April nahm die Regierung auch die Ablösungsfrage wieder in die Hand. Die Junker und Grundherren verlangten, nachdem die reaktionäre Strömung wieder mächtiger geworden, eine Entschädigung für den Wegfall der mittelalterlichen Leistungen und sie erlangten später auch eine solche. Einstweilen hofften die Bauern, daß die demnächst zu wählende neue Volksvertretung auch die gänzliche Abschaffung der Feudallasten in die Hand nehmen werde.

Eine Wirkung der preußischen Revolution war die Erhebung von Schleswig-Holstein und dessen zeitweilige Losreißung von Dänemark. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns mit dem verworrenen Knäuel von staatsrechtlichen Fragen zu beschäftigen, den das frühere Verhältniß der beiden Herzogthümer zu Dänemark darstellt. Das „alte gute Recht" der Schleswig-Holsteiner, nämlich der Vertrag von 1460, nach dem die Herzogthümer

*) Varnhagen von Ense schreibt über diese Angelegenheit in seinen Tagebüchern:

„Ein Aufsatz von G. Julius in der „Zeitungshalle" hat den Bürgern mißfallen und dem Verfasser Drohungen und Beleidigungen zugezogen; ein paar Ausdrücke sind unvorsichtig; sonst ist der Aufsatz gut. Aber die Philisterei nimmt überhand, die muthigen Kämpfer sind abgetreten, die Matten und Furchtsamen machen sich geltend unter Bürgern und Studenten; es ist, als ob ihnen das Geschehene leid wäre; auch wünschen sie schon Truppen herbei, weil ihnen der Wachtdienst zu schwer wird; die Furcht und Besorgniß haben ihn allerdings übermäßig gesteigert." — Die Truppen sollten die Berliner bald wieder haben!

„up ewig ungedeelt" sein sollten, erschien den Dänenkönigen verschimmelt genug, um es anzutasten. Christian VIII. durchbrach es 1846 mit seinem „offenen Brief," in welchem er behauptete, Schleswig sei schon seit 1721 untrennbar mit Dänemark verbunden. Damals hatten England und Frankreich dem dänischen König Friedrich IV. den Besitz von Schleswig, das er dem Herzog von Holstein-Gottorp abgenommen, verbürgt. Da Christian VIII. auch behauptete, Schleswig sei ein Theil von Holstein, dessen Herzog er war, während Holstein zugleich zum deutschen Bund gehörte, so ward die ganze Frage immer verworrener, namentlich da sich die Schleswiger auch in der Frage der weiblichen Erbfolge mit einer Zähigkeit wehrten, die einer größeren Sache würdig gewesen wäre. Christian VIII. suchte der ganzen Sache mit seinem „offenen Brief" ein Ende zu machen. Aber obschon der deutsche Bund nicht einschritt, so goß der „offene Brief" nur Oel ins Feuer und die schon lange vorhandene national-deutsche Bewegung in Schleswig-Holstein ward um so stärker, denn die Schleswig-Holsteiner glaubten ihrerseits am Leichtesten aus dem Wirrwarr zu kommen, wenn sie sich an Deutschland anschlössen. Ganz Deutschland nahm an dem Schicksal des „verlassenen Bruderstammes" den innigsten Antheil, namentlich die deutschen Poeten. „Schleswig-Holstein meerumschlungen" hörte man überall singen.

Im Januar 1848 starb Christian VIII. und sein ihm folgender Sohn Friedrich VII. befolgte gegenüber den Herzogthümern die gleiche Politik wie sein Vater. Er verhieß am 28. Januar 1848 eine Verfassung für den dänischen Gesammtstaat mit Einschluß der Herzogthümer. Die deutsch-nationale Partei von Schleswig-Holstein protestirte durch die Stände der Herzogthümer gegen eine solche Verfassung und sandte am 18. März eine Deputation nach Kopenhagen, die vom Könige Einberufung eines schleswig-holsteinischen Landtages, Vorlage einer Verfassung für beide Herzogthümer und „Nationalbewaffnung" verlangte. Der König nahm die Deputation freundlich auf, schlug aber ihre Forderungen ab und meinte, ein Schleswig-Holstein sei nicht vorhanden, denn Schleswig gehöre zu Dänemark und Holstein zum deutschen Bund.

Inzwischen fand in Berlin die Revolution vom 18. März statt und der König von Preußen stellte sich, wie er bei seinem Umritt sagte, „an die Spitze der Nation." Dies gab den Schleswig-Holsteinern die Zuversicht, daß sie von Preußen Hülfe bekommen würden. Gerade jetzt wurde in Kopenhagen, wo eine starke demokratische Bewegung herrschte, ein neues Ministerium eingesetzt, von dem man wußte, daß sein Ziel die vollständige Vereinigung von Schleswig-Holstein mit Dänemark war.

Am 23. März brach in Kiel der Aufstand los, ohne alles Blut-

vergießen, denn die Truppen gingen sofort zum Volke über. Das ganze Land folgte dem Beispiel Kiels, auch die Bundesfestung Rendsburg, wo die provisorische Regierung ihren Sitz nahm. Sie bestand aus dem Prinzen Friedrich von Holstein-Augustenburg, genannt Prinz von Noer, aus dem Herrn von Reventlow, einem Aristokraten, und aus Schmidt, Bremer und Beseler, welche die Regierung im Namen des nach ihrer Meinung erbberechtigten Herzogs Christian von Holstein-Sonderburg-Augustenburg übernahmen. Diesen dynastischen Revolutionären, die ein Spielzeug in der Hand der Diplomatie waren, wurde später der Demokrat Olshausen beigesellt, der aber allein nichts ausrichten konnte.

Die provisorische Regierung mußte den sofortigen Angriff Dänemarks erwarten und sie wandte sich an Preußen um Hülfe, die ihr auch zugesagt wurde. Außerdem strömten viele Freiwillige nach Schleswig-Holstein, namentlich aus Berlin, um gegen die Dänen zu kämpfen. Die deutschen Regierungen sahen diesen Abzug revolutionärer Streitkräfte nicht ungern.

Preußen, Hannover, Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig übernahmen es, für die schleswig-holsteinische Sache zu Felde zu ziehen. Dies geschah zur gleichen Zeit, während Preußen die nationale Erhebung der Polen mit den Waffen niederwarf. Sehr erklärlich, denn in Schleswig-Holstein wurde nicht für politische Freiheit oder konstitutionelle Zustände gekämpft. Das wäre unter der dänischen Herrschaft leichter zu erreichen gewesen, als unter einer deutschen. Die schleswig-holsteinische Erhebung hatte lediglich den Zweck, zu den sechsunddreißig deutschen Fürsten einen siebenunddreißigsten in der Person des Herzogs Christian zu gesellen. Sonst wäre die Sympathie des „nationalen" Elements in Deutschland für Schleswig-Holstein nicht so groß gewesen.

Das Vorparlament.

Mit dem Ende des Monats März hatte die deutsche Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Fast überall befand sich das Bürgerthum im Besitze seiner konstitutionellen Errungenschaften; die Bauern schüttelten ihre Feudallasten ab. Die öffentlichen Gewalten schienen sich allen Wünschen des Volkes widerstandslos zu fügen; aus verschiedenen Städten ward gemeldet, daß die Polizei so gut wie gar keine Gewalt mehr habe und daß dennoch die Welt noch nicht untergegangen sei. An Exzessen war kein Mangel; wie hätte es auch an solchen fehlen sollen bei einem Volke, das sich seit Jahrhunderten zum ersten Mal mündig fühlte gegenüber den Bevorrechteten, die da meinten, ihre Vorrechte seien ihnen von der Vorsehung selber verliehen! Im Allgemeinen war die Freude des Volkes eine harmlose, viel harmloser als die schwarzen Gedanken, welche die gestürzten Anhänger des Alten grimmig in der Brust verbargen.

Eine Sturmfluth von neuen Ideen ergoß sich über Deutschland; in einzelnen Kreisen ging man weit über die Errungenschaften des 18. März hinaus; man dachte an eine Republik, namentlich in den an Frankreich angrenzenden Landestheilen. Zu Offenburg in Baden fand am Sonntag, den 19. März, eine großartige Volksversammlung statt; 15000 Menschen waren auf dem Markte versammelt und vom Balkon des Rathhauses herab sprachen die Führer der badischen Bewegung, die entschiedensten Volksmänner. Fickler von Konstanz, der Redakteur der radikalen „Seeblätter," wollte die Republik sofort proklamirt wissen, aber Itzstein, Hoff, Soiron, Brentano, selbst Hecker und Struve widersprachen. Sie hielten den Zeitpunkt nicht für geeignet und Hecker meinte, man dürfe sich nicht auf die Unterstützung der Franzosen verlassen; Deutschland müsse seine Neugestaltung aus sich selbst heraus schaffen. Die Versammlung entschied sich für ein deutsches Parlament und schuf zugleich eine umfassende Organisation der demokratischen Partei in Baden. Aehnlich verfuhr die erste große Volksversammlung in Württemberg, die zu Göppingen stattfand. Aber im Ganzen wurde wenig organisirt und das liberale Bürger-

thum schwelgte in dem Genusse, seine „Freiheit" und damit sich selbst zu verherrlichen. An Toasten, Festreden und Freiheitsliedern war kein Mangel.

Um diese Zeit glaubte man an einen unmittelbar bevorstehenden Einfall deutscher Arbeiter aus Frankreich. Es war der Schatten, den die von dem Dichter Georg Herwegh in Paris organisirte „demokratische Legion" vorauswarf. In Wirklichkeit überschritt sie erst gegen Ende April den Rhein. Aber es schwirrten die übertriebensten Gerüchte durch die Luft und wurden sogar am Rhein Bundestruppen aufgestellt. Die Reaktionäre thaten Alles, um die beunruhigenden Gerüchte zu verbreiten und bis zur Unsinnigkeit zu steigern. Am 25. März kam das ganze Schwabenland in Verwirrung, indem ein plötzlicher Franzosenschreck das Land erfaßte. Es hieß, die Franzosen hätten schon den Schwarzwald überschritten; eine Behörde theilte es der anderen durch reitende Boten mit; in jeder Stadt glaubte man die Franzosen nur noch einige Stunden entfernt; man vergrub und flüchtete seine Schätze und es dauerte lange, bis wieder Ruhe wurde.*)

Außer dem Franzosenschrecken gab es auch einen Russenschrecken. Man dachte an die Eingriffe und Einflüsse Rußlands in Bezug auf deutsche Zustände, und die Furcht lag nahe, der russische Koloß möge sich zu Gunsten der gestürzten Gewalten in Bewegung setzen. Die politischen Versammlungen hallten wider von den heftigsten Ausfällen gegen Rußland und den Zaren Nikolaus I., den Hort des Absolutismus, dessen bekannte Gewaltthaten gegen das unglückliche Polen das ganze liberale Europa in Erbitterung versetzt hatten. In den Zeitungen konnte man nicht genug vor der Russengefahr warnen und täglich stand dort zu lesen, ein Krieg mit Rußland sei unvermeidlich.**)

Aber die russische Intervention und Invasion kam nicht. Die Revolution hatte die heilige Allianz zerrissen. Rußland stand vereinzelt und Nikolaus beschränkte sich auf Maßregeln, die das Hinüberfluthen der revolutionären Bewegung nach Rußland verhüten sollten. Das russische Volk stak so tief im Sumpf des Elends und der Unwissenheit, daß es schon theilnahmslos geworden war. Am 23. März erließ der Zar ein grimmiges Manifest gegen die „Frevel" in Frankreich und Deutschland; seine Völker blieben indessen in der That vom Hauch des Zeitgeistes unberührt. Die Ausfälle der demokratischen Presse und der

*) Dieser „Franzosenfeiertag," den der Pfarrer Bunz in einer eigenen Schrift beschrieben hat, führte zu allerlei drolligen Dingen. So gab u. A. ein Tübinger Professor den Frauen und Jungfrauen den guten Rath, Männerkleider anzuziehen, um sich so gegen die Zudringlichkeiten der Franzosen zu schützen.

**) Siehe z. B. die „Vossische Zeitung" der letzten Märzwoche.

Volksredner in Deutschland aber regten den Herrscher aller Reußen auf und sein Kanzler, der famose Nesselrode, erließ ein Rundschreiben an die russischen Vertreter im Auslande, in welchem er diese aufforderte, „allen gescheuten Personen" zu sagen, daß die Absichten des russischen Kaisers nur friedliche seien. Man wußte damals übrigens auch schon, wie wenig den schönen Worten russischer Diplomaten zu trauen sei, namentlich wußten das die „gescheuten Personen."

Inzwischen richteten sich die Blicke der Deutschen nach Frankfurt am Main. Von dort sollte das Heil kommen.



Dr. Wirth.

Der zu Heidelberg eingesetzte Siebener-Ausschuß war nämlich nicht unthätig gewesen. Er hatte nicht nur „alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder oder Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen" — Ost- und Westpreußen, sowie Schleswig-Holstein inbegriffen — auf den 30. März nach Frankfurt geladen, sondern er berief auch noch eine Anzahl anderer, seiner Meinung nach „durch das Vertrauen des Volkes ausgezeichneter" Männer und forderte die preußischen Stadtverordnetenversammlungen auf, Vertreter aus ihrer Mitte zu schicken.

Der Siebener-Ausschuß hatte durch die Form seiner Einladung, die an bestehende und bestandene parlamentarische Körperschaften anknüpfte, dafür gesorgt, daß die demokratischen und eigentlich revolutionären Elemente nur in geringer Anzahl in dem Vorparlament erscheinen konnten.

Das eigentliche Volk blieb ganz ausgeschlossen und es bildete sich eine ungeheure Mehrheit aus jenen mattherzigen Liberalen, denen es unter den vormärzlichen Zuständen gelungen war, durch das Sieb reaktionärer Wahlsysteme in die Kammern und Gemeindevertretungen einzubringen. Diesen Leuten ging die Revolution schon viel zu weit. Sie dachten mit Angst und Entsetzen daran, daß sie eigentlich ein revolutionäres Mandat besaßen. Aber sie mußten Gebrauch von demselben machen, um nicht die demokratischen „Wühler" obenauf kommen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit hofften sie den Fürsten und den Regierungen so große Dienste zu leisten und ihre Loyalität so hell strahlen zu lassen, daß man



Einzug des Vorparlaments in die Paulskirche zu Frankfurt.

ihnen nicht nur ihre „revolutionären" Anfälle in den hochbewegten Märztagen verzeihen, sondern sie auch für ihre reaktionäre Strangzieherei belohnen sollte.

So sah man in dieser merkwürdigen Versammlung neben einer kleinen Anzahl entschiedener Republikaner und Demokraten eine Menge von blassen Liberalen, Angstphilistern, versteckten Reaktionären und ganz gewöhnlichen Durchschnitts-Spießbürgern. Zum ersten Mal erschien auf dem politischen Schauplatz in größerer Anzahl jenes unglückselige Element, das der deutschen Bewegung von 1848 in ihrem parlamentarischen Theil einen halb komischen, halb traurigen Anstrich gegeben hat — die deutschen Professoren. Es gab unter ihnen auch tüchtige Leute — die übergroße Mehrzahl aber wäre besser auf ihrem Katheder geblieben, statt mit ihrem albernen und unerträglichen Geschwätz die Zeit zu vertrödeln, in welcher Thaten erforderlich waren, wenn die freiheitlichen Errungenschaften gewahrt werden sollten. Es war ein grobes deutsches Wort, das die demokratische Kritik diesem Professorenthum entgegenschleuderte, indem sie dasselbe als „je gelehrter, desto dümmer" bezeichnete, aber es war nicht zu hart und traf den Nagel auf den Kopf.

Es waren im Ganzen 511 Männer, die sich als Vertreter Deutschlands in Frankfurt einfanden. Die Vertretung war seltsam vertheilt. Aus Preußen waren 141 Abgeordnete anwesend, aus Oesterreich nur zwei! Aus Bayern kamen 44, aus Hannover 9, aus Württemberg 52, aus Sachsen 26, aus den sächsischen Herzogthümern 21, aus Baden 72, aus Hessen-Darmstadt 84, aus Hessen-Homburg 2, aus Kurhessen 26, aus Nassau 26, aus Braunschweig 5, aus Oldenburg 4, aus Schleswig-Holstein 7, aus Mecklenburg und Lippe 19, aus Anhalt, Reuß und Hohenzollern 8, aus den freien Städten 26 Vertreter. Daß Oesterreich für seine gesammte Bevölkerung nur zwei Vertreter sandte, erschien als ein schlimmes Zeichen. Die Demokraten wurden zornig, als sie unter den Abgeordneten so viele Stützen und Werkzeuge der vormärzlichen Wirthschaft sahen. „Wo ist nur der Verstand des Siebener-Ausschusses geblieben?" klagten sie; „es ist unverantwortlich!" — Sie hätten eher daran denken sollen, damals, als man ihnen zu Heidelberg das Heft aus der Hand nahm.

Das alte Frankfurt empfing die Abgeordneten mit aller Begeisterung des „Völkerfrühlings." Zwar den alten Patriziern, Großhändlern und Bankiers mochte es nicht allzu wohl bei der Sache sein. Die Krämerseelen schwärmten für die Freiheit nur insofern, als sie die Schranken für die Kapitalanhäufung hinwegräumte. Aber die Masse des Volkes war trunken vor Freude. Die Stadt prangte im Festschmuck; die Abgeordneten wurden mit Ehrenpforten und Ehrensalven empfangen; die Straßen, die sie passirten, wurden mit Blumen bestreut. Zeitgenossen und Augenzeugen jener Ereignisse haben uns oft erzählt, daß jene Tage ihnen unvergeßlich seien und zu ihren schönsten und erhebendsten Erinnerungen gehörten.

Am 31. März, Vormittags, traten die Abgeordneten im Kaisersaal des Römer zusammen und wählten zu ihrem Vorsitzenden den Geheimrath Mittermaier aus Heidelberg, eine Leuchte juristischer Wissenschaft und von freisinnigem Rufe. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Itzstein aus Mannheim, Dahlmann aus Bonn, Robert Blum aus Leipzig und Sylvester Jordan aus Marburg, der Märtyrer der kurhessischen Konstitutionellen.

Unter den Jubelrufen des Volkes und dem Donner der Geschütze begab sich das Parlament in langem Zuge nach der Paulskirche. Tausende bildeten Spalier und man zeigte sich die bekannten Mitglieder, den Geschichts-



Gustav von Struve.

schreiber Wirth, den Dichter Uhland, Hecker und Struve, Heinrich von Gagern, Eisenmann von Nürnberg, Titus von Bamberg und eine Menge Anderer, die sich irgendwie hervorgethan hatten oder um ihrer Gesinnung und Wirksamkeit willen verfolgt worden waren. Es war viel Zwiespalt in der Versammlung, aber Reaktionäre, Halbliberale und Konstitutionelle, wenn sie auch untereinander haderten, waren einig gegen Demokraten und Republikaner.

In der großen Rotunde der Paulskirche hielt der Präsident Mittermaier eine wohlgesetzte Ansprache, die Allen gerecht werden wollte, was bei den verbissenen Reaktionären höhnisches Grinsen und boshafte Bemerkungen hervorrief. Sodann überfiel der frömmelnde Fabrikant Metz aus Freiburg

die Versammlung mit dem Spruche: „Wo der Herr nicht mitbauet, da arbeiten umsonst, die da bauen!“ Er forderte die Versammlung auf, sich zu erheben, zum Zeichen, daß sie an diesen Satz glaube, und sie folgte ihm.

Die Redezeit ward auf zehn Minuten festgesetzt und die Diskussion begann. Als einziger Berathungsgegenstand lag vor das Programm des Siebener-Ausschusses, welches als die Grundlagen der neuen Verfassung Deutschlands forderte:

„I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.
II. Einen Senat der Einzelstaaten.
III. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70000.
IV. Kompetenz des Bundes durch Verzicht der Einzelstaaten auf folgende Punkte: 1. Ein Heerwesen. 2. Eine Vertretung gegenüber dem Auslande. 3. Ein System des Handels, der Schifffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münzen, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. 4. Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht. 5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.
V. Der Beschluß der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung auf obigen Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden.
VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen.“

Dieser Antrag, der über den 40 deutschen Vaterländern einen konstitutionellen Ueberbau mit einem neuen Reichsfürstenthum konstruiren wollte, zeigte schon sehr deutlich, wie die Liberalen und Konstitutionellen die deutsche Bewegung von der Freiheit auf die bloße Einheit hinüberspielen wollten. Das Ganze besteht nur aus nebelhaften Umrissen und gerade diejenigen Punkte, die dem Volke am wichtigsten sein mußten, waren nur kurz gestreift oder mit Schweigen übergangen. Mit diesem Programm wollte die liberale Bourgeoisie die Grenzlinien für die Revolution ziehen, die ihr passenden Errungenschaften nach rechts und links sicher stellen und sich zugleich einen Rückhalt schaffen, falls die Bewegung ihr zu weit gehen sollte.

Der Zusammenstoß mit den Demokraten und Republikanern, die weiter gehen wollten, mußte nunmehr erfolgen.

Gustav von Struve trat auf und trug mit seiner schneidenden Stimme die Forderungen seiner Partei vor. Er forderte in 15 Punkten klar und unzweideutig die Herstellung eines demokratischen Staatswesens, Aufhebung der stehenden Soldatenheere, Aufhebung der „stehenden Heere von Beamten," Aufhebung der „stehenden Heere von Abgaben," „die am Marke des Volkes zehren," Aufhebung aller Vorrechte, der Klöster, der Verquickung von Kirche und Staat, sowie der veralteten und verkommenen Justiz; dafür aber Preßfreiheit, eine habeas-corpus-Akte, Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen, Rechtseinheit und Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands, sowie dessen Neueintheilung in Reichskreise. Die letzte Forderung in Punkt 15 lautete: „Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten."*)

„Deutsches Volk," schloß Struve, „dies sind die Grundsätze, mit deren Hülfe allein, unseres Erachtens, Deutschland glücklich, geachtet und frei werden kann. — Wir werden in Frankfurt am Main vereinigt bleiben, bis ein frei gewähltes Parlament die Geschicke Deutschlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen frei gewählten Vollziehungs-Ausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten."

Ha, da war sie leibhaftig, die deutsche Republik, und sie gab sich nicht die geringste Mühe, ihr Antlitz zu verschleiern. Den Professoren und Angstphilistern lief es kalt über den Rücken.

Nun mußte sich's zeigen, ob Hecker richtig gerechnet hatte. Man hatte ihm gesagt: „Erwarten Sie denn von Hofräthen, Professoren und Staatsdienern revolutionäre Beschlüsse?" — „Ich werde sie terrorisiren!" hatte Hecker geantwortet. Diese phantastische Ueberschwänglichkeit sollte nun eines Besseren belehrt werden.

Gegenüber dem Programm des Siebener-Ausschusses, das mit seiner Verschwommenheit unmöglich die Forderungen des Volkes erfüllen konnte, stach der klar formulirte Antrag Struve's ungemein vortheilhaft ab. Aber wenn ein konstitutioneller Ueberbau über die 40 Vaterländer, bei dem österreichisch-preußischen Dualismus, eine Utopie war, so war es der Struve'sche Antrag nicht weniger, und gerade in seinem wichtigsten Punkte.

*) Den Wortlaut des Struve'schen Antrages siehe unter den Anlagen.

Der biedere Struve dachte einfach den nordamerikanischen Föderativstaat dem sich neu gestaltenden Deutschland über den Kopf stülpen zu können. Er bedachte nicht, daß beide Länder sich ganz verschieden entwickelt haben und daß die jeweilige Form des Staatswesens sich der gesellschaftlichen Entwickelung anzupassen hat. Deutschland mit seiner tausendjährigen Entwickelung die Formen des ganz jungen nordamerikanischen Gemeinwesens aufzwängen zu wollen, war eine Utopisterei. Ein Föderativstaat ist immer etwas Unvollendetes, denn der Staatsbegriff der Gemeinsamkeit ist in einem solchen noch nicht zum Durchbruch gekommen. Gerade Deutschland



Karl Mittermaier.

hatte seine Zerrissenheit, den Föderalismus als tausendjährigen Marterpfahl im Fleische gefühlt, so daß es nach Einheit förmlich lechzte.

Es gab auch aufrichtige Republikaner, denen der Struve'sche Antrag verfehlt dünkte; Johann Jacoby dachte in dieser Frage klarer. Ohnehin war in dem Antrag die soziale Frage nur so obenhin berührt. Was man den Arbeitern zusagte, war so unbestimmt, wie die „nationalen Freiheitsrechte" in dem Entwurf des Siebener-Ausschusses. Das Höchste, zu dem sich Struve's kleinbürgerlicher Sozialismus verstieg, war die „Gewinnbetheiligung der Arbeiter." Er übersah, daß sich diese Einrichtung nur sehr schwer staatlich organisiren läßt und daß sie ohne Wirkung bleibt, wenn man sie der privaten Fürsorge überweist. Die bürgerlichen Demokraten

und Republikaner sprachen sehr viel von „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.“ Sie dachten nicht daran, dies „Mißverhältniß“ in der Produktionsform selbst zu suchen.

Der Struve'sche Antrag bewirkte zunächst eine ungeheure Verblüffung unter der Professoren-, Hofraths- und Spießbürgermajorität und der ehrwürdige Greis Mittermaier schien in seinem schönen Silberhaupt keinen Ausweg zu finden, wie er mit dem gefährlichen Aktenstück fertig werden könne. Er sagte nur, Struve habe länger als zehn Minuten gesprochen. Herr Schaffrath aus Sachsen, der vielgewandte Anwalt, half dem



Wesendonck.

Präsidenten aus der Verlegenheit, indem er einen Ausschuß zur Prüfung des Struve'schen Antrages vorschlug. Damit waren die Schleusen der Diskussion entfesselt und ein Phrasenstrom ergoß sich über die Republikaner, daß sie kaum mehr dagegen aufkommen konnten. Alle sprachen von „Einheit,“ „Freiheit,“ „Volk“ und „Recht,“ nur von dem Struve'schen Antrag wollten sie nichts wissen. Heinrich von Gagern meinte, die Grundsätze Struve's müßten „den Kredit gefährden“, und Eisenmann rief, er sei unter der konstitutionellen Monarchie 15 Jahre lang widerrechtlich im Kerker gesessen und lebe und sterbe für die konstitutionelle Monarchie! Welch rührende Ueberströmung eines hyperloyalen Philistergemüths! Auch Herr Welcker, der noch kurz zuvor den republikanischen Wütherich gespielt

hatte, tobte gegen Struve. Als der Professor Vogt aus Gießen darauf Welcker erwidern wollte, machte er eine spöttische Anspielung auf dessen Eigenschaft als Vertrauensmann beim Bundestag und begann: „Der Herr Abgeordnete oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker .....,“ worauf ein solcher Tumult losbrach, daß der Präsident die Sitzung eine halbe Stunde aufheben mußte. Robert Blum sprach versöhnlich und die Versammlung schloß sich der Auffassung Wesendonck's an, der meinte, die Frage der Staatsform habe erst die konstituirende Nationalversammlung zu entscheiden, deren Beschlüssen man sich unterordnen müsse. Nach all dem Lärm ließ noch ein Herr Dietze aus Düsseldorf die Kolossal-Phrase los: „Ich kann an der Sonne Flimmer und Licht zweifeln, nur nicht daran, daß endlich die Freiheit Deutschlands zur Wahrheit wird!“ So war der Durchschnitts-Märzphilister beschaffen. Und dann beschlossen sie, eine konstituirende Nationalversammlung mit einem Abgeordneten auf je 50 000 Seelen einzuberufen. Die Abgeordneten sollten aus Urwahlen hervorgehen, von denen kein würdiger Bürger auszuschließen sei. Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen wurden als Theile des deutschen Bundes erklärt und ihnen Vertretung in der Nationalversammlung zugestanden. Bezüglich Posens, wo eben ein Aufstand losbrach, ließ man die Frage offen, doch protestirte die Versammlung gegen die Theilung Polens und verlangte dessen Wiederherstellung.

Dies war die erste Sitzung und sie konnte auf das große Publikum keinen erhebenden Eindruck machen. In den Wirthshäusern gab es heftige Zusammenstöße zwischen Republikanern und Monarchisch-Konstitutionellen und man ließ vielfach die Republik hoch leben, der Wein that seine Wirkungen und in etwas katzenjämmerlicher Stimmung berieth die Versammlung am anderen Morgen weiter. Man verhandelte über den Wahlmodus für die konstituirende Versammlung. Das allgemeine und direkte Wahlrecht fand energische Fürsprecher; sogar der alte „Turnvater“ Jahn, dem ob allzu vieler Franzosenfresserei die Zähne längst stumpf geworden, trat dafür ein. Aber die Versammlung überließ es den einzelnen Regierungen, die Wahlen direkt oder indirekt vornehmen zu lassen.

Dann kam der Antrag Hecker zur Verhandlung, das Vorparlament solle beisammen bleiben und bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung die Leitung der deutschen Bewegung in der Hand behalten. Das war natürlich den liberalen Leisetretern ein schrecklicher Gedanke. Sie zitterten in der Befürchtung, die Weltgeschichte wolle ihnen eine Aufgabe zuweisen, wie einst dem französischen National-Konvent von 1792. Und doch, wer diese Menge angstschwitzender und hyperloyaler Hofräthe, Bureaukraten und Professoren sah, der konnte in ihnen nur die

kläglichste Karrikatur jener berühmten Versammlung erblicken, die mit der großen Koalition Pitt's zu kämpfen hatte und siegreich blieb, während in dem Vorparlament die Furcht vor dem Volke mit der Furcht vor den reaktionären Gewalten um den Vorrang stritt.

Welcker war schon so sehr Bundestägler geworden, daß er den Bundestag, diesen abgestorbenen Ast am Stamm der deutschen Eiche, das letzte Band des Zusammenhaltens gegen Unordnung und Anarchie nannte. Denn Anarchie mußte nach seiner Meinung die nothwendige Folge der Permanenz des Vorparlaments sein und die Angstphilister sahen sich im



Moritz Rittinghausen.

Geiste schon schaudernd auf das Brett der Guillotine geschnallt und zum letzten Mal durch das „Nationalfenster" in die schöne, grüne, sonnige Welt schauend, bevor der Henker das mörderische bluttriefende Eisen niedersausen ließ.

Hecker suchte den Biedermännern Muth einzuflößen. Deutschland erwarte Alles von dem Vorparlament, meinte er, und die Regierungen hätten nicht den Muth und nicht die Macht, Widerstand zu leisten. Der feurige d'Ester aus Köln stimmte ihm zu, ebenso Moritz Rittinghausen aus Köln.*) „In Deutschland existirt für diesen Augenblick keine faktische

*) Später bekannt als sozialdemokratischer Abgeordneter, namentlich aber als Verfechter der direkten Gesetzgebung durch das Volk.

Gewalt," rief Rittinghausen, „denn die Regierungen bestehen ja sozusagen nicht mehr. Es gab einen Augenblick, wo man gar nicht wußte, ob man in Preußen die alte oder eine provisorische Regierung habe." Diese scharfe Zeichnung der Situation regte die loyalen Gemüther auf; wie hätte sich ein rechter „Patriot" Deutschland ohne Regierungen denken sollen? Rüder aus Oldenburg*) widersprach und befürwortete einen Ausschuß von 50 Personen, der die Ausführung der Beschlüsse des Parlaments überwachen sollte. Auch Venedey, der einst als Flüchtling einem weltumstürzlerischen Radikalismus gehuldigt, sprach gegen die Permanenz, namentlich aber Gagern, welcher meinte, die Versammlung sei dazu nicht berechtigt. Umsonst traten der alte Itzstein, Johann Jacoby und Raveaux für die Permanenz ein. Jacoby meinte, die Versammlung sei das einzige Organ der deutschen Einheit und es sei ihre Pflicht, nicht vom Platze zu weichen. Raveaux erinnerte die Versammlung daran, daß sie selbst revolutionären Ursprungs sei. Alles umsonst; diesen famosen „Revolutionären" saß die Angst vor der „Revolution" und der „Anarchie" so sehr im Nacken, daß sie den Hecker'schen Antrag auf Permanenz mit einer Majorität, die nur die Besorgniß um Kopf und Kragen hatte zusammenbringen können, niederstimmten. Mit 368 gegen 148 Stimmen ward der Antrag Hecker's abgelehnt und ein Antrag Heinrichs von Gagern angenommen, wonach ein Ausschuß von 50 Mitgliedern „mit dem Bundestag ins Vernehmen treten und denselben bei der Wahrung der Interessen der Nation berathen sollte."

Wie groß die Begriffsverwirrung war, geht daraus hervor, daß sogar Ludwig Uhland für den Fünfziger-Ausschuß und gegen die Permanenz stimmte. Es fehlte diesem Manne sonst nicht an Scharfblick. Er hatte im Vorparlament die Situation richtig erfaßt, als er meinte: „Wochen sind jetzt Jahrhunderte!" Und doch entschloß er sich, noch sechs „Jahrhunderte" zu warten bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung und während dieser Zeit das Heft aus der Hand zu geben.

Jetzt konnte kein Zweifel mehr sein, daß die „Lauen" und „Halben," die offenen und verkappten Rückschrittler und die furchtsamen Biedermänner in der Versammlung die ungeheure Mehrheit bildeten gegenüber der entschiedenen und thatkräftigen Demokratie. Man sah es auch dem Gebahren der Majorität an, welchen Schauder sie vor dem revolutionären Boden empfand, auf den sie durch den Strudel der Volksbewegung getrieben

*) Der bekannte spätere Polizeidirektor von Leipzig; damals Konstitutioneller mit schwach demokratischem Anstrich und Mitredakteur an Robert Blum's „Sächsischen Vaterlandsblättern."

worden war. Ihr Bestreben war, diesen Boden möglichst schnell wieder zu verlassen, zu „Muttern“ zurückzukehren und in der gewohnten Alltäglichkeit unterzutauchen. Es erfüllte die Philister mit Grausen, als sie sich in die Nothlage versetzt sahen, „Weltgeschichte“ zu machen.

Ein Antrag von Zitz und Robert Blum, unterstützt von Strecker, Vogt, Jacoby, Behr, Dupré, Itzstein, Leisler und Wuttke, verlangte: „Bevor die Bundesversammlung die Gründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sie sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen (Karlsbad u. s. w.) lossagen und



Ludwig Uhland.

die Männer aus ihrem Schooß entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.“

Dieser Antrag trieb den Konflikt zwischen der Majorität und den Demokraten und Republikanern auf die Spitze.

Bassermann, jetzt schon am Strang der Rückwärtserei ziehend, beantragte statt „bevor“ zu setzen: „indem,“ was den ganzen Antrag wirkungslos und überflüssig machte.

In einer äußerst heftigen Debatte platzten nun die Geister aufeinander und die Demokratisch-Konstitutionellen suchten umsonst zu vermitteln. Uhland sagte: „Ich glaube, daß, wenn der Frühling Sprossen treibt, das alte Laub von selbst abfällt.“ Er setzte alle Hoffnungen auf

„eine junge frische Nationalversammlung." Aber sein Glaube blieb ein Traum, denn das „alte Laub" blieb nachher noch 18 Jahre hängen und das Mißtrauen der Republikaner wurde durchaus gerechtfertigt. Die Wörtlein „bevor" und „indem," so kleinlich und geringfügig sich die Sache äußerlich ansah, bezeichneten die tiefe Kluft zwischen den beiden kämpfenden Parteien. Ein Freiherr von Closen aus Bayern überbot noch die Uhland'sche Vertrauensseligkeit; er meinte, er kämpfe nicht gerne mit Todten, und der Bundestag sei todt. Venedey sagte: „Der Bundestag ist unser Briefträger, darum haben wir ihn nöthig!"

Gegen all diese rosenfarbene Träumerei konnten Hecker's schneidende Beredtsamkeit, Struve's kalte Logik, Blum's warnende Stimme nicht mehr aufkommen. Der Antrag Bassermann's ward angenommen.

Nach diesem Beschluß gab es eine Unruhe, eine rauschende Bewegung in der Versammlung; 79 Mitglieder, Republikaner und Demokraten, darunter Hecker, Struve, Zitz u. A., traten aus dem Vorparlament aus. Aber es schlossen sich ihnen nicht Alle an, die mit ihnen gestimmt hatten. Robert Blum, Johann Jacoby, Raveaux, Wesendonck, Rödinger und auch der alte Itzstein — der übrigens „um der Versöhnung willen" für Bassermann's Antrag gestimmt hatte — blieben zurück. Ob dieser Schritt klug war, lassen wir dahingestellt; jedenfalls durften die einmal Ausgetretenen nicht wieder eintreten, wie nachher geschah.

Gerade in diesem Moment kam der wichtigste Punkt zur Berathung, nämlich die Volksbewaffnung. Glaubrech von Mainz beantragte nämlich, der beschlossene Fünfziger-Ausschuß solle die Durchführung einer vollständigen Volksbewaffnung in die Hand nehmen. Er ging von dem Gedanken aus, die Beschlüsse der künftigen Nationalversammlung könnten nur dann von Bedeutung sein, wenn sie auch eine wirkliche und nicht nur eingebildete Macht zur Verfügung habe. Der Antrag Glaubrech's war so in den Zeitverhältnissen begründet, daß man nicht glauben sollte, er hätte auf Widerspruch stoßen können. Aber bei dieser Gelegenheit fuhren die Doktrinäre und Wolkenwandler des vertrauensduseligen Liberalismus wieder mit der Stange im Nebel umher. Der biedere Seeger von Stuttgart meinte, wenn man Volksbewaffnung beschlösse, so handle man als provisorische Regierung; Venedey orakelte, das Nothwendigste sei, eine Erklärung der Rechte des deutschen Volkes zu erlassen, und alles Andere könne nachher kommen, und derselbe Herr von Closen, der den Bundestag für mausetodt erklärt hatte, sah in dem Verlangen nach Volksbewaffnung nur eine Aeußerung der Furcht! Mathy unterstützte merkwürdiger Weise den Antrag Glaubrech's mit den Worten, daß man die Volksbewaffnung „als einzig sichere Garantie gegen Reaktion

im Innern" haben müsse. Es kann dem künftigen badischen Minister nicht mehr Ernst damit gewesen sein, denn fünf Tage darauf ließ er seinen Freund Fickler als „Landesverräther" verhaften und begann seine neue Carriere, die mit dem Staatsrath anhub. Mathy hoffte damals wohl, die „Volksbewaffnung" werde sich in eine „Bürgerbewaffnung" verwandeln, und er wies ihr vielleicht schon im Voraus die Rolle zu, die sie später aufnahm, nämlich den reaktionären Gewalten als Prellstein gegen die Volksbewegung zu dienen. Herr Aßmann, ein höherer Schulmeister aus Braunschweig, hielt folgende Rede: „Von dieser Frage hängt



Jakob Venedey.

die Ruhe Deutschlands ab. Wenn der Ausschuß ohne Weiteres Volksbewaffnung einleitet, so ist er eine provisorische Regierung und entreißt den Fürsten das wichtigste Recht, das noch in ihren Händen ist, das Recht, die Ordnung in Deutschland durch sie selbst herzustellen." Man hört die Zähne des braven Schulmeisters förmlich klappern.*)

Hierauf ward beschlossen, der Fünfziger-Ausschuß solle dahin wirken, daß die Volksbewaffnung durchgeführt werde. Diese Liberalen konnten

*) Dem gegenüber sei auch nicht verschwiegen, daß Herr Aßmann 1871 in dem großen Prozesse gegen die Sozialdemokraten Bracke und Genossen zu Braunschweig als Zeuge eine durchaus rühmliche und ehrenwerthe Rolle gespielt hat.

sich also nicht einmal dazu erheben, die Ausführung dessen zu verlangen, was die Regierungen in Deutschland fast überall zugestanden hatten.

Die eigentlichen Reaktionäre waren klüger. Sie wußten, daß aus der „Volksbewaffnung" eine Bewaffnung der Bourgeois, der Philister und Angstheuler gegen das Volk werden würde. Darum behandelten sie die Sache diplomatisch.

Inzwischen war es hinter den Kulissen sehr lebendig gewesen; Vater Itzstein hatte Alles versucht, den zürnenden Hecker und seine Freunde wieder zu besänftigen. Sie ließen sich denn auch beschwatzen. Da die Bevölkerung für die Republikaner Partei nahm und beim Schoppen fürchterliche Reden gehalten wurden, so glaubte auch Präsident Mittermaier, es könne eine neue Revolution ausbrechen. Er eilte zum Bundestagspräsidenten Grafen Colloredo und dieser gestand die Aufhebung der Ausnahmebeschlüsse zu. Der Bundestag war in diesem Falle ohne Zweifel auch klüger als die liberalen Philister Bassermann'scher Färbung. Das Zugeständniß wurde mit großem Pathos verkündigt und Hecker und Genossen traten nun wieder ein.

Die „Revolutionäre" wider Willen hatten nunmehr genug Weltgeschichte gemacht und eilten, von dem unheimlichen Boden der Paulskirche hinwegzukommen. Man lud Alles, was noch zu thun war, auf den Fünfziger-Ausschuß und auf den breiten Rücken der künftigen Nationalversammlung ab. Grundrechte, Staatsbürgerrecht, Auswanderung, Schutz der Arbeit und noch mehr dieser schönen Dinge wurden im Handumdrehen erledigt. Interessant war, wie man mit dem armen Mann umsprang. Einige allgemeine Phrasen wie „volksthümliches Kredit-System mit Ackerbau und Arbeiterkassen, Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren und Erwerbslosen Beschäftigung zu verschaffen" u. s. w. wurden den Arbeitern gnädigst hingeworfen, denselben Arbeitern, die der Bourgeois-Liberalismus, als er gegenüber den bestehenden Gewalten emporstrebte, so oft mit den gröbsten Schlagworten aufgereizt und aufgeregt hatte. Eines der nettesten Augenblicksbilder lieferte das Parlament, als der Märzminister Römer aus Stuttgart die Arbeiterfrage behandelte und sprach: „Meine Herren, Sie theilen gewiß Alle die Sympathie für diese Leute und ich bitte, durch Aufstehen den Beweis zu geben!" Und sie standen auf, die braven Vertreter deutscher Nation, und die Arbeiterfrage war vorläufig gelöst. Was „diese Leute," die von der Neugestaltung Deutschlands Arbeit und Brot erwartet hatten, bei solch abgeschmackter Komödie wohl gedacht haben mögen! Schmeichelhaft für die Römer und Genossen waren ihre Gedanken schwerlich.

Der dicke Herr von Soiron aus Mannheim, vormärzlicher Republikaner

und nachmärzlicher Flauliberaler, sprach sodann dem Parlament aus dem Herzen, als er beantragte, die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands solle einzig und allein der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung überlassen sein. Dagegen beantragte Aßmann, die Versammlung solle eine Verfassung mit den Fürsten vereinbaren. Abermals großer Streit. Herr von Soiron schlichtete ihn, indem er ausführte, sein Antrag sei eben so aufzufassen, daß man der Nationalversammlung Alles überlassen solle. Und so ward seinem Antrage beigestimmt, denn mit dieser Auslegung bedeutete derselbe — gar nichts.

Zum Schlusse ward der Fünfziger-Ausschuß gewählt. 38 Mitglieder waren aus der Majorität des Vorparlaments und man wußte, daß diese 38 es an Loyalität gegen die Regierungen nicht fehlen lassen würden. Die zwölf Uebrigen umfaßten die hervorragendsten Köpfe der Demokraten, Itzstein, Blum, Jacoby, Kolb, Raveaux u. s. w. Durch ein Spiel des Zufalls kam Hecker mit 171 Stimmen als der Einundfünfzigste aus der Urne; Struve hatte nur 100 Stimmen. Wenn die Blum, Itzstein, Jacoby, Raveaux und Genossen mit Absicht gewählt worden sind, um sie in dem Ausschusse gewissermaßen lahm zu legen, so war dies eine sehr geschickte Taktik von Seiten der Majorität. Denn die Thätigkeit des Ausschusses bestand hauptsächlich darin, daß er eben so hochtönende als überflüssige Proklamationen erließ, daß seine Mitglieder sich im Reden übten und daß er seine Zeit mit kleinen und lächerlichen Häkeleien mit dem Bundestag todtschlug, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß der Bundestag am 30. März auch die Einberufung eines deutschen Parlaments beschlossen hatte, um „das Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zum Abschluß zu bringen." Doch konnte dieser Beschluß unter den obwaltenden Verhältnissen keine Bedeutung erlangen.

Am 3. April ward das Vorparlament geschlossen und die Mitglieder ließen sich von den Frankfurter Spießbürgern für ihre Leistungen mit Glockengeläute und Kanonendonner begrüßen. Alle Leichtgläubigen jubilirten. Die Entschlossensten und Hitzigsten unter den Republikanern aber traten am Abend des 3. April im „Holländischen Hof" zu Frankfurt zusammen. Sie hegten die Befürchtung, die ganze deutsche Bewegung möchte durch die Haltung und die Beschlüsse des Vorparlaments ins Stocken gerathen. Darum beschlossen sie, das Volk zu den Waffen zu rufen.*) Als man sich berieth, wo denn die „große Aktion" losgehen solle, hatte Jemand den Einfall, das Schwabenland dazu vorzuschlagen. Ob dies ein schlechter Witz sein sollte, kann heute nicht mehr

*) Nach Theodor Mögling: „Briefe an meine Freunde," Seite 63 ff.

beurtheilt werden; der Württemberger Mögling setzte aber auseinander, daß man in Württemberg nur „gegen die Schreiberherrschaft" einen Erfolg erwarten könne; die Masse sei durch die Märzerrungenschaften befriedigt und für republikanische Bestrebungen sei keine Aussicht. Darauf beschloß man, im badischen Seekreise den Aufstand zu beginnen, weil die Abgeordneten dieser Gegend versicherten, die Bevölkerung sei dort so erregt, daß sie ohne Führer losschlagen werde.*)

*) Man wird später sehen, daß diese Behauptung durchaus übertrieben war. Offenbar glaubten manche der Führer, die Masse des Volkes sei so erregt, wie sie selbst.

Die badischen Republikaner.

Hecker und Struve wurden nach ihrer Rückkehr von Frankfurt mit Briefen und Adressen überschüttet und von Deputationen überlaufen, die zum Losschlagen aufforderten. Sie täuschten sich dadurch über die allgemeine Lage und glaubten schließlich, das gesammte deutsche Volk warte nur auf ein Signal, um sich für die Republik zu erheben. Beide Männer genossen damals eine weitreichende Popularität. Hecker war eine männlich-schöne gewinnende Erscheinung und der Zauber seiner feurigen Beredtsamkeit konnte Alles mit sich reißen; Struve, Vegetarianer und Phrenologe, war ein unerschütterlicher Doktrinär voll hohen Selbstvertrauens.*)

Zu Repräsentanten der alten Revolutions-Romantik waren sie Beide wie geschaffen. Das Vorparlament hätte sie belehren sollen, daß das deutsche Volk nicht so ungeduldig auf ihre nebelhafte Föderativ-Republik wartete, als sie glaubten. Daß sie sich immer auf Nordamerika und die Schweiz beriefen, war insofern nicht glücklich, als die historische Entwickelung jener beiden Länder grundverschieden von derjenigen Deutschlands war. Sie schienen in der Republik den Inbegriff aller menschlichen Glückseligkeit zu finden, ohne ihren Idealstaat mit etwas Anderem auszuschmücken, als mit den bekannten Märzforderungen, die sie in einigen Punkten unwesentlich erweitert hatten.

Zum Losschlagen drängten außer ihrem eigenen und ihrer Freunde Ungestüm aber auch noch andere Dinge. Schon nach der Offenburger Versammlung im September 1847 war gegen Hecker und Struve eine Untersuchung wegen Hochverraths eingeleitet worden. Der Abgeordnete Brentano, ein Freund von Hecker und Struve, forderte in der Sitzung der zweiten badischen Kammer am 1. März den Minister Bekk auf, die

*) Die Freundschaft zwischen Beiden befestigte sich erst dann, als der sonst die Phrenologie als „dummes Zeug" verlachende Hecker seinen Schädel von Struve untersuchen ließ. Siehe „Zwölf Streiter der Revolution," von Gustav Struve und Gustav Rasch, wo auch das Resultat dieser Untersuchung ausführlich wiedergegeben ist.

politischen Prozesse einzustellen. „Schlagen Sie die Hochverraths- und Majestätsbeleidigungsprozesse nieder und ich garantire Ihnen mit meinem Kopfe, es wird keine Unruhe mehr vorfallen, ich hoffe, das Volk wird mich nicht im Stiche lassen," rief Brentano. Aber Bekk ging nicht darauf ein und die Untersuchung gegen Hecker und Struve wurde weiter geführt. „Die Maßregeln, welche die badische Regierung gegen die hervorragenden Mitglieder des in Offenburg gewählten Zentralausschusses ergriff, ließen uns keine Wahl zwischen dem Schwerte und der Verhaftung," sagt Struve.*) Dazu kam aber auch die allgemeine Aufregung über die Truppenmärsche. Die Nachricht, daß der „Poet" Herwegh in Paris eine Legion organisire, um mit derselben in Deutschland einzufallen und die vierzig Vaterländer in eine große Republik zu verwandeln, wurde von den Reaktionären benutzt, um den Franzosenschrecken auf die Spitze zu treiben. Man stellte die Sache dar, als handle es sich um viele tausend Köpfe starke mord- und raublustige Banden, die sich wie ein Heuschreckenschwarm auf das unglückliche Deutschland stürzen wollten. Das wirkte so stark, daß auch die Revolutionäre Hecker'scher Richtung fast ängstlich die Gemeinschaft mit den vermeintlichen Raubschaaren Herwegh's in Abrede stellten.**) Auch die Hülfe der deutschen Arbeiter der Schweiz wurde abgewiesen, denn die „gut bürgerlichen" Republikaner Badens waren der Meinung, das „Volk" könne solche besitzlose Leute nur als Räuber ansehen. Die badische Regierung benutzte den Franzosenschrecken, um ihre Truppen in Bewegung zu setzen und aus den Nachbarstaaten militärische Hülfe heranzuziehen. Hessische Truppen rückten gegen den unteren Neckar, bayerische und württembergische Truppen gegen den Seekreis und den Schwarzwald. Bei der Aufregung der Bevölkerung, die vielfach zu den Waffen griff, schien Hecker und Struve der Moment durchaus günstig. Sie nahmen die Sache so leicht, daß sie gar keine ernsthaften Vorbereitungen trafen, denn sie glaubten, die Truppen würden bei dem ersten Zusammenstoße zu den Aufständischen übergehen.

Im Seekreis, wo der Aufstand losbrechen sollte, war Joseph Fickler der Führer der demokratischen Bewegung. Er gab die radikalen „Seeblätter" zu Konstanz heraus und hatte manchen Strauß mit den Gerichten auszufechten. Von großem agitatorischen Geschick, redegewandt und unermüdlich thätig, hatte er sich viel Einfluß und Beliebtheit erworben.***)

---

*) „Zwölf Streiter der Revolution," Seite 16.

**) Brief Fickler's an den Präsidenten der deutschen demokratischen Gesellschaft, Adalbert von Bornstedt, in Paris, vom 26. März 1848.

***) Noch lange nach Fickler's Tode († 1865) liefen in Konstanz allerlei Anekdoten über ihn um, die seinen urwüchsigen und oft sehr derben Humor

Hecker und Struve zählten auf ihn ganz besonders. Fickler befand sich um diese Zeit als Kammermitglied in Karlsruhe und war am Abend des 7. April mit den anderen Mitgliedern der Kammeropposition im „Pariser Hof" zusammen. Auch Mathy, dem Fickler viele Wohlthaten erwiesen und ein Landtagsmandat verschafft hatte, war anwesend. Man ahnte die Wandlung, die in diesem eben noch so fanatischen Republikaner vorging, und Fickler sprach aus, daß er von ihm einen Verrath befürchte. Er wollte noch in der Nacht nach dem Seekreis abreisen, aber seine Freunde beruhigten ihn. Als Fickler am anderen Morgen vor 8 Uhr auf den Bahnhof kam, war Mathy schon dort und rief Polizisten und Bahn-



Karl Mathy.

bedienstete heran, um Fickler zu verhaften. Da diese sich weigerten, rief Mathy in der Nähe befindliche Soldaten heran und sagte ihnen: „Auf meine Verantwortung als Abgeordneter, verhaftet diesen Mann, er ist ein Landesverräther!" Die Soldaten gehorchten und Fickler ward solchergestalt unschädlich gemacht.

---

charakterisirten. Man erzählte u. A. dem Verfasser, in einer großen Versammlung, wo Fickler sprach, sei während seiner Rede ein diensteifriger Gensdarm zu ihm getreten und habe ihm mitgetheilt, der Herr Oberamtmann sei in der Versammlung angekommen. „So," habe Fickler gesagt, „dann kann er mich — — —" und habe unter dem brausenden Gelächter der Versammlung die bekannte, mit jenen Worten gewöhnlich beginnende und nicht sehr höfliche Einladung an den Herrn Oberamtmann ergehen lassen.

Wir halten es nicht für nothwendig, uns hier im Brustton sittlicher Entrüstung zu ergehen; die von Mathy an seinem Freund und Wohlthäter begangene That richtet sich von selbst und alle Schönfärber der Erde können den Fleck nicht austilgen, der an seinem Namen haften geblieben ist.*) Er hatte aber das ganze liberale Philisterthum für sich, das ihm am liebsten das Haupt mit einer Bürgerkrone geschmückt hätte; selbst zahme Demokraten bewunderten die „rettende That."**) Die badische Regierung machte Herrn Mathy sogleich zum Staatsrath.

Aber das Volk gerieth in Wuth und Mathy verließ eilig Karlsruhe. In Mannheim, seinem Wohnsitze, angekommen, fand er die Volksmassen in wilder Aufregung. Sein Haus wurde mit Bürgerschützen besetzt, während die Masse mit dem Ruf: „Volksverräther!" um dasselbe tobte. Unter dem Schutze der Bürgerwehr sprach Mathy vom Balkon herab zum Volke und behauptete, Fickler habe mit den Franzosen konspirirt und einen bewaffneten Einfall derselben in Baden herbeiführen wollen; darum sei er ein Landesverräther. Bei dem Präsidenten der zweiten Kammer habe er, Mathy, die aktenmäßigen Beweise dafür gesehen.

Aber der alte Mittermaier, der Präsident der zweiten Kammer, erklärte in öffentlichen Blättern Mathy's Behauptung für eine Lüge; er habe, sagte er, dem Abgeordneten Mathy keine solchen Aktenstücke gezeigt.***) Da nach dieser Erklärung die liberalen Biedermänner vor Wuth kaum mehr wußten, was sie thaten, so bezeichneten sie die Erklärung des ehrlichen Mittermaier als „taktlos." Bassermann fiel ihm ins Haus und schimpfte so grob über ihn hinein, daß der alte Mann ernstlich krank ward vor Aerger. Mathy ward für einen antiken Charakter erklärt, der Deutschland vor einem Kriege mit den Franzosen gerettet habe, vor einem Kriege, in dem ein Theil der Deutschen es habe mit den Franzosen halten

---

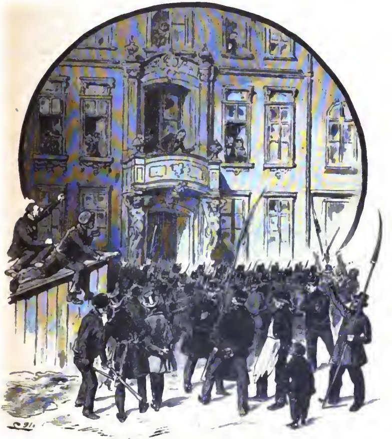
*) Daß sich unter diesen Schönfärbern auch Gustav Freytag befindet, der seinen Parteigenossen Mathy in einem eigenen Buche verherrlicht hat, ändert an der Sache nichts. Mathy ward, wie sich von selbst versteht, später ein Stern der nationalliberalen Partei.

**) „Das Vorgeben des Landesverraths, eines juridischen Begriffs, verfing besonders bei den patriotischen Juristen und in Württemberg empfahl der vaterländische Wahlausschuß die Patrioten Mathy und Bassermann zur Wahl ins Parlament." (Zimmermann). — Mathy wurde in der That gewählt, doch bereuten dies die Wähler später. Siehe die höhnische Adresse des Calwer vaterländischen Vereins an Mathy. („Neue deutsche Zeitung" vom 17. April 1849.)

***) Fickler hatte sich in der That, wie wir gesehen, gegen die Hereinziehung fremder Elemente in die badische Bewegung verwahrt und wollte Frankreich nur für den Fall der Niederlage als „schirmende Rückwand" angesehen wissen.

wollen.*) Mathy habe das Vaterland höher gegolten, als die Freundschaft und die Dankbarkeit.

Die Verhaftung Fickler's war ein schwerer Schlag für Hecker. „Jetzt gehen sie auch an mich und die Kammer bewilligt auch meine



Mathy's Vertheidigung in Mannheim.

Verhaftung," rief er aus. Aber er ließ sich nicht entmuthigen; am 9. April reiste er von Mannheim nach Konstanz ab, wo er seine wenigen

*) Diese Auffassung scheint auch heute noch in gewissen Kreisen obzuwalten, sonst würde das Bildniß des „Staatsmannes" und „Patrioten" Mathy nicht im Foyer des deutschen Reichstages prangen.

Freunde, die entschlossen waren, mit ihm zu gehen, schon vorfand, nämlich Struve, Mögling, Willich, Doll und Bruhn.*)

Die neuen Revolutionäre wußten noch nicht, wie sie die Sache anfangen sollten. Zuerst wollten sie sich in Konstanz verschanzen, die Truppen der Regierung, die sie sich im Rücken bedroht dachten, zum Rückzuge zwingen und dann mittelst der so erkämpften Macht ein föderativ-demokratisches Deutschland herstellen. Schließlich aber beschloß man, von Konstanz aus in bewaffnetem Zuge gegen die Hauptstadt Karlsruhe vorzudringen und dort zunächst die badische Republik zu gestalten, welcher



Friedrich Hecker.

die deutsche nachfolgen sollte. Die Führer der Bewegung trugen sich mit solchen Illusionen, daß sie, wie Mögling erzählt, hofften, das Alles „vielleicht ohne Schwertschlag" zu erreichen.

Struve ging auf den Schwarzwald, um dort die Bevölkerung zu den Waffen zu rufen; Hecker selbst forderte am 12. April in großer

*) Theodor Mögling aus Brackenheim, württembergischer Oekonomierath und Landtagsabgeordneter, auch „Seidenhannes" genannt, weil er in Hohenheim den Betrieb der Seidenzucht geleitet und Vorlesungen darüber gehalten hatte; Willich, ehemaliger preußischer Offizier und „Gemüthskommunist"; Karl Bruhn, derselbe, der später zur Förderung der Agitation Lassalle's in Hamburg den „Nordstern" herausgab.

Volksversammlung zu Konstanz zur Erhebung auf. Seine stürmische Beredtsamkeit riß die Masse mit sich fort. Aber die alten Führer der Demokratie im Seekreise thaten nicht mit. Sie erklärten das Unternehmen für hoffnungslos, namentlich der Bürgermeister Huetlin. Hecker ward zornig, sah in den Widerstrebenden „Feiglinge und Verräther" und drängte nun erst recht vorwärts. Er wolle lieber mit Ehren zu Grunde gehen, als sich muthlos zurückziehen, sagte er.

Am 12. April waren von Hecker und Struve unterzeichnete Ausschreiben an die Amtsbezirke des Seekreises und des Schwarzwaldes er-



Theodor Mögling.

gangen, wonach deren Bewohner sich am 14. April, Mittags 12 Uhr, auf dem Marktplatze zu Donaueschingen „mit Waffen, Munition, in geordneten Zügen und mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen" einfinden sollten.

Am 13. April zog Hecker des Morgens aus Konstanz über die Rheinbrücke. Die Begeisterung, die sich am Abend zuvor in der Volksversammlung gezeigt, war nicht nachhaltig gewesen, denn es folgten dem Führer im Ganzen nur siebenundfünfzig Mann und das Volk sah mit Verwunderung auf diese kleine Schaar, die zu einem so großen Unternehmen auszog.*)

*) Die Gefühle der Theilnehmer selbst schildert wohl am besten Mögling: „Ich muß gestehen, ich betrachtete mich selbst mit Verwunderung. Als

Auf den Dörfern war man nicht weniger erstaunt über die kleine Anzahl. „Wo sind die Konstanzer mit ihren Kanonen?“ hieß es. Ein anhaltender Regen trug nicht dazu bei, die gedrückte Stimmung der Freischaar zu heben. In Stockach fand man die erwarteten starken Zuzüge nicht; die Republikaner verstärkten sich indessen auf etwa 400 Mann und Hecker löste hier durch ein Dekret die Konstanzer Regierung des Seekreises auf. Der demokratische Abgeordnete Peter, bisher Regierungsdirektor, ward zum Statthalter der neuen Republik im Seekreis ernannt und nahm dies Amt an mit der Erklärung, daß er der physischen und moralischen Gewalt weiche.

Zu Engen stieg die Zahl der Männer, die eine deutsche Republik erkämpfen wollten, auf etwa 8—900 und man fand hier zwei alte Geschütze, vielleicht aus dem 30jährigen Krieg. Inzwischen hatte sich ein Theil der Konstanzer Bürgerwehr doch noch entschlossen, an dem Zuge theilzunehmen, und sie kamen mit zwei Geschützen nachgerückt, unter der Führung des jugendlichen Franz Sigel, der früher badischer Lieutenant gewesen. In Engen kam auch zum ersten Mal Frau Emma Herwegh zu Hecker und schlug die Vereinigung der demokratischen Legion, die inzwischen aus Paris an den Rhein gelangt war, mit der Hecker'schen Freischaar vor. Da aber, wie wir angeführt, diese Legion schon seit Monaten als eine Räuber- und Mörderbande verschrieeu wurde, so glaubte Hecker das Angebot ablehnen zu müssen. „Ich habe die deutschen Arbeiter nicht gerufen,“ sagte er, „und werde in keine Verbindung mit ihnen treten.“ — Frau Herwegh, eine schöne, junge, muthige und reiche Berlinerin,

ich meine Theilnahme zugesagt hatte, dachte ich natürlich hauptsächlich an eine geistige Theilnahme, ich wollte unsere Partei durch geistige Arbeiten unterstützen, in irgend einem Dienstzweige mit der Feder arbeiten. An einen sogenannten Freischaarenzug hatte ich nimmermehr gedacht. Da die ganze Sache aber eine andere Gestalt angenommen hatte, so zog ich als Wehrmann der künftigen deutschen Republik mit, da es mir an physischen Mitteln dazu nicht fehlte. Ich hatte plötzlich das Schwert mit der Feder vertauscht. Da ich ohne Waffen in Konstanz angekommen und in der Stadt selbst keine mehr aufzutreiben waren, so besorgte mir endlich ein befreundeter Bürger um schweres Geld einen alten Säbel in der Schweiz, der, wie sich später ergab, eine ganz ausgezeichnete Klinge hatte. Eine gute Muskete war in der Eile nicht aufzutreiben, woran mir auch wenig lag, denn ich sagte meinen Freunden: Kommt es irgendwo zum Kampfe, so will ich gleich eine Muskete haben, ich nehme dem ersten besten royalistischen Soldaten die seinige ab, welche Behauptung großes Lachen veranlaßte, da Keiner glaubte, ich sage dies im Ernste.“ — Es war Mögling aber bitterer Ernst, denn als seine ängstlich ihm nachgereiste Mutter in Stockach ihn erreichte, konnten alle ihre Bitten ihn nicht bewegen, von der Theilnahme am Aufstande abzugehen.

machte den Versuch, Hecker zu Gunsten der demokratischen Legion umzustimmen, noch mehrmals, oft unter großen Gefahren, in Männerkleidern, aber immer ohne Erfolg.

Donaueschingen war von den württembergischen Truppen infolge einer Kapitulation mit Struve besetzt worden. Dadurch war die Hecker'sche Schaar gezwungen, die Richtung ihres Marsches zu ändern; auch wollte Hecker mit badischen Truppen zuerst zusammenstoßen, von denen er glaubte, daß sie übergehen würden. Die Freischaaren wurden müde bei den Märschen über das Gebirge bei rauhem Wetter. Man erreichte Bonndorf mit etwa 1100 Mann. Ein alter Freund, ein von der Regierung viel verfolgter Mann, rieth dort Hecker mit Thränen ab. Aber Hecker meinte: „Als ich den Ochsenwirth von Bonndorf hörte, glaubte ich die Karlsruher Hofzeitung vorlesen zu hören." Auch Hecker's Bruder, der bekannte Professor in Freiburg, kam abzumahnen, doch umsonst.

Hecker wollte über Lenzkirch durch das Höllenthal auf Freiburg rücken. Da aber alle Schwarzwaldpässe besetzt waren, so zog er nach Schopfheim im Wiesenthal und von da ins Rheinthal hinab.

Inzwischen hatte Sigel eine wohlbewaffnete Schaar von 3000 Mann gesammelt; auch Weishaar von Lottstetten, ein bekannter Republikaner, hatte zahlreiche Mannschaft aufgebracht. Aber die Bewegungen der Republikaner waren plan- und ziellos und sie konnten keine Vereinigung der verschiedenen Heerhaufen zu Staude bringen. Die Hecker'sche Kolonne war den anderen immer um einen oder zwei Tagemärsche voraus.

Zu Bernau trafen zwei Abgesandte des Fünfziger-Ausschusses, Venedey und Spatz, mit Hecker zusammen und boten volle Amnestie an, wenn die Republikaner die Waffen niederlegen wollten. Hecker wies sie mit Stolz zurück. „Wir sehen, daß nichts mit Ihnen anzufangen ist," meinte Venedey. „Zieht mit, statt leeres Stroh in Frankfurt zu dreschen," antwortete Hecker.

Venedey und Spatz zogen unverrichteter Sache ab und erließen von Lenzkirch aus eine pomphafte Abmahnungs-Proklamation an das badische Volk. Hecker, wenn er auch diese beiden neugebackenen Staatsmänner mit überlegener Ironie abgewiesen hatte, mochte doch in eigenartiger Stimmung sein, als er mit seiner auf 900 Mann zusammengeschmolzenen Schaar bei sinkender Nacht über Steinen gegen Kandern hinabzog. In Steinen, wo ihn sein alter Freund, der Abgeordnete Scheffelt, betrübt empfing, sprach er sich voll Vertrauen aus. Hecker bemerkte freilich nicht, wie das Volk in seiner Masse dem Aufstande ruhig zusah, wie einem auf ferner Bühne sich abspielenden Drama. Aber am 15. April hatte der Fünfziger-Ausschuß, an dessen Spitze Soiron und Robert Blum standen,

den Bannstrahl wider Hecker geschleudert; am 17. April hatte die badische Kammer das Gleiche gethan und mit der ganzen Strenge der Gesetze gedroht. Mehr als dies mochte es Hecker schmerzen, daß auch im Seekreis die Ausschüsse des Vaterlandsvereins sich gegen ihn aussprachen, sogar der Anwalt Welte zu Konstanz, den man „wegen seines wilden Republikanismus" den Baronen-Metzger nannte.*) Hecker glaubte offenbar fest an den Uebertritt der Truppen, was eine sehr starke Illusion war in einem Moment, da selbst seine bisherigen Freunde in Masse von ihm abfielen.

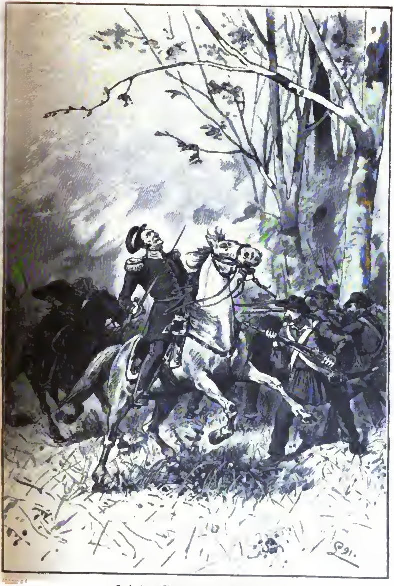
Auf dem Marsche nach Kandern erfuhr Hecker, daß in Schliengen hessische Truppen eingerückt seien. Es waren in der That drei Bataillone Infanterie und drei Schwadronen Dragoner, etwa 2400 Mann mit vier Geschützen, daselbst beisammen unter dem Befehl des Generals Friedrich von Gagern, eines Bruders des hessischen Märzministers Heinrich von Gagern. In Kandern war die Bevölkerung den Freischaaren nicht gewogen; sie verrieth auch den Hessen die geringe Zahl der Republikaner. Diese beriethen, ob sie sich wieder nach Steinen zurückziehen sollten. Hätten sie das gethan, so wäre die Vereinigung mit Sigel's und Weishaar's Heerhaufen wahrscheinlich bewerkstelligt und die vereinigte Macht der Republikaner auf 4—5000 Mann gebracht worden. Aber man beschloß, auf Kandern zu ziehen und dort Nachtquartier zu nehmen. So zog Sigel, der die Aufforderung zum Zuzug übrigens zu spät erhielt, das Wiesenthal hinauf über Todtnau gegen Freiburg, während Hecker allein den Hessen entgegenging. Frau Herwegh kam an diesem Abend auch und bot nochmals die Vereinigung mit der am Rhein stehenden demokratischen Legion an. Hecker wies sie aber auch diesmal ab; er schien selber zu glauben, daß die Legion aus „räuberischem Gesindel" bestände.

Zum Feldherrn hatte Hecker nicht das Zeug und so kam die Katastrophe, wie sie kommen mußte.

Am anderen Morgen kam ein Brief von Sigel, der anzeigte, daß sich die Sigel'sche Kolonne im Wiesenthal befinde, und der Hecker dringend aufforderte, sich mit Sigel und Weishaar zu vereinigen. Infolgedessen beschloß man, sich in das Wiesenthal zurückzuziehen. Der Marsch ward am 20. April um 8 Uhr Morgens angetreten und ging über die Brücke bei Kandern zur Scheideck empor, einer steilen Anhöhe.

---

*) Wir hatten 20 Jahre nach diesen Ereignissen Gelegenheit, den „Baronen-Metzger" von ehedem kennen zu lernen, und fanden in ihm ein sehr harmloses Männlein, einen Vertreter des bekannten Schoppenstecher-Republikanismus. Er hätte kein Hühnchen, geschweige denn einen Baron abschlachten können.



Tod des Generals von Gagern.

Die Hessen rückten eben heran und bei dem Dr. Kaiser aus Konstanz, der die Nachhut führte, erschien ein Parlamentär mit einem Trompeter, um Hecker zu einer Unterredung mit dem General von Gagern aufzufordern. Zugleich verlas der Parlamentär die Aufruhr-Akte, was nur verlacht wurde. Die Republikaner stellten sich hinter der Brücke in Schlachtordnung, in guter Position; am Waldrand die Scharfschützen und Musketiere, im Hintertreffen die Sensenmänner*), die zwei Geschütze auf der Landstraße.

Die Unterredung zwischen Hecker und dem General von Gagern war kurz. Gagern, der in holländischen Diensten gewesen und dem man konstitutionelle Anwandlungen zuschrieb, sprudelte den Freischaarenführer heftig an und verlangte, dessen Mannschaft sollte die Waffen strecken. Als Hecker dies ablehnte, rief Gagern: „Sie sind ein gescheidter Mann, aber ein Fanatiker!" — Hecker gab den Vorwurf zurück, indem er von einem Fanatismus sprach, dem der General diene; übrigens wolle er darüber nicht streiten, sondern nur fragen, ob man ihm noch sonst etwas mitzutheilen habe. „So werde ich mit aller Strenge gleich einschreiten," polterte Gagern. Er gab zehn Minuten Frist.

Die Republikaner zogen sich langsam zurück und die Hessen drängten ihnen nach; jeder Theil scheute sich, das Blutvergießen zu beginnen. Aber oben auf der Scheideck machten die Republikaner Halt, denn vom Gipfel geht der Weg nach Steinen zu abwärts und sie mochten den Vortheil der Höhe nicht aufgeben. Die Hessen drangen immer nach. Zwischen die Republikaner und Soldaten trat mit vielem Muth Dr. Kaiser aus Konstanz. „Schießt nicht auf Eure Brüder!" rief er, „Ihr würdet als Greise Euch noch die grauen Haare verzweifelnd ausraufen."

Aus den Reihen der Republikaner scholl es: „Brüder, Freunde!" Wirklich schienen einige Hessen zu schwanken; jedenfalls entschloß man sich beiderseits schwer zum Kampfe. Gagern aber, der vom Pferde gestiegen war, bewirkte eine rasche Entscheidung. „Was Brüder!" rief er mit rauher Stimme, „Gesindel seid Ihr!" Er schwang sich auf sein Pferd, rief: „Freiwillige vor!" und ließ solche in drei Gliedern mit gefälltem Bayonnet einen Angriff machen. „Feuer!" rief er und drückte selbst sein Pistol auf die Republikaner ab. Der Schuß ward das Signal zu einem gegenseitigen Pelotonfeuer.

Nachdem sich der Pulverdampf verzogen, sah man eine Anzahl Getroffener am Boden liegen, darunter Gagern selbst, dem eine Kugel durch

*) Daß die Sensenmänner im Vordertreffen gestanden, wie mehrfach behauptet und Willich zum Vorwurf gemacht wurde, bestreitet Mögling entschieden.

die Brust gegangen war. Einige, die, wie es scheint, nur der Schreck betäubt hatte, sprangen wieder auf; auf beiden Seiten ergriff man die Flucht und nur die Muthigsten blieben stehen. Mögling drang bis zum General vor und fand ihn todt. Die Fliehenden sammelten sich wieder und die Hessen gaben eine Salve auf die Sensenmänner ab, die sich eilig zur Flucht wandten, als die Kugeln an die Sensen schlugen. Aber auch die Hessen wichen wieder den Berg hinab. Man kam darauf überein, das Feuer einzustellen, und die Leiche des Generals wurde den Hessen gegen eine von diesen eroberte schwarz-roth-goldene Fahne ausgeliefert. Die Hessen erklärten nun, sie hätten nur Befehl, bis auf die Scheideck vorzudringen; sie würden umkehren und die Republikaner sollten sich gleichfalls zurückziehen. Man verständigte sich; aber als die Republikaner sich zurückzogen, wurden sie von den Hessen verfolgt. Daher kam es bei Steinen noch einmal zu einem Scharmützel und zwar mit einem Theil der inzwischen herangekommenen Weishaar'schen Abtheilung. Struve traf hier mit den Hessen eine neue Verabredung; die Republikaner sollten sich hinter die Wiese zurückziehen, die Hessen aber ins Rheinthal hinabgehen. Indessen waren die Maßregeln Mögling's weit wirksamer als die Verabredungen Struve's, denn die Hessen gingen wieder vor und erst das Feuer von Mögling's Schützen trieb sie zurück.

Das Gefecht von Kandern war an und für sich unbedeutend; es hat etwa ein Dutzend Todte gekostet. Aber seine Folgen waren sehr einschneidend. Die Hecker'sche Freischaar löste sich auf und nur ein Theil derselben gelangte zu Sigel. Hecker selbst irrte in den Wäldern umher und gelangte am zweiten Tage auf Schweizer Boden, um nicht mehr zurückzukehren. Nunmehr endlich schwanden seine Illusionen und er mußte einsehen, daß ein republikanischer Aufstand denn doch keine Idylle sei. Er verfiel in einen kläglichen Mißmuth ob seines mißlungenen Putsches und klagte die ganze Welt an, wo er sich selbst hätte am meisten anklagen sollen.

Struve ward in Säckingen gefangen, aber Mögling rettete ihn durch eine Kriegslist. Er erklärte dem Oberamtmann, es seien 6000 Republikaner mit vier Geschützen im Anzug und würden Säckingen niederbrennen, wenn man Struve an die Gerichte abliefere. Der also ins Bockshorn gejagte Oberamtmann gab Struve frei und dieser eilte mit Mögling zu Sigel.

Die Sigel'sche Kolonne war inzwischen nach Todtnau hinaufgestiegen. Wäre Sigel nun gleich auf Freiburg gerückt, so wäre diese Stadt, wo sich eine sehr starke republikanische Partei befand, in seine Hände gekommen, wenn auch nur auf kurze Zeit, denn von allen Seiten bewegten sich Truppen gegen den Schauplatz des Kampfes heran. Auf die Nachricht von dem

Gefecht von Kandern hatte Sigel seine Mannschaft wieder nach Schopfheim hinabgeführt, um die Flüchtigen aufzunehmen. Dadurch verlor er zwei Tage. Strömender Regen, mühevolle Märsche und eine einreißende Panik schwächten die Republikaner. Dazu ward der Ring, den die Truppen um den Aufstand schlossen, immer enger; Hessen-Nassauer und Badenser konzentrirten sich vor Freiburg; die Württemberger hatten Waldshut und St. Blasien besetzt, das Höllenthal war schon lange von ihnen gesperrt und die Bayern waren schon in Stockach angelangt.

Unter diesen Umständen mit den 3500 Mann, die Sigel hatte, Freiburg anzugreifen, war sehr verwegen. Aber Sigel wagte es.

Um Freiburg standen wohl 3000 Mann hessische, badische und nassauische Infanterie, dazu ein Reiterregiment und vier Geschütze. An Stelle des gefallenen Gagern war der badische General Hoffmann erschienen und hatte das bei Kandern im Gefecht gewesene Korps vor Freiburg geführt. Sigel konnte nicht wohl hoffen, mit seinen Freischaaren diese Truppenmasse zu überwältigen, der von allen Seiten Verstärkungen zueilten. Dennoch war sein Angriff kein muthwilliger und unüberlegter. Denn in der Stadt Freiburg hatten sich die Republikaner erhoben und Sigel wollte seine Parteigenossen nicht im Stiche lassen, die nur in Hoffnung auf Hülfe von Außen zu den Waffen gegriffen hatten. Am 22. April tagte in Freiburg eine bewaffnete Volksversammlung von 1500 Mann, gegen welche die Behörden nicht einzuschreiten wagten. Die „honetten" Bürger wußten nicht, ob sie sich für den Aufstand oder für die Regierung entscheiden sollten, und boten ein Bild kläglicher Verwirrung. Umsonst suchten sie zu bewirken, daß die in der Stadt zusammengeströmten bewaffneten Republikaner sich entfernten. Schließlich unterhandelte die Bürgerschaft insgeheim mit dem General Hoffmann und ließ ihm Nachrichten über die Stärke der Aufständischen zukommen, während Studenten, Turner und Arbeiter zum Kampfe entschlossen waren. Den Befehl führte der Student Langsdorff, der die Stadtkanonen mit Gewalt aus dem Rathhause nahm, wo die Volksmasse die Thore einschlug.*) Die Stadt wurde rasch und stark verbarrikadirt. Eine Abtheilung der Aufständischen sollte die Eisenbahn zerstören, aber es gelang nicht. Am Sonntag, den 23. April, ließ General Hoffmann den Freiburger Republikanern bekannt geben, wenn in zwei Stunden die Stadt nicht geräumt sei, so werde er sie mit Sturm angreifen. Die Gemeindebehörden von Freiburg bewogen den General, bis Montag zu warten; sie hofften bis dahin die Freischaaren zum

*) Da Langsdorff die Bewegungen der Truppen vom Thurme des Freiburger Münsters aus beobachtete, nannte man ihn den Münsterthurm-General.

Abzuge zu bewegen. Es entfernten sich auch viele derselben, allein die Barrikaden blieben dennoch besetzt.

Sigel that Alles, um den Freiburgern mit ganzer Macht beizustehen. Seine Kolonne rückte in langem Zuge über Horben und Günterstbal gegen Freiburg hinab. Sigel, der sich bemühte, die Versprengten der Hecker'schen und Weishaar'schen Kolonne, sowie eine Abtheilung von Johann Philipp Becker aus Biel*) herbeigeführter Schützen an sich zu ziehen, befand sich noch im Gebirge und hatte den strikten Befehl ertheilt, keine Abtheilung solle über Günterstbal hinaus vorrücken. Aber bei der Vorhut befand sich Struve, und dieser Pflanzenliebhaber,



Angriff der Bundestruppen auf das Predigerthor in Freiburg.

der den Abscheu vor „Thierleichen" predigte, glaubte ein verborgenes militärisches Talent, vielleicht mittelst

*) In der Noth hatte Struve einen mit Bleistift geschriebenen Zettel um Zuzug an Johann Philipp Becker geschickt und dieser war auch sogleich gekommen.

phrenologischer Schädelmessungen, an sich entdeckt zu haben. Sei es, daß ihn falsche Nachrichten über die Situation vor Freiburg getäuscht hatten oder daß er noch immer glaubte, die Truppen warteten nur darauf, zu den Republikanern überzugehen — er gedachte den Ruhm des Tages zu ernten und ließ das erste und zweite Banner der Freischaaren bei Güntersthal aus dem Walde vorbrechen. Mitten im Thal, auf freiem Feld, drang er gegen Freiburg vor. Am Ausgang des Thales stieß er auf zahlreiche badische Infanterie mit hessischer Artillerie. Struve wollte wieder unterhandeln; allein der General Hoffmann wies einen an ihn gesandten Parlamentär mit den Worten ab: „Fort, Du Hund!" Gleich darauf schlugen die Kartätschen der Hessen in die Reihen der meist aus Sensenmännern bestehenden Republikaner, die diesem Feuer nicht Stand hielten und nach Güntersthal und in den Wald zurück flohen, während die Schützen, vom Wald aus feuernd, die Flucht zu decken suchten. Die Fliehenden rissen in wilder Verwirrung die anrückenden Abtheilungen der Sigel'schen Kolonne mit sich fort und als Sigel in Güntersthal ankam, hatte er von seinen 3500 Mann nur noch 400 um sich. Der tolle Streich, den ihm Struve gespielt, war nicht wieder gut zu machen. Die unvorsichtig gegen Güntersthal vordringenden Truppen wurden zwar von Sigel zurückgeworfen; allein es war kein Plan mehr in dem Unternehmen und ein schwacher Ausfall der Republikaner aus Freiburg durch das Schwabenthor mußte schon deshalb mißlingen.

Sigel ging nach Horben ins Gebirge zurück und sammelte hier mit Mögling noch einmal etwa 600 Mann, mit denen er am 24. April wiederum das verzweifelte Wagniß unternahm, den Freiburgern Hülfe zu bringen. Aber er kam zu spät; die von den Märschen erschöpften Freischaaren hatten erst einige Stunden rasten müssen. General Hoffmann hatte am Vormittag schon Freiburg von allen Seiten mit Sturm angegriffen. Der Kampf war ein äußerst hartnäckiger; die Barrikaden am Predigerthor, am Breisacherthor und am Zähringerthor wurden mit vieler Tapferkeit vertheidigt, obschon die Republikaner nicht über 300 Gewehre hatten. Zwölf Schützen und achtzehn Sensenmänner mit einer Kanone hielten die große Barrikade in der Jesuitengasse zwei Stunden gegen 1500 Nassauer; die große Barrikade am Breisacherthor, von 2000 Hessen und Nassauern mit zwei Geschützen angegriffen, konnte erst genommen werden, als die Vertheidiger sich im Rücken bedroht wußten. Die Angreifer drangen durch das Predigerthor in die Stadt. Viele Republikaner retteten sich über den Schloßberg, der nicht besetzt war; eine große Zahl wurde gefangen und von den Soldaten, namentlich von den Hessen, schwer mißhandelt. Die „guten Bürger" machten die Angeber.

Sigel drang mit Mögling heran, als der Widerstand eben am Erlöschen war. Auf der Dreisambrücke fiel der Fähnrich der Konstanzer Schützen. Sigel und Mögling gelangten an das Schwabenthor, wurden aber von den Truppen, die soeben die Barrikade besetzt hatten, mit einer Salve begrüßt, die ihre Mannschaft zurücktrieb. Von dieser abgeschnitten, kletterten die beiden Führer an einer unbesetzten Stelle über die Stadtmauer, erlebten in der Stadt allerlei Abenteuer und verließen sie wieder. Die Freischaaren verliefen sich inzwischen gänzlich. Die Führer retteten sich über den Rhein nach dem Elsaß oder in die Schweiz.

Inzwischen war auch die Herwegh'sche Freischaar über den Rhein gegangen. Herwegh war nur der politische Führer; die militärischen Führer waren Adalbert von Bornstedt, ein bekannter Flüchtling, Otto von Corvin und Reinhart von Schimmelpennink, alle drei ehemalige preußische Offiziere. Die französische Regierung stellte sich, als unterstütze sie das Unternehmen, in Wahrheit wollte sie die deutschen Arbeiter aus Paris fort haben. Sie bot Herwegh finanzielle Unterstützung an und dieser war so bescheiden, 2000 Francs zu fordern. Die Bourgeois-Republikaner der Februar-Regierung werden darüber nicht wenig gelacht haben. Sie gewährten indessen der Legion Marschquartiere und eine Zulage von 50 Centimes pro Tag.

Im Uebrigen erklärten sich alle klarblickenden Leute unter den Flüchtlingen gegen das Unternehmen, namentlich Marx und Engels, die sich damals auch in Paris befanden. Sie riethen im deutschen Klub den Arbeitern, der Legion fernzubleiben und einzeln nach Deutschland zurückzukehren.*)

Sigel und Mögling hatten in der Noth die in Straßburg harrende, schlecht ausgerüstete Legion zu Hülfe gerufen. Sie stand am 24. April auf badischem Boden und richtete ihren Marsch auf Kandern und Todtnau. Am folgenden Tage aber erfuhr Herwegh die Niederlage der Republikaner in und bei Freiburg und sah die Zwecklosigkeit seines Zuges ein. Die Führer beschlossen, über den Schwarzwald sich nach der Schweiz zurückzuziehen. Die Legion mußte durch Schnee und Eis in dem rauhen Gebirge

*) Engels sagt über diese Angelegenheit: „Wir widersetzten uns dieser Revolutionsspielerei auf das Entschiedenste. Mitten in die damalige Gährung Deutschlands eine Invasion hineintragen, die die Revolution zwangsmäßig von Außen importiren sollte, das hieß der Revolution selbst ein Bein stellen, die Regierungen stärken und die Legionäre selbst — dafür bürgte Lamartine — den deutschen Truppen wehrlos in die Hände liefern. Als dann in Wien und Berlin die Revolution siegte, wurde die Legion erst recht zwecklos; aber man hatte einmal angefangen und so wurde weiter gespielt."

marschiren; ein falscher Führer bewirkte, daß sie, um eine Entfernung von drei Stunden zurückzulegen, sieben Stunden marschiren mußte. Todtmüde kamen die Legionäre am 27. April über Zell nach Niederdossenbach, noch etwa eine Stunde vom Rhein. „Alle wollten schlafen, nichts als schlafen," berichtet Frau Herwegh. Corvin trieb zum Aufbruch; man schickte sich zum Weitermarsch an; da kamen die Württemberger unter dem Hauptmann Lipp, 300 Mann stark, heran und überfielen die zusammengeschmolzene Legion, die bei ihrer Ankunft auf deutschem Boden nur noch etwa 650 Mann betragen hatte. Die Ueberfallenen griffen muthig, ja freudig zu den Waffen, aber was wollten sie ausrichten gegen die gut disziplinirten, bewaffneten und ausgeruhten Württemberger? Das Gefecht dauerte trotz alledem anderthalb Stunden. Die Freischaar hatte einige dreißig Todte und Schwerverwundete. Schimmelpennink fiel tapfer kämpfend; er verwundete den Hauptmann Lipp an der Hand und ward von einer Kugel durchbohrt. Die Württemberger erhielten Verstärkung, die Legion ward in die Flucht getrieben, Viele gefangen oder in den Rhein gesprengt; nur Wenige entkamen. „Die Württemberger," so erzählt Corvin, „waren durch ihren ziemlich bedeutenden Verlust erbittert und benahmen sich mit einer Grausamkeit, die bei den sonst so gutmüthigen Schwaben sehr auffallend war. Der eine Wagen mit den Verwundeten fiel in ihre Hände. Sie ermordeten nicht nur diese, sondern auch den armen Bauer, der sie fuhr, und stachen sogar die Pferde todt."*) Herwegh und seine Frau flüchteten als Tagelöhner, Corvin als Schmied verkleidet über den Rhein.**)

*) Inwieweit dies Alles richtig ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Wir wollen hier ein- für allemal bemerken, daß, wie immer in solch bewegten Zeiten, von beiden Seiten häufig sehr stark aufgeschnitten worden ist. Wir wagen daher nur das als historische Thatsache zu geben, was unanfechtbar festgestellt werden kann.

**) Die bekannte Fabel, Herwegh sei „unter dem Spritzleder" einer von seiner Frau geführten Droschke geflüchtet, ist längst widerlegt; sie stammte hauptsächlich aus den „Fliegenden Blättern," die Herwegh in der erdichteten Situation abgebildet und sehr wirksam eine Strophe aus seinem Gedicht: „Der Freiheit eine Gasse" darunter gesetzt hatten. In einem bekannten reaktionären Spottgedicht heißt es:

„Heiß fiel es dem Herwegh bei,
Daß der Hinweg besser sei."

Der Witz an sich ist nicht übel. Hätte aber Herwegh, nachdem Alles verloren, warten sollen, bis man ihn gefangen nahm? Daß er dies nicht that, daraus kann man ihm so wenig einen Vorwurf machen, wie Blücher, weil er bei Ligny, und Napoleon, weil er bei Waterloo sich nicht fangen ließ. Wer der Revolution komische Seiten abgewinnen will, der denke doch daran, daß Guizot und der Papst Pius IX. in Weiberkleidern geflohen sind!



Barrikadenbau bei der Rheinbrücke in Mannheim.

Mit dem Gefecht von Dossenbach hatten die revolutionären Putsche ein Ende. Die Wirkung der Hecker'schen Aufrufe auf das Land unterhalb Freiburg war nur gering gewesen. Offenburg machte einen Versuch, Hecker beizustehen und verbarrikadirte sich, ergab sich aber sogleich den anrückenden Truppen. Zu Sinsheim ward in der Nacht vom 23. auf den 24. April Sturm geläutet und am Morgen zogen aus der Sinsheimer Gegend viele Bewaffnete nach Heidelberg, die zu Hecker stoßen wollten. Die in der Bürgerwehr organisirten Heidelberger Bourgeois, einige loyale Professoren an der Spitze, unterdrückten diese Bewegung.

In Mannheim wollte die Behörde das demokratische Sensenmänner-Korps, das aus Arbeitern bestand, auflösen, aber die Bürgerwehr gab sich dazu nicht her. Nassauer Militär rückte ein und benahm sich brutal, so daß die Bürgerwehr und die Sensenmänner gemeinsame Sache machten. Der Generalmarsch ward geschlagen, die Nassauer wurden von ihrer Wache an der Rheinbrücke vertrieben und dort Barrikaden aufgeworfen, da man glaubte, die in Ludwigshafen liegenden Bayern würden herüberkommen. Auch ein Joch der Brücke ward abgefahren. Von der Brückenbarrikade ward auf die Bayern ein lebhaftes Feuer eröffnet, das die Bayern ebenso lebhaft erwiderten. Auf der Barrikade stand, den Kugeln der Bayern muthig trotzend, ein junges Mädchen, die schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand. Es fielen mehrere Opfer. Die Bayern zogen in den folgenden Tagen Verstärkungen heran. Dies Gefecht fiel am 26. April vor; erst am 1. Mai besetzten die Bayern Mannheim. Hierauf wurden Mannheim und Freiburg in Belagerungszustand erklärt und mit Exekutionstruppen besetzt, auch eine allgemeine Entwaffnung angeordnet. Das Gleiche geschah im Oberrheinkreis und im Seekreis. Die Bürger von Freiburg, die sich gegen die Republikaner so zweideutig benommen, hatten nun die Verpflegung der Truppen zu bezahlen.

Die Besiegten hatten viel zu erdulden. Während die Exekutionstruppen sich gegen die gefangenen Republikaner und die Bürger dermaßen benahmen, daß in der badischen Kammer unter allgemeiner Entrüstung vom Abgeordneten Metz Klage geführt wurde, während die hyperloyale Bureaukratie sich auf die Opfer stürzte, goß die reaktionäre Presse eine Fluth von Verleumdungen und Beschimpfungen über die Besiegten aus. Unter den 370 Gefangenen von Dossenbach waren 67 Franzosen, und es läßt sich denken, welch ein Geschrei die sogenannten Patrioten darob erhoben. Als in demselben und im folgenden Jahr eine Regierung des deutschen Bundes Kroaten, Slowaken, Raitzen und Russen gegen ihre aufgestandenen Völker zu Hülfe rief, schrie man nicht so. Besonders wirksam wurde die Verleumdung verbreitet, General von Gagern sei bei

Kandern meuchlings erschossen worden, während der General beim Angriff gefallen war.*) Alle diese Dinge wurden in der Wahlbewegung geschickt ausgenutzt und mancher flaue Konstitutionelle hatte ihnen seine Wahl zu danken.

Hecker selbst hielt sich noch eine Zeit lang zu Muttenz in der Schweiz auf, von einer Schaar Flüchtlinge umgeben; dann verzweifelte er völlig an einer freiheitlichen Umgestaltung Deutschlands und wanderte nach Amerika aus. Aber seine Popularität wuchs durch die Niederlage und man hörte in ganz Deutschland das Heckerlied ertönen, als Hecker schon über den Ozean gefahren war. Der witzige, aber reaktionäre Pfälzer Dichter Nadler verspottete Hecker in den bekannten Versen:

„Seht, da steht der große Hecker,
Eine Feder auf dem Hut,
Seht, da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefel, dicke Sohlen,
Säbel trägt er und Pistolen,
Und zum Peter sagte er:
Peter, du sei Statthalter!“ u. s. w.**)

Das Volk aber prägte sich die romantische Erscheinung des Freischaarenführers mit Schlapphut, Hahnenfeder und Blouse ein und die Polizei mit ihren Schnüffeleien that ein Uebriges, ihm eine ganz unverdiente Legende zu verschaffen. Selten war ein Mann so populär wie Hecker, und das dauerte noch lange Jahre nach dem Heckerzuge fort. Der Verfasser sah

*) Mögling, an dessen Wahrheitsliebe nicht zu zweifeln, hat die Sache vor dem Standgerichte zu Mannheim, als er dem Tod ins Auge sah, ausführlich dargestellt, und der Vorsitzende des Standgerichtes erklärte ausdrücklich, daß er Mögling's Aussage für streng wahrheitsgemäß halte. Die Verleumdung von dem angeblichen Meuchelmord verbreiteten namentlich der Reitknecht Gagern's und der Schriftsteller Heinrich Laube. Der „Kulturhistoriker“ Otto Henne am Rhyn hat im Pierer'schen Lexikon neuerdings behauptet, Gagern sei vor dem eigentlichen Kampfe erschossen worden. — Dem Verfasser ist der Hergang von Theilnehmern des Heckerzuges in Konstanz, ganz wie ihn Mögling geschildert, erzählt und dabei mitgetheilt worden, der Schütze, der Gagern getroffen, sei ein Konstanzer Bürger und Metzger gewesen. Auch der badische Minister Bekk sagt in seinem Buche über die Bewegung in Baden, daß Gagern erst getroffen worden sei, als er zum Angriff kommandirte.

**) Hecker suchte seine Gegner auf etwas kindische Weise zu ärgern, wie erzählt wird. Er gab im Wirthshause zum Schlüssel in Muttenz einem Hunde den Namen „Bassermann“ und einem Esel den Namen „Venedey.“ Als dies nach Frankfurt berichtet wurde, sagte der Präsident des Fünfziger-Ausschusses, der dicke Herr von Soiron, mit wehmüthigem, aber gutem Humor: „Jetzt fehlt nur noch, daß der Hecker eine fette Sau findet; die wird er gewiß Soiron heißen!“

in seiner Jugend noch im Anfang der sechsziger Jahre bei den Schwarzwälder Bauern in der Umgegend von Freiburg zahlreiche Heckerbüsten und Heckerbilder.

Die schwächliche republikanische Schilderhebung hatte sich auf einen Theil Badens beschränkt. Dennoch war mit ihrer Ueberwältigung eine wichtige Frage entschieden. Die Sorge für die Neugestaltung Deutschlands fiel nun dem Frankfurter Parlament ohne weiteren Widerspruch anheim. Der konstitutionelle Durchschnittsphilister glaubte wirklich, mit der Niederlage Hecker's sei das Vaterland vor der Anarchie gerettet und es bedürfe nun nur noch des Geschwätzes von einigen Hundert Aristokraten, Bureaukraten, Professoren, Advokaten und „Staatsmännern" aus Wolkenkukuksheim, um Alles zu einem gedeihlichen Ende zu bringen.

Die Lombardei, Posen und Schleswig-Holstein.

Als Karl Albert von Sardinien sich mit seinem Heere in Bewegung setzte und in die Lombardei einfiel, zuckte eine freudige Erregung durch ganz Italien und von allen Seiten strömte die waffenfähige Jugend in das Lager des Sardenkönigs. Ein nationaler Kongreß zu Rom führte zu keinem Resultat, aber das machte dem italienischen Liberalismus wenig Kummer. Er war dort wie überall, und wenn er seine Sache in den Händen eines Königs wußte, glaubte er sie am besten aufgehoben. Karl Albert erschien dem jauchzenden Bürgerthum wie ein Heiland, dem der Himmel die Mission gegeben, Italien seine Freiheit und Einheit — im bürgerlichen Sinne — zu bringen; die Masse des Volkes war weniger begeistert und namentlich die ländliche Bevölkerung nahm einen verhältnißmäßig geringen Antheil an der Erhebung. Als vollends Truppen aus Neapel den Sardiniern zu Hülfe kamen, kannte der Jubel keine Grenzen; übrigens kehrten die Neapolitaner vorzeitig wieder um.

Alle Blicke richteten sich nach der Lombardei und auf Karl Albert, der die auf ihn gesetzten Erwartungen doppelt getänscht hat. Er war nicht der volksfreundliche oder besser gesagt konstitutionelle Monarch, für den man ihn ausgab, und sein Einfall war kein Freiheitskrieg, sondern ein einfacher Eroberungszug, unternommen aus Ehrgeiz und im Glauben an den historischen Beruf des Hauses Savoyen, Italien zu gewinnen. Sodann war er aber auch nicht der Feldherr, der er hätte sein müssen, um über Radetzky den Sieg davon zu tragen. Der österreichische Oberbefehlshaber, der sich nach seiner Niederlage in Mailand hinter den Mincio zurückgezogen hatte, ward nunmehr in zwei Gefechten von den Sardiniern geworfen und nach Verona gedrängt. Rings um ihn fluthete der Aufstand und seine Verbindungen mit Oesterreich waren abgeschnitten worden mit Ausnahme von Tyrol. Wenn Karl Albert die Begeisterung der Italiener benutzte und sich sofort mit aller Macht auf die Oesterreicher stürzte, so mußte Radetzky zweifellos die Lombardei räumen oder vernichtet werden. Aber es erfolgte kein weiterer Angriff, sondern Karl Albert verzettelte seine Kräfte und vergeudete seine Zeit den ganzen April

und Mai hindurch. Radetzky gewann Zeit und Gelegenheit, Verstärkungen heranzuziehen und rückte Ende Mai von Verona gegen Mantua vor. Er täuschte den König mit der Hauptmacht des sardisch-lombardischen Heeres und warf sich seitwärts auf die am Curtatone stehenden Freischaaren, die sich dort verschanzt hatten. Diese wurden überrascht und befanden sich so von vorneherein im Nachtheil. Dennoch vertheidigten sie sich sehr tapfer und ihre Verschanzungen konnten erst nach dreimaligem Sturm genommen werden. Dies geschah am 29. Mai. Karl Albert kam zu spät, um die gänzliche Niederlage der Freischaaren zu verhüten. Am nächsten Tag kam es zwischen Karl Albert und Radetzky zu dem blutigen Gefecht von Goito, welches unentschieden blieb. Zwar wurde die Festung Peschiera den Oesterreichern abgenommen; dann aber blieben Radetzky und Karl Albert in den alten Stellungen stehen und der Sardenkönig beschäftigte sich hauptsächlich mit der Vereinigung der Lombardei mit Sardinien durch einen Staatsvertrag. Die provisorische Regierung hatte eine Volksabstimmung vornehmen lassen und in der That hatte sich die Mehrheit des Volkes für den Anschluß an Sardinien ausgesprochen. Eine gemeinschaftliche konstituirende Versammlung sollte später die Grundlagen für das neue Königreich feststellen.

Radetzky stürzte sich während dessen auf das venetianische Gebiet und eroberte es völlig zurück, mit Ausnahme der Stadt Venedig selbst. So gewann er eine vortreffliche Basis für seine Operationen, während der Sardenkönig Alles versäumte, was seine Feldherrnpflicht gebot. Müßte man nicht glauben, der Glanz oer lombardischen Krone habe Karl Albert angelockt, so könnte man fast zu der Vermuthung gelangen, als habe dieser unheilvolle Mann sich nur an die Spitze der italienischen Bewegung gestellt, um sie zu Grunde zu richten. Inzwischen brach der Kampf zwischen dem neapolitanischen König und den Sizilianern von Neuem aus, nachdem der demokratische Aufstand vom 15. Mai in Neapel blutig niedergeworfen worden war. Mit den Erfolgen der Italiener in der Lombardei war es vorüber, sobald die neuerstarkte österreichische Macht zum Angriff überging.

Zu gleicher Zeit brach ein anderer nationaler Aufstand los, dessen Ursache die Revolution in Preußen war, nämlich in Posen. Wie wir erwähnt, war schon im Jahre 1846 eine Verschwörung zur „nationalen Wiedergeburt Polens“ im posen'schen Gebiet entdeckt und eine große Anzahl der Theilnehmer zu harten Strafen verurtheilt worden. Die Revolution des 18. März hatte ihnen die Freiheit zurückgegeben. Als der König von Preußen erklärte, er werde sich an die Spitze der nationalen deutschen Bewegung stellen, glaubten auch die Polen die Gelegenheit gekommen, ihre Ansprüche auf die Wiederherstellung Polens geltend zu

machen. Es war die Reorganisation des Großherzogthums Posen in Aussicht gestellt worden, allein das befriedigte die Polen nicht, denen die Wiederherstellung des ganzen alten polnischen Reiches vorschwebte. Dazu kam, daß sich auch das Frankfurter Vorparlament für die Wiederherstellung Polens ausgesprochen hatte, eine Idee, für die überhaupt in Deutschland, namentlich in den liberalen und demokratischen Kreisen, sehr viele Sympathien vorhanden waren. Man begriff, daß die Zerreißung des unglücklichen Landes nicht nur ein schreiendes Unrecht, sondern auch ein schwerer Fehler gewesen, der Europa seiner besten Vormauer gegen den russischen Koloß beraubt hat. Dies ist niemals fühlbarer geworden, als im Augenblick, da wir dies schreiben, denn wir leben in einer Zeit, da die russische Kriegsgefahr wie ein Alp auf der Brust Europas liegt. 1848 erschien Rußland mit Recht als der Todfeind aller liberalen und demokratischen Bestrebungen. Indem die Polen auf preußischem Gebiet die Wiederherstellung des ganzen Polen verlangten, geriethen sie aber in Streit mit den in Posen ansässigen Deutschen, deren Interessen andere waren, als die der Polen, und die in dem Plane, das alte Polen wieder zu beleben, die Gefahr eines Krieges mit Rußland sahen. Sie wollten selbstverständlich bei Deutschland bleiben. So stießen hier die nationalen Gegensätze mit aller Heftigkeit aufeinander und der Fanatismus wurde dermaßen angefacht, daß Deutsche und Polen die größten Barbareien gegeneinander begingen. Sie befehdeten sich mit Mord und Brand und der Gedanke an ein unabhängiges Polen zerrann abermals in der Ungunst des Augenblicks und in dem Wirrwarr der Verhältnisse.

Während die Polen sich bewaffneten, kam General von Willisen als preußischer Kommissarius nach Posen, um die Reorganisation des Großherzogthums in die Hand zu nehmen. Er wollte zwischen Polen und Deutschen vermitteln, aber da der nationale Fanatismus einmal entflammt war, so verdarb er es mit Beiden. Als er die bewaffneten Versammlungen verbot, wurde ihm kein Gehorsam geleistet. Zwar war am 22. April der westliche Theil des Großherzogthums Posen in den Deutschen Bund aufgenommen worden. Allein die Trennung Posens, wie sie geplant war, erbitterte die Polen, da sie ihnen ein Drittel, den Deutschen zwei Drittel zuwies. Auch wollte man dem deutschen Theil Bezirke zuweisen, die der Mehrzahl der Bevölkerung nach polnisch waren. So kam der Aufstand zum Ausbruch und die preußische Regierung entschloß sich, ihn mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Preußische Truppen rückten ein und erstürmten Xions, dessen Besatzung theils getödtet, theils gefangen wurde. Die polnischen Freikorps, die zum größten Theil nur aus Sensenmännern bestanden, fochten mit

Heldenmuth gegen die Preußen. Am 30. April schlug Mieroslawski die Preußen unter dem General von Blumen bei Miloslaw und warf sie bis Schroda zurück. Aber das Kriegsglück blieb diesem revolutionären Soldaten hier so wenig treu, wie in seinen späteren Feldzügen. Preußen warf große Truppenmassen in die aufständische Provinz und erklärte Posen in Belagerungszustand. Die Situation änderte sich rasch zu Ungunsten der Aufständischen und der Oberst Brzezanski, der die Hauptmacht der Polen befehligte, mußte um eine Kapitulation nachsuchen. Mieroslawski



Ludwig Mieroslawski.

ward bei Rogalin am 11. Mai besiegt und seine Freischaar zersprengt; er selber fiel in Gefangenschaft, aus der er indessen bald wieder frei wurde. Bei Exin ward am 12. Mai noch einmal gekämpft; die Polen unterlagen und der Aufstand war damit zu Ende. Auch die „Reorganisation" blieb im Sumpfe stecken.

Die Situation war für die Polen insofern ungünstig gewesen, als sie, da die Erhebung in Posen begann, zugleich mit Preußen und mit Rußland hätten kämpfen müssen, wenn sie das alte Polen wiederherstellen wollten. In Russisch-Polen hatte Paskiewitsch, der Sieger von 1831, so viele russische Truppen zusammengezogen, daß an eine Erhebung der Polen dort gar nicht zu denken war. Aber die Bestrebungen, die Selbstständigkeit Polens herzustellen, waren ebenso berechtigt, als diejenigen

Schleswig-Holsteins. Ohnedies waren die Polen mit Gewalt an Preußen gebracht worden, während Schleswig-Holstein durch einen Vertrag mit Dänemark zusammenhing. Dennoch wurde die polnische nationale Erhebung von Preußen bekämpft, die schleswig-holsteinische aber unterstützt. Die Erklärung dieses nur scheinbaren Widerspruches ist sehr einfach. Polen mußte, um selbständig zu sein, sich von Preußen losreißen; Schleswig-Holstein aber lehnte sich an Preußen an und eröffnete den preußischen Staatsmännern die Aussicht auf eine spätere völlige „Angliederung."



General von Wrangel.

Das erklärt die preußische Hülfsbereitschaft gegenüber dem „verlassenen Bruderstamm" vollständig.

Während der deutsche Philister die Erhebung der Polen ziemlich gleichgültig untergehen sah, ward seine Sentimentalität auf allen Saiten angeschlagen, als das „Schleswig-Holstein meerumschlungen" durch die deutschen Gauen erscholl. Die „nationale" Erhebung Schleswig-Holsteins hätte zwar, zu ihrem nächsten Ziele gelangt, die deutsche Kleinstaaterei nur um ein Glied vermehrt; allein sie trug einen dynastischen Charakter und das sicherte ihr die Begeisterung des Philisterthums, dem die Freiheitsbestrebungen schon zu weit gingen und das schon in den Monarchien eine Stütze gegen die seiner Meinung nach drohende „Anarchie" suchte. Dennoch strömte eine Menge begeisterter Jünglinge

nach Schleswig-Holstein, in der Meinung, der dortige Kampf habe ein freiheitliches Ziel, und so wurden der Bewegung in Deutschland selbst eine Menge tüchtiger Kräfte entzogen.

Die energielose provisorische Regierung zu Rendsburg war nicht im Stande, einen nachhaltigen Widerstand gegen die Dänen zu organisiren. Die preußische Hülfe kam etwas langsam heran und die preußische Regierung hatte sich noch ausdrücklich vom Bundestag bevollmächtigen lassen, die schleswig-holsteinische Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Preußen hatte bei seinem Eingreifen in Schleswig-Holstein noch die besondere Absicht, zu verhindern, daß die Bewegung in ein demokratisches und republikanisches Fahrwasser gerathe. Diese Möglichkeit lag nicht sehr nahe. Wohl aber erregte die Art, wie sich die provisorische Regierung vor Preußen in den Staub warf, den Argwohn und die Eifersucht von England, Schweden und Rußland, welche eine Vergrößerung Preußens nicht wünschten, sie aber befürchten mußten.

Den Befehl über das preußische Hülfsheer sollte zuerst der Prinz von Preußen übernehmen, der aber ablehnte, und so ward General Wrangel dazu berufen. Dieser, eine originelle und in Berlin seinerzeit sehr populäre Persönlichkeit, war ein Haudegen alten Schlages, der aus der Blücher'schen Schule zwar nicht gerade strategisches Genie, wohl aber das Verwechseln des „mir" und „mich" und die derben Kasernenausdrücke überkommen hatte. In seinem Heere hatte er auch die Berliner Garderegimenter, die am 18. März gegen die Revolutionäre gekämpft hatten und die nun in Schleswig-Holstein einer aufständischen Regierung zu Hülfe kommen und an der Seite von Freischaaren gegen den König von Dänemark fechten sollten.

Aber ehe Wrangel herankam, erschienen die Dänen mit großer Schnelligkeit zu Wasser und zu Lande und griffen Schleswig-Holstein an. Der Prinz von Noer, dem die provisorische Regierung die Organisation der Streitkräfte übertragen hatte, war nicht der Mann, eine Armee „aus der Erde zu stampfen." Er brachte ein kleines Korps zusammen, zumeist aus Freiwilligen, aus Studenten, Jägern 2c. bestehend, und ließ es eine gedeckte Stellung bei Flensburg einnehmen. Die Dänen, 10000 Mann mit 30 Geschützen und mit fünf Kriegsschiffen im Flensburger Hafen, griffen am 9. April die unvorsichtig vorgeschobenen Schleswig-Holsteiner an, schlugen sie in dem blutigen Gefecht bei Bau und warfen sie aus ihrer Stellung heraus. Die Schleswig-Holsteiner erlitten starke Verluste und da sich unter den Todten auch Söhne angesehener Familien befanden, so war der Jammer über das Unglück viel größer, als wenn es „nur" Proletarier- oder Bauernsöhne gewesen wären. Die Gefangenen wurden

von den Dänen mit barbarischer Härte behandelt. Schleswig wurde zum größten Theile von den Dänen besetzt.

Der weitere Vormarsch der Dänen wurde durch die feste Stellung, welche die sich zurückziehenden Schleswig-Holsteiner einnahmen, sowie durch den Anmarsch der Preußen und anderer deutscher Bundestruppen verhindert.*)

Als Wrangel in Schleswig einrückte, sah Dänemark dies als eine Kriegserklärung an und ließ alles deutsche Staatseigenthum in Dänemark mit Beschlag belegen. Wrangel griff am 23. April die berühmten alten Schanzen des Dannewirke bei Schleswig an und erstürmte sie nach einem heftigen Kampfe. Der Rückzug der Dänen wurde eine Flucht und wäre zur vernichtenden Niederlage geworden, wenn die Verfolgung energischer betrieben worden wäre. Aber Wrangel, den man in sehr unzutreffender Nachahmung des „Marschall Vorwärts" den „General Druff" nannte, hatte offenbar sehr gemessene Instruktionen. Dem Prinzen von Noer, der ihn bat, die Dänen über die Stadt Schleswig hinaus verfolgen zu dürfen, antwortete er derb: „Nee, hier hören Sie man uff!" Indeß wurde Schleswig noch an diesem Tage besetzt und Flensburg am 25. April genommen.

Die Dänen, die sich nun hauptsächlich auf den Seekrieg verlegten, erklärten die deutschen Küsten der Nord- und Ostsee in Blockadezustand und fügten dem deutschen Handel einen ungeheuren Schaden zu. Zwar beschloß am 8. Mai auch der Bundestag, alles dänische Eigenthum in den deutschen Häfen mit Beschlag belegen zu lassen. Aber dies wollte wenig bedeuten gegenüber der Seeherrschaft, die Dänemark mit seiner Flotte in den nordischen Meeren ausübte, während Deutschland gar keine Kriegsschiffe besaß.

Wrangel überschritt die Nordgrenze von Schleswig und drang in Jütland ein. Kolding und Friedericia wurden besetzt und eine Kontribution von zwei Millionen Thalern ward erhoben. Nunmehr aber griff die Diplomatie ein und gebot Halt. Denn in Jütland wurde der Krieg zu einem einfachen Kabinetskrieg zwischen Preußen und Dänemark und da mußte man befürchten, daß sich Schweden und Rußland für Dänemark ins Zeug legten. Das wollte die preußische Diplomatie vermeiden; sie wollte aber auch die Bewegung in Schleswig-Holstein nicht sich selbst

*) Ueber die preußischen Offiziere von damals schreibt Graf Baudissin in seinem bekannten Werke über den schleswig-holsteinischen Krieg: „Die wenigsten der fremden Offiziere hatten eine Idee von den Verhältnissen in den Herzogthümern, noch wußten sie, um was es sich handelte; die meisten glaubten, daß die Schleswig-Holsteiner Insurgenten wären und empfanden es sehr übel, daß sie an der Eider für die Revolution kämpfen sollten, während sie eben in Berlin gegen die Aufrührer gefochten hatten." — Sonach begriffen die preußischen Offiziere eigentlich die Situation besser, als der naive schleswig-holsteinische Patriot, der in seinem Vaterlande die Insurrektion nicht sah!

überlassen. Darum verfiel man auf die sogenannte Demarkationslinie*), welche eine Grenze zwischen dem deutsch und dem dänisch redenden Theil des streitigen Gebietes bilden sollte. Während nun die Wortthelden des Fünfziger-Ausschusses in einer bombastischen Proklamation die „Stürmer des Dannewirke" als Kämpfer für „Freiheit, Ordnung und Volksrechte" priesen, zog sich Wrangel hinter die Demarkations-Linie zurück. Seine Rolle als „revolutionärer" Heerführer mochte ihm nicht sehr behagen. Die Dänen brachen wieder vor und errangen einige Vortheile. Dann trat ein Waffenstillstand von selbst ein; die schleswig-holsteinische Ständeversammlung zu Rendsburg sollte nun entscheiden, was in der neuen Situation zu thun sei; in Wahrheit entschied die deutsche, dänische, schwedische, russische und englische Diplomatie, bei der es Noten regnete.

Der Schaden, den die dänische Seemacht dem deutschen Handel zufügte, rief die Idee einer deutschen Flotte hervor. Diese Angelegenheit, die in ihrem Ausgang zum Spott für die ganze Welt wurde, ging von den großen Rhedern des Nordens aus. Diese hatten natürlich ein Interesse daran, einen Schutz für ihren Handel zu gewinnen. Der Fünfziger-Ausschuß kam den Rhedern und Großindustriellen mit einer phrasenreichen Proklamation entgegen, in der er an die Flotten der alten Hansa erinnerte. Die Herren Rheder und Kapitalisten aber, die den Mund so voll nahmen von der durch die Flotte zu erreichenden Machtstellung Deutschlands, hüteten sich wohl, etwas tiefer in ihren eigenen Säckel zu greifen, um die ersehnte Flotte zu schaffen, sondern sie wendeten sich an die Masse des Volkes und diese sollte die Mittel für die Flotte groschen- und kreuzerweise beschaffen. In der That steuerte das gute Volk auch eifrig bei und in jeder Sitzung des Frankfurter Parlaments konnte mitgetheilt werden, daß einige Gulden und Thaler für die deutsche Flotte eingegangen seien. Jungfrauen, Kinder, Näherinnen und Tagelöhner steuerten für die Flotte, welche die großen Rheder in Hamburg und Bremen so nothwendig brauchten. Der Patriotismus der Kapitalisten hört immer beim Geldbeutel auf und so machten sie auch hier den Versuch, mit dem Klingelbeutel für ihre Interessen zu sorgen. Der Versuch endete so kläglich, wie er enden mußte.**)

*) Diese armselige Ausflucht rühmte sich der Demagoge — wie er sich gerne selbst nennt und was er auch war — Held in Berlin, auf dessen Rolle wir zurückkommen, entdeckt zu haben.

**) Um die Schäbigkeit der Bourgeois von damals zu verhöhnen, stellte ein Witzblatt dar, wie ein solcher Eicheln zu einem Eichwald für die deutsche Flotte in die Erde steckt.

Spießbürger und Proletarier.

Der Sieg des Volkes von Berlin hatte darin bestanden, daß am 19. März die Truppen hatten aus der preußischen Hauptstadt abziehen müssen. Aeußerlich sah das so aus, als wäre nunmehr das Bürgerthum Herr über den preußischen Militärstaat geworden. Am 25. März schien dies sogar durch eine Rede des Königs bestätigt zu werden, die er im Schlosse zu Potsdam an die Offiziere der Garde hielt. Er sagte, daß in der Berliner Bürgerschaft ein so ausgezeichneter Geist herrsche, wie er in der Weltgeschichte ohne Gleichen sei. „Ich wünsche daher," betonte der König, „daß das Offizierkorps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben."

Die Offiziere nahmen, wie es heißt, diese Ansprache „resignirt" entgegen. Sie sollten durch den „ausgezeichneten Geist" der Berliner Bürgerschaft eine Genugthuung erhalten, die sie sich selber wohl nicht hatten träumen lassen.

Das Spießbürgerthum bleibt sich immer gleich, in guten wie in bösen Tagen; das Bedürfniß der Wohldienerei scheint ihm von der Natur eingepflanzt zu sein. Soeben hatte man die Märzgefallenen mit einem großartigen Gepränge begraben; nunmehr suchte man gegenüber dem Militär sich über die Maßen gefällig und versöhnlich zu zeigen. Am 27. März waren schon 14 000 Unterschriften von „guten Bürgern" beisammen, die eine Rückkehr der Truppen verlangten. Die Mehrzahl dieser Leute bestand aus Krämerseelen, welche den bisherigen Absatz ihrer Waaren an das Militär nicht missen wollten und die sich um die „Freiheit" den Teufel kümmerten, wenn sie nur Geschäfte machten. Der übrige Theil bestand aus Angstphilistern, die zum ersten Male das Volk in drohenden Massen zusammen gesehen hatten. Hatten ihnen schon die jählings stürzenden Kurse an der Börse einen großen Schrecken eingejagt, so befürchteten sie von der in ihrer Einbildung vorhandenen „Anarchie" den Verlust

ihres Vermögens. Wenn sie drei Arbeiter beieinander stehen sahen, witterten sie schon eine neue „Rebellion." Ihre Angst wuchs umsomehr, als das Proletariat sich nicht mehr wie bisher in den Vorstädten verbarg. Hungernde, brotlose, in Lumpen gekleidete Proletarier erschienen nun unter den Linden und die „Heuler," wie man im Gegensatz zu den „Wühlern" die Angstphilister nannte, hatten keine ruhige Nacht mehr. Wenn in erregten Zeiten über die Noth der Massen gesprochen wird, dann hat Niemand ein schlechteres Gewissen, als der Börsenspekulant, der Wucherer und der Mann mit dem „arbeitslosen Erwerb." Noch im Schlafe halten sie dann ängstlich die „Papierches" fest, an denen ihre Existenz hängt, und sie fürchten unablässig, ein revolutionärer Windhauch könne die kostbaren Wische hinwegblasen. Dieser Sorte von Menschen genügte natürlich nicht die Bürgerbewaffnung zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" in jenen Tagen; nur unter dem Schutze der Bayonnete und Kanonen des Militärs konnten sie einigermaßen ruhig schlafen.

Der Wunsch nach Rückkehr des Militärs ward sogar schon am 21. März, als die gefallenen Barrikadenkämpfer noch gar nicht begraben waren, geäußert und der Thierarzt Urban hatte sich zum Träger dieses Wunsches gemacht.*) Dieser sonderbare Mensch, der sich auf den Barrikaden des Alexanderplatzes durch so hohen Muth ausgezeichnet hatte, übernahm gleich nach dem Siege des Volkes die Rolle eines Zwischenträgers und Wichtigthuers im Schlosse, weshalb er bald das Vertrauen der Masse verlor.

Die neugeschaffene Bürgerwehr sprach sich für Rückkehr des Militärs aus, wenigstens ihre Hauptleute; der Magistrat und die Stadtverordneten thaten das Gleiche und der Polizeipräsident von Minutoli wußte die Angelegenheit geschickt als einen Wunsch der gesammten Bürgerschaft darzustellen. Die Proteste von Seiten der sich erst sammelnden Demokratie

---

*) Urban, den eine amtliche Mittheilung als „Barrikadenhauptmann und Volkstribun" bezeichnet, hatte am 21. März im Schlosse den König **knieend** um eine Vollmacht gebeten, das Militär zurückbringen zu dürfen. Friedrich Wilhelm IV. gab ihm folgendes Handbillet:

> „Auf den Wunsch des Thierarztes Urban genehmige ich sehr gerne, daß derselbe die in Potsdam und Umgegend liegenden Truppen, namentlich das Kaiser Alexander Grenadierregiment, sofort nach Berlin zurückführe."
> Selbstgeschrieben am 21. März 1848.
>
> Friedrich Wilhelm."

Mit diesem Billet rannten Urban und der Schneidermeister Eckert zum Polizeipräsidenten und mußten von diesem, denn doch etwas vorsichtigeren Mann, zurückgehalten werden, sofort von dem Billet Gebrauch zu machen.

waren nur schwach. Schon am 30. März rückte daher das 24. Infanterieregiment wieder ein, später zwei Bataillone vom 9. Regiment, sowie ein Regiment Ulanen. Wie hätte auch der echte Berliner Weißbierphilister ohne Wachtparade sein können! Wie konnten die Schönen das zweierlei Tuch entbehren und wie hätte die bürgerliche Aristokratie Bälle ohne tanzlustige Lieutenants abhalten sollen! Das Militär ward von den Bürgerwehrphilistern feierlich eingeholt und am botanischen Garten sprach der Kommandeur der rückkehrenden Truppen, Oberst Ehrhardt: „Freunde, wir kommen zu Euch, um mit Euch gemeinschaftlich Ruhe und Ordnung zu wahren und den neuen Geist entwickeln zu helfen.“

Das klang den Spießbürgern wie Musik in die Ohren. Indessen wurden einige Offiziere, die sich nachher etwas deutlicher für die „Entwickelung des neuen Geistes“ aussprachen, genöthigt, ihren Abschied zu nehmen. Der bekannte Herr von Orges war unter ihnen.

Die „Volksbewaffnung“ war inzwischen unter der Leitung des Polizeipräsidenten, Herrn von Minutoli, vollendet worden. Bürger, Handwerker, Studenten, königliche und städtische Beamte, Künstler und sogar Gymnasiasten übernahmen es, die „öffentliche Sicherheit“ aufrecht zu erhalten und „Personen und Eigenthum“ zu schützen. Sie erhielten Waffen aus dem Zeughause. Es war dies eine Macht von 20000 Mann, aber sie war nicht das Volk in Waffen, sondern die Bourgeoisie, die Bureaukratie und das Spießbürgerthum in Waffen. Die Organisirung der Bürgerwehr durch den Polizeipräsidenten war ein Omen, denn dies Institut nahm sich bald aus, als ob es nur zu polizeilichen Zwecken errichtet sei. Die Spießbürger in Waffen waren bald unermüdlich in der Entdeckung und Festnahme von „Aufwieglern“ und in der Unterdrückung von „Meutereien.“ In jedem Proletarier sahen sie einen „Anarchisten“ und sie wendeten die ganze Brutalität des für seinen Geldsack zitternden Bourgeois an, um die Regungen des Proletariats niederzuhalten. Gleich in den ersten Tagen sah man ein, daß diese Bürgerwehr weniger den Zweck hatte, die neuerrungenen Freiheiten zu schützen, als vielmehr den, jede selbständige Regung der Arbeiter mit Gewalt zu hemmen. Es gab unter der Bürgerwehr auch aufrichtig demokratische Elemente, aber sie bildeten eine kleine Minderheit; bei den bewaffneten Studenten befand sich auch eine radikale Gruppe. Aber im Ganzen bestand die Bürgerwehr aus solchen Fanatikern der „Ruhe“ und „Ordnung,“ daß sie zuerst den Polizeipräsidenten und dann den General von Aschoff zu ihrem Kommandanten wählte. Dies bewaffnete Philisterthum bereitete den Boden für die Reaktion, um im entscheidenden Augenblick feig und schmachvoll von dem Schauplatze seiner Thätigkeit abzutreten.

Während die bewaffneten Spießbürger, voll Eitelkeit und Wichtigthuerei, im Gefühle ihrer „Errungenschaften," durch die Straßen stolzirten, blieb das eigentliche Volk, die Arbeiterklasse, sowie die ärmeren Bürger, von der sogenannten Volksbewaffnung ausgeschlossen. Denn diese hatten ohnehin keine Zeit, Wache zu stehen und zu exerziren, sondern sie mußten nach wie vor streng arbeiten, um leben zu können. So war es so ziemlich überall in Deutschland; das Volk erhielt keine Waffen und die Bürgerwehr übte Polizeidienste gegen das Proletariat. Es gab nur sehr wenige rühmliche Ausnahmen.

Berlin wies in diesen Tagen ein sehr reges politisches Leben auf. Die Zeitungen erfreuten sich der neuen Preßfreiheit, die Mauern waren voll von politischen Plakaten und Anschlägen, fast jeden Abend fanden Versammlungen statt und es bildeten sich Klubs und Vereine, namentlich der politische Klub, der sich später in den demokratischen Klub verwandelte und der sich die Aufgabe gestellt hatte, die Märzerrungenschaften zu sichern. Hier fand sich die bürgerliche Demokratie zusammen; Präsident war der schon bekannte Assessor Jung, und es wirkten hier die Schriftsteller Held, Eichler, H. B. Oppenheim u. A. Der politische Klub stand durch einige seiner Mitglieder mit den Arbeitern in Verbindung und es gelang ihm oftmals, die Arbeiter zu Demonstrationen heranzuziehen. Die in dem Klub auftauchenden sozialen Reformideen waren unreif und eitel Stückwerk, wie damals nicht anders zu erwarten.

Im konstitutionellen Klub fand sich die Bourgeoisie zusammen, die sich eine „bürgerliche Freiheit" nicht ohne ihre „Heuler-Ordnung" denken konnte. Präsident war der bekannte Herr Lette, der später sich der Gagern'schen Partei im Frankfurter Parlament anschloß und dessen von der Bourgeoisie so viel gepriesene Bemühungen um das Wohl der arbeitenden Klassen von der zartesten Rücksicht auf den ungeschmälerten Kapitalprofit getragen waren. Dieser Klub half der Reaktion den Boden bereiten.

Mitten aus diesen Strömungen tauchte die Arbeiterfrage auf und sie kam den demokratischen und liberalen Philistern recht unbequem. Denn diese träumten sich den neuen Zustand als ein politisches Arkadien, in dem sie, ungestört von sozialökonomischen Erörterungen, sich selbst und ihre „Errungenschaften" verherrlichen wollten. Sozialökonomische Erörterungen verlangen viele Arbeit und viel Wissen und das Letztere macht bekanntlich Kopfweh. Die Arbeiter aber wurden von ihrem Magen getrieben, auch ihre Forderungen an die neue Zeit zu stellen. Die Bourgeoisblätter hatten doch in allen Tonarten das tapfere Verhalten der Arbeiter bei dem großen Kampfe gelobt und nun wollten sich die Besitzenden erstaunt

stellen, daß auch die Arbeiter kamen, um ihren Antheil an den Früchten des Sieges zu heischen. Es ist ergötzlich anzuhören, wie verschiedene „gute Bürger" sich Mühe gaben, die Arbeiter von der Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten abzuhalten. Einige Beispiele sollen die unvergleichliche Dreistigkeit der Spießbürgerseelen zeigen. Ein Dr. Moritz Lövinsohn ruft den Arbeitern, nachdem er ihre Hochherzigkeit gepriesen, die Mahnung zu: „Kehre Jeder an seine Arbeit zurück! Begehrt und nehmt keine Gunst oder Gnadengeschenke; die ganze Sicherung Eurer Errungenschaft, der volle Stolz des freien, unabhängigen Mannes liegt



Georg Jung.

darin, daß Ihr wieder sagt: Wir leben von unserer Arbeit!" — Und Ernst Kossak, der bekannte Schriftsteller, sagt, er sei selber ein armer Teufel, richtet aber an die Arbeiter gleichfalls den Mahnruf: „Jetzt keine Steigerung des Lohnes, keine Unthätigkeit! .... Arbeiter, stellt Euch in diesen Tagen, den Geburtswehen einer großen Zukunft, durch Ordnung und Fleiß das geschichtliche Zeugniß aus, daß Ihr für die Freiheit Eurer Nation zu arbeiten und zu leben wißt!"

So bildeten sich diese edlen Seelen ein, sie selbst seien — wahrscheinlich von der göttlichen Vorsehung! — berufen, an der neuen Ordnung der Dinge mitzuarbeiten; die Arbeiter aber sollten schweigend weiter

arbeiten und als Fügung des Schicksals entgegennehmen, was die Herren Spießbürger zu beschließen geruhten. Und doch wollten die Arbeiter auch weiter nichts haben, als Arbeit, von der sie leben konnten, denn Tausende hatten keine Arbeit und andere Tausende konnten nicht von ihrer Arbeit leben.

Allein die Arbeiter zeigten sich für die Phrasen der Ruhefanatiker gänzlich unempfänglich und so nahmen denn der Thierarzt Urban und sein Freund Eckert Veranlassung, auf den 26. März nach dem Exerzirplatz vor dem Schönhauser Thore eine große Volksversammlung einzuberufen, um zu berathen, was gegen die Nothlage unter den Arbeitern zu thun sei. Die einzelnen Gewerke sollten ihre Forderungen formuliren und Sprecher schicken, was sie auch thaten. Ueber das ganze Unternehmen hatte der „Volkstribun" Urban sich zuvor mit der Polizei und anderen Behörden verständigt. Er wollte offenbar die Versammlung zu einer Kundgebung für die Rückberufung des Militärs benutzen, scheiterte aber an der allgemeinen Stimmung.

Eine gewaltige Menschenmasse strömte am Sonntag, den 26. März, auf dem Exerzirplatz vor dem Schönhauser Thore zusammen; die Berichte schwanken zwischen 10000 und 20000. Die Rednerbühne war an der sogenannten einsamen Pappel auf dem Exerzirplatz errichtet und mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne geschmückt.

Die Debatte in dieser Versammlung eröffnete einen Einblick in die Arbeiterwelt und in die Wünsche und Hoffnungen, die da wach geworden. Viel konfuses Zeug wurde geredet, namentlich von den „Beschwichtigern," an denen es nicht fehlte, denn es waren Bourgeois, Kleinmeister und Spießbürger in Menge da. Die Arbeiter ließen sich durch alle Einwürfe nicht stören und brachten ihre Forderungen zur Sprache. Ein Bauarbeiter verlangte höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit: „14 Stunden Arbeit sind zu viel; mit Hin- und Herlaufen werden 18 daraus. Ein Familienvater kann kaum das Lallen seiner Kinder hören!" — Der Barrikadenkämpfer Siegerist, Maschinenbauer, verlangte ein Arbeitsministerium, zehnstündige Arbeitszeit und 4 Thaler Lohn, sowie Selbstverwaltung der Kassen. — Der Buchdrucker Brill verlangte eine wohlfeile Regierung, empfahl den Arbeitern aber „Selbsthülfe." — Der Arbeitsmann Vogel entwarf ein Bild von den damaligen Ansprüchen des Arbeiters: „Hören Sie, was der Arbeiter täglich braucht! Für 3 Pfennige Kaffee, für 3 Pfennige Brot zum ersten Frühstück, das ist nicht zu viel. Zum zweiten rechne ich für 6 Pfennige Brot, 6 Pfennige Butter und einen Sechser zu Getränken, sei es nun Bier oder Schnaps, denn ganz trocken kann man das Brot doch nicht essen, das werden Sie zugeben.

Das Mittagessen ist jetzt, wo Alles theuer ist, unter $2^1/_2$ Silbergroschen nicht herzustellen. Für den Nachmittag schlage ich so viel an, wie für das Frühstück, und für das Abendbrot so viel, wie für das zweite Frühstück; das macht zusammen $6^1/_2$ Silbergroschen täglich. Nun ist es aber noch nicht aus. Wir können doch nicht nackend gehen. Kleider, Stiefel, Schnupftuch, ein Hemde sind nothwendig. Ein Paar Strümpfe können namentlich bei schlechter Witterung nicht schädlich sein. Nun kommt die Wäscherin, das Ausbessern der Kleider und der Wäsche, vier harte Wintermonate: wovon sollen die gut gemacht werden? Und wäre der Unverheirathete im Stande, sich durchzuschlagen, wo bleibt der Familienvater? Der kann es nicht bestreiten, den muß der Mangel zu unreellen Handlungen führen."*) — Der Arbeitsmann Lüschke wollte den Tagelohn allgemein auf 15 Groschen fixirt haben. Andere, namentlich Familienväter, fanden dies zu gering. — Der Goldarbeiter Bisky, der auch auf den Barrikaden gefochten hatte, verlangte ein Arbeitsministerium aus Arbeitern und Arbeitgebern und ein Arbeiter-Invalidenhaus. Ein Maler sprach gegen die Zuchthausarbeit, desgleichen ein Seidenwirker. Die Tischler verlangten 25 Silbergroschen Arbeitslohn und zwölfstündige Arbeitszeit, die Posamentirer und einige andere Gewerke Beseitigung der Frauenarbeit. Der „Barrikadenheld" Hesse, schon halb von der Bourgeoisie gewonnen, warnte vor „Selbstsucht" und empfahl vor Allem, vom König das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu verlangen. Die Kattundrucker, 800 Mann, von denen seit Jahren nur 150 genügende Arbeit hatten, verlangten Beschränkung der Maschinen und vierzehntägige Kündigungsfrist, sowie Beseitigung der Frauenarbeit. „Brot oder Sterben," schloß ihr Sprecher Ziegelbein.

Die Versammlung stellte als Forderungen auf: 1. Ein Arbeitsministerium, aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt. 2. Verringerung des stehenden Heeres. 3. Volkserziehung. 4. Versorgung für die Invaliden der Arbeit. 5. Wohlfeile Regierung. 6. Zusammensetzung eines neuen Landtages durch Urwahlen mit allgemeiner Wählbarkeit und Wahlfähigkeit.

Die Arbeiter, ungeübt in solchen Versammlungen, konnten wohl ihre Wünsche aussprechen, indessen nicht formuliren. Aber die Versammlung

*) Diese schlichte und doch so eindrucksvolle Rede eines armen Tagelöhners enthält mehr ökonomische Weisheit als manche langen, mit heuchlerischen Tiraden gespickten „volkswirthschaftlichen" Abhandlungen hochwohlweiser Professoren. Wie bescheiden sind diese Lebensansprüche! Aber die Arbeiter entgingen, wie wir sehen werden, dem Vorwurf der „Begehrlichkeit" damals so wenig wie heute.

an der einsamen Pappel ließ zum ersten Mal die Arbeiter sich voll und ganz aussprechen.

Die Beschlüsse der Versammlung wurden dem Könige durch zwei Deputationen überbracht. Der ersten erwiderte der König: „Ich liebe das Volk mehr, als es mich lieben kann!" — Zur zweiten sagte er, daß eine allgemeine Erziehung des Volkes und eine wohlfeile Regierung unvereinbar seien; indessen würden die Anträge den zuständigen Behörden zur Erledigung überwiesen werden.

Die Kommunalbehörden beschäftigten sich mit Maßregeln gegen die Nothlage und die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat. Die private Wohlthätigkeit, die Sammlungen, die Vertheilung von Brot- und Suppenmarken waren durchaus unzureichend. In einigen Branchen wurden durch Beschluß der Innungen die Arbeitslöhne erhöht; so bei den Schlossern und den Seidenwebern. Auch die Arbeitszeit wurde mehrfach verkürzt. Aber noch blieb ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen zu beschäftigen und der Magistrat ließ alsbald eine Reihe von Bauten, Kanal- und Erdarbeiten in Angriff nehmen, um diese hungernde Masse zu beschäftigen; von Seiten des Staats geschah das Gleiche. Nach und nach wurden von der Kommune Berlin etwa 2500, von dem Staate etwa 3000 Arbeitslose beschäftigt. Der Tagelohn belief sich auf $12^1/_2$ bis 15 Silbergroschen. Um das übermäßige Herbeiströmen von Arbeitslosen zu verhindern, wurde Herr von Minutoli mit „geeigneten Maßregeln" beauftragt und die Berliner Polizei ging gegen die „fremden" brotlosen Arbeiter mit dem alten brutalen Mittel der Ausweisung vor, zur gleichen Zeit, da alle Wände von den Siegeshymnen auf die neuerkämpfte Freiheit widerhallten.

Die bekannteste Gruppe unter den auf öffentliche Kosten beschäftigten Arbeitern wurden in der Folge die sogenannten Rehberger, so genannt von den Rehbergen, wo sie arbeiteten. Die Rehberge lagen, etwa eine Meile von dem damaligen Berlin entfernt, vor dem Oranienburger Thore und es sollte dort der Boden nach Beseitigung seines Fichtenschmucks planirt werden. Von dem Fichtenholz schleppten die Arbeiter Abends Klötze nach Hause. Die im politischen Klub vereinigten Demokraten suchten sich in diesen Arbeitern eine Hülfstruppe heranzuziehen, was ihnen aber nur theilweise gelang. Am populärsten wurde bei den Rehbergern der junge Schlöffel, der Sohn des schon erwähnten Demokraten Schlöffel, trotz seiner Jugend unter allen politischen Führern Berlins der einzige, der die Natur des modernen Kapitalismus begriff und der ihn dementsprechend zu bekämpfen wagte. Dafür wußten ihn Bureaukratie und Bourgeoisie bald unschädlich zu machen.

Die Rehberger „mit ihren hohen Stiefeln und mit der rothen

Hahnenfeder auf dem Hut"*) flößten dem Spießbürgerthum ein solches Grauen ein, daß es am hellen Tage Gespenster sah. Man höre nur, wie sie ein „demokratischer" Schriftsteller**) beschreibt:

„Diese wilden Gestalten, halb Pferd, halb Alligator, mit den von Sonne und Schnaps gebräunten Gesichtern und wüsten Bärten, in Lumpenröcke, seltener in Blousen gekleidet, mit einem gelben Strohhute mit Federbusch bedeckt, in der Hand einen ehrfurchterweckenden Knüttel, waren eine geraume Zeit die Stütze der „Wühler" und der Schrecken der Reaktion und der schwachen Gemüther."

Wenn man erwägt, wie brutal die Arbeiter von den bewaffneten Spießbürgern behandelt wurden, so kann man ihnen nicht verdenken, daß sie, in Ermangelung anderer Waffen, sich mit Stöcken versahen.

Diese öffentlichen Arbeiten waren ein Verlegenheits-Experiment der Regierung und hatten nur den Zweck, die Arbeiter so lange hinzuhalten, bis die revolutionäre Hochfluth verlaufen war. In Berlin, Wien und besonders in Paris wurden solche Experimente gemacht und namentlich die Pariser Nationalwerkstätten, die man fälschlich Louis Blanc zuschrieb, wurden und werden gemeinhin von oberflächlichen Leuten als „sozialistische" Experimente bezeichnet. Die Nationalwerkstätten, die zu Paris durch ein von dem Bourgeois-Republikaner und Antisozialisten Marie unterzeichnetes Dekret vom 6. März 1848 errichtet wurden, waren so wenig eine sozialistische Einrichtung, wie die Erdarbeiten zu Wien und zu Berlin. An Stelle des privaten Arbeitgebers war der Klassenstaat getreten, der die Arbeiter gegen einen gewöhnlichen Lohn Arbeiten — zum Theil noch unproduktive — verrichten ließ. Die historischen Philister mögen bei der Beurtheilung dieser Dinge nicht vergessen, daß eine sozialistische Produktionsform die völlige Beseitigung des Lohnsystems voraussetzt. Die Nationalwerkstätten waren gegen den Sozialismus gerichtet. Indem man sie plötzlich schloß, führte man die furchtbare Katastrophe der Junischlacht herbei, die zur blutigen Niederlage des Pariser Proletariats, aber auch zum Sturze der Republik führte.***)

Inzwischen trat in Berlin der Vereinigte Landtag am 2. April zusammen. Die Demonstrationen der Demokratie gegen dieses veraltete

---

*) So beschrieb sie einmal Bismarck im Reichstage.

**) Robert Springer in seinem Buche: Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848.

***) Lamartine sagt in seiner Geschichte der Februarrevolution, daß die Chefs der Nationalwerkstätten in geheimer Uebereinstimmung mit dem antisozialistischen Theil der Regierung sich befanden und daß die Nationalwerkstätten ein schlauer Plan der Feinde Louis Blanc's waren.

Institut waren gänzlich vergeblich gewesen. Das Volk kümmerte sich wenig um die Verhandlungen, obschon dieselben jetzt öffentlich waren. Der Märzminister Camphausen sprach in seiner Eröffnungsrede von der Märzrevolution als von „einem Ereigniß, das einen gewaltigen, unverkennbaren Ausdruck der öffentlichen Meinung bedeute.“ Der Landtag stimmte dem in einer Adresse an den König bei. Ein Theil der Aristokratie ward von der Zeitbewegung ergriffen. Der Landtags-Marschall Fürst Solms sprach sich gegen die Adelsvorrechte aus und meinte, es sei an der Zeit, dieselben auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, und der Oberpräsident von Meding bekundete nachdrücklich seine konstitutionelle Gesinnung. Sogar die hochkonservativen Junker, darunter Otto von Bismarck-Schönhausen, versicherten das Märzministerum ihrer Unterstützung und nur Herr von Thadden-Triglaff that den denkwürdigen Ausspruch, auch er sei für Preßfreiheit, aber nur, wenn zugleich ein Galgen errichtet würde, um die „Preßverbrecher“ zu bestrafen.

Der Vereinigte Landtag, im Drang des Augenblicks seine Unhaltbarkeit einsehend, war so großmüthig, sich selbst zum Tode zu verurtheilen. Er nahm das vorgelegte Wahlgesetz an, mittelst dessen eine Versammlung zur Vereinbarung einer preußischen Staatsverfassung gewählt werden sollte. Der Wahlmodus dieses Gesetzes, das im Mai 1849 durch „das elendeste aller Wahlgesetze,“ durch das Dreiklassenwahlgesetz, verdrängt wurde, war ein indirekter und entsprach sonach den Wünschen der Bourgeoisie, welche in Uebereinstimmung mit dem Ministerium Camphausen erklärte, das Volk sei „noch nicht reif“ für eine direkte Wahl.*) Zugleich stellte man hier in Bezug auf die künftige preußische Vertretung das Prinzip der Vereinbarung fest, womit man das Zustandekommen der Verfassung von der Zustimmung des Königs abhängig machte, statt die Versammlung einfach als eine konstituirende gelten zu lassen. Wir werden sehen, zu welchen Konflikten dies Vereinbarungsprinzip führen mußte.

In dem sogenannten Sechsparagraphengesetz wurde die Presse für frei erklärt, die Zeitungskautionen beseitigt und Schwurgerichte für politische und Preßvergehen in Aussicht gestellt. Unabhängigkeit der Richter, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Religionsfreiheit wurden verbürgt und

*) Diese Ansicht vertritt in Bezug auf das preußische Volk von 1848 auch der bekannte (Volkszeitungs-) Bernstein in seiner Geschichte der Berliner Märztage, die 1873 erschienen ist. Der sogenannten Fortschrittspartei ist es mit dem allgemeinen direkten Wahlrecht überhaupt nie recht Ernst gewesen.

schließlich wurde ausgesprochen, daß künftig ohne Zustimmung der Volksvertretung kein Gesetz erlassen, kein Etat festgestellt und keine Steuer erhoben werden dürfe.

Damit war endlich das „gute Bürgerthum" in Preußen in den ersehnten Himmel des Konstitutionalismus eingegangen. Man nannte diese Bewilligungen des Landtages die „Grundlagen der Demokratie" und die Bourgeoisie war hochentzückt, diese „Grundlagen" von einer aus der vormärzlichen Zeit stammenden Körperschaft erhalten zu haben.

Schließlich bewilligte der Landtag auch noch eine Anleihe von



Freiherr von Vincke.

40 Millionen, wovon 25 für Kriegsrüstungen, 15 für Abhülfe gegenüber dem Nothstand in Handel und Gewerbe verwendet werden sollten. Was die Kriegsrüstungen betrifft, so fabelte man immer noch von dem drohenden „Einfall" der Franzosen; indessen hatten die 40 Millionen wohl vor Allem den Zweck, die Rüstungen für die bevorstehenden Kämpfe mit der Demokratie zu ermöglichen. So leistete der Landtag der künftigen Reaktion noch einen großen Dienst, während die Bourgeois ihm zujubelten. Bismarck-Schönhausen erklärte zwar, es könne dem Landtage nicht zugemuthet werden, „sich in das Meer der Vergessenheit zu stürzen und seinen Hals auch noch mit 40 Millionen Staatsschulden zu beladen."*)

*) Als späterer leitender Staatsmann in Preußen und im Reich hat er weniger Bedenken gegen Staatsschulden gehabt.

Aber der Landtag bewilligte die Anleihe, wozu namentlich eine Rede des Freiherrn von Vincke beitrug, der ebenfalls vom „neuen Geist“ erfaßt schien. Schließlich steckte der Landtag doch noch den Pferdefuß heraus, indem er, nachdem er für die preußische Vereinbarungs-Versammlung allgemeines, aber indirektes Wahlrecht zugestanden, sich anmaßte, die Vertreter für das in Frankfurt zusammentretende deutsche Parlament selbst ernennen zu wollen. Er vollzog auch die Wahlen und das Ministerium Camphausen sah ruhig zu, nicht, wie die „guten Bürger“ meinten, aus Harmlosigkeit, sondern weil es im Grunde seines Herzens der Frankfurter Versammlung nicht übermäßig gewogen war. Aber da schäumte es auf in den Volksversammlungen; stürmisch wurde gegen die Anmaßung des Landtages protestirt und nicht nur die Bourgeoisie lärmte mit, sondern auch rechtsgelehrte Professoren boten ihre verschimmelten Argumente auf, um nachzuweisen, daß der Landtag sich nicht auf dem „Rechtsboden“ befände. Da gaben denn die Herren nach und als auch noch von Frankfurt am Main, wo der Fünfziger-Ausschuß über den Vollzug der Beschlüsse des Vorparlaments wachte, die Nachricht kam, man werde nur die „vom Volke selbst“ gewählten Vertreter Preußens anerkennen, da nahm der Landtag seine diesbezüglichen Beschlüsse zurück und gewährte für die Wahl zur Frankfurter Versammlung das gleiche Wahlrecht wie für die preußische. Da das Vorparlament thörichter Weise den Regierungen die Bestimmung direkter oder indirekter Wahlen überlassen hatte, so wurden auch die Vertreter nach Frankfurt „vom Volke selbst“ nur indirekt gewählt.

Die guten Bürger waren mit diesen Erfolgen in hohem Grade zufrieden und glaubten ihre „Freiheit“ auf immer gesichert, als der Landtag, nachdem er in der geschilderten Weise selber an sich die Kastration vollzogen, auseinanderging. Die Herren des Landtages, die mit so schönen Worten, ähnlich wie die französischen Deputirten in der Nacht des 4. August 1789, auf ihre Vorrechte, namentlich die standesherrlichen, verzichtet hatten, zogen es nachher vor, auch auf den Verzicht wieder zu verzichten, denn die standesherrlichen Privilegien bestehen in dem Augenblick, da wir dies schreiben, zu einem guten Theile noch und ihre Abschaffung ist erst neuerdings angeregt worden.

Am 1. Mai sollten die Urwahlen, nämlich die Wahlen der Wahlmänner zur preußischen und zur Frankfurter Versammlung, stattfinden und die Wahlbewegung begann sofort nach dem Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes.

Die Demokratie hatte nicht nur mit aller Macht gegen die Anmaßung des Landtages, die Abgeordneten nach Frankfurt zu ernennen, protestirt, sie erhob auch kräftigen Einspruch gegen das neue Wahlgesetz.

Schon am 2. April fand unter den Zelten eine Volksversammlung statt, die vom „Volksverein" einberufen war. Dieser Verein, dessen Präsident Dr. Max Schasler war, sollte nach seinem Programm „im höchsten und weitesten Sinne des Wortes ein Volksverein sein, in dem alle Klassen vertreten sind, besonders aber Diejenigen, die den markigen Kern des Volkes bilden, die besitzlosen Arbeiter." Dieser Verein verlangte „wahrhafte Volksbewaffnung, Volksvertretung und Volksbildung," hatte aber keine weiteren sozialen Programmpunkte. Die Versammlung beschloß eine Adresse an den König, die dem Ministerpräsidenten übergeben wurde. Sie verlangte direkte Wahlen, Wahlberechtigung vom 21., Wählbarkeit vom 24. Jahr an. Camphausen versprach, daß die Minister die Sache berathen wollten. Auch der politische Klub erklärte sich gegen die indirekten Wahlen und gegen den Ausschluß der Dienstboten und Almosenempfänger vom Wahlrecht. Der konstitutionelle Klub dagegen sprach sich für das vom Landtag beschlossene Wahlgesetz aus.*)

Nachdem eine Reihe von Versammlungen sich für das direkte Wahlrecht ausgesprochen, wurde am 10. April in einer großartigen Volksversammlung unter den Zelten beschlossen, ein Wahlkomité einzusetzen, das für direkte Wahlen zu wirken habe. Der Schriftsteller Eichler hatte der Volksmasse das Wahlrecht folgendermaßen erläutert: „Wenn Ihr eine Waare kauft, wollt Ihr sie lieber aus erster oder aus zweiter Hand?" — „Aus erster Hand!" rief man. „Nun wohl," antwortete Eichler, „aus erster Hand bekommt Ihr Volksvertreter durch direkte Wahl, aus zweiter Hand durch die Zwischenhändler, die Wahlmänner. Was Ihr aus erster Hand besser und wohlfeiler haben könnt, will Euch Herr Camphausen aus zweiter Hand schlechter und theurer zukommen lassen!"

Das Volkswahl-Komité bestand aus Baader, Schriftsteller; Berends, Stadtverordneter; Bergenroth, Assessor; Bisky, Goldarbeiter; Born, Schriftsetzer; Constant, Kaufmann; Dr. Eichler, Schriftsteller; Dr. Erman, Professor; Fähndich, Weinhändler; v. Förster, Schriftsteller; Hammerfeld, Assessor; Held, Redakteur; Dr. Hexamer, Arzt; Hoppe, Schriftsteller; Jung, Assessor; Köppe, Dr. phil.; Krause, Schlosser; Kümmelau, Naturforscher; Lange, Student; Lessing, Arzt; Graf zur Lippe, Nationalökonom; Mertens, Stadtverordneter; Monecke, Student; Fritz Müller,

*) Nur ein Herr von Werther sprach hier für das allgemeine Wahlrecht auch für Almosenempfänger. „O'Connel," meinte er, „erzählt die Geschichte eines Mannes in Irland, der einen Esel besaß und mit Hülfe desselben ein Geschäft betrieb, das ihn ernährte. Der Esel starb, der Mann ward brotlos, Almosenempfänger, und verlor sein Wahlrecht. Wer, fragte O'Connel, hatte nun das Wahlrecht besessen, der Mann oder der Esel?"

Schlosser; Dr. Nauwerk, Stadtverordneter; Dr. Prutz, Schriftsteller; Dr. Ries, Vorstand des Handwerkervereins; Salis, Student; Dr. Schasler, Redakteur; Schlöffel, Student; Siegerist, Maschinenbauer; Steffens, Drechsler; Dr. Thümmel, Arzt; Dr. jur. Türke; Dr. Wiß, Arzt und Schriftsteller. Ein recht buntscheckiges Komité. — Dasselbe sollte eine imposante Massendemonstration für das allgemeine direkte Wahlrecht in Szene setzen.

Die Volksbewegung schlug hohe Wogen, ganz Berlin ward in Athem erhalten durch die Wahlbewegung, die Frage des Wahlrechts und namentlich die Arbeiterfrage. Während die Spießbürger über die „großen Summen" murrten, die zur Beschäftigung der brotlosen Arbeiter „nutzlos" verausgabt wurden, benutzten die Kaufleute die Gelegenheit, die „Staatshülfe" auch für sich in Anspruch zu nehmen. Die Aeltesten der Kaufmannschaft wendeten sich an die Regierung und klagten über die „Geld-Krisis" unter den Gewerbetreibenden, die ihre Arbeiter nicht mehr bezahlen könnten. Es wurden auch 150 000 Thaler für die Kaufleute und Gewerbetreibenden bewilligt. Ob sie an wirklich bedrängte Leute gekommen, ist uns nicht bekannt.

Zwischen den Arbeitern kam es einige Male zu Reibereien, da sich bei den öffentlichen Arbeiten allerlei Mißstände herausstellten. So wegen der Akkordarbeit, deren Beseitigung in verschiedenen Versammlungen beschlossen worden war. Die Berliner Arbeiter hatten die Schädlichkeit der Akkordarbeit schon vor mehr als vierzig Jahren erkannt, während gewisse Bourgeois-Gelehrte heute noch den Arbeitern vorreden wollen, die Akkordarbeit sei die lohnendste. Die Erdarbeiter am Plötzensee und die Kanalarbeiter wurden von den Rehbergern genöthigt, die Akkordarbeit aufzugeben. Dieser Vorfall im Verein mit einigen geringfügigen Straßentumulten gab Anlaß zu den übertriebensten Gerüchten von Plünderungen und Meutereien. Die Bürgerwehr, die gleich brutal einschritt, vermehrte die Aufregung und man sah überall das „rothe Gespenst," obschon der Polizeipräsident die Haltung der Arbeiter öffentlich belobte. Während der bekannte Demagoge Held, der als Klubredner und Herausgeber der „Lokomotive" sich einen ungeheuren momentanen Einfluß auf die Massen erworben hatte, die Arbeiter zur Ruhe aufforderte, bis er seinen großen Plan behufs Organisation der Arbeit, den das Ministerium von ihm eingefordert, entworfen habe, liefen beim Staatsanwalt, dem Herrn von Kirchmann, massenhafte Denunziationen gegen die Presse ein. Herr von Kirchmann verhielt sich ablehnend. „Alles ist ruhig, mit Ausnahme der Bürgerwehr!" lautete der witzige Rapport eines Wachkommandanten. In der That war die Brutalität der Bürgerwehr gegen

Arbeiter, Studenten und Demokraten ganz unglaublich, und schon um diese Zeit konnte Niemand mehr ernsthaft daran glauben, diese aus bewaffneten Spießbürgern bestehende Polizei werde im Nothfall die Märzerrungenschaften vertheidigen. Und zur selben Zeit veröffentlichten die Blätter, namentlich die „Vossische Zeitung," lange Listen von Geldbeiträgen zur Unterstützung der verwundeten Barrikadenkämpfer oder der Hinterbliebenen der Gefallenen. Unter den Spendern befanden sich eine Menge Exzellenzen, Geheime Kabinetsräthe und andere Reaktionäre. Sie spielten hier ihre Rolle so gut, wie die Junker im Landtage, die dort ihre Vorrechte selber für veraltet erklärten, mit dem stillschweigenden Vorbehalt*), sie wieder neu zu befestigen, wenn nur erst die Zeit gekommen sein werde.

Die Arbeiter waren politisch noch völlig unerfahren; sie schwankten hin und her zwischen den Lockrufen der bürgerlichen Parteien, von denen sie für ihre Demonstrationen benutzt wurden, und zwischen einzelnen Versuchen, selbständig vorzugehen. Die Redner des politischen und des konstitutionellen Klubs kamen oft zu den Arbeitern, um dieselben für sich zu gewinnen. Der Schriftsetzer Stefan Born machte den Versuch, die Arbeiter selbständig zu organisiren. Born war in Brüssel und in Paris ein eifriges Mitglied des „Bundes der Kommunisten" gewesen. Er war ein sehr befähigter junger Mann, allein er beging den Fehler, sich gar zu leicht mit allen möglichen Elementen zu verbinden, und wollte es Allen recht machen. Darum warf er auch, was er im Bund der Kommunisten an wissenschaftlichem Sozialismus erfaßt hatte, bunt durcheinander mit kleinbürgerlichen, zünftlerischen und reaktionären Anschauungen. Es wurde ein Zentral-Komité für Arbeiter gegründet, dessen Präsident Born war.**) Das Komité sollte den Mittelpunkt einer über ganz Deutschland sich erstreckenden Arbeiterorganisation bilden. In den Statuten hieß es: „Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand und Niemand soll sie uns wieder entreißen." — Zugleich war betont, daß es noch keine arbeitende Klasse gebe. Die politische Macht schien Born Nebensache und er warf sich ausschließlich auf Strikes, Gewerkschaften und Assoziationen, ohne zu bedenken, daß dies Alles wieder verschwinden mußte, wenn es nicht auch gelang, die politische Freiheit auf die Dauer zu befestigen. Die von Born gestiftete „Arbeiter-Verbrüderung" hielt sich indessen bis in das Jahr 1850 hinein; Born selbst mußte schon 1849 wegen Betheiligung am Dresdener Mai-Aufstand flüchtig gehen.

*) Bei den Jesuiten nennt man dies: reservatio mentalis.

**) Born, eigentlich Buttermilch, ward später Privatdozent der Literatur an der Baseler Universität; auch war er 1878 Redakteur der „Basler Nachrichten."

Viel energischer als Born trat Gustav Adolf Schlöffel auf, ein feuriger Jüngling und ein unermüdlicher Stürmer und Dränger, der im Verlaufe der Revolution ein tragisches Ende finden sollte. Er gab ein Blatt heraus, in dem der Kapitalismus und die moderne Klassenherrschaft auf das Entschiedenste bekämpft wurden; aber mit nicht weniger Schärfe wurden die reaktionären Gewalten bekämpft und wurde für die Arbeiter das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als Mittel zur Erkämpfung politischer Macht gefordert. Dies Blatt hieß „Volksfreund" und wurde viel gelesen, denn Schlöffel ließ es oft gratis vertheilen; es erlebte aber nur wenige Nummern, da sehr bald die Hand des Staatsanwalts nach dem kecken jugendlichen Redakteur griff. Schlöffel, den die Arbeiter den „Volksfreund" nannten, trat namentlich bei den Arbeiterversammlungen als gewandter Redner auf und ward ein Liebling der Rehberger. Als einst einige Rehberger verhaftet waren, rückten ihre Kameraden in Masse drohend gegen das Oranienburger Thor; die Bürgerwehr sammelte sich und es wäre zu einem blutigen Konflikt gekommen, wenn nicht der junge Schlöffel durch seine geschickte Vermittelung beim Staatsanwalt die Freilassung der Verhafteten erwirkt hätte. Die Rehberger trugen den „Volksfreund" jubelnd auf den Schultern von dannen.

Die Bourgeoisie verbreitete über die Arbeiter, namentlich die Rehberger, die kläglichsten Verleumdungen; namentlich hieß es, die Arbeiter seien faul, es seien eine Menge Vagabunden dabei und Alle führten ein „Schlaraffenleben auf Staatskosten."*) Auch die bekannte kindische und stets wiederkehrende Geschichte von den droschkenfahrenden Arbeitern kommt damals schon vor, als ob die Vorsehung zum Droschkenfahren nur die Bourgeois bestimmt hätte und es ein Verbrechen wäre, wenn ein Arbeiter sich für sein wohlverdientes Geld einmal eine Droschkenfahrt gestattet.

Gegenüber den Verleumdungen der Spießbürger wurde den Stadtverordneten ein Bericht über die Erdarbeiter am Wedding erstattet, in dem es heißt:

„Bei Allen giebt sich das einhellige Bestreben für Ruhe und Ordnung, der Sinn für Fleiß und Arbeit kund, so daß es jetzt den Aufsehern ein Leichtes wird, die Abstellung etwa eingeschlichener Unordnungen zu erlangen, was sie früher nicht einmal auszusprechen wagen durften. Sie stellen sich pünktlich auf dem Arbeitsplatz ein, arbeiten

*) So sagt namentlich Herr von Unruh, der spätere Präsident der Vereinbarungs-Versammlung, in seinen „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte." Herr von Unruh vergißt leider anzugeben, wie man mit 15 Silbergroschen Tagelohn ein „Schlaraffenleben" führen kann.

anhaltend und verlassen denselben nur nach Feierabend. Sie selbst bringen auf die Entfernung aller Faulen und Verführer (?); je 120 Mann haben sich zu diesem Behufe einen Aufseher und ein Ehrengericht von drei Personen zur Schlichtung von Streitigkeiten gewählt. Einen Arbeiter, der eine Soldatenjacke gestohlen, sowie einen, der eine Pappel umgehauen, haben sie von sich entfernt, indem sie erklärten, mit Dieben nicht arbeiten zu wollen."*)

Die Erdarbeiter begnügten sich vorläufig mit 15 Silbergroschen Tagelohn. Die Arbeiter der anderen Gewerke hatten durch ihre Deputationen ihre Forderungen an die Meister gestellt, sie verlangten gewöhnlich zehnstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden und einen Lohn von 3 bis $4^1/_2$ Thalern pro Woche. Die Forderungen wurden meistens bewilligt und wir haben nicht gefunden, daß Jemand den zehnstündigen Normalarbeitstag damals für etwas so Unerhörtes gehalten hätte, wie heutzutage noch so manche Kapitalisten und Gelehrte thun. Es gab auch eine Anzahl Arbeitseinstellungen, wenn die Meister und Fabrikanten nicht nachgeben wollten; auch wurden große Aufzüge veranstaltet, wobei ein Theil der Studentenschaft mitthat, namentlich jener Theil des Studentenkorps, der von dem Studenten Monecke geleitet wurde, einem Gesinnungsgenossen Schlöffel's. Die Bourgeois nannten diese Studenten die „Rotte Monecke." Die Aufzüge hatten wieder zur Folge, daß, mitten im „Völkerfrühling," die Polizei eingriff und die Arbeiterdemonstrationen im Verein mit der Bürgerwehr hinderte, wo sie konnte.

Wie der Staat gegen die Nothlage der Arbeiter kein anderes Mittel hatte, als die Erd- und Kanalarbeiten, so fehlte es auch der Masse der Arbeiter selbst an einem richtigen Einblick in den Stand der Dinge. Das war natürlich, denn die Arbeiter traten zum ersten Mal handelnd in das öffentliche Leben ein. Dazu stand ihnen ein zahlreiches Spießbürgerthum gegenüber, das all ihren Bestrebungen hemmend in den Weg trat. So nahm die ganze Arbeiterbewegung, soweit man von einer solchen reden kann, den Verlauf, den sie nehmen mußte.

Inzwischen war das in einer großen Volksversammlung gewählte Komité, das für direkte Wahlen zu wirken hatte, nicht unthätig gewesen. Eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten Camphausen hatte kein Resultat. Die Majorität des Komités beschloß hierauf, daß „eine große friedliche Manifestation das Berliner Volk am Grünen Donnerstag

*) Bericht vom 15. April. Siehe Adolf Wolff, Berliner Revolutions-Chronik, Bd. II., S. 159.

(20. April) zu einem feierlichen Zuge nach dem Schlosse vereinigen" solle. Auf diesen Beschluß hin traten der Stadtverordnete Berends, der Goldarbeiter Bisky, Dr. Nauwerk, Dr. Prutz, Dr. Schasler u. A. aus dem Komité aus. Eine große Volksversammlung unter den Zelten beschloß am 17. April, auf der Demonstration zu Gunsten direkter Wahlen zu beharren. Man beschloß auf Antrag Eichler's, mit Fahnen mit der Inschrift: „Direkte Wahlen, keine Wahlmänner, breiteste Grundlagen, aber Freiheit!" sich in Masse auf dem Alexanderplatze zu versammeln und vor das Schloß zu ziehen. Im Namen des Wahlkomités erging ein Aufruf an die Provinzen, dort ähnliche Demonstrationen zu bewerkstelligen. Derselbe ist unterzeichnet von Professor Erman, Held, Redakteur der „Lokomotive," Georg Jung, Dr. jur. H. B. Oppenheim.

Die Ordnungsfanatiker geriethen in die größte Erregung; sie sahen in der Demonstration eine „Revolte." Man hatte vergessen, daß auch die honette Bürgerschaft vor noch nicht vier Wochen, am 17. März, beschlossen hatte, in Masse vor das Schloß zu ziehen und mit einer solchen „Friedensdemonstration" vom König die Bürgerbewaffnung zu erlangen. Was man damals „Friedensdemonstration" nannte, sollte nun eine „Umsturzdemonstration" sein*), nur weil die Sache von anderen Leuten ausging! Eine Menge von „Demokraten" erklärten sich mit den indirekten Wahlen zufrieden; sie ließen sich in der That von den konstitutionellen Schönschwätzern einreden, das Volk — und damit sie selber — sei „nicht reif" für direkte Wahlen. Diese Stimmung ward von den Behörden benutzt, der Demonstration gleich von vornherein kräftig entgegenzutreten. Magistrat, Stadtverordnete und Polizeipräsident erklärten die Demonstration für ungesetzlich, desgleichen das Ministerium, das zugleich an die Bürgerwehr das Ersuchen richtete, die „öffentliche Ordnung" zu schützen.

Diese Maßregeln gegen eine friedliche aber imposante Demonstration waren allerdings geeignet, die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Volk und Bürgerwehr sehr nahe zu rücken. Was die Angstmeier und Ordnungsfanatiker befürchteten, wäre kaum denkbar gewesen, hätte man das Komité gewähren lassen.

Held stellte nunmehr den Antrag, die Demonstration aufzugeben; als das Komité aber darauf bestand, trat er mit Jung aus. Nachdem diese beiden populären Persönlichkeiten sich abgesondert, schien die Sache in Frage gestellt; indessen hoffte das Komité immer noch auf einen Zug

*) Noch 25 Jahre nachher erklärte Herr A. Bernstein von der „Volks-Zeitung" in seinem schon genannten Buche die geplante friedliche Demonstration für „eine verbrecherische Absicht der Demagogie."

von 50 000 Köpfen. So besagte ein Aufruf, der „An alle Arbeiter" gerichtet, aber von Niemand unterzeichnet war.

Die Konstitutionellen und die Demokraten unternahmen es, die Arbeiter abzumahnen, und sandten ihre Redner in die Arbeiterversammlungen. Im Zentral-Komité der Arbeiter, wo Born, Bisky und Andere gegen die Demonstration sprachen, drang Schlöffel nicht durch; auch die Maschinenarbeiter, die unter dem Einflusse Held's standen, waren gegen die Demonstration eingenommen. Dr. Eichler wurde auf Antrag eines Gläubigers verhaftet und im Schuldgefängniß unschädlich gemacht. So mußte die Demonstration verunglücken.

Am Morgen des Grünen Donnerstags sah Berlin wie ein Heerlager aus; die Bürgerwehr stand unter den Waffen; Brücken, öffentliche Gebäude und Plätze waren besetzt, als stände ein feindlicher Angriff bevor. Aber die Demonstration erfolgte nicht; auf dem Alexanderplatz waren nur etwa tausend Menschen beisammen, die der nach Thaten dürstenden Bürgerwehr keinen Anlaß zum Einschreiten gaben. Eine Anzahl Erdarbeiter, die sich nicht hatten abmahnen lassen, rückten mit ihren Fahnen in die Stadt ein. Das Wahlkomité ließ bekannt machen, daß die Demonstration nicht stattfinden könne, und lud zu einer Volksversammlung auf dem Exerzierplatz vor dem Schönhauser Thor ein, wo sich etwa 1500 Personen einfanden. Siegerist berichtete dort, daß die Schuld, wegen deren Dr. Eichler verhaftet worden, 12 Thaler betrage*); Jung suchte in dieser Versammlung seine Popularität zu wahren, indem er der Bürgerwehr und dem konstitutionellen Klub die Schuld an dem Mißlingen des Zuges gab, die dem friedlichen Unternehmen revolutionäre Absichten untergeschoben hätten. Im politischen Klub beschwerte man sich über die Brutalität der Bürgerwehr; dieselbe hatte mehrere Theilnehmer der Volksversammlung, die nach Hause gingen, verhaftet und einen jungen Menschen mit Kolben und Fäusten auf die roheste Weise mißhandelt. Den Zuschauern rief einer der bewaffneten Spießbürger zu: „Nun, Ihr Hunde, wollt Ihr wohl nach Hause gehen und arbeiten!"**)

Am anderen Morgen wurde der junge Schlöffel in Haft genommen. Er hatte in seinem „Volksfreund" geschrieben: „Mit 60 000 Mann will das Komité sich erkundigen, ob das für den Minister Camphausen die Macht der Erde sei, die ihn von den Wahlmännerwahlen abhalten könnte!" — Aber dieser Artikel war erst erschienen, nachdem

*) Die Schuldsumme wurde von den politischen Freunden Eichler's aufgebracht und derselbe wieder freigelassen.

**) Dies ist bezeugt von Adolf Streckfuß und 13 Anderen.

die Demonstration bereits verunglückt war, nämlich am Abend des Grünen Donnerstags. Auch enthielt der Artikel trotz seiner scharfen Ausfälle gegen den König keine Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten.*) Aber die neue preußische Preßfreiheit bestand ihre Probe schlecht. Schlöffel wurde vor dem Kammergericht prozessirt, weil er dem Hecker'schen Aufstand seine Sympathie ausgesprochen und zu dem Zuge vor das Schloß aufgefordert hatte. Die Anklage vertrat der bekannte Herr von Kirchmann, der später in der Vereinbarungs-Versammlung zur Linken gehörte. Er hielt Schlöffel seine Jugend vor und half sich über die Thatsache, daß



Julius von Kirchmann.

der Artikel über die Wahldemonstration erst nach dem Scheitern derselben erschienen, mit der Behauptung hinweg, daß das, was am Grünen Donnerstag nicht erfolgt sei, später geschehen sollte. Schlöffel vertheidigte sich sehr gut in einer Rede, die nicht ohne Eindruck blieb. Herr von Kirch-

*) Wie das Philisterthum über solche Dinge dachte, zeigt uns wiederum Bernstein in seinem 1873 erschienenen Werke, in dem er sagt, „man hätte diesen Artikel leicht für ein untergeschobenes Machwerk der Reaktion halten können, allein eine Gerichtsverhandlung habe die Aechtheit des charakteristischen Schriftstückes festgestellt!" — Und das Alles, weil die liberale Bourgeoisie und die Regierung dem Volke das direkte Wahlrecht nicht gönnten!

mann hatte sechs Wochen Gefängniß beantragt; das Kammergericht verurtheilte Schlöffel zu sechs Monaten Festungshaft und Verlust der Nationalkokarde. Der „Volksfreund" ward zur Verbüßung der Strafe nach Magdeburg abgeführt. Ob wohl Herr von Kirchmann an Schlöffel's Vertheidigung der freien Meinungsäußerung gedacht hat, als er selber 1867 wegen eines Vortrages über die Zweikindertheorie seines Amtes entsetzt wurde?

Die Wahlbewegung förderte die konfusesten Anschauungen zu Tage, denn man hatte zum ersten Mal zu wählen. Die Berliner hatten kein



Julius Berends.

Recht, sich über die „blinden Hessen" lustig zu machen, weil diese „die Republik mit dem Großherzog" gefordert haben sollten. Herr Julius Berends sagte in seinem gedruckten Glaubensbekenntniß: „**Wir wollen eine republikanische Regierung und an ihrer Spitze einen König**, der als Repräsentant des Volkes nach Außen jeder anderen Macht entsagt, um die Freiheit des Volkes nicht zu beschränken." — Die Programme von Held, Jung, Oppenheim — der sich damals schon an das Durchfallen zu gewöhnen begann, das er später so beharrlich betrieb — Ruge und Nauwerk standen nicht viel höher. Die Konstitutionellen leisteten freilich weit mehr an Verworrenheit und Phrasenhaftigkeit, als

die Demokraten. Aber die Beibehaltung der indirekten Wahlart hatte die gewünschte Wirkung; die Demokratie blieb in der Minorität und die Vertreter der flauen Mittelparteien und die versteckten Reaktionäre triumphirten. Zur Vereinbarungs-Versammlung wurden gewählt der Staatsanwalt v. Kirchmann, Geheimrath Waldeck, Oberbürgermeister Grabow, Geheimrath Bauer, Stadtrath Duncker, Prediger Sydow, Dr. Johann Jacoby, Stadtverordneter Berends und Assessor Jung. Für das Frankfurter Parlament wählte Berlin nur einen Demokraten, den Dr. Nauwerk; sonst den Minister Camphausen, Major Teichert, Oberst Stavenhagen, Professor Raumer, Dr. Veit. Es rächte sich nun, daß so viele Demokraten, darunter auch Nauwerk, mit der indirekten Wahl sich begnügt hatten.

Das Mißglücken der Wahldemonstration bedeutete den Abschluß der ersten Epoche nach dem Siege des Volkes. Die Bürgerwehr erwies sich dabei als eine reaktionäre Institution; sie kam dem eingeschüchterten Ministerium zu Hülfe und hielt der friedlichen*) Volksdemonstration für direktes Wahlrecht die Spitzen ihrer Bayonnette entgegen. Hier wurde die Reaktion geboren und nicht erst in den Konventikeln der Junker im königlichen Schlosse.

Aber der brave Bürgersmann ahnte nichts davon. Draußen im ganzen Lande erscholl ja noch der laute Jubel über die „Freiheit," die man dem 18. März zu verdanken hatte; das unerschöpfliche Füllhorn der politischen Poesie ward über Deutschland ausgegossen und in den Bierhäusern wollten die begeisterten Reden und Deklamationen gar kein Ende nehmen. Dazu wurden nun auch noch Volksvertreter gewählt, welche die Freiheit sichern sollten; zum Ueberfluß gab es zwei Parlamente, die den neuen Zustand der Dinge zu verbürgen hatten, und da konnte es ganz gewiß nicht fehlen. Männer von Einsicht wurden bald von bösen Ahnungen befallen, als sie den Vertrauensdusel, die unselige Freiheitsträumerei und die Unerfahrenheit im Lande dominiren sahen. Es erhoben sich eine Menge warnender Stimmen, aber ohne allen Erfolg. Inmitten des Freiheitsjubels wurden sie überhört und in den Salons der Aristokratie bereitete sich jenes feine und wohl abgekartete Spiel vor, dem die Demokratie so viel zaudernde Ungeschicklichkeit entgegensetzte. Die Situation wurde treffend gezeichnet in einem Gedicht, betitelt: „Elegie auf den Trümmern einer buntfarbigen Freiheit."

*) Die Demonstration sollte friedlich sein. Was in den sogenannten Mysterien der Demokratie, an denen auch Stieber mitgearbeitet hat, über die blutgierigen Absichten der Demokraten am 20. April erzählt wird, ist eitel Ausgeburt eines Polizeigehirnes.

Es heißt dort:

„Ringsum, ringsum im weiten Land
Ein Volk, von Freiheit träumend,
Und tausend Dichter, lohentbrannt,
Die schönsten Verse reimend;
Ringsum ein Volk in blanker Wehr
Mit Säbel, Flint' und Lanzen,
Doch freie Männer nimmermehr —
Und Schergen doch und Schranzen!" —

Die Ironie des Schicksals wollte, daß Ende April die Buchdrucker, nachdem sie vier Wochen lang vergebens mit den Prinzipalen über höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit verhandelt, die Arbeit einstellten. Sie verdienten bei 12- bis 14-, manchmal 16stündiger Arbeitszeit nur 3 bis 3½ Thaler pro Woche. Die Zeitungen erschienen später, die vielen Maueranschläge konnten nicht hergestellt werden und die Poeten kamen in Gefahr, daß ihren schöngereimten Versen die Oeffentlichkeit verschlossen wurde. Welch ein Jammer unter den sentimentalen Schöngeistern, daß diese hartnäckigen Buchdrucker sie verhindern wollten, die zarten Falten ihrer Seelen vor ganz Deutschland zu öffnen! Aber Arbeiter, die Weib und Kind zu ernähren haben, verstehen keinen Spaß in Lohnfragen und man konnte sich glücklich schätzen, daß der Strike, der von Born geleitet wurde, zu einer Verständigung führte, wobei auch die demokratische Presse von „Arbeiterdespotie" sprach und Herr Held sich gegen die Forderungen der Gehülfen erklärte. Die Gehülfen waren so großmüthig gewesen, die Sache nicht aufs Aeußerste zu treiben. „In einer Zeit," sagte ihr Komité, „wo die geistige Nahrung ein so nothwendiges Bedürfniß wie das Brot geworden, wollen wir unsere materiellen Interessen nicht über die allgemeinen stellen. Wir haben deshalb einem Jeden von uns überlassen, in die Druckerei zurückzukehren."

Die Bourgeoisie schien die ungeheure Beschämung, die für sie in dieser Erklärung lag, garnicht zu empfinden. Der Kapitalismus verhärtete damals wie heute die Herzen.

Aber nun konnte weiter geträumt und gedichtet werden, während die Reaktion im Dunkel sich darauf einrichtete, ihre Waffen zu schärfen.

Studenten und Arbeiter in Wien.

Der österreichische Kaiserstaat schien durch die Ereignisse des März aus seinen Fugen gegangen zu sein. Die italienischen Provinzen hatten sich losgerissen, Ungarn hatte seine Selbständigkeit erreicht, Deutsch-Oesterreich war von der deutschen Bewegung überfluthet. Unter diesen Umständen war es nur natürlich, daß auch die Czechen, die Kroaten und die Galizier mit ihren nationalen und panslavistischen Tendenzen hervortraten. Der Nationalitätenstreit entbrannte trotz aller Verbrüderungsfeste heftiger denn zuvor: Deutsche und Czechen, Ungarn und Kroaten stießen hart zusammen. Niemals zeigte sich so deutlich wieder, wie das von den Habsburgern beherrschte Staaten-Konglomerat auf ungesunder Grundlage willkürlich und aller historischen Entwickelung widersprechend zusammengeleimt worden ist, auf Grund jenes Hammelheerden-Staatsrechts, das immer nur die Vergrößerung der „Hausmacht" einer Dynastie und niemals die Rechte und Interessen der Völker in Betracht gezogen hat.

Die Wiener Regierung wußte nicht recht, was sie thun sollte. Gab sie den Ansprüchen der einzelnen Nationalitäten nach, gewährte sie ihnen die ersehnte Selbständigkeit, so waren sie wohl zu beruhigen, aber dann war Oesterreich als Großmacht aus der Geschichte gestrichen und das eben noch so mächtige Haus Habsburg war nur noch ein Schattenbild. Wollte man dagegen den Kaiserstaat zusammenhalten, so mußte die Regierung sich mit einer Nationalität verbinden, um die anderen zu bewältigen. Wir werden sehen, daß sie dies später wirklich that und daß sich das Haus Habsburg und seine Regierung den Czechen und Kroaten, den Panslavisten in die Arme warf, um mit ihrer Hülfe Deutsch-Oesterreich und Ungarn nieder zu zwingen. Der heftige Nationalitätenstreit trug Alles dazu bei, dies reaktionäre Werk zu erleichtern.

Vorläufig war es noch nicht so weit. Die Ungarn schienen vollständig beruhigt, nachdem ihnen ihre Forderungen gewährt worden waren und sie ein eigenes ungarisches Ministerium mit dem ungarischen Patrioten, Grafen Ludwig Batthyany, an der Spitze eingesetzt hatten. Nur einmal noch schäumten die Magyaren wild auf, als nämlich in Wien bestimmt

wurde, die ungarischen Ministerien der Finanzen und des Kriegs sollten mit Oesterreich vereinigt bleiben, d. h. die Ungarn sollten Truppen und Geld an Oesterreich geben. Der Sturm, der sich darüber auf dem Preßburger Reichstage und im Lande ringsum erhob, bestimmte den Palatinus von Ungarn, Erzherzog Stefan, sich für die Zurücknahme dieser Bestimmung in Wien zu verwenden. Sie wurde in der That zurückgenommen und man sprach in Wien die „Hoffnung" aus, die ungarischen Stände würden die Verwendung ungarischer Truppen in Italien gestatten und auch den vierten Theil aller Ausgaben des gesammten Kaiserstaats übernehmen. Die Ungarn waren damit zufrieden. Ihre Staatsmänner hofften auf diesem Wege die dominirende Macht im Kaiserstaate zu werden und die Selbständigkeit Ungarns unwandelbar zu begründen. Sie glaubten schlauer zu sein, als die Hof-Kamarilla in Wien, indem sie so operirten. Dabei ließen sie sich von ihrem National-Egoismus so sehr beherrschen, daß sie schließlich alle ihre Errungenschaften wieder einbüßten.

Wenn die Magyaren der Wiener Regierung im Augenblick weniger Sorge machten, umsomehr Bedrängniß schuf ihr die deutsche Bewegung in Oesterreich und namentlich in Wien selbst. Das Land war in allgemeiner und unaufhörlicher Aufregung und die Staatsmänner, die an Metternich's Stelle getreten waren, mußten ihrer Sehnsucht nach einer Rückkehr der vormärzlichen Zustände die strengsten Zügel anlegen. Als ein unvorsichtiger Artikel der amtlichen „Wiener Zeitung" verrieth, daß die Regierung sich die Zustimmung zu den Beschlüssen des Frankfurter Parlamentes vorbehalte, obschon sie bereits die Wahlen angeordnet hatte, da fiel es endlich den Wienern wie Schuppen von den Augen und sie sahen, daß in der neuen Regierung fast nur Leute aus Metternich's Schule saßen. Die Kolowrat, Taaffe, Kübeck und Ficquelmont waren keine Männer der Zeit, auch Pillersdorf nicht. Der Letztere hatte zwar immer gegen das Unterdrückungssystem Metternich's Front gemacht, allein nun erließ er selber am 31. März ein reaktionäres Preßgesetz, in welchem namentlich auf Majestätsbeleidigung hohe Strafen gesetzt waren. Das brachte die Aula, d. h. die Universität, die gesammte Studentenschaft in Erregung; die Wiener ließen sich ihre junge Preßfreiheit nicht nehmen und hoch auf schäumten die Wogen der Entrüstung. Der bekannte freireligiöse Schriftsteller Franz Schuselka, später Mitglied des österreichischen Reichstages, sagte: „Ich kann nicht anders meinen, als man will mit diesem Gesetz uns in den April schicken!" — Pillersdorf sah sich genöthigt, den Entwurf wieder zurückzunehmen.

Die Presse machte selbstverständlich den Ministern und allen Reaktionären die größten Kopfschmerzen. Vor den Märztagen hatte es gar

keine oppositionelle Presse gegeben und sogar nach der Revolution waren die Wiener Schriftsteller in ihrer Mehrheit noch voll so „beschränkten Unterthanenverstandes," daß sie den Dr. Schütte aus Rheinpreußen, der als Volksredner auftrat, als „Aufwiegler" aus ihrem Verein ausstießen, weil er in einer Volksversammlung eine Sturmpetition behufs Erlangung einer konstituirenden Versammlung vorgeschlagen hatte. Aber nach Verwerfung des Pillersdorf'schen Preßgesetzes wuchs über Nacht eine neue Presse meistens revolutionären Charakters empor; harmlose Unterhaltungs- und Klatschblättchen verwandelten sich in radikale politische Journale. Da gab es die „Gassenzeitung," den „Postillon," den „Demokraten," den „Freimüthigen" und die „Konstitution." Der letzteren Redakteur, ein Hutmacher, machte sein Blatt zum gelesensten und gefürchtetsten von Wien. Es sollen in Wien im Jahr 1848 etwa 200 politische Blätter erschienen sein. Viele waren kurzlebig und noch mehr führten eine rohe und gemeine Sprache, namentlich wenn sie der gesinnungslosen Spekulation ihr Dasein verdankten. Den Studenten diente der radikale „Studenten-Kourier" als Organ. Auch gab es eine Anzahl von Witzblättern, den „Satan," den „Schwefel-Aether," den „Narrenthurm," die „Katzenmusik," später „Charivari" u. a. Eine starke konservative und reaktionäre Presse arbeitete der demokratischen entgegen und ihre Sprache war, sobald sie es wagen konnte, weit gröber als die der demokratischen Blätter.

Das war ein ganz neues politisches Leben und Treiben und den Herren in der Hofburg ward ganz schwül dabei.

Die Wiener Studenten, organisirt in der akademischen Legion, standen im Vordergrund der Bewegung. Der Zentralausschuß der Nationalgarde und der Studentenausschuß beherrschten um diese Zeit die öffentlichen Angelegenheiten in Wien. Wer irgend eine Beschwerde hatte, wendete sich an diese Körperschaften, und so kam es vor, daß unzufriedene Eheleute ihre Streitigkeiten vor dem Ausschusse der Studentenschaft zum Austrage brachten. Die Wiener Studenten sind von der siegreichen Reaktion später ebenso einfältig beschimpft worden, wie sie von der Demokratie über Gebühr gepriesen worden sind.

Die Macht der Studentenschaft wurde wesentlich dadurch auf ihre Höhe gebracht, daß sich die jungen Leute mit den Arbeitern der Vorstädte gut stellten. Die „honetten" Bourgeois der Nationalgarde wollten von den Proletariern nichts wissen; sie schlugen ihnen am liebsten die Stadtthore vor der Nase zu und wollten ihre „gut bürgerliche" Revolution allein machen. Schon am 13. März des Abends hatten sie auf die Arbeiter geschossen. Die Studenten, von jugendlichem Enthusiasmus beseelt, kamen in jenen Tagen allgemeiner Verbrüderung den Arbeitern

mit mehr Aufrichtigkeit entgegen. Daher kam es, daß die akademische Legion nur den Generalmarsch zu schlagen brauchte, um Tausende von Arbeitern zu ihrer Hülfe heranströmen zu sehen.

Die Regierung, welcher vor der Masse der brotlosen Arbeiter am meisten bange war, ordnete öffentliche Erdarbeiten an, um ihnen Beschäftigung zu geben, ganz so wie man in Paris und in Berlin der Noth der Massen abzuhelfen suchte. Zugleich wurde die Verzehrungssteuer aufgehoben, welche dem Volke die nothwendigsten Lebensmittel vertheuerte. Auch die Fabrikanten kamen unter dem Eindruck der Märzereignisse den



Franz Schuselka.

Arbeitern entgegen. Zunächst wurden so viele Arbeiter als möglich eingestellt. Die Eisenbahngesellschaften führten auf die Nachricht, daß man in Paris die Arbeitszeit herabgesetzt habe, den zehnstündigen Arbeitstag ein, und die Fabrikanten, die von den Arbeitern neue Unruhen befürchteten, thaten das Gleiche. Sogar die Zunftmeister thaten das, was heute noch so vielfach von superklugen Leuten für „unmöglich" erklärt wird, und setzten die Arbeitszeit auf zehn Stunden herab. Sie gaben allerdings zuletzt nach und mußten durch Massenaufzüge der Gesellen vorwärts getrieben werden.

Da zur selben Zeit eine allgemeine Stockung und Krisis in der Geschäftswelt ausbrach, strömten die Arbeiter zu vielen Tausenden zu den öffentlichen

Arbeiten herbei. Der Zudrang ward so groß, daß die Regierung schließlich in Verlegenheit kam. Unter den Arbeitern herrschten meist sehr verworrene Anschauungen. In ihrer Menge waren sie eine großartige Macht; aber sie wußten nicht, was sie von der bürgerlichen Gesellschaft und von dem neuen Staate fordern sollten. Darum traten sie auch nicht selbständig auf, sondern begaben sich unter die Führerschaft der Studenten und diese nutzten die ihnen so zugefallene Macht kräftig aus.

Am 3. April hatte der Kaiser Ferdinand eine Fahne, und zwar eine schwarz-roth-goldene, zum Fenster der Hofburg hinaus geschwungen. Aber die Verfassung, welche, von Pillersdorf ausgearbeitet und vom Hofe gutgeheißen, am 26. April oktroyirt werden sollte, sah gar nicht schwarz-roth-golden aus. Sie war ein Flickwerk, etwa nach belgischem Muster. Daß man sie oktroyiren wollte, statt sie vorher von einer Volksvertretung berathen zu lassen, stand den Märzverheißungen schnurstracks entgegen; auch argwöhnte man nicht mit Unrecht, diese Verfassung habe nur den Zweck, dem in Frankfurt am Main zu erwartenden großen deutschen Verfassungswerke hindernd in den Weg zu treten. Ganz besonders aber mißfiel die in der Verfassung enthaltene aristokratische erste Kammer, sowie das absolute Veto des Kaisers. Dazu waren auch die alten Provinzialstände beibehalten, um für alle Fälle auch diese Verfassung lahmlegen zu können.

Während die beschränkten Bourgeois diese Verfassung als eine neue „Errungenschaft" mit Jubel begrüßten, erhob sich in der demokratischen Presse die heftigste Opposition, die vom Zentralkomité der Nationalgarde und der akademischen Legion unterstützt wurde. Dies Komité, dem noch ein die materiellen Angelegenheiten behandelnder Verwaltungsrath zur Seite stand, war um diese Zeit die leitende Gewalt in der Volksbewegung. Hätten die Arbeiter ihre Klasseninteressen besser zu wahren gewußt, so hätten sie sich eine Vertretung in diesem Komité beschafft.

Die Aufregung der Wiener stieg, als durch den Ministerpräsidenten Ficquelmont der General Latour, ein brutaler Soldat und Aristokrat, zum Kriegsminister gemacht wurde. Man befürchtete einen Gewaltstreich, wozu übrigens Latour der Mann durchaus nicht war; er schien in kritischen Momenten mehrmals vom Tatterich der Unentschlossenheit befallen zu sein. Zunächst machte sich der Volkszorn in Katzenmusiken Luft, mit welchen damals die Reaktionäre in Wien häufig heimgesucht wurden; es entsprach dies ganz der Art und Weise der „gemüthlichen" Wiener Revolutionäre. Am 2. Mai Abends wurde sogar der Sturz des Ministerpräsidenten Ficquelmont durch eine solche Katzenmusik bewirkt. Man erzwang seine Abdankung und Herr von Pillersdorf, der in Oesterreich

die Spezies der „Märzminister" darstellte, trat an die Spitze der Regierung. Man wollte den Czechen Palacky zum Unterrichtsminister machen, aber er nahm nicht an.

Die Regierung, unsicher umher tastend, entschloß sich endlich, das Zentralkomité der Studentenschaft und der Nationalgarde aufzulösen, wobei sie von den Bourgeois-Gardisten mehrfach unterstützt wurde. Darum erließ der reaktionäre Kommandant der Nationalgarde, Graf Hoyos, am 13. Mai einen Tagesbefehl, in welchem das Zentralkomité als unvereinbar mit dem Wesen der Nationalgarde erklärt wurde. Das hieß so viel, als das Zentralkomité auflösen. Sofort eilten Deputationen von Studenten und Bürgern zu Pillersdorf, um die Zurücknahme des Befehls zu erwirken. Pillersdorf antwortete mit einem Schwall von Redensarten, sagte aber schließlich einfach Nein. Auf diesem Umwege suchte man das Zentralkomité zu beseitigen.

Die Studenten gaben deutlich zu verstehen, daß sie sich die Auflösung des Komités nicht ruhig gefallen lassen würden. Die Regierung schwankte wiederum, denn sie traute sich nicht recht, die Studenten, die sie im Bunde mit den Arbeitern wußte, anzugreifen. Am Abend des 14. Mai wurde Generalmarsch geschlagen und die Truppen rückten aus, um die Glacien und die Basteien zu besetzen. Der Zentralausschuß war unter dem Vorsitz des Dr. Goldmark zusammen. Man beschloß, eine Abänderung des reaktionären, mit der Verfassung zugleich oktroyirten Wahlgesetzes zu fordern, und wenn nicht allgemeine Wahlen bewilligt werden sollten, nach dem Vorschlag des Dr. Schütte mit einer Sturmpetition vorzugehen.*)

Am anderen Morgen rückte das Militär vollends aus den Kasernen, während man Unterschriften zur Sturmpetition sammelte. Dunkle Gerüchte liefen durch die Stadt; ein blutiger Zusammenstoß schien unvermeidlich. Die akademische Legion ward durch Trommelschlag zusammenberufen; von der Nationalgarde kamen Deputationen nach der Aula mit der Botschaft: „Wir stehen und fallen mit Euch!" — Die „guten Bürger" begriffen nun, daß es sich um Sein oder Nichtsein der Märzerrungenschaften handelte. Die Nationalgarde der Vorstädte rückte ein und es ging das Gerücht um, die Erdarbeiter zögen gegen die innere Stadt heran. Die Thore wurden besetzt, was die Studenten nur noch mehr aufregte. „Man will uns von unseren Brüdern abschneiden!" hieß es; auf der Aula fielen die heftigsten Reden gegen den Hof und gegen die Minister. Eine

*) Dr. Schütte war inzwischen, mitten in der neuen „Freiheit," aus Wien ausgewiesen worden. Er kam indessen wieder.

Deputation, an der Spitze der Dr. Goldmark und der Dr. Giskra*), ging nach der Burg ab, um die Forderungen der Aula zu überbringen. Sie waren: Zurücknahme des Tagesbefehls von Hoyos, Aenderung des Wahlgesetzes, gemeinsame Besetzung der Wachen durch Nationalgarde und Militär, Zurückziehung der Truppen.

In der Burg rannten Minister, Prinzen, Höflinge, Geheimräthe und Lakaien wie toll durcheinander. Die Deputation konnte keine befriedigende Antwort erhalten. Das dauerte der Volksmenge zu lange, die sich längst auf den Straßen angesammelt hatte. Die akademische Legion rückte aus; an 10 000 Arbeiter, die auf den ersten Trommelschlag die Arbeitsplätze verlassen hatten, schlossen sich an, mit Hacken, Schaufeln und Aexten bewaffnet. „Wir stehen auf Tod und Leben zu Euch!" riefen sie den Studenten zu. Ein großer Theil der Nationalgarde und eine unübersehbare Volksmenge schloß sich dem Zuge an. Im Hof der Burg standen die Kanoniere mit brennenden Lunten neben den Geschützen; Grenadierbataillone und die akademische Legion standen sich in Waffen gegenüber. Die alten Gamaschenknöpfe unter den Offizieren hätten gerne feuern lassen, aber Pillersdorf gab es nicht zu. Er wußte wohl, daß, wenn es zum Kampfe kam, den Habsburgern das Schicksal Ludwigs XVI. am 10. August 1792 bevorstand. Und so entschloß er sich, durch Nachgeben der Krisis ein Ende zu machen, die jeden Augenblick zu einem blutigen Gemetzel führen konnte. Der Kaiser Ferdinand, der die bewaffneten Massen um die Burg fluthen sah und der auch an diesem Tage für das „Nit-Schießen" war, gewährte sogleich die Forderungen der akademischen Legion. Und so ward dem Volke bekannt gemacht, daß die Verfassung nur als ein Entwurf betrachtet werden solle, über den ein aus allgemeinem Stimmrecht hervorgegangener Reichstag berathen und beschließen solle. Auch die übrigen Forderungen wurden gewährt.

Das Volk brach in schier endlosen Jubel aus; dann zogen die Nationalgarde und die akademische Legion ab und die Volksmassen verliefen sich. Damit war der Aufstand des 15. Mai, von dem nachher die Reaktionäre sagten, er sei „von Polen und Franzosen" angestiftet worden, ohne Blutvergießen zu Ende gegangen.

Die Verfassung des Herrn von Pillersdorf war damit vernichtet; allein etwas rettete er noch für sich aus dem Sturme des 15. Mai, nämlich die indirekten Wahlen für den Reichstag. Die Demokratie sah den Pferdefuß zu spät. Dr. Tausenau, der sich durch sein mächtiges

*) Der spätere deutsch-liberale Bürgerminister.

Redetalent zu einem der Führer der Bewegung aufgeschwungen hatte, suchte nachträglich bei Pillersdorf direkte Wahlen zu erwirken; allein Pillersdorf, der wohl wußte, daß sich wegen direkter oder indirekter Wahlen der 15. Mai nicht wiederholen würde, gab spöttisch zur Antwort, er wisse nicht, wie sich direkte Wahlen bewerkstelligen ließen.

Es ging in Wien wie in Berlin; die Minister redeten den Bourgeois ein, das „Volk" sei nicht reif für direkte Wahlen; die Bourgeois redeten dies den Kleinbürgern ein und diese suchten wieder mit aller Kraft die Ansicht zu verbreiten, die Arbeiter seien es, denen man keine direkten Wahlen gewähren könne. So kamen Alle um das direkte Wahlrecht.

Während Wien von rauschendem Jubel ob des leichten Volkssieges erfüllt war, beschloß die Hofkamarilla, bei der sich die Erzherzogin Sophie und der Graf Bombelles am meisten hervorthaten, den schwachen Kaiser dem revolutionären Wien zu entziehen. Man fürchtete, der Kaiser Nandl, der „nit schießen" lassen wollte, möchte sich noch weitere Konzessionen abdrängen lassen. Es wurden abenteuerliche Gerüchte und absurde Lügen verbreitet; es hieß, man habe des Kaisers Hausrecht verletzt, man habe ihn tödten, die Republik proklamiren und den allgemeinen Bankerott herbeiführen wollen. Am Abend des 17. Mai entfloh Kaiser Ferdinand nach Innsbruck zu seinen getreuen Tirolern, von denen er keine revolutionären Gelüste zu befürchten hatte. Die „Wiener Zeitung," das amtliche Organ der Regierung, schrieb noch am Morgen des 18. Mai: „Des Kaisers Abreise wäre die Flucht Ludwig's XVI.; der letzte Tag des Hierseins Sr. Majestät würde auch der erste Tag der Republik sein!" — Am selben Morgen erfuhren die Wiener des Kaisers Flucht und waren so betrübt, als müßten sie in Sack und Asche gehen. Das Ministerium erklärte, der Kaiser sei ohne sein Wissen abgereist. Da war es für die Wiener klar, daß die böse Kamarilla den guten Kaiser Nandl „entführt" hatte. In der Vorstadt Mariahilf machten zwei Journalisten, Häfner und Tuwora, den Versuch, die Republik auszurufen. Sie wurden von Ordnungsmännern sofort festgenommen und wären von den Arbeitern beinahe gelyncht worden, denn die Spießbürger hatten den Arbeitern vorgemacht, Republik sei so viel als Mord und Brand.

Von Innsbruck, wo die Patrioten in Wamms und Kniehosen dem entflohenen Ferdinand die Pferde ausspannten und ihn selber nach der Hofburg zogen, ging ein kaiserliches Manifest aus, das behauptete, eine anarchische*) Partei habe den Kaiser der Freiheit, zu handeln, beraubt,

*) Es ist vielleicht gut, den bürgerlichen Liberalismus daran zu erinnern, daß auch er schon von Oben herab den Vorwurf der Anarchisterei, den er heute so gerne gegen Andere anwendet, hat über sich ergehen lassen müssen.

er wolle zwar die dem Volke gemachten Geschenke nicht zurücknehmen oder schmälern, wenn man aber künftig noch Wünsche an ihn habe, so müßte man sie loyal vorbringen u. s. w. u. s. w.

Solche Worte nöthigte die Kamarilla dem Kaiser ab, indem sie durch ihren Einfluß ihm alle Freiheit des Handelns abschnitt. Im Uebrigen mußte Ferdinand darauf gefaßt sein, nach Vollendung der Verfassung auch keine „Freiheit des Handelns" mehr zu haben, denn diese steht ja einem konstitutionellen Monarchen eigentlich nicht zu.

Die Entweichung des Kaisers that ihre Wirkung beim Spießbürgerthum. Die „Kaiserstadt" ohne Kaiser — das war dieser Menschenklasse nicht faßbar. Andere erhoben ein Geschrei, weil sie meinten, durch die Entfernung hoher Persönlichkeiten möchten sie Einbuße erleiden in ihrem Erwerb. Die Stimmung schlug um, die Reaktionäre wühlten geschickt weiter und die vom Hof gekauften Blätter thaten ein Uebriges. Kaum glaublich: das Zentralkomité, dem soeben noch fast ganz Wien beigestanden, löste sich auf; es glaubte damit eine versöhnende Wirkung zu erzielen. Diese Naivetät wurde von den Reaktionären sofort benutzt und sie beschlossen, die akademische Legion zu entwaffnen und aufzulösen.

Die Regierung und die Gemeindebehörden errichteten nun zusammen eine sogenannte Sicherheits-Wache, aus „Friedensmännern" nach Art der englischen Konstabler bestehend. Diese Behörde verhinderte das Zusammenstehen von mehr als fünf Personen auf der Straße und verletzte mehrfach die neuerrungenen Freiheiten. Die Bourgeois der Nationalgarde ließen der Regierung ermuthigende Erklärungen zukommen, und „Vater Colloredo," der Kommandant der akademischen Legion, hatte die edle Dreistigkeit, zu erklären, man könne den Hut der Legion nicht mehr mit Ehren tragen. In der Nacht vom 25. auf den 26. Mai ordnete der Regierungspräsident Montecucculi an, die Legion müsse die Waffen niederlegen und sich auflösen.

Die Reaktionäre hielten ihren Triumph für sicher. Minister, Aristokraten und Bourgeois waren einig, daß „die Diktatur der Studenten" beseitigt und „der wachsenden Verwilderung der Arbeiter" Einhalt gethan werden müsse. Die Herren redeten sich vor, „ganz Wien" sei sich darin einig. Sie sollten aber eines Anderen belehrt werden.

Die Studenten sammelten sich am Morgen des 26. Mai in der Universität, zunächst meistens noch ohne Waffen, um zu berathen, was zu thun sei; auf den Straßen begann die Regierung ihre Macht zu entfalten. Während die Friedensmänner mit ihren weißen Stäben die Menschenansammlungen auseinander trieben, erschien das Militär in dichten Kolonnen; die Infanterie besetzte die öffentlichen Plätze und die

Kavallerie hielt auf dem Glacis. Während auch auf dem Universitätsplatze Militär erschien, kam der Regierungspräsident Montecucculi mit den bekannten Professoren Hye und Endlicher und dem „Vater Colloredo“ zur Universität. Dieses vierblätterige Kleeblatt forderte die Studenten auf, auseinander zu gehen. Allein der Ruf: „Verräther!“ scholl ihnen entgegen und sie machten sich eiligst aus dem Staube.

Während ein Theil der Studenten nach Hause rannte, um ihre Waffen zu holen, erschienen Andere in den Vorstädten und riefen ihre Verbündeten, die Arbeiter, zum Kampfe auf. Ihre feurigen Worte zündeten überall. Die Arbeiter verließen in Masse die Werkstätten und eilten nach der Stadt; die Nationalgarde der Vorstädte ließ die Allarmtrommel schlagen und kam gegen den Willen ihrer reaktionären Offiziere den Studenten zu Hülfe. Die Thore waren noch nicht alle geschlossen; bei einigen wurde der Eingang mit Gewalt erzwungen. Der Schriftsteller Dr. Frank hatte die Studenten aufgerufen, den Kampf für die Freiheit zu wagen, und hatte unter die Arbeiter Tausende von schnellgedruckten kleinen Plakaten mit der Inschrift: „Wir wollen den Fortbestand der akademischen Legion!“ vertheilen lassen. Die Arbeiter trugen dies Plakat an ihren Hüten.*) Während die Nationalgarden und Arbeiter der Vorstädte in dichten Massen nach der inneren Stadt strömten, erscholl der Ruf: „Barrikaden!“ Sie wuchsen mit zauberhafter Schnelligkeit aus der Erde empor; man zählte in wenigen Stunden ihrer hundertundsechszig. Die Arbeiter, mit Schaufeln, Hacken und anderen einfachen Waffen ausgerüstet, stellten unter der Leitung der Studenten die Befestigungen her. Das Militär stand auf den Plätzen zusammengedrängt; die Nationalgarde schien zweifelhaft. Aus den Fenstern schauten die Aristokraten und Bourgeois mit Verwunderung und Schrecken auf die Tausende von Proletariern, die ihnen, „sonnverbrannt, muskelkräftig, haarig und bärtig, etwas unheimlich“ erschienen. Man hatte lange genug das Massenelend vor den Thoren ignorirt; nun fluthete es in den Straßen der „Kaiserstadt“ tausendgestaltig umher. Die sonst geringschätzig von dem „Gesindel“ gesprochen, hatten es nun mit der Angst. An diesem Tage bekamen die Bourgeois, die Aristokraten und die Bureaukraten von Wien die Lumpen zu sehen, die das herrschende Ausbeutungssystem dem Volke allein noch zur Bedeckung seiner Blöße übrig gelassen hatte. Aber das Pharisäerthum, das moderne Sklaven braucht, um die Vorrechte seines Besitzes ausnutzen zu können, konnte sich nicht dazu

*) Gerade wie die Arbeiter der Pariser Vorstädte bei ihrem Angriff auf den Konvent am 1. Prairial 1795 auf ihren Hüten die Inschrift trugen: „Brot und die Verfassung von 1793!“

erheben, das größte Uebel dieser Tage gerade darin zu suchen, daß diese Masse von fleißigen Arbeitern von dem Ertrag ihrer Arbeit sich nicht ernähren und nicht kleiden konnte. Bourgeois und Aristokraten waren mit einem Male wüthend über das Ministerium, dessen Maßregeln „diese da" in die Stadt gerufen hatten. Und doch war das Ministerium von denselben Bourgeois und Aristokraten zu seinen Maßregeln getrieben worden!

Die Arbeiter beschämten die zitternde Bourgeoisie durch ihre Haltung. „Heilig ist das Eigenthum!" schrieben sie an die Thüren der Herrschaftshäuser. Leute, die vielleicht seit Wochen nichts Warmes gegessen hatten, rührten die Schätze der Reichen nicht an, die in ihre Gewalt gegeben waren. Man hat diese Erscheinung in so vielen Revolutionen wiederkehren sehen und immer wieder haben Börsenvampyre und Ausbeuter aller Art sich erdreistet, von den Arbeitern nur als von einem „plünderungslustigen Pöbel" zu sprechen.

Die Bevölkerung war in ihrer überwältigenden Mehrheit den Studenten günstig gestimmt; sogar eine Schaar bewaffneter Frauen zog der Aula zu. Die Wiener fühlten denn doch, daß die Auflösung der akademischen Legion das Signal zur offenen Reaktion sein würde.

Die Regierung, überrascht durch den unvermutheten Widerstand, wagte keinen Angriff; sie gab nach. Die Truppen wurden aus der Stadt geführt und die Nationalgarde bezog die Wachen. Der Befehl zur Auflösung der akademischen Legion ward zurückgenommen und der Triumph des Volkes, herbeigeführt in erster Linie durch die Bereitwilligkeit und Zuverlässigkeit der Arbeiter in den Vorstädten, war ein vollständiger.

Da ein Gerücht von einem des Nachts beabsichtigten Angriff des Militärs hereindrang, so blieben Arbeiter und Studenten des Nachts hinter den Barrikaden, auf denen Wachtfeuer brannten. Der Angriff kam nicht. Dagegen suchten die Führer der Bewegung noch am Abend die erkämpften Vortheile auszunutzen. Aber dem Dr. Tausenau und seinen Genossen war auch in dieser Krisis kein staatsmännisches Licht aufgegangen. Sie verlangten nicht etwa die Abdankung der Regierung, deren Charakter sie doch aus dem versuchten Gewaltstreich klar erkannt haben mußten, sondern die Einsetzung eines aus Bürgern und Studenten bestehenden Ausschusses, den man bezeichnender Weise „Sicherheits-Ausschuß" hieß, gerade als ob er eine neue Polizeibehörde sein sollte. Dieser Ausschuß sollte die Angelegenheiten von Wien in die Hand nehmen und darüber wachen, daß die neuen Volksrechte in Oesterreich nicht angetastet würden. An die Nationalgarde mußten 36 Geschütze abgegeben werden. Dann sollten Hoyos, Colloredo, Montecucculi und der Professor

Hye dem Sicherheits-Ausschuß als Geißeln gestellt werden.*) Graf Bombelles und Montecucculi wurden vom Volke im Bilde aufgehängt.

Am Abend wurde auf Tausenau's Betreiben der neue Ausschuß aus Studenten und Bürgern errichtet. Die Arbeiter waren darin nicht vertreten. Sie waren auch zu unerfahren, um eine solche Vertretung zu verlangen, sonst hätte man sie ihnen wohl zugestehen müssen. Fischhof wurde Vorsitzender des Ausschusses. Während aber die Bürger sich einem unbegrenzten Jubel hingaben, waren die Arbeiter nicht mit den Erfolgen zufrieden. Sie wollten nicht von den Barrikaden weichen. Es wurde die Freilassung der am 18. Mai wegen Ausrufens der Republik verhafteten Journalisten Häfner und Tuvora verlangt und vom Ministerium auch augenblicklich angeordnet**), obschon eigentlich nur der Kaiser die beiden wegen Hochverraths Angeschuldigten hätte begnadigen können. Aber auch damit waren die Arbeiter noch nicht von den Barrikaden wegzubringen und die Angst der Spießbürger wuchs mit jeder Stunde. Der Sicherheits-Ausschuß brachte die Arbeiter mit List wieder in die Vorstädte. Man forderte sie zu einem feierlichen Umzuge auf und sie gingen vertrauensvoll darauf ein. Sie zogen mit ihren Fahnen durch die Straßen und wurden auf einem Umwege in die Vorstädte zurückgeführt, was sie sich auch gefallen ließen. Dann wurden eilig die Barrikaden abgetragen und die der Bourgeoisie so widerwärtige „Verkehrsstörung" war beseitigt.

Ein dunkler „Masseninstinkt" hatte die Arbeiter angetrieben, aus dem Siege auch den entsprechenden Gewinn zu ziehen, allein sie wußten offenbar nicht, worin dieser Gewinn bestehen sollte. Sonst hätten sie zunächst ihre Vertretung im Ausschusse verlangt. Aber auch die Demokraten wußten nicht, was sie mit der ihnen durch die Arbeiter errungenen und gewissermaßen in den Schooß gefallenen Macht anfangen sollten. Auch Tausenau wußte das nicht. Wenn seine damaligen Verehrer von ihm sagen, daß er allein die ganze Bewegung klar erkannt habe, so war dies eine starke Uebertreibung. Er besaß so wenig politischen Scharfblick, wie seine Genossen Dr. Goldmark, Dr. Fischhof und etwa der Pater Füster, der Feldprediger der akademischen Legion, die damals alle drei sehr populär waren und auch in den österreichischen Reichstag gewählt wurden. Tausenau überragte sie Alle an Rednergabe; er wußte durch seine bilder-

*) Montecucculi und Colloredo waren entflohen; Hoyos und Hye wurden gefangen, aber bald wieder losgelassen. Hye's Genosse Endlicher, gleichfalls zu unverdienter Berühmtheit gelangt, floh und starb nach einiger Zeit.

**) Uebrigens verdiente weder der Eine noch der Andere die Sympathien des Volkes; ihre spätere Aufführung ließ darüber keinen Zweifel aufkommen. Tuwora wurde später von der Regierung untergebracht.

reichen, von einer glühenden Phantasie getragenen Reden, wenn sie auch nicht gerade Meisterstücke im Stil waren, die Massenversammlungen mit sich fortzureißen. Der Ausschuß hatte die ganze öffentliche Gewalt in Oesterreich in seinen Händen und konnte sich als eine neue Regierung aufwerfen. Er brauchte nur die Zügel zu ergreifen. Aber er ergriff sie nicht und ließ dem zitternden Ministerium Pillersdorf Zeit, sich wieder zu erholen. Ganz Europa war von Bewunderung für Wien erfüllt, dessen Volk eine so mächtige Thatkraft bewiesen hatte. Wenn dies Volk eine neue demokratische Regierung eingesetzt hätte, würde man dies allgemein als selbstverständlich betrachtet haben. Hinter dem Ausschusse stand ganz Wien in Waffen und mit Wien fast ganz Oesterreich. Das Ministerium hatte nur wenig Truppen zur Verfügung; die militärische Macht Oesterreichs war um diese Zeit zur Bekämpfung der Aufstände in Böhmen und in Italien beschäftigt.*) Von dem Ausfall des Kampfes in diesen Ländern hing auch die Zukunft Oesterreichs ab. Aber der Ausschuß begriff dies, wie es scheint nicht, sonst hätte er nicht in Wien eine Regierung dulden können, die Alles that, um die Freiheitsbewegung anderwärts niederwerfen zu helfen und dann die neugewonnenen Kräfte gegen Wien selber zu kehren.

Man setzte in Wien wie anderwärts alle Hoffnungen auf das Parlament. Drei große parlamentarische Versammlungen sollten zusammentreten, in Wien, in Berlin und in Frankfurt am Main. Sie sollten das zerrissene Gewand der deutschen Einheit wieder herstellen. Aber diese drei Versammlungen konnten keinen neuen Stoff zu diesem Gewand beschaffen und leisteten nur Flickwerk aus alten Lappen.

*) Die Reaktionäre setzten ihre einzige Hoffnung in dieser Zeit noch auf den Sieg Radetzky's, der die Truppen gegen die Wiener Demokratie verwendbar machen sollte. Darum sang auch um diese Zeit der schwarzgelbe, schwarzgallige und schwarzsehende Grillparzer den alten Radetzky also an:

„Glückauf, mein Feldherr, führe den Streich,
Doch nicht um des Ruhmes Schimmer,
In Deinem Lager ist Oesterreich,
Wir Andern sind einzelne Trümmer!“

Er ward dafür, wie billig, derb verspottet. Ueberhaupt schrien die Bourgeoisie und ihr literarisches Gesinde nach den Bayonnetten Radetzky's wie der Hirsch nach frischem Wasser. Die in Gouvernantenpoesie machende Elisabeth Glück, alias Betty Paoli, rief dem Alten zu:

„Ich kann es kaum ermessen,
Daß ich in wachem Traum
Die Lippen möchte pressen
Auf Deines Mantels Saum!“

Wir wissen nicht, ob der damals 33jährigen Jungfrau dieser Hochgenuß auch wirklich zu Theil geworden ist.

Das Frankfurter Parlament.

Am 18. Mai 1848 trat das erste deutsche Parlament in der Paulskirche zu Frankfurt am Main zusammen. Die Wahlen waren von den Regierungen innerhalb des Bundesgebietes nach den Vorschriften des Vorparlaments angeordnet worden und ohne weitere Störung vor sich gegangen; die Volksbewegung war noch zu stark, als daß sich eine Regierung hätte widersetzen können, wenn auch, wie namentlich in Oesterreich, vielfach von vornherein der Entschluß feststand, sich den Beschlüssen des Parlaments nach Möglichkeit zu widersetzen.*) Auch Diäten wurden von den Regierungen des deutschen Bundes an die Abgeordneten gezahlt.

Der Fünfziger-Ausschuß hatte seine kostbare Zeit mit höchst überflüssigen Redeübungen vergeudet und hatte mit dem Bundestag einen lächerlichen Notenwechsel geführt, in dem sich beide Körperschaften über ihre Kompetenz herumstritten. Indessen waren die großen Hoffnungen, welche das konstitutionell-liberale Philisterthum auf dies Parlament setzte, dadurch nicht herabgestimmt worden; in diesen Kreisen schrieb man dem Parlament die zauberische Gewalt zu, den großen Knäuel, deutsche Frage

---

*) Wie die böhmischen Panslavisten und Nationalitätsfanatiker vom Frankfurter Parlament dachten, geht aus dem damals in Böhmen allgemein gesungenen Schufelkalied hervor, wo es heißt:

„Frankfurt wird noch erschrecken
Und wird sein Haupt abdecken,
Wenn der Hannak, Wallach, Slovak
Erst aufhebt seinen Stecken.

Hei festina lente,**)
Du neues Parlamente,
Kriegst bald von uns eins zum Laxir'n,
Dann warte Kakramente!"

**) Eile mit Weile.

genannt, zu lösen und an Stelle des politischen Chaos, das aus den Märztagen hervorgegangen, eine feste Ordnung zu gestalten. Nach der Niederlage der Republikaner hatte sich bei dem konstitutionellen Bürgerthum das Ziel der Bewegung von selbst von der Freiheit auf die Einheit hinübergespielt, und nach seiner Meinung war es die einzige Aufgabe des Parlaments, das in ein Dutzend Sonderrevolutionen und Sonderrevolutiönchen zerflossene Deutschland unter einen neuen Hut zu bringen. Von der „Freiheit" wollten die Konstitutionellen nicht mehr viel wissen, seitdem ihnen das Schreckgespenst der „Anarchie" erschienen war. Die deutsche „Einheit" mit einer starken Regierungsgewalt sollte ihnen in erster Linie Schutz bieten gegen die Massen des Proletariats, von dem ihnen ihre Angstmeier-Phantasie alles Schlimme vorspiegelte. Sie erwarteten von der Regierung des einigen Deutschland in erster Linie „Ordnung," damit die Kurse ihrer Papiere wieder steigen konnten. Sie wollten in Ruhe ihre Renten verzehren, oder ihr Geschäft betreiben und Kapitalien anhäufen. Im März waren sie Alle sehr wild gewesen. Jetzt sahen sie die beste Bürgschaft für Ruhe und Ordnung im Militär, welches von den Ordnungsphilistern gegen die Demokraten aufgehetzt wurde. Dies ward den Reaktionären sehr erleichtert durch die Demokraten selbst, die das Militär in ganz unnöthiger Weise beschimpften und verhöhnten. Die Bürgerwehr war an den meisten Plätzen zu einer Ordnungspolizei für die Spießbürger und Angstphilister geworden und sie übte dies Amt mit der Brutalität des für seine aufgehäuften Schätze zitternden Geizhalses aus. An einzelnen Orten, wo die Bürgerwehr demokratischen Gesinnungen sich zuneigte, gab es blutige Krawalle zwischen Militär und Bürgerwehr. Zusammenstöße zwischen Militär und Volk gab es in Stuttgart, wo der Prinz Wilhelm heftig bedroht wurde, und in Kassel; desgleichen in Mannheim und in Darmstadt; in Trier stieß die demokratische Bürgerwehr mit dem Militär hart zusammen. In Mainz kam es wegen eines aufreizenden Artikels der „Mainzer Zeitung" zu einem blutigen Straßenkampfe zwischen preußischen Soldaten und Bürgerwehrmännern, wobei die Preußen 4 Todte und 25 Verwundete, die Mainzer 1 Todten und 5 Verwundete hatten. In Friedberg und namentlich in Ulm erlaubte sich das Militär Gewaltthätigkeiten gegen die Demokraten, wobei es viele Verwundungen und auch Todte gab.

Es war die soziale Reaktion, entsprungen aus dem Egoismus und der Angstmeierei der besitzenden Klassen, welche Raum schuf für die politische Reaktion. Während Deutschland von einem Ende zum anderen von Freiheitsliedern widerhallte, wurden die Arbeiter, wie wir sahen, ganz wie in der vormärzlichen Zeit mit Polizeimaßregeln heimgesucht und

jede Regung von den bewaffneten guten Bürgern im Namen der Ordnung brutal unterdrückt.*)

Man hat viel darüber gestritten, ob Frankfurt der richtige Ort für das Parlament gewesen ist. Namentlich wurde behauptet, Wien wäre geeigneter gewesen. Das ist möglich an und für sich. Aber man muß dabei in Erwägung ziehen, daß die Beschaffenheit des Parlaments auch unter den Einflüssen der Großstadt zu ähnlichen Resultaten geführt haben würde, wie in Frankfurt, das Arnold Ruge 1848 spöttisch als ein Dorf bezeichnete. Im Uebrigen hatte Frankfurt seine Rolle als Zentrum der



Die Paulskirche zu Frankfurt.

Einheitsbewegung hauptsächlich dadurch zugetheilt erhalten, daß in Süddeutschland die Märzstürme zuerst losbrachen. Als die liberale Bourgeoisie

*) In einem schwäbischen Dorfe bei Stuttgart wurde während des „Völkerfrühlings“ ein armer Handwerksbursche beim „Fechten“ ertappt und sogleich vom Büttel eingesperrt, wobei dem Gefangenen die Kleider zerrissen wurden. Darauf hing der Handwerksbursch seine defekten Hosen zum Gitterfenster hinaus und rief unaufhörlich: „Hier ist die deutsche Freiheit zu sehen!“ — Der Büttel brachte natürlich diesen Sozial-Philosophen zum Schweigen; indessen blieb solch treffliche Illustration der „deutschen Freiheit“ nicht unbemerkt und machte gewaltiges Aufsehen im Schwabenland und weiterhin.

am 5. März zu Heidelberg die Bewegung in die Hand nahm, waren Preußen und Oesterreich von der Revolution noch unberührt. So kam das Vorparlament nach Frankfurt und daraus ergab sich das Weitere.

Als das Parlament in Frankfurt zusammentrat, hing dem liberalen und konstitutionellen Bürgerthum der Himmel voller Geigen. Auch unter den Demokraten gab es Illusionäre, welche hofften, das Parlament werde sich der Gewalt bemächtigen, wie einst das lange Parlament in England oder der französische National-Konvent.

Das Parlament, etwa 600 Mitglieder stark, war ein merkwürdiges Gemengsel von rückständigen und vorgeschrittenen Elementen. Da sah man Gespenster aus dem 18. Jahrhundert, bedächtige Herren, grau von Haupt und gräulich von Anschauungen, neben den jugendlichen Stürmern und Drängern aus den jüngsten Tagen. Die Opfer des vormärzlichen Despotismus mengten sich mit den Repräsentanten des vormärzlichen Systems. Junker und Pfaffen, Bourgeois und Bauern, Schriftsteller und Militärs, Juristen und Theologen, Professoren und Handwerker, Konservative und Republikaner, Demokraten und Konstitutionelle, „Laue" und „Halbe," Zaghafte und Entschiedene — Alles wogte da bunt durcheinander. Ein einfacher Ueberblick ließ erkennen, daß in dieser Versammlung die Konstitutionellen dominirten, jene kurzsichtigen Philister, welche trotz der heillosesten Erfahrungen immer von dem Aberglauben befangen waren und es heute noch sind, ein gesundes Staats- und Volksleben lasse sich auf die papierenen Konstitutionen gründen, statt in den wirklich bestehenden Verhältnissen zu wurzeln. Die aristokratisch-reaktionäre Partei, die den Augenblick abwartete, wo sie aus dem Vollen schöpfen konnte, schloß sich vorläufig den Konstitutionellen an. Die Konstitutionellen besorgten denn auch mit großem Eifer die Vorarbeit für die spätere Reaktion und bereiteten der Demokratie die große Niederlage auf dem parlamentarischen Schlachtfeld, um sich dann selbst der inzwischen erstarkten und neuorganisirten Reaktion gegenüber zu finden, die sie mit vormärzlicher Ungenirtheit bei Seite schob.

Nicht Jedermann sah sogleich die Dinge so sich entwickeln. Der Zusammentritt des Parlaments rief noch einmal einen Jubelsturm wach, ähnlich wie in den bewegten Tagen des März. Hatte man doch noch niemals solch eine Versammlung in Deutschland gesehen und befanden sich doch unter ihren Mitgliedern eine Menge von Namen, die der Deutsche mit Ehrfurcht oder mit Bewunderung auszusprechen gewöhnt war. Anders urtheilten die Männer der That, die flüchtigen Republikaner im Auslande. Diese hatten den Ordnungsfanatismus des „guten Bürgerthums" kennen gelernt und schlossen daraus mit gutem Grund, daß eine Versammlung,

auch den besten Willen vorausgesetzt, mit Reden und papierenen Beschlüssen nicht werde zu Stande bringen können, was die große Frage der Zeit war: den reaktionären Gewalten gegenüber die Souveränetät des Volkes zu behaupten.*)

Und was war das Volk?

Eine von tausendfältig verschiedenen und entgegengesetzten Interessen bewegte und zerrissene Masse. Seitdem die Bauern befriedigt worden, waren die eigentlichen revolutionären Elemente zu schwach, um der Bewegung den Schwung und die Richtung zu geben. Außer den Bauern war die zahlreichste Klasse, wenigstens außerhalb der großen Städte und einiger fortgeschrittenen Industriebezirke, das Spießbürgerthum, das der Bewegung wie ein Bleigewicht an den Füßen hing.

Die Parteien schieden sich rasch ab.

Die Rechte gab sich als eine aristokratisch-konstitutionelle Partei, doch war dies bei den Meisten nur Maske; sie verbargen sorgfältig, daß sie reine Absolutisten waren, aber sie thaten Alles, um durch die Konstitutionellen die verhaßte Demokratie und nach dieser die nicht weniger verhaßten Konstitutionellen zu Falle zu bringen. Hier sah man den General von Radowitz, einen geschickten Intriguanten, der zugleich für einen Günstling des preußischen Hofes und für einen Jesuitenfreund galt; die beiden „Brüder in Christo,“ Ketteler, der nachmalige Bischof von Mainz, und Döllinger halfen ihm im Dunkeln wühlen.**) Herr von Vincke saß auch auf der Rechten; seine Hauptabsicht war, Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen. Er war der Schönredner der Rechten, während der Fürst Lichnowski, ein Abenteurer, der bei den Karlisten gedient hatte, sich durch die arrogante und gehässige Art, wie er gegen die Demokratie auftrat, bekannt machte. Der witzige Detmold aus Hannover und Herr von Flottwell aus Münster hielten sich ebenfalls zur Rechten.

Das Zentrum schloß nur konstitutionelle Elemente in sich; es theilte sich wieder in das rechte und linke Zentrum.

---

*) Mögling sagt darüber: „Wir hatten nie Wohlgefallen an dem Frankfurter Parlament und bemitleideten die wenigen Freunde und Gesinnungsgenossen, die sich in demselben befanden, weil sie, von dem Volke auf einen Posten gesendet, auf welchem wenig Ehre zu holen, wenig Ersprießliches zu wirken und unendlich viel Widerwärtiges zu erdulden war, denselben behaupten mußten, bis sie abberufen oder mit Gewalt davon vertrieben wurden.“

**) Wir hörten ein Mitglied des Frankfurter Parlamens (Wuttke in Leipzig) behaupten, Niemand habe so verführerisch, eindringlich und überzeugend sprechen können im ganzen Parlament, wie Herr von Radowitz. Wie weit dies Urtheil richtig, müssen wir dahingestellt lassen.

Das rechte Zentrum, die konstitutionell-aristokratisch-liberale Fraktion, umschloß die liberalen Patrioten der vergangenen Jahrzehnte, die zwar theilweise Opfer der Demagogenverfolgungen geworden, aber dennoch nicht zu der Einsicht gelangt waren, daß sich in der Zeit von 1817 bis 1848 gar Manches geändert hatte. Soweit sie nicht selber als „Staatsmänner" emporstiegen, kam ihr Vertrauensdusel nach Oben nur ihrer Furcht vor der „Anarchie" von Unten gleich. Hier sah man Ernst Moritz Arndt und den „Turnvater" Jahn, welche die Franzosenfresserei, die sie sich im Fürstenfreiheitskrieg angewöhnt, noch immer für zeitgemäß hielten; Sylvester Jordan und Eisenmann schienen in den vormärzlichen Gefängnissen an Loyalität gegen Diejenigen, von denen sie eingesperrt worden, nur gewonnen zu haben. Bei dieser Partei befand sich auch Mittermaier nebst dem Gestaltenseher Bassermann, mit dem er wegen Fickler's Verhaftung in so heftigem Zwist gelegen; dann Simson, der spätere Präsident des Deutschen Reichstags und des Reichsgerichts, Dahlmann aus Bonn, der Geschichtsschreiber, und Robert von Mohl aus Heidelberg, der Staatsrechtslehrer, der angstmeiernde Riesser aus Hamburg und der vielschwätzende Welcker, der dicke Soiron aus Mannheim und endlich der Mann mit den buschigen Augenbrauen, Heinrich von Gagern. Der spezielle Anhang, den Gagern um sich sammelte, ward später von den Demokraten mit der Bezeichnung: „Rotte Gagern" beehrt.

Im linken Zentrum sah man Venedey aus Köln, der mit Moritz Mohl aus Stuttgart einen schönen Wetteifer entfaltete, die Zeit des Parlaments mit inhaltslosem, unerträglichen Geschwätz todtzuschlagen; Ludwig Uhland aus Tübingen, der wenig sprach, aber Festigkeit und Ausdauer bewies; Fallmerayer, den berühmten Reisenden und Geschichtsschreiber des Orients, Raveaux aus Köln, sehr beredt und gewandt, aber schwankend in den schwankenden Zeitläuften; Eisenstuck aus Chemnitz, einen Industriellen, und Simon aus Breslau, den Mann mit der strengen Rechtsanschauung. Das demokratisch angehauchte konstitutionelle linke Zentrum schwankte bei den Abstimmungen zwischen Demokratie und konstitutionellem Liberalismus hin und her; nachdem einmal der reaktionäre Wind die Wölkchen seiner Illusionen zerstäubt hatte, stimmte es meistens mit der Linken.

Die eigentliche Linke hatte ihren Führer in Robert Blum aus Leipzig, der einem tragischen Geschick verfallen sollte; es machten sich bei dieser Partei besonders bemerkbar Karl Vogt aus Gießen, der manchmal witzig, aber leider zu viel sprach; Brentano aus Baden, später der „Leichenbitter" des badischen Aufstandes; Zimmermann, der Bürgermeister von Spandau und Zimmermann aus Stuttgart, der bekannte

Geschichtschreiber des Bauernkrieges, Wesendonck aus Düsseldorf, Schüler aus Jena und Moritz Hartmann aus Leitmeritz, der bekannte Dichter. Wir werden im Verlauf der Ereignisse sehen, daß diese berühmte Linke, der heute noch eine so große Verehrung gezollt wird, ihrer historischen Aufgabe durchaus nicht gewachsen war. Es liegt uns dabei ferne, das hohe Pferd vorlauter Epigonen besteigen zu wollen, welche nicht bedenken, daß hinterher zu kritisiren leichter ist, als im kritischen Moment das Richtige zu treffen. Die Position der Frankfurter Linken erscheint von vornherein als eine verlorene, aber sie hätte mit etwas mehr Würde verloren werden können. Es befanden sich bei der Linken eine Anzahl Männer mit vortrefflichen persönlichen Eigenschaften, denen man alle Hochachtung zollen muß. Aber die Partei als Ganzes war bei allen Phrasen nicht geeignet, das Steuer einer Revolution zu führen.

Es splitterten sich noch einige Mitglieder als äußerste Linke ab; sie waren strenge Republikaner, theilweise mit sozialistischem Anstrich. Zu dieser Partei zählten der ältere Schlöffel, der ungestüme Demokrat aus dem Hirschberger Thal in Schlesien, Trützschler, später eines der edelsten Opfer des Standrechts, Zitz aus Mainz, Simon von Trier, welcher der demokratischen Phraseologie eine schöne Form zu geben verstand, und der radikale Philosoph Arnold Ruge.*)

Die mehr oder minder bekannten Namen hier alle aufzuzählen, würde zu weit führen.

Die Deutschen waren in den parlamentarischen Gebräuchen noch wenig geübt und der Alterspräsident Lang aus Verden vermochte bei seiner greisenhaften Schwäche die verworrene Debatte nicht zu beherrschen. Die zwei Versteinerungen aus dem Fürstenfreiheitskriege, Arndt und Jahn, redeten am Eröffnungstag so konfuses Zeug in die Versammlung hinein, daß man in der Versammlung gar nicht glauben wollte, dies seien die beiden berühmten Patrioten aus der Franzosenzeit.

Am 19. Mai, in der zweiten Sitzung, gelangte man dazu, einen provisorischen Präsidenten zu wählen. Dabei zeigte sich die konstitutionelle Uebermacht. Mit 305 von 397 Stimmen wurde Heinrich von Gagern gewählt. Er nahm das Amt an, versprach Unparteilichkeit in der Führung desselben und sagte sodann mit dem ihm eigenen Pathos:

„Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation."

*) Der Verfasser benutzt hier eine Skizze, in welcher er früher den gleichen Gegenstand behandelt hat.

Diese Worte riefen einen Sturm des Beifalls hervor und fanden einen Nachhall im ganzen Reiche. Alle die Vertrauensduseler und Angstmänner sahen nun die Souveränität des deutschen Volkes unerschütterlich festgestellt durch die — Worte des Edlen von Gagern. Er war von Adel, war begütert und hochangesehen und obendrein Märzminister, also Autorität genug für den deutschen Durchschnittsmenschen von damals, der am liebsten den Befehl, sich frei zu machen, von der hohen Obrigkeit entgegengenommen hätte.

Zum Vizepräsidenten ward Herr von Soiron gewählt, während Robert Blum durchfiel. Auch ein Vorzeichen.

Daß es mit der Souveränität der Versammlung nicht weit her war, ergab sich schon aus den ersten Sitzungen. Der Abgeordnete Zitz aus Mainz hatte die Hülfe der Versammlung angerufen wegen der schon erwähnten Affaire zu Mainz, wo ein blutiger Straßenkampf stattgefunden hatte. Der Festungskommandant zu Mainz hatte gedroht, die Stadt mit glühenden Kugeln zu beschießen, wenn die Bürgerwehr nicht ihre Waffen auslieferte. Die Offiziere der Bürgerwehr beschlossen die Entwaffnung.*) Wenn die Versammlung ihre Aufgabe begriff, so mußte sie Alles daran setzen, die Entwaffnung der Mainzer Bürgerwehr zu verhindern. Sie mußte hier die erste Kraftprobe wagen. Aber davon war sie sehr weit entfernt. Es gab eine heftige Debatte, in welcher Zitz die Versammlung mit feurigen Worten aufforderte, den Gewaltakt des Mainzer Festungskommandanten rückgängig zu machen. Robert Blum, der hier zum ersten Mal auftrat, unterstützte Zitz sehr wirksam. „Ich glaube nicht," rief er, „daß man damit anfängt, mit glühenden Kugeln eine Stadt des Reiches zu beschießen!" — Aber schon hatte die Rechte begriffen, daß ihr Weizen zu blühen beginne; Lichnowski sprach in seiner arroganten und höhnischen Manier von den „rothen Hosen der Mainzer Jakobiner" und stimmte einen Lobgesang auf das preußische Heer an. Die „Staatsmänner" bestritten der Versammlung das Recht, einzugreifen, und Wydenbrugk meinte: „Die Versammlung hat nicht das Recht, die exekutive Gewalt in die Hand zu nehmen, sie hat nur das Recht, eine Verfassung zu machen!" — Woher wohl die Weimar'schen Bauern das Recht genommen hatten, in das Schloß ihres Landesfürsten einzudringen und diesem den Herrn von Wydenbrugk als Märzminister aufzudrängen?

*) Nur Einer der Offiziere sagte, wie uns mitgetheilt wurde, bei der Berathung über die Entwaffnung: „Laßt sie doch schießen!" Er hoffte von einem Bombardement von Mainz und dem sich daran schließenden Kampfe einen neuen Aufschwung der schon erlahmenden Volksbewegung. Wenn wir nicht irren, war es der vor einigen Jahren verstorbene Dr. Wittmann.

Die Linke ward niedergeschrien und niedergestimmt. Zitz bekam das Schlußwort nicht und da er als Antragsteller dagegen protestirte, rief ihm der Edle von Gagern höhnisch zu: „Sie dürfen protestiren, so viel Sie wollen!“

Die Thatsache, daß sich das Parlament unter dem Triumphgeschrei der Reaktionäre selbst für nicht berechtigt erklärte, den Mainzern gegen den preußischen Festungskommandanten beizustehen, nachdem sich die Entwaffnung der Mainzer Bürgerwehr sozusagen unter den Augen der Volksvertretung abgespielt hatte, sowie die Thatsache, daß die Mehrheit des



Franz Zitz.

Parlaments das Vorgehen des Festungskommandanten ganz unverblümt für berechtigt erklärte, hätte Jedermann die Augen öffnen müssen. Allein man ließ sich damals nur zu gerne vom Phrasengeklingel betäuben und der politische Unverstand hatte eine solche Höhe erreicht, daß man auf Worte mehr Werth legte, denn auf Thaten. Obschon die Versammlung gezeigt hatte, daß sie weder die Entschlossenheit noch die Mittel besaß, als Verkörperung der Volkssouveränität aufzutreten, obschon sie vor dem Mainzer Festungskommandanten die Segel vollständig gestrichen hatte, so faßten die Vertrauensseligen doch wieder Muth, als die Versammlung am 27. Mai beschloß, daß sie eine konstituirende sein, d. h. daß sie selbst die neue Verfassung schaffen und in Kraft setzen und dieselbe nicht von der

Zustimmung der Fürsten und Regierungen abhängig machen wolle. Zwar hatte dies das Vorparlament auch schon beschlossen. Dieser Beschluß war an und für sich bedeutungslos.*) Allein es waren für die Rhetorik der versammelten Staatskünstler nun einmal alle Schleusen geöffnet und alle die Redekünstler, Schwätzer und Zungendrescher von rechts, von links und vom Zentrum wetteiferten miteinander, in wohlgesetzten, phrasenreichen und selbstgefälligen Reden die kostbare Zeit des Parlaments auf geradezu unverantwortliche Weise todtzuschlagen.

Der Beschluß, daß die Versammlung souverän sei, hatte aber auch schon deshalb keinen Werth, weil er von Papier und nur von Papier war. Die Souveränität konnte sich nur auf wirkliche Machtmittel gründen, nicht aber auf leere Beschlüsse. Die Versammlung hatte einen revolutionären Ursprung, den sie selber gern verleugnet hätte, und doch konnte sie nur von der verrauschenden Volksbewegung leben. Sowohl zum Bestande der Versammlung selbst, sowie zum Durchführen der neu zu schaffenden Verfassung gehörte Macht und diese konnte nur durch ein Parlamentsheer hergestellt und verbürgt werden. Aber das Parlament schuf sich kein Heer; nicht einmal ein praktischer Antrag, ein solches zu errichten, wurde gestellt, nur manchmal klang der Gedanke an eine solche Institution verworren und nebelhaft durch die Debatten. Man kam wohl auf den Gedanken, die Bürgerwehr von ganz Deutschland unter einem Chef zu vereinigen und durch diesen die Volksbewaffnung nach den Beschlüssen der Versammlung durchführen zu lassen. Allein die Bürgerwehr war, wie wir sehen werden, nicht geeignet, einen Wall für die Versammlung im Augenblick der Gefahr abzugeben, und sie ließ sich auch nicht zu einer Armee vereinigen. Die Reaktionäre aber vereitelten diesen schwachen Anlauf, indem sie einen Wehrausschuß einsetzen ließen, dem man alle Angelegenheiten überwies, die auf die Volksbewaffnung Bezug hatten. In diesen Ausschuß kamen fast lauter Mitglieder der Rechten und er diente nur dazu, Alles zu verzögern und zu Falle zu bringen, was in Sachen der Volksbewaffnung angeregt wurde. Die bewußten Reaktionäre hatten natürlich kein Interesse an einem Parlamentsheere; sie würden vielmehr Alles daran gesetzt haben, die Bildung eines solchen zu ver-

*) Der Beschluß lautete: „Die konstituirende Versammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: Daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

hindern. Die Konstitutionellen, die den Fetisch der künftigen Verfassung schon inbrünstig anbeteten, hielten in ihrem Vertrauensdusel ein Parlamentsheer für überflüssig und darum gefährlich, und die Männer der Linken hielten das Projekt eines Parlamentsheeres entweder für aussichtslos oder sie verließen sich auf das „bewaffnete Volk." Auch sie konnten durch den Mainzer Fall nicht hinreichend belehrt werden und sahen nicht ein, daß die Bürgerwehr fast überall zum polizeilichen Institut geworden war.

Dagegen warf man sich mit allem Eifer auf den Gedanken, eine provisorische Zentralgewalt einzusetzen. Eine solche entsprach durchaus den Anschauungen der Konstitutionellen. Diese Wolkenwandler sahen nicht ein, daß sie mit der Zentralgewalt der Versammlung einen neuen Machthaber gegenüber stellten, der für dieselbe mit Naturnothwendigkeit zu einem Hemmniß werden mußte. Da sie nicht begriffen, worin die neuerrungene Freiheit eigentlich bestand, ließen sie sich von den schlauen Reaktionären einreden, man müsse um jeden Preis eine „starke" Zentralgewalt haben. Und obschon von der „Souveränität" dieser an sich schon fast machtlosen Versammlung, wenn ihr auch noch eine starke Zentralgewalt gegenüberstand, nichts mehr übrig bleiben konnte, so beharrten die Konstitutionellen mit solchem Eigensinn auf der Zentralgewalt, daß auch hier wieder einmal so recht deutlich wurde, wie die Götter Diejenigen mit Blindheit schlagen, die sie verderben wollen.

Die Frage einer Zentralgewalt war schon im Fünfziger-Ausschuß angeregt worden und am 3. Juni setzte das Parlament einen Fünfzehner-Ausschuß ein, der über die verschiedenen inzwischen eingegangenen Anträge auf Errichtung einer Zentralgewalt berathen und berichten sollte. Die Verhandlung im Plenum war auf den 17. Juni angesetzt und es hatten sich dazu an 200 Redner einschreiben lassen. Wenn dies Parlament in allen Dingen so eifrig gewesen wäre, wie im Reden, so hätte es ohne Zweifel Großes vollbracht. Leider beschränkte sich der Eifer gerade auf den Schwatz. Denn die Redeschlacht dauerte acht Tage, und was am Schlusse herauskam, war die berühmte Maus, die so oft zur Welt kommt, wenn die Berge kreißen.

Der Ausschuß erstattete seinen Bericht durch Dahlmann von Göttingen, einen der berühmten Göttinger Sieben, eine echte Professorennatur, der zwar viel studirt hatte, aber dabei nur das Rauschen der Blätter seiner Folianten und niemals das Rauschen des frischen und wirklichen Lebens vernommen hatte. Er beantragte im Namen der Ausschußmehrheit ein dreiköpfiges Direktorium, dessen Mitglieder von den Regierungen bezeichnet und von der Nationalversammlung ohne Berathung akzeptirt werden sollten. Dieses Bundesdirektorium sollte ein der Versammlung

verantwortliches Ministerium ernennen, sollte beim Verfassungswerke nicht mitwirken und sollte nach dessen Abschluß aufhören.

In diesem Antrage war die konstitutionelle Vertrauensduselei destillirt zu erblicken. Ein unverantwortliches Direktorium mit verantwortlichen Ministern! Das Direktorium wollten die höheren Staatsweisen, Dahlmann und Genossen, an drei Prinzen übertragen; sie konnten sich mit der Rechten nur noch nicht genau verständigen, an welche.

Die Linke hatte zwei Anträge eingebracht. Blum und Trützschler, als die demokratische Minderheit im Ausschusse, beantragten, die Versammlung solle eines ihrer Mitglieder zum Obmann eines Vollziehungs-Ausschusses wählen; dieser Obmann solle sich dann nach seiner eigenen freien Wahl vier Kollegen zugesellen und dieser Ausschuß solle der Nationalversammlung, deren Beschlüsse er auszuführen habe, verantwortlich sein; die Geschäfte solle er unter seine Mitglieder vertheilen. Dazu kam noch ein anderer Antrag, meist von der äußersten Linken unterzeichnet, der einfach verlangte, die Nationalversammlung solle aus ihrer Mitte eine provisorische, ihr verantwortliche Regierung von fünf Mitgliedern wählen, welcher die oberste Vollziehungsgewalt für ganz Deutschland zu übertragen sei.

Der letztere Antrag der Linken war in gewissem Sinne ein revolutionärer; er wollte auf demselben Wege weiter gehen, den einst im März die Gagern und Genossen in Heidelberg beschritten hatten. Aber die Letzteren waren inzwischen schon längst an dem Punkte angelangt, wo das Klasseninteresse und die konstitutionelle Engherzigkeit ihnen Halt geboten; sie hatten nichts von dem Idealismus der Linken an sich. Sie schrien über Konventsgelüste. In der That war die provisorische Regierung, welche die Linke verlangte, ein Abklatsch des Wohlfahrts-Ausschusses von 1793. Aber auch nur ein Abklatsch und zwar ein ziemlich lächerlicher, denn der Wohlfahrts-Ausschuß von 1793 besaß die faktische Gewalt in Frankreich, während die geforderte provisorische Regierung sie in Deutschland eben nicht besessen hätte. Die Illusionen der Linken waren nicht kleiner, als der Optimismus der Konstitutionellen. Der Versuch, über Deutschland ein republikanisches Dach zu breiten, unter welchem 36 Fürsten wohnen und von einer republikanischen Zentralgewalt in gewissen Schranken gehalten werden sollten, war ein so abenteuerlicher, daß er kaum recht ernst genommen werden kann. Dieser Antrag konnte nur dann eine Bedeutung haben, wenn die Frankfurter Versammlung die Macht des Konvents besaß; da sie aber diese Macht nicht besaß und die Mehrheit diese Macht auch gar nicht an sich reißen wollte, so war der Antrag eine Utopie. Er wurde benutzt, um dem Philisterthum bange zu machen, denn

man schilderte die Konflikte, die aus seiner Annahme entspringen müßten, mit den grellsten Farben und ließ das blutige Gespenst der Schreckensherrschaft von 1793, die Schatten von Robespierre und Fouquier-Tinville vor den Augen der entsetzten guten Bürger aufsteigen.*)

Die Mehrheit der Versammlung, unsicher einhertastend, in tausend Befürchtungen und Hoffnungen schwebend, von den Intriguen der preußischen und österreichischen Diplomaten hin und her geschoben, stimmte weder der Ausschußmajorität noch den Anträgen der Linken zu, sondern übertrug schließlich die Zentralgewalt einer einzelnen Person, und zwar einer unverantwortlichen.

Der Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen dauerte während dieses verworrenen Spiels fort, indessen drängte man von beiden Seiten seine Antipathien zurück. Beide Mächte waren einig in dem Bestreben, sich das Verfassungswerk nicht über den Kopf wachsen zu lassen; nur konnten sie um diese Zeit noch nicht wissen, daß sie einen so vollständigen Sieg davontragen würden, wie es in der Folge der Fall war.

Das von den preußischen und österreichischen Reaktionären mit den Konstitutionellen eingefädelte Intriguenspiel ist bis heute noch nicht völlig enthüllt worden; vielleicht daß Einer unter den Betheiligten noch einmal freiwillig oder unfreiwillig ausplaudert, denn Einige sind zur Zeit noch am Leben. Vielleicht kommen auch noch die Aufzeichnungen Verstorbener mit der Wahrheit zum Vorschein. Aber aus der Art, wie die provisorische Zentralgewalt zu Stande kam, läßt sich ungefähr erschauen, wie die Intriguen gesponnen wurden.

Herr von Vincke, der schwarz-weiße Schönredner, hatte schon am 31. Mai bei seinen engeren Parteigenossen beantragt, daß diese ein sofort an Preußen zu übertragendes erbliches Kaiserthum für nothwendig erklären sollten. Ein schwarz-weißer Heißsporn, Braun aus Köslin, konnte es gar nicht abwarten, bis sich die Situation dahin geändert hatte, daß an die Annahme eines solchen Antrages zu denken war. Vincke's Aeußerung über das preußische Erbkaiserthum war es offenbar, die ihn antrieb, einen vorzeitigen Versuch zu machen; der

*) Das bekannte reaktionäre Rezept, wonach man mit dem liberalen Philister, wenn man ihm bange gemacht, Alles erreichen kann. Es wurde mit gleichem Erfolg auch 1878 angewendet, um Stimmung für das Sozialistengesetz zu machen. Damals schrieben offiziöse Blätter: „Der rothe Lappen muß dem liberalen Philister so lange vor der Nase hin und her geschwenkt werden, bis er glaubt, es sei der Feuerschein der brennenden Städte!" Man hielt den liberalen Philister für so dumm, daß man dies offen sagte, und er glaubte in der That an die Schreckbilder, die man ihm vorzauberte.

biedere Pommer stellte während der Verhandlungen über die Zentralgewalt den Antrag, bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt in Deutschland solle die Ausübung derselben an die Krone Preußen übertragen werden. Der Antragsteller ward von der Versammlung verspottet, nicht etwa nur von der Linken, sondern auch von Denjenigen, die dreiviertel Jahre später den König von Preußen zum erblichen Kaiser wählten. Sie hatten in der That kein Recht, zu spotten.

Herr von Vincke hatte sich inzwischen offenbar mit den Oesterreichern verständigt, denn der Präsident des Bundestages, Ritter von Schmerling, der zugleich Mitglied der Nationalversammlung war, hatte den Bestrebungen auf eine preußische Hegemonie entgegen gearbeitet. Wie weit die Verständigung ging, kann man nur vermuthen; Herr von Vincke erklärte sich nun mit einem Mal dafür, daß man die Zentralgewalt an einen österreichischen Prinzen übertragen solle. Ob ihm dafür von Berlin Verhaltungsmaßregeln zugekommen waren, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Vincke war der Meinung, daß die Fürsten den Bundesdirektor ernennen sollten. Die ganze Rechte war gleichfalls dieser Meinung, aber sie wußte, daß ein bezüglicher Antrag keine Aussicht auf Annahme hatte. Diplomatisch vorsichtig stellte sie auch keinen solchen Antrag, um sich keine Niederlage zuzuziehen. „Ich glaube," sagte Vincke, „daß das Haus Oesterreich unter seinen Mitgliedern eines zählt, das besonders viele Sympathien in Deutschland hat, daß seine Verdienste ihm nicht blos die Liebe der Steiermark erworben haben, daß Deutschland noch gedenkt der erhabenen Worte, die es einst bei einem Königsmahl gesprochen hat: „Kein Preußen und kein Oesterreich, ein einiges, freies Deutschland, fest wie seine Berge!"

So wies der Führer der schwarz-weißen Partei auf den alten Erzherzog Johann von Oesterreich als auf den geeigneten Träger der Zentralgewalt hin. Die Persönlichkeit war geschickt gewählt, um einen Fürsten durchzubringen, denn Erzherzog Johann war gerade durch den angeführten Trinkspruch und noch durch andere Umstände in ganz Deutschland sehr populär geworden.

Wiesner aus Wien von der Linken sagte, ein unverantwortliches Direktorium oder ein unverantwortlicher Reichsverweser*) führe Deutschland den größten Gefahren entgegen, namentlich wenn man den Regierungen die Ernennung oder auch nur den Vorschlag der Personen überlasse. Seit dreißig Jahren hätten die Regierungen sich immer ungeeignete

*) Das unschöne Wort „Reichsverweser" erscheint fast als ein unfreiwilliger oder recht boshafter Witz über das ganze Verfassungswerk.

Männer ausgesucht, und zwar für ihre eigenen Staaten; jetzt sollten sie Vorschläge für ganz Deutschland machen. Daß man Derartiges beantrage, beweise, daß die Reaktion schon sehr stark sei.*)

Ihm entgegnete Pagenstecher von Elberfeld, ein „Vertrauender," eine unverantwortliche Zentralgewalt könne keine Uebergriffe machen; das deutsche Volk habe sowohl in seiner Masse als in seinen Vertretern ein hinlängliches Gegengewicht gegen jede Willkür des Oberhauptes.

Heckscher von Hamburg sprach ähnlich; dieser ehrgeizige Hamburgische Advokat mit seinem „staatspapierenen Gesicht"**) hatte sich bisher als wilden Republikaner aufgespielt und noch vor Kurzem auf einem Ausfluge der Linken nach der Pfalz in einer alten Schloßruine so heftig gegen die Fürsten gesprochen, daß die republikanischen Pfälzer Jungfrauen von damals***) seine Kernsprüche in ihre Notizbücher eintrugen, zum ewigen Angedenken. Nun schwenkte der künftige Reichsminister Heckscher schon nach rechts, so schnell war der Pfälzer Freiheitsrausch verflogen, und er sprach so ungut gegen die Demokratie, daß ihm Einer von der Linken in das Gesicht schrie: „Sie sind für uns moralisch todt!" Heckscher duckte sich unter dem Lärm, der auf der Linken gegen ihn ausbrach. — Rheinwald von Bern und Mammen von Plauen erinnerten die Versammlung an das Gagern'sche Wort von ihrer Souveränität und bewiesen, daß die Regierungen durchaus noch nicht mit dem alten System gebrochen hätten. — Wesendonck meinte, nach dem Antrag des Ausschusses würde die Zentralgewalt nicht ein Organ der Versammlung, sondern ein Organ der Regierungen werden. Die Zentralgewalt müsse verantwortlich sein und sei es schon, denn bei dem Beschluß über die Marine†) sei ihre Verantwortlichkeit schon ausgesprochen worden.

Bassermann von Mannheim bekämpfte die Anträge der Linken. Die Regierungen, sagte er, verträten jetzt schon überall den souveränen Willen des Volkes. Wenn man aber einen Vollziehungs-Ausschuß wähle, womit solle er denn die Beschlüsse der Versammlung vollziehen? Die Versammlung könne legitim nicht über einen Kreuzer Geld, nicht über einen einzigen

*) Wir geben diese Verhandlungen ausführlicher, ihrer besonderen Wichtigkeit wegen.

**) So bezeichnet ihn Moritz Hartmann in der „Reimchronik des Pfaffen Mauritius."

***) Soweit sie noch am Leben, sind sie, als nunmehrige gute Gattinnen, alte nationalliberale Betschwestern geworden. Wir haben einige Exemplare kennen gelernt.

†) Die Nationalversammlung hatte fast einstimmig sechs Millionen Thaler für die deutsche Flotte bewilligt.

Soldaten verfügen. Die Regierungen würden den Befehlen einer durch sie nicht mitgeschaffenen Zentralgewalt nicht nachleben und die Zentralgewalt müßte zur Opposition, zum Umsturz auffordern und am Ende Freischaaren bilden. Millionen Bürger sagten sich: lieber Ordnung ohne große Freiheit, als solche Freiheit ohne Ordnung!

Bassermann sprach zu plump und ungeschickt, als daß man annehmen könnte, er sei in den Plan der Vincke, Schmerling und Gagern eingeweiht gewesen, aber die Reaktionäre spendeten ihm reichlichen Beifall und das ermuthigte den staatsmännischen Droguenhändler, noch hinzuzufügen, daß die Linke nur Erschütterung, Zersplitterung und ein theilweises Preisgeben an das Ausland*) in Aussicht stelle.

Duncker von Halle, ein Neunmalweiser, warnte die Nationalversammlung vor „Herrschergelüsten.“ Er sagte, der Antrag der Linken führe auf den Weg des Konvents und stoße darum die Nation in einen Abgrund hinein. Das heiße das Volk verrathen. „Lassen wir die Regierungen vorschlagen und genehmigen wir durch einfache Abstimmung; wir bauen eben damit dem deutschen Volk ein festes Haus der Einheit und der Freiheit!“

War's Einfalt oder Verschmitztheit, was aus dem Redner sprach — die Reaktionäre jubelten laut auf. So war es ihnen recht. Uebrigens blieb sich die Rechte durchaus nicht konsequent. Denn obschon sie den Worten Bassermann's, das Parlament verfüge über keinen Kreuzer Geld und über keinen Soldaten, zugejubelt hatte, so stellte Kohlparzer von Neuhaus, der Rechten angehörig, den Antrag, den Angriff des Sardenkönigs auf Triest als eine Kriegserklärung gegen Deutschland zu betrachten. „Der deutsche Mann muß handeln,“ rief er, und sein Antrag ward angenommen, gerade als ob die Versammlung sich selber hätte verhöhnen wollen.

Reh von Darmstadt, der beredte Anwalt, sprach von den Opfern von 1813 und meinte: „Viele Opfer hat das Volk den Fürsten gebracht, die Fürsten sollen jetzt als würdige Söhne Deutschlands auch dem Volk ein Opfer bringen. Wir steuern zwischen zwei Klippen hindurch; an der einen können wir scheitern, wenn wir Muth, an der anderen, wenn wir Furcht haben. Ich rufe Ihnen zu: „Muth!“ und Millionen rufen dasselbe. Diese Tage entscheiden das Schicksal Deutschlands!“

Herr von Würth aus Wien meinte, wenn die Nationalversammlung sich als Regierung von Deutschland hinstelle, so führe das zur Republik;

*) Man sieht, die heutigen Nationalliberalen, die Jedermann so gern der „Sympathie mit dem Ausland“ beschuldigen, der als ihr Widerpart auftritt, sind nur bei dem berühmten „Gestaltenseher“ in die Schule gegangen.

das Volk wolle aber nicht die Republik, das habe man in den Märzstürmen gesehen. — Wedekind von Bruchhausen sprach sich scharf gegen das Weiterbestehen des Bundestages aus.

Da noch kein Ende der Diskussion abzusehen war, so entschlossen sich eine Anzahl der als Redner eingeschriebenen Abgeordneten auf einen patriotischen Appell von Arnold Ruge, ein Opfer für das Vaterland zu bringen, und verzichteten auf das Wort. Am 20. Juni ergriff als Hauptredner der Linken Robert Blum aus Leipzig das Wort. An diesem Tage erreichte er die Höhe seiner politischen Laufbahn; er sprach groß und



Robert Blum.

gewaltig und erzielte einen mächtigen Eindruck, wie es kaum jemals vorher und nachher einem anderen Redner der Versammlung gelungen ist. Blum, der mit seinen Anschauungen etwa in der Mitte zwischen den Demokratisch-Konstitutionellen und den Republikanern stand, führte aus, das mit der Allgewalt der Nation betraute Parlament brauche zur Kundgebung seines Willens einen Vollziehungs-Ausschuß. Dieser solle die deutschen Zustände nicht auflösen, sondern mit schützender Hand eingreifen; der Gesammtstaat solle nur deshalb eine „Republik“ sein, damit die einzelnen Theile sich selbständig zu entwickeln vermöchten. „Wenn die Regierungen,“ sagte Blum, „das sind, was man vielfach behauptet, gutwillig in Bezug auf die Ausführung und bereit, Opfer zu bringen

zum Gedeihen des Ganzen, so ist die Einrichtung so einfach, daß es keine einfachere giebt; wenn sie aber nicht gutwillig sind, was auch von anderer Seite vielfach behauptet wird, und wofür man sich auf einzelne Erscheinungen stützt, die man vielleicht überschätzt, dann — wir haben kein Hehl in unseren Gedanken! — dann soll er die Bedürfnisse der Zeit über die Regierungen stellen, dann soll er ihnen entgegen treten, dann soll er die Nation nicht den Sonderinteressen aufopfern, sondern vielmehr die Widerstrebenden — geradezu heraus gesagt! — zermalmen. Wäre ein solcher Fall denkbar — ich hoffe, er ist es nicht! — dann wäre es allerdings eine sonderbare Einrichtung, daß wir Denen die Vollziehungsgewalt oder die provisorische Regierung, die es dann allerdings werden müßte, in die Hand geben, gegen die sie handeln soll und handeln muß." Ueber das Direktorium sagte Blum: „Weil Sie keine Verfassung haben, weil Sie keine Grundlage haben, auf der diese Gewalt steht, weil Sie keine Schranken gezogen haben, innerhalb deren sie sich bewegen muß, und weil Sie keine Mittel haben, sie in den Schranken zu halten, deshalb ist es die Despotie, deshalb ist es die Diktatur, die schrankenlose Diktatur, welche die Freiheit gefährdet, wie nie etwas Anderes . . . . Sie sind berufen durch die Allmacht des Volkes und Sie sind nur Ihrem Mandate treu, so lange Sie diese Allmacht wahren. Sie dürfen nicht verhandeln; Sie müssen eher Ihr Mandat niederlegen, als sich von der Aufgabe entfernen, die Ihnen geworden ist. . . . . Man solle nicht immer vom historischen Rechtsboden sprechen," fuhr Blum fort; „es gab auch in Deutschland einen Staat, der stark auf seinem historischen Rechtsboden stand und in seinen Grundfesten durch den Fuß einer Tänzerin*) erschüttert wurde, und es mag Manches fest scheinen im deutschen Vaterlande, was, bei Licht besehen, nicht fester ist, als der Zustand, den eine Phryne stürzte." Man solle, meinte er, nicht immer auf Frankreich hinweisen; es sei eine Lästerung an der Menschlichkeit, wenn man immer von den 80 000 hungernden Brüdern spreche, die dieser Staat habe ernähren müssen; die Despotie Louis Philipp's habe Frankreich diese Noth als Erbe hinterlassen. „Auf dem historischen Rechtsboden, auf dem wir stehen," rief Blum, „hat man die Hungernden lieber der Hungerpest preisgegeben." Er schloß: „Wollen Sie das Himmelsauge der Freiheit brechen sehen und die alte Nacht über unser Volk aufs Neue heraufführen, so schaffen Sie Ihre Diktatur!"

---

*) Lola Montez. — Wir haben diese interessante Aeußerung schon anderswo angedeutet.

Diese Worte sind Allen, die sie gehört haben, für immer im Gedächtniß geblieben. Sie entflammten die Linke zur Begeisterung; sie blieben auch nicht ohne tiefe Wirkung auf das Zentrum, aber es waren eben Worte und sie konnten die feingesponnenen Pläne der Diplomaten und Reaktionäre nicht zerstören.

Ludwig Simon von Trier, der blumenreichste Redner der Linken, bewegte sich in großen Illusionen, indem er behauptete, die Heere seien dem Parlament ergeben. Er sollte darüber später eines Anderen belehrt werden. Wer sich den Beschlüssen des Parlaments widersetze, sagte er,



Ludwig Simon.

sei ein Rebell, wer es auch sein möge. „Was Sie wollen," rief er, „ist **Ruhe und Ordnung.** Dann dürfen Sie aber nicht zurückweichen in die Vergangenheit, dann müssen Sie mit kühnem Schritte bis an die letzte Schranke vorschreiten, welche die neueste Zeit gestürzt hat. **Da setzen Sie Ihr Gebäude hin und dann haben Sie Ruhe und Ordnung!"**

Welcker wiederholte im Wesentlichen die Ausführungen Bassermann's und warnte vor den Schlagwörtern, wie „Volkssouveränität," die er selber doch so oft gebraucht hatte. „Die Zeiten sind vorbei," rief er, „wo der Posaunendonner die Mauern von Jericho eingestürzt hat. Es bedarf der wirklichen Kraft und die wirkliche Kraft ist da, wo alle Regierungen

gerne und willig vollziehen, willig das thun, was Sie hier beschließen, und die Regierungen werden es thun, wenn sie zum Voraus darum befragt sind."

Die Rechte zollte diesen leeren Redensarten reichen Applaus; nun aber erschien Adolf von Trützschler auf der Tribüne, zum Blutzeugen der Revolution bestimmt, ein reichbegüterter junger Aristokrat aus Sachsen, in seinen Anschauungen sehr weitgehend für seine Zeit, ein Sozialdemokrat fast im heutigen Sinne. „Die äußerste Marke der allgemeinen Freiheit und Gleichheit, ein Ideal der Brüderlichkeit und der einfachsten Verwaltung beherrschte ihn ganz," sagt einer seiner Parteigenossen von ihm. Trützschler meinte, jeder Mensch komme als Souverän auf die Welt und habe das Recht, sich selbst zu bestimmen; seine Mitmenschen haben nur das Recht, ihn da einzuschränken, wo es zum Wohle des Ganzen nothwendig ist. „Wenn Sie," sprach er, „wie der Ausschuß vorschlägt, die Souveränität abtreten, so begehen Sie das Verbrechen, das in den gewöhnlichen Gesetzbüchern mit dem Namen Hochverrath bezeichnet wird. Es ist kein Gerichtshof vorhanden, um die abzuurtheilen, die für den Antrag des Ausschusses stimmen, aber es könnte sein, daß das Volk selbst die Leute, die seiner Souveränität Schranken ziehen wollten, vor seine Schranken zöge und verurtheilte."

Die Linke rief Beifall, die Rechte schrie: „Zur Ordnung!" aber Soiron, der präsidirte, ertheilte den Ordnungsruf nicht.

Beckerath aus Crefeld suchte Blum zu widerlegen; er dankte ihm ironisch für seine Offenheit. Der Vollziehungs-Ausschuß, meinte er, müsse zur Schreckensherrschaft führen; das habe Blum ja mit seinem „Zermalmen" offen gesagt. Er wies auf die Metzeleien hin, die beim Aufstand in Neapel verübt worden waren, und meinte, so etwas dürfe in Deutschland niemals dem Volke angethan werden. Zentrum und Rechte applaudirten ihm und am lautesten Die, welche später die Blutgierigsten waren. Beckerath fuhr fort, er fürchte, daß sich auch in Deutschland Marat's und Robespierre's finden könnten. Er empfahl weise Mäßigung und die Annahme des Ausschuß-Antrages, dann werde das Himmelsauge der Freiheit nicht brechen. „Wir werden vielleicht untergehen in der Vertheidigung der wahren gesetzlichen Freiheit, aber aus der heiligen Nähe dieser Freiheit wird jeder Frevel der Anarchie entfernt werden."

Trotz all der schönen Redensarten von rechts und links bot diese Versammlung doch kein erhebendes Schauspiel als Ganzes, wie sie sich darum stritt, ob sie selbst die Zentralgewalt schaffen solle oder nicht. Man beschränkte übrigens die Rednerliste abermals, denn es war noch kein Ende der Diskussion abzusehen.

Wilhelm Jordan von Berlin, jetzt noch auf der linken Seite, verglich Dahlmann und seine Freunde in witziger Weise mit dem grübelnden Archimedes, der über seinen Figuren die Gefahr nicht sieht. „Noch immer," rief er, „zeichnen sie ihre Figuren in den Sand, und wenn man zu ihnen hintritt und ihnen ins Ohr schreit: „Das Vaterland ist in Gefahr!" da ist ihr einziges Gefühl der Aerger, ihre einzige Antwort: Zertritt mir meine Figuren nicht!"

Die Rechte war wüthend, die Linke lachte und es gab eine schallende Heiterkeit, als Jordan rief: „Ein Gespenst hat diesen Entwurf diktirt."*)



Adolf von Trützschler.

Alles blickte auf Dahlmann, der wirklich wie ein Gespenst aussah. Jordan jedoch lenkte geschickt ein und meinte, dies Gespenst sei die Furcht vor der Republik. „Aber," frug er, „kann man sich denn nicht offen zum Prinzip des konstitutionellen Königthums im Einzelstaat bekennen, wenn man der Spitze des Gesammtstaats die republikanische Form geben will?"

*) Wilhelm Jordan, der bekannte Rhapsode, ging von der Linken zur Rechten über und wurde zum „Marinerath" gemacht. Nach der Versteigerung der deutschen Flotte bezog er eine Pension von — wenn wir recht unterrichtet sind — 1000 Thalern vom Bundestag. Diese politische Vergangenheit ist sehr geeignet, den Geschmack an den Rhapsodien des Herrn „Marineraths" zu beeinträchtigen.

Eisenstuck von Chemnitz sagte, wenn die vollziehende Gewalt anders als durch die Nationalversammlung gewählt werde, so sei das Kontrerevolution. Er griff den preußischen Zollverein, die indirekten Steuern und Zölle an. Man habe gesagt, dies System solle bis 1850 bestehen; bis dahin könne ein Volk bei der freiesten Verfassung halb verhungern. „Man will das System beibehalten, das bisher darauf berechnet gewesen, die ersten Lebensmittel am höchsten zu besteuern und dreißig Millionen Thaler jährlich an Arbeitslöhnen nach England zu zahlen, während deutsche Weber hungern."

Schoder aus Stuttgart, der selbst. in der Frage der Zentralgewalt schwankend war, ermahnte die Rechte und die Linke, auch schwankend zu werden und gegenseitig nachzugeben; er schlug einen unverantwortlichen Präsidenten vor. — Ihm folgte der ehemalige bayerische Kultusminister Beisler, der in großväterlichem Ton die Linke anredete: „Lassen Sie ab von der Agitation, sie ist unnöthig, es ist keine Reaktion mehr möglich!" Und dann empfahl dieser pfiffige Greis ein Direktorium aus drei fürstlichen Personen.

Die Rechte spottete immer über die Befürchtungen vor Reaktion und erklärte eine solche für unmöglich. Vincke sagte sogar einmal, er werde beantragen, daß Jeder, der das Wort „Reaktion" ausspreche, einen Sechser für die deutsche Flotte zu zahlen habe. Die schwachen Seelen des Zentrums ließen sich in der That mit diesen Betheuerungen beschwatzen und der Vertrauensdusel stieg bei Manchem noch, statt zu sinken.

Claussen aus Kiel suchte die Versammlung von der Furcht vor der Republik zu bekehren, indem er die „Republik" Schleswig-Holstein als Musterbild anführte. Diese kleine Taschenspielerei ging glücklich durch, obschon man doch wissen mußte, daß die schleswig-holsteinische Bewegung eine konstitutionell-monarchistische war. Im Uebrigen trat auch Claussen gegen die Unverantwortlichkeit der Zentralgewalt ein.

Herr von Lassaulx aus München, der bekannte ultramontane Professor und Alterthumsforscher, sprach von der Republik als einer verlorenen Jugendliebe und meinte, die Versammlung sei souverän in der **Berathung** der Verfassung. „Wir sind aber nicht souverän in Regierungssachen, außer im Fall der höchsten Noth, die kein Gebot kennt."

Diese konfuse Auffassung fand nicht die gebührende Widerlegung; von Dieskau, der Gerichtsdirektor aus Plauen, sprach der Nationalversammlung das Recht zu, die Zentralgewalt selbst zu schaffen. Wydenbrugk, der kleine Staatsmann von Weimar, bezeichnete das neue von der Versammlung zu schaffende Recht als den einzigen Rechtsboden. Dabei schlängelte er sich glatt zwischen der Rechten und Linken hindurch.

Venedey, die „blonde Träumerseele," wies die Schlagworte aus der französischen Revolution zurück; er sagte, in der Paulskirche sei der Rechtsboden allein, allein er habe auch nichts dagegen, wenn ein Fürst gewählt werde, und so fuhr er emsig mit der Stange im Nebel umher, das Urbild des liberalen deutschen Philisters von 1848. Nachdem Schmidt aus Schlesien die Behauptung Vincke's, die Versammlung habe die Verfassung mit den Regierungen zu vereinbaren, kräftig zurückgewiesen, nahm Zitz aus Mainz das Wort zu einem Appell an den Muth der Versammlung: „Zweifeln Sie nicht daran, daß Ihre Beschlüsse vollständig



Fürst Felix Lichnowsky.

erfüllt werden. Man hat geleugnet, daß sie erfüllt werden. Wäre das der Fall, so wäre unsere ganze Aufgabe eine leere, unsere ganze Stellung eine falsche. Wir müssen die Ueberzeugung in uns tragen, daß unsere Beschlüsse souverän sind, und wenn irgend eine Macht in Deutschland wäre, die stark genug sein würde, diesen Beschlüssen Widerstand zu leisten, so wäre die Einheit Deutschlands, die Entwickelung der Freiheit, die Begründung eines Bundesstaats nur ein Traum, so würden wir vergebens hier berathen und schaffen." — Man sieht, daß Zitz, der Chef der entwaffneten Mainzer Bürgerwehr, auch durch die Mainzer Vorgänge noch nicht von seinen Illusionen geheilt worden war.

Herr von Radowitz, der schlaue Freund der Jesuiten, faßte die Sache sehr geschickt an. „Niemand ist reaktionär in dieser Versammlung," begann er. Er sprach von den Mängeln des alten Polizeistaats und meinte: „Richten Sie uns nach unseren Handlungen; dasselbe sagen wir Jedem von Ihnen zu!" Damit gewann er sogar einen Theil der Linken für sich. Dann aber empfahl er die Ernennung der Zentralgewalt durch die Fürsten und begründete dies damit, daß er behauptete, die Fürsten würden Niemand ernennen, der nicht des allgemeinen Anklanges sicher wäre. „Wie die Dinge jetzt stehen, würde sich jede Regierung ihr eigenes Grab graben, und den Selbsterhaltungstrieb werden Sie doch jeder Regierung zugestehen müssen."

Man wußte um diese Zeit schon recht gut, daß sich die Regierungen und verschiedene Staatsmänner im Parlament über den Erzherzog Johann verständigt hatten. Aber Radowitz fügte noch hinzu, daß es eine grobe Thorheit sei, anzunehmen, in einer solchen Zeit könnten sich noch irgend welche Partikularinteressen geltend machen, und dann erreichte er die Vollendung seines Blendwerks mit den Worten: „Wenn die Nationalversammlung dies Recht den Regierungen überträgt, so überträgt sie es lediglich den einzelnen deutschen Völkern, die hierbei durch ihre Regierungen vertreten sind." — Dieser Appell an den beschränkten Unterthanenverstand war bei den Konstitutionellen selbstverständlich von größerer Wirkung, als der Appell von Zitz an ihren Muth.

Arnold Ruge, der Republikaner, sprach: „Jede Gewalt ist eine fremde, die sich nicht in diesem Saale befindet. Hier ist die deutsche Nation. Wenn wir hinausgreifen, so wird aus der deutschen Nation hinausgegriffen." Man hörte ein höhnisches Lachen; es kam von Lichnowsky. Ruge gerieth in Zorn und rief: „Das ist nicht lächerlich; Dem, der da lacht, Dem sehe ich die facies hippocratica*) an; die Zukunft wird über ihn richten. Dies Hohngelächter ist ein Gelächter des Todeskrampfes."**)

Herr von Saucken-Tarputschen wiederholte, was Radowitz gesagt, nur weniger geschickt; Moritz Mohl aus Stuttgart wollte dem Elend der Arbeiter durch Schutzzölle ein Ende machen, ein Phantom, das ihn sein ganzes Leben hindurch genarrt hat. Während der reaktionäre Geschichtschreiber Waitz aus Göttingen den Reichsverweser von den Fürsten bezeichnet wissen wollte, trat der demokratische Geschichtschreiber Zimmer-

*) Gesichtsausdruck des Sterbenden.

**) Diese merkwürdige Prophezeiung ging furchtbar in Erfüllung; nicht ganz drei Monate später fiel Lichnowsky als Opfer der Volksrache.

mann von Stuttgart, der Abgeordnete für Schwäbisch-Hall, für den Vollziehungs-Ausschuß ein.

Edel von Würzburg sprach vom Wege des Konvents, den Blum betreten wolle, und meinte, die republikanische Spitze werde sehr ruhig zusehen in Angelegenheiten der demokratischen Propaganda, aber sehr eifrig drein schlagen, wenn es sich um reaktionäre oder konstitutionell-monarchische Dinge handele; auch würde sie die noch übrige Gewalt der Einzelstaaten hinabdrücken, die ohnehin nur schwach sei.

Blum sprach noch einmal, aber er schwächte den Eindruck seiner



Franz Raveaux.

ersten Rede nur ab. „Die Menschen können den alten Bundestag nicht anders machen," sprach er. „Sie haben ihn, den alten Bundestag mit seinen Ausnahmegesetzen, bis Sie die alte Bundesakte vernichtet haben."*)

Lichnowsky, der sich vorgenommen hatte, stets nach Blum zu sprechen, bestieg nun die Tribüne. Er war an diesem Tage weniger ausfallend

*) Fürst Bismarck soll einmal gesagt haben, Robert Blum würde später nationalliberal geworden sein. Das läßt sich nicht feststellen. Wir glauben indessen nicht, daß sich Blum jemals in einen Schwärmer für politische Ausnahmegesetze verwandelt haben würde, wie sie der angeblich moderne Staatsmann aus der Bundestagszeit mit in das deutsche Reich herübergebracht hat.

als sonst; die Absicht, die darin lag, konnte leicht erkannt werden. Er meinte, wenn alle vierunddreißig deutschen Souveräne und ihre Familien durch Gottes Willen auf einmal hinweggenommen würden von dieser Erde, so sei er der Ueberzeugung, man würde sich vereinen und neue an die Spitze dieses Landes stellen, wenn auch nicht in so großer Anzahl. Er rieth auch seinen Freunden, nachzugeben, er gehörte demnach zu den Eingeweihten. Dafür erhielt er auch allseitigen Beifall.

Vogt aus Gießen, diesmal ernster als sonst, sprach davon, die Beschlüsse der Mehrheit müßten von der Minderheit anerkannt werden, doch könne man der Minderheit nicht verwehren, daß sie darnach strebe, Mehrheit zu werden. Er war für einen verantwortlichen Präsidenten.

Raveaux, schwankend und vertrauend, führte aus, man könne die Zentralgewalt wohl von den Regierungen bezeichnen lassen. Dann meinte er: „Lassen Sie doch die leichte Brücke, die wir den Regierungen gebaut haben, bestehen. Wir geben ja doch nicht die Macht aus der Hand!“ In seiner Rede überraschte er die Versammlung, indem er rief: „Die französische Nationalversammlung hat der unseren ihre Sympathien erklärt; sollten wir den brüderlichen Gruß, der einstimmig votirt worden ist, nicht erwidern? Meine Herren, erheben Sie sich, zeigen Sie, daß Sie eine Nation sind!“ Und die ganze Versammlung erhob sich mit brausendem Zuruf. Die Rechte sah diese Demonstration nicht gern.

Noch sprach Mathy gegen die Linke und für das Weiterbestehen des Bundestages; er machte indessen wenig Eindruck. Es nahte nun die Entscheidung. Der Mann mit den buschigen Augenbrauen, Heinrich von Gagern, bestieg feierlich die Tribüne; man sah wohl, daß eine „Staatsaktion“ in der Luft lag.

Wenn man heute Jemand anklage, als habe er die Diktatur gewollt, sprach Gagern, so sei man im Irrthum, gleichviel, ob es sich um fünf oder drei Personen oder nur um eine gehandelt habe. In diesen Tagen sei die Diktatur einfach unmöglich, so lange der Geist über Deutschland walte, der sich in der Versammlung kundgebe. Er faßte noch einmal alle Für und Wider zusammen und meinte, prinzipiell sei er nicht dagegen, daß die Regierungen sollten bei der Schaffung der Zentralgewalt etwas drein zu reden haben. Dann aber fuhr er fort: „Meine Herren, ich thue einen kühnen Griff und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Zentralgewalt selbst schaffen. Ich glaube, die Regierungen werden es uns danken, wenn wir sagen, wer der Eine Reichsverweser sein soll. Ein Mann, hochstehend, ist gefunden, welcher der Unterstützung der Nation für die höchste Stelle sich werth gezeigt hat und noch ferner werth zeigen wird. Aus der höchsten Sphäre müssen

wir den Reichsverweser nehmen. Jetzt bedürfen wir eines Mannes, der hoch steht und sich der Unterstützung aller Staaten ohne Widerspruch muß versichert halten können. Die hochstehende Person muß ein Fürst sein, nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist. So stellen wir nicht die Freiheit blos und wir schaffen die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir uns schon so lange sehnten."

Wie das durchschlug! Der Jubel rauschte in dem hohen Gewölbe des Doms empor und wollte gar kein Ende nehmen. Das Zentrum war entzückt und auch die Linke war theilweise hingerissen von dem „kühnen



Heinrich Gagern.

Griff.". Das war ja die Lösung der großen Frage, um die man sich schon so lange stritt, und ohnehin kam sie von Gagern, zu dem die „Vertrauenden" wie zu einem Orakel emporsahen. Nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke verhielten sich ganz kühl.

Dahlmann, der als Berichterstatter das Schlußwort hatte, wurde jetzt kaum mehr angehört. Er sprach recht lange und stellte sehr absurde Behauptungen auf. Man rief sogar „Schluß!"; aber das „Gespenst" war hartnäckig und trat nicht ab, bis es eine mindestens einstündige Rede losgeworden war.

Dies geschah am 24. Juni; in den nächsten Tagen wurde über das Gesetz, betreffend die Zentralgewalt, abgestimmt und es kam zu Stande

unter dem Knirschen der verbissenen Reaktionäre, denen der „kühne Griff“ zu weit ging und die seine Bedeutung nicht erfassen konnten, weil sie aus zu grobem Holze geschnitzt waren. Genau genommen hatten bei diesem kühnen Griff die Reaktionäre so wenig Anlaß zur Trauer, wie die Konstitutionellen zum Jubel.

Die provisorische Zentralgewalt, die mit 403 gegen 135 Stimmen beschlossen wurde, wurde durch folgendes Gesetz geregelt:

1. Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Zentralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.

2. Die Einrichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Zentralgewalt ausgeschlossen.

3. Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Zentralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung.

4. Die Zentralgewalt ist einem Reichsverweser übertragen, der von der Nationalversammlung gewählt wird.

5. Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus.

6. Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

7. Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Zentralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.

8. Die Zentralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Bundesregierungen ins Einvernehmen zu setzen.

9. Sobald der Verfassungsakt für Deutschland vollendet und zur Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Zentralgewalt auf. —

Die Geheimgeschichte des „kühnen Griffs,“ mittelst dessen dies famose Gesetz zu Stande kam, ist noch nicht bekannt, wird vielleicht auch nie bekannt werden. Aber das geht aus den Verhandlungen ganz unzweideutig hervor, daß der „kühne Griff“ zur Hälfte ein Werk der Diplomaten à la Schmerling und Vincke, zur Hälfte aber eine Machination der aristokratischen Konstitutionellen war. Daß Gagern's Hand zu diesem

„Griff“ bestimmt wurde, bewirkte seine außerordentliche Popularität, und er war gerade die rechte Persönlichkeit, um die Deutschen, die in ihrer Mehrzahl zu den „Vertrauenden“ gehörten, zu täuschen. Die politische Unerfahrenheit und Naivetät der Deutschen von damals ließ die Komödie gelingen; heute würde es nicht mehr möglich sein, ein ganzes Volk so zu dupiren. Denn mit dem „kühnen Griff“ wurde dem Parlament in der Paulskirche, dessen Souveränität Gagern selber so großartig verkündigt hatte, der Rest seiner Macht genommen; der „kühne Griff“ beraubte das Parlament seiner „Souveränität,“ soweit sie vorhanden, völlig, und wie um sich selbst zu verhöhnen, betrachtete das Parlament in seiner Mehrheit die neue Zentralgewalt als eine große Errungenschaft. Der unverantwortliche Reichsverweser übernahm nun die Befugnisse, welche die Linke hatte dem Vollziehungsausschuß übertragen wollen. Den Angstmännern und Biedermeiern, welche die konstitutionelle Mehrheit ausmachten, war dies insofern recht, als sie sich nicht recht wohl fühlten auf dem Boden der Paulskirche, wo sie doch nur „von Aufruhrs Gnaden“ saßen; sie hatten keine rechte Lust und fühlten auch keinen rechten Beruf, Weltgeschichte zu machen. Ohnehin waren sie ja nur gekommen, um die Zukunft Deutschlands gegen die „Anarchie“ sicher zu stellen, und wenn ihnen bei diesem Geschäfte ein Prinz an die Hand ging, war es ihnen sehr willkommen. Dabei waren sie nicht wenig stolz darauf, daß sie die Verwegenheit gehabt, die Zentralgewalt „selbst“ zu schaffen.

So wurde der „kühne Griff“ von der Hinterlist bewirkt, die den Arm Gagern's dabei führte, und von der Dummheit bejubelt, die bei den „Vertrauenden“ in überreichem Maße vorhanden war. Spaßhaft war dabei, daß später auch Gagern selber zu den Geprellten gehörte, denn nachdem er mit seinem „kühnen Griff“ die Reaktion herangezogen hatte, zerstörte sie ihm seine schillernden konstitutionellen Seifenblasen ebenso unbarmherzig als gründlich.

Am 29. Juni ward zur Wahl des Reichsverwesers geschritten. Sie fiel, wie vorauszusehen, auf den Erzherzog Johann von Oesterreich. Er erhielt von 579 Mitgliedern 436 Stimmen; eine fiel auf Erzherzog Stefan; 52 Stimmen erhielt Heinrich von Gagern, 32 Adam von Itzstein, 33 Mitglieder fehlten, 25 von der äußersten Linken enthielten sich der Abstimmung, weil sie keinen Unverantwortlichen wählen wollten.

Der Präsident Gagern verkündete das Wahlresultat und die alte Aristokraten- und Kapitalisten-Republik legte abermals ihr Festgewand an. Die Glocken klangen und die Geschütze donnerten und das getäuschte Volk jubelte mit der Nationalversammlung, die sich selbst ihrer Souveränität beraubt hatte. „Jetzt ist's gut!“ sagten die „Patrioten“ mit den dicken

Schädeln; „jetzt haben wir den Mann, der gesagt hat: Kein Preußen und kein Oesterreich!“ Von den Bergen leuchteten Freudenfeuer. Sie mochten der besiegten Demokratie erscheinen, wie die Todtenfackeln der deutschen Freiheit.

Die Demokratie war in der That so völlig unterlegen, daß sie sich nie mehr davon erholen konnte. Was man ihr dabei vorwerfen kann, ist, daß sie ihre Niederlage nicht im vollen Umfang einsah.

Man wählte eine Deputation von sieben Mitgliedern, um dem Erz-



Erzherzog Johann.

herzog seine Wahl offiziell mitzutheilen. Raveaux und Heckscher waren darunter.

Erzherzog Johann von Oesterreich, von dem die schwarz-gelben Geschichtschreiber behaupten, der Spruch: „Kein Preußen und kein Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland, fest wie seine Berge!“ sei ihm fälschlich in den Mund gelegt worden, war nicht geeignet, verständige Männer zu begeistern. Um so besser paßte er zu einem Helden des Philisterthums, denn seine Art war so ledern wie dieses selber. In den Kriegen mit der ersten französischen Republik und mit dem Kaiserreich hatte er sich nicht ausgezeichnet, allein daß er Unglück gehabt hatte, dies wob in den Augen des Spießbürgerthums eine Glorie um sein kahles Haupt, denn er war ein Prinz; einen „gewöhnlichen“ Menschen hätte

man als Pechvogel verlacht. Johann hatte im Jahre 1800, als sein berühmter Bruder Erzherzog Karl unter der Regierung des intriguanten Thugut kein Kommando mehr übernehmen wollte, als achtzehnjähriger Jüngling sich bereit finden lassen, das letzte Heer Oesterreichs gegen den siegreichen General Moreau zu führen. Er glaubte wohl so fest wie die österreichischen Hofkriegsräthe, daß er als Prinz von der Vorsehung be-



Einzug des Reichsverwesers in Frankfurt a. M.

rufen sei, einen bürgerlichen republikanischen Heerführer zu besiegen. Man hatte ihm einen ganz unfähigen General, Namens Lauer, beigegeben. Bei Ampfing hatte er durch Ueberfall einen kleinen Erfolg; bei Hohenlinden aber schlug ihn Moreau bis zur Vernichtung. Johann konnte damit nicht belehrt werden, daß er kein Feldherr sei; 1805 hatte er wieder ein Kommando in Tyrol, wo er einigen Erfolg errang, der aber weniger seinem Geiste, als der Tapferkeit der Tyroler zuzuschreiben war; 1809 wurde er an der Spitze des Heeres von Innerösterreich nach

anfänglichen Erfolgen aus Italien zurückgedrängt und vom Vizekönig Eugen bei Raab völlig geschlagen. Bei Wagram kam er zu spät und verschuldete dadurch die furchtbare Niederlage seines Bruders Karl, weshalb er mit diesem in einen heftigen Streit gerieth.

Nach diesen Thaten suchte sich Johann ein anderes Feld aus. Das Spießbürgerthum, dem er nur durch seine Niederlagen bekannt geworden, fand ihn plötzlich „volksthümlich" und „freisinnig," denn er hatte nunmehr nach gut bürgerlichen Begriffen wirklich eine Heldenthat begangen; er hatte eine Bürgerliche geheirathet. Anna Plochl von Aussee war die Glückliche. Sie war eine Postmeisterstochter und die Art, wie sie ihren „Johann ohne Land" gewann, wird verschieden dargestellt. Eine Version sagt, es habe einst in Aussee an einem Postillon gefehlt, als Erzherzog Johann durchgekommen, und da er um jeden Preis des Nachts weiter wollte, so habe sich die hübsche und kecke Postmeisterstochter in Postillonsuniform geworfen und den Erzherzog weiter kutschirt. Anna Plochl mit ihren vollen Hüften in den prallen Postillons-Lederhosen gefiel dem Erzherzog so gut, daß er sie zu seiner Frau machte und zur Gräfin von Meran erheben ließ. Diese „Mesalliance" zwang ihn, den Hof zu verlassen, aber beim guten Bürgerthum wuchs sein Ruhm. Die ledernen Hosen von Aussee sind vielleicht die Klippe, an der das Verfassungswerk von 1848 gescheitert ist. Denn ohne diese Hosen wäre Johann kein so volksbeliebter Mann geworden und man hätte ihn nicht zum Reichsverweser machen, den „kühnen Griff" nicht thun können. Kleine Ursachen, große Wirkungen! So will es die Laune der Weltgeschichte.

Daß er den Kölner Spruch nicht in der Form gethan hat, wie er in der Welt umging, glauben wir schließlich auch. „Kein Preußen und kein Oesterreich" — das hat Johann schwerlich gesagt. Dazu war er zu sehr Habsburger und schwarz-gelber Oesterreicher. Aber die bewundernden Philister nahmen nun einmal als feststehend an, daß er den Spruch gethan, und darum verehrten sie ihn.*)

Als „Wiederhersteller von Ordnung und Ruhe" war Johann von Gagern proklamirt worden und darum war der Freudentaumel des ordnungsliebenden und ruhebedürftigen Bürgerthums auch so außerordentlich groß. In den Städten, durch welche die Deputation kam, war des Jubels kein Ende; in Wien selber überstieg er alle Begriffe, namentlich als Raveaux und Saucken zu der Masse sprachen. Hof, Bourgeoisie,

*) In einer Proklamation Johann's an die Truppen ist der Ausdruck: „Der Bau der deutschen Einheit, fest wie Eure Berge," wohl nicht ohne Absicht eingefügt. Dies schien die Kölner Legende zu bestätigen.

Bureaukratie, Junkerthum und Pfaffenthum jubelten mit, denn sie sahen in Johann den heiligen Georg, bestimmt, den Drachen der „Anarchie" zu tödten. Auch die Dichter besangen den Reichsverweser und sogar der sonst gar nicht so unvernünftige Graf Auersperg (Anastasius Grün) verherrlichte den Besiegten von Hohenlinden als einen Helden stolzester Art in Versen.

Wie im Triumphe fuhr Johann durch Deutschland nach Frankfurt; nur eine Störung kam vor, zum Schmerze aller guten Bürger. Ein Student aus Halle sprang auf den Kutschenschlag und rief erregt: „Verantwortlich oder unverantwortlich?" Der gute Junge hatte offenbar das Gesetz über die Zentralgewalt nicht gelesen. Frankfurt machte bei der Ankunft des „hohen Reisenden," wie die Tagesblätter den Reichsverweser nannten, noch einmal einen Rausch des Entzückens durch. Er wurde angesungen, angehocht und angeredet und man sagte ihm, daß seine Vergangenheit eine schöne Zukunft verbürge. In der That, eine schöne Zukunft!

Am 12. Juli ward der Reichsverweser feierlich in die Paulskirche eingeführt, wo ihn der Edle von Gagern mit einer salbungsvollen Anrede empfing. Johann setzte seine Brille auf, zog ein Papier aus der Tasche und verlas eine Erklärung, nach der er sein Amt als Reichsverweser antrat.

Er wurde mit brausenden Hochs begleitet, als er abging.

Der Bundestag löste sich nun auf und dessen Präsident Schmerling führte im Bundespalais noch einen feierlichen geheimen Staatsakt auf, indem er an Johann die „Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen der Bundesversammlung" übertrug. Nach der Auffassung dieser Herren sollte also Johann nur den Bundestag fortsetzen, derselbe Johann, den dieselben Herren draußen vor der Nation mit dem „kühnen Griff" hatten herbeiholen lassen. Damit ist die Komödie so ziemlich nach allen Richtungen beleuchtet. Der Staatsakt im Bundespalais wurde erst später enthüllt; vorläufig kam nur ein Glückwunschschreiben des Bundestags an Johann in die Oeffentlichkeit, worin der Bundestag aussprach, er sei schon vor dem Schlusse der Verhandlungen über die Zentralgewalt ermächtigt gewesen, sich für Johann's Wahl zu erklären. Das machte die Linke stutzig und Robert Blum schlug Lärm, erreichte aber nichts als grobe Antworten von Schmerling, dem der Kamm begreiflicher Weise sehr geschwollen war.

Als Johann's Frau nach Frankfurt kam, gab es wieder einen Jubeltag mit weißgekleideten Jungfrauen, Spalier der Bürgerwehr und Glockengeläute. Johann hatte zwei Wohnungen, eine in Bockenheim und eine in Frankfurt in der Eschenheimer Gasse. Eine Zivilliste sollte ihm von

den dankbaren Deutschen für seinen Unterhalt geschaffen werden, allein er lehnte ab, da er den Demokraten keinen solchen Angriffspunkt bieten wollte, und die Begeisterung der Bürger steigerte sich ob solcher Uneigennützigkeit. Man sagte ihm nach, er wolle deutscher Kaiser werden; in seiner Jugend hatte er in der That viel Ehrgeiz gezeigt. Vorläufig aber umgab er sich mit einer Wolke von neuen Reichsbureaukraten und Reichsschreibern und ernannte sein „verantwortliches" Ministerium erst provisorisch, dann definitiv, wie folgt:

Präsident: Fürst von Leiningen.

Inneres: Freiherr von Schmerling.*)

Aeußeres: Heckscher.

Justiz: Robert von Mohl.

Krieg: von Peucker.

Finanzen: Beckerath.

Handel: Duckwitz.

Unterstaatssekretäre im Ministerium des Innern: Bassermann, von Würth.

Unterstaatssekretäre im Ministerium des Aeußern: Max von Gagern, von Biegeleben.

Unterstaatssekretär im Justizministerium: Widenmann.

Unterstaatssekretär im Finanzministerium: Mathy.

Unterstaatssekretäre im Handelsministerium: Fallati, Mevissen.

Dieses Ministerium, das sich vom Bundestag nur dadurch unterschied, daß sich Ueberläufer von der Linken in seinem Schooße befanden — der Bundestagspräsident Schmerling war ja gleich wieder Reichsminister geworden — ging mit großem Eifer an seine Aufgabe, dem Verfassungswerk alle möglichen Hindernisse zu bereiten und der Reaktion die Wege zu ebnen. Die Versammlung war in ihrer Majorität so harmlos, daß sie es mit Beifall begleitete, als der Ministerpräsident ankündigte, das Ministerium rechne auf die thätige Mitwirkung aller deutschen Regierungen. Die Versammlung schien sich vor ihrer ehemaligen „Souveränität" förmlich zu fürchten.

Der Reichsverweser erließ einen Aufruf an das Volk voll schimmernder Phrasen, ließ einige „patriotische" Trinksprüche hören und lebte sonst nach seiner Weise in Frankfurt weiter, insofern man dies beobachten konnte. Im Geheimen war er sehr thätig; was er that, konnten sich die Einsichtigen wohl vorstellen; die Masse der Vertrauenden zerbrach sich darüber den Kopf nicht.

*) Schmerling ersetzte später den Fürsten von Leiningen.

Die Linke sah die Reaktion von ferne heranrücken. Was sollte und was wollte sie thun? Die preußische Regierung hatte sich geäußert, ein Gegenmittel gegen die Bestrebungen des Parlaments sei in der Berufung der Ständeversammlungen der Einzelstaaten gegeben. Die Linke wollte dem eine Organisation entgegenstellen. In Frankfurt hatte ein demokratischer Kongreß getagt vom 14. bis 17. Juni; 88 demokratische Vereine waren durch 192 Delegirte vertreten. Man setzte ein Zentralkomité, aus Fröbel, Rau und Krieg bestehend, nieder, aber dieses Komité vermochte keine umfassende Organisation zu schaffen.

Die Volksbewegung ging damals noch hoch und es gab eine Menge von lokalen und demokratischen Aufständen, die theilweise aus dem nun im Volke schon stark um sich greifenden Mißtrauen gegen das Parlament erwuchsen. Allein die Linke wußte aus diesen Bewegungen, durch welche die Reaktionäre manchmal eingeschüchtert wurden, keinen Vortheil zu ziehen. Die Zentralgewalt that Alles, um die widerspenstigen Regungen im Volke zu ersticken. Die lokalen Aufstände wurden mit weit mehr Entschiedenheit niedergeworfen, nachdem die Zentralgewalt eingesetzt war; die Reaktion gewann Plan und Gestalt, während sie sich bisher mehr an die Zufälligkeiten des Augenblicks geklammert hatte.

Unter diesen Umständen mochte es Manche von der Linken einen schweren Kampf kosten, im Parlament auszuhalten. Einige schieden denn auch aus, so Kapp aus Heidelberg und Arnold Ruge. Sie hielten den Kampf für aussichtslos.*)

Dies war er in der That und es ist sehr zweifelhaft, ob unter solchen Umständen das Ausharren der Linken als ein besonderes Verdienst betrachtet werden kann. Denn die zur Hälfte reaktionäre und zur Hälfte vertrauensduselige Mehrheit mußte von dem Strudel, der sie ergriffen, bis an die Klippe getrieben werden, an der auch das Narrenschiff der Gagern und Genossen scheitern sollte.

Weitaus die meisten Männer der Linken und des linken Zentrums glaubten indeß an die welterschütternde Kraft ihrer Reden. Sie mußten den ganzen Phrasenvorrath, der sich bei ihnen angesammelt hatte, doch auch los werden. Von dem Publikum der Gallerien beklatscht zu

*) Auch Gervinus, der bekannte Historiker, sowie Heinrich Laube und Graf Auersperg (Anastasius Grün) traten wieder aus. Bei den beiden Ersteren war ohne Zweifel gekränkte Eitelkeit die Ursache, da sie die Rolle nicht spielen konnten, für die sie sich von der Weltgeschichte bestimmt glaubten. Laube benutzte die Gelegenheit, seinem Unmuth in einem reaktionären Pamphlet Luft zu machen; Gervinus orakelte in der „Deutschen Zeitung" zu Heidelberg, dem Organ des vertrauensduseligen Professorenthums.

werden, die Reden im stenographischen Bericht wörtlich gedruckt, in den Zeitungen im Auszug gebracht und besprochen zu sehen, — auf solche Genüsse zu verzichten, das hieß von den meisten der demokratischen Däumlinge zu viel verlangen. Die im Verborgenen arbeitende Reaktion wußte dies ganz vortrefflich zu benutzen; sie sorgte dafür, daß den Schwätzern ein Knochen hingeworfen wurde, an dem sie so lange zu nagen hatten, bis die kostbare Zeit zur Schaffung eines einigen und freien Deutschland vollständig verstrichen war. Dieser unglückselige und unheilvolle Knochen war der Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes.

Wenn das Parlament mit einiger Hoffnung auf Erfolg arbeiten wollte, so mußte es nun so schnell als möglich die Verfassung durchberathen und sich nach den Mitteln zu ihrer Durchführung umsehen. Das begriffen damals die einfachsten Leute, nur diese hochwohlweise Versammlung von Gelehrten und Bourgeois begriff es nicht, soweit sie es nicht begreifen wollte. Man erinnerte sich, daß die konstituirende Nationalversammlung von 1789 ihrem Verfassungswerk eine Erklärung der Menschenrechte voraufgeschickt hatte. Das Gleiche sollte nun in Deutschland geschehen. Man vergaß nur, daß die Franzosen die Menschenrechte in ganz kurzer Zeit entworfen, berathen und verkündigt hatten.

Die Grundrechte sollten die Rechte und Errungenschaften des deutschen Volkes, zierlich in Paragraphen geordnet, enthalten; ihnen sollte dann das Verfassungswerk folgen. In diesen Grundrechten standen ohne Zweifel viele schöne und gute Dinge, die einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den vormärzlichen Zuständen bedeuteten. Allein vorläufig standen diese Dinge nur auf dem Papier. Wenn die Versammlung diesen Kodex der bürgerlichen Freiheit in acht Tagen geschaffen hätte — was unter praktischen und vernünftigen Menschen ganz wohl möglich gewesen wäre — so hätten die Grundrechte eine ganz andere Bedeutung bekommen. Aber hier spielten in die Berathung wieder die Klasseninteressen hinein, welche von dem liberalen und konstitutionellen Bürgerthum mit solcher Hartnäckigkeit geltend gemacht wurden, daß sie der Reaktion den Weg ebnen halfen. Wenn die Grundrechte einerseits die neuen Errungenschaften feststellen sollten, so sollten sie andererseits auch die gut bürgerliche Zwangsjacke für die Revolution bilden. Bis hierher, sagten die Konstitutionellen, und nicht weiter.

Das uferlose Meer der Schwätzerei, das die Grundrechte schufen und in dem alle die parlamentarischen Parteien mit gleichem Behagen umherplätscherten, erschreckte nachgerade doch die einsichtigen Männer. Dr. Giskra, eines der jüngsten Mitglieder der Versammlung, stellte folgende Berechnung auf:

„Der ursprüngliche Entwurf der Grundrechte enthält 48 Paragraphen, der volkswirthschaftliche 40; bereits eingereicht sind 350 Abänderungsanträge, macht zusammen 438 Paragraphen. Für jeden derselben wiederum gerechnet 10 Redner, macht 4380 Redner. 15 Redner für jede Sitzung macht 292 Sitzungen. Drei Sitzungen in der Woche giebt 98 Wochen. Also Ende der ersten Berathung der Grundrechte im April 1850."

Das schlug durch und die Versammlung beeilte sich etwas. Aber lange nicht genug. Drei Sitzungen die Woche waren auch entschieden zu wenig. Jedoch dies Revolutions-Parlament ließ sich in seiner spießbürgerlichen Behaglichkeit nicht stören und so wurde richtig fast das ganze Jahr 1848 mit der Berathung dieser Grundrechte vertrödelt.

Inzwischen verpuffte die Volkskraft allmälig in den lokalen Aufständen und Tumulten und die Zentralgewalt richtete sich im Einverständniß mit anderen Mächten darauf ein, zur gegebenen Zeit der ganzen Bewegung das Lebenslicht ausblasen zu können.

Jeder Tag, den die Versammlung mit leerem Geschwätz hinbrachte, entriß ihr ein Stück ihrer Macht. Die „Vertrauenden" sahen dies nicht ein; die Einsichtigen konnten nicht dagegen aufkommen. Schon das Verhalten des Königs Ernst August von Hannover, der seine selbstherrlichen Neigungen und seinen starren Partikularismus nicht zügeln konnte, hätte dem Parlament den Staar stechen sollen. Ernst August ließ schon am 7. Juli in der hannoverschen Ständekammer erklären, daß er sich dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaat nicht anschließen werde, denn die Zentralregierung lasse die Fürsten „als Untergebene eines anderen Monarchen" erscheinen. Die Versammlung beauftragte die Zentralgewalt, von Hannover die Anerkennung ihrer Beschlüsse zu verlangen. Dies thaten Johann und sein Schmerling mit der größten Bereitwilligkeit und bei dem Verlangen blieb es auch. Natürlich verstanden sich Johann und Ernst August zu gut, um sich ernsthaft in einen Konflikt einzulassen. Nun war es für Jedermann klar, was Johann in seiner Stellung als Reichsverweser zu bedeuten hatte, nur für die „Vertrauenden" nicht.

Eine Menge von Interpellationen unterbrachen die Berathung der Grundrechte, allein sie hatten wenig Bedeutung, außer der, daß sie das Geschwätz ohne Zweck und Ziel vermehrten. Die Militärfrage blieb eigentlich ungelöst, denn wenn auch Johann durch den Reichskriegsminister von Peucker den Regierungen mittheilen ließ, er habe die „Oberleitung der deutschen Streitkräfte" übernommen, so war dies eine reine Spiegelfechterei, und die Regierungen, namentlich die mächtigen, wichen der Sache aus. Thatsächlich konnte Johann weder den preußischen noch öster-

reichischen, noch bayrischen noch den sonstigen deutschen Truppen etwas befehlen. Nur wenn es sich darum handelte, die Demokratie mit Waffengewalt zu bekämpfen, dann wurden der Zentralgewalt Truppen zur Verfügung gestellt.

Das Parlament schien wie mit Blindheit geschlagen. Der Wehrausschuß, dem man die Frage der Volksbewaffnung zur Erledigung übertragen hatte, hatte den Antrag gestellt, die deutschen Regierungen aufzufordern, ihre Truppen auf die doppelte Stärke zu bringen. Blum sprach entschieden gegen den Antrag; er wies auf die Kosten hin und meinte, von Frankreich drohe kein Angriff, wie man behauptet habe; die Zeit der Eroberungskriege sei vorbei.*) Radowitz dagegen behauptete, wenn Frankreich oder Rußland angreife, so habe man nicht Streitkräfte genug zur Vertheidigung und man müsse gerüstet sein. Die Radowitz und Genossen wußten wohl, daß Rußland nur eingreifen würde, um die alten Zustände wiederherzustellen, wie es in Ungarn später thatsächlich geschah, aber sie kannten ihre Konstitutionellen. Als Lichnowsky dann noch an den Nationalstolz appellirte, war die Sache gewonnen; diese Versammlung, die nicht ein einziges Bataillon zu ihrem Schutze hatte, wohl aber durch ein einziges Bataillon gesprengt werden konnte, vermehrte die Streitmacht der deutschen Regierungen auf mehr als 900 000 Mann! Gegen diesen Beschluß hatten die Regierungen natürlich nichts einzuwenden. Die Reaktionäre mögen unter sich nicht wenig gelacht haben, als das Parlament mit 303 gegen 149 Stimmen eine so gewaltige Streitmacht gegen sich selbst auf die Beine zu bringen beschloß, denn daß diese Truppen allenfalls dazu dienen könnten, die Ausführung der Beschlüsse des Parlaments zu hindern, darüber hatte die Erklärung der hannoverschen Regierung keinen Zweifel gelassen.

Die Träumer der Paulskirche aber ließen sich nicht irre machen, den Spott der ganzen Welt herauszufordern; sie fanden auch Zeit, weitläufig die Flagge der noch gar nicht vorhandenen deutschen Flotte zu berathen und festzustellen.

Es war kein Wunder, daß unter diesen Umständen die bewußten Reaktionäre den Himmel voller Geigen hängen sahen. „Jetzt erdrücken wir mit 900000 Armen die Revolution!“ jubelte Einer in der Weinlaune Nachts in der Schnurgasse zu Frankfurt am Main.

Wo es anging, that die Zentralgewalt recht großartig; sie schickte Gesandte nach den ausländischen Höfen und Regierungssitzen, die dort

*) Dieser Ausspruch ist durch die Ereignisse, die in den inzwischen vergangenen vierzig und einigen Jahren liegen, widerlegt worden.

manchmal mit lächerlicher Großthuerei auftraten und den deutschen Namen blamirten. In Frankfurt selbst sammelte sich um Johann ein Hof von Diplomaten; ein preußischer, ein österreichischer, ein englischer, ein französischer, ein belgischer, ein niederländischer, ein nordamerikanischer, ein neapolitanischer, ein sardinischer und sogar ein ungarischer Gesandter waren da. Es lebte sich angenehm und interessant in Frankfurt und diese Herren Diplomaten empfanden ein ganz pikantes Vergnügen dabei, den Untergang der deutschen Revolution in der Nähe mit anzusehen.

Während Schmerling, einer der gewandtesten Diplomaten der alten Schule und ein fanatischer Gegner der Demokratie, seine Intriguen spann, die Johann ausführen half, fuhren die Gagern und Genossen mit großen Hoffnungen zum Kölner Dombaufest vom 15. August, wo der König von Preußen und der Reichsverweser sich trafen. Gagern redete den König von Preußen an; der Vergleich des Kölner Domes mit der deutschen Einheit war von dem Präsidenten der Nationalversammlung nicht gerade gut gewählt. Friedrich Wilhelm IV. antwortete auf die Ansprache des Edlen von Gagern: „Seien Sie überzeugt, daß ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin, daß Sie nie vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten giebt und daß ich zu ihnen gehöre!"

Der König war hier weit offenherziger, als die konstitutionellen Nebelwandler. Er gab in seinen Worten so deutlich als möglich zu verstehen, daß er sich das Verfassungswerk nur auf Grund einer Vereinbarung mit den Fürsten verwirklicht denken könne, während die Gagern und Genossen die grobe Täuschung von der „Souveränität" der durch sie selbst aller Machtmittel beraubten Versammlung aufrecht erhielten. Für jeden Denkenden mußte der Ausgang des Verfassungswerkes nunmehr leicht vorauszusehen sein. Der Niedergang des Parlaments und seiner Bedeutung vollzog sich rasch, unaufhaltsam; es hatte sein unheilvolles Geschick selbst heraufbeschworen.

Bei alledem war es interessant, dieses erste deutsche Parlament, und wir wollen seine äußere Erscheinung beschreiben, wie sie einem Mitglied der Linken*), das bis zur letzten Katastrophe in der Versammlung gesessen, sich eingeprägt hat. Wir lassen den Zeitgenossen ungestört reden, auch wo er uns zu überschwänglich wird und Leute mit seinem Wohlwollen bedenkt, die uns dessen nicht würdig erscheinen.

„Seit der deutsche Name in der Welt genannt wurde," sagt der Augenzeuge, „fand sich keine solche Fülle von berühmten und bekannten

*) Dr. Wilhelm Zimmermann, Abgeordneter für Schwäbisch-Hall.

Namen, von Talenten und Charakteren, von Berufsarten und Wirkungskreisen gemischt beisammen. Da saß der Abgeordnete des fernsten Preußens, wo der Kosack auf der Wacht steht, neben dem aus Welsch-Tyrol, der das Deutsche nur gebrochen und die Sprache des Landes der Orangen als Muttersprache spricht; da saß der reichste Grundbesitzer Oberschwabens, der noch den Fürstenmantel trägt und dessen Vater noch souverän war, nicht weit von dem wackeren Landmann, der seinen Meierhof im Traunkreise mit eigener Hand bebaut; da saßen der feuereifrige Ritter des katholischen Glaubens und der kühle, dialektische Prediger der deutschkatholischen Gemeinde, der Lichtfreund, der Philosoph, der Bischof, der Pietist und der Jesuit auf einer Bank; alle Glaubensbekenntnisse Deutschlands waren vertreten, nicht wenig zahlreich auch das jüdische, und zwar das letztere durch ausgezeichnete Talente und Charaktere. Gegen sechshundert saßen auf den Bänken der Abgeordneten aus allen deutschen Gauen und auch aus nichtdeutschen. Welcher Reichthum von Physiognomien, welche Mannigfaltigkeit! Das Auge, das Hunderte überflog, es fand keine, die nicht durch irgend etwas bedeutend, über das Gewöhnliche hinaus gewesen wäre. Da waren Gestalten von der jugendlich zartesten bis zum Greis mit Silberlocken; da hüpft Einer behend, wie in das Boudoir einer Dame, auf die Rednerbühne; dort streckt Einer, von langer enger Kerkerhaft zusammengebrochen, nur noch in Kopf und Herz elastisch, die leidenden Beine aus einem Lehnstuhl, in dem er halb sitzt, halb liegt. Wer ist der Mann mit dem antiken Kopfe des philosophischen Cato, der an zwei Krücken unter den Armen sich zu seinem Platz an der hohen Säule trägt? Es ist der Mann, der siebenzehn Jahre in der Verbannung in Frankreich gelebt hat; es ist der freisinnigste, edelste und geistvollste Abgeordnete der bayrischen Kammer von 1831, es ist Schüler von Zweibrücken. Neben ihm sitzt Sylvester Jordan von Marburg, der in Tyrol, seiner Heimath, und in Kurhessen viel Verfolgte; weiterhin Stedtmann, Rüder, Briegleb und so manche Namen, die durch Verfolgung bekannt geworden*), die sie um vaterländischer Bestrebungen willen erlitten hatten. Jordan — wie gefurcht, gealtert ist sein Antlitz, das nur noch die darüber hinzuckende Leidenschaft bewegt! Ein Jüngling gegen ihn, mit dem schönen lichtvollen Kopf, sitzt vor ihm sein alter Lehrer und Meister Mittermaier, eine Gestalt voll Weisheit und Adel. Weiter rechts von ihm sitzt eine andere Berühmtheit, Dahlmann — welch ein Kontrast zwischen Beiden! So eine Physiognomie existirt nicht

*) Einzelne, wie Rüder, wurden auch später wieder durch Verfolgung bekannt, aber in der Rolle des Verfolgers.

mehr auf der Welt, rief Einer, als er ihn sah. Und dort an der Mittelsäule auf der Höhe, mit dem ungeheuren weißen Bart, dem langen weißen Haar und dem schwarzen Sammetmützchen, dem altdeutschen Rock und dem weit herausgeschlagenen weißen Hemdkragen — wer könnte es sein als die Ruine des alten Jahn, des Turnermeisters? Auch ein Preuße, mit etwas deutschem Anflug*), sitzt dort auf der äußersten Rechten, die stattliche Gestalt des Besitzers zahlreicher Güter in Vor- und Hinterpommern, das eifrige Mitglied des preußischen Gustav Adolf-Vereins und des Vereinigten Landtags — es ist der Graf Schwerin. Nicht weit von ihm sitzt ein anderer Graf, von feiner, beweglicher Gestalt, Landwirth wie Jener, aber auch ein bekannter politischer und nationalökonomischer Schriftsteller, der Prager Graf Deym. Und dort in der Mitte sitzt ein jüngerer Graf, schlicht und geistvoll, der volksthümliche Dichter Auersperg, der unter dem Namen Anastasius Grün seit siebenzehn Jahren in Oesterreich die Lerche der Freiheit**) war, und doch zeigt sein Angesicht gerade jetzt die Täuschung mancher Hoffnung. Fast neben ihm bewegt sich lebhaft ein markiger Kopf, nach Innen freisinniger als nach Außen, Protestant und im ultramontanen Münchener Ministerium Ministerialrath und Lehrer des jetzigen Königs, grundgescheidt und praktisch, humoristischer Redner — es ist der Professor von Hermann. Geradeüber von ihm — das ist auch ein Gelehrter von München, aber seit achtzehn Jahren mehr in der Türkei, in Asien und Afrika wohnhaft, als in München oder in seinem heimathlichen Weiler in den Bergen Tyrols. Man weiß nicht, ist das Geistvolle oder die morgenländische Bildung seines noch im vorgerückten Alter schönen Kopfes anziehender — es ist der berühmte Reisende des Orients, Fallmerayer. Auf der anderen Seite drüben interessirt gleichfalls ein leiblich und geistig schönes Haupt, Gervinus, der fein organisirte von Beckerath, der fleischige, kurzhalsige, berlinisch-witzige, behagliche von Vincke, dem das Wort nie ausgeht, mit den kleinen Augen und dem lebhaften Kolorit der kräftigen Backenknochen. Vincke wie Beckerath und Anderen schadete in der Paulskirche der berlinisch übertriebene Ruf ihrer Beredtsamkeit, der ihnen vorausgegangen war; Viele, die Anderes, mehr Festigkeit in der Form und mehr von der Größe des Gedankens in beiden Rednern erwarteten und suchten, als diese gaben und geben konnten, fanden sich getäuscht, trotz hoher Vorzüge, die Jeder von Beiden hatte. Bei Vincke trat der Mensch nicht ein in das Wort, es fehlte die

*) Zimmermann war, wie man sieht, entschiedener Gegner Preußens, doch nicht des preußischen Volkes, sondern der Junker und Aristokraten, soweit diese Preußen repräsentirten.

**) Der Flug dieser „Lerche der Freiheit" ging nicht sehr hoch.

Hoheit des Gemüths und die Wahrheit der unverrückten Grundsätze. Bei Beckerath vermißte man die durchschlagende Kraft, bei ihm sprach der Mensch, aber mehr der Aesthetiker als der Politiker, auch ihm fehlte jene Allgewalt der Begeisterung, die auf der Rechten Keiner, auf der Linken nicht blos Einer hatte und die den Letzteren den politischen Seherblick so oft gab. Da saßen nacheinander die wissenschaftlichen oder literarischen Namen: Gülich, Stenzel, Wedekind, Hildebrand, Droysen, Waitz, von Raumer, Zachariä, Blumröder, Bernhardi, Tellkampf, Esmarch, Haggenmüller, Jeitteles, Vischer, Kolb, von Linde, von Lindenau, die Brüder Moritz und Robert Mohl, Mathy, Welcker, Nauwerk*), eine der interessantesten Physiognomien, Heinrich Simon**), Wagner, Wippermann, Biedermann, Beseler***), von Meyern, Arndt, Jaup, Mevissen, Deiters, Phillips, Döllinger, Beda Weber, Gfrörer, Buß, von Reden, Schubert, Archer, Freese, Hagen, Moritz Hartmann, Ruge, Wilhelm Schulz, Günther, Karl Vogt, Roßmäßler, Heubner, Simson, Künßberg, Ludwig Uhland und Jakob Grimm, und dieser Letztere, welch klassisch schönes Haupt, das jeden Künstler herausforderte, hatte er! Und wie viele andere in diesem oder jenem Fach namhafte Männer überschaute da das Auge! Wie viele Männer, deren Namen als Volksvertreter oder Vaterlandsfreunde seit zehn, zwanzig, dreißig Jahren in den Zeitungen hundertmal genannt, durch ganz Deutschland gefeiert waren, die Männer aus Sachsen und

*) Nauwerk, dessen Haltung eine lobenswerthe war, hatte die geringschätzige Art nicht verdient, mit welcher bei seinem 1891 erfolgten Tode die Presse — theilweise auch die demokratische — von ihm sprach. In der Verbannung brach bitteres Elend über ihn herein, das sich bis zu seinem Ende an ihn hing.

**) Johann Jacoby hat ein Buch über Heinrich Simon herausgegeben, das ein interessantes Charakterbild dieses preußischen Juristen alten Schlages enthält. Simon stand seinerzeit in einem romantischen Liebesverhältniß zu der bekannten Ida von Hahn-Hahn. Diese beiden entgegengesetzten Charaktere zogen sich an; Ida liebte ihn schwärmerisch, wie aus ihren an Simon gerichteten Versen:

„Es ist mir noch wie heute
In tiefster Seele nah,
Als ich einst von der Seite
Dein schönes Antlitz sah" —

hervorgeht. Zu einer dauernden Verbindung konnte es zwischen den Beiden nicht kommen.

***) Georg Beseler, der Bruder des bekannten Mitgliedes der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, rühmte sich nachher oft, er habe seine Ansichten nie geändert. In der That hatte das unerträgliche Redegeplätscher dieses Professors immer den gleichen reaktionären Inhalt. Im deutschen Reichstage gehörte er zu den „Hausleerern."

Hannover, aus Hessen und Nassau, aus Baden und Mecklenburg, aus Württemberg und Bayern, besonders aus jenem ein Kern des Strebens und Leidens für die Volkssache. Hüben und drüben frappirten und interessirten malerische Gestalten, stämmige, urkräftige Söhne des Schwarzwaldes, wie Kuenzer und Buß, vorzeitartige, wie der gediegene und joviale Reinhard aus Mecklenburg — so müssen die Teutonen aufgetreten sein, deren bloßer Anblick den Römern Furcht einjagte. Deutschfranzosen, wie Raveaux und Zell, selbst Ludwig Simon; Deutschslavische, wie Kollaczek, echt Deutsche, wie der als Greis noch jugendliche Mohr,



Schmerling.

wie der jüngere Schwarzenberg. Andere ausgezeichnete Namen waren kurz da und verschwanden wieder bald aus der Paulskirche, wie Paul Pfizer, Wirth, Janizewski und Liebelt, andere Namen erst später, wie Julius Fröbel, Temme und Viele so. Der Personenwechsel war stark.

„Der Physiognomiker, der in Menschengesichtern geübt war, konnte leicht unterscheiden, was zur äußersten Linken und Rechten gehörte, aus den anderen heraus, nicht so leicht beide unter sich; denn beide äußersten Parteien waren, wenn sie in der Paulskirche anwesend, ein überwiegend ernster düsterer Kreis; nur war die äußerste Rechte in Masse schweigsam, die äußerste Linke blos in Einzelnen.

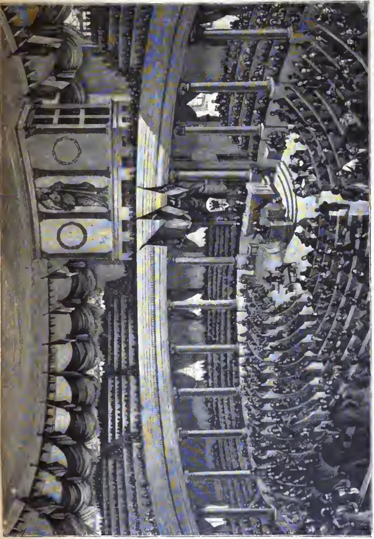
„Wer nach staatsmännischen Physiognomien suchte, der fand eine solche nicht sowohl in dem Grafen Arnim, als in dem Ritter von Schmerling, dem letzten Bundestagspräsidenten, in dem Manne mit dem nüchternen kalten Gesicht, mit dem Mäskchen, das verborgenen Sinn weissagt, über das nichts hinausläuft, weder die Röthe der Begeisterung, noch die Bläſſe des Zornes, und woran auch nichts hängen bleibt. Das Gesicht ist glatt wie eine Marmorwand und der ganze Mann ist glatt, die Erscheinung ist höfisch, ob man gleich weiß, daß er nie bei Hof gewesen ist; sie ist energisch ohne Feuer, zäh und verschlossen, so dünn, so klein, so fein gebaut sie ist. Diese Freundlichkeit kann Heinrich von Gagern gewinnen, aber keinen Linken. Diese sagen: Das ist der Mann, Schlingen zu legen und Pläne zu machen, verschmitzt, kaltblütig, ein Künstler in der Verstellung und darum so zuversichtlich. In der That war Schmerling der Mann, der in Frankfurt ganz deutsch that und gleich darauf in Wien zu den Wienern sagte, daß er immer zuerst Oesterreicher und dann erst Deutscher sei. Man sah ihm an, er grübelte und rechnete nicht voraus; er war genießender Wiener und leichten Sinnes, aber er faßte die Dinge, wenn sie an ihn herankamen, blitzschnell ins Auge, sah ihnen ins Auge, ging ihnen auf den Leib und wurde ihrer Meister, aber nicht aus persönlichem Muth und nur dann, wenn er einsah, daß die Uebermacht von Mitteln gegen mittellose Gegner den Sieg vornherein ihm in die Hand gab.

„Der Raum, worin diese Versammlung tagte, war noch geschmackvoller und glänzender ausgeschmückt, als im Vorparlament; die blendend weiße hohe Kirche zeigte jede Figur in hellem Lichte und die riesenhaften Fensternischen waren mit grünem Tuch verhangen und über dem Bureau des Präsidiums waren die rothen Vorhänge prachtvoll gewunden.

„Keinen Tag waren die oberen Gallerien mäßig voll; selbst in den Tagen, wo nur abgestimmt wurde, brachen sie fast unter dem Gedränge der Zuhörer, die beim Namensaufruf der Abgeordneten jede Abstimmung sich merkten und bald laut, bald leise kritisirten. Unten waren große Räume für die Zuhörer abgetheilt, hart an den Bänken der Abgeordneten; rechts vom Bureau und links faßten diese Zuhörergallerien die Versammlung wie mit zwei mächtigen Armen; oft drängten sich gegen tausend Zuhörer hier zusammen, Herren und Damen, deren Gallerien jedoch voneinander abgeschieden waren.

„Nach der Rechten hin, gerade über dem Präsidium, war die sogenannte Diplomatengallerie. Da sah man die Gesandten von Frankreich und England, von Rußland und Nordamerika, von Königen und Fürsten jeden Ranges, wie sie die Geburt und das Wachsthum einer deutschen Nation belauschten und überwachten, und um sie her die Banquiers von Frankfurt,

die Börsenmänner, auch viele von auswärts. Stundenlang harrten oft innen jetzt und jetzt wieder außen an der unmittelbar der Paulskirche gegenüberliegenden Börse die Männer der großen Geldgeschäfte auf eine



Eine Parlamentssitzung in der Paulskirche.
(Nach einem Stich.)

Abstimmung in der Nationalversammlung wie auf eine Entscheidung über Leben und Tod. Mehr als einmal sollen auch Mitglieder dieser Gallerie, wenn durch Aufstehen und Sitzenbleiben abgestimmt wurde, mit aufgestanden

sein, als wären sie Mitglieder der Nationalversammlung. Einmal, in dem entscheidendsten Augenblick, wurde das nachher mit Beweis erhoben und mit Namensnennung ohne Widerspruch von der Tribüne verkündet." —

Die Damenwelt war auf den Gallerien durch eifrige und zahlreiche Zuhörerinnen vertreten; man sah die Damen der Patrizierschaft Frankfurts auf den Gallerien über der Rechten; am meisten aber neigte das schöne Geschlecht zur Linken. Hierüber sagt wiederum Zimmermann:

„Die eigentliche Damengallerie war nämlich links. In der Geisterschlacht, wo Hunderte zusammen stritten und zusammen wirkten und die Gedanken wie Schwerter, oft wie zweischneidige, aufeinander schlugen, standen und saßen die Frauen in fünf Bänkereihen, die links vom Bureau bis hinauf zu dem sogenannten Berg der äußersten Linken sich zogen, und ihre Herzen glühten und kämpften mit und folgten jedem Ausfall eines ihrer Lieblinge, und oft reichten sie zwar keinen Kranz, aber Blumen und holdestes Lächeln, sogar Händedruck, dem Sieger, denn so nahe schlang sich diese untere Gallerie der Damen, wie eine bunteste Guirlande an der Linken hin." —

Auf diesen Gallerien hatte Lichnowsky seine Rendezvous mit den Damen der Aristokratie und man sah ihn häufig in einer Nische.*) Am meisten aber imponirte den Damen der Aristokratie der Edle von Gagern mit seiner hohen mächtigen Gestalt und seinen buschigen Augenbrauen. Die Aristokratinnen wußten und begriffen auch, daß das Ziel dieses Mannes nicht die gefürchtete Freiheit, sondern die leere Einheit Deutschlands war.

Außerhalb der Paulskirche suchten sich die Abgeordneten die vier Wochentage, an denen keine Sitzung stattfand, möglichst angenehm zu gestalten. Es bildete sich ein Kneipen- und Bummelleben heraus, das bei Manchem nicht ohne üblen Einfluß blieb. Abends fanden sich die Mitglieder der einzelnen Fraktionen in bestimmten Lokalen zusammen. Die Rechte, wo der Braunschweigische Pfarrer Jürgens aus Stadtoldendorf, ein geschickter Intriguenflechter, für die Ausbildung des „Korpsgeistes" sehr thätig war und wo der Advokat Detmold aus Minden seine Witze und seine Karrikaturen zirkuliren ließ, kam im „Casino" und im „Café Milani" zusammen; hier erschienen Vincke, Radowitz und Lichnowsky. Bei den Zusammenkünften der Reaktionäre wurde nicht geraucht und die Theilnehmer erschienen häufig im Frack. Für die österreichischen Reaktionäre

*) Ein Augenzeuge erzählt: „Hier fand Lichnowsky öfters eine seiner Freundinnen wieder. Es war ein pikanter Anblick, die Dame im Versteck der Nische sitzen zu sehen. Auf den Stufen kauerte Lichnowsky, sein Kopf lehnte an einem ihrer Füße, den anderen hielt er spielend in den Händen."

hatte Schmerling auf Kosten der österreichischen Regierung die Loge „Sokrates" gemiethet, wo die Herren gegen jeden demokratischen Luftzug genügend geschützt waren. Die Monarchisch-Konstitutionellen mit Dahlmann und Gagern kamen im „Weidenbusch," dem späteren „Unions-Hotel," zusammen. Die Linke mit Vogt und Blum versammelte sich im „Deutschen Haus," der späteren „Harmonie;" die äußerste Linke kneipte im „Donnersberg," später „Zähringer Hof," wo Schlöffel, Trützschler und Zitz erschienen. Im Gegensatz zu den Aristokraten gestalteten die Demokraten ihre Zusammenkünfte sehr ungenirt; sie rauchten und saßen in Hemdsärmeln um die Tische. Man kann der Linken den Vorwurf nicht ersparen, daß viel kostbare Zeit mit überflüssigen Dingen vertrödelt wurde. Niemand wird es den Männern der Paulskirche verargen, wenn sie nach den Sitzungen sich im Wirthshause gütlich thaten; Viele, und namentlich von der Linken, scheinen aber fast alle freien Stunden in der Kneipe zugebracht und den Ernst der Zeit gar nicht begriffen zu haben.*) Es wurden eine Menge trefflicher Karrikaturen und Witze zu Stande gebracht; Vogt war dabei der Spaßmacher bei der Linken, wie Detmold bei der Rechten. Ludwig Simon erzählt von „humoristischen Grundrechten," welche die Staatsmänner der Linken entwarfen.**) Im Gasthaus zum „Grünen Baum" hatte der Abgeordnete Rösler von Oels sein Hauptquartier aufgeschlagen, der immer gelbe Kleidung trug und deshalb der Reichskanarienvogel genannt wurde. Er verhandelte mit seinen Parteigenossen vor den Stammgästen öffentlich die Fragen der Parteitaktik. Einige der Neugestalter Deutschlands litten sehr zur Unzeit an Liebesweh und namentlich die schöne Kellnerin im „Grünen Baum" soll manchen wilden Demokraten gebändigt haben, wenn sie ihm den vortrefflichen rheingauer Wein kredenzte und ihn dazu mit ihren feurigen Augen zärtlich ansah.

Aus dieser schier allzu gemüthlichen und behaglichen Atmosphäre konnten keine neuen und rettenden Gedanken aufsteigen. Daher kam es denn auch, daß man sich so gänzlich in dem Geschwätz über die Grundrechte verlor und diese dann den guten Deutschen als eine Reihe von abstrakten Sätzen gab, an die sich Niemand kehrte. Hätte in dem Par-

---

*) Ein bekanntes Parlamentsmitglied saß gerne oft und lange beim Wein und hatte dann, wie ein Freund berichtet, gewöhnlich ein „inniges Anlehnungsbedürfniß."

**) Sie lauteten: „Staatsbürgerliche Selbständigkeit: § 1. Selbständig ist jeder Bürger, der einen Hausschlüssel besitzt. — Unterrichtsfreiheit: § 2. Der Lernzwang ist verboten. § 3. Das Taschengeld wird erhöht. Petitionsrecht: § 4. Das bewaffnete Betteln ist verboten." U. s. w.

lament ein kräftigerer Geist geherrscht, so würde man zur rechten Zeit die Grundrechte in Gesetzesform gebracht, sie in den deutschen Staaten eingeführt und alles Widersprechende beseitigt haben. So aber blieben die Grundrechte ein mit schönen Worten bedrucktes Blatt und weiter nichts.

Die „gemüthlichen" und parlamentarischen Revolutionäre von der Linken sahen nicht, wie das Zutrauen im Volke zu schwinden begann. Mancher Däumling blies sich gar mächtig auf und die Eitelkeit wurde gefördert durch die Wichtigkeit, welche die Presse, auch die demokratische, den Reden in der Paulskirche beilegte. Es gab nur wenige Blätter,



Karl Vogt.

welche zeitig die schiefe Ebene erkannten, auf der das Parlament hinabglitt. Der größte Theil der Tagesblätter bewegte sich naturgemäß auch in den Tagesphrasen und die entschieden demokratische Presse konnte gegen den Schwarm der Philisterblätter nicht aufkommen. Das Heidelberger Professorenblatt „Deutsche Zeitung" gab den Ton an für eine Reihe von Blättern ähnlichen Schlages. Die größeren Zeitungen, die „Kölnische" am Rhein und die „Vossische" in Berlin, gaben einem halbreaktionären Liberalismus und einem flauen Konstitutionalismus Ausdruck; sie sprachen von den Reden der konstitutionellen „Staatsmänner" voll Ehrfurcht und Bewunderung, wie von einem neuen Evangelium. Die

demokratische Berliner „Reform," von Arnold Ruge und H. B. Oppenheim herausgegeben, trat dem Vertrauensdusel kräftig entgegen. Aber kein Blatt übte so scharfe Kritik an dem Parlament, wie die „Neue Rheinische Zeitung" in Köln, die von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben wurde und an welcher Ferdinand Freiligrath, Wilhelm Wolff und Ernst Dronke mitarbeiteten. Das Blatt nannte sich Organ der Demokratie; in Wahrheit bildete es das Hauptorgan der sozialistischen Bewegung und war das einzige große Blatt in Deutschland, welches den Kapitalismus bekämpfte und der aufstrebenden Kapitalmacht gegenüber



Rösler aus Oels.

einen wissenschaftlichen Sozialismus verfocht. Die Schwätzer zu Frankfurt wurden von diesem Blatte blutig verspottet; der „Schnapphahnski," nämlich Fürst Lichnowsky, nicht weniger als Karl Vogt und Jakob Venedey. Der Letztere — den Heine als „Kobes von Köln" dem Gelächter der Nachwelt überliefert hat — beschwerte sich einmal etwas weinerlich-entrüstet über die „Neue Rheinische Zeitung," während die um diese Zeit von den preußischen Feudaljunkern gegründete „Kreuzzeitung" die Polizei gegen das Organ der rheinischen Sozialisten anrief und behauptete, daß gegenüber diesem Blatte der Pariser „Moniteur" von 1793 matt erscheine.

Die warnenden Stimmen fanden kein Gehör und mit dem Sommer 1848 schwanden die Hoffnungen des Volkes, wie die im Herbste folgenden verzweifelten und gewaltsamen Ausbrüche deutlich genug bewiesen. Nur bei den Professoren, Advokaten, Bourgeois, kurz bei dem ganzen konstitutionellen Träumerthum der Paulskirche war ein unverwüstliches Vertrauen vorhanden und diese Leute lebten in der That in dem Wahn, in ihren Zungen läge eine größere Macht, als in den Bayonetten fürstlicher Heere.

Die preußische Vereinbarungs-Versammlung.

Im Frühling und Sommer von 1848 hatte das politische Leben Berlins jenen Charakter angenommen, der von den „Heulern" als „Anarchie" bezeichnet wurde. Jeder Tag brachte seine Versammlungen und seine Plakate. Die Klubs und die neuen Zeitungen tauchten zahlreich wie Pilze auf. Die Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigung bestand bis zu einem gewissen Grade, wenn sie auch nicht verfassungsmäßig festgestellt war. Die Behörden zogen dieser Freiheit Schranken, wo sie die Macht dazu hatten, wie der Prozeß des jungen Schlöffel beweist; im Uebrigen wartete man auf gelegenere Zeiten, der „Anarchie" zu steuern. Besonders erbittert waren die Bourgeoisie, die Aristokratie und die Bureaukratie auf die täglichen Volksansammlungen, die in allen Stadttheilen sich bildeten. Solche gab es in den Straßen der Friedrichstadt, in der Königstraße, auf dem Alexander- und Dönhoffsplatze, besonders aber unter den Linden. An der Ecke der Linden und der Friedrichsstraße, vor dem Kranzler'schen Lokal, fand sich jeden Abend eine solche Versammlung ein, die man den Lindenklub nannte. Während in dem Kranzler'schen Lokal die vornehme Gesellschaft Eis und Liqueure schlürfte, diskutirte draußen das Volk über die Tagesfragen. Hier führten der sogenannte Lindenmüller — er hieß eigentlich nur Müller — und „Vater Karbe" das große Wort, eine eigene Art von Volksrednern, die es wohl verstanden, Berliner Witze zu machen, aber der Masse zu politischer Einsicht nicht verhelfen konnten, da es ihnen selbst an solcher gebrach. An der Ecke der Linden und der Charlottenstraße fanden ähnliche Versammlungen statt; man hieß den Ort davon die politische Ecke. Später griff die Polizei ein und suchte diese Versammlungen unmöglich zu machen; es wurde ein Konstablerkorps ins Leben gerufen, das den Aufläufen ein Ende machen sollte, was zu vielen Prügeleien und zu großen Tumulten führte. Die Reaktionäre, die mit tiefer Trauer den alten Polizeistaat hatten schwinden sehen, sollten sich aber noch eine Zeit lang gedulden müssen, bis ihrem Ruhefanatismus Genüge geleistet war. Jeder Verständige hätte begreifen müssen, daß bei einem plötzlich aus

strenger Bevormundung in verhältnißmäßige Freiheit gelangten Volke das Einleben in den neuen Zustand unter manchmal etwas ungestümen Bewegungen geschieht. Aber diese Bewegungen waren an sich harmlos und nur scheelsüchtige Philister konnten das erwachende Freiheitsgefühl als „Anarchie" bezeichnen, weil nicht Alles gerade nach ihren Schlafrocks-Gewohnheiten vor sich ging. Man sah Proletarier unter den Linden, wo man sonst nur Gardelieutenants, bummelnde Bourgeois und Hofkarossen sah — da stand natürlich für gewisse Leute die Welt auf dem Kopf. Hier war es auch, wo später Bassermann seine berühmten „Gestalten" sah.

Wirkliche „Anarchie" ward in Berlin sehr oft durch das brutale Einschreiten der Polizei und der Bürgerwehr hervorgerufen.

Die Arbeiter waren zum Theil für den Augenblick beschäftigt, wenn auch nicht gerade befriedigt, durch das Nachgeben und die Bewilligungen der Meister und durch die öffentlichen Arbeiten; sie machten vergebliche Versuche, sich zu organisiren, und wurden immer wieder aufgeregt durch das Eingreifen der Polizei, welche dem Zuströmen auswärtiger Arbeitskräfte einfach dadurch begegnete, daß sie die nicht nach Berlin zuständigen Arbeiter auswies. Die Reklamationen dagegen blieben ohne Erfolg und die Bürgerwehr war immer bereit, den polizeilichen Maßnahmen Geltung und Nachdruck zu verschaffen. Die Arbeiter verlangten mehrfach, wie die Bürger bewaffnet zu werden. Man schlug es ihnen natürlich ab; es hätte sich, wie wir schon dargethan, für die meisten Arbeiter auch keine Zeit und Gelegenheit zur regelmäßigen Uebung in den Waffen gefunden.

Die Bürger setzten all ihre Hoffnung auf die Vereinbarungs-Versammlung und auf das Frankfurter Parlament. Während sie exerzirten, Wache standen, zur Parade vor dem Könige aufmarschirten und wie die Beherrscher einer neuen Welt in ihren Uniformen durch die Straßen zogen, zum Entzücken der ehrsamen Bürgerfrauen und Jungfrauen, ging im Schlosse die Kamarilla vorsichtig an ihre Minirarbeit. Es war nicht mehr die alte Kamarilla, die während der Katastrophe vom 18. März im Schlosse gewaltet hatte. Diese war im Sturme der Revolution zerstoben. Erst am Ende März bildete sich die neue Kamarilla, deren Wirksamkeit von da ab bei der Entwickelung der Dinge in Preußen so stark zu verspüren ist. Sie bestand aus jener „kleinen, aber mächtigen Partei," die sich später um ihr neugegründetes Organ, die „Kreuzzeitung," gruppirte, und zählte unter sich die Vertreter des starren, feudalen, urpreußischen Junkerthums, für das es keinen verhaßteren Gedanken gab, als daß Preußen in Deutschland aufgehen solle. Das Ideal dieser Herren war das Aufgehen Deutschlands in Preußen und es gab Fanatiker unter ihnen, die am liebsten Deutschland hätten in Hinterpommern auf-

gehen sehen. An der Spitze dieser Kamarilla stand der Generaladjutant Friedrich Wilhelm's IV., Leopold von Gerlach, der in seinen jüngst von seiner Tochter herausgegebenen Denkwürdigkeiten das Getriebe der Kamarilla mit rücksichtsloser Offenheit selbst enthüllt hat. Sein Bruder, Ludwig von Gerlach, war der bekannte „Rundschauer" der „Kreuzzeitung," Hermann Wagener, der spätere sozialpolitische „Mephistopheles" Bismarck's, der erste Redakteur des frommen und feudalen Blattes, das täglich Pech und Schwefel über das demokratische Sodom und Gomorrha herabrief. Kleist-Retzow, Bismarck-Schönhausen, von Massow und andere Repräsentanten des Junkerthums gehörten der „Kreuzzeitungs"-Partei an. Ihnen war der Liberalismus, wie ihn das Ministerium Camphausen verkörperte, am meisten verhaßt. Bismarck war damals schon bekannt durch die Offenherzigkeit, mit der er seine aus dem Mittelalter stammenden Anschauungen kundgab. Doch war seine Rolle von 1848 eine untergeordnete; die „Thaten" der Kamarilla sind nicht sein Werk. Er hat nur hie und da einen kleinen Dienst geleistet, zumeist als Mitarbeiter der „Kreuzzeitung." Im Ganzen ist er seinen Anschauungen von damals treu geblieben und die wenigen Konzessionen, die er an den Zeitgeist machte, hatten ihren Grund in praktischen Rücksichten. Sein Werk, die angebliche Einheit Deutschlands, an welche nur der blöde Nationalliberalismus im Ernste glaubt, ist weit mehr ein Aufgehen Deutschlands in Preußen, als ein Aufgehen Preußens in Deutschland, und hat nur durch den Ausschluß Oesterreichs zu Stande gebracht werden können. Wir sind sicherlich über den lächerlichen Verdacht des Partikularismus erhaben; gerade deshalb aber können wir auch das Bismarck'sche Werk für eine wirkliche deutsche Einheit nicht halten. Wie die ganze innere und äußere Bismarck'sche Politik keinen neuen und schöpferischen Gedanken enthält, so ist auch die Bismarck'sche „Einheit" nur dieselbe, die sich schon 1848 in den Köpfen der märkischen und pommerschen Feudal-Junkerschaft als „Idee" ausgebildet hatte.

Leopold von Gerlach war, wie er sagt, in den Märztagen „in dumpfer Verzweiflung," namentlich als der König in Potsdam zu den Gardeoffizieren sagte, seine Entschlüsse seien frei und er habe sich niemals sicherer gefühlt, als unter dem Schutz der Berliner Bürger. In Berlin suchte Gerlach seine Gesinnungsgenossen zu sammeln. Er schreibt: „Erster Versuch zur Gründung eines geheimen Ministeriums*) 30. März."

*) „Ministère occulte," heißt es wörtlich und man kann dies als eine ziemlich zutreffende Uebertragung des spanischen camarina oder camarilla (Kämmerchen) bezeichnen, worunter man die absolutistisch-hierarchische Umgebung des Königs Ferdinand VII. von Spanien verstand.

Der König war um diese Zeit für die Rathschläge der Kamarilla nicht empfänglich. Umsomehr war es die Königin, die einen großen Einfluß auf ihren Gatten ausübte. Er sagte noch 1852, er sei in seine Frau sterblich verliebt. Leopold von Gerlach gab sich bei den engeren Hofzirkeln, namentlich bei den sogenannten Kaffeevorträgen, alle erdenkliche Mühe, den König für die Pläne der „kleinen aber mächtigen Partei" zu gewinnen und ihn zur Rückkehr zum alten Absolutismus zu bestimmen. Die „Kreuzzeitung" hatte die schöne Aufgabe, die vormärzlichen Zustände aufs Vortheilhafteste auszumalen und den Umschwung der Dinge als das größte Unglück der Weltgeschichte zu bezeichnen. Aber Radowitz, der schon genannte Abgeordnete im Frankfurter Parlament, der dort für die spezifisch preußisch-absolutistische Sache arbeitete, und Josias von Bunsen, der bekannte Freund des Königs und damals Gesandter in London, hatten zur Zeit größeren Einfluß auf den König als die Gerlachs. Sie bewogen ihn, dem Drängen der Kamarilla Widerstand zu leisten und für die „Umkehr" den geeigneten Moment abzuwarten.

Der König dachte, entsprechend seinen romantischen Neigungen, an ein großes deutsches Reich, und sich selbst wohl an dessen Spitze. Aber was ihm vorschwebte, war nicht ein Einheitswerk, geschaffen von einer souveränen Vertretung des deutschen Volkes; es war das alte römische Reich deutscher Nation, dessen Oberhaupt aus der Wahl der Fürsten hervorging. Er haßte den Liberalismus gründlich*), schier noch mehr als die Demokratie. Wenn er die Liberalen in seinen Briefen als „Schöpse" oder „Intriguanten" bezeichnete, so hatte er allerdings recht, wenn auch nicht ganz in seinem Sinne. Indessen sagte er wohl auch den Junkern von der Kamarilla gelegentlich Dinge, die sie nur schwer hinabwürgen mochten. „Im Vergleich mit Radowitz und Bunsen," schreibt Gerlach am 19. November 1848, „hält der König uns für Rindvieh; ich sagte das Rauch, der meinte, was ihn beträfe, wollte er sich's gefallen lassen." Und noch im folgenden Jahr, am 9. Juni 1849,

*) Er schreibt über den Liberalismus an Bunsen: „Der Liberalismus ist eine Krankheit, gerade wie die Rückenmarksdarre. Die bekannten Symptome der letzteren sind z. B., daß 1. der stark konvex zu Daumen und Zeigefinger hervorragende Muskel konkav wird bei der Pression; 2. daß ein Abführmittel verstopft; 3. daß ein Stopfmittel abführt und in einem späteren Stadium 4. daß sich die Beine hochheben, ohne gehen zu können. Und dabei kann solch ein Kranker vor Anderen und sich selbst lange Zeit als gesund gelten. So wirkt der Liberalismus auf die Seele. Der Augenschein wird geleugnet, die Erfüllung von Konsequenzen aus längst klar vorliegenden Ursachen wird als Aberglaube abgewiesen." — Nicht übel!

schreibt Gerlach: „Der König hält uns für Esel und Bunsen und Radowitz für große Staatsmänner.“

Wie der König selbst über die Märzereignisse urtheilte und wie er sich das Entstehen der Katastrophe dachte, geht aus einem Briefe hervor, den er am 13. Mai 1848 an Bunsen nach London schrieb und der auch die eben angezogene Stelle über den Liberalismus als Rückenmarkskrankheit enthält. Bunsen hatte früher einmal gesagt, daß der Glaube an Verschwörungen ein Gespenst sei. „Mir fielen,“ schrieb der König, „die Hände über diesen Köhlerglauben schlaff vom Leibe herab. Ich ahnte nicht, daß der Beweis dagegen so blutig an die Häuser von Berlin geschrieben werden sollte, denn wissen Sie, zu Berlin war seit mehr als 14 Tagen Alles zur infamsten Revolte, die jemals eine Stadt entehrt hat, vorbereitet. Es waren Steine zum Steinigen meiner treuen Soldaten in allen Häusern vom eigentlichen Berlin, von der Neu- und Friedrichstadt u. s. w. gesammelt. Man hat dieselben lange vorfahren sehen, wie auch Rasenstücke, um als Brustwehr gegen das Feuer der Truppen zu dienen, und hatte sich dies sonderbare Bedürfniß nach Rasen und Steinen gar nicht erklären können. Ferner waren in den Hauptstraßen alle Böden in Verbindung gesetzt, um von den Dachfenstern aus die Vor- oder Rückbewegung der Truppen mit Schüssen und Steinwürfen verfolgen zu können. Es war nachgewiesen über 10 000 Mann und nicht nachgewiesen wohl das Doppelte des allergräßlichsten Gesindels seit Wochen in die Stadt geströmt und verborgen worden, so daß die Polizei mit ihren schwachen Mitteln sie nicht auffinden konnte, darunter der Abschaum von Franzosen (galériens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimern, aber auch sehr truppirte Leute, angeblich Milaneser Grafen, Kaufherren u. s. w. Ein reicher Mannheimer Kaufmann hat seinen Tod in der Königstraße gefunden, nachdem ihm Mannschaft von meinem göttlichen 1. Garde-Bataillon das Leben geschenkt und er sie rücklings mit der Axt wieder anfiel. Unter den zu bestattenden Verbrechern der „großen Tage“ waren vierzig bis fünfzig, von denen kein Mensch ein Wort, nicht Vaterland, nicht Namen wußte. Aus Paris, Karlsruhe, Mannheim, Bern weiß ich von den Tagen selbst offiziell, daß die Häupter der Bewegung am 18. März laut sagten: „Heute fällt Berlin!“ Namentlich Hecker, Herwegh und viele Andere von der Schuftenschaft!“ —

Welche Persönlichkeit dem König diese Märchen beigebracht und ob sie der Kamarilla im engeren Sinne angehört, läßt sich nicht feststellen. Die „Fremden“ kommen schon in der Proklamation „An meine lieben Berliner!“ vom 19. März vor; der „Mannheimer Kaufmann,“ der das

göttliche Garde-Bataillon meuchlings anfällt, die 30 000 Mann „gräßlichen Gesindels" machen der Phantasie des unbekannten Erfinders alle Ehre. Möglicher Weise haben bezahlte Polizeispione in ihren Berichten an ihre Auftraggeber die Dinge so dargestellt, denn man hat schon oft gefunden, daß solche Spione die tollsten Geschichten erfinden, um sich zu weiterer Verwendung zu empfehlen. Die Auftraggeber haben dann die Berichte noch etwas redigirt und sie an den Hof gebracht. Man darf dabei übrigens auch nicht vergessen, daß Berlin in der That voll der ungeheuerlichsten Gerüchte war. Zur Erklärung mag beitragen, daß in solchen erregten Zeiten auch das sonst Unglaubliche geglaubt wird. Das findet sich im Jahre 1848 bei allen Parteien; die Demokraten glaubten und verbreiteten ebenso absurde Dinge, wie die Aristokraten. Man darf nur einen Blick in die demokratischen und aristokratischen Blätter von damals werfen und wird dies sofort bestätigt finden. Die Liberalen machten wegen der Briefe des Königs an Bunsen, als dieselben nachträglich bekannt wurden, hauptsächlich darum einen so großen Lärm, weil von dem Liberalismus darin ein so wenig schmeichelhaftes Bild entworfen war. Sonst hätten sie sich sagen sollen, daß im Jahre 1848 die ganze politische Atmosphäre voll Märchen war und nicht das geringste davon war die Einbildung, daß die liberalen Professoren und Bourgeois zu Frankfurt im Stande seien, mit ihrem Geschwätz eine deutsche Verfassung zu schaffen.

Da das „geheime Ministerium," trotz dieser Erbitterung des Königs gegen die Märzereignisse, keinen Erfolg zu Gunsten seiner Reaktionspläne erzielen konnte, wendete es sich an den in London befindlichen Prinzen Wilhelm von Preußen. Gerlach schrieb an ihn, der Prinz möge sich mit diesem Gouvernement*) nicht besudeln. Aber auch von dem Prinzen wurde die Kamarilla abgewiesen. In seiner Antwort heißt es:

„Jawohl, was ist aus Preußen geworden, seitdem wir uns zuletzt bei jener Batterie**) sprachen am Kandelaber? Wer konnte ahnen, daß zwölf Stunden später das alte Preußen begraben sein würde, ein ganz neues entstehen solle? Wie meine Stellung zu diesem neuen sein wird, ist noch nicht abzusehen, ihm zu widerstreben, ihm meine Dienste nicht zu weihen, scheint unmöglich; unter welchen Bedingungen ich es thun kann, muß die Zeit noch lehren. Wenn die Konstitution wie die Konstituante gemacht und der König beschränkt ist, wie kann ich da zurückbleiben, wenn ich überhaupt je in das Vaterland zurückkehren will!" —

*) Dem Märzministerium Camphausen.

**) Am Abend des 18. März vor dem Berliner Schlosse.

Von da ab legte sich die Kamarilla auf die Lauer, um eine günstige Gelegenheit zu erwarten und dann einzugreifen. Die Gelegenheit kam, aber nicht sogleich.

Am 10. Mai hatte inzwischen das Staatsministerium bei dem König beantragt, er möge dem Prinzen von Preußen „die Abkürzung des Aufenthalts in England empfehlen." Der König antwortete, er sei damit umsomehr einverstanden, als der Prinz wiederholt seine Zustimmung zu der von der Regierung betretenen neuen Bahn ausgesprochen habe.

Die Nachricht von der beabsichtigten Rückberufung des Prinzen von Preußen erregte, so wie sie in die Oeffentlichkeit drang, eine gewaltige Aufregung in Berlin. Die Menge hielt den Prinzen für den Hauptgegner des Umschwunges der Dinge in Preußen. Die Demokratie zeigte sich sogleich sehr thätig. Es ward eine Volksversammlung nach den Zelten auf Sonntag, den 14. Mai, berufen, zu welcher Alle, die berechtigt seien, Waffen zu tragen, aufgefordert wurden, bewaffnet zu erscheinen. Alle, die gegen die Rückkehr des Prinzen seien, wurden eingeladen. Die Bürgerwehr und die Studenten sprachen sich zwar gegen die Rückberufung des Prinzen aus, mahnten aber von einer bewaffneten Demonstration ab.

Der Demokratie war es bei dieser Gelegenheit offenbar weniger um die Verhinderung der Rückkehr des Prinzen, als um den Sturz des Ministeriums Camphausen zu thun, das ihr ganz besonders verhaßt war. Schon die Demonstration vom 20. April, die mißglückt war, hatte den Sturz dieser reaktionären Regierung zum Ziel gehabt. Nun schien die Gelegenheit günstiger und der Versuch wurde wiederholt.

Während eine von dem konstitutionellen Klub vor dem Schönhauser Thor einberufene Versammlung sich gegen die Rückkehr des Prinzen, aber auch gegen jede Demonstration aussprach, strömten unter den Zelten am Sonntag Nachmittag Tausende zusammen. Die Berichte schwanken zwischen 15 000 und 20 000 Theilnehmern. Bewaffnete waren nur wenige darunter.

Die Versammlung wurde von Eichler eröffnet und Held, „der Mirabeau Berlins," hielt die Hauptrede. Er forderte zu einem großen Zuge nach der Wohnung des Ministerpräsidenten von Camphausen in der Wilhelmstraße auf. Es handele sich darum, sagte Held, die Zurückberufung des Prinzen von Preußen zu verhindern; fast die ganze Bevölkerung von Berlin sei sich in dieser Sache einig. Die Demonstration solle eine friedliche sein, aber man wolle eine offene Antwort, ein Ja oder Nein!

Es wurde eine Deputation gebildet aus den Herren Held, Eichler, Schramm, Braß*), Lehmann, Prutz**) und Salis, der sich auch der auf der Durchreise nach Frankfurt Berlin berührende Arnold Ruge anschloß.

Nachdem die Bewaffneten aufgefordert worden, sich von dem Zuge auszuschließen, damit derselbe seinen durchaus friedlichen und gesetzlichen Charakter wahre, ging die Demonstration in Szene. Die Deputation schritt an der Spitze und hinter ihr kamen Tausende, denen sich andere Tausende in der Stadt anschlossen. Eine dichte Menschenmasse erfüllte die Wilhelmstraße, wo sonst eine aristokratische Stille herrschte; auch die Fenster und die Balkons waren dicht besetzt; „die alten Löwen auf Reimer's Gitterportal," schreibt ein Augenzeuge, „die sonst nur vor Langeweile gegähnt hatten, nun aber vor Verwunderung den Rachen aufrissen, wurden von einem Dutzend junger Thierbändiger geritten." Die Masse hielt eine musterhafte Ordnung ein. Die Deputation betrat die Wohnung Camphausen's, in deren Hausflur man Bewaffnete sah, die aber vor dem rasch erwachenden Unwillen der Masse verschwanden. Wohl eine Stunde blieb die Deputation unsichtbar und die Menge harrte geduldig draußen. Drinnen fand die Deputation nicht den Ministerpräsidenten, sondern nur die zwei Minister Schwerin und Auerswald vor. Schwerin frug spöttisch: „Was nennen Sie Volk?" worauf die Deputation ihn einlud, auf den Balkon zu treten. Dies geschah; die ganze Deputation und die zwei Minister traten auf den Balkon hinaus und Schwerin blickte sichtlich überrascht auf die Masse. Er sprach einige Worte zu dem Volke, aber es scholl ihm der brausende Ruf: „Abdanken! Abdanken!" entgegen. Mit diesem Rufe war der eigentliche Zweck des Zuges kundgegeben. Hierauf nahm Held das Wort und theilte mit weithin schallender Donnerstimme der Masse mit, daß die Deputation den Herrn Ministerpräsidenten nicht angetroffen habe, weil er nach Potsdam gereist sei. Sie sei dann von den Ministern Auerswald und Schwerin empfangen

*) Der spätere Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung." 1848 war er „Straßendemokrat" und Barrikadologe, dichtete das Lied auf das rothe Banner:

„Wir färben's echt, wir färben's gut,
Wir färben's mit Tyrannenblut,"

und war der Veranstalter der demokratischen Agitationen in der preußischen Landwehr. Seine Wirksamkeit in der Kohorte jener offiziösen Journalisten, die Bismarck selbst als „Sauhirten" bezeichnete, ist noch hinlänglich bekannt. Braß hatte es wohl mit verschuldet, daß Bismarck von seinen journalistischen Leibknappen so geringschätzig sprach.

**) Der bekannte Dichter, der dem konstitutionellen Klub angehörte.

worden und an diese hätte die Deputation ihre Forderung gestellt, das Ministerium möge auf seine Verantwortlichkeit erklären, daß die Rückkehr des Prinzen von Preußen nicht eher stattfinden solle, als bis er von der Vereinbarungs-Versammlung zurückberufen werde; die Minister aber, welche für die Zurückberufung des Prinzen gestimmt hätten oder die geforderte Erklärung nicht abgeben könnten, sollten abdanken. Darauf hätten die beiden anwesenden Minister erklärt, sie seien wegen Abwesenheit des Ministerpräsidenten nicht im Stande, die Sache heute zur Entscheidung zu führen, dagegen werde sie das Ministerium morgen um 4 Uhr Nachmittags zur öffentlichen Kenntniß bringen. Deshalb, rief Held, möchten sich die Versammelten bis zum anderen Tage um 4 Uhr gedulden; die Deputation werde bis dahin für das Fortbestehen der Ordnung Sorge tragen; wenn aber die Minister dem so deutlich ausgesprochenen Volkswillen nicht nachkämen, so hätten sie die Verantwortung für alle möglichen Folgen zu tragen.

Die Masse ward stutzig und es erschollen Rufe des Mißfallens; indessen befolgte man die von Held ausgegebene Parole und die ganze Menge Menschen bewegte sich ruhig hinweg, die Meisten nach den Zelten zurück. Hier dankte Held der Versammlung für ihre musterhafte Haltung und sprach von einem „großen Siege," allein er erfuhr Widerspruch und man suchte ihn ins Lächerliche zu ziehen. Man beschloß indessen nur, den nächsten Tag wieder zusammen zu kommen.

Zur angekündigten Zeit erschien die Erklärung des Ministeriums, worin die Minister über die Rückkehr des Prinzen sagten: „Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach: Se. Königl. Hoheit kann und wird frühestens in 14 Tagen, also jedenfalls nach der auf den 22. Mai unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen konstitutionellen Bahn öffentlich kundgeben." Zurücktreten, hieß es noch, könnten die Minister in diesem Augenblick nicht, denn von anderer Seite habe man ihnen sein Vertrauen ausgesprochen und sie müßten mindestens bis zur Eröffnung der Volksvertretung auf ihrem Posten verharren.

Die am anderen Abend unter den Zelten stattfindende Volksversammlung begann damit, daß mehrere Redner von Neuem den „Volksleiter" Held der Unzuverlässigkeit und Treulosigkeit anklagten; Andere verlangten den Sturz des Ministeriums; zum Schlusse kam es aber zu einer Schlägerei, denn es hatten sich eine große Anzahl konservativer Spießbürger und Ordnungsfanatiker eingefunden, welche den demokratischen

Rednern zuriefen: „Herunter!“ Held behauptete am anderen Tage, sein Leben sei in Gefahr gewesen. Die Kommission, welche die Versammlungen unter den Zelten veranstaltet hatte, erließ noch eine Erklärung gegen die Minister. Der Streit über die Rückkehr des Prinzen spielte sich von da an in der Presse ab, wiederum ein Beweis, daß die Rückkehr nicht der eigentliche Gegenstand der Demonstration gewesen. Es erhoben sich in Poesie und Prosa eine Menge von Stimmen für und gegen die Rückkehr; vom Lande kamen Adressen dafür, namentlich von Müncheberg.

Am Abend des 15. Mai kam es im politischen Klub zu einem Tumult. Man diskutirte dort den Antrag, die Volksvertretung zu veranlassen, die Revolution vom 18. März in ihren Konsequenzen anzuerkennen; eine Anzahl anwesender Reaktionäre machte Lärm, Bürgerwehr erschien und der Präsident schloß die Sitzung. Der Klub legte sich einige Tage später den Namen „Demokratischer Klub“ bei.

Der Mißerfolg der Demokratie bei ihrem Versuch, das Ministerium zu stürzen, ermuthigte sogar den Polizeipräsidenten von Minutoli, mit einer Verordnung gegen die „unberechtigte“ Kolportage von Druckschriften vorzugehen, mitten in der neuen „Freiheit.“ Ueberall wagten sich seit der verunglückten Demonstration die reaktionären Elemente wieder hervor und zwar theilweise recht dreist.

Bei dem Zuge vor das Ministerpalais in der Wilhelmstraße war besonders der Handwerkerverein unter der Führung des Goldarbeiters Bisky thätig gewesen. Die zahlreiche und mächtige Gewerkschaft der Maschinenbauer hielt entschieden zu Held. Um die Rehberger kümmerte sich der „große Demagoge“ nicht. Er hatte sich durch seinen Geist, sein Redetalent und seine journalistische Geschicklichkeit einen unglaublichen Einfluß erworben. Nunmehr aber regte sich das Mißtrauen von allen Seiten gegen ihn. Ein Plakat lautete:

„Ein Held muß sein man mit der That,
Das große Maul gar Mancher hat!“

Am 16. Mai gab Held eine öffentliche Erklärung ab, in welcher er dem Berliner Volke vorwarf, daß es demselben an „politischem Takt, politischer Bildung und politischem Bewußtsein“ fehle; die Zeit seiner (Held's) „demagogischen Wirksamkeit“ sei für das Volk in Berlin noch nicht gekommen und er trete deshalb zurück von einer Stelle, die er mit seinen Plänen für Volkswohlfahrt und Volksfreiheit nicht vereinbar finde. Er werde sich von nun an ausschließlich auf die Presse beschränken und dort über die soziale Frage Aufklärung verbreiten. Man werde ihn für feig oder für bestochen erklären, aber dies könne er ertragen.

Die „National-Zeitung" und die „Reform" verhöhnten den „Demagogen"; die „Reform" meinte: „Vielleicht haben die Fischer Herrn Held bestochen, damit er nicht mehr unter den Zelten (mit seiner mächtigen Stimme) die Karpfen in der nahen Spree vertreibt! Denn wozu sollte ihn das Ministerium bestechen? Er hat ja ohnehin demselben schon in die Hände gearbeitet!" — Held gesteht seine Unehrlichkeit selber ein in seinem Buche „Das Revolutionszeitalter." Dort nennt er die ganze Agitation des 13. und 14. Mai eine „unsinnige." Wenn sie ihm so erschien, warum trat er dann an die Spitze der ganzen Bewegung? Seine Konspirationen mit den reaktionären Parteien und sein Verrath an der Demokratie wurden später, theilweise durch sein eigenes Bekenntniß, offenbar. Wir werden darauf zurückkommen.

Um diese Zeit erließ der Magistrat ein „Gesellen-Reglement," nach welchem die Arbeiter schon wegen Zuspätkommens mit Gefängniß bestraft werden sollten. Stefan Born griff diese Art von bürgerlicher Märzfreiheit im Zentralkomité für Arbeiter und in seiner Zeitschrift: „Das Volk" heftig an. Während das liberale Bürgerthum die Freiheit der Arbeiter beschränken half, sammelten sich die konservativen Gegner des Liberalismus in dem „Preußenverein für konstitutionelles Königthum." Dieser Verein verhieß, er wolle „republikanischen wie absolutistischen Tendenzen" gleichmäßig entgegentreten. Hier fanden sich Hofbeamte und Bureaukraten, Hofschuhmacher und Hofschlächter, Partikuliers, Generale a. D., Banquiers und Kommerzienräthe zusammen. Der Konstitutionalismus wurde von dem Verein als zeitweilige Maske getragen; im Uebrigen war hier der Sammelpunkt der entschiedenen Reaktionäre. Die Demokratie suchte durch Klubs, wie der Volksklub, der Verein für Volksrechte u. s. w. ihre Position zu verstärken.

So befanden sich die reaktionären Elemente schon im Vordringen, als die Vereinbarungs-Versammlung*) zusammentrat. Sie wurde am 22. Mai im Weißen Saal eröffnet. Die Frage, ob sich die Abgeordneten dahin begeben und nicht vielmehr die Eröffnung in dem der Versammlung überwiesenen Sitzungslokal in der Singakademie fordern sollten, führte

*) Man nennt diese Versammlung gewöhnlich die preußische Nationalversammlung, unserer Ansicht nach mit Unrecht. Es gab wohl eine deutsche Nationalversammlung, aber keine preußische. Wie würde man gelacht haben, wenn Hamburg seine konstituirende Versammlung, die doch auch eine neue Verfassung zu berathen hatte, als Hamburgische Nationalversammlung bezeichnet hätte! Und doch hätte Hamburg dasselbe Recht dazu gehabt! In neuerer Zeit sprach von der „preußischen Nation" Herr von Puttkamer, wie diese Bezeichnung dem Junkerthum von jeher geläufig war.

zu lebhaften Erörterungen und zu einem Protest gegen den Weißen Saal. Indessen verständigte man sich und es erschienen etwa 300 Abgeordnete im Weißen Saal; nur etwa zehn, Berends, Jung, der Schriftsetzer Brill und der Staatsanwalt von Kirchmann, blieben weg.

Der König verlas die Thronrede, in welcher er ankündigte, daß die Regierung einen Verfassungsentwurf vorlegen werde. Er sagte, er hätte gerne das Ergebniß der Frankfurter Versammlung abgewartet, bevor er die preußische Versammlung einberief. Aber das „Bedürfniß nach baldiger Feststellung des Rechtszustandes im engeren Vaterlande" habe dies nicht gestattet. Beim Eintritt und Austritt wurde der König von einem dreimaligen Hoch der Versammlung begleitet. Dann erklärte der Ministerpräsident die Sitzungen der Versammlung für eröffnet.

Daß das preußische Verfassungswerk störend in die Einheitsbewegung eingreifen mußte, wurde sofort empfunden. Die Befürchtung, es möchten sich unlösbare Widersprüche zwischen der Reichsverfassung und den Verfassungen der Einzelstaaten herausbilden, lag auf der Hand. Raveaux beantragte deshalb auch in Frankfurt, die Ständeversammlungen der Einzelstaaten sollten keine Einzelverfassungen berathen dürfen, bevor das Hauptwerk in Frankfurt vollendet sei. Allein Vincke und Genossen appellirten an das Vertrauen; sie behaupteten, die deutschen Regierungen würden sich den Frankfurter Beschlüssen unterordnen. Und die Konstitutionellen ließen sich einschläfern, versäumten es, den Beschluß des Vorparlaments, daß die Berathung und Beschlußfassung über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dem Frankfurter Parlament zustehe, hier kräftig zur Geltung zu bringen, und machten, daß Alles in eine schläfrige Resolution auslief. Der Versuch der Linken, so dem Vereinbarungsprinzip ein Bein zu stellen, war damit gescheitert. Es muß allerdings bemerkt werden, daß wenn die Parlamente in Oesterreich und in Preußen auf die Vollendung des Frankfurter Verfassungswerkes hätten warten wollen, sie dann wohl nie zusammengekommen wären.

Die preußische Versammlung zählte unter ihren Mitgliedern 16 Ritter und Edelleute, 98 Justizbeamte, 48 Verwaltungsbeamte, 28 städtische Beamte, 52 Geistliche, 27 Lehrer, 31 Kaufleute, 28 Handwerker, 68 Bauern, 11 Aerzte, 3 Schriftsteller, 4 Offiziere, 1 Kommis, 1 Handwerksgesellen, 1 Tagelöhner.

Die bedeutendsten Parlamentarier Deutschlands hatten sich in Frankfurt zusammengefunden. In der preußischen Versammlung saßen meistens Leute ohne Namen. Nur die Linke hatte Politiker von Ruf und solche, die es werden sollten, aufzuweisen. Hier saßen Waldeck, Johann Jacoby, Temme, der damals noch preußischer Staatsanwalt war,

d'Ester aus Köln und Ziegler, damals Oberbürgermeister von Brandenburg. Die Versammlung war in zwei fast gleiche Theile gespalten; die Konstitutionellen schwankten zwischen Aristokratie und Demokratie hin und her und die Aristokraten machten, wo es ihnen von Vortheil schien, die Sache der Konstitutionellen zu der ihrigen. Unter diesen Umständen war leicht vorauszusehen, daß die „Vereinbarung" einer Verfassung für das Königreich Preußen mit dem Könige scheitern mußte, sobald sich die Fluth der Revolution völlig verlaufen hatte. Die Frankfurter Versammlung hatte sich für eine konstituirende erklärt, versäumte aber, sich die Macht-



Franz Ziegler.

stellung zu sichern, die erforderlich war, um ihr diesen Charakter zu wahren. Die preußische Versammlung konnte sich nicht dazu aufschwingen, sich für konstituirend zu erklären, und blieb bei dem Vereinbarungsprinzip stehen. Sie glaubte, daß die Berliner Bürgerwehr als faktische Macht im Verein mit dem Berliner Volke hinter ihr stehe. Sie sollte die Erfahrung machen, daß „Bürgerbewaffnung" keine Volksbewaffnung war und daß diese Seifenblase auch platzen mußte, nachdem sie mit ihren schillernden Farben das Volk und die Versammlung getäuscht und enttäuscht hatte.

Der von der Regierung eingereichte Verfassungsentwurf befriedigte nicht sonderlich auch da, wo man sonst bereit war, die Schöpfungen der

Regierung als höhere Weisheit anzuerkennen. Die Verfassung enthielt ein Zweikammersystem; die Wahlen sollten indirekt sein. 160 Mitglieder der ersten Kammer sollten von den Wahlmännern gewählt werden; die anderen sollten aus den Prinzen des königlichen Hauses und aus 60 vom König ernannten Männern bestehen, die ein Einkommen von mindestens 8000 Thalern aufweisen und deren Sitze erblich sein sollten. Die Wahlmänner, die beide Kammern zu wählen hatten, sollten aus einem erst noch festzustellenden Wahlmodus hervorgehen.

Die Demokratie griff diesen Entwurf auf das Heftigste an; sogar die Bürgerwehr, die sich der Gunstbezeugungen des Hofes erfreute und deren Loyalität mit jedem Gnadenstrahl von Seiten des Hofes zunahm, ward widerspenstig und die „Vossische Zeitung“ meinte, die Versammlung solle sich auf eine besondere Berathung des Entwurfes gar nicht einlassen, sondern sie gleich einer Kommission zur Umgestaltung überweisen. Die Arbeiter richteten eine offenbar von Born verfaßte Adresse an das Parlament, in der sie das Recht auf Arbeit und Versorgung der Invaliden der Arbeit verlangten. Die Verfassung erschien ihnen gänzlich ungenügend. Auch aus den Provinzen liefen Proteste gegen die Verfassung in großer Anzahl ein.

Es war um diese Zeit sehr lebendig in Berlin; die Schilderungen von Augenzeugen mögen uns die Physiognomie der Stadt zeigen. Harkort*) schreibt: „Unter den Linden spazierten junge Herren mit rothen Hahnenfedern auf den Hüten und Hirschfängern an der Seite. Man sagte mir, das seien lateinische Schüler, die Politik studirten und die Finanzen ihrer Eltern in Ordnung brächten. Alle Bäume bis an die Zweige mit Rezepten beklebt, um den Segen der freien Presse zu preisen und Sitte und Anstand zu empfehlen; ich träumte mich auf den Boulevards von Paris. Junge Buchhändler ohne Schuhe und Patent zeigten deutlich, daß Berlin der Sitz der Intelligenz sei. Da ich von Brüssel nach Berlin kam, so forschte ich vergleichend nach dem Berliner Handel und Wandel, aber in den Läden fand ich trübe Gesichter, überall Wohnungen zu vermiethen, keine Gütermassen in Bewegung, und ich dachte, das geht zwar schlecht, allein sie verhalten sich still und warten auf die Geldmaus. So legte ich mich denn zu Bett und bat Gott, daß er alle die Kummertragenden trösten wolle. Nachts fahre ich auf; ich denke, es brennt, oder die Russen stehen vor dem Thore. Ein Tumult, als ob fünfzig Nachtwächter bliefen, Generalmarsch, Bürger stürzen mit Gewehren

*) Der bekannte Abgeordnete, der auch Mitglied der Vereinbarungs-Versammlung war.

hervor und in der Ferne ein verworrenes Lärmen, als ob die Frösche einen König ausriefen. Da ziehe ich denn auch die Stiefeln an, um mit dem Vaterland unterzugehen, wenn die Berliner es nicht halten könnten. Der Mond stand so trübe am Himmel, als ob er weinen wollte über die verständige Hauptstadt. Plötzlich tritt mein Wirth herein, ich halte ihn in der Angst bereits für blessirt und die Barrikade schon für verloren. „Ach, lieber Herr, bleiben Sie nur ruhig, das ist gar nichts, wie eine allnächtliche Katzenmusik." Nun, das muß ich sagen, die Berliner verstehen sich auf Alles, aber das Vertrauen und die Geldmaus zu locken, das verstehen sie nicht." —

Trotz seiner Philisterhaftigkeit charakterisirt dieser Brief treffend die Bürgerwehr, die einen förmlichen Nachtwächterdienst versah. Die Katzenmusiken waren, wie in Wien, damals auch in Berlin in der Mode. Der Bürgerwehrkommandant, General von Aschoff, und der Polizeipräsident, sowie der Magistrat thaten, als ob durch diesen Unfug der Staat aus allen seinen Fugen gehen müsse.

Dazu eine andere Schilderung aus einem demokratischen Blatt:

„In unseren Ringmauern herrscht jetzt ein wunderbares Leben. Volksversammlungen, Klubs, Vereine, Katzenmusiken, Bürgerwehr, fliegende Buchhändler, abdankungsfähige Minister, polizeilich beschützte Volksführer, aufwiegelnde Ruhestifter, revolutionäre Reaktionäre und konservative Revolutionäre, todte Geheimräthe, Wirkliche Geheime Kolporteure, uniformirte Polizisten, lebendige Karrikaturen der Freiheit und Gleichheit treiben ihr Wesen so bunt durcheinander, daß den hochedlen Weißbierphilistern in ihren Zipfelmützen und Schlafröcken angst und bange zu Muthe ist. Nun ist noch gar die Nationalversammlung dazu gekommen und hat den Lärm der Reden, Ständchen, Trommeln, Pfeifen, Knarren, Trompeten, Waldteufel, der Vossischen Weherufe und Dudelsackspfeifereien, des Spener'schen Schnarchens und ähnlicher Gewächse so bedeutend vermehrt, daß Spontini's Opern im Vergleiche damit himmlische Harmonie sind."

Die Agitationen von Braß und Anderen unter der Landwehr hatten eine Gegenagitation seitens der konservativen Offiziere hervorgerufen; man sprach von Landwehr-Verschwörungen. In einer Versammlung von Landwehrmännern im Landwehrzeughause an der Potsdamer Kommunikation hielt der General von Webern folgende Ansprache: „Kameraden, wem haben wir denn eigentlich die Revolution zu verdanken? Doch Niemand anders als den französischen und polnischen Emissären und den verdorbenen Literaten, die werth wären, daß sie Alle aufgehängt würden. Ich weiß wahrlich nicht, wie ich diese Schurken passend bezeichnen soll. — (Hier hielt der verehrte Redner inne und besann sich, dann fuhr er

fort:) Mit einem Wort, es sind Sch—kerls, und noch einmal Sch—kerls und zum dritten Mal Sch—kerls!" — Diese mit Beifall aufgenommene „kernige" Ansprache liefert eine schöne Probe von dem Geiste, der in gewissen Regionen herrschte und der sich in Aeußerungen kundgeben durfte, gegen welche die stärksten Aeußerungen der demokratischen Presse als sanftmüthig bezeichnet werden müssen.*)

Die Bürgerwehr sollte durch eine sogenannte Vertrauensparade vor dem König am 23. Mai für den Verfassungs-Entwurf Stimmung machen, allein die Parade fiel sehr unbefriedigend aus, trotz aller Bemühungen des Generals von Aschoff.**) Während das Bürgerthum die neue Verfassung als den wichtigsten Gegenstand des öffentlichen Interesses betrachtete und darüber die weitläufigsten Diskussionen führte, ward es unter den Arbeitern unruhig, denn bei ihnen begann sich wiederum die Noth einzustellen und über einem knurrenden Magen vergißt man leicht alle Verfassungen der Welt. Die Unzulänglichkeit der Anstalten zur Beschäftigung der brotlosen Arbeiter stellte sich bald heraus; der Zudrang war ein sehr großer und die Behörden trafen unter den sich meldenden Personen eine Auswahl. Bisher waren, nach Angabe des Ministers der öffentlichen Arbeiten, des Herrn von Patow, täglich 15 Silbergroschen bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden gezahlt worden. Jetzt dienten einige Differenzen mit den Arbeitern zum Vorwand, um eine Sichtung vorzunehmen und die Akkordarbeit einzuführen. Hunderte von brotlosen Arbeitern belagerten das Rathhaus, es kamen immer mehr hinzu und schließlich waren es an die zweitausend Mann. Sie wurden erbittert durch die Scherereien, die ihnen die Polizei mit der Prüfung der Legitimationen bereitete; auf dem Polizeipräsidium wurde eine Deputation von einem Polizeibureaukraten angeschnauzt: „Schämen Sie sich nicht, Arbeit der Art zu suchen?" Einige Hitzköpfe sprachen davon, das Rathhaus zu stürmen, allein ein junger Arbeiter setzte in einer Ansprache auseinander, das würde nur der Reaktion Vorschub leisten, und sie beruhigten sich sofort. Sie beschlossen, nur friedliche und gesetzliche Mittel anzuwenden, sowie an die Bürgerschaft zu appelliren, wenn bei den Behörden nichts zu erreichen sei. Am 29. Mai waren 8000 Arbeiter im

*) General von Webern erklärte später, er habe „nicht alle Literaten" gemeint, schon aus dem Grunde, weil er „auf seine alten Tage beinahe selbst einer geworden wäre." Indessen blieb die militärische Beredtsamkeit des Herrn Generals auf lange Zeit ein Gegenstand von Spötteleien in der demokratischen Presse.

**) Dieser legte am 2. Juni das Kommando nieder und an seine Stelle trat der Major a. D. Blesson.

Exerzierhause vor dem Prenzlauer Thor beisammen und bewegten sich in mächtigem Zuge vor das Rathhaus, wo sie die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter forderten. Der Magistrat wollte ihnen erst nicht nachgeben; man sagte, die Entlassungen seien wegen „Ungebührlichkeiten" erfolgt. Endlich versprach man den Arbeitern, die Entlassenen wieder einzustellen; auch wurde in Aussicht gestellt, daß noch weitere 3000 Arbeiter beschäftigt werden sollten. Aber dies Versprechen wurde nur theilweise erfüllt und am folgenden Tage waren noch 2000 Mann ohne alle Beschäftigung. Sie versammelten sich auf dem Dönhoffsplatz und erschienen Nachmittags vor dem Rathhause. Der Bürgermeister erklärte, die Kommune Berlin könne nicht noch mehr Leute beschäftigen. Darauf zog ein Theil der Arbeiter nach dem Hause des Arbeitsministers von Patow. Zwei Bürger, Hoffmann und Sax, machten die Sprecher. Aus den Häusern warf man den Arbeitern Fahnen herab. Zu dem Zuge hatte man die Bedürftigsten, die Familienväter, ausgesucht. Mit Hoffmann und Sax ging eine Deputation zu dem Minister hinein und trug ihm die Wünsche der Arbeiter vor. Herr von Patow erwiderte, er könne im Augenblick nicht helfen; aber es würde in diesen Tagen der Kanal durchbrochen und auch bei Charlottenburg würden bald Arbeiten begonnen werden. Dann bot der edelmüthige Minister aus seiner Tasche den 700 Arbeitern — ganze 20 Thaler zur Vertheilung an. Die Deputation wies dies Angebot zurück mit dem Bemerken, man wolle keine Almosen. Als die Arbeiter erfuhren, was ihnen der Minister geboten, wurden sie sehr erbittert und einige Dreißig stürzten in das Haus hinein, wie Herr von Patow erzählte, „mit großem Geschrei"; auch wurde eine Scheibe eingedrückt.*) Der Minister gab nun eine schriftliche Erklärung, daß Arbeit in Aussicht stehe; allein Sax und Hoffmann setzten ihm auseinander, daß mit diesem Wisch den Arbeitern nicht gedient sei, die thatsächlich hungerten. Es wurden dann an die 300 Thaler an die Arbeiter vorschußweise vertheilt, womit sie sich für den Augenblick beruhigten. Inzwischen kam ein Stadtverordneter hinzu und versicherte, es würde den nächsten Tag Arbeit beschafft werden, was auch bei den Meisten geschah. Herr von Patow ließ die 300 Thaler als ein Geschenk gelten; doch berichtet Herr Braß, der bei der Vertheilung thätig war, daß die Arbeiter das Geld zurückzahlen wollten und es zu ihm brachten.**)

---

*) Im Hause traten die Arbeiter sehr artig auf und schoben die Sammt-Fauteuils sorgsam bei Seite.

**) Damals dachte Herr Braß noch anders von den Arbeitern, wie zwanzig Jahre später.

Diese Vorgänge wurden durch Gerüchte arg übertrieben, während man doch hätte begreifen müssen, daß aus den Arbeitern nur die äußerste Noth sprach. Herr von Patow sah „ganz abgemattet" aus, als er in der Versammlung das Eindringen der brotlosen Arbeiter in sein Haus schilderte. Vielleicht hätte er ohne dies Ereigniß an die Noth der Arbeiter gar nicht geglaubt. Man kann sich denken, daß bei den Arbeitern, die mitten in der neuen „Freiheit" gemaßregelt wurden und mit Weib und Kind hungern mußten, die Märzbegeisterung längst geschwunden war.

Die demokratischen Vereine wußten die „soziale Frage" auch nicht anders anzufassen, als daß sie eine — naturgemäß sehr ungenügende — Unterstützung der brotlosen Arbeiter auf dem Wege der Wohlthätigkeit beschafften. Dagegen war die Demokratie in anderen Dingen sehr thätig. Sie verlangte eine verallgemeinerte Volksbewaffnung, da wieder Reaktions-Gerüchte im Umlauf waren; die Maschinenbauer erschienen aufgeregt und in Masse vor dem Zeughause, weil es hieß, es würden dort Waffen für das Militär weggeschafft. Es wurden 500 Gewehre an die Maschinenbauer und Eisenarbeiter abgegeben.

Auf den 4. Juni wurde vom demokratischen Klub ein feierlicher Zug nach dem Friedrichshain beschlossen, um das Gedächtniß der dort bestatteten Märzkämpfer zu ehren. Diese Demonstration sollte zugleich die versammelten Volksvertreter anspornen, „die Revolution und ihre Konsequenzen" anzuerkennen. Der Plan fand allgemeinen Anklang, obschon die Reaktionäre um diese Zeit ihren Groll gegen die Märzkämpfer nicht mehr verbargen.*) Der Volksklub, der Bürgerwehrklub, die Studenten und sogar der konstitutionelle Klub zeigten großen Eifer für die Demonstration**); der Kommandant der Bürgerwehr gestattete zwar den Bürgerwehrmännern, als Privatpersonen sich dem Zuge anzuschließen; „für den Fall von Unruhen" hatte er aber seine Vorbereitungen getroffen. In der Vereinbarungs-Versammlung stellte Nees von Esenbeck, der berühmte

*) Wie man in militärischen Kreisen von den Barrikadenkämpfern dachte, bekennt Graf Lüttichau in seinen „Erinnerungen aus dem Straßenkampfe," bei dem er ein Füsilierbataillon befehligte. „In alten Zeiten," sagt der Herr Graf, „würde man ihre (der Barrikadenkämpfer) Leichen verbrannt und die Asche allen Winden Preis gegeben haben, um ihr Andenken aus dem Gedächtniß aller Menschen zu vertilgen, sie, die aus dem Abhub aller Nationen und dem niedrigsten Pöbel Berlins bestanden und nur ein frecher Hohn der Menschheit sind." — Der Herr Graf bezeichnet auch die schwarz-roth-goldene Fahne als die „französische" Trikolore!

**) Der konstitutionelle Klub entschied sich für die Theilnahme an der Demonstration erst, als Herr Frese betonte, es sei keine Gefahr bei dem Unternehmen.

Naturforscher, der auf der Linken saß und später wegen seiner radikalen und sozialistischen Anschauungen mit harten Verfolgungen heimgesucht wurde, den Antrag, die Versammlung möge als solche sich an dem Zuge nach dem Friedrichshain betheiligen. Allein die Versammlung ging über den Antrag zur Tagesordnung über, weshalb sie von der demokratischen Presse heftig angegriffen wurde.

Die Damen des demokratischen Klubs stickten in aller Eile eine Fahne, welche von Fräulein Lucilie Lenz, die am 18. März auf der Barrikade gestanden, mit einer schwungvollen Ansprache dem Klub übergeben wurde. Von dieser „rothen" Fahne war später noch viel die Rede.*)



Nees von Esenbeck.

Der imposante Zug, der sich am 4. Juni bildete, ging vom Gensdarmenmarkt durch dieselben Straßen, welche der Leichenzug mit den gefallenen Märzkämpfern durchmessen hatte, nach dem Friedrichshain. Die Häuser waren schwarz-roth-golden beflaggt. Etwa 150 Abgeordnete, die Klubs und Arbeitervereine, Bürgerwehrmänner, eine Abtheilung Damen, zahlreiche Deputationen von auswärts, eine wahrhaft großartige Menschen-

*) Die Fahne war von dunkelrother Seide, mit Goldfranzen eingefaßt, mit einem schwarzen Bande, und trug die Inschriften: „Demokratischer Klub" und „18. und 19. März 1848." Sie wurde in der Reaktionszeit sorgfältig verborgen. Der Verfasser sah sie im Jahre 1879 in Hamburg, wo sie in guten Händen war.

masse, bildeten den Zug, in dem man eine Menge Fahnen und Embleme sah. Nach den Blättern waren ein Viertel oder zwei Drittel der gesammten Bevölkerung von Berlin an diesem Tage auf den Beinen. Fünfzehn Redner sprachen an den Gräbern, darunter Born, Held, die demokratischen Abgeordneten Graf Reichenbach, Kaplan von Berg und Jung, mehrere Arbeiter und Studenten. Man sprach viel von Reaktion; mehrere Redner äußerten trübe Ahnungen, ein Beweis, daß sie wenig Vertrauen zur Vereinbarungs-Versammlung hatten. Da an diesem Tage weder die Bürgerwehr noch sonst ein Polizeiinstitut eingriff, so verlief die Demonstration in der schönsten Ordnung.

Diesmal hatte nur das Volk, Arbeiter und Bürger, den Märzgefallenen seine Sympathien ausgedrückt; der Magistrat, die Beamtenschaft, die Professoren und all die Herren mit besternten Fräcken, die am 22. März mitgezogen waren, hatten sich diesmal ferngehalten. Der Umschlag in diesen Kreisen war am 4. Juni deutlich zu sehen. Bald sollte derselbe noch weiter gehen; es kam sogar eine Zeit, wo es zum guten Ton gehörte, die Märzkämpfer zu schmähen.*)

Am Abend dieses Tages waren die Buchdrucker beisammen und der Kollege Dittmann sprach heftig wider die Reaktionäre, welche die Märzerrungenschaften zu vernichten trachteten. Man beschloß, dem Delegirten der Berliner Buchdrucker zu dem Mainzer Buchdruckertag aufzutragen, er möge durchzusetzen suchen, daß im ganzen großen Vaterlande für die amtliche Beschränkung der Preßfreiheit kein Buchstabe mehr gesetzt, kein Bogen mehr gedruckt werde. Dieser Gedanke war ohne Zweifel sehr schön, aber leider gab es damals auch schon der „Schwarzbeine" und „Schuster" unter den Buchdruckern mehr als genug.

Inzwischen hatte die Vereinbarungs-Versammlung in der Singakademie ihre Arbeiten begonnen. Die ersten Sitzungen, bei denen der ehemalige Staatsminister Schön, ein alter Tugendbündler, als Alterspräsident fungirte, waren unruhig und verworren; namentlich die konservative Partei zeichnete sich durch lärmendes und brutales Auftreten aus. Es war unschwer zu erkennen, daß diese Leute Morgenluft witterten. In dem Sitzungsprotokoll heißt es sehr oft: „Heftiger Lärm" — „stete Aufregung" — „großer Tumult" — „großes Getümmel" und sogar „ewiger Skandal." Der Breslauer Fabrikant Milde, der Mitglied

*) Wenn auch die Bourgeoisie die Märzgefallenen im Allgemeinen längst vergessen hat, so sei doch hier erwähnt, daß der Begräbnißplatz der Märzgefallenen heute noch von der Stadtgemeinde Berlin unterhalten wird und daß die Verwaltung der Friedhöfe Berlins im Jahre 1891 eine Summe von über 2000 Mark für die Pflege des Platzes verwendet hat.

des Vereinigten Landtages gewesen, ward zum Präsidenten, der Justizrath Esser aus Köln zum ersten, der Geheime Obertribunalsrath Waldeck aus Berlin zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Es regnete Anträge; unter Anderem brachte auch „der edelste aller Geheimräthe,“ Abegg, der frühere „liberale“ Polizeipräsident von Königsberg, gleich den Antrag ein, die Versammlung möge die Polizei- und Justizbehörden veranlassen, kräftiger gegen den „Mißbrauch der Rede- und Assoziationsfreiheit“ vorzugehen. Das war der Versammlung denn doch eine zu starke Zumuthung, sofort nach ihrem Zusammentritt und mitten in der Berathung der Feststellung der Märzerrungenschaften den Polizeidiener und Nachtwächter zu machen; der Antrag Abegg's ward abgelehnt.*) Nees von Esenbeck beantragte, „die Versammlung möge eine Kommission niedersetzen mit dem Auftrage, einen in ihrem Namen und von einem volksthümlichen Standpunkte ausgehenden Verfassungsentwurf vorzubereiten und zugleich mit dem vom königlichen Ministerium vorgelegten in Berathung zu ziehen.“ — Auch ein Denkmal für die Märzkämpfer ward beantragt.

Während die Versammlung recht unsicher umhertappte, machte die Linke den Versuch, die Versammlung zu bewegen, daß sie ihre staatsrechtliche Stellung klar begründe und sich für eine konstituirende erkläre. Indem der Abgeordnete Otto verlangte, die Versammlung möge in ihrer Geschäftsordnung feststellen, daß sie seitens der Regierung oder der Krone nicht aufgelöst werden könne, wollte er das Vereinbarungs-Prinzip entfernen. Camphausen erhob sich gegen diesen Antrag und die Mehrheit stimmte ihm zu. Indem sie den Otto'schen Antrag ablehnte, hatte sie das Vereinbarungs-Prinzip thatsächlich anerkannt und hatte damit selber der Regierung das Recht zugestanden, sich gegen die Arbeiten und Beschlüsse der Versammlung gegebenen Falls ablehnend zu verhalten. Am Tage nach dieser Niederlage erlitt die Linke eine neue, als sie den Antrag Duncker's, auf die Thronrede eine Adresse als Antwort zu erlassen, ohne Erfolg bekämpfte. Ein Mitglied der Linken bemerkte, die That sei die beste Adresse, worauf der Minister Hansemann erwiderte, eine Adresse sei eine That. Eine große Mehrheit beschloß die Adresse, welche von dem Ministerium nachdrücklich gefordert worden war.

Die Versammlung, statt sich mit aller Energie auf die Berathung der Verfassung zu verlegen, befaßte sich mit einer Menge von untergeordneten Angelegenheiten und verlor ihre Zeit. Der Abgeordnete Brill,

*) Abegg starb bald darauf und wie Einige behaupteten, aus Kummer über die Fortschritte der Reaktion. Die so von ihm dachten, haben seinen Antrag in der Berliner Vereinbarungs-Versammlung wohl nicht verstanden.

ein Arbeiter, sagte einmal, jeder Tag koste das Land 1200 Thaler und die meisten dieser Tage gingen verloren.*) In der That war das Schwatzbedürfniß in der Singakademie zu Berlin nicht weniger groß, als in der Paulskirche zu Frankfurt, und die Redner maßen ihren Worten eine nicht weniger welterschütternde Wirkung bei.

Der Prinz von Preußen betrat am 4. Juni wieder den preußischen Boden. Er war für Wirsitz zum Abgeordneten gewählt worden. Am 8. Juni erschien er in der Versammlung, wo er eine Rede hielt, in welcher er betonte, daß die Versammlung eine Verfassung mit dem Könige zu vereinbaren habe. „Die konstitutionelle Monarchie," sprach er, „ist die Regierungsform, welche der König zu geben uns vorgezeichnet hat." Er erklärte schließlich, er könne nicht an den Sitzungen regelmäßig theilnehmen, und ersuchte, seinen Stellvertreter einzuberufen. Die Rechte begleitete seine Rede mit Beifall, die Linke demonstrirte mit Zischen dagegen.

Es stand fest, daß die Rechte die neue Verfassung nur auf Grund einer Vereinbarung verwirklicht wissen wollte und daß die große Mehrheit der schwankenden Konstitutionellen sich von der Rechten mitreißen ließ. Denn die letzteren waren zu kurzsichtig, um die Konflikte zu ahnen, die aus dem Vereinbarungs-Prinzip entspringen mußten, obschon diese Konflikte ihre Schatten deutlich genug vorauswarfen.

Nun machte die Linke noch einen dritten Versuch, der Versammlung eine gewisse Souveränität zu wahren. Der Abgeordnete Berends stellte den Antrag: „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben."

Dieser Antrag bedeutete eigentlich nicht viel, denn wenn er angenommen wurde, so war das Vereinbarungs-Prinzip damit keineswegs beseitigt. Darum meinte auch Herr Camphausen, er könne dem Antrag nicht widersprechen, wenn derselbe bedeute, daß durch den 18. März eine Umänderung von hoher Wichtigkeit im Staatswesen herbeigeführt worden; solle er aber bedeuten, daß die bestehende Staatsgewalt nicht mehr rechtlich begründet sei, dann sei der Antrag unannehmbar. Johann Jacoby war für den Antrag**); Schulze-Delitzsch wollte hinzufügen, daß das Volk von Berlin auch durch seine Haltung nach dem Kampfe sich um das Vaterland verdient gemacht habe, was von Jacoby bekämpft wurde. Dagegen beantragte der Abgeordnete Zachariä: „In Erwägung, daß die Bedeutung der stattgefundenen Revolution und das Verdienst der Kämpfer um die-

*) Die Abgeordneten erhielten drei Thaler Diäten pro Tag.

**) Jacoby hatte in einer Versammlung seiner Wähler erklärt, er sei „Republikaner, aber nicht Krawaller."

selbe unbestritten ist und daß die Versammlung nicht ihre Aufgabe darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern **die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren**, geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“ — Johann Jacoby verwies umsonst auf Gagern, der die Souveränität der Frankfurter Versammlung ausgesprochen hatte. Nach einer zweitägigen Debatte ward am 9. Juni der Antrag Zachariä angenommen und zwar mit 196 gegen 177 Stimmen.

Hätte der Berends'sche Antrag die Mehrheit erhalten, so wären die Beschlüsse der Versammlung um eine schönklingende Phrase reicher gewesen, die aber in Berlin so wenig praktische Bedeutung hätte gewinnen können, wie die Gagern'sche Souveränitäts-Erklärung zu Frankfurt am Main.

Indessen erregte diese Abstimmung neue Reaktionsbefürchtungen bei der Masse, die ohnehin schon längst durch die reaktionären Adressen und Aufrufe aus den Provinzen, die tagtäglich in den Blättern erschienen, die Märzerrungenschaften gefährdet sah. In wilder Aufregung umdrängten die Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung. Eine Deputation, die sie an den Präsidenten der Versammlung sandten, wurde ziemlich brüsk abgefertigt. Als die Abgeordneten den Sitzungssaal verließen, wurden einige von der Rechten vom Volke mit nicht gerade schmeichelhaften Zurufen empfangen, namentlich Sydow; auch der Minister von Arnim, welcher nach dem Bericht eines Augenzeugen der Menge in etwas herausforderndem Tone zugerufen haben soll: „Was stehen Sie denn hier? Was wollen Sie denn?“ wurde bedroht. Ein Volkshaufe umringte ihn; der Minister wurde von Abgeordneten und Studenten durch das tobende Volk in die Universität geleitet. Niemand wurde mißhandelt, aber der Vorfall genügte den „Heulern,“ sich zu geberden, als sei die Versammlung in ihrer Freiheit bedroht, und der Polizeipräsident und der Chef der Bürgerwehr zeigten gemeinsam an, daß sie einschreiten würden, wenn sich solche Dinge wiederholten.

Aus Pommern kamen schon Manifeste, welche aufforderten, die Beschlüsse der Versammlung nicht als frei und bindend zu betrachten. Sie gingen von dem dreisten pommerschen Junkerthum aus. Doch fanden sie um diese Zeit noch wenig Anklang. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land klaffte immer tiefer auf und ein von Held unternommener „Versöhnungsversuch“ goß nur Oel ins Feuer. Das Mißtrauen gegen Held war in schnellem Steigen und als er sich um den Posten eines Bürgerwehrkommandanten bewarb, wurde er von allen Seiten mit blutigem Hohn überschüttet.

Eine Menge von Umständen wirkten zusammen, die Aufregung in den Volksmassen zu steigern, namentlich unter den Arbeitern. Der

Arbeitsminister von Patow machte es zu seiner Aufgabe, die Arbeiter, als das gefürchtetste revolutionäre Element, nach und nach aus Berlin fortzuschaffen. Sie wurden in die Provinzen, wo es Arbeiten gab, massenhaft abgeschoben. Indessen ging das nicht so schnell und nicht ohne daß vorher noch einmal in Berlin eine Katastrophe eintrat. Dumpfe Gerüchte von einem beabsichtigten reaktionären Handstreich schwirrten durch die Luft. Nun entdeckte man, daß die Regierung das Zeughaus durch Militär bewachen ließ, weil sie einen Angriff des Volkes auf das Gebäude befürchtete; jede Nacht kampirte eine Kompagnie Infanterie im Innern des Zeughauses. Dies erzürnte auch die loyale Bürgerschaft und die Bürgerwehr, die sich so viel darauf zu Gute that, daß in Berlin Alles unter ihren Schutz gestellt sei. Man erfuhr auch, daß aus dem Zeughause des Nachts in Spreekähnen Waffen und Munition für das Militär weggeschafft wurden. Die Arbeiter waren in großer Erbitterung, daß sie keine Waffen erhalten hatten, und sie hielten auch einige der Spreekähne mit den Waffen an.

In solchen Zeiten allgemeiner Erregung genügt oft ein ganz geringfügiger Umstand, den glimmenden Funken zur Flamme zu entfachen. Als daher am Morgen des 14. Juni die Höfe des königlichen Schlosses durch Gitterthüren abgesperrt wurden, gab dies den Anlaß zu einem Volkstumult. Die Berliner waren gewohnt gewesen, die Schloßhöfe frei zu passiren; auch die Bürger loyalen Schlages waren erbittert ob der Absperrung. In seiner Aufregung riß das Volk die Gitterthüren ab und warf eine davon in die Spree.

Dieser Vorfall zog eine Masse Menschen an, die sich auf dem Platze vor dem Zeughause ansammelten. Das Gebäude war im Innern von der Kompagnie Infanterie bewacht, außen durch eine Abtheilung Bürgerwehr geschützt.

In der Versammlung konnten sich die Angstmeier noch immer nicht über den Vorfall vom 9. Juni, die Bedrohung von Abgeordneten, beruhigen und Reichensperger beantragte Maßregeln zum Schutze der Versammlung. Sein Antrag wurde von Bucher, Jung*) und Anderen energisch bekämpft und trotz der drohenden Volksbewegungen auf den Straßen abgelehnt. Man verließ sich auf die Bürgerwehr.

Die Stadt war voll von Tumulten; aufgeregte Menschenmassen, bald Brot und bald die Zurückziehung des Militärs aus dem Zeughause

*) Lothar Bucher, später die rechte Hand Bismarck's, gab sich hier als radikalen Demokraten; Jung, später ein nationalliberaler Heißsporn, sprach von den Vorfällen am 9. Juni als von einem „Schaumspritzen der Freiheit," vor dem man nicht gleich erschrecken dürfe.

fordernd, stießen mit der Bürgerwehr zusammen. Vor dem Zeughause machte eine Kompagnie Bürgerwehr einen Bayonnetangriff auf die Volksmenge; eine andere Kompagnie Bürgerwehr aber trat drohend dazwischen; sie wollte nicht dulden, daß man „so mit dem Volke umgehe." Die Reaktionsbefürchtungen hatten, wie man sieht, zum Theil auch die bewaffneten Bourgeois erfaßt.

Deputationen, die vom Bürgerwehrkommandanten und vom Kriegsminister die Zurückziehung des Militärs aus dem Zeughause forderten, blieben ohne Erfolg, wurden auch theilweise schon auf dem Wege von der Bürgerwehr zersprengt. Die Aufregung stieg dadurch noch mehr. Der Thierarzt Urban, zwei junge Kaufleute und der als Barrikadenkämpfer bekannte Maschinenbauer Siegerist sprachen zum Volke; Siegerist im Kastanienwäldchen von einer Kanone herab. Die Redner sollen das Volk aufgefordert haben, sich der Waffen im Zeughause zu bemächtigen und Barrikaden zu bauen.*)

Die Bürgerwehr traf Gegenmaßregeln; die Thore wurden besetzt und die von Arbeit kommenden „Rehberger" ausgesperrt; auch die Mannschaften am Zeughause wurden verstärkt. Der Generalmarsch wurde geschlagen. Aus den Volkshaufen am Zeughause wurde ein Schuß auf die Bürgerwehr abgefeuert, der Niemand traf; auch 30 bis 40 große Steine wurden geschleudert, die mehrere Bürgerwehrmänner verwundeten. Jetzt krachten eine Anzahl Schüsse aus den Reihen der Bürgerwehr in die dichtgedrängte Masse hinein; zwei Arbeiter wurden getödtet, zwei andere schwer verwundet. Ein Bayonnetangriff folgte, der die Masse zurücktrieb.

Das Blut und die Leichen erregten den wildesten Zorn der Massen; man tauchte Tücher in das Blut und trug sie an Stangen umher; die Todten und Verwundeten, darunter ein Weib, wurden durch die Straßen gefahren und Rachegeschrei erscholl; an vielen Stellen ward der Versuch gemacht, Barrikaden aufzuwerfen, namentlich in der Jägerstraße, in der Oberwallstraße und auf dem Alexanderplatz. Waffenläden wurden erbrochen; dem Bürgerwehr-Major Benda, von dem es hieß, er habe das Feuer am Zeughause kommandirt, wurde das Haus demolirt.

Eine allgemeine Verwirrung riß ein. Im Schlosse trat der aus Behörden bestehende Sicherheits-Ausschuß zusammen. Als derselbe die Leichen über den Schloßplatz tragen und das Volk von Zorn und Rachedurst entflammt sah, glaubte er, die Republik sei im Anzug und wollte Militärkräfte herbeirufen. Doch scheiterte dieser Vorschlag an den städtischen

*) Siegerist sagte vor Gericht aus, er habe aufgefordert, zu bewirken, daß dem Major Blesson das Bürgerwehr-Kommando genommen und Berends an dessen Stelle gesetzt werde; Berends werde für Volksbewaffnung sorgen.

Behörden. Die Demokraten dagegen, die einen Kampf für unvermeidlich hielten und einen neuen 18. März erwarteten, ernannten aus allen ihren Vereinen eine Art Wohlfahrts-Ausschuß, in dem sich auch der famose Herr Braß befand. Dieser Ausschuß sollte die Leitung des Kampfes übernehmen. Aber auch hier ging man rathlos auseinander.

Im Zentralbureau der Bürgerwehr befand sich der Kommandant Blesson mit dem Staatsanwalt Temme, welch letzterer zugleich Mitglied der Vereinbarungs-Versammlung war und dort auf der Linken saß. Eine Menge von Deputationen stürmten herein; vom Zeughause kam eine solche, geführt von Dr. Eichler und dem Referendar Gustav Rasch*), die strenge Untersuchung forderte, weil Blut geflossen sei; das Volk verlange die Entfernung des Militärs und die Besetzung des Zeughauses durch die Bürgerwehr. Temme versicherte, daß er sogleich eine Untersuchung einleiten werde. Bürger, Studenten, Handwerker, Abgeordnete kamen und beschworen, man möge das Verlangen des Volkes erfüllen, um ein Blutbad zu vermeiden. Der Bürgerwehr-Kommandant Blesson gab endlich den Befehl, der bewaffnete Handwerkerverein solle die unteren Räume des Zeughauses besetzen; bezüglich des Militärs verwies er die Deputationen an den Kriegsminister. Aber von diesem konnte ein Befehl zum Abzug des Militärs schon deshalb nicht erlangt werden, weil er in seiner Wohnung nicht aufzufinden war. Der Platz vor dem Zeughause sollte von der Bürgerwehr geräumt und von den bewaffneten Studenten besetzt werden.

Die Bürgerwehr, die an diesem Tage vielfach mit dem Volke fraternisirte, die Bayonnette verkehrt aufsteckte oder mit Tüchern umwickelte, zog ab; der bewaffnete Handwerkerverein konnte nicht gleich in das Zeughaus kommen, in dem sich 150 Mann Infanterie unter dem Hauptmann von Natzmer befanden. Der Lieutenant Techow, ein in militärischen Kreisen sehr angesehener Mann, den man zum Bürgerwehr-Kommandanten vorzuschlagen beabsichtigte, war nach dem Zeughause gekommen, um sich die Dinge mit anzusehen. Er vermittelte und übergab dem Hauptmann von Natzmer den Blesson'schen Befehl. Darauf verließ Natzmer die unteren Räumlichkeiten des Zeughauses und zog sich in die oberen zurück. Mit dem Handwerkerverein drang auch zugleich die Volks-

*) Niemand anderes als der bekannte Verfasser der Gartenlauben-Artikel vom „verlassenen Bruderstamm" und spätere Erfinder der „Preußenseuche." Er ward wegen der Ereignisse des 14. Juni — auch bei der Schloßgitter-Affäre war er betheiligt — auf fünf Monate in die Kasematten von Magdeburg gesperrt. Er gab dem Verfasser einst eine sehr originelle Darstellung des Zeughaussturmes, bei dem Rasch mit einem ungeheuren Schleppsäbel bewaffnet war.

masse in das Gebäude; es wurde ein Thor gesprengt und in breitem Strom ergoß sich das Volk in die ganzen unteren Räume.

Es war schon Nacht und man hatte Fackeln angezündet; Handwerker und Studenten betrugen etwa 200 Mann; auch aus dem Volke hatten sich Viele verlaufen. Die Gefahr eines furchtbaren und blutigen Zusammenstoßes stieg wiederum herauf und ein solcher war fast unvermeidlich, wenn das Volk in die oberen Räume drang, welche das Militär besetzt hielt. Da übernahm es Techow, den Hauptmann von Natzmer zum Abzug zu bewegen; Andere unterstützten ihn dabei. Er hat nicht, wie es hieß, dem



J. D. H. Temme.

Hauptmann eine „falsche Ordre" gebracht; wohl aber wendete man eine Art Kriegslist an, indem Jemand dem Hauptmann sagte, in Potsdam sei eine Revolution ausgebrochen und der König sei geflohen. Auch die Zustände in Berlin wurden ihm so geschildert, als ob für die Regierung Alles verloren sei. Das Zureden Techow's bewog den Hauptmann Natzmer, abzuziehen und so ein Blutbad zu verhüten. Natzmer machte einen verzweiflungsvollen Kampf zwischen seinem Gewissen und seinem militärischen Pflichtgefühl durch; endlich gab er zu, daß der Abzug des Militärs zum Fenster hinaus verkündigt wurde, und dann zog er ab.

Nun stürzte sich das Volk begierig auf die Waffenvorräthe. Es lagen in dem Zeughause viele neue Gewehre; darunter auch eine große

Anzahl Zündnadelgewehre, die für das Volk ganz unbrauchbar waren, da es keine Patronen für dieselben besaß und auch nicht anfertigen konnte. Die Eingedrungenen suchten sich nun möglichst rasch Waffen anzueignen. Es wurden bei dieser Gelegenheit auch eine Anzahl Zierrathen, alte Waffen und sonstige militärische Reliquien entwendet, worüber sich Techow nachher äußerte, wenn er gewußt, daß solche Dinge vorkämen, so hätte er den Hauptmann von Natzmer nicht zum Abzuge bewogen. Indessen wurde der größte Theil der erwähnten Gegenstände in den nächsten Tagen schon wieder zurückgebracht; die Zahl derer, die verschwunden blieben, war nicht zum zehnten Theil so groß, wie die Reaktionäre logen.

Den Meisten der „Selbstbewaffner" wurden vom Handwerkerverein und den Studenten die Waffen wieder abgenommen; die Nachricht von dem Eindringen der Masse in das Zeughaus war auch kaum zu der Bürgerwehr gelangt, als diese im Verein mit einem Bataillon des 24. Regiments in Masse heranrückte und den Eingedrungenen die Waffen wieder abnahm. Das Militär trieb die Menge heraus und die Bürgerwehr übernahm es, den Einzelnen, meist unter Verabreichung einer Ohrfeige, die Gewehre zu entreißen. Lassen wir Herrn Professor Gneist, den Mann, „der Alles beweisen kann" und der Bürgerwehrmann war, die Szene als Augenzeuge schildern. „Die Szene," schreibt er in seinen „Berliner Zuständen," „obgleich in schönster Mondnacht, hatte etwas Unheimliches. Vor dem Thore brannten düster einige Fackeln. Im Innern des Zeughauses war tiefe Finsterniß und nur aus einem gewissen Summen ließ sich vermuthen, daß eine große Anzahl Menschen darin thätig war. Die Kompagnien standen einen Augenblick bewegungslos. Die Führer schienen sich zu besprechen, in welcher Weise es rathsam sei, mit diesen 200 Mann weiter vorzudringen. Da kam der Hauptmann Vogel auf den überaus glücklichen Gedanken, die Tamboure vor dem Zeughauseingang einen Wirbel schlagen zu lassen. Es war ein infernalischer Lärm, indem der Schall in stiller Nacht von den Zeughauswänden mächtig abprallte — ein Lärm, welcher in uns Allen, wenn nicht kriegerische, jedenfalls lebhafte Empfindungen hervorrief. Dieser Akt war entscheidend und augenblicklich verwandelte sich die Szene. Sofort nämlich begannen aus den einzelnen Fenstern Selbstbewaffner herauszuhüpfen und mit bewundernswürdiger Geschwindigkeit an der Wand entlang davon zu laufen. Kaum mochten fünf oder sechs entwischt sein, als die Wehrmänner meiner Sektion nicht mehr zu halten waren. Sie sprangen zu, um die Fliehenden zu erwischen, und ein solcher Eifer war plötzlich in uns gefahren, daß drei Wehrmänner auf einmal mit ihren Bayonnetten auf einen siebzehnjährigen Jungen losstachen, der noch raisonniren wollte. Ich sprang



Der Zeughaussturm in Berlin.

dazwischen; es war aber auch so böse nicht gemeint. Sonstige Waffenthaten zu vollbringen, wollte uns beim besten Willen nicht gelingen. Es strömten von nun an unausgesetzt Menschen zu den Fenstern heraus. Die ersten versuchten wir zu verhaften; da es aber an Leuten zum Transport fehlte, ließen wir bald gerne laufen, was laufen wollte. Immer mehr aber wurde es die Regel, daß die Abziehenden ein Gewehr bei sich hatten und mit sich nehmen wollten. Die größere Hälfte gab es jedoch auf Erfordern sogleich ab; Manche waren verwundert über eine solche Zumuthung, Manche raisonnirten und bekamen eine Ohrfeige, wogegen sie das Gewehr ablieferten; sehr wenige endlich suchten sich gewaltsam durchzudrängen, bekamen dann Rippenstöße und gaben das Gewehr endlich auch ab. .... In der Zwischenzeit waren von der Seite des Kastanienwäldchens mehrere Kompagnien Bürgerwehr herangerückt, welche jedoch keinen thätigen Antheil an der Entwaffnung zu nehmen schienen. Es fehlte so sehr an einer Disposition, daß wir von Zeit zu Zeit von überlegenen Volksmassen eingeschlossen waren, welche indessen keine ernsten Absichten zu haben schienen. Einige von ihnen wandten sich ganz verwundert an mich und Andere, wie wir denn dazu kämen, die Volksbewaffnung zu hindern. Es entstand zuweilen ein umständlicher Disput über die Frage, auch gab es noch öfter Ohrfeigen. Sehr selten bedurfte es wirklicher Gewalt, um einem Einzelnen das Gewehr wegzunehmen. Während wir mitten hierin beschäftigt waren, rückte ein Bataillon des 24. Regiments mit Fahne und klingendem Spiel vor dem Finanzministerium vorbei in die Mollersgasse hinein und machte vor dem dortigen Zeughaus-Eingang Halt. Fortwährend strömten indessen die Ausreißer aus dem Zeughause heraus und das Erdgeschoß mochte so ziemlich ausgeleert sein, als das Linienbataillon mit Trommelschlag anrückte. Dies war das Signal für die im oberen Stock befindlichen hundert bis zweihundert Menschen, sich aus dem Staube zu machen. Alle Fenster öffneten sich, man stieg auf das breite vor den Fenstern befindliche Gesims heraus und drückte sich das Gesims entlang bis zur Feuerleiter, auf welcher die Einzelnen nun herunterkletterten. Naiver Weise brachte die Mehrzahl auch von diesen ein Gewehr mit, welches jedem Einzelnen sofort abgenommen wurde, natürlich gegen den Empfang einer Ohrfeige." — —

So harmlos endete der Zeughaussturm, der blutig und mit einer so mächtigen Erregung begonnen hatte.*)

---

*) Wir haben den Thatbestand dieses vielbesprochenen Ereignisses so gewissenhaft als möglich und ohne etwas zu verschweigen oder zu beschönigen, aus den zahlreichen Berichten und Aktenstücken zusammengestellt.

Herr Blesson ward von allen Seiten als Sündenbock bezeichnet und er legte sein Kommando nieder, um durch den unbedeutenden Rimpler ersetzt zu werden. Ueber Techow und Natzmer urtheilte man sehr verschieden; die Reaktionäre forderten die härtesten Strafen für diese beiden Männer, während die Demokraten es ihnen als Verdienst anrechneten, daß sie Berlin vor einem neuen Blutbad bewahrt hatten. Techow ward zu 15 Jahren Festungshaft verurtheilt und aus dem Heere gestoßen.*) Natzmer bekam zehn Jahre Festungshaft und wurde aus dem Dienste entlassen. Er saß einige Zeit in Colberg und wurde 1849, da er „aufrichtige Reue" zeigte, begnadigt. Wegen des Zeughaussturmes wurden noch eine Reihe von Personen in Anklagestand versetzt**); die Redner vor dem Zeughaus wurden in erster Instanz hart verurtheilt; in zweiter Instanz aber ward der zweideutige Urban freigesprochen, Siegerist zu vier, Korn zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt.***)

Der verunglückte Zeughaussturm wurde von den Reaktionären nach Kräften und nicht ohne Erfolg ausgenutzt. Zwar hatte die Bürgerwehr den Versuch der „Selbstbewaffnung" vereitelt; weil aber einige Kompagnien derselben mit dem Volke sympathisirt hatten, ward die Gelegenheit wahrgenommen, der Bürgerwehr die Verantwortung für das Ereigniß aufzubürden, sie für unfähig zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" zu erklären und Militär zu verlangen. In der That wurden Truppen herangezogen, so daß nach und nach wieder sieben Bataillone in der Stadt waren. Auch in der Umgegend zogen sich Truppen zusammen, namentlich solche, die in Schleswig-Holstein gefochten hatten.

---

*) Es gelang ihm, aus seiner Haft in Magdeburg zu entspringen, worauf er an der Revolution in Baden und in der Pfalz einen militärischen Antheil nahm. Später ging er nach Australien. 1888 kam er in die Schweiz und frug in Berlin an, ob er sein Vaterland wiedersehen könne. Darauf wurde der Steckbrief erneuert, der 40 Jahre zuvor gegen ihn erlassen worden war.

**) Auch Lucilie Lenz, die dem demokratischen Klub seine Fahne überreicht hatte, war auf dem Molkenmarkt, in Männerkleidung und mit einem Gewehr aus dem Zeughaus bewaffnet, verhaftet worden. Der Polizeipräsident war so galant, die feurige Republikanerin alsbald wieder frei zu lassen.

***) Die Gerichte wurden überhaupt bald sehr eifrig. Ein Student, der die mehrfach besprochene „rothe" Fahne des demokratischen Klubs am 14. Juni nach einem sicheren Ort bringen wollte, ward bei einer Barrikade in der Landsbergerstraße unter dem Ruf: „Es lebe die Republik!" angehalten. Die Menge suchte ihn zu bewegen, die Fahne auf der Barrikade aufzupflanzen; er that es nicht und die Fahne wurde ihm von der einschreitenden Bürgerwehr genommen, aber wieder ausgeliefert. Gegen diesen Studenten, der Friedrich hieß, wurde vom Staatsanwalt wegen Hochverraths die Todesstrafe mit dem Rade von unten auf beantragt. Er wurde indessen freigesprochen.

Auf die Demokratie wurden die gröbsten Schmähungen und Verdächtigungen gehäuft und man scheute sich nicht, zu behaupten, sie habe bei Gelegenheit des Zeughaussturmes das Geheimniß des Zündnadelgewehres ergründen und an die französische Regierung verkaufen wollen. Die Zahl der abhanden gekommenen Gegenstände und die im Zeughause angerichteten Beschädigungen wurden in der unverschämtesten Weise übertrieben.*) Die Bürgerwehr stellte Haussuchungen nach Gewehren an, während aus der „Vendee" Preußens, aus Pommern und der Mark ein in den rüdesten Ausdrücken sich ergehender Adressensturm über Berlin hereinbrach. Reaktionäre Klubs bildeten sich in Masse; die Pietisten zeterten und riefen ihr Wehe über die Märzkämpfe und Märzerrungenschaften. Dieser dreiste Lärm, auf den sich die reaktionären Elemente stets vortrefflich verstehen**), schüchterte die Bürgerwehr vollends ein und machte die Spießbürger vor Angst und Verwirrung ganz toll.

Zugleich wurden alle Mittel angewendet, die Arbeiter abzuschieben. Eine Menge ging zu den Arbeiten an der Ostbahn, wo es, wie man ihnen vorredete, die angenehmsten Arbeitsbedingungen und sehr hohe Löhne gab. Viele kamen indessen wieder zurück, da sie sich enttäuscht gefunden hatten.

Gneist hatte früher heftig dagegen geeifert, daß die Bürgerwehr sich als Polizei-Institut gebrauchen lassen solle. Nunmehr beantragte er bei den Stadtverordneten, daß sich die Bürgerwehr ganz den Kommunalbehörden unterordnen solle, was bei Manchen tiefen Groll erregte, denn sie wollten keine „Stadtknechte" sein. Die Stadtverordneten beschlossen, das Ansuchen des demokratischen Klubs, auf eigene Kosten zur Erhaltung der Ordnung ein Pikenmännerkorps zu organisiren, abzuweisen. Weil der demokratische Kongreß in Frankfurt Berlin zu seinem Vorort erwählt hatte, sprach man von der „Nothwendigkeit der Einsetzung einer Direktorialgewalt" und besonders heftig wurden die Gegenagitationen und Gegenmaßregeln, als sich in Berlin ein republikanischer Klub bildete, in welchem namentlich der schon genannte Dr. H. B. Oppenheim aus Frankfurt thätig war.***)

---

*) Weil ein Mitglied der Nationalversammlung zufällig eines der Gewehre aus dem Zeughause in die Hände bekommen hatte, hieß es in einer Adresse aus der Provinz: „Was sollen wir von einer Nationalversammlung erwarten, die Gassenjungen und Diebe in ihrer Mitte zählt?"

**) Das Jahr 1878 lieferte auch eine Probe davon.

***) Wir werden diesem Mann in der badischen Revolution wieder begegnen. Er war später ebenso fanatischer Nationalliberaler, als früher fanatischer Republikaner. Lange war er ständiger Durchfallskandidat der Nationalliberalen zum

Mitten unter diesen rauschenden Zusammenstößen zwischen Revolution und Reaktion, zwischen Demokratie und Aristokratie, saß die Vereinbarungs-Versammlung über ihrem Verfassungswerke, tiefsinnig brütend, wie Archimedes über seinen Figuren. Einen bewaffneten Schutz hatte sie abgelehnt und sich auf Antrag Uhlich's, des bekannten freireligiösen Predigers, „unter den Schutz des Berliner Volkes" gestellt. Am Tage nach dem Zeughaussturm wurde der nunmehr von Waldeck eingebrachte Antrag, eine Kommission zu ernennen, die eine Verfassung des preußischen Staates entwerfen solle, zur Verhandlung gestellt. Das rechte Zentrum hatte durch Wachsmuth dem Sinne nach Aehnliches beantragt. Die Minister bekämpften diese Anträge schwach, die Aristokraten der Rechten ziemlich heftig. Nees von Esenbeck betonte, der Entwurf müsse die soziale Frage berühren, sonst werde die Bewegung, die man Revolution nenne, ihren blutigen Weg weiter verfolgen. Dieser Appell ward von den Bourgeois und den flachen Liberalen der Versammlung offenbar nicht verstanden. Die Anträge Waldeck-Wachsmuth wurden kombinirt angenommen und die Verfassungs-Kommission ward niedergesetzt. Ihr erster Vorsitzender war Waldeck, ihr zweiter Rodbertus, der bekannte Nationalökonom, der sich beim linken Zentrum befand. Am folgenden Tage beschloß die Versammlung die Unverletzlichkeit ihrer Mitglieder und dies Gesetz ward vom Könige vollzogen, die erste Frucht des Vereinbarungsprinzips.

Einige Tage darauf trat das Ministerium Camphausen zurück. Es fühlte sich auf seinem Posten nicht mehr behaglich, hauptsächlich wegen der Dinge, die sich in den „höheren Regionen" vorbereiteten. An seine Stelle trat das Ministerium Auerswald, auch Ministerium Hansemann von dem im Amte verbliebenen Finanzminister genannt. Auch der Kriegsminister Roth von Schreckenstein blieb im Amte. Präsident und Minister des Auswärtigen war von Auerswald, Arbeitsminister Milde, der bisherige Präsident der Vereinbarungs-Versammlung, Kultusminister Rodbertus, Justizminister Märcker, Landwirthschaftsminister Gieske, Minister des Innern von Kühlwetter. Dies halb aristokratische, halb parlamentarische Ministerium, welches man das Ministerium der That nannte, stellte

Reichstage, bis er endlich in Reuß älterer Linie gewählt wurde. Der Verfasser verdrängte ihn 1877 von dort. Bei einer Disputation der beiden Kandidaten vor einer großen Versammlung zu Greiz suchte Oppenheim durch die Schilderung der „Greuel" der Pariser Kommune gegen die Sozialdemokratie einzunehmen, worauf ihn der Verfasser an seine eigene revolutionäre Vergangenheit erinnerte. Oppenheim, der darauf nicht gefaßt war, entgegnete sehr schwach, das sei „etwas Anderes" gewesen; indessen bewirkte diese Disputation, daß er bei der Wahl durchfiel.

eine Reihe von Reformen im Sinne der konstitutionellen Monarchie in Aussicht. Die erste Kammer sollte eine volksthümlichere Grundlage erhalten; sodann sollten Vorlagen über die Bürgerwehr, über die Aufhebung der Feudallasten, über die Neugestaltung der Gemeindeordnung, der Justiz und der Steuergesetzgebung gemacht werden mit Aufhebung der Steuerbefreiung der Feudalherren*), endlich sollten auch Maßregeln zur Hebung des Kredits und zur Förderung des Handels und der Arbeit ergriffen werden.

Diese schillernden Reform-Seifenblasen konnten indessen bei der



Leo Waldeck.

Masse, namentlich bei den Arbeitern, nicht mehr verfangen; nur das vertrauensselige Bürgerthum begrüßte sie mit hellem Jubel. Andere richteten hoffnungsvoll ihre Blicke nach Frankfurt; sie erwarteten aus der Paulskirche das Heil, das sie in der Singakademie nicht erblühen sahen. Die von der preußischen Regierung am 4. Juli abgegebene Erklärung ließ für den Verständigen auch in Bezug auf Frankfurt keine Zweifel übrig. Es hieß in dieser merkwürdigen Kundgebung, die Regierung verkenne nicht, daß die bedrohliche Lage Deutschlands und die

* Diese Steuerfreiheit ist leider in dem Augenblick, da wir dies schreiben (Februar 1892), noch nicht beseitigt und scheint nur mit allerlei Schwierigkeiten aus der Welt geschafft werden zu können.

Ueberzeugung von der Zustimmung der Regierungen der Grund sei, weshalb die deutsche Nationalversammlung die Zentralgewalt ohne Mitwirkung der Regierungen eingesetzt habe. Aus dem Verhalten der Regierung in diesem außerordentlichen Falle solle man aber für die Zukunft keine Folgerungen ziehen.

Das war deutlich genug, auch für die Blindesten unter den „Hoffenden" und „Vertrauenden."

Johann Jacoby hatte beantragt, die Vereinbarungs-Versammlung solle erklären, sie könne den Beschluß nicht billigen, durch welchen ein



J. K. Rodbertus.

unverantwortlicher Reichsverweser ernannt sei, allein sie halte das Frankfurter Parlament für befugt, einen solchen Beschluß ohne Zustimmung der Regierungen zu fassen. Dieser Antrag ward abgelehnt und zwar mit ungeheurer Majorität. Der Antrag sollte der Erklärung der Regierung eine Erklärung der Volksvertretung zu Gunsten des Frankfurter Verfassungswerkes gegenüberstellen, dem Parlament, wie Jacoby sagte, das Recht freier, unabhängiger Beschlußnahme wahren. Dazu hatte die Vereinbarungs-Versammlung weder die Lust, noch die Macht.

Die europäische Lage.

Während die demokratische Bewegung in einzelnen Anläufen verpuffte und ein Einverständniß zu planmäßigem Handeln zwischen den Zentren der Bewegung nicht zu erzielen war, verständigten sich die Regierungen um so schneller. Die österreichische Regierung machte kein Hehl daraus, daß ihr die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments nicht gefielen und daß sie sich denselben widersetzen werde; die preußische that dasselbe, nur in gewählterer Form, indem sie sich die Zustimmung zu den Beschlüssen des Parlaments vorbehielt. Im Hintergrund stand drohend Rußland, von dem man wußte, daß seine Massen sich auf den ersten Nothruf gegen die Demokratie in Bewegung setzen würden. Um in dieser Lage das deutsche Verfassungswerk in volksthümlichem Sinne zu vollenden, die Souveränität der Volksvertretung zu wahren und die Gefahren der äußeren Situation abzuwenden, dazu gehörten andere Geister und andere Herzen, als sie die junge Demokratie und der hohlköpfige Liberalismus von 1848 besaßen. Dazu kam noch, daß man die geistigen Kräfte unter den reaktionären Elementen in geradezu alberner Weise unterschätzte und ihnen die feinen Berechnungen und Intriguen, in denen sie Meister waren, gar nicht zutraute, während man das seichte Geschwätz eitler Professoren in den Himmel hob.

Anfänglich glaubte man in den Hofkreisen an eine internationale Organisation oder wenigstens Verständigung der Demokratie. Wie man in dieser Beziehung die Situation dem König von Preußen dargestellt hatte, ergiebt sich aus einem Briefe, den derselbe am 30. Mai 1848 an seinen Freund Bunsen in London schrieb.

„In Berlin," heißt es dort, „wird ein neuer 18. März organisirt. Ungeheuer viel polnisches und französisches Gesindel ist in den Kneipen, Kellern und Höfen verborgen. Die Lügenbrut ist furchtbar thätig. Französisches Geld kursirt namentlich in Frankenstücken, wie in den Märztagen. Kurz, wenn der montirte Coup nicht an der Feigheit des Gesindels und an den Bayonnetten der Bürgerwehr scheitert, so haben Sie große Begebenheiten zu erwarten. Ist es Ihnen noch gar nicht

aufgefallen, daß die versuchten oder ausgeführten Umwälzungen in Berlin, Paris, Wien, Neapel alle an demselben Tage*) stattgefunden haben? Das ist Wasser auf meine Mühle." —

Daß die verschiedenen Volkserhebungen auf einen Tag fielen, war nur ein Spiel des Zufalls. Am 15. Mai hatten die Sozialisten zu Paris, nachdem die Exekutivgewalt in die Hände der Bourgeoisie gefallen war, den Versuch gemacht, die Nationalversammlung zu sprengen und eine neue sozialistische Regierung, gemischt aus den Anhängern der verschiedensten sozialistischen Systeme, einzusetzen. Dieser Versuch mißlang und derselbe ist mit den Demonstrationen und Aufständen in Wien, Berlin und Neapel durchaus in keinen direkten Zusammenhang zu bringen.

Aber die Ereignisse in Frankreich waren von ungeheurem Einfluß auf das ganze übrige von der Bewegung ergriffene Europa. Denn sowie in Frankreich das konservative, antidemokratische Element das Steuer des Staatsschiffes ergreifen konnte, mußte dies die Regierungen der übrigen Länder ermuntern, energischer gegen die Demokratie vorzugehen, während bisher die große demokratische Republik im Westen durch ihren bloßen Bestand und ohne direktes Eingreifen die reaktionären Elemente allerwärts gelähmt hatte.

Wie im Februar 1848 der Umschwung in Frankreich den Anstoß zu einer revolutionären Bewegung im ganzen Gebiete des deutschen Bundes und weit darüber hinaus gegeben hatte, so trat nunmehr im Juni 1848 in Frankreich eine Katastrophe ein, welche die demokratische Republik der Militärgewalt und dem Prätendententhum überlieferte.

Mittelst des Verbrüderungsfestes vom 21. Mai hatte die französische Bourgeois-Regierung vergebens den ungeheuren Riß zu verhüllen gesucht, der durch die französische Gesellschaft ging. Der Zusammenstoß der Klassengegensätze mußte zu einer gewaltsamen Explosion führen.

Während Louis Blanc im Luxemburg-Palast sich mit seinen Deklamationen über eine utopistische „Organisation der Arbeit" aufblähte, strömten in den Nationalwerkstätten die Arbeiter in Masse zusammen. Die Zahl der in diesen Etablissements Beschäftigten stieg bis zum Juni 1848 auf 117310 Mann. In der Verwaltung der Nationalwerkstätten herrschte eine heillose Wirthschaft und die Geldmittel wurden verschleudert, so geringfügig sie auch waren. Selbstverständlich hatte die französische Bourgeoisie den Nationalwerkstätten keine Sympathie entgegengebracht. Während sie selber in Gestalt von Zöllen und ähnlichen Einrichtungen reichliche Unterstützungen vom Staate annahm, gönnte sie den

*) Der 14. und 15. Mai in Berlin, der 15. Mai in Paris, Wien und Neapel.

Arbeitern die verhältnißmäßig geringe Summe*) nicht, die in einer Zeit der augenblicklichen Noth verwendet wurde, um dem Elend der Massen einigermaßen zu steuern. Die Kapitalisten, die von der Aneignung des Ertrages fremder Arbeit lebten, behaupteten, diese Werkstätten seien eine Pflanzstätte des Müssiggangs, und die Unternehmer fürchteten, wenn der Staat die Arbeitslosen beschäftige, so könnten sie die Löhne nicht mehr drücken. Die ganze industrielle Bourgeoisie schloß sich gegen die Nationalwerkstätten zusammen und man suchte den Absatz der dort gefertigten Waaren zu hindern; die Unternehmer und Großkaufleute verkauften zu Schleuderpreisen, um zu bewirken, daß die Produkte der Nationalwerkstätten liegen blieben, und dann schrieen sie über die hohen Zuschüsse, die der Staat an die Werkstätten leisten mußte. In der That gelang es auch, die Bourgeois in der Nationalversammlung gegen die Werkstätten zu fanatisiren, und diese letzteren hatten sonach den Zweck erfüllt, den die „honette" Regierung mit ihnen verfolgte, nämlich den Sozialismus in Verruf zu bringen. Am 15. Juni schrie der Bourgeois-Republikaner Goudchaux in der Nationalversammlung: „Die Nationalwerkstätten müssen unverzüglich verschwinden!" Die Mehrheit jubelte ihm zu, trotzdem der Minister Trélat dringend vor Uebereilung warnte. Umsonst richteten die Arbeiter eine Eingabe an Goudchaux, worin sie fragten, was denn eigentlich aus ihnen werden solle, wenn die Werkstätten geschlossen würden. Schon Anfangs Juni war man mit vorbereitenden Maßregeln gegen die Werkstätten vorgegangen und hatte Truppen nach Paris gezogen; am 21. Juni erschien ein Dekret des Arbeitsministers auf Befehl der Exekutivkommission, nach welchem die Arbeiter in die Armee eintreten oder sich bereit halten sollten, in die Provinz befördert zu werden, wo man ihnen Erdarbeiten in Akkord zuweisen wollte.

In diesem Verfahren zeigt sich die geistige Armuth des Bourgeois-Liberalismus ganz unverhüllt. Erst schufen diese politischen Kretins zur Beseitigung des Massenelends eine ungenügende und wurzelfaule Einrichtung, und als die von ihnen selbst herbeigeführte und unvermeidliche Kalamität in dem Betrieb der Nationalwerkstätten eintrat, schafften sie das Ganze schleunigst wieder ab. So verschlimmerten sie nur die Katastrophe, welcher die Nationalwerkstätten hatten vorbeugen sollen.

Die Arbeiter wollten natürlich nicht in die Provinz abreisen, noch sich ins Militär stecken lassen, denn sie begriffen, daß dies nur Umwege waren, die unter das alte kapitalistische Joch zurückführten. Noch einmal

*) Bis zum 24. Mai wurden für die Nationalwerkstätten etwa 8 Millionen Francs verausgabt.

machten sie einen Versuch zur Verständigung. Eine Deputation verlangte von dem Bourgeois-Republikaner Marie, der in der Regierung saß, die Zurücknahme des Dekrets vom 21. Juni. Marie entgegnete brutal, wenn die Arbeiter nicht abreisen wollten, so würde man sie dazu zwingen.

Die Masse der Arbeiter gerieth in Zorn, als man so brüsk die Versprechungen brach, die man ihnen im Februar gemacht hatte, und als der Klassenstaat sich anschickte, ihnen statt des Brotes einen Stein zu reichen. Am 23. Juni brach darum der Aufstand los, der unter dem Namen der Junischlacht in der Geschichte bekannt ist. In wenigen



Eugen Cavaignac.

Stunden war Paris mit einem Barrikadennetz bedeckt, das sich weithin auf beiden Ufern der Seine erstreckte und den Bastilleplatz, die Vorstädte Saint Martin, du Temple, Saint Antoine, Poissonnière, Saint Jacques, die Cité und das Pantheon in seinen Bereich gezogen hatte. Wohl 40 000 Proletarier standen schließlich bewaffnet hinter den Barrikaden und schlugen diese erste große Schlacht der Verzweiflung gegen die Bourgeoisie. Sie hatten keinen obersten Führer und auch keinen anderen Schlachtplan, als den, die Barrikaden in den dichtbevölkerten Stadttheilen aufzuwerfen. Rothe Fahnen flatterten auf den Barrikaden, auf denen man den alten Wahrspruch der Lyoner Weber: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!" angeschrieben sah.

Die Arbeiter fochten mit dem Heldenmuth und dem Ingrimm, den ihre getäuschten Hoffnungen und ihre traurige Lage ihnen eingaben; die bewaffnete große und kleine Bourgeoisie, die Nationalgarde, kämpfte mit der Wuth und dem Fanatismus, die ihr die Furcht vor dem Sozialismus und dem revolutionären Proletariat einflößte. Das Militär schlug sich gegen die Arbeiter, wie gegen die Kabylen in Afrika. Die Straßenschlacht ward zu einem Gemetzel, das ganz Europa mit Schauder erfüllte.*)

Der Feldherr der Bourgeoisie war der General Eugen Cavaignac**), der in Afrika seine militärische Schule durchgemacht hatte und ein brutaler Soldat, dazu ein politisch beschränkter Kopf war. Er hatte die Barrikaden ungehindert entstehen lassen, um durch eine Niederlage der revolutionären Vorstädte, wie er glaubte, den Ruhm der französischen Armee aufzufrischen. Darum halfen auch alle Versöhnungsversuche nichts und bald war Paris ein Schlachtfeld, erfüllt vom Donner des Geschützes und vom Knattern des Gewehrfeuers.

Cavaignac und mit ihm andere als Kabylenjäger berühmt gewordene Generale griffen mit gewaltiger Uebermacht die Barrikaden an, aber sie konnten am 23. Juni wenig Erfolg aufweisen und in der Nacht gewann der Aufstand seine volle Stärke. Am Morgen des 24. Juni schoben die Insurgenten ihre Barrikaden von mehreren Seiten gegen das Stadthaus vor.

Die Szenen, welche die um ihr Eigenthum zitternde Bourgeoisie inzwischen in der Nationalversammlung aufführte, spotteten in ihrer Widerlichkeit jeder Beschreibung. Wer es wagte, Vernunftgründe zu äußern, ward sofort niedergeheult und die Dummheit, die Angst und der Fanatismus hielten einen förmlichen Hexensabbath. Während der Donner der Barrikadenschlacht vom rechten Ufer der Seine herüberrollte, beantragte der Republikaner und Professor Paskal Duprat — auch in Frankreich waren die Professoren auserlesen, die größten Thorheiten zu machen — Paris in Belagerungszustand zu erklären und dem General Cavaignac

*) Ueber die Juni-Insurgenten wurden eine Menge schamloser Lügen verbreitet, namentlich, daß sie aus dem „Auswurf der Menschheit" bestanden und für bonapartistisches Geld gegen die Republik gekämpft hätten. Bonapartistische Agenten thaten zwar Alles, um den Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu entflammen, allein dieser Kampf entsprang aus den Umständen und nicht aus einer Agitation. Louis Napoleon Bonaparte, der „kommende Mann," begriff wohl, daß nach Besiegung der Arbeiter die Republik leicht die Beute eines Prätendenten werden konnte.

**) Er war der Sohn eines Konventsmitgliedes und verdankte seinen republikanischen Ruf wohl hauptsächlich dem Umstande, daß sein Bruder Godefroi Cavaignac († 1845) ein eifriger Republikaner gewesen war.

die Militärdiktatur zu übertragen. Der Antrag ward mit allen gegen 60 Stimmen angenommen.

Die nach und nach eintreffenden Verstärkungen ermöglichten es Cavaignac, dem Aufstand Terrain abzugewinnen. In diesem Klassenkriege wurde der Kampf zu jenem furchtbaren und erbarmungslosen Gemetzel, welches wir im Jahre 1871 bei der Niederwerfung des Pariser Kommune-Aufstandes wiederkehren sahen. Die Truppen der Regierung erlitten große Verluste; aber es gelang ihnen, die festen Stellungen der Aufständischen, eine nach der anderen, zu nehmen. Besonders blutig war das Gemetzel am Pantheon, das von den Insurgenten mit äußerster Hartnäckigkeit vertheidigt wurde. Die Gefangenen wurden massenhaft erschossen. Den Erzbischof von Paris, der in Saint Antoine vermitteln wollte, traf eine tödtliche Kugel, die von einem Soldaten — aus Mißverständniß — kam. Der General Bréa, welcher parlamentiren wollte, wurde von einigen Insurgenten, die Verrath befürchteten, niedergemacht, worüber die heuchlerische Bourgeoisie, deren Truppen, namentlich die Mobilgarden, wie Tiger gehaust hatten, das übliche Geschrei gegen die Besiegten erhob. Erst am 26. Juni endigte der Kampf, nachdem die Vorstädte Saint Antoine und Villette förmlich bombardirt worden waren.

Nach dem Siege begann das Peinigen und Morden der Gefangenen. Auf der Ebene von Grenelle, auf dem Friedhofe Mont-Parnasse, in den Steinbrüchen von Montmartre und in dem Kloster Saint-Benoit fanden Massenhinrichtungen von Gefangenen statt. Die Uebrigen, wohl 25000 an der Zahl, wurden in scheußliche Gefängnisse geworfen und dort mit einer unerhörten Brutalität behandelt. Darauf faßte die Nationalversammlung den unmenschlichen Beschluß, die Gefangenen ohne Prozeß und Urtheil in Masse nach Cayenne deportiren zu lassen, und dieser Beschluß ward an nahezu zehntausend Gefangenen vollstreckt. Die einzige menschliche Rührung dieser Versammlung drückte sich darin aus, daß man den Frauen und Kindern der Deportirten gestattete, ihnen in die Fieberluft von Cayenne zu folgen. Die gefangenen „Rädelsführer“ kamen vor die Kriegsgerichte.

Wie viele Insurgenten umkamen, ist nie genau festgestellt worden. Die Truppen hatten allein sechs Generale verloren. Paris war mit Blut überschwemmt und dieselbe Bourgeoisie, die vier Wochen zuvor ein „Verbrüderungsfest“ gefeiert hatte, wüthete auf türkische Art gegen Diejenigen, die es gewagt hatten, die Waffen gegen jene Gesellschaftsordnung zu erheben, die erklärt, daß für die „Ueberzähligen“ der Tisch nicht gedeckt ist. Der moderne Philister rühmt sich gerne der „Kultur“ des neunzehnten Jahrhunderts, was ihn manchmal nicht hindert, Mongolen und Tartaren

an Grausamkeit zu beschämen, wenn er sein Eigenthum bedroht glaubt. Die Junischlacht hat hierfür die Belege geliefert.

Cavaignac hatte von seiner Diktatur den umfassendsten Gebrauch gemacht; er hatte alle ihm gefährlich scheinenden Klubs geschlossen und hatte eine Anzahl Blätter unterdrückt. Am 28. Juni gab er der Versammlung seine Gewalt zurück, und die vortrefflichen Volksvertreter beschlossen, daß er sich um das Vaterland verdient gemacht, weil er Diejenigen niedergeworfen, die man durch die unerhörtesten Provokationen zum Kampfe getrieben hatte. Man verlängerte Cavaignac's Diktatur, indem ihm der Titel eines „Präsidenten des Ministerraths" zuerkannt wurde. Als solcher bildete er sich sein Ministerium und die Versammlung gab sich nun dem Wahne hin, unter dem Schutze der Militärgewalt die neue republikanische Verfassung für die Dauer feststellen zu können. Diese Verfassung wurde selbstverständlich ganz nach dem Geschmack der Bourgeoisie zugeschnitten. Das verhaßte „Recht auf Arbeit," welches die provisorische Regierung im Februar den Arbeitern zugestanden hatte, wurde nicht in die Verfassung aufgenommen.*) Die Nationalwerkstätten wurden schon am 3. Juli geschlossen.

Aber Cavaignac und Genossen täuschten sich über die neue Situation. Dieser bornirte Soldat glaubte die Republik gerettet zu haben und mußte kurz darauf mit Schrecken erfahren, daß er nur mit allen Kräften daran gearbeitet hatte, sie zu erdrosseln.

Die große und kleine Bourgeoisie waren von so blinder Furcht und Wuth gegen den Sozialismus erfüllt, daß sie von jeder selbständigen Regung im Volke gleich Gesellschaft und Staat bedroht sahen. Die Reaktionäre, die Aristokraten und Pfaffen und die Ränkespinner à la Thiers, benutzten jede Gelegenheit, die Angstmeier noch toller zu machen und sie zu den verkehrtesten Maßregeln zu treiben. Die Preßfreiheit ward bald illusorisch gemacht und von den Errungenschaften des Februar blieb fast nichts übrig. Die bürgerlichen „Ordnungsparteien" besorgten die Geschäfte der im Hintergrund lauernden Reaktionäre und diese bereiteten sich schon vor, die Zügel der Regierung zu ergreifen, bis endlich der „Neffe des Oheims" im Gewande der napoleonischen Legende kam und auch ihnen den schon fast sicheren Gewinn entriß.**)

Die Wirkungen der Junischlacht gingen weit über die französische Grenze hinaus. Die furchtbare Explosion des Klassenkampfes in Frankreich

*) Das „Recht auf Arbeit," welches der kleinbürgerliche „Sozialismus" erfunden hat, wurde namentlich von Thiers als „kommunistisch" bekämpft.

**) Siehe über diese Phase der Entwickelung Frankreichs die bekannte vortreffliche Schrift von Karl Marx: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte"

setzte allenthalben die Bourgeoisie in Schrecken. Man sah Leute, die sich vorher noch mit einer gewissen Entschiedenheit zu sozialistischen Theorien bekannt hatten, urplötzlich zu den Reaktionären übergehen. Der Sozialismus erschien nun dem Philisterthum mit einem Mal als ein geheimnißvolles, unheilschwangeres Gespenst; wo er erschien, witterten sie Verschwörung und fürchteten für ihr Eigenthum. Die soziale Reaktion ward durch die Junischlacht auf die Spitze getrieben; Regierungen und „Ordnungsparteien" wirkten zusammen, um die selbständigen Regungen unter den Arbeitern zu ersticken und die Massen, die sich in den großen Städten angesammelt hatten, zu entfernen. Dies gelang, weil die Arbeiter nicht hinreichend organisirt waren und auch, mit wenigen Ausnahmen, keine kundigen Führer hatten; ohnedies waren sie, im Ganzen genommen, nicht zahlreich genug gegenüber den reaktionären Mittelklassen. Indem man die Arbeiter lahmlegte, verloren die Volksbewegungen allerwärts ihre treibende Kraft, denn das radikale Bürgerthum allein konnte die Masse der Arbeiter nicht ersetzen.

Indem so die Junischlacht mit ihrem Ausgang ungünstig auf die deutsche Volksbewegung wirkte, ermuthigte sie die reaktionären Elemente, und indem an Stelle des demokratischen Frankreich eine „honette" Militärgewalt mit reaktionären Bestrebungen trat, fiel der europäischen Reaktion der Alp von der Brust, der in Gestalt des demokratischen Frankreich auf derselben gelegen hatte.

Jetzt kamen all die vormärzlichen Eulen aus den Höhlen hervor, wo sie sich verkrochen hatten.

Wirren in Oesterreich.

Nach den lärmenden Bewegungen des Mai war es in Wien etwas ruhiger geworden und die Demokratie erschöpfte ihre Kräfte in zwecklosen untergeordneten Demonstrationen. Im überschäumenden Rausche der Preßfreiheit vergaß man alle höheren und allgemeinen Ziele und gefiel sich darin, die Anhänger des gestürzten Systems fühlen zu lassen, daß neue Kräfte an die Oberfläche gelangt seien. Nachdem am 26. Juni die Wahlen für den österreichischen Reichstag, der am 22. Juli zusammentreten sollte, ausgeschrieben waren, glaubte die Wiener Demokratie die Märzerrungenschaften gesichert und überließ diesem Parlament die Neugestaltung der so verworrenen Verhältnisse Oesterreichs. Die reaktionären Elemente zogen aus der Unthätigkeit der Demokratie allen Vortheil und wußten es wohl zu benutzen, daß man ihnen die Regierungsgewalt belassen hatte.

Nach dem Wiener Aufstande vom 26. Mai, bei welchem das Ministerium Pillersdorf so schnell nachgegeben hatte*), regten sich die Czechen in Prag und der Gouverneur von Böhmen, Graf Thun, erklärte unter dem 29. Mai, daß der Verkehr mit dem Ministerium zu Wien durch die Ereignisse abgeschnitten sei. Es ward eine provisorische Regierung für Böhmen gebildet, in welche Palazky, Borrosch, Brauner, Rieger, Strobach und Graf Nostiz kamen, unter deren Schutz sich der Panslavismus in Böhmen mächtig entfaltete. Die provisorische Regierung konnte dabei die in Böhmen herrschende Verwirrung nicht beseitigen und der Nationalitätenstreit brach mit aller Heftigkeit los, da selbstverständlich die Deutschböhmen in dem großen deutschen Verfassungswerke das Heil der Zukunft sahen, während die Czechen demselben mit aller Macht widerstrebten. Das bekannte, damals zum förmlichen

*) Mehrfach herrschte die Ansicht, der Aufstand vom 26. Mai sei von der Regierung provozirt gewesen, um die Czechen zu einer bestimmten Stellung zum Hause Habsburg zu veranlassen, damit dieses seine Politik darnach einrichten könne. Uns ist nicht recht glaublich, daß das Ministerium Pillersdorf so seine Fäden gesponnen haben soll.

czechischen Nationallied gewordene „Schuselka nam pise“*) giebt diesem czechischen National-Fanatismus Ausdruck.

Bezeichnender Weise ließen die österreichischen Behörden in Prag die provisorische Regierung ganz unangefochten und sahen auch ruhig zu, als sich am 2. Juni der große Slavenkongreß in Prag versammelte. Etwa 300 slavische Abgeordnete trafen ein; es erschienen Polen, Serben, Slovaken, Montenegriner und Russen zu dieser Versammlung. Das mittelalterliche Slaventhum schien wieder erstanden zu sein mit seinen bunten Farben und abenteuerlichen Gestalten. Man sah glänzende Kostüme; rothe Hosen und violette oder weiße Mäntel; namentlich die czechischen Damen thaten sich hervor in Amazonentracht; in kurzen weißen Röcken, mit Pistolen im blau-weiß-rothen Gürtel, erinnerten sie an die sagenhaften Zeiten des Mägdekrieges und der Königin Libussa. Die czechische Bourgeoisie und Aristokratie wetteiferten in nationalem Fanatismus.

Dem Kongreß präsidirte der bekannte Panslavist Palazky; unter den Mitgliedern befanden sich der Pole Liebelt, der am 18. März aus dem Zellengefängniß zu Berlin befreit worden war, und Bakunin, der Russe, der 1847 aus Paris ausgewiesen worden war, weil er die Demokratie Polens und Rußlands aufgefordert hatte, sich zu verbinden.**) Aus den verworrenen Debatten des Kongresses, die bei der Vielfältigkeit der Dialekte an den Thurmbau zu Babel erinnerten, ging nur mit Klarheit hervor, daß diese Männer meist einig waren im Gedanken eines großen Slavenreiches und im Hasse gegen Deutschland. Es ward viel Unsinn geschwatzt und Bakunin's mystische Redeweise trug nicht dazu bei, die Situation aufzuhellen. Eine Resolution gegen die Magyaren ward angenommen; die Polen sträubten sich erst dagegen, wurden aber von

*) Genau: Schuselkalied an das deutsche Parlament. Es beginnt:

„Schuselka schreibt uns eilig
Vom deutschen Reiche heilig,
Daß wir zu Hülf' den Deutschen kämen,
Die grimmt's im Bauche gräulich.

Deutsch Michle im Vereine,
Wir haben nichts gemeine!
Was ihr euch selber eingebrockt,
Das freßt auch nur alleine.“

**) Bakunin, der als Prophet eines entweder verrückten oder polizeilichen Anarchismus einen kläglichen Ausgang nahm, stand damals bei der europäischen Demokratie in hohem Ansehen. Der Nimbus des Geheimnißvollen, der ihn umgab, steigerte dieses Ansehen manchmal zu einer Art Anbetung.

obschon Windischgrätz alle seine Stücke spielen ließ. Aus den Fenstern und von den Dächern wurden Steine auf das Militär geschleudert und siedendes Wasser auf dasselbe gegossen. Die Fürstin Windischgrätz ward erschossen, als sie aus einem Fenster ihres Palastes sah*), und auch der Sohn des Fürsten ward verwundet.

Die Erfolge des Militärs waren gering und man verhandelte über einen Waffenstillstand, doch wurden die Verhandlungen wieder abgebrochen und die Straßenschlacht begann mit neuer Wuth, wobei furchtbare Szenen vorkamen. Als Windischgrätz sah, daß er den stets sich verstärkenden Aufstand in den Straßen nicht bewältigen konnte, zog er sich mit seinen Truppen aus der Stadt und bombardirte Prag von der Marienschanze und vom Ziskaberg aus. Der Widerstand hatte sich in den Arbeitervierteln, namentlich in Podskal, konzentrirt. Als den Barrikadenkämpfern der erwartete czechische Landsturm nicht zu Hülfe kam, gaben sie nach dem hartnäckigsten Widerstand am 17. Juni ihre Sache verloren. Die Barrikaden wurden verlassen, die Truppen rückten ein und Prag wurde in Belagerungszustand erklärt. Von den Führern des Aufstandes wurden nur wenige gefangen. Windischgrätz, trotzdem er auf das Aeußerste gereizt sein mußte, verfuhr gegen die niedergeworfenen czechischen Insurgenten mit einer Milde, die mehr als auffällig war. Die czechische Aristokratie hatte sich, nachdem die hitzigen Elemente im Straßenkampf niedergeworfen worden, mit der Camarilla zu Wien schleunigst verständigt und Palazky, das Haupt der Panslavisten, wandelte im Interesse der Reaktion die krummen Wege, auf die ihn sein Deutschenhaß trieb.

Das Haus Habsburg warf sich den Czechen in die Arme, um mit ihrer Hülfe das deutsche und magyarische Element zu bezwingen, und der unselige Nationalitätenstreit und Rassenhaß war so stark, daß auch diejenigen Elemente, die gegen Windischgrätz mit aller Erbitterung aufgetreten waren, sich später vielfach zu dem großen Reaktionswerk heranziehen ließen. Sie hatten eben in Windischgrätz nur den angeblichen Beschützer des Deutschthums bekämpft.

Die veränderte Politik des Wien-Innsbrucker Hofes zeigte sich bald ganz deutlich. Kaiser Ferdinand hatte angekündigt, daß er den Wiener Reichstag eröffnen werde. Noch während des Prager Aufstandes aber verkündigte er, daß er nicht kommen könne, weil sein körperliches Befinden es nicht erlaube, und daß er seinen Stellvertreter, den Erzherzog Johann, senden werde.

---

*) Sie war eine Tochter der Fürstin Pauline von Schwarzenberg, die gleich tragisch geendet hatte, indem sie 1810 zu Paris bei einem großen Hofball verbrannte.

Zum Zeichen, daß die Demonstration eine friedliche sein solle, gingen Frauen und Kinder mit. Man sang dabei das deutschfeindliche Schuselkalied. Am Tag zuvor hatte eine Deputation von dem Fürsten für die Bürgergarde 2000 Gewehre, 12 Geschütze und 80 000 Patronen verlangt, war aber abschlägig beschieden worden. Die Demonstration hatte den Zweck, das Verlangen nach Waffen zu unterstützen. Vor dem Palais des Fürsten waren Truppen aufgestellt und mit diesen kam es zu einem Zusammenstoß. Wer denselben veranlaßt, darüber sind die Meinungen getheilt; der Streit ist auch gegenstandslos, denn der Kampf war bei der



Alfred von Windischgrätz.

gegenseitigen Erhitzung unvermeidlich geworden. Das Militär hatte in verschiedenen Straßen durch rücksichtsloses Dreinhauen nicht versäumt, die Bevölkerung zur Wuth zu reizen. Vor dem Palais fielen Schüsse und die Menge floh in die angrenzenden Straßen mit dem Rufe nach Rache. Mit ungeahnter Schnelligkeit stiegen Barrikaden empor und bedeckten und sperrten in unübersehbarer Zahl die engen Gassen der alten Stadt. Der Kampf entbrannte mit aller Wuth und Leidenschaft und man sah viele der czechischen Frauen und Mädchen, die in der kurzen Amazonentracht umher stolzirt waren, mit großer Tapferkeit auf den Barrikaden kämpfen. Die Deutschen zu Prag nahmen an dem Kampfe keinen Antheil. Bei dem Angriff auf die Barrikaden erlitt das Militär große Verluste,

jagte doch auch dieser Utopie nach, welche die Ungarn verleitete, eine selbstsüchtige und engherzige Politik zu treiben, die sie mit sammt den Deutschen ins Unglück stürzen mußte, denn gegen die slavische Macht konnte nur durch engen Zusammenschluß von Deutschthum und Magyarenthum ein genügendes Gegengewicht gebildet werden. Kossuth und seine Magyaren vertraten die Auffassung, die Monarchie sei in Verwirrung und Auflösung; Ungarn allein sei noch geordnet und müsse der Schwerpunkt der Neugestaltung werden. Da die Südslaven zunächst sich gegen diese Auffassung erhoben, so loderte der Zwist zwischen Magyaren und Kroaten bald in hellen Flammen empor.

So lange die Camarilla in Innsbruck ihrer Sache noch nicht sicher war, wurden die Ungarn in ihren Hoffnungen bestärkt. Am 10. Juni hatte man zu Innsbruck den Kaiser Ferdinand ein Manifest unterzeichnen lassen, in welchem ausgeführt war, daß die Südslaven keine Unterdrückung seitens der Magyaren zu befürchten hätten. Zugleich wurde der Banus von Kroatien, Baron Josef Jellachich, für abgesetzt erklärt und zur Rechtfertigung über sein Verhalten gegenüber den Ungarn aufgefordert. Er kam als Angeschuldigter nach Innsbruck, ging aber als Verbündeter von dannen. Ueber diese Wandlung liefen dunkle Gerüchte um, vorläufig indessen wußte außer den Verschworenen selber Niemand etwas Bestimmtes.

Dieser Jellachich war an und für sich weder als Feldherr noch als Staatsmann befähigt, eine hervorragende Rolle zu spielen.*) Aber in dem großen Wirrwarr des Rassenkampfes zwischen Deutschen, Slaven und Magyaren gewann er eine Bedeutung als Werkzeug der Camarilla zu Innsbruck. Die Rassenfrage ist das hervorragendste Moment in diesem großen Kampfe. Die österreichische Erhebung ist sowohl am Rassen-, als am Klassenhaß zu Grunde gegangen.

Der Ausschuß der Wiener Demokratie war nicht dazu angethan, mit fester Hand in die Wirren des Reiches einzugreifen. Am 8. Juli faßte er den Beschluß, „die Träger des alten Systems" aus dem Kabinet zu entfernen, sowie Doblhoff mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu betrauen. Der Ausschuß fand nicht die Initiative, selber eine neue und populäre Regierung einzusetzen. Der Stellvertreter des Kaisers, Erzherzog Johann, war pfiffig genug, den naiven Demokraten den Gefallen zu thun und ihnen ein Ministerium Doblhoff zu geben, das natürlich genau so reaktionär war, als es die Hofcamarilla für nothwendig erachtete. Die Abschiebung Pillersdorff's war ohnehin der Camarilla noch angenehmer,

*) Seine Bildung war gering und seine militärischen Operationen waren so schlecht wie seine Verse.

als der Demokratie, denn Pillersdorff war als „deutscher" Märzminister den Bombelles und Genossen denn doch nicht ganz geeignet für die neue slavische Politik. Das neue Ministerium bestand aus Aristokraten und zweideutigen „liberalen" Politikern. Der Ministerpräsident, Freiherr von Wessenberg, zugleich Minister des Aeußeren, der Kriegsminister Graf Latour und der Minister des Innern, Doblhoff, waren ausgemachte Reaktionäre, wenn auch Wessenberg ein Gegner Metternich's gewesen war; der Handelsminister Hornbostl und der ehemalige Journalist und nunmehrige Arbeitsminister Schwarzer waren unbedeutende Erscheinungen mit sehr schwach „liberalem" Anstrich; dazu kam der Justizminister Bach, der von dummen Leuten für einen heimlichen Demokraten angesehen wurde, dabei namentlich bei der Berathung der Verfassung vortrefflich das Interesse der Aristokratie verfocht und später sich zum ungeschminkten Absolutisten entwickelte. Die Demokratie hatte mit diesem Ministerium einen sehr schlechten Tausch gemacht und sah es zu spät ein.

Am 22. Juli trat der Reichstag zusammen und wurde vom Erzherzog Johann eröffnet. Dieser gab sehr schöne Redewendungen zum Besten. Offen und unabhängig, sagte er, müsse man zusammenwirken, um die errungenen Freiheiten in der neu zu schaffenden Verfassung festzustellen. Alle Nationalitäten stünden dem Herzen des Kaisers gleich nahe und in Bezug auf Ungarn lasse sich bei der Edelmüthigkeit des Magyarenvolkes ein befriedigender Ausgleich erwarten. Der Krieg in Italien sei nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der Italiener gerichtet; man wünsche nur einen ehrenvollen Frieden für die österreichische Armee.

Johann verstand seine Sache ganz gut und es gab in dem Reichstage Duselköpfe genug, die auf solche Worte hin Alles im rosigsten Lichte sahen und selbst durch die Ankündigung „außerordentlicher Finanzmaßregeln" nicht stutzig gemacht werden konnten.

Der Reichstag selber, dessen Existenz dem deutschen Verfassungswerke noch mehr Eintrag that, als die Vereinbarungs-Versammlung in Berlin, wies ein buntes Gemisch aus Vertretern aller möglichen Nationalitäten auf; das slavische Element dominirte. Zwar wurde erst ein Wiener Advokat, Namens Schmitt, zum Präsidenten gewählt, allein die Vizepräsidenten, der Czeche Strobach und der Pole Smolka, verdrängten diesen unbedeutenden Menschen gänzlich. Von adeligen Namen waren nur wenige in diesem Parlament, denn die österreichischen, galizischen und polnischen Bauern hatten wohl begriffen, daß nunmehr die Zeit gekommen war, sich ihrer drückenden Feudallasten zu entledigen. 92 Bauern waren in dem österreichischen Reichstag erschienen, darunter allein 36 aus Galizien. Aus Tyrol kamen Pfaffen und Pfaffenfreunde, und diese schlossen

sich mit den Schwarzgelben zusammen, eine Verbindung, die wieder mit den Czechen gemeinsam operirte, sobald sich die habsburgische Politik entschieden hatte, sich auf die Slaven zu stützen. Rieger und Palazky waren die Leiter der Czechen im Reichstag und alle diese reaktionären Elemente zusammen bildeten einen Wall gegen die deutsche und demokratische Linke. Auf der Linken, wo Schuselka, Fischhof, Goldmark und Löhner saßen, war viel guter Wille vorhanden, aber wenig staatsmännische Befähigung und auch nicht viel Energie.

Die Verhandlungen litten sehr unter der Sprachverwirrung, denn die Vertreter der verschiedenen Völkerschaften verstanden sich vielfach nicht. Trotzdem schien sich die Versammlung Anfangs in ihren Bestrebungen ziemlich einig zu sein, denn sie genehmigte das Programm des Ministeriums Wessenberg, welches die Gleichberechtigung aller Nationalitäten verkündigte. Daß dies Programm nicht ernsthaft gemeint sein konnte, daran dachten vorläufig die Volksvertreter nicht; sie beschlossen dagegen, den Kaiser Ferdinand zur Rückkehr nach Wien einzuladen. Nach einer recht langweiligen und kleinlichen Häkelei und Schwätzerei über die bei dieser Aktion innezuhaltenden Förmlichkeiten kam die Einladung zu Stande und Ferdinand folgte derselben. Ob er auch gekommen wäre, wenn um diese Zeit nicht die Dinge in Italien eine für Oesterreich so günstige Wendung genommen hätten, darf man wohl bezweifeln. Er nahm seinen Wohnsitz in dem Schlosse zu Schönbrunn und sah von dort der weiteren Entwickelung der Dinge zu, während die Camarilla ihre Fäden spann. Bezeichnend ist, daß die Kammerfrau der Kaiserin für das einflußreichste Mitglied der Camarilla galt.

Im Reichstage sah man diese Veränderung als eine große That an, während man damit eigentlich nur der Camarilla ihre Arbeit erleichtert hatte. Wenn dieses Parlament sonach auch von den Fehlern des Parlamentarismus so wenig frei war, als die beiden Versammlungen in Frankfurt und Berlin, so brachte es doch in diesen Tagen etwas Bedeutendes zu Stande, indem es die Bauern aus den mittelalterlichen Fesseln des Feudalverhältnisses löste. Hans Kudlich, ein junger, eben von der Universität gekommener Abgeordneter aus Oesterreichisch-Schlesien, beantragte, die Versammlung möge erklären: „Von nun an ist das Unterthänigkeitsverhältniß sammt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“ — Die Bauern, welche namentlich mit Robot, mit Hand- und Spanndiensten bedrückt waren, jubelten diesem Antrage zu und es schien den Ueberresten des Feudalismus dasselbe Schicksal in Oesterreich bevorzustehen, das ihnen in Frankreich in der

berühmten Nacht vom 4. August 1789 widerfuhr. Aber es kam anders, denn die Mehrheit des Reichstages ging nicht so ohne Weiteres auf den Antrag ein und die Gegner desselben wußten eine lange und ermüdende Debatte herbeizuführen. Die Bauern, die in der Versammlung waren, protestirten heftig gegen jede Entschädigung, die der gesunde Menschenverstand, wie einer von ihnen sagte, nicht zulasse. Kudlich selbst kam im Laufe der Verhandlungen zu der nicht unrichtigen Vermuthung, die Bauern möchten, wenn ihnen das Feudaljoch vom Halse genommen, sich den konservativen Elementen anschließen. Er suchte die Entschädigungsfrage deshalb schwebend zu erhalten und ihre Lösung hinauszuziehen. Allein die Reaktionäre trieben nun wieder zu einer Lösung der Frage, um sich die Bauern geneigt zu machen.

Die Mehrheit des Reichstages ließ sich fortreißen und beschloß die Aufhebung des Feudalverhältnisses, aber mit Entschädigung für die Grundherren. Daß das Letztere geschah, bewirkte namentlich der schwarzgelbe Herr Helfert, der von dem Liberalismus nach rechts hinüber desertirt war. Der Minister Bach erklärte, das Ministerium werde mit der Entschädigung stehen oder fallen. Kudlich und Genossen wollten, als sie sahen, daß die Entschädigung nicht zu umgehen war, dieselbe dem Staate zuweisen; allein auch dies drang nicht durch und es wurde schließlich festgesetzt, daß der neue Gutsherr eine „billige Entschädigung“ an den gewesenen „Guts-, Zehnt- und Vogtherrn“ zu leisten habe. Wenn die slavischen Bauern mehr von den Verhandlungen verstanden hätten, wäre dies wohl kaum beschlossen worden; so aber leistete die Sprachverwirrung den Feudalherren einen nicht zu unterschätzenden Dienst.

Der Beschluß des Reichstages wurde von der Regierung anerkannt und in Kraft gesetzt. Dazu hatte man seine guten Gründe. Das wilde Auftreten der Bauern im Reichstage, ihre Schilderungen von den Brutalitäten der adeligen Grundherren, ihre Drohungen und revolutionären Ausbrüche hatten den Hof und die Regierung erschreckt. Man wollte dies gefährliche Element um jeden Preis zufriedenstellen. Und die Bauern wurden zufrieden, nachdem sie aus dem Unterthänigkeits-Verhältniß befreit waren. Sie brachten zwar dem jungen Hans Kudlich einen großen Fackelzug, an dem sich 10000 Mann betheiligten, aber um die Bewegung kümmerten sie sich von nun an nicht mehr. So wurde der Erfolg der Demokratie von den reaktionären Elementen geschickt ausgenutzt und in einen Erfolg der schwarzen Tyroler, der Slaven und der Schwarzgelben verwandelt.

Die Wiener Demokratie, welche so gemüthlich war, dem Ministerium Wessenberg-Doblhoff das Regieren und dem Reichstag mit seiner slavischen Majorität die Neugestaltung Oesterreichs völlig zu überlassen, beschäftigte sich

unterdessen mit der Arbeiterfrage, eine Sache, die ihr um der Schwierigkeit willen von Reichstag und Regierung sehr gerne überlassen wurde. Aber auch auf diesem Gebiet erwies die Wiener Demokratie nur ihre vollkommene Unfähigkeit.

Unter den Arbeitern war noch nicht jenes Klassenbewußtsein erwacht, welches das charakteristische Merkmal der sozialen Bewegung unserer Zeit ist. Die Handwerksgesellen, die Fabrikarbeiter und die Erdarbeiter hielten sich getrennt voneinander. Die Handwerksgesellen fanden sich im „Arbeiterverein" zusammen, der sich in den Waffen übte, aber sonst sehr unseren heutigen Bildungsvereinen glich und einen etwas philisterhaften Anstrich hatte. Die soziale Frage wollte man in diesem Verein mit „Unterstützungskassen" lösen.

Die Fabrikarbeiter, die sich von den Erdarbeitern auch getrennt hielten, wie die Handwerksgesellen von ihnen, wurden von dem Polen Chasse oder Chaises, den man „Doktor Chasse" nannte, in einen Verein zusammengebracht. Es gab eine Spaltung und Chasse stiftete darum den „radikalen" oder „liberalen" Klub, welcher die demokratische Monarchie als sein Ziel angab. Chasse war der unermüdliche Redner dieses Klubs; aber die sozialökonomische Weisheit, die er zum Besten gab, war nicht weit her. Wenn die demokratischen Führer ein bestimmtes Ziel gehabt hätten, so würden sie zunächst bestrebt gewesen sein, die Arbeiter-Kategorien untereinander zu verschmelzen. Da jedoch die Demokraten selbst nicht wußten, was sie wollten, so ließen sie auch bei den Arbeitern diese Dinge gehen, wie sie eben gingen.

Die Erdarbeiter waren das revolutionäre und treibende Element der Wiener Bewegung. Bald schwoll ihre Zahl mächtig an, denn die bewegten Zeiten brachten eine große Stockung des Geschäftslebens mit sich. Es gab zahlreiche Bankerotte und eine Menge von Fabriken mußten ihre Arbeiten einstellen. Es verstand sich von selbst, daß die brotlosen Arbeiter zu den Erdarbeiten strömten. Der Finanzminister sah sich bald in Verlegenheit, denn er mußte die Staatskasse erschöpfen, um die Armee auszurüsten, die in Italien die Unabhängigkeitsbewegung niederwerfen sollte. Das Ministerium erklärte einfach, daß es die zuströmenden Arbeiter nicht mehr beschäftigen könne, und die in der größten Noth befindliche Masse wendete sich an den Ausschuß der Demokratie um Hülfe.

Der Ausschuß begriff, daß er seine Macht und seine ganze Stellung dem Arbeiterheer verdankte, das am 15. und 26. Mai den Studenten zu Hülfe gezogen war. Er konnte die brotlosen Arbeiter nicht von sich weisen. Indem er sich ihrer annahm, verstärkte er seine Gewalt. Hätte dieser Ausschuß in seiner Mitte einen staatsmännischen Kopf gehabt, so würde

er ohne Zweifel das Ministerium, welches sich gegenüber der Arbeiterfrage durch seine Unfähigkeitserklärung bloßgestellt hatte, verdrängt und die öffentliche Gewalt selbst ergriffen haben. Er hätte gar keinen Widerstand gefunden. Nur die Unreife und Unfähigkeit der Wiener Demokraten war es, die dem Ministerium, und mit diesem der Hof-Camarilla, die öffentliche Gewalt erhielt.

Das Zentralkomité bildete aus seinem Schooße heraus ein besonderes Arbeiterkomité, welches sich mit der „Organisation der Arbeit" beschäftigen sollte. Da das Ministerium die Herausgabe von Geldmitteln zum Zweck der Beschäftigung der brotlosen Arbeiter verweigerte, so war das Arbeiterkomité so gutmüthig, sich an die Kommune Wien zu wenden, um die für den neuen Betrieb erforderlichen Geldmittel zu bekommen.

Im Arbeiterkomité besaß ein junger Studiosus der Jurisprudenz, Namens Willner, den größten Einfluß. Bei den Arbeitern, denen er oft große Reden hielt, war er so populär, daß man ihn nur den „Arbeiterkönig" nannte. Dieser junge Mensch, der sich zum Schützer der Arbeiter aufwarf, gestattete sich auch sehr häufig, donnernde Strafpredigten an die Masse zu richten. Im Ganzen war es ein wenig erbauliches und oft widerwärtiges Schauspiel, daß die wichtigste Angelegenheit der ganzen Bewegung in die Hände eines gänzlich unerfahrenen Jünglings gelegt war, der wohl einige sozialistische Stichworte des Tages, aber sonst nichts wußte. Der „Arbeiterkönig" sollte vor der Welt nur beweisen, wie wenig das haltbar war, was man damals „Organisation der Arbeit" nannte.

Der Ausschuß faßte den Beschluß, die brotlosen Arbeiter hätten das Recht, vom Staate Arbeit zu verlangen; der Staat müsse ihnen solche verschaffen und ihnen den gewöhnlichen Tagelohn auszahlen. Es wurden für einen männlichen Arbeiter täglich 25 Kreuzer, für einen männlichen jugendlichen Arbeiter über zwölf Jahre und für ein „Frauenzimmer" 18 Kreuzer täglich bezahlt. Man theilte die Arbeiter in Kompagnien ein, die von je einem Studenten der Technik kommandirt waren. Die Kompagnien waren in Rotten eingetheilt und die Rottenführer waren Arbeiter. Um die Arbeiter zu beschäftigen, ließ die Stadt Wien Erdarbeiten bei den Linien von Matzleinsdorf und Währing und im Prater bei der Donau vornehmen.

Anfangs ließ sich diese „Organisation der Arbeit" leidlich an und die Arbeiter, froh, nur Beschäftigung zu haben, schienen sich ganz zufrieden zu fühlen in den Baracken, die man bei den Arbeitsplätzen errichtet hatte.

Aber die Geschäftskrisis und die damit verbundene Arbeitsstockung ergriffen auch die Provinzen. Als die brotlosen Arbeiter der Provinzen hörten, daß in Wien die Arbeiter auf öffentliche Kosten beschäftigt würden,

strömten sie in Masse dahin. In dieser Masse waren auch Elemente, die nicht nur den „guten Bürgern" und den Demokraten, sondern auch den Arbeitern selbst ein gelindes Grauen einflößten; es war nur natürlich, daß in einem Staate wie Oesterreich, wo eine so unerhörte Mißwirthschaft bestanden hatte, das Elend und das Verbrechen sich in ihren abschreckendsten Formen zeigen mußten. Diese Erscheinungen trugen auch dazu bei, den Unmuth der Spießbürger zu steigern, denen die Ausgaben für die Beschäftigung der Arbeiter längst zu hoch waren. Es ist bezeichnend, daß der Spießbürger so sehr in Aufregung gebracht werden kann, wenn öffentliche Mittel für die Arbeiter aufgewendet werden; bei anderen Gelegenheiten, die weit weniger im Interesse der Gesammtheit liegen, ist ihm das Hundert- und Tausendfache nicht zu viel.

Der Ausschuß hätte vielleicht die Situation verbessern können, wenn er auf Arbeiten bedacht gewesen wäre, die dem Staat und der Kommune direkt nützlich gewesen wären; indessen dachte man gar nicht daran. Die Sorge, sich der zuströmenden Arbeiter aus der Provinz wieder zu entledigen, trieb den Ausschuß zu den gewöhnlichen Verlegenheits-Maßnahmen. Er erklärte nämlich, daß die Kommune von Wien nur die Verpflichtung habe, ihre eigenen Arbeiter zu beschäftigen; die Kommunen der Provinz hätten dieselbe Verpflichtung, und die von auswärts herzugeströmten Leute müßten suchen, in ihrer Heimath Beschäftigung zu erhalten. Allein damit war die Kalamität nicht beseitigt. Denn Viele von den auswärtigen Arbeitern hatten ihr letztes Geld dazu verwendet, nach Wien zu kommen, und nun wußten sie nicht, wie sie wieder nach Hause gelangen sollten. Mit der Polizei konnte man nichts ausrichten, denn von dieser ließen sich die Wiener damals noch nicht so viel gefallen, wie die Berliner. Daher ließ der Ausschuß jedem abreisenden fremden Arbeiter zehn Gulden auszahlen.

Wenn nun auch ein Abzug der zugeströmten Arbeitskräfte ermöglicht war, so zerfiel die von dem Ausschuß geschaffene „Organisation der Arbeit" dennoch bald. Die Arbeiter begriffen nämlich, daß die angeordneten Arbeiten zwecklos waren, und Viele thaten darum nichts. Die anfänglich so vortrefflich wirkende Disziplin löste sich. Dazu kam, daß das Zuströmen zu den Erdarbeiten von Neuem begann. Die Fabrikarbeiter, die mit den Arbeitgebern nicht zurechtkamen, Dienstboten, die mit ihrer Herrschaft in Streit lagen — kurz Alles, was gerne seine Stellung veränderte, kam zu den öffentlichen Arbeiten. So konnte es vorkommen, daß in den nothwendigsten Betriebszweigen Arbeitermangel herrschte, während man bei den Erdarbeiten kaum wußte, wie man die Leute beschäftigen sollte. Der Ausschuß, der von Bürgern, Arbeitgebern und Arbeitern mit Beschwerden in hohem Maße heimgesucht wurde, beschloß nunmehr, daß

Niemand, der seinen Arbeitgeber ohne genügenden Grund verlassen, unter die Erdarbeiter aufgenommen werden solle; auch solle jeder Erdarbeiter verpflichtet sein, Folge zu leisten, wenn ihm von einem Wiener Bürger Arbeit angetragen würde, anderenfalls solle er aus der Liste der Erdarbeiter gestrichen werden.

Es läßt sich leicht denken, daß dieser Beschluß wenig Wirkung haben konnte. Bei den Erdarbeiten riß eine immer größere Verwirrung ein; auch wühlten unter den Arbeitern czechische und reaktionäre Agenten. Man schob zwar die czechischen Emissäre ab, allein die Sachlage wurde um Nichts gebessert. Jeder Zwist zwischen dem Ausschusse und den Arbeitern gab den Reaktionären neue Hoffnungen und es fehlte an solchen Zwistigkeiten nicht.

Nach und nach hatten sich etwa 50 000 Menschen bei den Erdarbeiten zusammengefunden. Sie bildeten immer noch die Hauptstütze der Demokratie und man sah in ihnen eine stets kampfbereite Revolutionsarmee. Aengstliche Leute konnten nicht ruhig schlafen, so lange sie diese gewaltige, aber ihrer Macht wenig bewußte Masse beisammen sahen. Man fand bald ein Mittel, sie zu dezimiren. Die Regiernng brauchte Rekruten für die Armee Radetzky's in Italien; sie ließ darum unter den Erdarbeitern Anwerbungen vornehmen und auf dem Glacis auch Werbebureaux errichten. Es wurde ein hohes Handgeld gezahlt, und dieselbe Regierung, welche bis dahin kein Geld zur Beschäftigung der brotlosen Arbeiter hatte aufbringen können, war nun mit einem Mal im Besitze reichlicher Mittel zu den Werbungen.

Der Ausschuß offenbarte nunmehr seine ganze klägliche Unreife und Unfähigkeit. Daß die Regierung die Arbeiter für ihre Armee anwerben ließ, erschreckte ihn; er wußte, daß die Zerstreuung der Arbeiter den Niedergang der Demokratie nach sich ziehen mußte. Darum erschienen die Studenten bei den Arbeitern und setzten ihnen auseinander, daß man sie gegen die italienische Unabhängigkeitsbewegung verwenden werde, wenn sie sich anwerben ließen. Die Arbeiter wurden durch die Reden der Studenten dermaßen gereizt, daß sie auf die Glacien strömten, die Werbebureaux zertrümmerten und die dort stationirten Offiziere und Soldaten vertrieben. Das war dem Ausschuß wieder zu weit gegangen und er tadelte in einer Proklamation das Vorgehen der Arbeiter, das doch seine Sendlinge bewirkt hatten. Während dies Verhalten die Arbeiter in Zorn bringen mußte, nahmen auch die Reibereien zwischen Arbeitern und Spießbürgern zu, namentlich weil die Geschäftsleute, die in ordinärer Weise auf ihren Profit ausgingen, den Arbeitern schlechte Nahrungsmittel lieferten. Die Reaktionäre thaten Alles, um diesen Zwist zu schüren;

der Ausschuß suchte zu versöhnen. Aber er schwankte hin und her und vermochte keine Ordnung zu schaffen. Jedermann fühlte, daß dieser Zustand zu einer Katastrophe führen mußte.

Zu Pfingsten 1848 brach der Streit in helle Flammen aus; ein Theil der Arbeiter hatte für die Feiertage Lohn erhalten, ein anderer nicht, und da der Ausschuß, um seine Autorität zu wahren, in dieser Sache nicht nachgab, vielmehr einem Theile der Arbeiter den Lohn für die Feiertage vorenthielt, so gab es Tumulte. Nunmehr sahen die Bourgeois der Nationalgarde die Zeit gekommen, gegen die Arbeiter ernstlich einzuschreiten; sie wurden dazu von den Kapitalisten groß und klein aufgemuntert, denn diese wollten Ruhe haben vor den revolutionären Arbeitern. Es kamen Deputationen zum Ausschusse, die energisches Einschreiten verlangten. Der Ausschuß wußte nicht, was er thun sollte. In kleinbürgerlichen Anschauungen befangen, wollte er die Ordnungsfanatiker nicht abweisen; andererseits begriff er, daß es den Ast, auf dem er selbst saß, absägen hieß, wenn er die Arbeiter niederwarf. Er suchte sonach zu beschwichtigen und einen Kampf zu vermeiden.

Aber die Nachrichten aus Paris, wo sich soeben die große Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat entspann, erregten eine Gährung in Wien. Die Arbeiter erschienen bewaffnet in großer Anzahl in der Stadt; es kam zu Streitigkeiten mit der Nationalgarde und die letztere beschloß, den Arbeitern ihre ganze Macht zu zeigen. Am 24. Juni rückte die gesammte Nationalgarde — auch die Nationalgarde der Vorstädte ließ sich von ihren kleinbürgerlichen Interessen gegen die Arbeiter einnehmen — auf die Glacien und ließ dort ihre Geschütze auffahren. Die Arbeiter hatten sich, so gut es ging, bewaffnet; nun begaben sich aber die Studenten unter sie, wiesen auf die imposante Macht der Nationalgarde hin und brachten die Arbeiter soweit, daß sie nicht nur versprachen, sich künftig ruhig zu verhalten, sondern auch die Rädelsführer auslieferten.

Dieser Triumph des honetten Bürgerthums über die Arbeiter kam der Reaktion in hohem Maße zu Gute, denn der Ausschuß hatte von da an das Vertrauen bei den Arbeitern verloren und der Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat war tief und unversöhnlich geworden.

Jetzt endlich fühlte sich die Reaktion stark genug, den Ausschuß seiner Macht zu berauben. Man hatte so oft ein „Arbeits-Ministerium" verlangt; nun war in der Person des Herrn Schwarzer ein Arbeitsminister eingesetzt worden. Dieser nahm denn auch alsbald die Leitung der öffentlichen Arbeiten dem Ausschuß ab, ohne Widerstand zu finden. Das Letztere war ganz natürlich. So ließ sich der Ausschuß die Gewalt aus den Händen winden, von der er keinen Gebrauch zu machen verstanden.

Schwarzer wußte, daß ihm die Unterstützung des honetten Bürgerthums gegen die Arbeiter sicher war. Bald ging er gegen die Arbeiter vor. Am 22. August erließ er eine Verordnung, wodurch der Tagelohn der Erdarbeiter um fünf Kreuzer herabgesetzt wurde. Er mußte wissen, daß dies zu einem Tumulte führen würde. In der That wurden die Arbeiter unruhig; sie strömten im Prater zusammen und hingen dort einen Strohmann mit einem papierenen Fünfkreuzerstück im Munde, den sie auf einem Esel herbeigeführt hatten und der den Arbeitsminister vorstellen sollte, an einen Galgen. Die Polizei schritt ein und die Nationalgarde kam der



Josef Wenzel von Radetzky.

Polizei zu Hülfe. Es entspann sich ein förmliches Gefecht; die Nationalgarde gab Feuer und die Arbeiter hatten eine große Anzahl von Todten und Verwundeten.*) Sie wurden, da sie nur mit ihren Arbeitswerkzeugen bewaffnet waren, überall in die Flucht getrieben. Die Demokratie und die Studenten sahen dem Kampfe ruhig zu.

Damit war der Demokratie die Macht entrissen; der Ausschuß sah dies so gut ein, daß er sich auflöste. Auch das Studentenkomité löste sich auf. Die akademische Legion ward sehr geschwächt, indem Ferien eintraten und die jugendlichen Revolutionäre nach Hause mußten. Mit

*) Es sollen 20 Todte und über 200 Verwundete gewesen sein. Am 3. September wurde eine Leichenfeier veranstaltet.

den Arbeitern ward die Regierung dadurch fertig, daß sie an anderen Orten öffentliche Arbeiten vornehmen ließ und die Arbeiter in Masse dahin abschob.

So leicht wurde der unfähigen Wiener Demokratie die Macht aus den Händen genommen, weil sie die Situation nicht begriff und zwischen den sich widerstreitenden Klasseninteressen unsicher hin und her schwankte.

Die Reaktion fühlte sich in diesen Tagen mächtig gehoben durch die Siege Radetzky's in Italien.

Während die Wirren in Neapel und Sizilien fortdauerten, während der „liberale" und „konstitutionelle" Papst Pius IX. endlich seine Maske ein wenig lüftete und sich den nationalen Bestrebungen im Kirchenstaate widersetzte, hatte der Insurrektionskampf in Oberitalien seinen Fortgang genommen. Karl Albert zeigte sich im Verlauf des Feldzuges in seiner ganzen Unfähigkeit. Die Stellung Radetzky's bei Verona war so dominirend, daß er von dort aus sogar Ferrara nehmen konnte. Der Sardenkönig hatte schon bisher alle günstigen Momente versäumt; nun zersplitterte er seine Streitmacht, indem er sie in zwei Korps theilte, von denen das eine bei Rivoli, das andere bei Roverbella stehen blieb. Radetzky benutzte diesen Fehler und stürzte sich auf die bei Roverbella stehende Abtheilung, die er nach Erstürmung der Höhen von Sommakampagna schlug, worauf er eine feste Stellung am Mincio einnehmen konnte. Karl Albert eilte nun herbei und es kam zu der blutigen Schlacht von Custozza am 25. Juli 1848, in welcher Karl Albert die österreichische Stellung ohne Erfolg angriff. Er ward geworfen und mußte den Rückzug antreten, der durch das Gefecht von Volta in eine Flucht verwandelt wurde.

Während dieser Niederlagen schloß der Sardenkönig einen Vertrag, wonach sich die Stadt Venedig und ihr Gebiet mit Sardinien und der Lombardei vereinigen und ein Königreich bilden sollten. Allein dieser Traum schwand rasch, denn Radetzky drängte dem Sardenkönig, der sich nach Mailand geworfen hatte, mit aller Gewalt nach. In Mailand kam es zu furchtbaren Szenen; das Volk schrie laut über Verrath und verlangte, der König solle weiter kämpfen. Er that dies auch in dem Gefecht vor Mailand am 4. August, allein er ward wiederum besiegt und floh sehr unrühmlich und heimlich. Mailand mußte kapituliren und der alte Zustand war in Oberitalien so ziemlich wieder hergestellt. Modena ward besetzt und der entflohene Herzog kehrte zurück; Bologna wurde bombardirt, weil dort einige österreichische Offiziere als Spione getödtet worden waren.

Karl Albert schloß am 9. August mit Radetzky einen Waffenstillstand ab, der beide Feldherren verpflichtete, sich in den beiderseitigen Staats-

gebieten zu halten. Aber Venedig sagte sich nun von Karl Albert los und proklamirte am 10. August 1848 die Republik. Eine provisorische Regierung mit dem energischen Advokaten Manin an der Spitze ward eingesetzt. Die Niederlage des Sardenkönigs verschaffte der republikanischen Partei, dem jungen Italien, wieder mehr Spielraum, und sie bot namentlich in Rom alle Energie auf, um die öffentliche Gewalt zu gewinnen.

Während Radetzky die Einheitsbewegung Italiens in Gestalt des Sardenkönigs niederwarf, kam in Oesterreich ein anderer großer Konflikt zum Ausbruch, der das Gefüge des Kaiserstaates bis in seine Grundfesten erschüttern sollte.

Nachdem sich die Slaven und die Wiener resp. Innsbrucker Camarilla gefunden hatten, richtete sich die Politik der Regierung darauf, die Selbständigkeit Ungarns zu beseitigen. Die Slaven folgten ihr darin blind, denn auch die demokratischen Elemente in Böhmen ließen sich von dem Nationalhaß und Großmachtsdusel mit fortreißen. Die Magyaren ahnten bald, was hinter den Koulissen vorging, und sie suchten bei Zeiten sich auf alle Eventualitäten zu rüsten. Die Politik der Magyaren war von demselben nationalen Egoismus getragen, wie die der Czechen. So stießen hier zwei starke Strömungen zusammen, die czechische, die sich an das Slaventhum, die magyarische, die sich an das Deutschthum anlehnte. Demokratischer Geist war in den leitenden Kreisen des Magyarenthums ebensowenig zu finden, wie in denen des Czechenthums; auch im ungarischen Reichstage bildete die eigentliche Demokratie nur eine geringe Minderheit, und diese wurde sogar von Kossuth in seinen staatsmännischen Anwandlungen häufig als „Wühler" oder auch als „Rebellen" bezeichnet. Die Ungarn hatten, wie anderwärts geschah, in den Märzstürmen die gewöhnlichen Zugeständnisse an politischer Freiheit sich erzwungen und die Feudallasten der Bauern abgeschafft. Hier stand die Bewegung still, die von der Aristokratie und der Bourgeoisie geleitet wurde; die Bauern waren befriedigt; eine klassenbewußte Arbeiterschaft gab es nicht; das liberale Bürgerthum war mit den Märzerrungenschaften zufrieden und die Aristokratie schien sich darein zu fügen. Für die magyarischen Junker und die Bourgeois war aber die Hauptsache die den Habsburgern abgetrotzte Unabhängigkeit, das selbständige Ministerium, in der die Aristokratie durch Batthyany, die Bourgeoisie durch Kossuth repräsentirt war. Das ganze Volk sah in der Unabhängigkeit die Bürgschaft für die Märzerrungenschaften. Als die österreichische Regierung im Bunde mit den Czechen und Kroaten die Unabhängigkeit wieder zu vernichten trachtete, erhob sich die ganze magyarische Nation zu deren Vertheidigung. Die Erinnerung an das vormärzliche Unterdrückungs- und Aussaugungssystem

in der österreichischen Verwaltung entflammte die Magyaren zum verzweifelten Widerstand. Ihr ebenso heldenmüthiger als unglücklicher Kampf gewann ihnen leicht die größte Sympathie. Im Grunde stritten die ungarischen Heere weniger für die Freiheit und Wohlfahrt des gesammten Volkes, als für die Vorrechte der besitzenden Klassen, ein so großer Fortschritt die Märzerrungenschaften auch waren. Dies beweist die heutige Mißwirthschaft in Ungarn, die sich herausgebildet hat, nachdem Ungarn bis zu einem gewissen Grade unabhängig geworden ist. Der ungarische Junker, der sich wie ein Truthahn aufbläht und Deutschen- wie Judenhetze betreibt, ist ebenso rückständig, wie der ungarische Bourgeois korrumpirt ist, der sein vollgerüttelt Maß dazu beigetragen hat, die ungarische Staatswirthschaft an den Rand eines bodenlosen Verschuldungs-Abgrundes zu drängen.

Kossuth war in Ungarn der leitende Kopf geworden. Am 11. Juli zeigte er in einer großen Rede im ungarischen Reichstage, wie Ungarn von den Slaven im Bunde mit dem Hofe bedroht sei und seine Unabhängigkeit auf dem Spiele stehe. Er verlangte die Aushebung von 200 000 Mann und einen Kredit von 42 Millionen Gulden, „um einen ehrenhaften Frieden vermitteln oder einen ehrenhaften Kampf führen zu können." Der Reichstag stimmte am 24. Juli in seiner Begeisterung einmüthig zu, aber die zweideutige Politik der Magyaren trat dabei zu Tage. Batthyany und Deak verlangten, Ungarn solle auch die Sache Oesterreichs in Italien fördern und Geld und Mannschaft dazu hergeben. Kossuth, der so oft seine Freude über die Siege der Italiener öffentlich kundgegeben, ward schwankend und unterstützte schließlich auch diesen Antrag. Man beschloß, Oesterreich nicht gegen Italien, wohl aber gegen Karl Albert Beistand zu leisten, ein Kniff, der denn doch eigentlich Niemand täuschen konnte.

Die Magyaren wollten die Rolle der Slaven übernehmen. Wenn sich der Kaiser ihnen in die Arme warf, so wollten sie ihm gegen alle seine Feinde beistehen und wurden dann das dominirende Element im Kaiserstaat; blieb der Kaiser mit den Slaven verbündet, so wollten sich die Magyaren ihre Unabhängigkeit erkämpfen. Der Hof ging indessen auf seinem alten Wege weiter und auch der Beschluß, Oesterreich in Italien zu unterstützen, konnte ihn nicht davon abbringen. Im Gegentheil wurde inzwischen das Bündniß mit dem abgesetzten und wieder in Gnaden aufgenommenen Ban Jellachich erweitert und gefestigt. Der Hof schmeichelte den Kroaten und unterstützte Jellachich, wo und wie er konnte. Während der österreichische Reichstag in seiner Harmlosigkeit sich nur um die Abschaffung der Feudallasten kümmerte, trat Jellachich immer pro-

vozirender gegen die Ungarn auf und geberdete sich als Vollstrecker des Willens des Kaisers, indem er verlangte, die Ungarn müßten ihre Märzerrungenschaften und ihre Selbständigkeit aufgeben. Die Proklamationen Jellachich's, in denen er eine Neuorganisation Oesterreichs forderte, verlangten, daß alle Nationalitäten, also auch die Ungarn, wieder von Wien aus regiert werden sollten. Das war genau, was der Hof wollte, und um darüber kein Mißverständniß aufkommen zu lassen, erließ das österreichische Ministerium am 31. August ein Memorandum, welches für nothwendig erklärte, daß Ungarn sich mit seinen Einrichtungen den Bedürfnissen der Gesammtmonarchie anpasse, was gleichfalls nur die Aufhebung der Selbständigkeit bedeutete.

Nunmehr war so ziemlich Jedermann klar, wohin die Politik des Hofes ging, und um auch den blind Vertrauenden den Staar zu stechen, ward am 4. September der Ban Jellachich, der „Rebell" vom Sommer, in seine Aemter und Würden feierlich wieder eingesetzt und in dem betreffenden kaiserlichen Erlaß für seine Treue und Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und an die Gesammtmonarchie förmlich belobt.

Die magyarischen Staatsmänner versuchten es noch einmal, die nahende Krisis durch Vermittelung zu beschwören. Batthyany und Deak gingen nach Wien, um die Zustimmung des Kaisers zu dem Reichstagsbeschlusse vom 24. Juli, die noch ausstand, zu erwirken. Allein sie wurden gar nicht vorgelassen. Am 9. September wurde eine Abordnung des ungarischen Reichstages von 120 Mitgliedern in Schönbrunn vom Kaiser empfangen. Dies war Alles ganz gegenstandslos, denn inzwischen war die Wiedereinsetzung Jellachich's bekannt geworden. Ferdinand lehnte denn auch die Forderungen der Deputation, in denen immer noch der Anschluß des Hauses Habsburg an die Ungarn als das Mittel zur Beseitigung der Krisis angegeben war, in der von der Camarilla ihm eingegebenen Form ab und die Deputation kehrte nach Pest zurück. Damit war der offene Kampf unvermeidlich geworden und er brach auch sogleich los, denn am 11. September erschien Jellachich mit der kroatischen Streitmacht im Felde und brach ohne Weiteres in Ungarn ein. In einem großsprecherischen Manifest belehrte er die Ungarn, was sie zu thun und zu lassen hätten. Er behauptete, das ungarische Ministerium wolle den Verfall der Gesammtmonarchie bewirken, und diesem Bestreben müsse mit den Waffen entgegengetreten werden.

Nunmehr flammte der Zorn der Magyaren lodernd auf, als sie das Spiel sahen, das der Hof mit ihnen getrieben hatte. Zur sittlichen Entrüstung hatten die ungarischen Staatsmänner keinen Grund, denn ihr eigenes Spiel war nicht sehr verschieden gewesen von dem der Camarilla

zu Innsbruck und Schönbrunn. Aber das Volk ward von einer edlen Begeisterung für Freiheit und Unabhängigkeit ergriffen, und als das Ministerium am 14. September zu den Waffen rief wider den Kroaten Jellachich, da strömte die streitbare Jugend in Masse herbei. Ungarn glich bald einem Heerlager. Kossuth erwirkte den Beschluß, daß das Finanzministerium Fünfguldennoten ausgeben durfte. Der Palatinus Stefan verließ jetzt Pest und ging nach Wien; der ungarische Reichstag aber sandte noch einmal eine Deputation nach Wien, und zwar, wie Kossuth sagte, „nicht an den verrätherischen Hof, sondern an das Volk." Die Deputation sollte im österreichischen Reichstage die Beschwerden der Magyaren vortragen. Allein die slavische Mehrheit des Reichstages vereitelte mit großer Anstrengung den Versuch und nach langen und heftigen Debatten*) wurde der Antrag, die Magyaren anzuhören, vom österreichischen Reichstage mit 186 gegen 108 Stimmen verworfen. Umsonst hatte die Linke betont, die Niederlage Ungarns werde die Knechtschaft Oesterreichs bedeuten; der Minister Bach zog die Schwankenden zu den Slaven hinüber und der schwarz-gelbe Helfert drang mit seinem Antrag, die Ungarn abzuweisen, durch.

Aber das eigentliche Volk von Wien übersah großmüthig die Schwächen und Thorheiten der Magyaren, um des gemeinsamen Besten willen. Vor dem Gasthof, wo die Deputation wohnte, strömte das Volk zu Tausenden zusammen und Tausenau erhob seine gewaltige Stimme; er verdammte den „elenden" Reichstag und das Ministerium und warf dem letzteren Schacherpolitik vor. Den Magyaren verkündete er den Beistand des Wiener Volkes in Noth und Tod.

Das Wiener Volk hat das verpfändete Wort seines Sprechers redlich eingelöst. Aber die Ungarn nahmen die dargebotene Hand nur zögernd an und darüber verloren sie Alles.

*) Wie hart im Reichstage Slaventhum und Deutschthum schon zusammengeriethen, geht aus der Debatte über die Zulassung der Ungarn hervor. Rieger sagt: „Der Weltgeist hat den Krieg in Ungarn entzündet, um zertretene Rechte wieder aufzurichten." (Sturm.) — Palazky glaubt, Borrosch habe die Slaven beschimpft und will sich dagegen verwahren. — Borrosch will widerlegen, erhält aber das Wort nicht. Goldmark springt empor, schlägt mit beiden Händen auf den Tisch und ruft: „Ich protestire dagegen!" — Präsident: „Zur Ordnung!" — Goldmark: „Was, Ordnung? Ich scheere mich Nichts darum. Es ist empörend, zur Ordnung zu rufen, wo das Wohl von Millionen auf dem Spiele steht." (Donnernder Beifall links.) — Präsident ruft dreimal zur Ordnung. Goldmark plädirt auf das Heftigste weiter. Präsident: „Sobald ich zur Ordnung rufe, müssen Sie schweigen, mein Herr, und sich augenblicklich niedersetzen." — Goldmark: „Ich will nicht!" — Der Sturm wird so groß, daß der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzt.

In Pest trat nunmehr der flaue Liberalismus zurück und die Zeitströmung brachte den Radikalismus obenauf. Am 25. September erschien ein kaiserliches Manifest, das den General von Lamberg zum Oberbefehlshaber in Ungarn ernannte. Aber der ungarische Reichstag erklärte



Tod des Grafen Lamberg in Pest.

dies Manifest für ungültig. Dies war in der That auch formell der Fall, denn die Verordnung war von keinem verantwortlichen Minister gegengezeichnet. General Lamberg, der in Pest erschien, wurde von dem wüthenden Volke auf der Pester Brücke getödtet. An demselben

Tage, dem 28. September, ernannte der ungarische Reichstag eine provisorische Regierung von sechs Mitgliedern, unter Kossuth's Vorsitz, mit diktatorischer Gewalt, und damit war der Krieg auch zwischen dem Haus Habsburg und den Magyaren erklärt.

Der gewaltige Kampf, der nunmehr begann, hätte leicht mit der Niederlage des Hofes und mit der gänzlichen Zertrümmerung des österreichischen Kaiserstaates enden können. Daß dies nicht geschah, verhütete der Nationalfanatismus, den die Staatsmänner der Camarilla so geschickt benutzt hatten und auch noch weiter zu benutzen wußten.

Schwarz-weiß und Schwarz-roth-gold.

Die Demokratie zu Berlin sah bald ein, daß sie von der Versammlung in der Singakademie nicht viel erwarten könne. Zu gleicher Zeit aber mußte die in den Provinzen und in Berlin selbst auftretende Reaktion, die immer dreister wurde, die ernstesten Besorgnisse um den Bestand der Märzerrungenschaften erregen. In Pommern, der Mark Brandenburg und der Provinz Sachsen mehrten sich die Kundgebungen, die verlangten, man müsse die „Anarchie" in Berlin mit Waffengewalt beendigen.*)

Die Kreuzzeitungsritter thaten sich als „Junkerparlament" zusammen und brachten die Fanatisirung des bäuerlichen Elements gegen die Städte in ein System.**) Den reichen Angstmeiern in Berlin wurde das Schreckbild des „Kommunismus," der in Berlin einen „Herd" gefunden haben sollte, so drohend an die Wand gemalt, daß sie die Stadt in Masse verließen. Das würde den Demokraten wohl wenig Kümmerniß gebracht haben; weit bedenklicher aber war der massenhafte Abzug der Arbeiter. Man sprach von 20000, die nach der Ostbahn und zu den Arbeiten in den Provinzen abgegangen sein sollten. Das mochte übertrieben sein, allein es lag in der Thatsache des massenhaften Abganges der revolutionären Elemente eine eindringliche Mahnung für die Demokratie. Sie suchte sich zu befestigen, indem sie ihre Organisationen möglichst ausbildete und zusammenschloß. Es bildete

*) Dies war auch in dem bekannten reaktionären Lied ausgedrückt, dessen letzte Strophe lautet:

„Also hausen durch das Land
Die unsaubern Geister,
Bis das Kreuz mit fester Hand
Drüber schlägt der Meister.
Bei dem ersten Trommelklang
Fahren sie davon mit Stank;
Gegen Demokraten
Helfen nur Soldaten!"

**) In der Nähe von Berlin zeichneten sich namentlich Charlottenburg und Teltow durch reaktionäre Gesinnung aus, weshalb man von Teltow sagte, 1848 seien dort die Rüben besser als der Verstand gediehen.

sich ein Zentralkomité, in welches alle demokratischen Klubs und Vereine Delegirte sandten*), und der demokratische Klub theilte Berlin in 22 Bezirke mit je einem Bezirksführer ein. Es ward behauptet, der Klub sei 3000 Mitglieder stark, doch dürfte dies übertrieben sein. Die Maschinenbauer, sowie die von Born gebildeten Arbeiterorganisationen schlossen sich angesichts der drohenden Reaktion enger an die Demokratie an.

Am 6. August sollten alle deutschen Truppen dem Reichsverweser huldigen und diese Aktion, die so kläglich ins Wasser fiel, ward von den Berliner Demokraten als Anlaß zu einer großen Demonstration benutzt. Sie wollten damit nicht dem Reichsverweser ihre Sympathie ausdrücken, sondern die Demonstration sollte bedeuten, daß Preußen in Deutschland aufzugehen habe. Am Opernhause sammelte sich ein ungeheurer Zug, der, wohl 20000 Köpfe stark, durch die Friedrichstraße und das Halle'sche Thor nach dem Kreuzberge ging. Unterwegs wurden mehrfach schwarz-weiße Fahnen abgenommen. Auf dem Kreuzberge war viel Landvolk zusammengeströmt, das dort mit den Demokraten Skandal anfangen und die Demonstration stören sollte. Vor der unabsehbaren Masse der Demokraten verliefen sich aber die reaktionären Elemente. An dem gußeisernen Denkmal auf dem Kreuzberge staute sich die Menge; Held kletterte auf das Denkmal und hielt eine Ansprache, worauf eine dreifarbige Fahne auf der Spitze des Denkmals befestigt wurde. Die Fahne wurde von der Bürgerwehr wieder herabgenommen.

Die Katzenmusiken und die Kämpfe des Lindenklubs mit den Konstablern boten der demokratischen Masse eine unerschöpfliche Quelle der Unterhaltung, worüber ernstere Arbeiten versäumt wurden. Die Konstabler zeigten sich sehr brutal**), sie konnten aber mit der Masse nicht fertig werden und so brach am 21. August wieder einer jener Krawalle aus, in denen die Berliner Demokratie ihre Kraft verpuffte. Der Anstoß wurde in Charlottenburg gegeben. In dieser Stadt, wo die Reaktionäre dominirten, wohnten die als freigeistige und demokratische Schriftsteller bekannten Brüder Bruno und Edgar Bauer, die einen demokratischen Verein gründeten. Darüber wurden die Reaktionäre so erbost, daß sie eine Anzahl Lumpenproletarier anwarben, um die Demokraten zu

*) Dasselbe hielt seine Sitzungen in dem heute noch bestehenden Restaurant von Waßmann in der Leipziger Straße.

**) Auch die Abgeordneten von Berg und Rodbertus — der bald wieder aus dem Kultusministerium geschieden war — wurden von den Konstablern mißhandelt, sowie eine Menge ganz unbetheiligter Leute. Von den Gewaltthätigkeiten der Konstabler wurde aber nicht so viel Aufhebens gemacht, wie von den Katzenmusiken.

mißhandeln. Die Angeworbenen, in Wahrheit ein Pöbel, fielen über die Demokraten her, mißhandelten sie mit viehischer Brutalität und begingen allerlei Exzesse, ohne daß die Polizei oder die Bürgerwehr einschritten. Edgar Bauer, der damals unter den Arbeitern viel Einfluß besaß, kam racheschnaubend nach Berlin und eine durch das Benehmen der Konstabler, sowie durch verschiedene reaktionäre Maßregeln gereizte Volksmasse strömte vor dem Hause des Ministers des Innern in der Wilhelmstraße zusammen. Der Minister, Herr von Kühlwetter, war nicht zu Hause und die Menge zog unter der Führung von Edgar Bauer und dem deutsch-katholischen Prediger Dowiat vor das Palais des Ministerpräsidenten Auerswald, wohin sich der Justizminister Märcker, den man erst aufsuchen wollte, geflüchtet hatte. Bei Auerswald war gerade große Gesellschaft. Dowiat erschien als Sprecher des Volkes und verlangte die Freigebung der politischen Gefangenen und die Bestrafung der Prügelhelden zu Charlottenburg, oder die Abdankung des Ministeriums. Indessen rückten draußen die Konstabler*) an und es kam zu einem harten Zusammenstoß. Die Konstabler hieben scharf ein, das Volk brach die Gitter an der Rampe vor dem Palais aus, um sich mit den Eisenstäben zu bewaffnen, riß in seiner Erbitterung das Pflaster auf und warf dem Ministerpräsidenten die Fenster ein, so daß die geladenen Herren und Damen eiligst von der Tafel vor den fliegenden Pflastersteinen flüchten mußten. In der nahen Behrenstraße wurde unter Leitung des Assessors Rudolf Schramm eine Barrikade aufgeworfen. Es fielen Schüsse und es gab viele Verwundungen. Das Volk wurde schließlich in die Flucht getrieben und der Zweck des Ganzen, der Sturz des Ministeriums, war vereitelt. Die Maschinenbauer erschienen mit ihren Gewehren und gaben einige blinde Schüsse ab, um die das Volk verfolgenden Konstabler zu verscheuchen; die Barrikade in der Behrenstraße ward von der Bürgerwehr zerstört.

Dowiat ward verhaftet und zu sechs Jahren Festungshaft verurtheilt; Edgar Bauer hielt sich noch eine Weile in Berlin auf, da ihn die Arbeiter gegen die Polizei schützten; schließlich floh auch er in das Ausland. Bauer wurde später konservativ, wie sein Bruder; der Barrikadenbauer Schramm ward Bismärcker und ließ sich einen Konsulatsposten geben.**)

*) Die brave Bürgerwehr war gerade bei einem Zweckessen beisammen und kam deshalb sehr spät.

**) Die beiden Bauer verkehrten viel in der damals sehr bekannten Hippel'schen Weinstube in der Dorotheenstraße, wo auch Ludwig Buhl und Max Stirner (Kaspar Schmidt) sich einfanden. Dieser philosophische Zirkel sah mit souveräner Verachtung auf die Tagespolitiker hinab und erklärte Alles für Sch — —, was dieselben thaten, leider ohne etwas Besseres angeben zu können. Max Stirner

Dieser verunglückte Versuch, das Ministerium Auerswald zu stürzen, wurde von den Reaktionären gründlich ausgenutzt und schadete der Demokratie sehr, indem er ihre Ungeschicklichkeit bloßstellte. Bald darauf ward Held des Verraths an der Demokratie überführt. Seit der mißglückten Demonstration gegen das Ministerium Camphausen traute man ihm nicht mehr und man vermuthete, daß er mit der feudalen Partei in heimlicher Verbindung stände. Allein man konnte ihm nichts nachweisen und Held vertheidigte sich nicht ohne Erfolg mit der Behauptung, die anderen Führer der Demokratie feindeten ihn nur an, weil sie ihn um seinen Einfluß auf die Massen beneideten. Held hat später, im Jahre 1865, selbst zugegeben, wie begründet der Verdacht gegen ihn war. Er erzählte in einer öffentlichen Versammlung*), daß er von dem Bürgerwehrkommandanten General Aschoff, der früher sein Vorgesetzter gewesen, zu einem Diner eingeladen worden sei und dort „zufällig" den Geheimen Rath von Manteuffel, den späteren Ministerpräsidenten, gefunden habe. Sie Beide hätten Gefallen aneinander gefunden und sich gegenseitig versprochen, wer in dem bevorstehenden Kampfe zwischen Aristokratie und Demokratie zu den Siegern gehöre, solle den Anderen schonen. Später wurde Held von einer hocharistokratischen Dame, Fräulein von Hake, zum Thee eingeladen, mit der Motivirung, eine hochstehende weibliche Persönlichkeit wolle den „großen Volksmann" kennen lernen. Held ging in die Falle und erschien. „Zufällig" fand er den Präsidenten des reaktionären Preußenvereins, einen Herrn von Katte, bei Fräulein von Hake. Diese letztere schrieb zugleich die ganze Sache an Dohm, den erbitterten Feind Held's, und Dohm machte die ganze Intrigue bekannt. Gleich darauf entwickelte Held vor der Oeffentlichkeit seinen großen „Plan," einen Diktator einzusetzen, die Parlamente zu sprengen, eine von ihm entworfene Verfassung zu oktroyiren und Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen. Damit bestätigte Held, was von ihm behauptet und durch die Enthüllungen Dohm's und des Fräuleins von Hake durchaus wahrscheinlich geworden

war der Bescheidenste unter diesen Leuten. „Hier," schreibt ein Zeitgenosse, „giebt es keine Poesie, sie ist Lüge; keine Wissenschaft, sie ist unfruchtbar; keinen Staat, er ist faul; keine Schule, sie ist oberfaul; keine Liebe, sie ist unterdrückter Geschlechtstrieb; keine Freundschaft, sie ist eine Phrase!" Näheres über diesen amüsanten Zirkel findet man in Robert Springer's Buch: „Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahr 1848." — Es ist interessant, den späteren Kreuzzeitungsmann Edgar Bauer in seiner anarchistischen Sturm- und Drangperiode zu beobachten. Im Uebrigen haben die beiden Bauer den überlegenen Spott, den Karl Marx in seinem Buche: „Die heilige Familie" über sie ausgoß, reichlich verdient.

*) Siehe „Berliner Reform" vom 12. Dezember 1865.

war, daß er sich in den Dienst der feudalen und reaktionären Elemente begeben habe. Die Volksgunst schwand im Nu von ihm hinweg und er konnte der Aristokratie nicht leisten, was sie von ihm erwartet. Darum ließ man ihn auch fallen. Was er selbst von Bestechungsversuchen, die an ihm gemacht und von ihm zurückgewiesen worden, erzählt, läßt sich auf seine Wahrheit nicht kontroliren. Er verfiel dem Spotte, man persiflirte ihn auf der Bühne und verhöhnte ihn in Flugschriften.*) Als er später in Noth gerieth, ging er Manteuffel um Unterstützung an und erhielt, wie er selbst erzählte, im Ganzen 1000 Thaler, zuletzt 300 als „Ultimatissimum" ausbezahlt. Auch von Otto von Bismarck, dem damaligen Bundestagsgesandten, erhielt er nach seiner eigenen Angabe im Ganzen 450 Thaler für literarische Arbeiten zugewendet, womit der politische Charakter des „Mirabeau von Berlin" hinreichend beleuchtet ist.**)

Der Vergleich mit Mirabeau trifft bei Held in mancher Beziehung zu, sowohl in der demagogischen Kunst, als in der Treulosigkeit und Charakterschwäche. Er ähnelte ihm sogar in der pathetischen Phrase und in der Donnerstimme. Aber das staatsmännische Genie des berühmten und berüchtigten Franzosen ging ihm ab.

Die Camarilla, resp. das ministère occulte, die Gerlach und Genossen quälten sich indessen auch nicht wenig mit staatsrettenden Plänen ab. Gerlach hatte schon am 28. Juni an den König einen Brief geschrieben, in welchem er beklagte, daß der Zeughaussturm am 14. Juni nicht zum Einschreiten benutzt worden sei. Er wollte dem König die Meinung beibringen, „Volkssouveränität" sei gleichbedeutend mit Republik

*) Als sich Truppenmassen um Berlin zusammenzuziehen begannen, rieth Held in einem Plakat, die Stadt möge sich verproviantiren. Ein gewisser Dr. Cohnfeldt, der unter dem Pseudonym Buddelmeyer allerlei fliegende Blätter herausgab, verspottete diesen Vorschlag mit den Versen:

„Berlin, verproviantire dir,
Dein großer Held hat Hunger!"

**) Die Maschinenbauer hatten Held am treuesten angehangen; nach der Hake'schen Intrigue aber stießen sie ihn aus ihrem Verein. Robert Springer schreibt darüber:

„Wenn man Zeuge gewesen war, wie dies verwegene und treue Arbeitervolk sich um den politischen Jongleur gedrängt, wie das wilde (!) Auge, das den feurigen Blicken des Gluthofens zu trotzen gewohnt ist, am Munde ihres Apostels gehangen hatte, dann mußte man beklagen, daß diese braven und hingebungsvollen Menschen veranlaßt worden waren, dem Manne, dem sie unbedingten Glauben geschenkt und der sie jeden Augenblick hätte in den Tod schicken können, ihr Vertrauen zu entziehen."

und die Vereinbarungs-Versammlung wolle auf dem sogenannten konstitutionellen Wege den „Umsturz des Thrones" erreichen. Gerlach war wüthend über Radowitz, der einen neuen Aufstand als Gelegenheit zum Einschreiten abwarten wollte. Wenn der König sich die Beschlüsse der Nationalversammlung über Volksbewaffnung, Grundeigenthum u. s. w. gefallen lasse, so werde der von Radowitz erwartete Moment nie eintreten.

Radowitz hatte dem König einen ganz anderen Plan vorgeschlagen. Er empfahl ihm, den Arbeitern gegen die Bourgeoisie beizustehen; sogar vor der „kommunistischen Einkommensteuer" schreckte Radowitz nicht zurück. Er hoffte so der revolutionären Bewegung ihre treibende Kraft, das Proletariat abtrünnig zu machen. Der König fand, wie Gerlach erzählt, diesen Gedanken „gar nicht so furchtbar." Man ersieht daraus, daß Bismarck auch nur einen Abklatsch zum Besten gab, als er sein „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo"*) mit der Miene tiefster Staatsweisheit in die Welt hinaus posaunte.

Der König kam immer noch zu keinem Entschluß und Gerlach mußte sich begnügen, ihn gegen die Minister einzunehmen, die, wie er behauptet, „jetzt schon frech und willkürlich gegen den bestehenden Rechtszustand verstoßen." Die unaufhörliche Bearbeitung und die wohlberechneten Einflüsterungen konnten indessen nicht ohne Wirkung auf den König bleiben, manche Bemerkung ließ einen Stachel zurück und als die Vereinbarungs-Versammlung Beschlüsse faßte, die ihm unannehmbar schienen, da war er für den unvermeidlichen Konflikt beinahe schon soweit „gestrammt," mit den Junkern zu reden, wie die Camarilla es wünschte.

Derweilen saß die Vereinbarungs-Versammlung über ihren Arbeiten. Daß sie wenig gethan habe, kann man ihr gewiß nicht nachsagen; sie berieth außer der Verfassung noch eine Menge von Angelegenheiten. Die Reaktionäre bestritten ihr das Recht, sich um andere Dinge, als um die Verfassung zu bekümmern, während die Demokraten ihr dies Recht zuerkannten.**) Uebrigens waren verschiedene Beschlüsse der Versammlung in Bezug auf „fremde" Materien gerade die verdienstvollsten. In der Frage der Feudallasten zeigte sie freilich keine Entschlossenheit. Wenn schon die Bauern der Ostprovinzen die Frohnarbeiten selber abgeschüttelt hatten, so konnte sich die Versammlung doch nicht dazu erheben, diesen Bauern

*) „Wenn ich die Oberen (die Bourgeoisie) nicht beugen kann, so werde ich die Unterwelt (das Proletariat) in Bewegung setzen."

**) Sogar die „Vossische Zeitung" nennt in ihren Berichten die Versammlung die „konstituirende Nationalversammlung." So suchte man sich über die Bedenklichkeiten des von der Versammlung selbst anerkannten Vereinbarungsprinzips hinwegzutäuschen.

die Befreiung von den mittelalterlichen Lasten durchweg unentgeltlich zu gewähren; dies wurde nur bei den drückendsten Verpflichtungen ausgesprochen. Die Ablösungsbedingungen sollten erleichtert werden. Indessen kam diese Arbeit der Versammlung nicht zur Vollendung.

Bezeichnend für die Art des oppositionellen bürgerlichen Liberalismus von 1848 ist eine an sich unbedeutende Affaire, die sich im Neuen Palais zu Potsdam abgespielt hat. Der König lud sämmtliche Mitglieder am 30. Juli dahin ein und sie nahmen fast alle die Einladung an, auch solche, die in der Versammlung mit dem ganzen demokratischen Phrasen-



Stein.

aufgebot den Hof und die Monarchie zu bekämpfen pflegten. Es schmeichelte der Eitelkeit dieser sich unendlich wichtig dünkenden parlamentarischen Parvenüs, zu Hofe geladen zu werden. Sie fuhren von der Station Wildpark zu Wagen weiter durch die königlichen Gärten und wurden dabei so bestaubt, daß sie, als sie an der Terrasse des Neuen Palais ausstiegen, gar nicht mehr kourfähig aussahen. „Die Demokraten waren zu Hoffiguren aus der Zeit Ludwig's XIV. eingepudert."*) Da sich die Hoflakaien absolut nichts um die eingepuderten Volksvertreter bekümmerten,

*) So beschreiben diese Affaire Peter Reichensperger und Herr von Unruh, die daran Theil genommen.

mußten diese selber einander die Röcke ausklopfen und die Lakaien sahen spöttisch zu. Dann wurden die Abgeordneten zum Könige geführt und dieser unterhielt sich eine Stunde mit ihnen. „Nach drei bis vier Stunden Staub, Hitze und Durst" bekamen sie einige Erfrischungen und mußten dann nach dem Bahnhof eilen. „So unbedeutend die ganze Sache Manchem erscheint," schrieb später Herr von Unruh, „so war sie dem besonnenen Beobachter doch bezeichnend genug." — In der That; nur befanden sich eben in der Versammlung nicht allzu viele besonnene Beobachter.

Als über die Abschaffung der Todesstrafe verhandelt wurde, hatte sich der Justizminister Märcker in einer großen Rede gegen diese Strafart ausgesprochen. Die Abschaffung ward mit großer Majorität genehmigt. Wenn dadurch die Camarilla zu neuen Intriguen gegen die ihr so verhaßten „liberalen" Minister angespornt wurde, so konnte doch der Konflikt zwischen dem Ministerium und der Versammlung nicht ausbleiben. Er kam zum Ausbruch, als die Versammlung in die militärische Sphäre eingriff. Schon als die Versammlung beschloß, daß die Landwehr ihre Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich selber wählen solle, trat eine merkliche Spannung ein, denn dieser Beschluß widerstrebte so sehr allen junkerlich-altpreußischen Traditionen, daß Viele seine Ausführung für gleichbedeutend mit dem Anfang vom Ende der preußischen Heeresorganisation überhaupt hielten. Dazu kam noch der Stein'sche Antrag.

Mit diesem hatte es folgende Bewandtniß: In Schweidnitz herrschte eine starke Spannung zwischen Militär und Bürgerwehr. Am 31. Juli hatte der kommandirende General der Bürgerwehr den Gebrauch der Trommeln untersagt. Am Abend brachte ein Volkshaufe dem General eine Katzenmusik und warf ihm die Fenster ein. Militär vertrieb die Menge; zugleich rückte auch die Bürgerwehr an, um ihren Polizeidienst zu versehen. Eine Kompagnie Wasserpolacken feuerte auf die Bürgerwehr und tödtete 14 Mann derselben. Nach einigen Darstellungen sollen zuerst Schüsse auf das Militär gefallen sein. Die Bürgerwehr erwiderte das Feuer offenbar nicht. Aus Anlaß dieses Ereignisses, das weithin Unruhe und Aufregung verbreitete, stellte der Abgeordnete Stein von Breslau in der Vereinbarungs-Versammlung am 9. August den Antrag, der Kriegsminister möge in einem Erlaß den Offizieren anbefehlen, daß sie reaktionären Bestrebungen ferne zu bleiben hätten; diejenigen Offiziere, welche mit den neuen konstitutionellen Zuständen nicht einverstanden seien, sollten die Ehrenpflicht auferlegt erhalten, ihren Abschied zu nehmen. Stein sagte, als er den Antrag begründete, Preußen könne nicht eher ein konstitutioneller Staat genannt werden, bis auch die Träger der Verwaltung, zu denen die Offiziere gehören, aus Anhängern der konstitutionellen

Grundsätze beständen. Das war an sich gewiß richtig, aber falsch war es, wenn Stein seinem Antrage und der Versammlung die Macht zutraute, eine solche Umänderung zu bewirken.

Die Versammlung nahm den Stein'schen Antrag an, allein der Kriegsminister von Schreckenstein behandelte ihn als Makulatur und ließ ihn liegen. Am 4. September erst gab das Ministerium die Erklärung ab, es werde den Antrag einfach nicht ausführen. Man konnte unschwer bemerken, daß das Ministerium durch höhere Einflüsse zu dieser entschiedenen Stellungnahme getrieben wurde, allein die Linke nahm den Kampf auf. Stein stellte sofort den Antrag, das Ministerium zur Ausführung des Beschlusses anzuhalten, und die Versammlung beschloß am 7. September in diesem Sinne. Die 25000 Mann starke Bürgerwehr hatte durch ihren Kommandanten Rimpler dem Präsidenten der Versammlung, Grabow, eine Erklärung zugehen lassen, worin es hieß, daß sie in den Beschlüssen der Versammlung den Willen des preußischen Volkes erblicke und die Beschlüsse darum mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde.

Mit 219 gegen 143 Stimmen ward der zweite Stein'sche Antrag angenommen.

Die Linke gerieth ob ihres Sieges in einen Freudenrausch und fühlte sich förmlich im Besitze der Macht. „Das Volk und seine Vertreter haben sich geeinigt; halten wir diese Vereinigung fest und wir können die Feuerschlünde verachten, die vor den Thoren Berlins stehen," so sprach an diesem Abend Graf Reichenbach, ein Großgrundbesitzer aus Schlesien, der zur Linken gehörte, zu dem massenweis zusammengeströmten Volke.

Aeußerlich nahm sich der Erfolg auch ganz imposant aus; hinter der moralischen Macht der Versammlung stand die materielle Macht der Bürgerwehr. Und dennoch wußten beide Faktoren ihre Position nicht zu behaupten. Man könnte zu der Annahme versucht sein, daß wenn im Jahre 1848 Jemand „nicht reif" gewesen, dies weit eher die liberale Bourgeoisie als die Masse des Volkes war.

Der Stoß des Widerstandes traf zunächst das „Ministerium der That"; die Herren Auerswald, Hansemann und Genossen dankten am 11. September ab.

Im Schlosse jubelte die Camarilla auf; nun war der ersehnte Konflikt da, der denselben Dienst leisten konnte, wie ein revolutionärer Putsch. Vor der Bürgerwehr scheinen die Gerlach und Genossen wenig Respekt gehabt zu haben. Sie wollten an der Spitze des neuen Ministeriums einen energischen General haben, der die Versammlung sprengen sollte. Der König hatte aber seine eigenen Gedanken. Zunächst wurde mit Beckerath, der

aus Frankfurt eilends nach Berlin kam, ein Versuch gemacht, ein neues Ministerium zu bilden. Aber man sah ein, daß man mit diesem liberalen Fabrikanten nichts erreichen könne, und so ward ein Ministerium mit einem General an der Spitze eingesetzt. Aber es war nicht ein Staatsstreichs-General, sondern der alte Pfuel. Er hatte zugleich den Krieg; Eichmann das Innere, von Bonin die Finanzen, Graf Dönhoff das Auswärtige und Kisker die Justiz. Pfuel erklärte in der Versammlung, er werde auf dem betretenen konstitutionellen Wege fortschreiten und reaktionären Bestrebungen mit aller Macht entgegentreten, sowohl in der Zivilverwaltung als im Militär; ebenso werde er den Ausbrüchen der Anarchie und Ungesetzlichkeit steuern. Er glaubte zu schieben, und er ward geschoben.

Der Antrag Stein ward von Pfuel ausgeführt und so der Konflikt vorläufig beseitigt. Herr von Unruh lieferte den Entwurf des Erlasses an die Offiziere und Pfuel nahm ihn an, denn Unruh hatte ihn so gemacht, daß Pfuel ihn annehmen konnte. Selbstverständlich blieb der Erlaß ohne alle Wirkung.

Das Ministerium Pfuel zeigte ein sehr volksfreundliches Gesicht, so sehr, daß Gerlach anfangs ganz niedergeschlagen war.*) Wie weit das Verhalten des Ministeriums Maske war, braucht man nicht zu untersuchen, denn inzwischen war ein neuer Machtfaktor auf dem Plane erschienen, der sich keine Mühe gab, sich zu verschleiern. Die „Feuerschlünde vor den Thoren,“ von denen Graf Reichenbach gesprochen, waren wirklich draußen aufgefahren. Am 15. September war der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte General von Wrangel zum „Oberbefehlshaber in den Marken“ ernannt worden. Diese Maßregel hatte einen kriegerischen Charakter und ließ keinen Zweifel mehr übrig, daß es auf ein militärisches Einschreiten nunmehr wirklich abgesehen sei. Es zogen sich an die 50000 Mann mit zahlreichem Geschütz um Berlin zusammen. Nur ging es mit dem Einschreiten nicht so schnell, wie es die Camarilla gern gesehen hätte. Einstweilen erließ Wrangel am 17. September einen drohenden Armeebefehl und in der Stadt, wo die Bürgerwehr ihren künftigen Bezwinger so festlich empfing, daß er, nach seinen eigenen Worten, sich wie auf einem Triumphzuge sah, hielt der Oberbefehlshaber in den Marken eine Ansprache. Er sagte, er sei zum Einschreiten berufen, wenn die Ordnung gestört und das Gesetz übertreten werde, aber erst dann, wenn die Bürgerwehr nicht mehr ausreiche. Er wolle die Freiheit gegen die Anarchie schützen. Die Spießbürger jubelten ihm zu und er sagte:

*) Bismarck, erzählt er, habe ihn damit getröstet, daß es in Berlin „zu etwas kommen“ werde, so daß kräftig eingeschritten werden könne. Aber Pfuel ging einem Konflikt aus dem Wege und es kam zu nichts.

„Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Lauf.“ Und auf einen neuen Jubelausbruch fuhr er fort: „Wie traurig sehe ich Berlin wieder! In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet, die Läden sind voll Waare, aber ohne Käufer. Der fleißige Bürger ohne Arbeit, ohne Verdienst; der Handwerker verarmt. Das muß anders werden, die Anarchie muß aufhören und ich verspreche es Euch; ein Wrangel hat noch nie sein Wort gebrochen.“

Frenetischer Jubel seitens der beschränkten Philister! Aber in der Versammlung ward man denn doch besorgt bei den Drohungen dieses rücksichtslosen Soldaten. Herr von Kirchmann fragte an, was denn von den Kundgebungen Wrangel's zu halten sei. Pfuel antwortete, man dürfe es mit diesen Dingen nicht so genau nehmen und im Uebrigen stehe Wrangel unter seinem, des Kriegsministers Befehl.

Zwei Tage darauf erließ Wrangel an seine Truppen den Befehl, sich marschfertig zu halten. Sie marschirten indessen noch nicht; an maßgebender Stelle hielt man die Zeit dazu noch nicht für geeignet.

Die Einsichtigen mußten sehen, daß der Arm, der den großen Schlag thun sollte, schon erhoben war. Die Reaktionäre mußten sehen, daß die Bürgerwehr-Elemente, die Wrangel einen Triumphzug bereitet und seiner famosen Rede zugejubelt hatten, nicht zu fürchten seien. Und solche Elemente bildeten die Mehrzahl.

Die Versammlung ging nun an die Berathung des Verfassungs-Entwurfes. Sie war verdammt, in das Faß der Danaiden zu schöpfen.

Handwerker und Arbeiter.

Was in der Arbeiterwelt gährte und nach Durchbruch rang, stieß auf entschiedenen Widerstand bei dem zunftmäßigen Handwerkerthum. Von allen Klassen haben die zopftragenden Handwerks- und Innungsmeister im Jahre 1848 die Zeitbewegung am wenigsten verstanden. Wohl hatten sie in vormärzlichen Tagen sich häufig gegen Polizei und Bureaukratie aufgelehnt; als aber die ersehnte Freiheit kam, blieben sie mit der hergebrachten Engherzigkeit an ihren Kirchthurmsinteressen hängen. Sie glaubten sogar die Revolution benutzen zu können, um alte, längst abgestorbene Einrichtungen neu zu beleben. Sie demonstrirten gegen die Gewerbefreiheit, deren Wesen sie nicht verstanden, weil sie nicht über Nasenlänge hinaussahen. Im April 1848 richteten die Leipziger Innungsmeister einen offenen Brief an alle Innungsgenossen Deutschlands, in welchem sie aufforderten, am Innungswesen, diesem „Kleinod," festzuhalten. Sie behaupteten, mit der Aufhebung der Innung werde Familie, Haus, Gemeinde, Staat und die ganze Gesellschaft in Trümmer gehen. Auch gegen das allgemeine Wahlrecht wendeten sie sich, denn sie fürchteten, der Meister könne von seinen Gesellen überstimmt werden, so daß schließlich die Gesellen den Meistern Gesetze vorschreiben würden. Dieser lächerliche Dünkel der Meister war verbunden mit einem bornirten Hasse gegen die Juden. Die Meister fürchteten von der Emanzipation der Juden eine gefährliche Konkurrenz und darum hatten sie auch bei verschiedenen Judenkrawallen des „tollen Jahres" die Hand im Spiel.

Rührig waren die Zunftmeister für ihre Sache, das muß man ihnen lassen. Beim Fünfziger-Ausschuß zu Frankfurt am Main lief im April ein Schreiben vom Bremer Tischlergewerk ein, welches den Ausschuß aufforderte, er solle beim Parlament beantragen, daß es in allen die Handwerker betreffenden Fragen nichts beschließe, „ohne den Rath der Handwerker selbst zu hören." Das wäre an und für sich ganz vernünftig gewesen, wenn nur die Handwerksmeister selbst vernünftigere Anschauungen gehabt hätten.

Die Bremer Anregung hatte zur Folge, daß in Hamburg in der Tonhalle am 2. Juni 1848 eine „Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes" zusammentrat. Der Geist dieser Versammlung war so reaktionär, daß man sogar die Berliner Märzrevolution als eine Wirkung der Gewerbefreiheit darstellte. Man beschloß indessen, auf den 14. Juli nach Frankfurt am Main einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß einzuberufen, was der Delegirte Selenka aus Braunschweig beantragt hatte. Eine Kommission hatte die Vorarbeiten zu besorgen und diese richtete an das Frankfurter Parlament eine Adresse, dahin lautend:

„1. Wir erklären uns mit der größten Entschiedenheit gegen die Gewerbefreiheit und verlangen, daß dieselbe, soweit sie in Deutschland besteht, durch einen besonderen Paragraphen des Reichsgrundgesetzes aufgehoben werde. 2. Wir erklären uns für würdig und befähigt, unsere Angelegenheiten selbst zu ordnen, also auch die Lösung der sozialen Frage (!) selbst zu übernehmen. 3. Wir zeigen dem hohen Parlament an, daß wir auf Grund des allgemeinen Versammlungsrechts zum 15. Juli dieses Jahres eine Versammlung von Abgeordneten des Handwerker- und Gewerbestandes aus dem ganzen deutschen Vaterlande berufen, um einen durch dieselben abzufassenden Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung auszuarbeiten und dem hohen Parlamente vorlegen zu lassen."

Es fanden sich 166 Delegirte, welche alle die „soziale Frage lösen" wollten, in Frankfurt am Main zusammen. Unter ihnen befanden sich auch zehn Gesellen, und die Herren Innungsmeister trieben ihre alberne Anmaßung und ihren Dünkel so weit, daß sie die Zulassung dieser Gesellen-Delegirten zu den Verhandlungen verweigerten. Sie hießen dieselben nach Hause gehen und dort den Gang der Dinge abwarten; die Meister würden schon selber die Interessen der Gesellen wahrnehmen. Indessen waren die Gesellen nicht so thöricht, sich der Anmaßung der Zunftmeister zu fügen; sie beriefen einfach einen Gesellenkongreß nach Frankfurt ein. Das war wieder den Meistern sehr unangenehm, die geglaubt hatten, in aller Ruhe die „Lösung der sozialen Frage" für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie wollten darauf den Gesellen berathende, aber nicht beschließende Stimme auf dem Kongresse einräumen und eine besondere „Gesellenkommission" aus Meistern bilden, wo auch die Gesellen Sitz und Stimme haben sollten. Dafür sollten die Gesellen aber ihren eigenen Kongreß aufgeben. Aber die Gesellen lehnten dieses Entgegenkommen nunmehr mit Recht ab und so tagte neben dem Meisterkongreß der Gesellenkongreß.

Die Meister spielten sich als gar gewichtige Leute auf und legten sich eine Art Souveränität bei. Dabei kamen die reaktionärsten und konfusesten Anschauungen bei ihnen zum Vorschein. Ein Ausschuß des Kongresses hatte eine gemeinsame Sitzung mit dem volkswirthschaftlichen Ausschusse des Parlaments, die aber zu keinem Resultate führte, weil die Innungsmeister hartnäckig auf der Aufhebung der Gewerbefreiheit bestanden, worauf sich der volkswirthschaftliche Ausschuß natürlich nicht einließ. Die Beschlüsse des Handwerkerkongresses wurden sehr beeinflußt von einem Schriftsteller Namens Winkelblech (pseudonym Karl Marlo), der ein entschiedener Gegner des modernen Kapitalismus war. Seine Anschauungen waren ein Gemengsel aus halb sozialistischen und zünftlerischen Bruchstücken. Er war ein Gegner der Gewerbefreiheit und begriff nicht, daß diese den Beruf hatte, die Fesseln der alten Zwergproduktion lösen zu helfen, um die für den Bedarf der modernen Gesellschaft erforderliche Großproduktion zu ermöglichen. Er wollte eine „soziale Kammer," in der alle Berufe vertreten sein und eine soziale Gesetzgebung berathen sollten, die jedem Gesellschaftsglied einen seiner Arbeitskraft angemessenen Erwerb sichern sollte. Winkelblech, der durch seine mit christlich-germanischen Zuthaten versehene soziale Theorie die Welt vor dem „Kommunismus" retten wollte, dachte sich seine Sozialverfassung auf einem Verband von Innungen aufgebaut, über denen eine allgemeine deutsche Gewerbekammer stehen sollte, von der die gesammte Gewerbegesetzgebung auszugehen und die gleichzeitig mit dem Reichsparlament zu tagen hatte. Auf diesem Wege hoffte er das Handwerk zu retten.*) Seine Ausfälle gegen das Kapital zogen ihm heftige Angriffe zu und die liberale Presse bezeichnete ihn als einen Agenten im Solde Englands.

Die Beschlüsse des Handwerkerkongresses richteten sich gegen den Großkapitalismus und gegen das Proletariat zugleich. Winkelblech's Einfluß ist in diesen Beschlüssen deutlich zu erkennen. Die Innung ward obligatorisch verlangt, der Hausirhandel mit „Handwerksartikeln" sollte verboten, Staats- und Kommunalwerkstätten nicht zulässig sein. Alle Staats- und Kommunalarbeiten sollten an die Innungen vertheilt werden. Die Fabriken sollten besonders besteuert sein und nur dem Handwerkerstande selbst sollte der Handel mit seinen Erzeugnissen gestattet werden. Hohe Schutzzölle, Ausfuhrprämien für deutsche Fabrikate und vortheilhafte

*) Das Material zur Geschichte der Handwerker- und Arbeiterbestrebungen jener Zeit ist sehr zerstreut und muß mühsam zusammengesucht werden. Im Jahrgang III der „Neuen Zeit" (1885) befinden sich z. B. drei ausführliche Aufsätze von H. Schlüter: „Beiträge zur sozialen Geschichte des Jahres 1848," in denen u. a. die Theorien Winkelblech's anschaulich dargestellt sind.

Handelsverträge, sowie die Vertretung der Innungen durch Spezialkammern und die von Winkelblech vorgeschlagene allgemeine deutsche Handwerkskammer wurden besonders betont. Schließlich standen auch unentgeltlicher und verbesserter Schulunterricht, gewerbliche Fortbildungsschulen, Hülfskassen und Vorschußbanken und „zweckmäßige Kreditgesetze" auf dem großen Wunschzettel der Herren Innungsmeister.

Der volkswirthschaftliche Ausschuß des Parlaments wies diese Forderungen als reaktionär ab und damit hatte er auch ganz recht. Wie mochte man auch die lächerliche Illusion hegen, der Produktion wieder die ganze mittelalterliche Innungszwangsjacke anlegen zu können!*) In dem Spießbürgerthum des Handwerkerkongresses war das kleinbürgerlich-reaktionäre Element repräsentirt, welches jedem entschiedenen Fortschritt mit aller Macht widerstrebte und der großen Freiheitsbewegung wie eine Kugel am Bein hing. Den Arbeitern versperrten diese beschränkten Innungs-Zopfträger den Weg mit der ganzen Angst und Wuth, deren solche schönen Seelen fähig sind, wenn sie ihren Besitz und ihr „Standesinteresse" bedroht glauben.

Der rheinisch-westfälische Gewerbeverein und der „Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit" wirkten ganz in der gleichen Richtung wie der Frankfurter Handwerkerkongreß; sie verlangten hauptsächlich hohe Schutzzölle.

Das kleine Handwerk, das damals eine weitaus breitere Masse bildete denn heute, wirkte dermaßen auf die Arbeiter ein, daß diese meistens gar nicht zur richtigen Erkenntniß ihrer sozialen Lage kamen. Aber auch die Bestrebungen der Innungsmeister selbst blieben gänzlich ohne Erfolg. Wären ihre Vorschläge wirklich durchgedrungen, so hätte das wenig zu bedeuten gehabt. Die sozial-ökonomische Entwickelung hätte sich nicht aufhalten lassen und die wuchtige Konkurrenz des Großkapitals hätte die künstlichen und schwächlichen Schranken, die ihr Winkelblech und Genossen setzen wollten, gar bald hinweggeräumt.

Die Arbeiterschaft machte nur da, wo der Fabrikbetrieb schon ein zahlreiches Proletariat geschaffen hatte, ernsthafte Versuche, sich zu organisiren und zu emanzipiren. Aber sie hatte noch keine Erfahrungen hinter sich und daß sich vielfach eine beklagenswerthe Unreife zeigte, lag in der Natur der Sache. Man sah eine Menge von Tumulten und Aufläufen; man hörte viel Geschrei und Lärm und man vernahm eine Reihe von Forderungen, die aber fast alle nur geeignet waren, die dringendsten

*) Von dieser Illusion sind indessen heute noch gewisse konservative und ultramontane Nebelwandler nicht kurirt.

Bedürfnisse des Augenblicks zu decken. Mit Ausnahme jener Bewegung am Rhein, der ein wissenschaftlicher Sozialismus zu Grunde lag, war nirgends ein durchdachter Begriff von den Aufgaben in Gesellschaft und Staat vorhanden. Die „Neue Rheinische Zeitung" gab sich viele Mühe, Erkenntniß und Wissen in sozialökonomischen Dingen zu verbreiten und den großen gesellschaftlichen Prozeß zu beleuchten. Karl Marx versuchte noch zuletzt, bevor das Blatt der Reaktion unterlag, die Arbeiter in einer trefflichen Abhandlung über das Verhältniß von Lohnarbeit und Kapital zu belehren.*) Aber diese Versuche verhallten im Lärm des Tages und die Arbeiter ließen sich wie Andere von tönenden Schlagworten, wie „Recht auf Arbeit," „Organisation der Arbeit," „Arbeitsministerium" und dergleichen bethören. Dazu kam, daß die Innungsmeister den Arbeitern ihren Zopf anknüpfen wollten, während andererseits auch die Utopisten ihre Zeit gekommen glaubten. Wilhelm Weitling schien zu glauben, die Revolution werde die Menschen in sein Paradies hineintreiben. Er erschien 1848 im Juli in Berlin und gab dort eine Wochenschrift: „Der Urwähler" heraus, die jedoch wegen Mangels an Abonnenten sehr bald einging. Er nahm am demokratischen Kongreß im Oktober 1848 zu Berlin Theil, konnte aber keinen Einfluß erlangen. Aus Berlin ausgewiesen, ging er nach Hamburg und Altona, wo er Sektionen des von ihm in Nordamerika gegründeten Befreiungsbundes ins Leben rief. Die Polizei vertrieb ihn auch von da und er ging nach Nordamerika zurück.**)

Die Verfechter des wissenschaftlichen Sozialismus am Rhein faßten die Zeitbewegung ganz anders auf; sie sahen in ihr einen Kampf der

*) Diese Abhandlung war eine neue Bearbeitung der Vorträge, die Marx 1847 im Brüsseler Arbeiterverein gehalten hatte.

**) Es ist vielleicht interessant, hier zusammenzustellen, wie Karl Marx, als Vertreter des wissenschaftlichen, Weitling als Vertreter des utopistischen Sozialismus voneinander dachten. Karl Marx schrieb 1844: „Wo hätte die deutsche Bourgeoisie — ihre Philosophen und Schriftgelehrten eingerechnet — ein ähnliches Werk wie Weitling's „Garantien der Harmonie und Freiheit" in Bezug auf die Emanzipation der Bourgeoisie — die politische Emanzipation — aufzuweisen? Vergleicht man die nüchterne kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen politischen Literatur mit diesem maßlosen und brillanten Debut der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese riesenhaften Kinderschuhe des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit der ausgetretenen politischen Schuhe der Bourgeoisie, so muß man dem Aschenbrödel eine Athletengestalt prophezeien." — Weitling dagegen, weniger gerecht, sagte von Marx: „Ich sehe in Marxens Kopf weiter nichts als eine gute Encyklopädie, aber kein Genie." — Weitling hatte überhaupt ein sehr starkes Selbstgefühl. 1869 schrieb er an Schilling: „Ich brauche sehr nothwendig einen Verleger für meine Astronomie, das werthvollste Buch, was je in der Welt erschienen ist und erscheinen wird."

modernen bürgerlichen Gesellschaft mit dem alten Feudalismus und Bureaukratismus. Sie kämpften diesen Kampf mit, muthiger als ihn die Bourgeoisie für sich selber gekämpft hat, denn sie waren sich klar darüber, daß der Weg zur Befreiung des Proletariats durch die moderne bürgerliche Gesellschaft hindurch geht. Darum waren auch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten*), der seinen geheimen Charakter abgelegt hatte, überall in der demokratischen Bewegung thätig, in Berlin, in Breslau, in Nassau, in Hessen u. s. w.; der Gegensatz zwischen ihnen und der rein bürgerlichen Demokratie trat oft schneidend hervor. Aber sie thaten Alles, um das Proletariat zur Theilnahme an dem großen Kampfe zu bewegen.

Die Arbeiter, von der allgemeinen Bewegung ergriffen, machten, wo sie konnten und wo sie in größerer Zahl beisammen waren, den Versuch, sich zu organisiren und ihre Ansprüche mehr oder weniger zur Geltung zu bringen. Die Spießbürger, die ihnen das Recht dazu absprachen, verhöhnten damals wie heute die „Begehrlichkeit" der Arbeiter. In Leipzig führte dies zu einer ganz unerwarteten Erscheinung. Dort hatten sich so ziemlich alle Gewerke, Maurer, Zimmerer, Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Zigarrenarbeiter und andere vereinigt und hielten Versammlungen zur Berathung ihrer Angelegenheiten ab. Da erschien im „Leipziger Tageblatt" eine Annonce, die eine Dienstmädchenversammlung auf Palmsonntag ins Kolosseum ausschrieb. Ein Spießbürger glaubte damit die Arbeiterbestrebungen verhöhnt zu haben. Aber es kam anders. Es erschienen etwa 300 Dienstmädchen und drei von ihnen nahmen das Wort. Sie schilderten die Ueberlastung der Dienstboten, namentlich der Kindermädchen. Diese müßten bis 10 Uhr Abends die Kinder hüten und dann noch am Waschfasse stehen; von früh 5 Uhr an müßten sie mit einer Butterbemme bis Mittags aushalten u. s. w. Ein Beschluß ward nicht gefaßt. Aber der „Spaß" war mißglückt, denn die Leipziger Bourgeois fanden es nicht spaßhaft, sich so in der Oeffentlichkeit geschildert zu sehen.

Die Buchdrucker machten den ersten größeren Versuch einer fachgewerblichen Organisation. Sie hielten einen deutschen Buchdruckertag zu Mainz vom 11. bis 14. Juni ab und gründeten den National-Buchdruckerverein Gutenberg. Sie erwarteten ihr Heil zunächst vom Frankfurter Parlament und richteten an diese Versammlung eine Eingabe, in welcher sie ein Arbeitsministerium, aus der Wahl von Arbeitgebern und Arbeitern hervorgehend, verlangten; ferner forderten sie Beschränkung des Maschinenwesens, „soweit durch dasselbe ohne allgemeinen Nutzen der Einzelne be-

*) Kommunisten hier wieder im Gegensatz zu den Bourgeois-Sozialisten, wie früher schon erwähnt.

reichert und nicht einmal die fremde Konkurrenz verhindert werde," Ueberwachung des Lehrlingswesens, Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen mit Staatshülfe, Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter in Bezug auf Wanderschaft und Niederlassung und endlich Aufhebung der polizeilichen Ausweisungsbefugniß gegen die „Agitatoren" unter den Arbeitern.

Diese Forderungen waren im Allgemeinen in den Zeitverhältnissen begründet; wenn die Buchdrucker aber die Einschränkung des Maschinenwesens forderten, so hatten sie damit nur einer augenblicklichen Bedrängniß nachgegeben; im Uebrigen bewiesen sie damit, daß sie noch keine Einsicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß und die mit ihm zusammenhängende moderne Entwickelung gewonnen hatten. Hier zeigte sich wieder der Einfluß der zünftlerischen Anschauungen auf die Arbeiter. In Lübeck war er noch viel stärker. Als dort die Bürgerschaft allgemeines Wahlrecht beschloß, wurde den Arbeitern eingeredet — jedenfalls von den Innungsmeistern — allgemeines Stimmrecht sei dasselbe wie die Gewerbefreiheit und müsse sie zu Grunde richten. Die bethörten Arbeiter verlangten Ständewahlen und hielten die Bürgerschaft in ihrem Sitzungslokal belagert. Gegen die Bürgerwehr leisteten sie Widerstand und es wurde die Stadt anderen Tages von oldenburgischen Truppen besetzt. In solcher plumpen Weise würden sich heutzutage keine Arbeiter — wenigstens keine städtischen — mehr täuschen lassen.

Der schon erwähnte Kongreß der Handwerksgesellen zu Frankfurt, der neben dem Kongreß der Meister tagte, war ziemlich zahlreich beschickt worden. Mit der von den Meistern eingesetzten Gesellenkommission konnten die Arbeiter nicht verhandeln, wenn auch einige Male der Wille vorhanden schien, die Wünsche der Gesellen wirklich zu berücksichtigen. Auch in dieser Kommission dominirten der Dünkel und der Eigennutz der Meister.*)

Die Mitglieder des Kongresses der Handwerksgesellen waren sehr unkundige Leute; sie machten theilweise nach, was die Meister vorgemacht, und ließen sich auch von Winkelblech beeinflussen. Auch sie wollten eine „Gewerbeordnung" entwerfen. Da aber die Meister ihren Entwurf zuerst an den volkswirthschaftlichen Ausschuß des Parlaments brachten, so arbeitete der Gesellenkongreß eine Denkschrift zu dem Entwurfe der Meister aus. Merkwürdiger Weise stimmte der Gesellenkongreß in den Hauptpunkten mit den Meistern überein, ein Beweis, wie wenig die Arbeiter von damals

*) Als die Gesellen an die Kommission den Antrag brachten, die Meister sollten nur zwei Lehrlinge halten dürfen, gerieth ein Nürnberger Konditor darob in große „Entrüstung." Natürlich wollten sich die braven Meister das unbeschränkte Ausbeuten der Lehrlinge nicht nehmen lassen.

ihre Klassenlage kannten und wie wenig Klassenbewußtsein sie in sich trugen. Sie protestirten nicht weniger entschieden als die Meister gegen die Gewerbefreiheit. Winkelblech suchte den Gesellen vorzuspiegeln, die Interessen von Meistern und Gesellen seien die gleichen. Dies gelang ihm indessen nicht immer; die Arbeiter erklärten sich gegen die Arbeitsbücher und gegen die Besteuerung der Fabriken; dagegen ließen sie sich für Zwangsinnungen, für Schutzzölle und für die Heirathsbeschränkung gewinnen. „Wer eine Familie begründet, muß die Befähigung zu deren Erhaltung nachweisen," erklärten die Gesellen naiver Weise, ohne zu begreifen, daß ein solcher Befähigungsnachweis eine ganz werthlose mittelalterliche Plackerei ist. Sie forderten ferner das „Recht auf Arbeit" — dem auch die Meister beistimmten — und den zehnstündigen Normalarbeitstag.

Wichtiger als diese Dinge war der Versuch, eine Organisation zu schaffen. Nachdem man sich noch die Spielerei einer „allgemeinen deutschen Arbeiterkokarde" geleistet, ward ein Zentralvorstand gebildet. Er bestand aus dem Buchdrucker Franz, dem Tischler Müller und dem Tischler Linke. An die Arbeiter erging nun der Aufruf, einen allgemeinen Arbeiterverein zu bilden, der sich auf die soziale Frage beschränken und mit politischen Angelegenheiten nur dann befassen sollte, wenn diese unmittelbar die „Standesinteressen" berührten. Damit wollte man offenbar den Parteizwist von dem Verein fernhalten. Die Organisation sollte gebildet sein aus Ortsvereinen, die sich zu Bezirksvereinen zusammenthun sollten, aus denen sich dann der ganze Verein zusammensetzte. 26 Städte waren zum Sitze von Bezirksvereinen und Frankfurt am Main als Vorort bestimmt. Der Beitrag betrug einen Kreuzer und Mitglied konnte Jeder werden, der sich „die Hebung der arbeitenden Klasse und die Wiederherstellung des Mittelstandes zur Aufgabe macht." Ein weiterer Aufruf verlangte die Annahme eines gemeinsamen Banners.*)

An das Parlament sandte der Arbeiterkongreß sein Programm, welches eine „soziale Kammer" und eine Innungsverfassung verlangte. Der Kongreß wurde am 20. September geschlossen, nachdem er eine Kommission zur Ausarbeitung einer „sozialen Verfassung" und einer

*) Darin hieß es: „Laßt uns zusammentreten unter dem Banner der Hoffnung. Grün sei sein Feld, mit goldenen Symbolen geschmückt; der Eichenkranz besage, daß die Föderation auf deutschem Boden gewachsen; die aufgehende Sonne, daß er das Licht der Zukunft ist; die verschlungenen Hände, daß nur unser großer Bruderbund ihm Licht und Dasein giebt, und die Buchstaben A. D. F.-V., daß wir bereits den Allgemeinen Deutschen Föderalisten-Verein gegründet haben."

„allgemeinen deutschen Erwerbsordnung" niedergesetzt hatte. In diese Kommission ward bezeichnender Weise auch Winkelblech gewählt. Die Kommission rief auch ein Organ des Verbandes ins Leben, die „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung," die in Frankfurt am Main erschien, aber ohne Bedeutung blieb.

Die Handwerksgesellen waren ganz von kleinbürgerlichen Vorstellungen beherrscht und wurden im Interesse der Meister am Gängelband geführt. Sie wollten wie die Meister die soziale Frage lösen und Deutschland vor dem „Proletariat" retten, ohne zu begreifen, daß sie selber Proletarier waren. Es war etwas von dem Meisterdünkel auf sie übergegangen, da Viele von ihnen hoffen konnten, noch einmal Meister zu werden.

Fast überall ließ sich die Arbeiterschaft als Sturmbock gegen die Gewerbefreiheit brauchen, während sie sich andererseits, besonders nach der Junischlacht zu Paris, von dem rothen Gespenst ins Bockshorn jagen ließ. So z. B. der Arbeiterbildungsverein in München in einer Adresse an den dortigen Magistrat.*)

Auch in Berlin war am 18. Juni, also gleich nach dem Zeughaussturm, ein Handwerkerkongreß zusammengetreten, der zu keinem direkten Resultat führte. Aber sieben Delegirte beriefen einen **Arbeiterkongreß** nach Berlin ein und zwar auf den 23. August 1848. Sie luden alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungsvereine in Deutschland, sowie die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris, in Brüssel und in London zur Beschickung des Kongresses ein. In der Einladung betonten sie, daß die Arbeiterfrage auf den bisherigen Kongressen nur flüchtig behandelt worden sei. Eine „möglichst geordnete" Vertretung der arbeitenden Klassen müsse deren Angelegenheiten *selbständig* in die Hand nehmen, um sich in den wesentlichen Punkten zu vereinigen, „die eine Befreiung des Arbeiterthums *aus den Fesseln des Kapitals, der persönlichen Abhängigkeit und der materiellen Entbehrung* in sichere Aussicht stellen." Das einzuberufende Arbeiterparlament solle eine soziale *Volks-Charte* schaffen, „welche alle die Millionen, die bisher von einer kleinen Zahl ausgebeutet und in der Unterdrückung erhalten wurden, in fester Verbrüderung und mit aller Energie als *das Gesetz des Landes* zu erstreben haben."

Man sieht, daß hier eine entschiedenere Richtung auftritt, die sich schon mehr dem Sozialismus nähert, als der Gesellenkongreß zu Frankfurt

*) Der genaue Inhalt der Adresse ist angegeben in dem Buche: „Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution von 1848 in sozialer, nationaler und staatlicher Beziehung" von Bernhard Becker (Seite 58), welches Werk eine Fülle von Material enthält, das wir mehrfach benutzt haben.

am Main. Diese Richtung nannte sich auch **soziale Demokratie**; sie war von Stefan Born und von Nees von Esenbeck geleitet. Wie aber Born reaktionäre und revolutionäre Ideen stets bunt durcheinander warf, so blieb er hier in den Fußstapfen von Louis Blanc hängen. In der „Volks-Charte“ sollten gefordert werden: „Garantie der Arbeit“ und Staatsunterstützung für selbständige, gewerbliche oder industrielle Arbeiter-Assoziationen; Versorgung der Hülflosen durch den Staat; Beschränkung der Arbeitszeit; starke progressive Einkommensteuer; unentgeltlicher Unterricht und unentgeltliche Justizpflege; Einsetzung von frei gewählten Arbeitsministerien.

Der Kongreß war von 40 Delegirten besucht, die aus allen größeren Städten Deutschlands kamen; auch der Frankfurter Kongreß der Handwerksgesellen war durch einen Delegirten vertreten. Zum Präsidenten des Kongresses ward Christian Gottfried Nees von Esenbeck gewählt, der, wie schon erwähnt, Mitglied der Berliner Vereinbarungs-Versammlung und auf diesem Kongresse Vertreter des Breslauer Arbeitervereins war. Dieser berühmte Botaniker und Naturphilosoph hatte sich der Sache der Arbeiter immer mit besonderem Eifer gewidmet. Gleich nach der Märzerhebung hatte er einen Aufsatz erscheinen lassen, in welchem er ein Ministerium der Arbeit und vom Staat zu organisirende Produktiv-Genossenschaften empfahl.*) Er war ein Philanthrop im edelsten Sinne des Wortes und ein Sozialist, wenn er sich auch zur Klarheit des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht durchgerungen hatte.**) Zum Vizepräsidenten ward Born ernannt, der als Leiter des Arbeiter-Zentralkomités in Berlin sich einen großen Ruf in der Arbeiterwelt erworben hatte.

Der Arbeiter-Kongreß schuf zunächst eine Organisation für die deutschen Arbeiter, durch welche er hoffte, deren Zersplitterung beseitigen und sie zu einer Macht vereinigen zu können. Es sollten Lokalkomités

---

*) Der Aufsatz erschien in den „Fliegenden Blättern,“ die aber nicht mit dem bekannten Münchener Witzblatt zu verwechseln sind. Siehe „Vossische Zeitung“ vom 12. April 1848.

**) Nees von Esenbeck war damals schon 72 Jahre alt. Er hatte die Zeit der großen französischen Revolution mit erlebt und deren Ideen von Gleichheit und Brüderlichkeit in sich aufgenommen. Seine Anhänglichkeit an die Arbeitersache war so groß, daß auch sein wissenschaftlicher Ruhm ihn nicht vor Verfolgungen schützen konnte. Der Mann, den 1817 die Wiener Akademie der Naturforscher zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, ward nicht nur 1849 aus Berlin ausgewiesen, sondern auch 1851 von dem Amt eines Professors der Naturwissenschaften, das er in Breslau innegehabt, suspendirt und 1852 durch Richterspruch förmlich abgesetzt. Er blieb seinen Ueberzeugungen treu und starb 1858 im Elend zu Breslau, 82 Jahre alt.

gebildet werden, und zwar in 26 Städten, die an den einzelnen Plätzen Fachorganisationen herstellen und die laufenden Geschäfte, Abhaltung von Versammlungen u. s. w. übernehmen sollten; über ihnen sollten Bezirkskomités stehen und die Leitung des Ganzen sollte einem Zentralkomité übertragen werden, das seinen Sitz in Leipzig zu nehmen hatte.

Soweit waren die Beschlüsse ziemlich praktisch; dann aber tappte der Kongreß in den dichtesten Nebel der Utopisterei hinein. Die Lokalorganisationen wollte er derart ausbilden, daß sich alle Arbeiter eines Ortes außer in den Fachvereinen noch zu einer großen „freien Assoziation" zusammenfinden sollten. Das Lokalkomité sollte auch diese Organisation leiten und sollte den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen, wozu es im Falle der Noth den Staat und die Gemeinde zum Einschreiten und Helfen veranlassen sollte. Auch sollte dies Komité einen Minimallohn festsetzen und den Lohn für die Arbeiter beim Unternehmer einziehen und an sie auszahlen.

Den Gipfel der Utopisterei erstieg der Kongreß mit seiner „Kreditbank," resp. Assoziationskasse, welche dem „Landplan" der englischen Chartisten ähnlich und vielleicht auch durch diesen angeregt worden ist. Die Kasse der schon erwähnten Assoziationen sollte aus Lohnabzügen gebildet werden, die durch das Lokalkomité bis zur Höhe von 10 Prozent bei den Arbeitern angeordnet werden sollten, die sich der neu zu bildenden Assoziation anschließen würden. Man hoffte, wenn man die Zinsen zum Kapital schlüge, binnen zehn Jahren einen genügenden Fonds beisammen zu haben. Dann sollte jedes Mitglied nach Maßgabe seiner Einlagen Theilhaber an dem Gewinn der Assoziation sein. Die Mitglieder sollten zinslose Darlehen auf vier Wochen aus der Assoziationskasse erhalten können; als Sicherheit dafür sollte im Nothfall auch die Arbeitskraft dienen, wenn nichts Anderes vorhanden. Die Gelder der Assoziation sollten in Häusern und Aeckern angelegt werden und man wollte die erworbenen Ländereien in Parzellenform an einzelne Mitglieder der Assoziation abgeben, wobei der Ertrag der Parzellen als Ratenzahlung dienen konnte. Das Alles war durch „Reglements" ganz genau geordnet, namentlich die Lohnauszahlung und die Lohnabzüge, die das jeweilige Lokalkomité zu besorgen hatte.

Daran schlossen sich noch eine Reihe von anderen Forderungen, wie die Anerkennung der Rechte der Arbeiterkomités durch den Staat, die Beschaffung von Maschinen auf Staatskosten für die Produktivgenossenschaften, Festsetzung eines zehnstündigen Normalarbeitstages u. s. w. Schlechte und gute, praktische und utopistische, nüchterne und überspannte Vorschläge gingen hier nebeneinander her.

Auch dieser Kongreß wendete sich an das Frankfurter Parlament behufs Verwirklichung seiner Forderungen, denen er noch die Berufung eines aus freier Wahl hervorgegangenen „Kongresses von Sachverständigen zur Vertretung aller deutschen Gewerbsinteressen" nach Frankfurt auf Staatskosten hinzufügte. Es wurde dem Frankfurter Parlament empfohlen, die Forderungen des Berliner Arbeiterkongresses in die Grundrechte, resp. die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Eingabe an das Frankfurter Parlament war von einem langen Schreiben begleitet, in dem der Kongreß seine Ansichten über Staat und Gesellschaft, über Arbeit und Kapital darlegte.*)

Das Frankfurter Parlament verhielt sich gegenüber den Anträgen der Arbeiter im Ganzen ablehnend. Es gewährte ihnen zwar das Wahlrecht vom 25. Jahr an, sonst aber hatte es für die Arbeiter nur schöne Worte und keine Thaten, wie es übrigens bei den meisten anderen Angelegenheiten auch der Fall war. Die Worte, die es den Arbeitern widmete, waren freilich oft sehr schön.**)

Am 8. Februar 1849 berieth das Frankfurter Parlament über § 173 der Reichsverfassung, wo es heißt:

> „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört."

Hier setzte die Linke ein und versuchte, indem sie Regelung der Armenunterstützung verlangte, auch das **Recht auf Arbeit** in die Reichsverfassung zu bringen. Simon von Trier, Nauwerck von Berlin und Roßmäßler aus Tharand hatten bezügliche Anträge gestellt. Kierulff aus Rostock und Wuttke aus Leipzig***) beantragten, alle Anträge abzulehnen

*) Das Begleitschreiben ist abgedruckt in den schon erwähnten „Beiträgen zur sozialen Geschichte des Jahres 1848," enthalten in der „Neuen Zeit," Jahrgang 1885, Heft 3.

**) Am 17. Februar 1849 sprach der Professor Bruno Hildebrand aus Marburg, der bekannte Nationalökonom, im Frankfurter Parlament:

„Sowie in der Naturwelt alles Große von unten aus der Erde herauswächst, so geht auch in der Geschichte jede große Bewegung, jeder große Fortschritt der Zivilisation von der Masse des Volkes aus. Jene verachteten niederen Schichten der Gesellschaft sind die geheimen Werkstätten des menschlichen Geistes. Hier werden die Genies und großen Reformatoren geboren, hier wird die Weltgeschichte produzirt und **jede Zivilisation verfault und stirbt ab, die nicht aus dem Boden jener Schichten neue Nahrung empfängt.**" — Dies vortreffliche Wort behält besonders für unsere Epoche des ödesten und kulturwidrigsten Mammonismus, der sich und Andere mit erlogenen Verdiensten um das Gesammtinteresse täuscht, seine volle Geltung.

***) Heinrich Wuttke stimmte später bekanntlich Lassalle öffentlich zu.

und den Artikel einfach nach dem Vorschlag der Kommission anzunehmen. Dies geschah auch nach einer langen und interessanten Debatte mit 317 gegen 114 Stimmen.*) Die braven Parlamentarier sahen zum guten Theil hinter dem Recht auf Arbeit, das mit dem wissenschaftlichen Sozialismus gar nichts zu thun hat, das Gespenst des gefürchteten „Kommunismus" aufsteigen.

Das wichtige Ergebniß des Berliner Arbeiterkongresses war indessen die Thatsache, daß eine entwickelungsfähige Arbeiterorganisation geschaffen worden war. Der Ausschuß des Frankfurter Gesellenkongresses wurde aufgefordert, einen Delegirten in das Zentralkomité nach Leipzig zu entsenden, und man bot Alles auf, die beiden Arbeiterverbindungen zu vereinigen.

Das Zentralkomité bestand aus Born aus Berlin, Schwenninger aus Hamm und Kick aus Leipzig. Born gab sein Berliner Arbeiterblatt „Das Volk" auf und siedelte nach Leipzig über, wo er das Organ der neuen Arbeiterorganisation, die „Verbrüderung," herausgab, dessen erste Nummer am 3. Oktober 1848 erschien. Später, als Born hatte flüchtig gehen müssen, redigirte Schwenninger das Blatt.

Das Zentralkomité der Arbeiterverbrüderung, wie man die neue Organisation nannte, war sehr thätig und versuchte mit Erfolg auf die Arbeitermassen Einfluß zu gewinnen. Im Februar 1849 fand ein thüringischer und zu gleicher Zeit ein hamburgischer Arbeiterkongreß statt, auf welch letzterem Schwenninger präsidirte. Auf dem Hamburger Kongreß, der eine große Wirkung hatte, wurde auch die Errichtung von Speiseassoziationen und die Gründung ländlicher Vereine in Vorschlag gebracht. Im April 1849 fand in Nürnberg ein bayrischer Arbeiterkongreß statt, wo Born den Vorsitz führte. Es wurden daselbst Volksbibliotheken, Fortbildungsschulen und allgemeines Wahlrecht vom 21. Jahr an verlangt; im Uebrigen schlossen sich die bayrischen Arbeitervertreter ganz dem Leipziger Zentralkomité an.

Im Juni 1849 sollte auf Beschluß des Zentralkomités ein allgemeiner Kongreß sämmtlicher deutschen Arbeitervereine zu Leipzig stattfinden. Die Bewegung griff um sich und sie hätte schließlich vielleicht doch noch einen klaren und sozialistischen Inhalt gewonnen und die Utopistereien und Verworrenheiten abgeschüttelt, denn die rheinischen Sozialisten schickten sich an, die Bewegung in die Hand zu nehmen. Ein Ausschuß zu Köln, in dem sich Karl Marx, Karl Schapper und Wilhelm

*) Der Verfasser hat diese Debatte in der „Neuen Zeit," Jahrgang 1883, Heft 1, ausführlich dargestellt.

Wolff befanden, lud zu einem Provinzialkongreß am 6. Mai 1849 ein, auf dem die rheinisch-westfälischen Arbeitervereine neu organisirt, die Delegirten zum Leipziger Kongreß gewählt und die den Delegirten mitzugebenden Anträge festgestellt werden sollten.

Der Kongreß wäre sehr stark besucht worden. Allein er kam nicht mehr zu Stande. Die Aufstände am Rhein, in Dresden, in der Pfalz und in Baden führten völlig veränderte Verhältnisse herbei, die meisten Sozialisten und Führer der Bewegung mußten flüchtig gehen oder kamen in den Kerker; einige fanden auch auf dem Schlachtfelde den Tod. Die Regierungen nahmen, nachdem die Aufstände niedergeworfen, keinen Anstand mehr, die selbständigen Regungen der Arbeiter einfach zu unterdrücken. Die Arbeiterverbrüderung hielt sich bis 1850, einige Anhängsel, die den Regierungen nicht gefährlich schienen, noch länger. Es ging Alles im Strudel der Reaktion unter. Während das französische Proletariat nach der großen Niederlage in der Junischlacht sich auf allerlei Experimente warf und mit Produktiv-Assoziationen, auf Selbsthülfe gegründet, ebenso ausdauernd als vergeblich gegen die Uebergewalt des Kapitalismus ankämpfte, blieb in Deutschland Alles regungslos. Nur der famose Kölnische Kommunistenprozeß von 1852 erinnerte daran, daß es in Deutschland noch Leute gab, die den Gedanken an eine Befreiung des Proletariats in sich trugen. Sie verschwanden, soweit sie nicht rechtzeitig geflüchtet waren, auf lange Jahre hinter den Kerkermauern.*)

Ob es gelungen wäre, auf dem geplanten Leipziger Kongresse durch den Einfluß der rheinischen Sozialisten eine wirkliche sozialistische Partei zu schaffen, läßt sich heute schwer entscheiden. Jedenfalls war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Und wenn auch nur ein Ansatz gewonnen worden wäre, so wäre vielleicht verhütet worden, daß die deutschen Arbeiter wieder so gänzlich in die Unselbständigkeit zurückfielen und sich von dem bürgerlichen Liberalismus als Anhängsel gebrauchen ließen. Diese Unselbständigkeit war so groß, daß selbst ein Lassalle mit seiner Energie daran verzweifeln wollte, sie zu beseitigen.

In unseren Tagen ist sie verschwunden und dazu hat die kapitalistische Entwickelung selber unzweifelhaft das Meiste beigetragen.

*) Zu den bekanntesten Angeklagten in diesem Prozesse gehörten außer Freiligrath auch der spätere fortschrittliche Abgeordnete Heinrich Bürgers und der bekannte „rothe Becker," der später Oberbürgermeister von Köln und Mitglied des Herrenhauses wurde. Beide behaupteten später immer, sie seien „unschuldig" verurtheilt worden, um ihren Gesinnungswechsel damit zu dekoriren. Ueber die Machinationen Stieber's bei diesem Prozesse siehe die Schrift von Karl Marx: „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln."

Aufstand in Frankfurt am Main.

Das Frankfurter Parlament that Alles, um sich selbst das Vertrauen des Volkes zu entziehen. Die endlosen und ermüdenden Debatten über die Grundrechte wurden unterbrochen durch einige tumultuarische Szenen, bei denen sich zeigte, daß die schwankenden Elemente immer bornirter und die reaktionären Elemente immer dreister geworden waren. Die Versammlung warf die polnische Frage weg, indem sie einfach das Verfahren Preußens in Posen billigte; desgleichen stellte sie sich auf die Seite Oesterreichs in dem Kampfe gegen die italienische Erhebung. In der Polendebatte redete sich Herr Wilhelm Jordan glücklich in sein Amt als „Marinerath" hinein, während Arnold Ruge den Feldmarschall Radetzky mit Tilly verglich und offen den Wunsch aussprach, derselbe möchte geschlagen werden.*) Das Letztere erregte natürlich einen großen Sturm.**) Aber noch stürmischer ging es zu bei der Berathung der Amnestie für die politisch Verfolgten in Baden. Die Versammlung, die soeben die Todesstrafe abgeschafft hatte, zeigte sich unerbittlich gegen die Theilnehmer an dem Hecker'schen und Herwegh'schen Zuge. Als Brentano aus Bruchsal, der Freund Hecker's, bei der Befürwortung der Amnestie einen Angriff auf den Prinzen von Preußen machte, brach ein Sturm auf der Rechten los; mehrere Junker umringten und beschimpften Brentano und einer forderte ihn sogar auf Pistolen. Der Vizepräsident Soiron hob die Sitzung auf.***) Am anderen Tage ging der Tumult weiter und es wurden die Gallerien geräumt. Die Amnestie wurde mit allen gegen

*) Den Vergleich mit Tilly verdiente übrigens Radetzky nicht.

**) Lichnowsky, der als richtiger Junker auch seinen eigenen Jargon hatte, stieß bei dieser Debatte das geflügelte Wort aus: „Das historische Recht hat kein Datum nicht!" Ein origineller Schnitzer, der übrigens Karl Vogt so viel kindliches Vergnügen bereitete, daß es sogar für den Spaßmacher der Linken etwas zu viel war.

***) Aus diesem Anlaß entstand die bekannte Karrikatur, auf der Soiron als fetter Laubfrosch aufs Bureau steigt; darunter steht: „So oft der hinaufsteigt, giebts Sturm!"

90 Stimmen verworfen und Hecker's Wahl in Thiengen ward gegen 116 Stimmen für ungültig erklärt.

Die Volksbewegung, die namentlich im Süden, im Westen und in der Mitte Deutschlands noch immer da und dort hohe Wogen schlug, erschreckte nachgerade das Philisterthum der Versammlung, statt ihm einen sicheren Ausblick auf die zu beschreitende Bahn zu eröffnen. Die Angstmeier fürchteten, von der Bewegung verschlungen zu werden, die ihnen doch ihr Mandat gegeben hatte. Namentlich vor republikanischen Bestrebungen empfanden sie große Furcht, obschon es leicht einzusehen war, daß die Republikaner eine im Verhältniß zu Deutschlands Gesammtbevölkerung nicht sehr zahlreiche Minderheit bildeten. Republikanische Anläufe zeigten sich namentlich in den Kleinstaaten, wo es eine brutale Aristokratie gab und wo die Bauern sehr schwer unter dem Druck der Feudallasten und dem Jagdrecht der adeligen Herren gelitten hatten.

Viele dieser kleinen Aufstände im Sommer 1848 verliefen harmlos, wenn auch mit vielem Lärm. So in Altenburg, wo die Regierung gegen die Volksbewegung scharfe Maßregeln traf und das Militär einberief. Als die Demokratie die Entfernung des Militärs verlangte und die Regierung mit einem Versuch der Verhaftung der bekannten Demokraten antwortete, zog das Volk die Sturmglocken und Altenburg bedeckte sich mit Barrikaden.*) Die gesammte Bürgerwehr und das Volk von Stadt und Land war bereit, gegen die Regierung zu kämpfen; es mochten etwa 12000 Mann Bewaffneter in der Stadt zusammengeströmt sein. Sächsisches Militär kam herbei und der Kampf schien unvermeidlich; da wurde vermittelt. Die Regierung gab nach, das Militär ward zurückgezogen und Cruciger, einer der Führer der Demokratie, ward in das Ministerium aufgenommen. Die anderen Führer der Demokratie, Erbe und Dr. Adolf Douai, mußten später ins Ausland gehen.**)

Weniger friedlich ging es in Gera zu, wo man das Landvolk reizte, indem man den Landkammerrath Krause verhaften ließ. Die Bauern, die in diesem Mann einen Fürsprecher für ihre Rechte verehrten, strömten in Masse in die Stadt und befreiten Krause, wobei es zu Tumulten und Verwundungen kam. Diese Vorfälle wurden eine Quelle weiterer Unruhen, obschon die Zentralgewalt den sächsischen Minister Oberländer als Vermittler sandte, der eine Amnestie auswirkte. Die Arbeiterfrage hatte hier etwas mitgespielt, indem eine Menge Arbeiter auf Staatskosten beim

*) Der kostbare Staatswagen des Oberthofmarschalls von Münchhausen bildete die Grundlage der Hauptbarrikade.

**) Douai ward später in Nordamerika als trefflicher Pädagoge und als eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei bekannt.

Straßenbau beschäftigt waren. Die Spießbürger waren über diese „Staatshülfe" wie überall aufgebracht und man sagte den Straßenarbeitern allerlei Unfug nach. Was daran wahr, konnten wir nicht untersuchen. Die in solchen Zeiten immer erschreckten Kapitalisten drohten mit Wegzug und die Regierung benutzte die Gelegenheit, fremde Truppen ins Land zu rufen, was Oberländer billigte. Es kamen erst sächsische und dann hannöversche Truppen. Die letzteren betrugen sich sehr brutal und mißhandelten die Geraer Bevölkerung bei jeder Gelegenheit. Bis März 1849 war das Ländchen von Reichstruppen besetzt, zu deren Unterhalt es beisteuern mußte.

Einen anderen Ausgang nahm die Bewegung in dem Zwergstaat Reuß-Lobenstein-Ebersdorf, wo Heinrich LXXII. herrschte, dessen Abenteuer mit Lola Montez wir bereits erwähnt haben. Er hatte im März 1848 viele Reformen in Aussicht gestellt, aber die Ausführung verzögerte sich. Das Volk ward ungeduldig und suchte ihn unter der Führung des Lehrers Thieme*) dermaßen mit Sturmpetitionen heim, daß er abdankte. Er sprach in seiner Abschiedsproklamation, was ihn vertrieben, in seinem drolligen Stil aus „Im Anfang gänzliche Unkunde und Schwäche der Zivilbehörden, durch die die Wühlerei erst großgezogen ward und natürlich weiterfraß und Alles ansteckte. Mein im Kleinen ausgebildetes Wehrsystem blieb unbenutzt. Da ist mein Bleiben unmöglich, weil ich nicht halb sein will, und überhaupt, da Deutschland eine Einheit sein soll, und die kleinen Herrscher eine Unmöglichkeit. Mein Entschluß, die Regierung niederzulegen, wird um so eiserner, als die bekannte infame Sturmpetition bei Gera unser ältestes Schloß entwürdigte. Dort dieselbe Traurigkeit der Behörden. Die Bürgerwehr, 1200 Mann stark, ließ mich im Stich!"

Und so dankte er ab, und am 1. Oktober 1848 verleibte man sein Ländchen dem Fürstenthum Reuß-Schleiz ein. Heinrich LXXII., genannt der Prinzipienreiter, bildet den Mittelpunkt einer der unstreitig amüsantesten Episoden des Jahres 1848.

Bei all diesen Erscheinungen zeigte die Nationalversammlung dem Volke gegenüber eine philiströse und reaktionäre Physiognomie. Bald wurde sie noch weiter abgedrängt.

Im September trat die schleswig-holsteinische Frage an das Parlament heran, und was in derselben beschlossen wurde, war geeignet, alle nur einigermaßen vernünftigen Leute in Deutschland radikal von allen Illusionen zu kuriren, die das Parlament bei ihnen hervorgerufen hatte.

*) Später Abgeordneter im Frankfurter Parlament und dann Journalist in Nordamerika.

Den Charakter der schleswig-holsteinischen Bewegung haben wir schon gezeichnet. Der Krieg wurde von Seite Preußens lahm geführt, denn die europäische Diplomatie hatte ihre Hand in Allem stecken, was in Schleswig-Holstein geschah. England und Rußland sorgten dafür, daß in Berlin die Bäume nicht in den Himmel wuchsen, denn sie wollten keine Vergrößerung Preußens. Die Freischaaren namentlich hatten sich in Schleswig-Holstein sehr gut geschlagen*) und unter der Führung des Majors von der Tann**) in dem Gefecht von Hoptrup einen glänzenden Erfolg über eine dänische Uebermacht erfochten. Dies sahen die Herren an den grünen Tischen gar nicht gerne. Der Eifer der Freischaaren wurde gelähmt und man löste sie nach und nach auf.

Bald griffen „höhere" Mächte entscheidend ein; der leitende englische Staatsmann, Lord Palmerston, trieb Rußland an, auf Preußen den nothwendigen Druck auszuüben, um den provisorischen Waffenstillstand vom 15. Juli zu einem definitiven zu machen. Die preußische Regierung war sehr geneigt, sich aus der ganzen Affaire zu ziehen, denn Rußland und Schweden hatten den Dänen für den Fall der Fortführung des Krieges direkte Hülfe zugesagt; Frankreich und England zeigten sich gegen Preußen, resp. Deutschland, eingenommen, und sogar Oesterreich war mit Dänemark in gutem Einvernehmen geblieben. Unter solchen Umständen hatte sich in Berlin die Frage aufgedrängt, ob es gerathen sei, im Interesse Schleswig-Holsteins die Gefahr eines großen Krieges heraufzubeschwören.

Die Verhandlungen zum Abschluß eines definitiven Waffenstillstandes wurden in Malmö geführt; die Zentralgewalt wurde dabei wenig oder gar nicht beachtet. Am 26. August kam der Vertrag auf sieben Monate zu Stande, gerade für die Zeit, da des Eises wegen die dänische Flotte nicht mehr gefährlich erschien. Es wurde in dem Vertrage bestimmt, daß die Blockade der deutschen Küste aufhören und die Gefangenen sowie die gekaperten Schiffe zurückgegeben werden sollten. Sämmtliche deutschen Bundestruppen sollten Schleswig-Holstein räumen und nur in Altona sollte ein preußisches Korps stehen bleiben. Die Dänen sollten Schleswig-Holstein ebenfalls räumen, die schleswig-holsteinischen Truppen sollten dagegen in Abtheilungen zerstreut und von der neuen Regierung zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" — also gegen etwaige demokratische

*) Die Berliner Freischaaren, unter denen sich viele Barrikadenkämpfer vom 18. März befanden, zeichneten sich in mehreren Gefechten aus. Als Krankenpflegerin befand sich bei ihnen die schöne und viel verfolgte Dichterin der „wilden Rosen," Lady Aston (geb. Hoche aus Magdeburg), die durch eine dänische Kugel an der Hand verwundet wurde.

**) Der bekannte spätere bayrische General.

Bewegungen — verwendet werden. Später sollte auch die Zahl dieser Truppen vermindert werden. Die provisorische Regierung sollte abdanken und an ihre Stelle eine neue von fünf Mitgliedern gesetzt werden, von denen zwei durch den König von Preußen, zwei durch den König von Dänemark und eines von Beiden gemeinsam ernannt werden sollten. Die Mitglieder der neuen Regierung wurden schon vorher bekannt; es sollte der den Schleswig-Holsteinern besonders verhaßte Graf Karl von Moltke darunter sein.

Dieser Vertrag gab Schleswig-Holstein den Dänen preis und machte die beiden Provinzen wehrlos; Alles, was bisher mit vielen Opfern im Kampfe errungen war, ging verloren, und die Schleswig-Holsteiner hatten die Rache der Dänen zu fürchten.

Man kann die Frage aufwerfen, ob es von Preußen klug gewesen wäre, sich wegen Schleswig-Holsteins mit den meisten europäischen Mächten zu verfeinden. Ohne Zweifel nicht; andererseits aber konnte mit Recht eingeworfen werden, daß die Diplomaten Deutschland schwer geschädigt hatten, indem sie einen so entwürdigenden und mit so schmählichen Bedingungen versehenen Waffenstillstand abschlossen.

Man sah dem Unglück der Polen ruhig zu und hatte für Ungarn und Italien wenig Mitgefühl oder gar keines, obwohl die Bewegungen in diesen Ländern auch auf dem Prinzip der nationalen Selbständigkeit beruhten und für die deutsche Freiheit wichtiger waren, als die schleswig-holsteinische Bewegung. Aber gerade weil die letztere einen dynastischen Charakter hatte, war der Lärm, der sich über die Abmachungen von Malmö erhob, ein so allgemeiner. Jeder Spießbürger warf sich in die Brust, um seinen „deutschen Nationalstolz“ zu zeigen; die heißspornigen Patrioten wetterten ob des „Verraths“ und die Demokratie griff die Sache auf, um für die „Souveränität“ des Parlaments zu demonstriren, dem sie allein die Befugniß zuschrieb, in solchen Fragen zu bestimmen. Die Bewegung der Zeit hatte übrigens in Deutschland einen gewissen Nationalstolz in der That geweckt und man empfand es als eine Schmach, daß das „kleine Dänemark“ den Vertrag erzwungen habe, während russische und englische Federn die Paragraphen diktirt hatten. Alle diese Umstände wirkten zusammen, so daß die Aufregung über den Waffenstillstand eine allgemeine und tiefgehende war. Die lächerlichste Rolle spielte dabei die famose Zentralgewalt, die niemals überflüssiger erschien, als in diesem Moment; sie erschien noch lächerlicher als die „Patrioten,“ welche tausend Mal beim Schoppen das „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ abgeleiert hatten und nunmehr wieder beim Schoppen eine Faust im Sack machten gegen das „übermüthige“ Dänemark. Aber nach

Frankfurt richtete sich ein Adressensturm; die dortigen Volksvertreter wurden aufgefordert, den schmachvollen Waffenstillstand zu verwerfen.

Die in Kiel tagende schleswig-holsteinische Landesversammlung beschloß eilig, daß sie wider ihren Willen weder vertagt noch aufgelöst werden könne; alle Veränderungen in der Landesregierung bedürften ihrer Zustimmung; alle seit März 1848 erlassenen Gesetze könnten nur mit ihrer Zustimmung aufgehoben und ohne diese keine neuen Gesetze erlassen und keine neuen Steuern eingeführt werden. Dies war schon ein förmlicher Protest gegen den Waffenstillstand von Malmö. Auch zeigte diese



Heinrich Simon.

Versammlung, daß man sehr schnell eine Verfassung machen kann, wenn man will; sie hatte die ihrige schon am 8. September fix und fertig und ließ sie auch verkünden. Vorläufig war diese Verfassung, die Schleswig-Holstein zu einem deutschen Bundesstaat machen, ihm eine Kammer mit Zensuswahl und einen Statthalter für den Fall der Abwesenheit des Landesherrn geben wollte, nur ein bedeutungsloses Stück Papier. Die schwächliche provisorische Regierung ließ sich von der Zentralgewalt durch Heckscher dahin bringen, daß sie der Landesversammlung gerade in diesem kritischen Moment eine Vertagung empfahl. Der Demokrat Olshausen trat in Folge dieser Machination aus der Regierung aus, aber die Landesversammlung vertagte sich wirklich.

Während die Schleswig-Holsteiner sich verzweifelt in diesem Wirrsal von Schwächen und Intriguen wanden, fiel auch in Frankfurt die Entscheidung zu ihren Ungunsten aus. Sie war zugleich mit einer Katastrophe verknüpft, die auf ganz Deutschland einwirkte. Am 4. September wurde dem Frankfurter Parlament der Abschluß des Waffenstillstandes amtlich mitgetheilt und Heckscher bemerkte dabei, daß die Bedingungen andere seien, als diejenigen, über die sich die Zentralgewalt mit der preußischen Regierung verständigt hätte. Am 5. September begannen die Debatten darüber, ob das Parlament dem Waffenstillstand zustimmen wolle. Sie waren erregt; nicht nur die Linke, sondern auch der „Patriot" Dahlmann und viele seiner Gesinnungsgenossen griffen die Abmachungen von Malmö heftig an. Dahlmann meinte, der Waffenstillstand würde die — noch gar nicht vorhandene! — deutsche Einheit zerfetzen. Simon von Breslau rief pathetisch: „Die Stunde ist da; mögen die Männer nicht fehlen!" und Robert Blum sagte, bei dieser Frage werde es sich entscheiden, ob Deutschland in Preußen oder Preußen in Deutschland aufgehe. Lichnowsky und Degenkolb, sowie Bassermann waren für Annahme des Waffenstillstandes; Schmerling drohte für den Fall der Verwerfung mit seinem Rücktritt. Die Versammlung schien dies Unglück nicht allzugroß zu finden; sie faßte am 5. September mit einer kleinen Mehrheit den allerdings auch lauen und lahmen Beschluß, daß die Ausführung des Waffenstillstandes vorläufig sistirt werden sollte.

Das Ministerium Schmerling trat noch an demselben Tage zurück und es herrschte ein großer Jubel über den vermeintlichen großen Erfolg. Aber die Enttäuschung sollte gleich hinterher kommen. Denn der „Oppositionsmann" und Reichsprofessor Dahlmann wurde nun vom Reichsverweser mit dem Auftrag betraut, ein neues Ministerium zu bilden. Das „Gespenst" konnte kein Ministerium zusammenbringen und in dieser allgemeinen Kläglichkeit kam man wieder auf das Ministerium Schmerling zurück, welches aber erklärte, es könne nur wieder sein Amt antreten, wenn der Waffenstillstand genehmigt sei.

Die leeren Ministerbänke waren ein stetes Grauen für die konstitutionellen Formenanbeter und die Schwankenden wurden in diesen Tagen der Verwirrung tüchtig bearbeitet. Am 14. September wurden die Verhandlungen eröffnet, die zu einem definitiven Beschlusse in der Waffenstillstandsfrage führen sollten. Die Geister platzten wiederum heftig aufeinander. Wilhelm Jordan, der einst in seinen Versen den „Dänenthron ins Meer" geschleudert, war nun für den Waffenstillstand, und die Rechte betonte besonders, man könne den Waffenstillstand nicht ablehnen, ohne die völkerrechtliche Stellung Preußens zu gefährden. Die Schwankenden

in den Zentren hatten Furcht, sie möchten durch die Ablehnung des Waffenstillstandes einen gefährlichen Konflikt mit Preußen heraufbeschwören; außerdem glaubten sie ihre ganze konstitutionelle Spielerei gefährdet, wenn nicht bald wieder ein Ministerium käme. Die Linke sprach an diesem Tage ungewöhnlich matt; um so dreister geberdete sich der Reichsminister Heckscher, der sich unentbehrlich glaubte. Karl Vogt führte der Versammlung das Beispiel des Konvents vor. Er erreichte damit nur, daß den Philistern die Haut schauderte, und ihm selber war es wohl weniger um eine That, als um einen rhetorischen Effekt zu thun. Robert Blum sprach an diesem Tage sichtlich gedrückt; er meinte, wenn man den Waffenstillstand annehme, so werde die Bewegung, welche die Männer der Linken in der Hand zu haben glaubten, in andere Hände übergehen, „die weit von uns nach dieser oder jener Seite liegen." Er drohte sonach mit dem Radikalismus und er ersuchte dringend, den Waffenstillstand abzulehnen, um einer radikaleren Strömung vorzubeugen. Diese Redewendung wurde ihm von der radikalen sächsischen Demokratie sehr übel genommen und so gedeutet, als sei auch Blum geneigt, der Volksbewegung Zügel anzulegen.*)

Lichnowsky und Vincke traten unter dem Zischen der Gallerien für den Waffenstillstand ein; Lichnowsky rief hinauf: „Das ist kein Urtheil von Deutschland!" Dieser übermüthige Junker reizte die Menge, wo und wie er nur konnte.

Den Unselbständigen ward tüchtig eingeheizt, und ihnen schließlich die Meinung beigebracht, sie arbeiteten den „Gegnern jeder staatlichen Ordnung" in die Hände, wenn sie gegen den Waffenstillstand stimmten. Und so kam denn am 16. September der verhängnißvolle Beschluß zu Stande, wonach das Parlament mit 258 gegen 236 Stimmen den Waffenstillstand annahm. Zwar wurde der Zentralgewalt noch empfohlen, an den Bedingungen „Modifikationen" vorzunehmen, allein die dänische Regierung machte auch diese Spiegelfechterei zu nichte, indem sie erklärte, daß sie sich auf „Modifikationen" nicht einlasse.

---

*) Der Schriftsteller Jäkel griff Robert Blum wegen dieser Rede in einer Volksversammlung in Sachsen an und es wurde vermuthet, Robert Blum habe dies sich so zu Herzen genommen, daß er sich deshalb habe nach Wien schicken lassen. Ob dies richtig, können wir nicht untersuchen. Bernhard Becker behauptet in seiner 1864 erschienenen Geschichte der deutschen Bewegung von 1848, Blum's Wittwe habe ihm in Großwabern bei Bern, wo die Söhne Blum's erzogen wurden, mit herber Betonung gesagt, Jäkel sei an Robert Blum's Tode schuld. Wir erwähnen dies nur beiläufig, ohne der Sache einen besonderen Werth beizulegen.

Mit diesem Beschlusse hatte sich die Versammlung um alles Ansehen beim Volke gebracht; kein Mensch mochte nun noch das Vertrauen haben, daß diese wie ein schwankendes Rohr vom Winde hin und her bewegte Versammlung die deutsche Frage in volksthümlichem Sinne lösen werde. Das Parlament, das so viel von seiner „Souveränität" geredet, hatte sich den alten, reaktionären Gewalten untergeordnet, seinen Willen kläglich gebeugt. Das war es, was den Entrüstungssturm im Volke gegen das Parlament hervorrief, und nicht die schleswig-holsteinische Angelegenheit selbst.

Von allen Seiten ergoß sich Spott und Hohn über die Frankfurter Redekünstler.*)

Nach diesen Ereignissen hätte die Linke aus diesem Parlament austreten müssen. Sie that es indessen nicht und ließ sich zum „Ausharren" bewegen, um völlig in dem versumpften Parlamentarismus der Paulskirche stecken zu bleiben. Wir gehören nicht zu denen, die das „Ausharren" in der Paulskirche als besonderes Verdienst betrachten.

Noch am Abend nach der Abstimmung, am 16. September, ward es in Frankfurt unruhig.**) Die Linke hielt Sitzung im „Deutschen Hof" und berieth, ob man nicht den Antrag auf Neuwahlen stellen solle. Eine riesige Volksmasse wälzte sich vor das Haus und verlangte ein Gegenparlament; die Frankfurter Arbeitervereine stellten sich der Linken zur Verfügung. Diese suchte zu beschwichtigen und lud auf den Nachmittag des folgenden Tages, des 17. September, zu einer großen Volksversammlung

---

*) In der von Robert Blum und seinem Schwager Günther herausgegebenen „Reichstagszeitung" erschienen damals jene berühmt gewordenen Reime in ihrer ursprünglichen Fassung:

Fünfundsiebzig Bureaukraten —
Schöne Worte, keine Thaten!
Fünfundsiebzig Aristokraten —
Vaterland, du bist verrathen!
Fünfundsiebzig Professoren —
Vaterland, du bist verloren!

**) Heckscher, dem man im „Englischen Hof" die Fenster einwarf, floh nach Soden; dort erkannt, floh er nach Höchst, wo er, von einem Hamburger Handwerksburschen wieder erkannt, von einer tobenden Masse umringt, mit Mühe auf das Rathhaus und von da nach Mainz gerettet wurde. Er war, wie dem Verfasser von Augenzeugen in Höchst berichtet wurde, nicht sanft behandelt worden. Höchst wurde dafür mit einer Art militärischer Exekution heimgesucht. — In der „Westendhalle" zu Frankfurt machte der alte Jahn seine letzte „Turnfahrt" aus Angst vor dem auf der Straße lärmenden Volke unter einen Tisch; es wurde nachher behauptet, der Kellner habe sich einen Scherz mit dem alten Franzosenfresser erlaubt.

auf der Pfingstweide ein. Darauf verlief sich die Masse; es wurden aber noch in der Nacht Boten nach den umliegenden Städten gesandt, um Alles zu der Versammlung einzuladen.

Wenn wirklich, wie behauptet wird, gleich von vornherein ein Aufstand geplant war, der die Sprengung des Parlaments bezweckte, so war die Ausführung eine sehr ungeschickte. Germain Metternich, ein Mainzer Demokrat von bekanntem Namen, hatte viel Einfluß auf diese Bewegung, aber er war ein Schreier, und weiter nicht viel, trotz seiner athletischen Gestalt; ein Wirthshaus-Demokrat. Er ließ die nach Mainz führenden Telegraphendrähte und die Eisenbahnschienen zerstören, aber er konnte damit nicht verhindern, daß von Mainz und Darmstadt militärische Hülfe herbeigezogen wurde, sowie die Bewegung in Frankfurt drohend erschien. In Frankfurt selbst lag nur ein Bataillon Hessen; daß man diesen Umstand nicht benutzte und gleich losschlug, scheint uns zu beweisen, daß der eigentliche Aufstand nicht planmäßig verabredet war.

Die Versammluug auf der Pfingstweide war recht bewegt; die Berichte über die Zahl der Versammelten schwanken zwischen 20000 und 4000. Viel Zuzug aus Mainz, Offenbach, Hanau und anderen Orten war zu bemerken; man sah zahlreiche Waffen und Hüte mit rothen Federn. Es ward eine Adresse an das Parlament vorgeschlagen und wurden sehr scharfe Reden gehalten. Von Abgeordneten sprachen: Zitz, Wesendonck, Simon von Trier, Schlöffel und Hentges von Heilbronn.*) Zitz sagte, man müsse nun „Fraktur sprechen"; Schlöffel erhielt großen Beifall, als er die Verse zitirte:

„Wem vom Kanonenschlund ein rasches Schicksal blitzt,
Der stirbt den raschen Tod im frischen Lauf der Stunden;
Doch auf wem Liliput mit tausend Nadeln sitzt,
Der stirbt Millionen Mal an Millionen Wunden!"

Doch sprachen die Abgeordneten nicht anders, als man es von ihnen gewöhnt war. Es traten auch noch andere Redner auf, namentlich ein junger Mann, den man nicht allgemein kannte und der sich durch wildrepublikanische Redensarten auszeichnete.**) Schließlich ward eine Adresse angenommen, in der die 258 Abgeordneten, die für den Waffenstillstand gestimmt, für Verräther an der Freiheit und Ehre des deutschen Volkes

*) Hentges, kürzlich verstorben, ward auf seine alten Tage nationalliberaler Frömmler.

**) Dies war Niemand anders, als der spätere nationalliberale Abgeordnete Friedrich Kapp. Er ward beim Beginn des Kampfes unsichtbar und entfloh nach Amerika. Von dort kam er so „gebessert" zurück, daß Bismarck einst bei einer Stichwahl die Parole ausgab: „Wählt Kapp!"

erklärt wurden. Dieser Beschluß sollte dem Parlament durch eine Abordnung angezeigt werden. Man zog auch vor das Klublokal der Linken. Diese mahnte ab und bewirkte, daß die Zuzüge aus der Umgegend sich meistens entfernten; Viele thaten dies aus Unmuth über die Linke, die soeben beschlossen hatte, im Parlament zu verbleiben.

Der Frankfurter Senat, durch die Versammlung erschreckt, rief aus Mainz ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen herbei, die um 3 Uhr Morgens ankamen und die Paulskirche besetzten. So mußte das Parlament gegen das Volk geschützt werden, für dessen Interessen zu wirken es zusammenberufen worden war.

Am Morgen des 18. September waren nicht nur die Gallerien der Paulskirche dicht gefüllt, sondern dichte Menschenmassen drängten sich auch draußen um das Gebäude herum, besonders an den Thüren. Sie wußten offenbar nicht, was thun, und die Parlamentsdemokraten hielten sich sorgfältig von ihnen fern. Es gab an den Thüren ein Gedränge und einige Angstmeyer, namentlich Riesser von Hamburg, glaubten sich schon mit dem Tode bedroht, weil sie mit der Masse zusammenstießen. Die abenteuerlichsten Gerüchte schwirrten durch die Luft. Nun ließ ein preußischer Offizier die Menge mit dem Bayonnet zurücktreiben, dabei gab es Verwundungen, und als noch die Nachricht kam, die Stadtthore seien vom Militär abgesperrt, da begann der Barrikadenbau. Aber nicht unter Aufregung und Rachegeschrei, nein, ganz langsam und schier gemüthlich. Das Militär schritt nicht ein, obschon die Barrikaden unter seinen Augen entstanden. Man wollte offenbar einen Putsch haben, um ihn niederwerfen und Gewaltmaßregeln gegen die Demokratie damit rechtfertigen zu können.*)

Auf der Zeil beim Türkenschuß, in der Haasengasse, Schnurgasse, Töngesgasse, Allerheiligengasse, Fahrgasse und am Graben erhoben sich Barrikaden. Etwa 400 Mann mochten hinter den Barrikaden stehen, fast lauter Arbeiter, die, an der gehofften Freiheit verzweifelnd, einen aussichtslosen Kampf begannen. Auch hier wurde „Heilig ist das Eigenthum!“ an die Thüren geschrieben und keines Pfennigs Werth kam während des Kampfes abhanden. Der alte Rothschild, dessen Haus in der Gewalt der Aufständischen war, soll darüber sehr verwundert gewesen sein.

Das Parlament setzte inzwischen die Berathung der Grundrechte fort und man that, oder suchte zu thun, als kümmere man sich gar nicht um die Dinge, die draußen auf den Straßen vorgingen. Das unvermeidliche

*) Ein Abgeordneter sah einen Offizier mit seiner Mannschaft zwanzig Schritt von einer im Bau begriffenen Barrikade stehen. Als er frug, warum das Militär ruhig zusehe, antwortete der Offizier: „Ich habe keinen anderen Befehl, als hier zu stehen.“

Ministerium Schmerling trat sein Amt wieder an. Rühl, der demokratische Bürgermeister von Hanau, und Gritzner aus Wien von der äußersten Linken beantragten, das Parlament solle sich auflösen und es sollten neue Wahlen angeordnet werden, da das Vertrauen des Volkes zu dieser Versammlung geschwunden sei. Beide Anträge wurden nicht für dringlich erachtet und kamen sonach nicht zur Berathung. Am Schlusse der Sitzung ward dem Vorsitzenden die Adresse der Versammlung auf der Pfingstweide überreicht und vorgelesen, ohne daß sie eine besondere Bewegung hervorrief. Kurz vor zwei Uhr schloß Gagern die Sitzung.



F. W. Schlöffel.

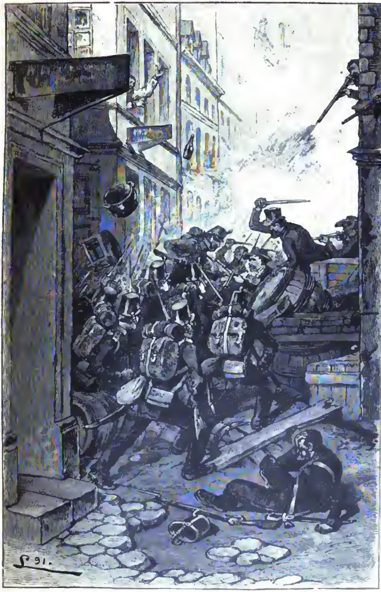
Um 2 Uhr wurden die Barrikaden von den Truppen angegriffen, denen fortwährend Verstärkungen zueilten. Der Kampf ward sehr heftig, denn die Truppen hatten noch keine Geschütze und gingen mit dem Bayonnet vor. Unaufhörliches Gewehrfeuer hallte durch die Stadt. Eine Anzahl der Barrikaden ward von den Truppen nicht ohne erheblichen Verlust genommen; namentlich in den engen alten Stadttheilen war der Widerstand sehr hartnäckig. In der Allerheiligengasse und besonders in der Fahrgasse, wo eine große Barrikade vor der Sachsenhäuser Brücke aufgeworfen war, wurden die Truppen mit einem starken Gewehrfeuer empfangen, das sie zurücktrieb.

Die Volkskämpfer hatten schon vor dem Ausbruch des Kampfes gesagt, sie würden die Barrikaden selbst abtragen, wenn man die preußischen

Truppen aus der Stadt entferne. Einige Mitglieder der Linken, Trützschler, Raveaux, Robert Blum und Ludwig Simon nahmen dies zum Anlaß, eine Vermittlung zu versuchen. Indem sie diese gewöhnlich wenig dankbare Rolle übernahmen, eilten sie zum Reichsverweser, um den Befehl zum Einstellen des Feuers seitens der Truppen zu verlangen. Johann wies sie nach einem Schwall von Redensarten ab und schickte die Vermittler zu den Ministern.*) Der Kriegsminister von Peucker wies die Vermittler mit hochmüthiger Kälte ebenfalls ab und sandte sie zum österreichischen General Nobili, als zum Kommandanten. Dieser bewilligte sogleich einen Waffenstillstand in der koulantesten Weise und zwar auf anderthalb Stunden, wenn die Aufständischen dahin gebracht werden könnten, das Feuer einzustellen. Die Demokraten sollten dies vermitteln und es wurde ihnen der preußische Major von Boddien, ein Parlamentsmitglied, mitgegeben, der sich mit spöttischen Bemerkungen gegen die Vermittler wendete. Schlöffel, Moritz Hartmann**), Karl Vogt, Ludwig Simon, Rösler von Oels, Trützschler und Rühl übernahmen die Vermittlung und begaben sich zu den Barrikaden. Das Unternehmen war nicht ohne Gefahr, denn weder Truppen noch Aufständische kümmerten sich in der Hitze des Gefechts anfänglich um die tücherschwenkenden Vermittler, so daß diese zwischen zwei Feuer kamen. Einige sollen beim Pfeifen der Kugeln nicht sehr kaltblütig geblieben sein, wofür man ihnen viel Spott anthat; Andere zeigten viel Muth, so z. B. der „Reichskanarienvogel" Rösler von Oels auf der Sachsenhäuser Brücke. Mit vieler Mühe und Gefahr wurde ein Waffenstillstand auf dreiviertel Stunden zu Stande gebracht. Die Volkskämpfer waren voll Wuth und Trotz; sie hörten überhaupt nur Trützschler und Simon von Trier an. Als Simon ihnen die Stärke der Truppenmacht schilderte und auf die sichere Niederlage hinwies, antwortete ihm ein pulvergeschwärzter Barrikadenkämpfer, ein Arbeiter: „Wir sind entschlossen, auf den Barrikaden zu fallen. Da die Nationalversammlung Deutschlands Ehre verrathen hat, so wollen wir nicht mehr leben; wir wollen die Schande nicht mit tragen; wir wollen sterben, wie unsere Brüder, mit den Waffen in der Hand!" Damit zeigte er auf die Gefallenen und ihre blutigen Wunden. Ja, dieser Proletarier war aus anderem Stoff als die Redekünstler des Parlaments; er hatte mehr Stolz und Trotz als

*) Nach der Darstellung der Witzblätter soll Johann auf die erregte Frage eines der Demokraten, was nun zu thun sei, geantwortet haben: „Döš waaß i a nöt!"

**) Wir folgen im Allgemeinen dessen Darstellung in den „demokratischen Studien."



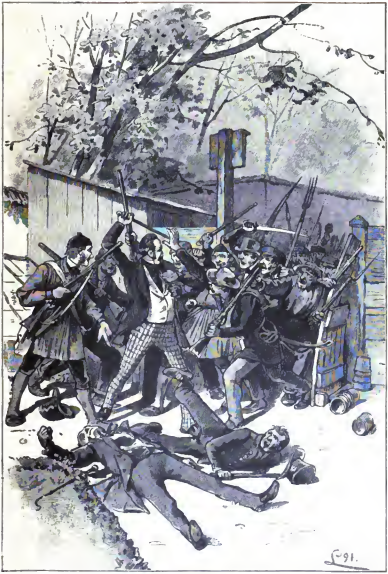
Barrikadenkampf in Frankfurt am Main.

so ein liberaler oder demokratischer Bourgeois, und wollte die Märzerrungenschaften nicht so leicht aufgeben.

Endlich kam man überein, daß die Aufständischen sich gegen die Zusicherung allgemeiner Amnestie unterwerfen sollten. Die Zeit verstrich mit den Unterhandlungen. Die Zuzüge aus Mainz und Hanau kamen nicht, denn die Linke hatte abgemahnt; wohl aber kamen Truppen von Darmstadt mit starker Artillerie. Es mochten gegen Abend wohl 12000 Mann Truppen in der Stadt sein, und Schmerling lehnte die Forderung einer Amnestie mit Hohn ab, weil die dreiviertel Stunden verstrichen und die Barrikaden nicht abgetragen seien. „Wir sind betrogen," sagte Löwe-Calbe zu Moritz Hartmann; „der ganze Waffenstillstand hat nur dazu gedient, Zeit zu gewinnen und die Kanonen abzuwarten." — In der That wurden jetzt die Barrikaden mit aller Macht angegriffen, was wohl auch ohne Waffenstillstand geschehen wäre, aber die Vermittler von der Linken waren, wie gewöhnlich, die Blamirten.

Jetzt donnerten die darmhessischen Zwölfpfünder wider die Barrikaden, die mit der Hartnäckigkeit der Verzweiflung vertheidigt wurden. Einige der Barrikadenkämpfer stürzten sich wie absichtlich in den Tod, so sehr ging ihnen das Unglück Deutschlands zu Herzen. Erst des Nachts um 10 Uhr fiel die letzte Barrikade in der Schnurgasse. Die Volkskämpfer hatten sich von einer Barrikade nach der anderen, die Wände der Häuser durchbrechend, zurückgezogen. „Mit der kalten Ruhe der Todesverachtung," schreibt ein Parlamentsmitglied*), „vertheidigten sie gegen eine Stunde lang noch die letzte und stärkste dieser Barrikaden, welche von dem Ziegelgäßchen nach dem „Nürnberger Hof" die Schnurgasse schräg durchschnitt. Hier befehligte im schwarzen Sammetrock ein schöner junger Arbeiter aus Heidelberg, der viel galt unter den Seinen, weithin am Rhein und Main. Er stand allein hinter der Barrikade. Rechts und links in den Häusern standen die Blousenmänner, die wohl zu den Ueberspanntesten und Entschlossensten gehörten. Wie er den Degen schwang, blitzte es aus den Mündungen von zweiundzwanzig Musketen, und sie trafen in die hart hinter den Kanonen dicht gedrängten Czechen hinein. Jetzt Kommandogeschrei Feuer! von beiden Seiten, dann nur Krachen, einige Sekunden Stille, dann Geräusch der Wasserpumpen für die Verwundeten, verworrene Stimmen und darauf wieder einige Augenblicke Todesstille und Nacht. Die Kartätschen schlugen rückprallend rechts und links an den Häusern ein; als man sah, daß hinter den Barrikaden Niemand war, wurden sie auch auf die Häuser gerichtet. Hinter und vor der Barrikade sahen die

*) Der Abgeordnete Wilhelm Zimmermann von Stuttgart.



Auerswald's und Lichnowsky's Tod.

Arbeiter Feinde und sie schlugen sich fort. Nur die aufflammenden Mündungen der Gewehre und Kanonen traten auf Augenblicke aus dem Dunkel hervor und die rothe Gluth leuchtete bis an die hohen Giebel der fünfstöckigen Häuser empor und erhellte die langen Schatten, finster, wie der Zorn und das Angesicht der Streiter des Volkes, jener Zorn, der sie dem Tod oder dem Kerker zutrieb." . . . .

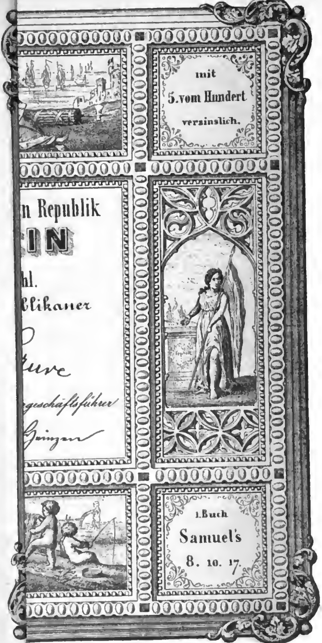
Beim Verlassen der letzten Barrikade fiel der junge Führer aus Heidelberg, nachdem er seine letzte Patrone verschossen.

Aus dem Volk fielen an diesem Tage 37 Personen, Viele wurden gefangen und scheußlich von den Czechen mißhandelt. Die Meisten entkamen durch die Hülfe der Frankfurter Bevölkerung, namentlich der Frauen, über den Main. Der Verlust des Militärs ward wie gewöhnlich nicht bekannt gegeben.

Die Aufständischen vom 18. September sind hart geschmäht worden. „Das Herz," sagt dagegen Zimmermann, „schlug ihnen wahr und warm für Deutschlands Ehre und Freiheit, wärmer als Hunderten, die in der Paulskirche saßen. . . . Diese Männer des Volkes sahen die Mehrheit volksfeindlich geworden, Viele nicht aus Willen und Bewußtheit, sondern aus Unverstand und Schwäche. Nach diesem Einsturz der Paulskirche, der ihre Hoffnungen verschüttete, wurden sie grimmig. Das sterbende Deutschland in der Brust fochten sie, da die Nationalversammlung sich selber zur Ohnmacht verdammt hatte. Schade, daß hier Deutsche gegen Deutsche stritten." — — —

Während des Kampfes spielte sich ein anderes tragisches Ereigniß ab. Lichnowsky war mit einem anderen Aristokraten, dem preußischen General Auerswald, ausgeritten, zur selben Zeit, als in der Stadt sich die Truppen und aufständischen Demokraten auf Leben und Tod bekämpften. Sie wurden erkannt und von einem Volkshaufen verfolgt. In der Nähe des Friedberger Thores flüchteten sie in das Haus eines Gärtners und verbargen sich. Unter dem Geschrei: „Wo sind die Spione? Wir wollen Standrecht über sie halten!" drang das wüthende Volk in das Haus und riß Beide aus dem Versteck. Zuerst wurde Auerswald getödtet; Lichnowsky wollten sie auf Zureden eines dazukommenden Arztes, der den beim Volke so sehr verhaßten Mann zu retten versuchte, als Geisel hinwegführen. Einer wollte dem Fürsten ein Stück von seinem Rock „zum Andenken" abreißen; Lichnowsky glaubte, man wolle ihn tödten, sprang zurück und warf sich auf den Angreifer, worauf er mit mehreren Schüssen tödtlich verletzt wurde.*) Er starb noch an demselben Tag. Am

*) So stellten in der Gerichtsverhandlung gegen die Mörder von Lichnowsky und Auerswald sieben Zeugen die Sache dar.



Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Republik.

ht die Zukunft in Anspruch
en sich jetzt die Republi-
htung und Aussaugung des
nde Staats-Verfassung und
rhabene Ziel nicht erreicht
en und Gut. Gross ist das
cht Alles gethan. Darum
gkeit zu opfern vermögen,
ge, welche sie der wer-
rn und vornehmlich aber
rnehmen die Republikaner
lands?
ie beschloss, zu Gunsten
m Werthe auszustellen:
fl. 7 oder 4 Thaler. —
r.
eine verpflichtet. Sie sind
Trager eines solchen Titels
als Beweis rechtmässigen
dieser Anleihe wird ver-
de und — zur Versorgung
dsatz: Einer für Alle und
eitsfähigen wird Beschäfti-
ten aller Völker setzt man
den Kapitalstöcke mit Re-
utsche Republik gegründet
anstalten durch Einschüsse
rschaffen und ihr gemein-
ändig die unterzeichneten
h. Eine Generalversamm-
g der Schlussrechnung er-
t den Obergeschäftsführer,
eschäftsreglement; fernere

Morgen soll er noch einigen Blousenmännern zugerufen haben: „Heute Abend seid Ihr Futter fürs Pulver!"

Die Reaktion hat diesen blutigen Vorfall mit besonderem Eifer gegen die Demokratie ausgenutzt und auch mit besonderem Erfolg. Kein Wunder, denn Lichnowsky war ein Hochgeborener und er soll mit seiner Freundin, der bekannten Herzogin von Sagan, den Plan entworfen haben, Deutschland zwischen Preußen und Oesterreich mit dem Main als Grenze zu theilen und so die deutsche Frage sehr einfach zu lösen.

Im Uebrigen war die Ermordung von Auerswald und Lichnowsky eines jener Ereignisse, wie sie bei dem Zusammenstoße feindlicher Gewalten und bei der höchsten Erregung menschlicher Leidenschaften häufig sind. Wie sehr solch blutige Katastrophen zu beklagen sind, so haben doch die reaktionären Geschichtschreiber keinen Grund, ihre „sittliche Entrüstung" gerade auf diesen Vorfall zu konzentriren, wie sie so oft thun. Denn wir werden sehen, daß der besiegten Demokratie in ganz anderem Maße Blut abgezapft worden ist.

Am anderen Tage verhängte der Reichsverweser über Frankfurt den Belagerungszustand.

Selbstverständlich sprach die Mehrheit des Parlaments dem Ministerium Schmerling sein Zutrauen aus. Es wurde ihm die Unterstützung „bei ferneren Maßregeln zur Erhaltung der deutschen Einheit" zugesichert und den Reichstruppen für die „bei Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Mäßigung" gedankt. Auch die Linke gab ihre Zustimmung, denn sie war etwas kleinlaut geworden. Nur beantragte Schaffrath, zur „Einheit" noch die „Freiheit" zu setzen, als ob das Ministerium durch den Waffenstillstand von Malmö und durch die hessischen Kartätschen die deutsche Freiheit gerettet hätte! Der „Reichskanarienvogel" Rösler von Oels beantragte dagegen, den Truppen für ihre „Mäßigung" zu danken. Es geschah, und so bedankten sich die Männer von der Linken dafür, daß ihre eigenen Parteigenossen draußen von den Truppen „mit Mäßigung" niedergeworfen worden waren!*)

Nach diesen Ereignissen konnte über den volksfeindlichen Charakter der Majorität des Parlaments kein Zweifel mehr bestehen. Die Frankfurter Versammlung trat nach dem September-Aufstand in eine neue Phase. Vorher hatte es wenigstens den Anschein gehabt, als habe sich dies Parlament die Aufgabe gestellt, die Märzerrungenschaften zu wahren; nunmehr wurde völlig klar, daß die Mehrheit den reaktionären Gewalten

*) Siehe den stenographischen Bericht des Frankfurter Parlaments vom 19. September.

in die Hände arbeitete, indem die Schwankenden von den entschiedenen Reaktionären mit fortgerissen wurden.

Es rächte sich bitter, daß die Linke sich nicht hatte entschließen können, aus der Versammlung auszutreten. Sie ward von den übermüthig gewordenen Reaktionären bei jeder Gelegenheit mit Beleidigungen überhäuft. Auch die Minister machten aus ihren Gesinnungen kein Hehl.*) Am 20. September ward von Robert Mohl ein „Gesetzentwurf zum Schutze der Nationalversammlung" — die ohnehin von 12 000 Mann bewacht war — eingebracht und Stavenhagen wollte die Presse verfolgt wissen, namentlich die „Reichstagszeitung" von Robert Blum. Auch über die „Neue Rheinische Zeitung" war die Rechte sehr erbost wegen der Geschichte vom Schnapphahnski.**)

Nachdem sich das Parlament hinreichend gegen das Volk geschützt hatte — jeder Angriff auf die Versammlung ward mit schweren Strafen bedroht und Volksversammlungen durften nur fünf Meilen von seinem Sitzungsort entfernt gehalten werden — ward am 5. Oktober von Schmerling die Verhaftung und Bestrafung der Mitglieder, die auf der Pfingstweide gesprochen hatten, verlangt.***) Nach einer heftigen Debatte genehmigte das Parlament eine Kriminaluntersuchung gegen die bezeichneten Abgeordneten; die Verhaftung derselben ward abgelehnt. Die Untersuchung verlief im Sande.

Das Verhalten der Nationalversammlung rief noch einige revolutionäre Zuckungen hervor. An der schweizerischen und französischen Grenze hielten sich eine Menge von Flüchtlingen auf, die auf einen Umschlag der Dinge warteten. Die Meisten von ihnen waren nicht minder vertrauensselig, als die Parlamentler. Während diese eine Parlaments-Denkmünze mit dem Namen des ledernen Johann anfertigen ließen, bevor das Parlament eine andere Denkwürdigkeit als die reaktionäre Zentralgewalt geschaffen hatte, kamen die flüchtigen Republikaner auf den famosen Gedanken, eine Anleihe zu 5 Prozent auf die künftige deutsche Republik ins Leben zu rufen. Dieses Unternehmen fand mehr Anklang, als man hätte glauben sollen. Die Rückzahlung des vorgestreckten Kapitals mit 5 Prozent Zinsen

*) Schmerling sagte nachgewiesenermaßen von dem Abgeordneten Schmidt aus Löwenberg, während dieser sprach: „Das ist auch eine von den Kanaillen, die wir hinausbringen müssen."

**) Lichnowsky, dessen Abenteuer dort geschildert und verspottet waren.

***) Der alte Jahn verlangte den Ausschluß dieser Mitglieder und meinte: „Ich nehme und gebe keine Gnade!" — So redete nun dieser alte Prahler, nachdem er wieder unter dem Tisch, unter den er sich am 18. September vor einem blinden Lärm geflüchtet, hervorgekrochen war.

sollte geschehen, sobald die deutsche Republik gegründet wäre. Es gehörte ein starker Optimismus dazu, an solche Dinge zu glauben, aber man glaubte daran.*)

Wenn man auf die künftige deutsche Republik schon Papiergeld ausgab, warum sollte man nicht auch die deutsche Republik gleich selber begründen, namentlich wenn man Gustav Struve hieß und den Glauben in sich trug, die Welt hätte die Verpflichtung, sich genau so zu gestalten, wie man in seinem eigenen, phrenologisch wohl untersuchten Schädel bei strenger Pflanzenkost es ausgedacht hatte?

Die Frankfurter Vorgänge hatten in Baden ganz besonders gewirkt und an manchen Orten, wie in Mannheim, machte sich die Erregung der Masse in stürmischen Versammlungen Luft. Struve glaubte den Moment für einen neuen Aufstand gekommen. Er befand sich am 20. September zu Basel**), um den Druck seines Blattes zu überwachen. Es kamen



Parlamentsdenkmünze.

einige badische Demokraten zu ihm, die ihm die Stimmung im Lande günstig für einen neuen Aufstand schilderten; namentlich aus Lörrach ward gemeldet, daß dort die Bürgerwehr nur auf das Signal zur Erhebung warte. Struve entschloß sich rasch und ließ nach Lörrach sagen, er werde anderen Tages erscheinen, um die Republik zu proklamiren. Dies geschah in der That; Struve erschien am 21. September 1848 mit acht oder zehn Begleitern in Lörrach.***) Die Errichtung der deutschen

*) Wir haben unserem Werke eine photographische Abnahme von einem solchen republikanischen Schuldschein, der seinerzeit in Stuttgart hergestellt worden ist, angefügt.

**) Wie er selbst in der „Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden" erzählt. Uebrigens ist der Ausdruck „Volkserhebung" für seinen September-Putsch denn doch zu weit gefaßt!

***) Vielleicht war ihm der Tag, an dem auch einst die erste französische Republik — 21. September 1792 — errichtet wurde, noch besonders geeignet erschienen.

Republik ging hier ohne alle Schwierigkeiten vor sich; Struve proklamirte sie vom Rathhause herab und die Bürgerwehr unter Führung von Pflüger und Meisinger verhaftete die Beamtenschaft. Struve übernahm sofort die Regierung der neuen Republik und bestellte zu seinem Sekretär den jungen Journalisten Karl Blind aus Mannheim.*) In dem „Regierungsblatt der deutschen Republik" erschien alsbald folgender Aufruf:

„An das deutsche Volk! Der Kampf des Volkes mit seinen Unterdrückern hat begonnen. Selbst in den Straßen der Stadt Frankfurt am Main, am Sitze der ohnmächtigen Zentralgewalt und der geschwätzigen konstituirenden Versammlung, ist auf das Volk mit Kartätschen geschossen worden. Nur das Schwert kann das deutsche Volk noch retten. Siegt die Reaktion in Frankfurt, so wird Deutschland auf dem sogenannten gesetzlichen Wege furchtbarer geknechtet und ausgesogen werden, als dies in den blutigsten Kriegen geschehen kann. Zu den Waffen, deutsches Volk! Nur die Republik führt uns zu dem Ziele, nach dem wir streben. Hoch lebe die deutsche Republik! Im Namen der provisorischen Regierung: Gustav Struve. Der Kommandant des Hauptquartiers: W. W. Löwenfels. Der Schriftführer: Karl Blind. Lörrach, den 21. September 1848."

Dieser Aufruf war ohne Zweifel ganz gut stilisirt, damit war aber auch so ziemlich Alles geleistet, wozu Struve durch seine Fähigkeiten berufen war. Was dann kam, ist vielfach tragi-komisch angehaucht.

Am selben Tage noch erließen Struve und Blind „im Namen der provisorischen Regierung Deutschlands" eine Verordnung, nach welcher alle Feudallasten und Ablösungsschuldigkeiten, sowie alle Abgaben an Staat und Kirche — mit Ausnahme der Zölle an den deutschen Grenzen**) — aufgehoben und durch eine progressive Einkommensteuer ersetzt wurden. Alles Grundeigenthum des Staates, der Kirche und der Reaktionäre sollte an die Gemeinden übergehen. „Von heute an," hieß es, „herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird!" Ein weiterer Aufruf befahl, die Sturmglocken zu läuten, das bewaffnete Volksaufgebot zu organisiren und die Regierungskassen zu konfisziren.

*) Blind nannte sich damals Sozialdemokrat — allerdings nicht im heutigen Sinne; die inzwischen erfolgten politischen Wandlungen dieses politischen Allerweltsschwätzers, der 1870 so fanatisch für die Annexion von Elsaß-Lothringen eintrat, nachdem 1866 sein Stiefsohn ein Attentat auf Bismarck gemacht, sind bekannt.

**) Diese zarte Rücksicht auf das schutzzöllnerische Spießbürgerthum findet sich immer bei Struve, hat auch später noch lange in der bürgerlichen Demokratie existirt, bis die Bismarck'sche Hochschutzzöllnerei dort die Augen geöffnet hat.

Es kamen Zuzüge aus der Umgegend von Lörrach und aus der Schweiz; auch einige von den Führern des Heckerzuges erschienen. Aber gerade diejenigen, die militärische Kenntnisse hatten, nämlich Sigel und Joh. Phil. Becker, kamen nicht; sie hielten das Unternehmen für aussichtslos.

Die Aufständischen theilten sich in zwei Kolonnen, die sich vor Freiburg vereinigen und dann diese Stadt angreifen sollten. Auf dem Marsche verstärkten sich die republikanischen Schaaren, doch nicht allzu sehr. Die Angaben über ihre Stärke sind sehr verschieden; sie schwanken zwischen 10 000 und 3000 Mann im Ganzen. Es wurden offenbar Viele genöthigt, mitzuziehen, die dann nach der Niederlage sich sofort gegen die Demokraten wandten; auch griff man zu dem gefährlichen Mittel, unwahre Siegesberichte zu verbreiten.*) Die Kolonnen operirten ohne Zusammenhang und ohne Dispositionen.

Der Reichsverweser, der sich nun hervorthat, da es gegen die Demokratie ging, ertheilte den Befehl zur energischen Unterdrückung des Aufstandes. Die Eisenbahnen waren in Baden mehrfach zerstört worden, denn das Volk sympathisirte mit dem Aufstande an vielen Orten. Aber die Wenigsten zogen mit. Der badische General Hoffmann, der dies wohl wußte, wartete die Reichstruppen nicht ab, sondern rückte den Aufständischen mit etwa 1000 Mann entgegen.**) Er traf bei Staufen, zwischen Freiburg und Müllheim, am 24. September auf die republikanische Kolonne unter Löwenfels, die über Schliengen und Müllheim herangerückt war und bei der sich Struve selbst, dessen Frau, Karl Blind und Struve's Schwager, Pedro Düsar, befanden. Der Kern der Aufständischen, die beiden Bataillone Lörracher Bürgerwehr, waren über das Gebirge gegen Freiburg gezogen. Als Löwenfels, der von Beruf Soldat war, die Truppen anrücken sah, warf er sich mit seinen Freischaaren nach Staufen. Die Stadt wurde verbarrikadirt und Struve rief vom Rathhause herab die Bevölkerung von Staufen zum Kampfe auf. Als aber die badische Artillerie ihr Feuer begann, verschwanden die Staufener in ihren Häusern. Der Kampf dauerte etwa eine Stunde, bis die Truppen die Stadt erstürmten und die Freischaaren mit Hinterlassung von elf Todten in die Flucht schlugen. Die Truppen waren sehr fanatisirt und tödteten Gefangene.***)

---

*) Ob Struve selbst dies gethan, ist zweifelhaft. Siehe darüber Mögling, „Briefe an seine Freunde," Seite 142.

**) Der badische Minister Bekk giebt „kaum 800" an.

***) Der badische Minister Bekk gesteht dies ein mit folgenden Worten: „Namentlich erschossen sie am 25. September (also einen Tag nach dem Gefechte!) Vormittags, als in Staufen aus einem Hause nochmals auf die Truppen gefeuert wurde, mehrere darin verborgene und herausgetriebene Frei-

Struve, dessen Frau, Blind und Düfar wurden in Wehr bei Schopfheim verhaftet, da die Stimmung schnell umschlug und die Spießbürger, die noch soeben hatten die Republik hoch leben lassen, den reaktionären Bürgerwehren Beistand leisteten. Die Gefangenen wurden nach Säckingen gebracht, wo Struve diesmal nicht wieder einen Freund fand, der ihn befreite. Man brachte ihn nach Müllheim und stellte ihn vor ein Standgericht, das sich indessen für inkompetent erklärte, da Struve und Blind vor Verkündigung des Kriegszustandes gefangen worden waren. Sonst wären Beide unfehlbar der Kugel verfallen. Sie wurden nach Rastatt gebracht. Struve's schöne und muthige Frau Amalie ward in einem Thurme zu Freiburg in harter Haft gehalten.

Was von den Republikanern nicht bei Staufen im Gefecht gewesen, verlief sich rasch. Ueber Struve, dessen mißglücktes Unternehmen man den Struve-Putsch nannte, ergoß sich ein Strom von Spott und Verleumdung. So beschuldigte ihn der Geschichtschreiber Häusser in seinem Buche über die badischen Aufstände, er sei mit 16 000 Gulden „Raubgeldern" davon gefahren, eine Verleumdung, die Häusser, als Struve in den sechsziger Jahren aus Amerika zurückkehrte, mit seiner professoralen Dreistigkeit aufrecht erhielt.

Struve's Anhänger schoben die Schuld an der Niederlage auf Löwenfels, der allerdings kein Heerführer war. Aber wenn es in einer solchen Darstellung heißt, Löwenfels hätte sich „mit frisch zusammengezogenen Wehrmännern" nicht in ein Gefecht einlassen sollen, so muß man allerdings erstaunt fragen, was denn eigentlich Löwenfels bei Staufen hätte thun sollen. Mit dem Struve'schen Aufstand standen nur einige lokale Bewegungen im Zusammenhang; die anderen Erhebungen im September waren nicht die Wirkungen eines großen allgemeinen Revolutionsplanes, wie die Reaktionäre logen, die ganz planmäßig gegen die Revolution zu Felde zogen.

Ende September kam es in Württemberg zu einem Aufstande. Dort hatte im Sommer das Militär theilweise an der Bewegung Theil genommen. Das zu Heilbronn in Garnison liegende achte württembergische Infanterie-Regiment versammelte sich zum großen Theil und ließ durch einen Fourier, Hartmann von Dörzbach, seine Wünsche formuliren. Das Kommando nahm Hartmann in Haft. Es entstand eine ungeheure Aufregung unter den Bürgern und Soldaten. Zugleich erschienen andere Truppen, die das achte Regiment nach Ludwigsburg brachten. Dort wäre es beinahe zum Kampfe

schärler auf der Stelle." — Nach demokratischen Blättern wurden bei dieser Affaire sechs Musikanten, die sich in einer Scheune verkrochen hatten, niedergestochen. Das „namentlich" in der Darstellung des Ministers läßt die Annahme zu, daß noch andere bedenkliche Dinge vorkamen, die er nicht angiebt.

gekommen. Das achte Regiment, dem jede Führung fehlte, ließ sich entwaffnen und sechzig Mann wurden nach dem Asperg gebracht, um nachher zu schweren Strafen verurtheilt zu werden.

Die schwäbische Demokratie war stets unter sich uneinig*) und daher mußte der Aufstandsversuch, den Rau von Gaildorf im September 1848 unternahm, noch sicherer mißglücken, als der Struve-Putsch. Rau, ein begeisterter Demokrat, mit einigen unbestimmten sozialistischen Anwandlungen, versuchte, am oberen Neckar einen Aufstand zu bewirken. Man kam ihm nur in Rottweil und Schramberg entgegen. Als er die Schwäche der Bewegung sah, gab er sie selbst auf. Er ward gefangen genommen und auf den Asperg gebracht. Auch der Gedanke, das Cannstatter Volksfest, bei dem alljährlich viele Tausende von Menschen zusammenströmen, zu einer Erhebung zu benutzen, erwies sich als unausführbar.

Zu Köln gab es im September sehr starke Reibereien zwischen Zivil und Militär. Es bildete sich ein Sicherheits-Ausschuß. Die „Honnetten" suchten zu vermitteln. Aber die Aufregung wuchs, da inzwischen die Nachrichten von den Drohungen Wrangel's gegen die Demokratie aus Berlin eingelaufen waren. Es wurden Verhaftungen vorgenommen; auch der „rothe Becker" ward gefänglich eingezogen. Am 25. September sollte auf dem Altenmarkt eine Volksversammlung stattfinden. Sie wurde von den Behörden verboten, fand aber doch statt, und der „Kasematten-Wolff" führte den Vorsitz. Es wurden erregte Reden gehalten. Die Bürgerwehr war aufgestellt und sympathisirte zum größten Theil mit dem Volke. Plötzlich erscholl der Ruf: „Die Preußen kommen!" — Sofort wurden Barrikaden gebaut und die Sturmglocken gezogen. Daraufhin rückte das Militär aus, trieb das Volk auseinander, nahm viele Verhaftungen vor und zerstörte die Barrikaden. Die Bürgerwehr hatte sich vorsichtig gedrückt.

Ueber Köln ward der Belagerungszustand verhängt und die Bürgerwehr entwaffnet. Alle Vereine „zu politischen und sozialen Zwecken" wurden geschlossen, alle Versammlungen von mehr als 20 Personen bei Tage, und von mehr als zehn bei Nacht, wurden verboten; die Wirthshäuser sollten um 10 Uhr geschlossen sein. Wer Widerstand leisten würde, sollte vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die „Neue Rheinische Zeitung,"

*) Es gab unter den schwäbischen Demokraten von damals nicht wenige, die sehr „wüthig" waren; zu ihnen gehörte u. A. Dr. Oskar von Wächter, der 1848 in Blouse und rother Kravatte erschien und den König von Preußen im Bild im Feuersee zu Stuttgart ertränken half. Heute ist er, wie so mancher seiner damaligen Genossen, ein frommer Nationalliberaler. Auch der bekannte Johannes Scherr gehörte zu den ganz „Wüthigen."

das Organ der sozialistischen Partei, ward unterdrückt, ebenso drei andere Blätter; die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung" wurden zum Theil steckbrieflich verfolgt.

Der verunglückte Kölner Barrikadentag brachte der rheinischen Demokratie einen schweren Schlag bei.*) Indessen wurde der Belagerungszustand am 4. Oktober aufgehoben und auch die „Neue Rheinische Zeitung" erschien wieder.

Nachdem alle diese Erhebungen und noch eine Anzahl lokaler Bewegungen gescheitert waren, glaubten die Parlamentarier zu Frankfurt am Main endlich ruhig in dem Gewässer ihrer Beredtsamkeit weiter plätschern zu können. Auch in Schleswig-Holstein trat der gewünschte Stillstand ein. Zwar hatte die schleswig-holsteinische Landesversammlung sich noch sehr widerspenstig gezeigt. Nachdem aber der Waffenstillstand ratifizirt war, gab sie nach und die neue Regierung, bestehend aus Moltke, Reventlow, Heintze, Preusser und Boyssen, ward durch die von Deutschland und Dänemark gemeinsam ernannten Kommissäre eingesetzt.

Während die Versammlung die Grundrechte glücklich zu Ende brachte und endlich, nach fünf Monaten ihres Beisammenseins, an die Berathung der Reichsverfassung ging, machte sich die Zentralgewalt das Vergnügen, die Schweiz wegen der badischen Flüchtlinge zu drangsaliren. Sie verlangte sogar eine „Genugthuung für die Einbrüche deutscher Republikaner aus der Schweiz." Indessen erreichte die je nach Bedürfniß so lahm oder brutal auftretende Zentralgewalt von der kleinen Schweiz nur wenige Zugeständnisse.

*) Aus Düsseldorf, wo sich damals der junge Lassalle befand, finden wir in der reaktionären „Vossischen Zeitung" Nr. 231 unterm 25. September folgende Notiz: „Vorgestern ist der hiesige republikanische Klub zum allgemeinen Spott und Gelächter geworden, indem zwei Sackträger, Namens Wedekind und Metz, die ganze Versammlung, als sie eben eine Dankadresse an die Frankfurter Barrikadenhelden votirte, mit Knüppeln aus dem Hause hinausgetrieben haben. In Folge dieses Vorfalles ereigneten sich heute unter der Zunft der Sackträger mehrere Prügeleien am hellen Tage und auf offener Straße, in Gegenwart der Gräfin von Hatzfeld, einer Hauptführerin jenes Klubs, welche jedoch keine weiteren Ruhestörungen in der Stadt veranlaßten." — Die spätere Stifterin der „weiblichen Linie" der Lassalleaner hatte sonach noch mit 43 Jahren eine republikanische Sturm- und Drangperiode. Im Uebrigen ist die Notiz offenbar eine ziemlich verlogene; interessant ist, daß dabei die Reaktionäre als Knüppelhelden erscheinen.

Schwarz-gelb und Schwarz-roth-gold.

Die Ermordung Lamberg's in Pest gab den schwarz-gelben Reaktionären Anlaß zu den heftigsten Ausfällen gegen Ungarn, wie es immer geschieht, wenn ein Volk durch den Uebermuth seiner Feinde aufs Aeußerste gereizt wird und sich dann in blinder Wuth an dem nächsten verhaßten Wesen, das ihm in den Weg kommt, vergreift. Es gab damals Leute am Hofe in Schönbrunn, welche öffentlich über den Tod Lamberg's Krokodilsthränen vergossen und heimlich glücklich waren, daß durch die Blutszene auf der Pester Brücke der Bruch mit Ungarn endlich vollständig geworden war.

Die Camarilla sollte zunächst noch wenig Freude erleben. Jellachich, der Führer rothmänteliger Kroaten, die schier wie zu den Zeiten des bösen Trenck hausten, hatte zwar ein Aufgebot ungarischen Landsturmes zurückgeworfen, aber bei Velencze stieß er am 29. September auf ein ungarisches Heer in guter Stellung. Er griff an, um die Linien der Ungarn zu durchbrechen. General Moga, der die Letzteren befehligte, gab sich offenbar Mühe, die Schlacht zu verlieren, denn ihm war nicht recht wohl bei dem Kampfe gegen den Parteigänger des Hauses Habsburg. Allein die magyarischen Männer gingen mit Begeisterung in das Gefecht und schließlich zog sich Jellachich zurück. Seine Nachhut wurde acht Tage später von den Ungarn umzingelt und gefangen.

Der österreichische Kriegsminister Latour gab sich alle Mühe, den vor den Ungarn retirirenden Jellachich zu unterstützen. Dies riß die Wiener Demokratie aus ihrer Sorglosigkeit empor. Jetzt endlich begann man zu begreifen, daß die Camarilla sich den Slaven in die Arme geworfen hatte. Am 4. Oktober erklärte ein kaiserliches Manifest den ungarischen Reichstag für aufgelöst und ernannte den Banus Jellachich zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Ungarn. Dieses Manifest that in Wien eine fast noch größere Wirkung als in Pest. Es rief eine ungeheure Erregung hervor. Das Volk von Wien strömte auf die Straßen; die Zeitungen sprachen von der großen Verschwörung der Hof-Camarilla mit den Czechen, für welche die Beweise bei dem Kriegsminister Latour

gefunden werden könnten, und die Volksredner sprachen in den heftigsten Ausdrücken gegen die Regierung und den schwarz-gelben Reichstag. Man begriff, daß die Niederlage der Ungarn den Untergang der in Oesterreich erkämpften Freiheiten bedeuten mußte. Die Auflösung des ungarischen Reichstages ward mit vollem Recht als eine Bedrohung der Märzerrungenschaften aufgefaßt.

Es wird sehr häufig behauptet, die Wiener hätten bei ihrem Oktober-Aufstand nicht gewußt, was sie eigentlich wollten. Unserer Meinung nach wußten sie dies sehr wohl. Sie hatten auch alles Interesse daran, Ungarn zu unterstützen, wenn sie sich der Reaktion erwehren wollten. Daß ihnen dies nicht gelang, daran trug die Unfähigkeit der Führer sehr viel Schuld. Aber die Situation hatten die Wiener diesmal richtig erkannt, denn sonst hätten sie sich nicht erhoben. Zum bloßen Zeitvertreib macht man einen solchen Aufstand nicht.*)

Die Aufregung erreichte ihren Höhepunkt, als bekannt ward, daß mehrere deutsche Regimenter den Befehl erhalten hätten, nach Ungarn abzugehen und dort das Heer des Banus Jellachich zu verstärken. Das Rauschen der Volksbewegung schwoll zum Sturm an; die Minister achteten nicht darauf. Latour hätte schon aus den Reichstagsverhandlungen**) sehen können, daß er wenig Freunde hatte, aber sein Haß gegen die Ungarn machte ihn blind. Er hielt die Bewegung in Wien für so unbedeutend, daß er die in Wien vorhandenen Streitkräfte mehrfach schwächte, nur um recht bald die sehnlich erhoffte Niederlage der Ungarn zu sehen.

Am 5. Oktober war ein italienisches Regiment nach Ungarn abgegangen, wozu es nur durch Zwangsmittel hatte gebracht werden können. Am nächsten Tage sollte das deutsche Grenadier-Bataillon Richter folgen. Dies in der Vorstadt Gumpendorf einkasernirte Bataillon ließ schon am Abend des 5. Oktober merken, daß es nicht gesonnen sei, wider die Ungarn zu fechten; es hatte vielfach mit den Arbeitern und Nationalgarden der Vorstädte sympathisirt. Im Odeum fand eine große Volksversammlung statt, in der man es aussprach, durch den Bund des Hofes mit den Slaven seien die Märzerrungenschaften bedroht. „Wenn man Ungarn

*) Eine Karrikatur aus jenen Tagen stellte dar, wie der liebe Gott aus den Wolken auf Wien hinabschaut und sagt: „Ich bin zwar bekanntlich allwissend, aber was die Wiener jetzt wollen, weiß ich wahrhaftig nicht!" — Der Witz war an sich nicht schlecht, aber seine Kosten mußte die Wahrheit tragen.

**) Dort rief ihm unter rauschendem Beifall der Czeche Rieger zu: „Sie haben sich dem Beschlusse der Kammer zu fügen!" — Herr Rieger konnte energisch sein, wenn er wollte.

geknechtet haben wird," rief ein Redner, „Bürger, verlaßt Euch darauf, so wird man dem ganzen Oesterreich allgemach die Freiheit rauben, denn man braucht nicht einmal ein Oesterreicher zu sein, um dies zu prophezeien!"

Aus diesen Worten geht hervor, daß die Wiener recht wohl wußten, um was es sich handelte.

Man beschloß einstimmig, sich dem Abmarsch des Militärs nach Ungarn zu widersetzen.

Loyale Bürger von Gumpendorf sandten eine Deputation an Latour und riethen ihm, den Marschbefehl zurückzunehmen, allein der eigensinnige Greis rannte in sein Verderben und wies die Warnung einfach ab.

Am Morgen des 6. Oktober strömten am Nordbahnhof von allen Seiten Bewaffnete zusammen, ein Theil der akademischen Legion, Bürgerwehren aus der Vorstadt und viele Arbeiter, die letzteren mit Hacken, Beilen, Schaufeln und Stangen bewaffnet. In der Stadt ward Generalmarsch geschlagen. Das Bataillon Richter kam aufgelöst und mit Bürgerwehrmännern untermischt aus der Kaserne; einige Schwadronen Kürassiere und ein galizisches Bataillon mit vier Geschützen waren aufgestellt, um nöthigenfalls den Abmarsch des Bataillons zu erzwingen. General Bredy hatte den Befehl über die Truppen.

Etwa um 11 Uhr erfolgte der Zusammenstoß. Die Grenadiere vom Bataillon Richter machten Miene, zum Volk überzugehen, und die Arbeiter suchten sich der Geschütze zu bemächtigen. General Bredy befahl, die eine Taborbrücke, die abgebrochen war, wieder herzustellen. Als er sah, wie die Arbeiter sich den Kanonen näherten, befahl er dem galizischen Bataillon, Feuer zu geben. Die Salve krachte und eine Anzahl Arbeiter fielen. Die akademische Legion und die Bürgerwehren erwiderten das Feuer sofort. General Bredy und sein Stabschef wurden getödtet und es entspann sich ein einstündiges blutiges Gefecht. Das Bataillon Richter ging zum Volke über, die Kanonen wurden genommen und eine derselben von einem Arbeiter mit einem Zündhölzchen abgefeuert. Die Kürassiere sprengten auf die Aufständischen ein, wurden aber nebst der Infanterie in die Flucht getrieben.

Während des Gefechts gerieth die Stadt in Bewegung, die Sturmglocken ertönten und die Straßen wimmelten von Menschen. Die Truppen zogen sich meistens aus der Stadt hinaus. Die Bürgerwehr strömte zum größten Theil auf der Aula zusammen. Einen Augenblick schien es, als ob die schwarz-gelben Elemente der Bürgerwehr die Oberhand hätten; man schlug die Thore zu und pflanzte Geschütze auf den Wällen auf, um die Vorstädte abzusperren. Allein das ward anders, als die Sieger von

der Taborbrücke einzogen, denen der Hut des getödteten Generals Bredy vorausgetragen wurde. Auf den eroberten Geschützen saßen Studenten und Arbeiter.

Auf dem Stefansplatze hatten sich die schwarz-gelben Bürgerwehren aufgestellt und es kam dort zu einem heftigen Kampfe. Die Schwarzgelben verbarrikadirten sich in der Stefanskirche und diese wurde von den Aufständischen erstürmt. Im Innern der Kirche tobte das Gefecht weiter, bis die Schwarz-gelben überwältigt waren. Derweilen hatte auch in den Straßen der Kampf mit den Truppen um sich gegriffen. Barrikaden wurden überall aufgeworfen. Während die Sturmglocken ertönten und die Geschütze donnerten, schwoll der Aufstand immer noch an und die Truppen sahen sich bald einer furchtbaren Uebermacht gegenüber. Straße um Straße mußten sie räumen, bis endlich der Befehlshaber, Graf Auersperg, den Widerstand aufgab, da ihm ein Theil seiner Mannschaften unsicher zu werden schien.

Mit großem Muthe griffen die Wiener das Zeughaus an, das ebenso tapfer vertheidigt wurde. Die akademische Legion beschoß es mit fünf Kanonen. Der Kampf, der eine Menge Opfer erforderte, dauerte die ganze Nacht hindurch; erst den anderen Morgen um 6 Uhr konnte das Zeughaus erstürmt werden, aus dem sich nun alles Volk mit Waffen versah.

Die Minister waren am Morgen zusammen gewesen, rathlos und unentschlossen. Auch der Reichstag war nicht beisammen und der Präsident Strobach weigerte sich, eine Sitzung zu veranstalten. Endlich gegen 4 Uhr Abends gab er nach, verschwand aber dann. Von den Ministern verschwanden die meisten auch; der Kriegsminister Latour und der Finanzminister Kraus allein blieben zurück. Kraus blieb während der ganzen Revolution als kaiserlicher Minister in seinem Amte in Wien — charakteristisch genug. Die Führer der Wiener Demokratie faßten, wie wir sehen werden, trotz Kanonen, Barrikaden und Sturmglocken die Sache noch immer so „gemüthlich" auf, wie den Sommer hindurch, denn sonst hätte der Minister Kraus nicht ruhig in seinem Amte in Wien bleiben können, während die Stadt von den kaiserlichen Truppen bombardirt und bestürmt wurde.

Die Wuth des Volkes, das in dem Revolutionskampfe starke Verluste erlitt, richtete sich gegen den unglückseligen Kriegsminister Latour, dem man, als einem Werkzeug der verhaßten Camarilla, die Schuld an der ganzen Katastrophe beimaß. Eine tobende Volksmasse wälzte sich nach dem Kriegsministerium. Die Minister Doblhoff, Bach und Wessenberg entflohen von dort mit anderen Würdenträgern noch im letzten Moment; Latour blieb mit einigen Adjutanten. Im Kriegsministerium befanden sich



Latour's Ende.

etwa 150 Grenadiere, die mit dem Volke zu sympathisiren schienen. Latour selbst befahl ihnen, verwirrt und unentschlossen, wie er war, von den Waffen keinen Gebrauch zu machen.

Die Menge strömte in den Hof des Kriegsministeriums. „Wo ist der Kriegsminister? Wir müssen ihn haben!" scholl es drohend herauf. Wäre er in diesem Moment hinausgetreten, so hätte man ihn gefangen genommen und an eine Behörde abgeliefert. Aber er zog rasch seine Generalsuniform aus und versteckte sich. Man nahm dies als einen Beweis seines Schuldbewußtseins auf und die Erbitterung stieg. Eine Reichstagsdeputation kam, Borrosch an der Spitze. „Latour muß abdanken!" rief man ihm vielhundertstimmig zu. „Bach auch!" hallte es nach. Borrosch hielt eine Ansprache und versprach die Abdankung der Minister. Er glaubte das Volk beruhigt zu haben. Der Abgeordnete Smolka bewog Latour, seine Abdankung zu unterzeichnen. Dann sollte Latour, von einigen Bürgerwehrmännern und Abgeordneten gedeckt, hinausgebracht werden. Als man mit ihm auf dem Hofe ankam, fiel die wüthende Menge über ihn her und tödtete ihn mit Säbelhieben und Stichen. Der Leichnam, welcher von einigen Kannibalen, die bei solchen Gelegenheiten sich häufig herzudrängen, scheußlich verstümmelt worden war, wurde an einem Gaskandelaber aufgehängt.

Dies Ereigniß ist von der Reaktion nach Kräften ausgenutzt worden. Für sie war der Tod Latour's wie ein wohlangelegtes Kapital, das seine Zinsen trug. Er mußte dazu herhalten, um ihren Grausamkeiten einen Vorwand zu leihen. Aber sie wäre ohne diesen Vorwand auch nicht milder gewesen.

Während der Schall des Geschütz- und Gewehrfeuers am Zeughause über die empörte Stadt dahinrollte, berieth der Reichstag unter dem Vorsitz Smolka's über die Lage. Er setzte einen Sicherheits-Ausschuß ein, ermahnte zur Ruhe und ließ von Pillersdorff eine Adresse entwerfen, in welcher der Kaiser um Einsetzung eines neuen „volksthümlichen" Ministeriums gebeten wurde, in dem aber Doblhoff und Hornbostl bleiben sollten. Eine Deputation ging noch spät in der Nacht nach Schönbrunn ab, um die Adresse dem Kaiser zu überbringen. Eine andere Deputation ging an den Befehlshaber der vor Wien stehenden Truppen, den General von Auersperg, ab und forderte diesen auf, nichts gegen die Stadt zu unternehmen. Der General hätte so wie so keinen Angriff gemacht.

Ferdinand sagte zu, ein „volksthümliches" Ministerium einsetzen zu wollen, und die Deputation kam entzückt nach Wien zurück. Aber jetzt griff die Camarilla ein, die sich von ihrem Schrecken wieder erholt hatte. Am frühen Morgen des 7. Oktober hatte sie den Kaiser so weit, wie sie

wollte. Er unterschrieb ein Manifest, das ganz anders lautete, als der Bescheid, der den Abgeordneten gegeben worden war, und dann entwich der Hof mit dem Kaiser in aller Eile nach Olmütz. Also nicht zu den treuen Tyrolern ging es diesmal, sondern zu den Slaven, um ihnen eine kaiserliche Huld zu erweisen und ihnen zu zeigen, welche Stellung im Kaiserstaate ihnen nunmehr eingeräumt sei. Ferdinand wurde auf seiner Flucht von den Bauern überall ehrfurchtsvoll begrüßt, was nicht zu verwundern war, da es ja in Wien selbst loyale Revolutionäre genug gab.*)

Im Reichstage erschien der Minister Kraus und meldete, es sei ihm ein Zettel mit der Unterschrift des Kaisers überbracht worden, auf dem ein Manifest entworfen sei. Er könne aber dieses Manifest nicht kontrasigniren, denn es sei gegen seine konstitutionelle Gesinnung. Er legte den Zettel auf den Tisch des Hauses „zu beliebigem Gebrauch."

Diese allerliebste kleine Komödie versetzte den Reichstag in Entzücken, so daß er dem geschickten Kraus Steuern und Kredite bewilligte. Am Hofe verstand man diese Komödie so gut, daß Kraus bis 1851 im Amte blieb. Es war auch für den Hof unzweifelhaft von großem Werth, einen Minister während der Revolution zu Wien im Amte zu haben.**)

In dem Manifest hatte Ferdinand ausgesprochen, daß er „seine Liebe und Güte" nunmehr erschöpft habe. Er habe den Reichstag berufen und sei nach Wien zurückgekommen. „Allein," hieß es weiter, „eine geringe Anzahl Irregeführter bedroht die Hoffnungen jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung; die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Mord und Brand erfüllt. Mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen***), hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser!"

Und sie kamen Alle, welche nach diesem Manifest „die Freiheit liebten," die Höflinge und Hofdamen der Camarilla, die Pfaffen und

*) Die Anekdote, die aus diesen Tagen stammt, daß nämlich ein Arbeiter am Abend des 6. Oktober, von heißem Kampf erschöpft, geseufzt habe: „Wie muß man sich doch für seinen Kaiser plagen!" trifft insofern nicht zu, als die Arbeiter am wenigsten kaiserlich gesinnt waren. Der Arbeiter war offenbar Ironiker.

**) Kraus spielte seine Rolle so geschickt, daß er später sich mit verbundenen Augen in das Lager von Windischgrätz führen ließ, als er mit dem Feldmarschall verhandelte. Es gab in Wien Leute, die darauf großen Werth legten.

***) Uns ist nicht bekannt, daß jemals das Greisenalter gegen die blutigen Verfolgungen einer Reaktion geschützt hat.

Junker, Soldaten und Bureaukraten und eine Menge von czechischen und schwarz-gelben Reichstagsabgeordneten. Rieger setzte sich gleich mit Windischgrätz in Verbindung und dieser zog die in Böhmen und Mähren stehenden Truppen zusammen. Dem Hof gab Windischgrätz den Rath, mit dem Reichstag nicht zu unterhandeln. Windischgrätz war schon früher „für alle Fälle" zum Oberbefehlshaber sämmtlicher Truppen der Monarchie ernannt worden; öffentlich wurden ihm seine außerordentlichen Vollmachten erst am 16. Oktober übertragen.

Vom 7. Oktober an sah man auf den Landstraßen, die nach Wien mündeten, ein sehr bewegtes Bild. Die „guten Bürger," die Kapitalisten, Rentiers, kurz die Leute, die etwas zu verlieren hatten, flüchteten in Masse. Das Pflaster der Kaiserstadt war ihnen zu heiß und die ganze Atmosphäre zu schwül geworden. Sie nahmen, soweit sie immer konnten, ihre Schätze mit und waren sehr bekümmert, daß sie ihre Häuser dahinten lassen mußten. Die Dörfer und Städte im Umkreis von Wien waren bis zum Uebermaß angefüllt mit lustigen „Weanern," die dem Kampf aus dem Wege gehen wollten; allein in Baden sollen an die 20000 gewesen sein.

Jetzt zeigte sich, welchen Fehler die Demokratie gemacht hatte, als sie die Arbeiter in Masse aus Wien abschieben und die Zurückbleibenden von dem bewaffneten Spießbürgerthum mit Kugeln zu Paaren treiben ließ. Die Arbeiter hatten wenig Vertrauen mehr und waren auch nicht mehr in so großer Masse bereit, die Demokratie zu unterstützen, wenngleich sie am 6. Oktober sich willig gezeigt hatten. Auch waren ihre Führer nicht mehr da und es war infolgedessen schwieriger, mit ihnen zurecht zu kommen.

Nachdem die Demokratie sich einmal so weit vorgewagt hatte, mußte sie, wenn sie nicht dem sicheren Untergang geweiht sein sollte, mit fester Hand die Zügel ergreifen und die öffentliche Gewalt, die zur Zeit Niemand besaß, an sich nehmen. Sie mußte eine diktatorische Regierung bilden, den Widerstand gegen die Camarilla und den Windischgrätz organisiren und mit aller Energie das Bündniß mit den Magyaren zu festigen bestrebt sein. Denn die Nothwendigkeit dieses Bündnisses brauchte nun nicht mehr nachgewiesen zu werden; sie zwang sich von selber auf, in Wien so gut wie in Pest.

Allein diese Demokratie, der die öffentliche Gewalt in den Schooß gefallen war, war von einer kindlichen Naivetät und Unbeholfenheit. Sie ergriff die Zügel nicht und ließ sie ergreifen wer mochte. Und doch hing von dieser Demokratie zum guten Theil das Schicksal Deutschlands ab, denn wenn in Wien die Demokratie siegte, so war die deutsche

Einheitsbewegung unüberwindlich; wurde Wien aber von der schwarz-gelb-slavischen Reaktion niedergeworfen, so war die deutsche Einheit überhaupt eine Unmöglichkeit.

Auersperg, der bei Wien stand, war seiner Truppen nicht sicher; sie fingen an, mit den Wienern zu sympathisiren und waren erbost, daß die Löhnung ausblieb.

Alles hing davon ab, daß man von Wien aus die Vereinigung der Truppen von Windischgrätz, Auersperg und Jellachich verhinderte. Aber es war keine kühne Initiative vorhanden und man ließ Auersperg mit



Wenzel Messenhauser.

seinen Truppen ruhig vor Wien stehen. Der Held Jellachich wagte sich indessen nicht heran und suchte seine Zaghaftigkeit hinter mächtigen Phrasen zu verbergen.*)

Die Truppen von Auersperg und Jellachich vereinigten sich schon am 11. Oktober, so daß eine Masse von 50000 Mann beisammen war,

*) Der Deputation des Reichstages, die ihn aufforderte, den österreichischen Boden, auf den er von den Ungarn gedrängt worden, zu verlassen, antwortete er großspurig: „Als Staatsdiener bin ich verpflichtet, der Anarchie zu steuern, als Soldat lasse ich die Richtung meines Marsches vom Donner der Geschütze bestimmen!“ — Vorläufig ging er aber noch nicht so eilig dem Donner der Geschütze nach.

aber sie wagten noch nicht, anzugreifen, mit den Ungarn im Rücken. Sie wollten erst die Ankunft von Windischgrätz abwarten. Dieser rückte aus Böhmen ab mit einer Proklamation an die Czechen, in der er verkündete, daß er das Vertrauen habe, die Ruhe und Ordnung würde in Prag nicht gestört werden. Dies Vertrauen ward nicht getäuscht, denn Windischgrätz war jetzt der Mitverschworene der Czechen, die er im Juni blutig niedergeworfen hatte.

In Wien, wo man sich zu einem Angriff gegen die recht planlos umherziehenden Generale Auersperg und Jellachich noch immer nicht hatte entschließen können, wählte die Nationalgarde den ehemaligen Lieutenant Wenzel Messenhauser zu ihrem Oberkommandanten und der Reichstag bestätigte ihn. Diese Wahl war sehr unglücklich, denn Messenhauser war ein Schöngeist und ein Träumer, fast möchte man sagen Phlegmatiker. In dieser Zeit war ein Mann von stählerner Energie erforderlich, während der arme Messenhauser mit einer Art rührender Ergebung seinem traurigen Schicksal entgegen ging. Das Beste, was er that, war, daß er dem polnischen Obersten Joseph Bem die Befestigung und Vertheidigung der Außenwerke übertrug. Bem's Leistungen entsprachen den Erwartungen, die man von ihm hegte.*) Er setzte Wien in Vertheidigungszustand, verbarrikadirte die Zugänge und stellte die alten Werke wieder her, so gut es ging. Wien hätte ohne Zweifel lange gehalten werden können, wenn es eine genügende Zahl von Vertheidigern und eine energischere Oberleitung gehabt hätte. Der geringe Zuzug aus Salzburg, Brünn und einigen anderen Städten konnte nicht viel bessern; die Bauern blieben regungslos, besonders nachdem ihnen in einem besonderen kaiserlichen Manifest die Erhaltung ihrer Spezialerrungenschaften zugesichert war. Das genügte ihnen; die „Stadtleute" mochten sehen, wie sie mit ihren Sachen fertig wurden.**) So betrug das Wiener Aufgebot etwa 25 000 Mann, während das kaiserliche Heer nach und nach beinahe viermal so stark wurde.

*) Bem hatte in der Armee Napoleon's den Feldzug von 1812 mitgemacht. Von den Russen verfolgt und grausam eingekerkert, war er ein glühender Feind Rußlands geworden. Während des polnischen Aufstandes von 1830/31 hatte er sich durch seinen glänzenden Artillerie-Angriff in der Schlacht von Ostrolenka berühmt gemacht. Bem hoffte von dem Siege der Wiener Demokratie und der Magyaren offenbar die Wiedererstehung Polens; darum war er herbeigeeilt und hatte als Mitglied der Lemberger Nationalgarde dem Reichstage sich zur Verfügung gestellt. Er verstand es, trotzdem er sich auf Deutsch kaum verständlich machen konnte, die Achtung und Zuneigung der Mannschaften zu erwerben.

**) Die Bauern aus der Umgegend von Wien benutzten die Gelegenheit, während der Krisis von den Wienern recht hohe Marktpreise zu fordern.

Bevor die Kugeln flogen, schwirrten noch die Proklamationen umher. Der Reichstag wollte vermitteln und richtete an den Kaiser den Antrag, einen Friedenskongreß aus allen Ländern von Oesterreich-Ungarn einzuberufen, während die in Prag befindlichen czechischen Mitglieder des Reichstages alle Beschlüsse desselben für unverbindlich erklärten und die Linke der Mitschuld an dem Tode Latour's anklagten. Die Rolle dieser slavischen Nationalfanatiker war entschieden eine der traurigsten in dem großen Wirrwarr. Der Kaiser erklärte, er müsse dem Aufruhr in Wien entgegentreten, die Mörder Latour's bestrafen und „mit der Freiheit die



Joseph Bem.

Ordnung" sichern, und zwar im Einklang mit dem Reichstage. Er verkündete später noch, die gewährten Rechte und Freiheiten würden ungeschmälert bleiben und das Verfassungswerk fortgesetzt werden. Auch den Ungarn sicherte er Gleichberechtigung zu, wenn nur erst die „Ordnung" wieder hergestellt sei.

Der Reichstag in Wien kam sich ungeheuer wichtig vor und hatte doch nicht den Muth, die Zügel der Bewegung zu ergreifen. Noch am 20. Oktober forderte er die Völker Oesterreichs auf, mit „moralischer Kraft" für Wien einzustehen und den Kaiser zu beschwören, ein volksthümliches Ministerium einzusetzen und die Truppen zurückzuziehen.

Die Zentralgewalt zu Frankfurt am Main mischte sich auch in den Streit und sandte auf Beschluß des Parlaments als Reichskommissäre Welcker und Mosle, um zu vermitteln. Dies war auch eine der vielen samosen Komödien, die der „Zentralschatten"*) aufgeführt hat. Die Kommissäre kamen nach Olmütz an den geflohenen Hof, wo ihnen mitgetheilt wurde, daß sie sich in innere Angelegenheiten Oesterreichs nicht einzumischen hätten. Damit zogen sie ab und machten noch einen Versuch bei Windischgrätz, der sie bewirthete und ihnen zum Dessert mittheilte, daß er sich um die Zentralgewalt und ihre Kommissäre gar nichts kümmere. Welcker erntete hier nur, was er gesäet; doch mußten Andere schwerer für seine Thorheiten büßen, als er selber.

Die Linke zu Frankfurt am Main beschloß, nachdem ein Antrag zu Gunsten Wiens in der Versammlung keine Mehrheit hatte erlangen können, eine Deputation nach Wien abzusenden. Sie wählte dazu Robert Blum, Moritz Hartmann, Julius Fröbel und einen gewissen Trampusch, welch Letzterer sich bald unsichtbar machte. Die Deputation der Linken traf am 17. Oktober in Wien ein. Robert Blum, mit brausendem Jubel empfangen, hielt in Wien auf der Aula eine begeisternde Rede; er sah indessen bald ein, daß Reden hier gänzlich überflüssig sei.**) Als der Kampf begann, traten Blum, Hartmann und Fröbel in das Elitekorps, das von dem ehemaligen kaiserlichen Offizier Haugk befehligt wurde.

Während in den Noten schöne Worte in die Welt gingen, wurden die Wiener auf eine furchtbare Weise belehrt, mit welchen Feinden sie es zu thun hatten. Als das Auersperg'sche Korps am 12. Oktober sich in fluchtartiger Eile zurückzog, wurden an der Stelle seines Lagers mehrere Leichname aufgefunden, darunter der eines Studenten von der akademischen Legion, der geradezu gräßlich verstümmelt war. Ganz Wien gerieth in Aufregung und man trug den Leichnam nach dem Reichstag, nach Rache rufend. Schuselka sprach beruhigend zum Volke.***)

Wie gewöhnlich bei Volkserhebungen, ward von angeblichen „Pöbelexzessen" in Wien dreist in die Welt hinein gelogen. Die Wuth des Wiener Volkes hatte sich geäußert, indem es Latour tödtete; dann aber legte sich die Erregung und es ward auf Ordnung gesehen. Nicht einmal die Paläste der gegen Wien kämpfenden Aristokratie wurden beschädigt;

*) So nannte man die Zentralgewalt im Volke.

**) „Wenn Wien nicht siegt, so bleibt nur ein Schutt- und Trümmerhaufen übrig," schrieb er an seine Frau.

***) Die Reaktionäre traten mit dem abgeschmackten Märchen hervor, die Demokraten hätten den Leichnam so zugerichtet, um das Volk besser aufreizen zu können.

sogar der des Fürsten Windischgrätz blieb unangetastet. Man strafte Alle, die sich Gewaltthaten erlaubten; ein Gardist, der Nothzucht verübte, wurde erschossen. Sogar an die Schätze der Bank dachten die Wiener nicht, obschon sie, wenn sie diese gehoben, ihre Feinde hätten weit empfindlicher treffen können, als mit ihren Kugeln.

Aber die Gutmüthigkeit und Nachlässigkeit der Wiener, die es versäumten, eine kraftvolle Diktatur einzusetzen und Alles dem kraftlosen Reichstage überließen, stürzte sie auch ins Verderben. Von all den Manifesten, Noten und Parlamentsbeschlüssen dieser Tage hatte für Wien nur Eines Werth: die Erklärung des ungarischen Reichstages vom 10. Oktober, worin er dem Wiener Reichstag die Hülfe der Ungarn anbot. Denn der ungarische Reichstag hatte sich nicht aufgelöst und hatte das Auflösungsdekret Ferdinands, das übrigens auch von keinem ungarischen Minister kontrasignirt war, für verfassungswidrig und ungültig erklärt. Der Wiener Reichstag, der sich in Permanenz erklärt hatte, beging die schier unglaubliche Thorheit, über diese Sache erst mit dem Wiener Gemeinderath zu verhandeln und sie in die Länge zu ziehen. Die feurigen Magyaren faßten darauf im Aerger den unbesonnenen Entschluß, sich mit den Operationen ihrer Armee auf das eigene Gebiet zu beschränken. Sie hätten doch den Wiener Reichstag kennen und wissen müssen, daß sich das Volk von Wien für Ungarn und im Vertrauen auf dessen Hülfe erhoben hatte. Der Fall Wiens war der Fall Ungarns, wie die Niederlage der Magyaren die Niederlage der Deutschen. Die Magyaren hätten in ihrem eigenen Interesse den Wienern die Hand bieten müssen, dem lahmen Reichstage zum Trotz.

Tausenau eilte im Auftrage des geheimen Ausschusses der Fünf, den die Wiener Demokraten gebildet hatten, nach Ungarn und suchte Kossuth zu bewegen, die Streitmacht der Ungarn auf Wien rücken zu lassen. Als die Sache nicht so ging, wie der Führer der Wiener Demokratie es dringend forderte, sah er sein Unternehmen für mißlungen an und sagte zu Kossuth: „Die Weltgeschichte wird richten zwischen mir und Ihnen!“ — Diese Phrase war schwerlich berechtigt, denn am Falle Wiens trugen der Reichstag und die Wiener Demokratie mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr Schuld, als die Ungarn.*)

*) Tausenau kehrte nicht mehr nach Wien zurück. Das ist ihm als Feigheit ausgelegt worden. Für feig halten wir ihn nicht, aber seine Rückkehr wäre ohne Bedeutung gewesen. Da er seit den Maiaufständen nicht gewußt hatte, was thun, so hätte er es in den letzten stürmischen Oktobertagen in Wien erst recht nicht gewußt. Er floh nach London, wo es ihm sehr gut ging und wo er in den siebenziger Jahren gestorben ist. Bernhard Becker wußte aus dem Londoner

Kossuth besaß indessen staatsmännische Einsicht genug, um die Nothwendigkeit eines Vorstoßes auf Wien zu erkennen. Er hätte nur früher Alles daran setzen sollen. Man darf aber auch die Hindernisse nicht unterschätzen, mit denen er zu kämpfen hatte. Die zweideutige Haltung des Wiener Reichstages, die Erbitterung der Ungarn darüber und die Schwerfälligkeit der magyarischen Offiziere, die immer noch zauderten — alle diese Umstände hingen sich wie Bleigewichte an seine Entschlüsse. Man war gegenseitig nicht ohne Mißtrauen; der unselige Nationalitätsfanatismus hatte es auch hier verschuldet.

Dennoch trieb Kossuth unablässig zum Angriff. Am 16. und am 21. Oktober machten die Ungarn unter dem General Moga Offensivbewegungen gegen Wien. Aber sie gingen jedes Mal wieder über die Leitha zurück. Dieser unglückselige General Moga hatte von seiner Aufgabe offenbar keinen Begriff. Kossuth ließ nicht nach. Er hatte 12 000 Mann und mehrere Batterien herbeigeführt und berief einen großen Kriegsrath nach Nikolsdorf. Dort hielt er eine Rede, in welcher er sagte, die Wiener seien die treuesten Verbündeten Ungarns gegen die reaktionären Generale Oesterreichs; man sei ihnen Dank schuldig und die Ehre der Nation gebiete, Wien zu Hülfe zu eilen. Die Offiziere sagten nichts; endlich nahm der Honved-Major Arthur Görgey das Wort und sagte, von politischen Dingen verstünde er nichts; militärische Gründe aber sprächen sehr gegen einen Vorstoß auf Wien. Um Wien herum stünden etwa 100 000 Mann mit 265 Geschützen; die ungarische Armee zähle nur 20 000 Mann Linientruppen und ebenso viel Landsturm; dazu habe sie nur 50 Geschütze. Kossuth meinte, wie hoch Görgey die Begeisterung anschlage, die er durch seine Reden hervorzurufen gedenke. Darauf antwortete Görgey: „Im Lager bei der Ansprache sehr hoch; nach erlittenen Strapazen und im Angesicht des Feindes sehr gering."

Görgey drang mit seiner Anschauung durch und die Ungarn rückten nicht vor. Die Neugestaltung Deutschlands, soweit sie noch möglich war, hing damals von dem rechtzeitigen Eingreifen der Ungarn in Wien ab. Kamen sie dort noch an, bevor sich Windischgrätz und Jellachich vereinigt hatten, so mußte ihnen und den Wienern vereint das Heer Jellachich's erliegen. Windischgrätz hätte über die Sieger nicht Herr werden können, zumal da es ihm an jedem strategischen Talent gebrach. Italien hätte einen neuen Impuls erhalten und in ganz Deutschland wäre die Volksbewegung von Neuem erstarkt, so daß möglicher Weise doch noch das

Leben Tausenau's sehr ergötzliche Dinge zu erzählen. Siehe u. A. auch „Zwölf Streiter der Revolution," wo Tausenau von Gustav Rasch als ein entschiedener Gegner des Sozialismus geschildert ist.

Verfassungswerk, von frischen Kräften getragen, zu Stande gekommen und Preußen in Deutschland aufgegangen wäre. Doch wollen wir uns mit „Wenn“ und „Aber“ nicht beschäftigen. Im Kriegsrath zu Nikolsburg trat zum ersten Mal der Einfluß jenes merkwürdigen Mannes hervor — er mochte damals, militärisch-technisch genommen, in der Sache Recht haben — der später der böse Genius Ungarns wurde. Der dreißigjährige Major Görgey stand in hohem Ansehen; sein Verdienst war hauptsächlich die Gefangennahme von Jellachich's Nachhut gewesen. Sein militärisches Genie sollte bald in hellem Glanze strahlen, so daß die



Arthur Görgey.

Ungarn ihren geborenen Heerführer in ihm erblickten. Er besaß alle Eigenschaften, die erforderlich waren, um vereint mit den Anderen sein Volk zum Siege zu führen — wenn er es aufrichtig gewollt hätte. Seine furchtbare Energie hatte er schon im September bewiesen, als er den Grafen Eugen Zichy, der des Verraths überführt war, von einem Kriegsgericht zum Tode verurtheilen und ohne Gnade aufhängen ließ.*)

*) Görgey, früher Husarenlieutenant, beschäftigte sich viel mit chemischen Versuchen. Der Mann, der im Laboratorium mit vorgebundener Schürze arbeitete, konnte im Felde als ritterliche Erscheinung die feurigen Magyaren zur Begeisterung hinreißen. Im weithin leuchtenden rothen Attila, mit einer flatternden weißen Feder am Hut, so erschien er hoch zu Roß in der großen Schlacht vor

Nachdem der Reichstag zu Pest ein neues Ministerium mit außerordentlichen Befugnissen eingesetzt hatte — Kossuth war Präsident, Madaraß hatte das Innere, Nyary das Aeußere, Kiß den Krieg, Pazmandy den Kultus, Teleky den Verkehr, Paloczy die Justiz und Szemere die Finanzen — unterhandelte Kossuth noch einmal mit Windischgrätz; er forderte Entwaffnung des Kroatenheeres, Anerkennung der ungarischen Verfassung und Aufhebung der Belagerung von Wien; dann würden die Ungarn die Leitha nicht überschreiten. Windischgrätz gab seine ständige Antwort: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht!" und Jellachich ließ den ungarischen Parlamentär gefangen nehmen. Nun sahen endlich die Ungarn, woran sie waren, und am 28. Oktober begannen sie auf Wien zu marschiren. Es war zu spät.

Am 20. Oktober hatte Windischgrätz von Lundenburg aus Wien in Belagerungszustand erklärt; am 22. Oktober war sein Hauptquartier in Stammersdorf, wo er einer Deputation des „vermittelnden" Wiener Gemeinderaths aufkündigte, daß er von der Stadt vollständige Unterwerfung verlange. Messenhauser bekämpfte ihn einstweilen mit Proklamationen und war so kindlich, ihn aufzufordern, er möge die Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien nicht hemmen und das „große Versöhnungswerk zwischen Monarchen und Volk" nicht stören.

Während Messenhauser dies Schäferspiel betrieb, organisirte Bem die Vertheidigung. Die akademische Legion bildete den Kern der Wiener Streitmacht; die übrigen Mannschaften theilte Bem in Stabil- und Mobilgarden ein. Die Stabilgarden bestanden aus Familienvätern, meistens Kleinbürgern; diese besorgten das Renommiren und Paradiren und schmausten und kneipten für die Uebrigen, rasselten am meisten mit den Schleppsäbeln und hielten die meisten Reden. Im Gefecht leisteten sie wenig und hielten sich meistens davon fern; Viele mochten auch schon eine „Angströhre" bereit halten, um sie im Fall einer Niederlage mit dem revolutionären Kalabreser zu vertauschen. Die Mobilgarde bestand aus lauter Arbeitern, sie war etwa 10 000 Mann stark und bildete, wie ein Zeitgenosse sagt, das wahre Vertheidigungsheer; „sie focht auf den

Komorn und warf sich mit dem Rufe: „Vorwärts, Magyaren, die Kugeln treffen heute nur mich!" in das dichteste Getümmel. So mußte der Held sein, wie ihn die Ungarn brauchten. Aber er war Menschenverächter und voll schneidender Ironie. Nachdem er mit tiefem Groll unfähige Adelige beim Militär seiner Intelligenz vorgezogen gesehen und später in bitterem Elend gelebt hatte, konnte ihn die Freiheit seines Vaterlandes nicht zur uneigennützigen Begeisterung bringen; die Triebfeder seiner Handlungen war und blieb ein unbezähmbarer Ehrgeiz. Diese Thatsache ist der Schlüssel zum Verständniß dessen, was er gethan hat.

Linien und bewachte den ruhigen Schlaf der Stabilen." Die Offiziere der Mobilgarde waren Studenten und übergegangene Unteroffiziere; jeder Mobilgardist erhielt 25 Kreuzer Löhnung, ein Seidel Wein, Brot und etwas Tabak täglich.*) Den Wittwen der Gefallenen wurde ein Jahrgeld von 200 Gulden, den Kindern derselben 30 Gulden Erziehungsgeld in Aussicht gestellt.

Am 22. Oktober erschien ein Dekret des Kaisers, das den „unauflöslichen und permanenten" Reichstag aus Wien abberief und ihn einlud, seine Berathungen am 22. November in Kremsier wieder aufzunehmen, wo man ungestört sein werde. Der Reichstag richtete, als ihm dies Dekret bekannt gemacht wurde, eine Adresse an den Kaiser, in der er sich gegen die Verlegung verwahrte und zugleich bestritt, daß in Wien „Anarchie" und „Aufruhr" herrsche. Alle diese Wortklaubereien hatten natürlich gar keinen Werth, denn nun begannen die Kanonen zu sprechen und das ohnmächtige Parlament spielte keine Rolle mehr. Daß es noch das Verfahren des Fürsten Windischgrätz für gesetzwidrig und „den Rechten des Thrones feindlich" erklärte, war eine Spiegelfechterei ohne alle Bedeutung und höchstens zu einiger Begriffsverwirrung geeignet.

Scharmützel vor der Stadt hatte es schon lange gegeben; nun griff das schwere Geschütz des Fürsten Windischgrätz ein. Bald brannte es draußen vor den Linien an mehreren Stellen. Die Truppen konnten nur langsam Terrain gewinnen, denn die Wiener schlugen sich mit großer Tapferkeit. Das Feuer konnte sie nicht von den Barrikaden vertreiben; die meisten derselben, sowie die befestigten Häuser mußten zuletzt mit dem Bayonnet genommen werden. Robert Blum, Fröbel und Moritz Hartmann betheiligten sich am Kampfe; Blum hatte in einer großen Rede auf der Aula erklärt, daß dies die Pflicht der Frankfurter Volksvertreter sei.**) Am 26. Oktober tobte der Kampf auf der Linie von Nußdorf bis St. Marx. Die Kaiserlichen gewannen viel Terrain, aber sie fanden einen viel hartnäckigeren Widerstand, als sie erwartet hatten, namentlich da, wo Bem zugegen war. Windischgrätz hätte am Abend dieses Tages in die Stadt

*) Die Verpflegung war offenbar sehr mangelhaft. Ein alter Wiener Mobilgardist, der sich später am Bodensee aufhielt, erzählte dem Verfasser, er habe einst mit mehreren hundert Anderen während der Belagerung Wiens auf dem Stefansplatze die Nacht hindurch kampiren müssen. Es sei sehr kalt gewesen. Bem habe zwar befohlen, den Mannschaften Stroh zu bringen; man habe aber so wenig gebracht, daß auf den Mann ungefähr ein — Halm gekommen sei.

**) In dem von Becher und Jellinek redigirten Blatt „Der Radikale" rief Blum dem Fürsten Windischgrätz zu: „Die Nürnberger henken Keinen, sie hätten ihn denn zuvor!" Dies trug dazu bei, den Ingrimm, den der Feldmarschall ohnehin gegen die „Zeitungsschreiber" in sich trug, noch zu verstärken.

einbringen können, aber er wagte es noch nicht und zog seine Truppen sogar theilweise aus den genommenen Positionen zurück. Am 28. Oktober begann Windischgrätz, dessen Hauptquartier sich nun in Hetzendorf befand, den Hauptangriff. Um 10 Uhr Morgens eröffnete er das Bombardement, das einen Hagel von Bomben, Granaten, Vollkugeln, Kartätschen und Brandraketen über die Stadt ergoß. Während die Kaiserlichen unter dem Feuer ihrer Geschütze die Sturmkolonnen zusammenzogen, rasselten in der Stadt die Allarmtrommeln und dröhnten die Sturmglocken. Der Gloggnitzer Bahnhof ward von den Kaiserlichen beim vierten Angriff nach schweren Verlusten erstürmt; die Vertheidiger wurden niedergemacht oder kamen in den Flammen um. Darauf richtete sich der Angriff gegen die Barrikaden auf der Jägerzeil, wo Bem den Befehl führte und wo die Blüthe der revolutionären Jugend von Wien, Salzburg, Brünn und Graz focht. Mit Granaten- und Kartätschenfeuer überschüttet, wurden die Barrikaden über zwei Stunden gehalten und ein dreimaliger Sturm der Kaiserlichen mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Die Wuth des Kampfes erreichte hier ihren Höhepunkt. Inzwischen aber waren die angrenzenden Straßen genommen worden und die Barrikaden wurden umgangen. Kaum konnten sich die Vertheidiger, im Rücken angegriffen, noch nach der inneren Stadt retten; sie brachten aber durch die Tapferkeit Haugk's noch einen Theil ihrer Kanonen mit hinweg. Die Leopoldstadt war dadurch unhaltbar geworden. Die Kaiserlichen standen nunmehr unmittelbar vor der inneren Stadt. Die Szene war grauenhaft. In weitem Umkreis schlugen die Flammen empor, eine Atmosphäre von Dunst und Rauch schwebte über der Stadt; sie sah aus, als sei sie unter eine rothe Glasglocke gestellt, wie ein Augenzeuge sagt.

An diesem Abend begannen schon die Greuel der czechischen Soldateska. In den Vorstädten ward geplündert, Häuser wurden muthwillig angezündet und aus einer einzigen Straße führte man 57 Leichen fort von Leuten, die sich gar nicht am Kampfe betheiligt hatten. Gefangene Volkskämpfer wurden, so hieß es, zahlreich auf den Feldern vor der Stadt erschossen.*)

Wien war nunmehr unhaltbar geworden, wenn auch der Muth der Volkskämpfer, namentlich der Mobilgarden, ungebrochen blieb. Diesen tapferen Männern durfte man nicht von Uebergabe sprechen. Munition und Proviant waren sehr spärlich geworden. Aber die am Kampfe unbetheiligte Bevölkerung verlangte dringend die Uebergabe der Stadt. Messenhauser

*) Wenn die Slaven vorher so wütheten, war es erklärlich, daß nach dem Falle von Wien das Standrecht nicht mehr so viele Opfer herausgriff, als man befürchtet hatte.



Kampf vor der Sophienbrücke in Wien.

gab in dem Rathe der Führer die Erklärung ab, Wien sei nicht mehr zu halten und man müsse eine Deputation an Windischgrätz schicken. Der Gemeinderath, der sich nunmehr berufen fühlte, einzugreifen, beorderte drei seiner Mitglieder zur Deputation; vier Deputirte kamen noch dazu.

Die Deputation suchte am 29. Oktober den Fürsten in seinem Hauptquartier auf und ward von ihm mit allem Hochmuth des Siegers empfangen. Er gewährte eine Waffenruhe von zwölf Stunden, in der Erwartung, die Stadt werde sich im Laufe des Tages unterwerfen. Einer der Deputirten war so naiv, von dem Fürsten die Erhaltung der akademischen Legion zu verlangen. „Nein," schrie Windischgrätz, „diese Rotzbubenwirthschaft muß aufhören!"

In der Stadt herrschte inzwischen wilde Verwirrung. Man berieth überall und das Geschrei von Verrath erhob sich. Die Philister, die während des Kampfes zweideutig geblieben waren, wurden nun frech und verlangten drohend die Uebergabe der Stadt. Davon wollten namentlich die übergegangenen Soldaten nichts wissen. Man hörte wie sie miteinander ausmachten, sich gegenseitig zu erschießen, wenn die Stadt unterliege. Uebrigens waren auch Blum und Fröbel für die Uebergabe; sie sahen, daß Alles verloren war.

Die Führer der verschiedenen Wiener Korps hielten Berathung, wobei es sehr stürmisch zuging. Messenhauser ließ endlich abstimmen und erklärte, die Mehrheit habe sich für Kapitulation ausgesprochen. Ein wilder Lärm brach aus und man schrie Messenhauser ins Gesicht, er sei ein Verräther. Der arme Mensch, der gänzlich den Kopf verloren hatte, sah sich überall für das Unheil verantwortlich gemacht, das er doch nur zum Theil verschuldet hatte. Nun ließ er eine Proklamation anschlagen, in der er ankündigte, es sei Alles aus und nur noch für vier Stunden Munition da.*)

Die Erregung stieg furchtbar und wenn Messenhauser der wüthenden Menge in die Hände gefallen wäre, so wäre es ihm wohl ebenso schlimm ergangen, wie dem Kriegsminister Latour. Wuth und Verzweiflung machten auch die sonst entschlossensten Leute ganz sinnlos; man wußte eben recht wohl, welcher Art der Feind war, der vor den Thoren stand. Es wurde der Vorschlag gemacht, zur Rache für die Verwüstungen, die das Bombardement angerichtet, die kaiserliche Hofburg anzuzünden. Fenner von Fenneberg**) besetzte die Hofburg mit Mobilgarden und verhinderte ihre Zerstörung.

*) „Wir unterliegen nicht aus Mangel an Munition, sondern aus Ueberfluß an Verrath," hieß es in der Masse.

**) Fenner von Fenneberg war der Sohn eines österreichischen Feldmarschalllieutenants; er hatte in der österreichischen Armee als Offizier gedient und war

Wien war ein Chaos geworden, wo Alles wild durcheinander rannte und lärmte; der Gemeinderath aber schickte noch in der Nacht des 30. Oktober eine neue Deputation an Windischgrätz und zeigte ihm die Unterwerfung der Stadt an. Die zwischen Furcht und Hoffnung hin und her schwankenden Gemeinderäthe forderten den Fürsten auf, seine Truppen möglichst bald einrücken zu lassen; offenbar hatten sie Furcht vor dem aufs Aeußerste gebrachten Volke. Sie legten dann ein gutes Wort für die übergegangenen Soldaten ein und baten um Pässe für Alle, die Wien verlassen sollten. Windischgrätz, der seine grimmige Freude nicht mehr verbergen konnte, wies dies Alles höhnisch zurück, dagegen forderte er die Deputation auf, dafür zu sorgen, daß die „Anstifter" nicht entwischen könnten. Als solche bezeichnete er Messenhauser, Bem, Fenneberg, Haugk, den Volksredner Dr. Schütte und noch etwa ein Dutzend Andere.

Am 30. Oktober sollte Windischgrätz die Stadt besetzen, die wie in dumpfer Betäubung ihres Schicksals harrte. Schon begannen die Kalabreser, die Abzeichen der Revolutionäre, zu verschwinden und den „Angströhren" Platz zu machen. Auf dem Stefansplatz drängte sich eine verzweifelte Masse zusammen. Da plötzlich erscholl der Ruf: „Die Ungarn kommen!" Vom Stefansthurm, auf dem man eine ständige Beobachtungsstation eingerichtet hatte, kamen Zettel herab, auf denen die frohe Kunde bestätigt wurde.

Schlagartig wirkte diese Nachricht auf das niedergeworfene Wien und es erhob sich von Neuem zu erbittertem, verzweifelten Kampfe. Die Masse kümmerte sich nicht darum, was der Gemeinderath mit Windischgrätz ausgemacht hatte. Nun war ein Hoffnungsstrahl da; auf den Wällen wurden die Geschütze auf die Kaiserlichen abgefeuert und der Kampf entbrannte mit gewohnter Heftigkeit.

Die Ungarn waren wirklich da; sie hatten am 28. Oktober die Leitha überschritten. Aber ihre Bewegungen waren so langsam und schwerfällig gewesen, daß sich Windischgrätz vortrefflich auf ihr Erscheinen vorbereiten konnte. Als die Ungarn daher im letzten Augenblick am 30. Oktober Morgens erschienen, um Wien zu entsetzen, stießen sie bei Schwechat auf die überlegene Macht Jellachich's. Die Stärke der Ungarn wird verschieden angegeben; es ist wahrscheinlich, daß sie etwa 15000 Mann

---

zur Demokratie übergetreten. Er hatte auch als Journalist gewirkt. Als solcher machte er allerhand tolle Streiche, namentlich in Ulm, worüber dem Verfasser von einer Persönlichkeit aus der einstigen näheren Umgebung Fenneberg's sehr ergötzliche Dinge erzählt wurden. Seine Anschauungen waren sehr radikal, aber seine militärischen Fähigkeiten gleich Null.

reguläre Truppen und dazu eine Menge Landsturm hatten, der sich bis auf 30 000 Mann belaufen haben soll; auch brachten sie über 50 Geschütze ins Gefecht. Die ungarische Kavallerie war nur 1000 Mann stark. Jellachich's Truppen sollen 50 000 Mann stark gewesen sein; fast ebenso viele blieben vor Wien, denn die vor Wien vereinigten Streitkräfte beliefen sich auf fast 100 000 Mann, eine Macht, gegen welche die Ungarn und die Wiener auch vereinigt nicht mehr aufkommen konnten.

Die Ungarn wurden wieder von dem unfähigen Moga kommandirt, der an diesem Tage sich so schlecht benahm, daß man behauptete, er habe sein Heer an Windischgrätzens Messer liefern wollen. Aber Jellachich war auch kein besserer Feldherr, und so warteten die Beiden eine Zeit lang, wer wohl zuerst angreifen möchte. Kossuth, der beim ungarischen Heere war, trieb endlich zum Angriff. Es schien Anfangs ganz gut zu gehen, namentlich auf dem rechten Flügel der Ungarn. Der tollkühne Honved-Major Guyon*) griff mit einem Bataillon von Pester Freiwilligen und einem Bataillon Szekler das von Jellachich besetzte Dorf Mannswörth, trotz aller Zauderei Moga's, mit solchem Ungestüm an, daß er dasselbe im Sturme nahm und die Rothmäntel Jellachich's gänzlich hinausschlug. Das Zentrum der Ungarn bewegte sich gegen Schwechat und Jellachich begann zu weichen. Aber Moga wurde ängstlich, ihm graute vor seiner eigenen vermeintlichen Verwegenheit und er fürchtete, von der Kavallerie Jellachich's überflügelt zu werden. So kamen die Bewegungen der Ungarn ins Stocken, obschon auch die österreichische Kavallerie geworfen wurde. Moga schien völlig den Kopf verloren zu haben; er ertheilte seine Befehle ganz unsicher und zögernd. Darum wandte sich bald das Blatt. Der ungarische Landsturm, von Jellachich's Artillerie bestrichen, wurde in die Flucht geworfen. Kossuth suchte der Panik umsonst zu steuern.**) Verwirrung riß ein und der Befehl zum Rückzuge mußte gegeben werden. Der Entsatzversuch war mißglückt, Wien war seinen Feinden rettungslos preisgegeben. Am anderen Tage standen die Ungarn schon wieder hinter der Leitha.

Eine energische Oberleitung in der Stadt hätte ohne Zweifel die größten Anstrengungen gemacht, den Ungarn die Hand zu reichen. Aber

*) Ein in Ungarn ansässiger Engländer, der in Portugal gedient hatte und jetzt herbeigeeilt war, den Ungarn ihre Unabhängigkeit erkämpfen zu helfen. Als ihm bei Mannswörth sein schönes Pferd erschossen wurde, rief er: „Das müssen mir die Oesterreicher theuer bezahlen!“ — Sie mußten es in der That.

**) Der famose Moga, statt Alles aufzubieten, um die Flucht zu hemmen, jammerte Kossuth an: „Nun sehen Sie, ich habe es gesagt, jetzt fliehen sie Alle und Alles ist verloren!“

die Kraft des Widerstandes war schon gebrochen. Bem, der allein von all den Leitern der Vertheidigung befähigt war, eine solche Aktion auszuführen, hatte sich von der Aussichtslosigkeit des ferneren Widerstandes überzeugt und war verschwunden; er hatte den Berathungen über die Kapitulation nicht beigewohnt. Da er nicht den Oberbefehl führte, so wäre ihm kaum möglich gewesen, eine wirksame Bewegung zu Gunsten der Ungarn zu veranstalten. Die Ungarn luden später die Schuld für das Mißlingen ihres Vorstoßes auf die Unthätigkeit der Wiener. Es lohnt sich nicht, darüber zu streiten, wenn man weiß, wie die Sache zugegangen ist und welche Umstände dabei mitgewirkt haben.

Während der Schlacht von Schwechat und während das bis zur Fieberhitze erregte Volk von Wien wieder zu den Waffen griff und das Feuer von den Wällen begann, befand sich Messenhauser auf dem Stefansthurm und beobachtete den Gang des Gefechts. Von Zeit zu Zeit wurden Zettel unter die auf dem Stefansplatze wogende Menge hinabgeworfen, welche die anfänglichen günstigen Nachrichten mit brausendem Jubel aufnahm. Als man glaubte, daß die Ungarn auf der ganzen Linie in siegreichem Vordringen seien, kam vom Stefansthurm der Befehl herab, Jedermann solle sich unter das Gewehr stellen, wenn ein geschlagenes Heer sich den Mauern der Stadt nähern würde.

Ein Kapitulationsbruch war damit nicht verbunden, denn es war ja keine förmliche Kapitulation abgeschlossen worden. Aber Windischgrätz entbrannte in heftigstem Zorn, als das Feuer von den Wällen Wiens wieder begann. „Jetzt muß Messenhauser hängen!" soll er gerufen haben. Und währenddem wies Messenhauser die Zumuthung, einen Ausfall zu machen, weit von sich.

Endlich sah man vom Stefansthurm, daß die Ungarn sich zurückzogen. Messenhauser, der Träumer, unterhielt sich auf dem Stefansthurm unter dem Getöse des Kampfes, dem Geschützdonner, dem Dröhnen der Sturmglocken und dem ganzen allgemeinen Wirrwarr mit dem Schriftsteller Berthold Auerbach über künftige dramatische Arbeiten. Boten kamen und wollten Befehl haben, die Leopoldstadt anzugreifen. Von Messenhauser war Nichts zu erlangen. Endlich zwang eine Abtheilung Studenten den unseligen Mann zum Abdanken und setzte den „Terroristen" Fenner von Fenneberg an seine Stelle. Der Gemeinderath aber forderte Messenhauser auf, nicht vom Kommando zu weichen. Messenhauser und Fenneberg verständigten sich in der Nacht, aber es gab für sie nichts mehr zu kommandiren, denn das verlassene und verrathene Volk kämpfte nunmehr auf eigene Faust.

Jawohl, verrathen! Denn in der Nacht hatte der Gemeinderath den

Fürsten Windischgrätz aufgefordert, möglichst rasch einzumarschiren, um „Ausschreitungen des Pöbels" zu verhüten. Diese edlen Stadtväter sollten mit Schrecken erfahren, daß der Pöbel, der auf Ausschreitungen lauerte, um diese Zeit nicht innerhalb der Stadtmauern, sondern vor denselben sich befand.

Windischgrätz verlangte Niederlegung der Waffen und Messenhauser, Fenneberg und Haugk erließen Aufrufe, daß aller Widerstand vergeblich sei. Aber das bewaffnete Volk wich nicht von den Wällen; hinter einer Deputation des Gemeinderaths, die dem Feldmarschall die Unterwerfung Wiens ankündigen sollte, wurde das Thor geschlossen und verbarrikadirt. Wieder erschollen die Sturmglocken und das Feuer von den Wällen begann.

Um 3 Uhr Nachmittags, am 31. Oktober, begann Windischgrätz das Bombardement. Es war furchtbar; abermals fiel ein Hagel von Brandgeschossen in die unglückliche Stadt; auf den Straßen, in den Häusern explodirten zu Hunderten die Granaten und die Brandraketen zischten überall durch die Luft. Die Flammen schlugen da und dort auf.*) „Es war, als lagerten zwanzig Gewitter über Wien," sagt der Abgeordnete Pater Füster. Der Thurm der Augustinerkirche und der Bibliothekflügel der Hofburg brannten, denn das Bombardement schonte nicht, was die Proletarier von Wien verschont hatten. Auch beim Sitzungslokal des Reichstages prasselten dicht die Geschosse nieder, wahrscheinlich mit Absicht dahin gerichtet, denn der permanente Reichstagsausschuß war dort beisammen. „Es gehörten starke Nerven dazu, die ruhige Fassung zu behaupten," meint Schuselka, der dabei war.

Das fürchterliche Feuer brach den ungeregelten und schwachen Widerstand, an dem sich auch Frauen in Menge betheiligt hatten. Die Wälle und die Straßen wurden leer von Vertheidigern. Viele hielten tapfer aus.**) Nach 5 Uhr brachen die Kroaten durch das in Trümmer geschossene Burgthor stürmend in die Stadt. Das Ende war gekommen, die weißen Fahnen erschienen an den Fenstern und das niederträchtige Philisterthum bot sich dem Sieger zum Spionendienst an. „Das sind unsere Todtenvögel," sagte Jemand zu Moritz Hartmann.

*) Moritz Hartmann erzählt, er habe selber die Kugeln in das Museum einschlagen sehen, die dieses Gebäude in Brand steckten. Man beschuldigte nachher die Vertheidiger der Brandstiftung im Museum — genau so, wie es 1871 in Paris geschah, wo man die von dem Bombardement des Herrn Thiers angerichteten Verwüstungen der Kommune zur Last legte. Die „Ordnungsparteien" bleiben sich immer gleich.

**) Eine Abtheilung von Mobilgarden sang hinter einer Barrikade feierlich das „Gott erhalte Franz den Kaiser!", während ringsum die Granaten niederfielen und die Brandraketen zischten. Viel Galgenhumor!

Dieser Abgeordnete und Dichter, der sich am Kampfe betheiligt hatte und der nur mit großen Gefahren der Gefangenschaft entrann, hat die letzten Augenblicke der Wiener Revolution in der Nähe geschaut und eine klassisch gewordene Darstellung davon gegeben, die auch wir hier anzufügen nicht verfehlen wollen.*)

„Auf dem Bauernmarkt," erzählt Hartmann, „hörten wir plötzlich die Lärmtrommel, die durch den Donner der Kanonen, das Platzen der Bomben und fallenden Schutt einen wahrhaft unheimlichen und zugleich sehr aufregenden Schall hören ließ. Auf dem Hohenmarkt sahen wir, woher der Schall kam. Dieser Platz war leer und öde, wie um diese Zeit alle Gassen und Plätze; die Einwohner hatten sich in die Keller geflüchtet oder hielten sich in den innersten Räumen der Häuser, wo sie sich vor den Kugeln sicherer wähnten. Ueber den großen, menschenleeren Platz schritt ein einziger, ungefähr fünfzigjähriger Proletarier, vor ihm ging ein kleiner, vielleicht zehnjähriger Proletarierjunge. Der Junge trug eine große schwarz-roth-goldene Fahne, der Alte schlug die Trommel. Er sah nicht rechts, er sah nicht links; die Bomben flogen über seinen Kopf, sie platzten vor ihm, hinter ihm; er schritt vorwärts, gemessenen Ganges, und schlug den Generalmarsch; und er schlug, als wollte er eine gestorbene Welt aus dem Todesschlafe wecken. Und der Junge mit der Fahne ging ruhig vor ihm und der Alte schritt und schlug. Wir blieben starr bei diesem Schauspiel und die Thränen traten uns in die Augen. „Lieber Freund," sagten wir ihm endlich, „lassen Sie das, es ist Alles aus!" — „Nein," antwortete der Alte, „sie müssen heraus, sie müssen noch einmal heraus, die Sache darf nicht verloren sein!" — So sprechend ging er immer weiter und schlug die Trommel, daß sie den Kanonendonner überschallte und der Knabe trug ruhig seine Fahne und sah nach allen Seiten, ob sie nicht kommen. Sie kamen nicht! . . .

„Die Abenddämmerung senkte sich schon leise herab, als wir wieder auf dem Graben ankamen. Da schwiegen plötzlich die Kanonen, es wurde ganz stille. Nach ungefähr zehn Minuten kamen vom Kohlmarkt her und liefen über den Graben dem Stephansplatze zu an dreißig Studenten und Proletarier. Laufend sahen sie rückwärts, als ob sie besorgten, verfolgt zu werden. Wieder nach einigen Minuten kam Becher**) mit dem Degen

*) Bruchstücke revolutionärer Erinnerungen. III. Wiener Oktobertage, abgedruckt in den „demokratischen Studien" von Ludwig Walesrode (1861) und in Hartmann's gesammelten Werken, Band 10.

**) Der schon genannte Redakteur des „Radikalen," ein musikalisches Talent und ein feiner literarischer Geist, ein Freund von Nikolaus Lenau. Auf solche Opfer stürzte sich die schwarz-gelbe Reaktion mit Vorliebe. — Beiläufig bemerkt,

in der Hand, gefolgt von einer noch kleineren Schaar. Auch sie sahen sich um, während sie raschen Schrittes über den Graben gingen. Sie konnten nur vor den Oesterreichern fliehen. In der That hatten einige Nationalgardisten den Kaiserlichen das Burgthor geöffnet; die Schaar Becher's stand auf der Bastei; hätte sie sich nicht rasch zurückgezogen, wäre sie leicht abgeschnitten und umringt worden. Nicht zwei Minuten nach Becher erschienen denn auch die Oesterreicher auf dem Platze des Grabens. Zuerst kam eine kleine Abtheilung von vielleicht zwölf Mann mit gefälltem Bayonnet, aber in der That war es schwer zu erkennen, in welcher Position sie das Gewehr zu halten beabsichtigten. Sie zitterten so sehr am ganzen Leibe und an den Armen, daß das Bayonnet fortwährend auf und nieder ging. Dabei blickten sie ängstlich rechts und links nach den Fenstern und riefen fortwährend: Gut Freund! Gut Freund! Dasselbe that die ganze Kompagnie, die ihnen auf dem Fuße folgte, die Gemeinen wie die Offiziere. Die Letzteren schwenkten ihre Degen grüßend den Fenstern zu und riefen ebenfalls: Gut Freund! Gut Freund! — Man konnte mit den armen Soldaten, die jetzt noch einen Angriff fürchteten, nur Mitleid haben. Das Volk, das sie plötzlich überall umgab, hielt sich stille. Da aber geschah etwas Ueberraschendes. Wie auf ein gegebenes Zeichen öffneten sich hundert Fenster, die seit drei Wochen verschlossen und verhüllt gewesen, als gehörten sie ausgestorbenen Wohnungen an, sie füllten sich — Hunderte von Taschentüchern wehten den Soldaten entgegen und „Vivat der Kaiser!" erscholl es von allen Seiten. Das war wie ein Signal für das Volk; ein ungeheures Pfeifen erstickte die loyalen Rufe in Gegenwart, selbst in der Mitte der bewaffneten Sieger, die eben, freilich sehr schüchtern, ihren Siegeseinzug hielten. Und das pfeifende Volk begleitete die Sieger bis auf den Stock=am=Eisenplatz. Von dort her kamen noch einige Schüsse. Sie kamen von Becher. Noch einmal hatte er sich aufgestellt und empfing die Sieger mitten in der besiegten Stadt mit einer Salve. Dann war es stille. Die Nacht sank herab. Der Vorhang fiel nach einem großen Drama und die Orgie der Rache begann." —

Bald wehte die schwarz=gelbe Fahne auf dem Stefansthurme.

Windischgrätz erklärte Wien abermals in Belagerungszustand; die akademische Legion und die Nationalgarde wurden aufgelöst, Vereine und Versammlungen verboten, die Presse unter Zensur gestellt und jeder Widerstand mit dem Standrecht bedroht. Darauf folgten umfassende

---

schlug in diesen Tagen eine verirrte Kanonenkugel in dem Irrenhause zu Döbling ein, wo der unglückliche Nikolaus Lenau in seiner Zelle saß. Welch eine Tragik, wenn der wahnsinnige Dichter durch diese Kugel geendet hätte!

Haussuchungen nach Menschen und Waffen und alle Häuser wurden bis in die geheimsten Schlupfwinkel durchstöbert. Die Verhaftungen waren so massenhaft, daß man schon nach einigen Wochen umfangreiche Entlassungen anordnen mußte, denn es waren Hunderte verhaftet worden, gegen die gar nichts vorlag.

Die Stadt sah schrecklich aus mit ihren vom Bombardement verwüsteten Straßen; noch schrecklicher aber waren die dunklen umlaufenden Gerüchte. Es wird wohl kaum mehr festzustellen sein, was Alles wirklich geschehen ist, ob wirklich vor den Thoren der Stadt massenhaft Gefangene — während des Kampfes und nach demselben — einfach ohne Förmlichkeiten erschossen worden sind. Man weiß, wie in solchen Zeiten übertrieben wird und wie die Aufregung alles vergrößert. Das aber scheint uns festzustehen, daß in den Stadttheilen, wo sich die Kroaten und andere „slavische Brüder" festgesetzt hatten, alle die Schrecknisse des dreißigjährigen Krieges mit Mord, Raub, Brand, Plünderung und Nothzucht sich wiederholt haben. Wir wollen nicht die verworrenen Zeitungsberichte jener Tage anführen, sondern aus einer anderen Quelle schöpfen. In der Sitzung des Frankfurter Parlaments vom 24. November 1848 beantragte der Abgeordnete Zimmermann von Spandau, eine Kommission einzusetzen, um den Thatbestand über die zu Wien von Seiten des Militärs verübten Greuelthaten zu erheben, sowie zu untersuchen, in wieweit die Uebelthäter zur Strafe gezogen worden. Zimmermann betonte, daß nicht nur Kroaten und andere Slaven, sondern auch deutsch-österreichische Soldaten sich an den Greueln betheiligt hätten. Die dem Antragsteller von glaubwürdiger Seite gemeldeten Greuel waren in 16 Punkten aufgeführt. Diebstahl und Straßenraub, Ermordung von Verwundeten und Wehrlosen, Verstümmelung von Frauen und Männern bei lebendigem Leibe, Auffindung von weiblichen Leichen mit den Zeichen einer bestialischen Behandlung*) sind hier zahlreich angeführt. Namentlich Schändung und Verstümmelung von Frauen und Kindern kommt häufig vor. Auch heißt es, die Sammlungen des berühmten Anatomen Hyrtl seien aus Muthwillen beschädigt worden. Viele Häuser, wird behauptet, seien abgesperrt gewesen, um die Spuren der Greuelszenen zu vernichten. Und von den Kannibalen, welche solche Dinge verübten, sagten die Schwarz-gelben, sie seien nach Wien gezogen, um die „Ordnung" gegen die „Exzesse des Pöbels" zu wahren, während in Wien die ganze Zeit des Aufstandes hindurch das Leben und das Eigenthum der Schwarz-gelben, den besonderen Fall Latour ausgenommen, nicht angetastet wurden.

---

*) So wie heute „Jack der Aufschlitzer" seine Opfer zurichtet.

Es mögen in dem Zimmermann'schen Bericht, wie so häufig, Uebertreibungen mit untergelaufen sein. Aber eine Widerlegung haben diese Dinge nicht erfahren, wenn sie auch von den Schwarz-gelben vielfach bestritten worden sind.

Das Frankfurter Parlament, schon ganz in der Hand der Reaktionäre, erklärte den Antrag für „nicht dringlich" und überwies ihn dem Ausschusse für österreichische Angelegenheiten, welcher die Zentralgewalt beauftragte, über den Thatbestand Nachforschungen anzustellen. Hätte das Parlament übrigens den Zimmermann'schen Antrag angenommen, so hätte dies bei der Lage der Dinge auch nicht mehr zu bedeuten gehabt.

Es ist veranschlagt worden, daß die Belagerung und Eroberung Wiens den Aufständischen einen Verlust von 5000 bis 6000 Mann verursacht hat. Diese können, wenn anders die Zahl richtig ist, nicht alle im Kampfe gefallen sein, namentlich wenn man die amtlichen Angaben über die Verluste der Truppen ernst nehmen will. Nach diesen hat die Armee 56 Offiziere, 1142 Soldaten an Todten und Verwundeten und 70 Pferde verloren.

Die Führer des Aufstandes entkamen nur zum Theil. Fenner von Fenneberg soll in einem Backtrog unter dem Teig, Bem in einem Sarge aus der Stadt gebracht worden sein; nach einer anderen Version soll Bem eine österreichische Generalsuniform angelegt haben und in dieser unerkannt durch die österreichischen Linien geritten sein. Auch Haugk entrann, aber nur, um in Ungarn den Oesterreichern in die Hände zu fallen und durch die Standrechtskugeln zu enden.

Messenhauser, der hätte entfliehen können, stellte sich selbst den Siegern. So harmlos war dieser Mann, den die Wogen der Zeit an die Spitze einer Revolution geschleudert, einem erbarmungslosen Sieger gegenüber an sein „Recht" und an seine „Unschuld" zu glauben.

Am 9. November, Morgens, lief in Wien die Schreckenskunde um, Robert Blum sei in der Brigittenau standrechtlich erschossen worden.

Blum hatte in den letzten Oktobertagen nicht mehr an einen Sieg des Aufstandes geglaubt.*) Auch den Vorstoß der Ungarn hatte er, wie er auf dem Stefansthurm äußerte, von vornherein für vergeblich gehalten. Am 29. Oktober waren Blum und Fröbel aus dem Haugk'schen Elitekorps ausgetreten; man konnte ihnen sonach nicht vorwerfen, die mit Windischgrätz abgeschlossene Kapitulation — soweit von einer solchen

*) Er war überhaupt kein Optimist. Schon im Mai schrieb er an einen Freund, dem die Heuler und Angstmeier Kummer machten: „Wegen der Republik sollen die Leute ruhig sein, die bekommen sie nicht; aber die ganze alte Sauwirthschaft bekommen sie wieder in neuer Auflage."

überhaupt die Rede sein konnte — verletzt zu haben.*) Sie blieben ruhig in ihrem Gasthofe, der „Stadt London,“ von wo sie am 1. November einen Brief an den General Csorich schrieben und um einen Passirschein zur Abreise ersuchten. Sie vertrauten auf die von dem Frankfurter Parlament am 30. September beschlossene Unverletzlichkeit der Abgeordneten, ein Vertrauen, das gegenüber einer siegreichen Armee von 100000 Mann mit dem racheschnaubenden Windischgrätz an der Spitze völlig unbegreiflich erscheint. Wie mochte nur der sonst so skeptische und nüchterne Blum zu der Erwartung gekommen sein, der Eroberer von Wien werde vor einem der papierenen Beschlüsse des Frankfurter Parlaments Halt machen, nachdem Blum und Fröbel Führerstellen bei den Aufständischen bekleidet und die Waffen getragen hatten! Moritz Hartmann kannte seine Leute zu gut, um auf die papierene Unverletzlichkeit zu vertrauen. Indessen griff der General Csorich doch noch nicht zu.**) Es ging den beiden Abgeordneten die Antwort zu, sie möchten sich an den General Cordon wenden. Als dieser das Gesuch erhielt, schrieb er augenblicklich auf dessen Rückseite einen Verhaftsbefehl. Blum und Fröbel wurden am 4. November verhaftet; sie wurden im Stabsstockhause gefangen gehalten. Am 5. November sandten sie ein Schreiben an das Frankfurter Parlament, das aber nicht ankam***); am 8. November aber reichten sie einen Protest an die Wiener Zentral-Untersuchungskommission ein, in dem sie sich auf ihre Unverletzlichkeit beriefen. Die Antwort auf diesen Protest war, daß Blum zum Verhör abgeführt wurde; die Zwischenzeit war gerade ausreichend, um den Protest in das Hauptquartier von Windischgrätz, nach Hetzendorf, und von da die Antwort zurück zu bringen. Den anderen Morgen um 5 Uhr wurde Blum, den man von Fröbel getrennt hatte, aus dem Schlafe geweckt und ihm sein Todesurtheil vorgelesen. Er sagte, daß er nicht an die Vollstreckung glaube, allein der Auditeur bemerkte ihm, es sei gar nicht daran zu zweifeln.

Robert Blum ergab sich mit männlicher Fassung in sein furchtbares Schicksal; er benutzte die kurze Spanne Zeit, die ihm noch blieb, um an

*) Blum und Fröbel waren auf gefährliche Posten gestellt worden; Blum stand mit fünf Geschützen den Kroaten gegenüber, hatte aber den ausdrücklichen Befehl, die Stücke nicht zu gebrauchen. Fröbel meinte, dies sei ein Anzeichen des Verraths in der Leitung gewesen.

**) Auf der Kanzlei dieses Generals herrschte offenbar, um uns eines von einem Wiener Sozialisten herrührenden treffenden Ausdruckes zu bedienen, „der Despotismus, gemildert durch die Schlamperei.“

***) So sagt Fröbel, dessen Darstellung, die er am 18. November im Frankfurter Parlament gegeben, wir hier folgen.

seine Frau jenen rührenden Brief zu schreiben, der das Andenken dieses demokratischen Märtyrers immer von Neuem in die Herzen aller mitfühlenden Menschen eingraben wird.*)

Um sechs Uhr Morgens am 9. November 1848 ward Blum in einer Droschke mit Kavalleriebedeckung nach der Brigittenau abgeführt. „Verschonen Sie mich mit Ihren Ketten," sprach er, als man ihn fesseln wollte, „ich werde nicht den lächerlichen Versuch machen, zu entfliehen." Und man ließ ihn ungefesselt. Er zeigte keine Schwäche; doch als ihm unterwegs eine Thräne entfiel, sprach er: „Nicht der Abgeordnete Blum weint, sondern der Gatte und Vater." Zweitausend Mann hielten den Richtplatz besetzt. Man wollte Blum die Augen verbinden; er protestirte, aber auf Zureden des Offiziers, der das Exekutions-Peloton kommandirte, legte er selber die Binde vor die Augen und rief hochaufgerichtet: „Ich sterbe für die Freiheit; möge das Vaterland meiner eingedenk sein!" Wie der Offizier den Degen senkte, krachten die Schüsse und Robert Blum fiel, in Kopf und Herz getroffen, lautlos zur Erde.

Am folgenden Tage meldete die amtliche Wiener Zeitung, daß Robert Blum, „Buchhändler aus Leipzig," wegen aufrührerischer Reden und wegen bewaffneten Widerstandes gegen die kaiserlichen Truppen zum

---

*) Wir geben den berühmten Brief in getreuer autographischer Nachbildung. An Karl Vogt schrieb der dem Tod geweihte Führer der Linken:

„Ein Sterbender empfiehlt sich Dir und allen deutschen Freunden meiner armen Familie. Sie hatten nur mich als Ernährer. Tragt Eure Liebe für mich auf sie über, dann sterbe ich ruhig. Allen ein tausendfaches Lebewohl! Blum.

Wien, den 9. November früh ½6 Uhr."

An Carl Cramer in Leipzig, der Mitredakteur der „Vaterlandsblätter" war, schrieb er:

„Lieber Freund!

Es ist 5 Uhr und um 6 werde ich erschossen. Also nur zwei Worte: Lebe wohl, Du und alle Freunde. Bereite meine Frau langsam vor auf das Geschick des — Kriegs. Schreibe Günther meinen letzten Gruß. Ich sterbe als Mann — es muß sein. Lebt wohl! Lebt wohl!

Wien, den 9. November 1848. Blum."

Bei seinen Effekten, die in Leipzig nach einigen Wochen eintrafen, befand sich ein Zettel des Inhalts:

„Meine Frau heißt Eugenie Blum, Eisenbahnstraße Nr. 8 Es versteht sich von selbst, daß sie meinen Nachlaß erhält, sie hat nichts. Sachen liegen noch in der „Stadt London." Ein herzliches Lebewohl mit diesen Zeilen an Fröbel, er soll bei der Rückkehr in Frankfurt a. M. grüßen, auch meine Frau und Kinder besuchen. Blum."



Robert Blum's Hinrichtung.

Tode durch den Strang verurtheilt und daß „in Ermangelung eines Freimannes" das Urtheil am 9. November mit Pulver und Blei vollzogen worden sei.

Fröbel wurde gleich darauf ebenfalls zum Tode durch den Strang verurtheilt, aber zugleich begnadigt und zwar nach seiner Meinung wegen einer Broschüre, in welcher er vor der Zerstückelung Oesterreichs gewarnt hatte. Wahrscheinlicher ist, daß Windischgrätz sich denn doch mit dem einen Opfer begnügte und zwar mit dem bedeutenderen; das unbedeutendere ließ er in einer Anwandlung von Großmuth laufen.*) Er hatte mit der Erschießung von Robert Blum auch erreicht, was er wollte; er hatte dem Frankfurter Parlament und dem Verfassungswerk den Absagebrief des schwarz-gelben Oesterreicherthums in blutigen Lettern geschrieben. Die Standrechtsschüsse auf der Brigittenau waren der freche und mörderische Protest der Camarilla zu Olmütz gegen das Verfassungswerk zu Frankfurt am Main.

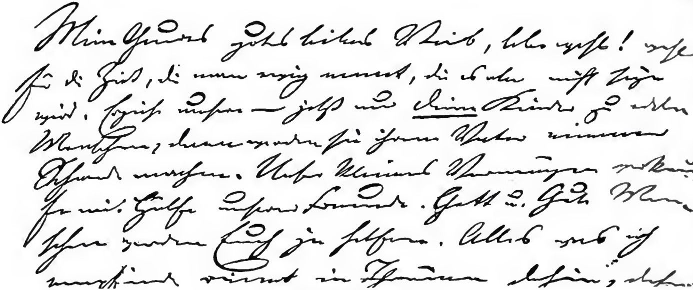
Während ein flammender Zorn ob solch brutaler Hinschlachtung eines Abgeordneten durch Deutschland lief, während selbst blasse Liberale ob solch dreister Verhöhnung des ganzen Verfassungswerkes sich zu aufrichtiger Entrüstung erhoben, blieb die „souveräne" Versammlung in der Paulskirche auch bei dieser Angelegenheit sich in ihrer Würdelosigkeit gleich. Simon von Trier bezeichnete in einem von 60 Mitgliedern unterstützten Antrag die Erschießung Blum's als Mord und empfahl der Zentralgewalt, „die erforderlichen Schritte zur Ermittelung und Bestrafung der mittelbaren und unmittelbaren Mörder des Reichstagsabgeordneten Robert Blum" zu thun. Dieser Antrag war ganz sinnlos, denn Simon von Trier mußte doch wissen, daß die ohnmächtige Zentralgewalt den Besieger von Wien an der Spitze seiner 100 000 Mann nicht strafen konnte und noch weniger strafen wollte. Man verwies den Antrag an den österreichischen Ausschuß und dieser stellte am 16. November folgenden Antrag:

„Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. September d. J. vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdruck Maßregeln zu treffen, um die mittelbaren und unmittelbaren Schuldtragenden zur Strafe zu ziehen."

Präsident Gagern meinte, für die Verletzung der Rechte der Versammlung „müsse Recht werden, wenn noch ein Schatten von Recht bestehe."

*) Fröbel, der rothe Republikaner von ehemals, verfocht später erst schwarz-gelbe und dann auch schwarz-weiße Interessen. Zur Zeit der Hochfluth des Nationalliberalismus, zu dem er übergelaufen war, wurde er für seine „Verdienste" mit einem Konsulat in Smyrna belohnt.

Robert Blum's letzter Brief.


Mein theures gutes liebes Weib, lebe wohl! wohl
für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht sein
wird. Erziehe unsere – jetzt nur Deine Kinder zu edlen
Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer
Schande machen. Unser kleines Vermögen verkau-
fe mit Hülfe unserer Freunde. Gott u. gute Men-
schen werden Euch ja helfen. Alles was ich
empfinde rinnt in Thränen dahin, daher...

Nachbildung des Originals.

Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Und man beschloß ohne Debatte fast einstimmig, „Verwahrung" einzulegen. Die Reaktionäre konnten der Linken dies Vergnügen gönnen, denn dieser Beschluß ließ die Versammlung vor Deutschland in ihrer ganzen Ohnmacht und Rathlosigkeit erscheinen. Die Stellung der Zentralgewalt zu der Hinrichtung Blum's ward am 17. November hinreichend beleuchtet durch die höhnische Aeußerung Schmerling's: „Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um!"

Den Kommissären Paur aus Neisse und Pötzl aus München, welche von der Zentralgewalt nach Oesterreich gesandt wurden, sagte der Justiz-



Julius Fröbel.

minister Bach mit brutalem Hohn, das Gesetz vom 30. September über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten sei in Oesterreich niemals verkündigt worden, daher könne sich auch in Oesterreich Niemand auf dasselbe berufen. Die gleiche Antwort erhielt Schuselka, als er im Reichstage zu Kremsier den Justizminister über die Hinrichtung Blum's interpellirte; Bach fügte noch hinzu, solche Gesetze könnten auch nicht maßgebend werden, bis eine Neuordnung des Verhältnisses von Oesterreich zu Deutschland unter gegenseitigem Einverständniß herbeigeführt sei. Das war deutlich genug, nachdem das „gegenseitige Einverständniß" mit einem standrechtlichen Blutakt eingeleitet worden.

In Deutschland rief der tragische Tod Blum's eine Menge von

Demonstrationen hervor*); in zahllosen, manchmal guten, manchmal sehr schlechten Gedichten wurde Blum gefeiert,

„Er, der sich seinen Lebensweg, den steilen und den rauhen,
Auf bis zu Frankfurts Parlament mit starker Hand gehauen,"

wie Freiligrath von ihm sang. Sein Name ist heute noch populär und das Volk fühlt sich angezogen von dieser Persönlichkeit, die sich aus proletarischen Verhältnissen empor gearbeitet, aber von der in den herrschenden Klassen so häufigen Korruption frei gehalten hatte.

Für die Familie Robert Blum's ward durch Geldsammlungen seitens der Demokratie Sorge getragen und seine Kinder wurden in der Schweiz erzogen.**)

Die Arbeit der Wiener Standgerichte dauerte bis in den Mai 1849 hinein. Erschießen, Erhängen, schwerer Kerker, Gassenlaufen, Schanzarbeit — so hieß es abwechselnd in den Urtheilen. 24 Todesurtheile wurden vollstreckt. Am 16. November wurde Messenhauser erschossen, am 23. fielen Becher und Jellinek***), die Redakteure des „Radikalen," durch Pulver und Blei.

In Kremsier fand sich am 22. November der österreichische Reichstag wieder zusammen, der nunmehr zur Bedeutungslosigkeit hinabsank. Auch die dortige Linke „harrte aus," das heißt, sie war noch nicht hinreichend von allen Illusionen kurirt.

---

*) Auf dem Frankfurter Dom wurde noch bis vor wenigen Jahren bei jeder Wiederkehr des Todestages von Robert Blum auf einem der Polizei räthselhaft geblieben Wege eine schwarze Fahne ausgesteckt.

**) Bekanntlich trat Hans Blum, der älteste Sohn des Märtyrers von der Brigittenau, nicht in die Fußstapfen seines Vaters. Er ließ sich auf Kosten der Demokratie ausbilden und nannte sich „Student der unveräußerlichen Menschenrechte," um nachher zu den Nationalliberalen überzugehen. Er, der Sohn eines Hingerichteten, stimmte im Reichstage für die Todesstrafe und zeichnete sich durch gehässige Anfeindung der Demokraten und Sozialisten, sowie durch blinde Bismarck-Anbetung aus.

***) Dem Andenken an Hermann Jellinek hat Moritz Hartmann in der „Reimchronik des Pfaffen Mauritius" die rührenden Verse gewidmet:

„Hermann, du armer, stiller Denker,
Als wir zusammen in der Nacht
Gesessen und bei dunklen Kerzen
Der Eine in des Andern Herzen
Die Freiheitsflammen angefacht —
O Gott, wer hätte da gedacht,
Daß dir dein Loos fällt durch den Henker! — — —
Sein Name sei den Enkeln lieb,
Er starb, weil er die Wahrheit schrieb!"

Während man aus der Wiener Bevölkerung die revolutionären Elemente ausschied, indem man die Gefangenen massenweise in die Heere steckte, um sie gegen Ungarn und Italien zu verwenden, bildete sich ein neues Ministerium. An der Spitze stand Fürst Felix von Schwarzenberg, ein Diplomat, der bei Metternich in die Lehre gegangen; Graf Stadion, auch ein Reaktionär alten Schlages, übernahm das Innere, General Cordon den Krieg. Auch Bach und der unvermeidliche Kraus erschienen wieder in dieser Regierung; der Letztere wurde nun für seine Doppelrolle während der Oktoberrevolution belohnt. Das mit einigen halb-



Franz Josef I.

konstitutionellen Phrasen verbrämte Manifest der neuen Regierung ließ zwischen den Zeilen deutlich lesen, daß das Kabinet sich fest mit den Slaven verbündet hatte und entschlossen war, sich gegen das deutsche Verfassungswerk völlig ablehnend zu verhalten. Die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt abzuberufen, hielt man offenbar jetzt nicht der Mühe werth; man ließ sie dort dem Vergnügen des Debattirens ruhig weiter obliegen.

Nachdem der Kaiser Ferdinand noch ein mit Drohungen gespicktes Manifest gegen Ungarn hatte unterschreiben müssen, dankte er am 2. Dezember 1848 ab. Wie weit die Camarilla auf diesen Entschluß eingewirkt, läßt sich hier nicht untersuchen. Auf ihn folgte sein Neffe

Franz Josef I. Der erst achtzehnjährige Kaiser wurde für großjährig erklärt; die Einflüsse der Erzherzogin Sophie und die Pläne der Camarilla fanden von nun an am Hofe keine Schwierigkeiten mehr. Der ungarische Reichstag beschloß, die Uebertragung der Kaiserwürde auf Franz Josef nicht anzuerkennen.

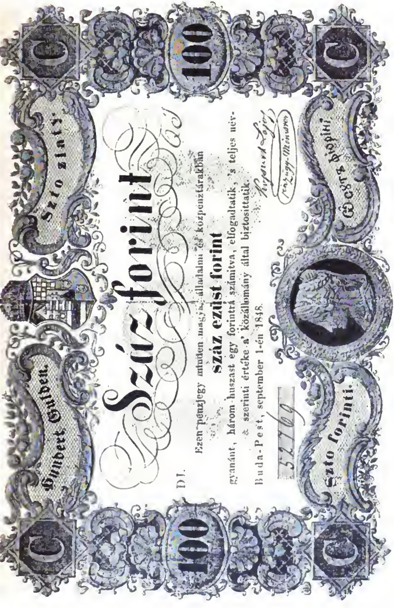
Im Dezember begann der Feldzug gegen Ungarn. Die Leitung ward dem Fürsten Windischgrätz übertragen, der wie Jellachich vom Kaiser von Rußland und von Cavaignac für die Niederwerfung des Wiener Aufstandes belobt worden war. Der russische Absolutismus und



Kossuth-Note.

die französische Bourgeoisie sind sich bei der bekannten Affaire von Kronstadt nicht zum ersten Male auf gleichen Bahnen begegnet.

Windischgrätz hatte den Winter abgewartet, der ungewöhnlich streng wurde. Die natürlichen Vertheidigungsmittel Ungarns, die Seen, Flüsse, Moräste und Sümpfe gefroren und ermöglichten einen raschen Einbruch. General Schlick, der an den Karpathen stand, nahm Eperies und Kaschau; Windischgrätz selbst drang mit der Hauptmacht in zwei großen Heersäulen in Ungarn ein, deren eine von Jellachich, die andere von Nugent befehligt wurde. Die einzelnen Abtheilungen der Magyaren wurden theils geworfen, theils wichen sie ohne Kampf. Preßburg und Raab wurden genommen und in der Neujahrsnacht verließ die ungarische Regierung Pest und nahm



Koſſuth-Note.

in Debreczin ihren Sitz. Kossuth nahm den ganzen Regierungsapparat und alle Vorräthe mit; auch die Banknotenpresse. Denn er ließ massenweise Papiergeld anfertigen, Kossuthnoten oder Kossuthel genannt, und zwar in jeder Werthhöhe. Dadurch war die Regierung immer im Besitze von Geldmitteln und das Interesse der Ungarn wurde an die Revolution geknüpft.

Die Widerstandskraft der Ungarn wurde erst im Verlaufe des Feldzuges entwickelt.

Der Staatsstreich in Preußen.

Die Vereinbarungs-Versammlung zu Berlin ward von den Wogen dieser stürmischen Zeit hin und her geschleudert; es fehlte ihr eine kräftige Hand, um den Hafen zu erreichen. Von rechts und von links ward sie angegriffen, wie es nach ihren widerspruchsvollen Beschlüssen auch gar nicht anders zu erwarten war. Die Demokratie war erregt ob des reaktionären Bürgerwehrgesetzes und am 5. Oktober veranstaltete der demokratische Bürgerwehrverein eine Demonstration, an der auch Arbeiter theilnahmen. In feierlichem Zuge wurde ein Esel durch die Straßen geführt, dem eine Papptafel mit der Inschrift: „Bürgerwehrgesetz vom 4. Oktober" an den Schwanz gebunden war; vor dem Schauspielhause wurde die Tafel verbrannt und, wie die „Vossische Zeitung" behauptet, eine schwarz-weiße Fahne dazu. Die Bürgerwehr kam spät und „Vater Karbe" ermahnte, ruhig nach Hause zu gehen, was denn auch geschah.

Der Adel war wüthend über das von der Versammlung beschlossene Jagdgesetz, welches endlich das Vorrecht der Jagd auf fremdem Grund und Boden unentgeltlich aufhob.*) Aber diese Dinge gaben nicht den Anlaß zu dem Konflikt zwischen dem König und der Versammlung, den heraufzubeschwören die Camarilla im Potsdamer Schlosse bis jetzt umsonst gearbeitet hatte. Die Abschaffung der Todesstrafe war es, die auf den entschiedenen Widerwillen des Königs stieß. Er wollte nicht nachgeben, und da die Minister für Abschaffung der Todesstrafe waren, so wurde schon am 6. Oktober mit dem Grafen Brandenburg verhandelt und diesem die Ministerpräsidentschaft angeboten. Gerlach reiste zu diesem Zwecke nach Breslau. Brandenburg, ein adelstolzer und rücksichtsloser Junker, war der Mann nach den Wünschen der Camarilla; sie setzte Alles daran, ihn in das Ministerium zu bringen, um dann mit seiner Hülfe einen vernichtenden Schlag gegen die Vereinbarungs-Versammlung und die

*) Uebrigens hatten auch adelige Grundbesitzer die Versammlung aufgefordert, das Jagdgesetz recht bald zu vollenden, damit sie vor ihren aufgeregten Bauern Ruhe bekämen.

Demokratie führen zu können.*) Andere Einflüsse suchten den König zum Nachgeben in der Todesstrafe zu bewegen. Sogar der russische Gesandte hielt einen Ministerwechsel aus diesem Anlaß für gefährlich; auch der Hofprediger Strauß war für Nachgiebigkeit. Gerlach hatte indessen schon mit seinen Einflüsterungen Oberhand gewonnen, denn der König sagte: „Ich weiß auch ohne Pfaffen, was meine Pflicht ist!" — Die Abschaffung der Todesstrafe führte zwar noch nicht zum Eklat; es kam zu einer Verständigung. Aber Gerlach arbeitete weiter; er schrieb an Brandenburg, der König stecke in einem Sumpf. Es käme nur darauf an, zu erklären, der König sei Herr im Lande und „nicht die Versammlung im Komödienhause"; die Folgen dieser Erklärung müßten die noch treuen Unterthanen und die noch treue Armee auf sich zukommen lassen!

Die Versammlung hatte am 12. Oktober die Berathung des Verfassungsentwurfes begonnen. Auch sie kam recht spät bei ihrer eigentlichen Aufgabe an. Gleich beim ersten Paragraphen stießen das alte und das neue Preußen hart zusammen. Schneider von der Linken beantragte, in der Einleitung den Titel „Von Gottes Gnaden" zu streichen. Der Minister Eichmann trat für die Beibehaltung ein, indem er sagte, zweifellos seien Alle, Jeder im Volke, von Gottes Gnaden; das könne nicht anders sein. Wenn sich die Könige von Gottes Gnaden hießen, so geschehe das nicht aus Stolz, sondern um ihrer Verantwortlichkeit vor Gott in Demuth eingedenk zu bleiben. Schulze-Delitzsch bekam bei dieser Gelegenheit stark republikanische Anwandlungen und sprach sich für den Wegfall der Worte „Von Gottes Gnaden" aus. Die Versammlung strich die Worte „Von Gottes Gnaden" mit 217 gegen 134 Stimmen.

Der König fühlte sich durch diesen Beschluß persönlich beleidigt. Zwei Tage darauf sprach er sich im Schlosse Bellevue, wo ihm der Präsident Grabow zum Geburtstage gratulirte, offen aus. Grabow gebrauchte die gewöhnliche Phrase, die neuen Einrichtungen würden das Volk fester an den Thron knüpfen. Der König aber erwiderte: „Vergessen Sie nicht, daß wir vor anderen Völkern etwas voraus haben, eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden! Danken Sie Gott, daß Sie noch eine solche haben!" — Zu einer Bürgerwehrdeputation sagte der König: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben!" — Es war kein Zweifel mehr; die Camarilla hatte das Ohr des Königs vollständig gewonnen und es handelte sich für sie nur noch darum, den Mann ihres Vertrauens möglichst rasch ans Ruder zu bringen.

*) Graf Brandenburg war ein natürlicher Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff.

Die Versammlung sprach bald darauf auch die Abschaffung des Adels aus, wobei Johann Jacoby sagte: „Es ist gleichgültig, welche Grabschrift wir auf seinen Leichenstein schreiben!" Der ausgebrochene Konflikt erreichte damit eine Schärfe, die zu einer Entscheidung führen mußte, denn das Junkerthum erhob selbstverständlich ob der Beseitigung des Adelstitels einen ungeheuren Lärm. Die Camarilla aber, welche die Schwäche der Demokratie und der Vereinbarungs-Versammlung vollkommen kannte, sah sich am Ziele ihrer Wünsche und brannte vor Begierde, den Schlag zu führen. Er wäre vielleicht schon früher geführt



Victor von Unruh.

worden, wenn nicht gerade am Ende des Oktober der große Entscheidungskampf in Wien ausgefochten worden wäre. Den Ausgang dieses Kampfes mußte man erst abwarten. Er hatte die Illusionen der Vereinbarungs-Versammlung, die ihre Worte und ihre papierenen Beschlüsse für allmächtig hielt, auf das Höchste gesteigert. Sie wählte in diesen Tagen den Herrn von Unruh zu ihrem Präsidenten, nachdem Grabow zurückgetreten war. Dieser Held des „passiven Widerstandes" hatte in solch kritischem Moment auf dem Präsidentenstuhl gerade noch gefehlt.*)

*) Der „konstitutionelle" Herr von Unruh ward später ein Führer der nationalliberalen Partei und von ihm glauben wir schon, daß seine Ideale mit dem Bismarck'schen deutschen Reich „herrlich erfüllt" worden sind.

Der Widerstreit zwischen Arbeitern und Spießbürgern führte um die Mitte Oktober noch einmal zu einer blutigen Katastrophe. Auf dem Köpenicker Felde hatten nämlich die Kanalarbeiter eine ihnen verhaßte Maschine, die das Wasser aus den Gräben pumpen sollte, zerstört. Seitdem waren einige Abtheilungen Bürgerwehr, mit scharfen Patronen versehen, auf dem Köpenicker Felde stationirt. Die Arbeiter waren harmlos genug, sich diese Polizeiaufsicht gefallen zu lassen; allerdings hatten sie sich unwillig über dieselbe geäußert. Sie wollten am 16. Oktober, nach der Einweihung eines neuen Schachtes, den Bürgerwehrmännern ein Hurrah bringen und zogen mit einer Fahne herbei.*) Die Bürgerwehr hielt dies für einen Angriff und zog sich ins Exerzierhaus zurück. Ein Arbeiter riß die Thür auf und erhielt vom Bäckermeister Schulz, einem Bürgerwehr-Protzen, einen Säbelhieb über die Hand. Es entstand ein wilder Tumult, der sich aber legte, als Schulz dem Verwundeten einige Thaler als Entschädigung versprach. Nun kam auch der Chef der Bürgerwehr, Rimpler, an, den man wegen der bewaffneten Besetzung des Arbeitsplatzes zur Rede stellte. Die Bürgerwehr zog ab. Von da an gehen die Mittheilungen auseinander. Es wurde behauptet, die Arbeiter hätten auf die Bürgerwehr mit Steinen geworfen; eine andere Mittheilung besagte, sie seien nur mit Hurrah hinterher gerannt. Kurz — die bewaffneten Spießbürger gaben Feuer und tödteten und verwundeten eine Menge von Menschen. Zehn Arbeiter blieben todt, darunter einer, der ruhig abseits beim Essen saß; eine Frau, die ihrem Mann Essen zutrug, wurde durch die Schulter geschossen. Der Bäcker Schulz, hieß es, habe das Feuer kommandirt.

Diese brutale Schlächterei brachte die Arbeiter in Wuth; sie strömten in Masse zusammen. Während die Bürgerwehr den Generalmarsch schlagen ließ, bauten die Arbeiter Barrikaden in der Köpenicker Straße und an der Roß- und Jakobsstraßen-Ecke. Die Bürgerwehr griff die Barrikade in der Jakobsstraße an, ward aber mit Flintenschüssen empfangen und zurückgetrieben, wobei ein Bürgerwehrmann fiel. Der Abgeordnete Berends sowie Karbe und Lindenmüller sprachen umsonst zu den Arbeitern und forderten die Räumung der Barrikade. Die Arbeiter waren durch das frivol vergossene Blut ihrer Kameraden gereizt und wichen nicht. Zum zweiten Mal griff die Bürgerwehr stürmend an, wobei der Hauptmann Vogel schwer verwundet wurde**), aber ohne Erfolg. Auch mit Unter-

*) Wir folgen hier der Darstellung von Robert Springer in „Berlins Straßen, Kneipen und Klubs im Jahre 1848.“ Die Berichte der „Vossischen Zeitung“ sind tendenziös.

**) Derselbe, der am 14. Juni vor dem vom Volke besetzten Zeughause einen Wirbel schlagen ließ.

handlungen ward nichts bezweckt; die Arbeiter hielten die im Rücken angegriffene Barrikade. Erst am Abend verließen sie dieselbe und als sie ihre Verwundeten unter dem Gesange religiöser Lieder wegtrugen, soll noch auf sie geschossen worden sein. Ein Volkshaufe, der das Haus des Bäckers Schulz in der Rosenthalerstraße zerstören wollte, ward von der Bürgerwehr daran verhindert und von Karbe beschwichtigt. Die Todten wurden nach einigen Tagen feierlich auf dem Kirchhof vor dem Halleschen Thor begraben und die Linke betheiligte sich, um zu versöhnen, bei den Arbeitern und bei der Bürgerwehr. Die Demokratie wußte,



Minister von Manteuffel.

warum sie nun die Arbeiter wieder gewinnen wollte. Denn die Streitkräfte Wrangel's „in die Marken" draußen betrugen nun 48 000 Mann und 60 Kanonen. Aber der Riß, der am 16. Oktober zwischen Bürgerthum und Proletariat von Neuem aufgeklafft war, schloß sich nicht wieder.

Die Camarilla war ungemein thätig und sie berief auch ihren Mann, den Grafen Brandenburg, baldigst nach Potsdam. In Sanssouci wurde berathen und man hatte den König soweit gewonnen, daß er sagte, er kenne nun die Gefahr und rechne auf Brandenburg. Es handelte sich nur darum, ob Brandenburg mit den im Amte befindlichen Ministern operiren oder sich neue zulegen sollte. Gerlach erzählt, der König habe dem Grafen Brandenburg die bisherigen Minister beigeben

wollen, er habe „Respekt vor den elenden, kaum erlangten Majoritäten" der Versammlung gehabt. Aber die Mitglieder des Ministeriums Pfuel stellten Bedingungen. Sie verlangten, der König solle kein Gesetz erlassen dürfen, dem die Versammlung nicht zugestimmt habe, wohingegen der König keinem Beschlusse der Versammlung sollte ein Veto entgegensetzen können.*) Darauf unterhandelte man mit dem Geheimrath von Manteuffel und mit Herrn von Ladenberg, damit diese zusammen mit Brandenburg das neue Ministerium bilden sollten. Bei Herrn von Manteuffel glaubte man neben der erforderlichen Energie auch die „staatsmännischen" Eigenschaften für die bevorstehende Aktion entdeckt zu haben. Herr von Manteuffel war ein Staatsmann nach dem Herzen der altpreußischen Bureaukratie und kannte auch die Schleichwege der Diplomatie sehr gut. Brandenburg gab seine Mittel an; er schlug die Vertagung der Vereinbarungs-Versammlung auf 14 Tage und alsdann ihre Verlegung nach der Stadt Brandenburg vor. Dieses fein ausgeheckte Plänchen gefiel und Brandenburg meinte, man solle diese Dislokationsangelegenheit „möglichst trocken" behandeln, damit sie nicht den Charakter eines Staatsstreiches annehme.**)

Die Vereinbarungs-Versammlung selber schien gar nicht zu bemerken, daß sie am Rande eines Abgrundes dahin schritt. Darum konnte sich die Linke auch den Luxus gestatten, Anderen die Hülfe bringen zu wollen, deren die Versammlung selber so dringend bedürftig war. Dazu wurde sie von dem am 26. Oktober in Berlin eröffneten demokratischen Kongreß veranlaßt.

Auf diesem Kongresse waren radikale Demokraten aus allen Theilen Deutschlands erschienen. Schlöffel senior, Erbe und Graf Reichenbach aus dem Frankfurter und Berliner Parlament, Bayrhoffer aus Marburg, Wislicenus aus Halle, Ruge und Benary aus Berlin, Ludwig Bamberger aus Mainz***) und Andere führten hier das Wort. Auch hier wurde sehr schön und sehr viel geredet; indessen betrug der ganze Kassenbestand

*) So erzählt Gerlach. Es scheint schier unglaublich, daß Pfuel und Genossen so viel verlangt haben — wenn hier nicht eine geschickte Intrigue vorliegt.

**) Wir haben für diese „Aktion" den Namen „Staatsstreich" beibehalten, weil er einmal gebräuchlich ist. Ein Staatsstreich im strengen Sinne des Wortes kann sie kaum genannt werden.

***) Bamberger, der bekannte spätere nationalliberale und jetzt freisinnige Abgeordnete, gehörte damals jener Schattirung der Demokratie an, deren Zentralausschuß, nach dem Ausdruck seines Berichterstatters, die „demokratisch-soziale Republik" — allerdings nicht im heutigen Sinn — erstrebte. Als zeitweiliger Vorsitzender des Kongresses führte Bamberger den Titel „Bürgerpräsident." Siehe „Vossische Zeitung" vom 28. Oktober 1848.

dieser Demokratie sage und schreibe vier Thaler, vier Silbergroschen, neun Pfennige, wie der Dr. Heramer mittheilte. Im Ganzen hatte man von Juli bis Oktober 586 Thaler eingenommen, 582 Thaler ausgegeben. Vor einer demokratischen Organisation, deren „Opferwilligkeit" in solchem Lichte erschien, brauchte sich allerdings keine Regierung zu fürchten.

Während die Demokraten ihre Reden hielten, brachte die Regierung einen Antrag „zum Schutze der Fabrikarbeiter" ein und zwar gegen das Trucksystem, die Auszahlung der Arbeitslöhne in Lebensmitteln, die mit 5 bis 100 Thalern gebüßt werden sollte. Sie dachte damit bei den Arbeitern, die dem Bürgerthum grollten, günstige Stimmung für sich zu machen; der demokratische Kongreß hatte nämlich die Arbeiterfrage, die von Born in seinen Verhandlungen zur Sprache gebracht wurde, kurzer Hand von sich gewiesen.

Der Kongreß, auf dem auch der abgethane Held als Skandalmacher auftrat, zeigte eine klägliche Verwirrung; die unfähigen Schreier und Phrasenmacher, wie u. A. der später sehr zahm gewordene Literat Silberstein aus Wien, machten sich in allen Verhandlungen breit. Arnold Ruge suchte darum den Schwerpunkt der demokratischen Thätigkeit in die Massen hinaus zu verlegen. Es wurde eine Volksversammlung nach den Zelten berufen, welche die Polizei vergebens zu verhindern versuchte. Man beschloß eine Demonstration zu Gunsten Wiens, wofür namentlich Arnold Ruge eintrat. Es ward ein Zug nach dem Schauspielhause veranstaltet, um der Vereinbarungs-Versammlung eine Sturmpetition zu überreichen, in der sie aufgefordert werden sollte, für das bedrohte Wien einzutreten.

Diese Demonstration war völlig zwecklos, denn wie sollte die kraftlose Versammlung den Wienern helfen?*) Auch Ruge scheint sich in kindlichen Illusionen gewiegt zu haben. Er hatte erkannt, daß in Frankfurt das Schiff der Demokratie stranden müsse; nun täuschte er sich über die Vereinbarungs-Versammlung.

Der Zug, mit Ruge, Karbe und Lindenmüller an der Spitze, etwa 1000 Personen, Bürger und Arbeiter, stark, bewegte sich vom Alexanderplatz nach dem Gensdarmenmarkt, wo eine große Menschenmasse versammelt war. Ruge übergab die Petition, wie er von der Freitreppe des Schauspielhauses herab verkündete, dem Abgeordneten d'Ester und forderte die Masse auf, sich zu zerstreuen. Aber dies geschah nicht; die Masse blieb

*) Wien war, was die Berliner freilich nicht wissen konnten, gerade in diesem Augenblick von Windischgrätz nach dem letzten Verzweiflungskampfe erstürmt worden.

zum größten Theile da und als um 5 Uhr Abends die Vereinbarungs-Versammlung zusammentrat, um den von Waldeck auf Unterstützung der Wiener gestellten Antrag zu berathen, gab es einen gewaltigen Lärm. Lindenmüller und Karbe hatten umsonst unter der erregten Bevölkerung die Ruhe herzustellen gesucht. Brennende Fackeln wurden zahlreich umhergetragen; auch wollte man Leute mit Stricken gesehen haben, und es hieß, sie wollten die reaktionären Abgeordneten aufhängen.*) Wieder vergrößerten Gerüchte Alles ins Unsinnige. Es herrschte ein furchtbarer Lärm; es hieß, man wolle die Abgeordneten nicht aus dem Schauspielhause lassen, bis sie einen befriedigenden Beschluß gefaßt; die Ausgänge wurden von einer dichten Masse besetzt, einzelne Abgeordnete bedroht. Es hieß sogar, die Thüren seien vernagelt worden.**)

Endlich schritt die Bürgerwehr in ihrer plumpen Manier ein und die Verwirrung wurde noch größer. Die Maschinenbauer warfen sich, einer von ihnen abgegebenen Erklärung gemäß, geordnet mit weißen Fahnen, aber unbewaffnet zwischen das Volk und die Bürgerwehr, was zur Folge hatte, daß mehrere Maschinenbauer von der Bürgerwehr niedergestochen wurden; nach einigen Angaben hatten die Maschinenbauer einen Todten und neun Verwundete. Der Tumult dauerte zum Theil bis spät in die Nacht fort.

Derweilen berieth die Versammlung den Antrag Waldeck, der lautete: „die Staatsregierung aufzufordern, alle dem Staat zu Gebote stehenden Mittel zum Schutze der in Wien bedrohten Volksfreiheit schleunigst aufzubieten." — Das hieß also verlangen, Preußen solle dem Windischgrätz den Krieg erklären. Wir finden keinen Ausdruck für die Naivetät, die

*) Es wurde behauptet, reaktionäre Agenten seien auf diese Weise thätig gewesen.

**) Viele, namentlich Varnhagen von Ense, erklären sehr bestimmt, die meisten dieser Dinge seien reaktionäre Lügen; Niemand habe Stricke gesehen und die Thüren seien auch nicht vernagelt worden. Streckfuß hat nur gehört, daß man die Abgeordneten nicht herauslassen wollte, bis sie abgestimmt hätten. Herr Braß schleppte sogar einen „Aufwiegler" zur Polizei; derselbe, sagt Varnhagen, war ein adeliger Reaktionär. Wenn man bedenkt, wie die Reaktion später diese Dinge ausnutzte, läßt sich wohl denken, daß reaktionäre Agenten dabei thätig waren; das Uebrige that die Phantasie der Angstmeier. Der Abgeordnete von Brünneck sagte 1853 in der ersten Kammer, als man ihm vorhielt, er sei damals vor den Stricken durch die Junker gerettet worden, er habe weder Stricke noch rettende Junker beim Schauspielhause gesehen. Dagegen dichtete Herr Wilhelm Jordan im Frankfurter Parlament: „Man hat einen Seilerladen ausgeleert, Schlingen in die Stricke geknüpft und sie den Abgeordneten ins Gesicht gehalten; man hat diese Schlingen mit gräßlichem Witz bezeichnet als Wiener Würstel und Hanfkravatten!" Nicht übel für einen Rhapsoden!

einen solchen Antrag ernst nehmen konnte. Die Versammlung verwarf ihn und nahm einen Antrag von Rodbertus und Berg an, dahin gehend,



Jacoby vor Friedrich Wilhelm IV.

die Regierung aufzufordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, „damit die in Oesterreich gefährdete Volksfreiheit und

die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde." Mit 261 gegen 52 Stimmen drang der Antrag durch und die Linke hielt dies für einen Sieg. Zu hoffen, Johann würde die Volksfreiheit vor dem Windischgrätz retten! Dummes Zeug!

Auch Pfuel stimmte für den Antrag; er konnte es sich erlauben, denn er wußte, daß er sehr bald hinweggefegt werden würde.*)

Der Beschluß war so überflüssig wie die Demonstration. Die Folgen waren aber bald zu verspüren.

Am 2. November zeigte Pfuel der Versammlung an, daß er „aus Gesundheitsrücksichten" seine Entlassung genommen habe. Natürlich, seit den Verhandlungen mit Brandenburg in Sanssouci war das Ministerium Pfuel sterbenskrank. Die Demokratie wußte das nicht und wunderte sich baß darüber, daß ein Ministerium abtrat, welches die Mehrheit der Versammlung für sich hatte. Wie hätten sie auch ahnen sollen, was hinter den Koulissen vorgegangen! „Mehrheit" war für sie ein Zauberwort, das sie mit Blindheit schlug.

Am selben Tage zeigte General Brandenburg an, er sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut.

Jetzt endlich fuhr die Vereinbarungs-Versammlung aus ihrer Traumhaftigkeit empor. Man erinnerte sich an einen drohenden Erlaß des Generals Brandenburg gegen die Breslauer Bürgerwehr. Zugleich war eine Bekanntmachung des abtretenden Ministers Eichmann an den Straßenecken zu lesen, nach welcher die Behörden angewiesen waren, die Truppen nach Berlin zu rufen, wenn die Bürgerwehr nicht „rechtzeitig und vollständig" ihres Amtes walte.

Die Linke wollte, die Versammlung solle sich in Permanenz erklären und einen Aufruf an das Volk erlassen. Die Versammlung beschloß aber, eine Adresse an den König zu richten. Es war darin gegen das Ministerium Brandenburg protestirt und rundheraus gesagt, dasselbe würde die Aufregung „zum Ausbruch steigern" und „unendlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen" nach sich ziehen. Schließlich ward um ein „volksthümliches" Ministerium gebeten. Den Hauptantheil an der Abfassung dieser Adresse hatte Herr Lothar Bucher.

*) Ueber Pfuel's halbdemokratische Neigungen erzählt Varnhagen allerlei pikante Sachen, u. A., daß Pfuel nach der Sitzung vom 31. Oktober mit Johann Jacoby und Jung in des Letzteren Wohnung gegangen sei und dort mit den Beiden „gute Bekanntschaft" gemacht habe. Das Ministerium Pfuel als Ganzes hatte freilich keinen demokratischen, kaum schwächlich liberalen Zug.

Die Deputation mit dieser Adresse, Herrn v. Unruh an der Spitze, kam noch des Abends nach Potsdam. Der König wollte sie erst nicht empfangen; endlich erschien er, finster und schweigend. Unruh las die Adresse vor, der König nahm sie und wollte sich mit einer Verbeugung entfernen. Da trat Johann Jacoby vor und sprach: „Majestät, wir sind nicht allein hierher gesandt, um diese Adresse zu überreichen, sondern auch die Wahrheit über die Stimmung des Landes zu berichten. Wollen Ew. Majestät uns Gehör schenken?“ Der König antwortete: „Nein!“ und



Karl d'Ester.

entfernte sich*), wobei ihm Johann Jacoby zurief: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“

Diese freimüthigen Worte paßten in die Lage und sind berühmt geworden; von den verblaßten Liberalen, halben Demokraten und ganzen Reaktionären aber erfuhr Jacoby sofort nach dem Abtreten des Königs die heftigsten Vorwürfe.

Drei Abgeordneten, Kühlwetter, Gierke und Mätzke, gelang es noch am selben Abend, beim Könige vorgelassen zu werden; er sagte ihnen halb scherzend, er könne als konstitutioneller König ohne Minister nichts thun, und so wurden die Minister nach Potsdam berufen.

*) Die „Vossische Zeitung“ behauptet, der König habe sich „freundlich grüßend“ entfernt.

Die Deputation ging in ihrer Loyalität sogar so weit, daß sie beschloß, in ihrem Bericht die Szene zwischen dem König und Johann Jacoby zart zu verschweigen. Welch liebliches Schäferspiel, während vor den Thoren der königliche General Wrangel mit seinen „Kugeln im Lauf" und „haarscharf geschliffenen Schwertern" stand!

Unruh verschwieg in der That die Worte Jacoby's an den König, als er in der Versammlung Bericht erstattete. Aber d'Ester nahm das Wort und ergänzte den Bericht. Als er die Aeußerungen Jacoby's wiedergab, erhob sich ein wilder Lärm auf der Rechten der Versammlung; die Linke applaudirte. Jacoby ward heftig angegriffen, man erklärte, man habe ihm zu seinen Worten keinen Auftrag gegeben, und Peltzer, ein Heißsporn von der Rechten, rief: „Selbst die Botokuden und Araber verletzen das Hausrecht nicht!" Rodbertus erklärte, er habe von dem Adjutanten des Königs verlangt, vorgelassen zu werden, um den König zu bitten, er möge die Worte der Adresse und diejenigen eines Abgeordneten unterscheiden. Jacoby vertheidigte sich mit seiner gewöhnlichen Ruhe.*)

Die Antwort des Königs wies das Verlangen der Versammlung einfach ab mit dem Bemerken, der König halte an dem Ministerium Brandenburg, „welches der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der konstitutionellen Freiheiten seine Kräfte widmen werde," unter allen Umständen fest.

Jawohl, wenn man über den Begriff der „konstitutionellen Freiheiten" verschiedener Meinung ist, so kommt es eben nur darauf an, wer die Macht hat, seiner Meinung Geltung zu verschaffen. Und diese Macht lag nicht in den Händen der Nationalversammlung.

In den nächsten Tagen versank die Versammlung in Schlaffheit und beschäftigte sich mit untergeordneten Dingen, während Brandenburg sich nach Mitgliedern seiner Regierung umsah und in Berlin die Kasernen für die Aufnahme von Truppen in Stand gesetzt wurden.

Am 9. November, an demselben Tage, da früh Morgens in der Brigittenau zu Wien Robert Blum's blutiger Leichnam im Sande lag, erschien das neue Ministerium in der Vereinbarungs-Versammlung und es ward eine königliche, von Brandenburg kontrasignirte Botschaft verlesen, in welcher gesagt war, daß Mitglieder der Versammlung wegen ihrer Abstimmungen schon früher gemißhandelt, daß aber namentlich am 31. Oktober „das Sitzungslokal der Versammlung von aufgeregten Volkshaufen völlig belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der

*) Der demokratische Klub sprach ihm in einem großen Plakat den Dank des Vaterlandes zu und brachte ihm einen Fackelzug.

Versuch gemacht worden sei, die Abgeordneten durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern." Die Versammlung könne sonach bei den nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen den Schutz nicht finden, der erforderlich sei, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Darum finde sich der König veranlaßt, den Sitz der Versammlung nach Brandenburg zu verlegen; sie solle ihre Berathungen sofort abbrechen und am 27. November wieder in Brandenburg zusammentreten.

Der Ministerpräsident ergriff hierauf sogleich das Wort, aber Unruh erklärte unter dem stürmischen Beifall der Linken, er habe ihm das Wort nicht ertheilt. Darauf erbat sich Brandenburg das Wort und sagte, die königliche Botschaft ordne den sofortigen Schluß der Verhandlungen an. Würden diese dennoch fortgesetzt, so seien sie ungesetzlich und er protestire Namens der Krone dagegen. Alsdann verließ er mit sämmtlichen Ministern den Saal; ein Theil der Rechten folgte. Von der Tribüne schrieen die dort anwesenden Bürgerwehrmänner: „Verhaften! Verhaften!" — Dieser wohlgemeinte Rath fand indessen keinen Anklang. Die Versammlung wie die Bürgerwehr waren nicht dazu angethan, die „rettende That" des Ministeriums Brandenburg mit einer anderen „rettenden That" zu beantworten. Die Versammlung beschloß, beisammen zu bleiben und ihre Berathungen fortzusetzen; sie bestritt der Krone das Recht, den Sitz der Versammlung zu verlegen, und erklärte das Verfahren des Ministeriums für eine schwere Pflichtverletzung gegen die Krone und das Land. Nachdem dies Alles beschlossen, ging die Versammlung befriedigt auseinander und glaubte Alles gethan zu haben, was zu thun sei. Man gab dem Präsidenten die Vollmacht, die Versammlung nach jedem ihm geeignet dünkenden Lokal zu berufen.

Berlin erschien an diesem Tage ganz ruhig; trotzdem wichen an der Börse die Kurse und eine Anzahl Angstphilister flüchteten, um den zu erwartenden Greueln eines Straßenkampfes zu entgehen. Die Linke erließ eine Erklärung, worin sie gegen den „Staatsstreich" protestirte und Widerstand ankündigte. Die ausgetretene Rechte stellte sich auf die Seite des Ministeriums.

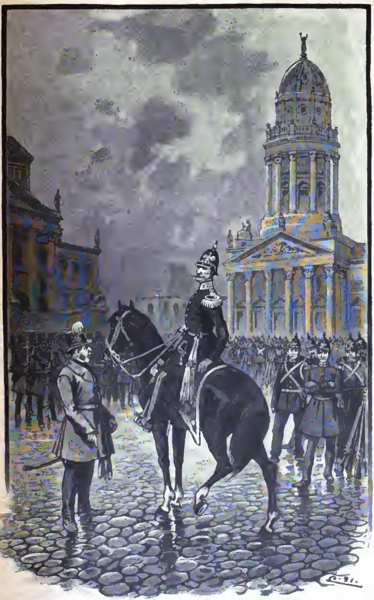
Das Ministerium ließ an die Bürgerwehr die Anfrage ergehen, ob sie bereit sei, die „ungesetzlich" weiter tagende Nationalversammlung aufzulösen, während es zugleich der Versammlung selbst die Erklärung zugehen ließ, daß ihre Beschlüsse „null und nichtig" seien. Der Bürgerwehrkommandant Rimpler erklärte, die Bürgerwehr habe die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen. Darauf wurde er aufgefordert, das Lokal der Nationalversammlung abzusperren und keinem Abgeordneten

den Zutritt zu gestatten. Rimpler lehnte dies ab und daraus leitete das Ministerium Brandenburg-Manteuffel seine Berechtigung her, militärisch einzuschreiten. Als ob dieser Nachweis einer „Berechtigung" nicht eine durchaus überflüssige Verzierung der ganzen „Aktion" gewesen wäre!

Die Vereinbarungs-Versammlung trat um 5 Uhr Morgens im Schauspielhause zusammen, wo Unruh ein Schreiben Rimpler's verlas, in welchem Rimpler ankündigte, die Bürgerwehr werde den Schutz der Versammlung übernehmen, um so „ein blutiges Zusammentreffen zu vermeiden." Zugleich wurde ein Schreiben der Arbeiterverbrüderung, gezeichnet von dem Goldarbeiter Bisky, verlesen. Die Arbeiter von 30 Gewerken sagten ihren Beistand zu. Es hieß: „Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, Eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volkes in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrath üben wollte an Euch und an den Freiheiten des Volkes." — Die Maschinenbauer waren gleichfalls bereit, für die Versammlung einzustehen. Beim Bürgerwehrkommando waren zwei Arbeiterdeputationen, darunter eine für 3000 Bauarbeiter, in schwarz-roth-goldenen Schärpen erschienen und hatten um Waffen gebeten; man hatte sie aber abgewiesen.

Sonach schienen Bürgerwehr und Arbeiter doch wieder zusammengehen zu wollen und die Arbeiter waren großmüthig genug, im Augenblick der Krisis die ihnen zugefügten Gewaltthaten und Kränkungen zu vergessen. Aber wenn schon Rimpler ein total unfähiger, der Situation nicht gewachsener Mann war, so bot Herr von Unruh mit seinem Anhang den erhebenden Anblick, wie diese liberale Bourgeoisie zwar den Mund sehr voll nehmen und die schönsten Phrasen drechseln konnte, aber im entscheidenden Augenblick vor der energisch auftretenden reaktionären Gewalt sich hinter die armselige Kouliffe des „passiven Widerstandes" flüchtete. Denn dieser „passive Widerstand" wurde nunmehr von Unruh feierlich proklamirt und die Versammlung stimmte dem jubelnd zu. Dann ging sie wieder an die Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und wartete auf die Wunder, die der „passive Widerstand" bringen sollte.*)

*) In der sogenannten Majorsnacht, als die Offiziere der Bürgerwehr beriethen, ob sie dem Militär Gewalt entgegensetzen sollten, sagte Waldeck, der mit mehreren Abgeordneten von der Linken anwesend war, er sei ein Mann des Rechts und von militärischen Dingen wisse er nichts; Temme rieth mit Thränen in den Augen vom gewaltsamen Widerstand ab. Es kamen Deputationen von einzelnen Kompagnien, sowie von den Arbeitervereinen, namentlich von den Maschinenbauern, die zum bewaffneten Widerstand aufforderten; man beschloß



Wrangel und die Bürgerwehr vor dem Schauspielhause in Berlin.

Wir wollen nicht verkennen, daß Berlin inmitten der von der Reaktion aufgewühlten Provinzen bei einem gewaltsamen Widerstand wenig Chancen gehabt hätte. Die Versammlung trug aber zum größten Theil selbst die Schuld, daß sie in eine so traurige Lage gekommen war. Der Umstand, daß sie sich in den „passiven Widerstand" verrannte, machte ihren Untergang zu einer Tragikomödie und raubte ihr den Rest von Würde.

Am Nachmittag des 10. November rückten die Truppen, 20000 Mann stark, durch die verschiedenen Stadtthore ein, ohne den geringsten Widerstand zu finden. Dafür hatte die Versammlung selbst gesorgt. Wrangel ließ, als seine Truppen unter den Linden aufmarschirten, seine Geschütze sehen. Die Straßenjungen empfingen ihn mit Hurrahgeschrei und mit dem Ruf: „Reiten Sie unser schönes Gras nicht nieder!" indem sie sich auf den Ausspruch Wrangel's bezogen, daß in den Straßen Berlins Gras wachse. Wrangel schien sich an dem „Ulk" zu amüsiren, wie er auch gegen alle Schimpfworte unempfindlich blieb, die aus der Masse kamen.*)

Der Gensdarmenmarkt wurde mit Infanterie und Artillerie besetzt. Die Bürgerwehr, welche das Schauspielhaus besetzt hielt, wurde vollständig von den Truppen umschlossen. Rimpler begab sich zu Fuß zu dem General Wrangel, der ihn hoch zu Roß empfing. Wrangel frug im Gespräch, weshalb die Bürgerwehr hier stehe, und als Rimpler erwiderte: „Um die Versammlung zu schützen," meinte Wrangel, das wolle er mit seinen Truppen auch. Der verdutzte Bürgerwehrkommandant frug sodann, wie lange denn Wrangel hier zu stehen gedenke, worauf Wrangel erwiderte, seine Truppen seien gewohnt, zu bivouakiren, und er, er werde so lange hier stehen bleiben, bis die Versammlung auseinanderginge, auch wenn es acht Tage dauern sollte!

Mit diesem Bescheid kam Rimpler zur Versammlung zurück, worauf diese beschloß, daß sie gegen die militärische Gewalt protestire und nur in Folge der Anwendung dieser Gewalt den Sitzungssaal verlasse. Dann verließ der „passive" Held Unruh mit dem Bürgerwehrhelden Rimpler das Sitzungslokal, die Versammlung und die Bürgerwehr folgte unter den stürmischen Zurufen der Volksmasse und Wrangel ließ das Schau-

indessen, sich ruhig zu verhalten. Die Bürgerwehr war auch zu sehr in Parteiungen zerrissen, um gemeinsam handeln zu können. Nur die Entwaffnung wollte man sich nicht gefallen lassen; als sie aber eintrat, hatte man schon alle Gedanken an wirklichen Widerstand aufgegeben.

*) Von einem anonymen Komité — wahrscheinlich von einem einzelnen Spaßvogel — war Wrangel ein Drohbrief mit der Anzeige zugekommen, in dem Augenblick, da er in Berlin einrücke, werde man seine Frau aufhängen. Unter dem Brandenburger Thor — wird erzählt — sprach Wrangel zu seinem Stabe: „Ob sie ihr wohl gehängt haben?"

spielhaus von seinen Truppen besetzen. Als die Abgeordneten den nächsten Morgen am Schauspielhause erschienen, wurden sie einfach nicht hineingelassen. So war die „Aktion“ ohne Blutvergießen vor sich gegangen und Wrangel hatte sich dabei geschickter erwiesen, als man ihm zugetraut hatte. Das ängstliche Spießbürgerthum und ein großer Theil der Bürgerwehr machten gar kein Hehl daraus, wie angenehm sie es empfanden, daß der Zustand, den sie mit dem Polizeibegriff „Anarchie“ bezeichneten, aufgehört hatte und eine „feste“ Militärgewalt an dessen Stelle getreten war. Als dann die Junker sich wieder obenauf fühlten und das Spießbürgerthum ihren Uebermuth fühlen ließen, schrie dieses Ach und Weh über die Reaktion, die es selbst herbeigeführt hatte.

Am 12. November sah es aus, als sollte es doch noch zu einem Kampfe kommen, während die aus dem Schauspielhause vertriebene Versammlung im Schützenhause tagte. Man sah viele Bewaffnete, theilweise mit rothen Kokarden an den Hüten, die Arbeiter strömten herbei, auch Abgesandte aus der Provinz waren da und stellten Zuzüge in Aussicht. Herr von Unruh bewog indessen die Menge, sich zu zerstreuen, indem er auf die herrlichen Aussichten verwies, die seine geniale Erfindung, der „passive Widerstand,“ eröffnete. Der Volksverein trat in den Zelten unter Karbe's Vorsitz zusammen, zum letzten Mal, denn am Abend wurde Berlin in Belagerungszustand erklärt und die Entwaffnung der Bürgerwehr angeordnet. Alle Klubs und Vereine wurden aufgelöst, die demokratischen Blätter unterdrückt und eine vollständige Militärdiktatur hergestellt. Das Militär, das alle wichtigen Punkte der Stadt besetzt hielt, riß alle Plakate ab; auf einigen waren Wrangel, das Ministerium und die Rechte der Versammlung sehr heftig angegriffen worden. Am anderen Tage begannen die Haussuchungen nach Waffen. Die Bürgerwehr ließ sich ruhig entwaffnen.*) Die Versammlung hatte ihr den „passiven Widerstand“ plausibel zu machen gewußt. In vielen Häusern, wo sich die Männer widerwillig zeigten, gaben die Weiber die Gewehre ab und verriethen, wo Waffen versteckt waren. Das Soldatspielen hatte bewirkt, daß mancher biedere Bürger fast immer vom Hause weg war; gekneipt wurde dabei auch tüchtig und manches Geschäft wurde vernachlässigt; darum war manche Hausfrau froh, daß die Geschichte aufhörte und „der Alte“ wieder „bei Muttern“ blieb und einen soliden Lebenswandel führte. Das Spießbürgerthum bleibt sich immer gleich, beim

*) Die „Vossische Zeitung“ bezeichnete die Auflösung als einen **Akt der Undankbarkeit**, da sich die Bürgerwehr so viele Verdienste um die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ erworben habe. Der Bürgerwehr wurde nur angethan, was sie selber den Arbeitern angethan hatte.

männlichen wie beim weiblichen Geschlecht. Die Demokratie verschwand von der Bildfläche; sie war wie weggewischt und damit der Beweis geliefert, daß sie eine innere Stärke nicht besaß. Einige der leitenden Persönlichkeiten tauchten im folgenden Jahre bei den süddeutschen Aufständen auf.

Die Vereinbarungs-Versammlung allein war noch übrig geblieben und setzte den „passiven Widerstand" fort. Sie wurde vom Militär auseinander getrieben, wo sie sich versammelte; immer sprengte eine Kompagnie Soldaten die Leute auseinander, die sich einbildeten, die Souveränität des preußischen Volkes darzustellen. Es wurden sehr energische, theilweise auch ganz hübsche Reden gehalten, die unter den obwaltenden Umständen selbstverständlich ohne alle Bedeutung waren. Namentlich Schulze-Delitzsch, der damals noch in seiner Sturm- und Drangperiode stand, versuchte mit heftigen Reden das Volk in Bewegung zu bringen; er that, was er später, nachdem er verphilistert war, „die Bestie entfesseln" nannte.

Die Versammlung faßte am 13. November den geradezu unsinnigen Beschluß, den Staatsanwalt Sethe aufzufordern, das Ministerium wegen Hochverraths in Anklagezustand zu versetzen. Der Staatsanwalt hatte natürlich weder die Lust noch die Macht zu einem solchen Vorgehen und da es auch kein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit gab, so blieb dieser Beschluß ein rein papierner.

Deputationen und Adressen kamen in Menge an die Versammlung. Am 16. November sprach man von Steuerverweigerung, als sich die Abgeordneten, noch 226 Mann stark, im „Hotel Mielentz" zusammengefunden hatten.*) Ein Kommissionsbericht, von Kirchmann erstattet, erklärte, man solle den Gewaltthätigkeiten der Regierung mit Steuerverweigerung begegnen. Vielen schien dies bedenklich. Darum beantragten Schulze-Delitzsch, Phillips und Schornbaum, zu beschließen, das Ministerium Brandenburg sei nicht berechtigt, Steuern zu erheben, so lange die Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortsetzen könne.

Während der Berathung drang Militär in das Haus; ein Major mit vier Offizieren und einem Piket erschien im Saal. Unruh verhandelte mit dem Major, der erklärte, daß er den Befehl habe, Gewalt zu brauchen, wenn die Versammlung nicht gutwillig auseinander ginge. Unruh erklärte, daß er „abermals der Gewalt weiche"; Waldeck erhob sich zornig und rief: „So holen Sie Ihre Bayonnette und stechen Sie uns nieder. Ein Landesverräther, der den Saal verläßt!" — Der

*) Die Bauern aus der Gegend von Oschersleben und Neuhaldensleben in der Provinz Sachsen, damals auch anders gesinnt als heute, hatten eine Deputation gesandt mit der Erklärung, sie würden keinen Groschen Steuern mehr bezahlen, so lange nicht ein volksthümliches Ministerium eingesetzt sei.

Major gerieth in eine gewisse Verwirrung; er verließ auf einen Augenblick den Saal und dies wurde benutzt, um den Steuerverweigerungsbeschluß zu fassen. Als der Major*) wieder eintrat, war die Steuerverweigerung ausgesprochen und Unruh schloß die Sitzung. Die Abgeordneten thaten, als ob sie einen großen Sieg erfochten hätten. Es war dies die letzte Sitzung der Vereinbarungs-Versammlung in Berlin.

Das Frankfurter Parlament hatte an die preußische Regierung die Aufforderung ergehen lassen, die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, was ganz unbeachtet blieb. Als Kommissär der Zentralgewalt war Bassermann in Berlin erschienen, der seine berühmten „Gestalten" die Straßen bevölkern sah und rasch wieder nach Frankfurt zurückkehrte. Noch überflüssiger als der erste Beschluß war ein weiterer der Frankfurter Doktrinäre, welcher den Steuerverweigerungsbeschluß für rechtswidrig erklärte.

Das Volk wußte natürlich nicht, was es mit diesem papiernen Beschlusse anfangen sollte, den die eine Versammlung für rechtsverbindlich, die andere für rechtswidrig erklärte, während die Regierung seiner Ausführung mit all ihren Machtmitteln entgegentrat. Der Steuerverweigerungsbeschluß hatte hauptsächlich die Bedeutung, daß er eine Reihe von Verfolgungen über die Steuerverweigerer heraufbeschwor.

Am 27. November trat die Versammlung in Brandenburg im dortigen Dom zusammen. Sie wurde erst nach zwei Tagen beschlußfähig, aber das Präsidium war nicht da, nämlich der berühmte Vater des „passiven Widerstandes," Herr von Unruh. Man schlug Vertagung bis zum 4. Dezember vor. Als dies abgelehnt wurde, verließen eine Anzahl Mitglieder die Versammlung und machten sie wieder beschlußunfähig. Die verworrenen und zwecklosen Debatten der Rumpfversammlung machten einen geradezu kläglichen Eindruck und die Regierung glaubte den Moment gekommen, in dem sie die Versammlung endgültig auflösen könne. Dies geschah denn auch am 5. Dezember 1848 und zugleich ward die „Charte Waldeck," der Verfassungsentwurf der Versammlung, durch die „Charte Manteuffel" ersetzt, d. h. es wurde eine Staatsverfassung als „Geschenk des Königs" oktroyirt.

Die neue Verfassung war liberaler, als man hätte erwarten können. Sie war ein Meisterstück Manteuffel'scher Staatskunst. Sie brach den Angriffen der Demokratie die Spitze ab, indem sie eine Anzahl demokratischer Forderungen verwirklichte. Preß- und Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Ministerverantwortlichkeit, allgemeines Wahlrecht und

*) Es war der spätere General Herwarth von Bittenfeld.

noch mehrere Märzforderungen fanden ihre Erfüllung in der Verfassung, während die ängstlichen und reaktionären Gemüther durch das Zweikammersystem und dergleichen vorbeugende Einrichtungen beruhigt wurden. Die Hauptsache aber war, daß man sich gleich eine Revision der Verfassung vorbehielt. So stellte die Verfassung das Uebergewicht der Regierung im Lande her und nachher wurden die verschiedenen „Errungenschaften" wieder aus der Verfassung hinausrevidirt.

Der Camarilla gingen die Konzessionen der Verfassung zu weit; auch der König weigerte sich lange, den „Wisch," wie er die Verfassung nannte, zu unterschreiben. Aber man sah in der Verfassung das einzige Mittel, die Ruhe im Lande zu erhalten und die Aufregung über den gegen die Versammlung geführten Schlag zu dämpfen. Gerlach tröstete sich schließlich mit den Worten: „Soll man überhaupt einen so großen Werth auf solch papierene Verfassung legen?"*) Man sieht daraus, daß die demagogische Kunst der Konservativen, sich als „verfassungstreu" aufzuspielen, wie es heute gegenüber der Opposition und namentlich gegenüber der Sozialdemokratie geschieht, sich den augenblicklichen Umständen anpaßt; von innerer Ueberzeugung ist da nicht die Rede. Damals hätten die Konservativen am liebsten die Verfassung gestürzt.

Die Verfassung war ein Stück jener traditionellen preußischen Politik, die immer einigen zeitgemäßen Forderungen bis zu einem gewissen Grade nachgiebt und damit sich ein Mäntelchen schafft, mit dem sie ihre mittelalterlichen, reaktionären Auswüchse vor den Augen des kurzsichtigen Philisters verhüllt.

So elend unterlag die liberale und demokratische Bourgeoisie der Gewaltspolitik des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel; unter dem Hohngelächter der wieder erstarkenden reaktionären Elemente trat sie mit ihrer Spottgeburt von „passivem Widerstand" vom Schauplatz ab. Sie hatte die vom Volke erstrittenen Errungenschaften nicht festhalten können. „Der passive Widerstand that sich auf in der ganzen Kläglichkeit seiner Ohnmacht."**) Hätte man in Berlin seitens des bürgerlichen Liberalismus nur einige wirkliche Festigkeit gezeigt, so hätte man, auch ohne daß es zum blutigen Kampfe gekommen wäre, wenigstens eine so klägliche Niederlage vermeiden und den Uebermuth Wrangel's zügeln können. Denn in den „höheren Regionen" herrschte auch nicht unbedingte Sicherheit.

Während sich das liberale Bürgerthum dergestalt unterwarf, gab es

*) Aufzeichnung vom 23. November 1848.

**) So meint Johannes Scherr in seinem Buche: „Von Achtundvierzig bis Einundfünfzig," das, an sich gut geschrieben, eines bestimmten Standpunktes entbehrt und namentlich eine bornirte Radetzky-Verherrlichung aufweist.

draußen im Lande noch Leute, die den „passiven Widerstand" verwarfen. Es gab Unruhen an einzelnen Plätzen, namentlich in Erfurt, wo es am 21. November auf dem Anger zu einem blutigen Straßenkampfe zwischen dem Militär und den Demokraten kam. Am Rhein erließ der Ausschuß der Demokraten zu Köln, in dem Karl Marx saß, einen Aufruf zum bewaffneten Widerstand gegen die gewaltsame Steuereintreibung, zu der sie nach dem Beschlusse der Vereinbarungs-Versammlung das Ministerium Brandenburg nicht mehr für berechtigt hielten. Auch Ferdinand Lassalle wurde damals in Düsseldorf verhaftet und prozessirt, weil er ungefähr das Gleiche gethan hatte. Es ist bezeichnend, daß die Sozialisten bis zum Aeußersten für das verletzte Recht der Volksvertretung einstanden, das die Bourgeoisie so feige aufgab.*)

Die Camarilla ging in Preußen von Neuem an die Arbeit. Gerlach schrieb an Brandenburg, daß jetzt Alles auf die Revision der Verfassung ankomme und daß man nun auch „die zuverlässigsten Leute" in die Aemter bringen müsse, „die scharf vorgehen." Auch dürfe man keine Bedenken mehr gegen sogenannte extreme Charaktere, Ultra-Royalisten, Pietisten, Absolutisten haben.

Es ging mit der Reaktion nicht so rasch, wie es der hitzige Gerlach wünschte; die Wirkungen der Revolution waren nicht sofort und nicht ganz zu überwinden. Sie wären garnicht zu überwinden gewesen, hätte das deutsche Bürgerthum den steifen Nacken des englischen, mit dem es sich so gern verglich, gehabt. Die Engländer legten weniger Werth auf beschriebenes Papier, aber sie hatten ihren Stolz. Die Deutschen thaten gerade umgekehrt. Darum sieht es auch in den beiden Ländern so verschieden aus.

---

*) Marx und Lassalle standen dafür vor Gericht. Lassalle wurde in Düsseldorf in dem Prozesse, aus dem er die „Assisenrede" hinterlassen hat, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt; Marx wurde mit Schapper und Schneider von den Kölnischen Geschworenen freigesprochen. Die Vertheidigungsrede, die Marx bei dieser Gelegenheit gehalten hat, wurde damals nicht so beachtet, wie es ihr gebührt hätte; heute erscheint sie als eine Kundgebung von historischer Bedeutung. Marx führte aus, er stünde als Angeklagter vor Vertretern des Bürgerthums, wegen Handlungen, die zu begehen die Pflicht eben dieses Bürgerthums sei. Der Staatsanwalt ließ gegen Marx die gewöhnlichen Phrasen von Umsturz und Gesetzesverletzung los. Marx meinte: „Die Gesellschaft beruht nicht auf dem Gesetz. Es ist das eine juristische Einbildung. Das Gesetz muß vielmehr auf der Gesellschaft beruhen, es muß Ausdruck ihrer gemeinschaftlichen, aus der jedesmaligen materiellen Produktionsweise hervorgehenden Interessen und Bedürfnisse gegen die Willkür des einzelnen Individuums sein."

Beim Jahresschlusse.

Als das Jahr 1848 zum Ende sich neigte, schienen auch die Hoffnungen der Völker auf die Neige zu gehen. Die Reaktion war fast überall in siegreichem Vordringen begriffen; die Ordnungsphilister wollten sie nicht sehen oder jubelten ihr zu, und die Demokratie trug schwer an dem Gewicht der Niederlagen, die sie erlitten.

In Frankreich wurden bald die Früchte eingeheimst, die von einer brutalen und profitwüthigen Bourgeoisie in den blutigen Junitagen gesäet worden waren. Cavaignac, mit dem die Reaktionäre ein niederträchtiges Gaukelspiel trieben, das er mit seinem Bischen Verstand nicht durchschaute, war so einfältig, ausgesprochene Royalisten in sein Ministerium zu nehmen. Die konstituirende Versammlung vollendete die neue Verfassung Frankreichs am 4. November. Frankreich wurde zur einen und untheilbaren demokratischen Republik erklärt, welche Phrase angesichts der brutal sich vordrängenden beutegierigen Führer der alten Parteien sich wie ein infernalischer Hohn ausnahm. Der Präsident der Republik sollte mittelst des allgemeinen Stimmrechts von der ganzen Bevölkerung gewählt werden. Jules Grevy, der spätere Präsident der dritten Republik, und der Sozialist Felix Pyat strengten sich vergeblich an, durchzusetzen, daß der Präsident von der Nationalversammlung selbst gewählt werden sollte. Sie kannten die Stimmung im Lande. Damit war aber auch bewiesen, daß die Republik nicht bestehen konnte, nachdem die Arbeiter, die sie geschaffen, niedergeschmettert und dezimirt worden waren.

Als Präsidentschaftskandidaten waren der Prinz Louis Napoleon Bonaparte, Eugen Cavaignac, Lamartine, Ledru-Rollin und Raspail aufgetreten. Der Wahl selber gingen die elendesten und schmutzigsten Umtriebe und Ränke der Reaktionäre voraus, die sich alle um den Prinzen Louis Napoleon geschaart hatten. Dieser Abenteurer trieb seine demagogischen Künste so weit, daß er seinen Agenten gewisse sozialistisch klingende Redewendungen einpauken ließ, um so zu seinen Gunsten auf die Arbeiter zu wirken, von denen er wußte, daß sie durch die Junischlächtereien

von Erbitterung gegen die Bourgeoisie erfüllt waren. Dieser Kniff blieb nicht ohne Erfolg.*)

Bei der Wahl siegte denn auch Louis Napoleon Bonaparte mit über sechs Millionen Stimmen, während Cavaignac ungefähr anderthalb Millionen, Ledru-Rollin 350000 und die Uebrigen nur ganz wenige Stimmen erhielten. Damit war die Bourgeois-Republik in die Hände eines Abenteurers und Prätendenten gegeben, der die bürgerlichen Republikaner brutal niederschlagen sollte, wie sie das Proletariat niedergeschlagen hatten. Der noch nicht verblichene napoleonische Nimbus hatte den außerordentlichen Erfolg dieses Menschen bewirkt, der sich bis dahin abenteuernd umhergetrieben hatte. Er war der Sohn von Hortense Beauharnais, die mit Napoleon's I. Bruder Ludwig vermählt und als solche Königin von Holland geworden war. Der Vater von Louis Napoleon war aber nicht Ludwig von Holland, sondern der Admiral Verhuel, wie der Vater seines Halbbruders Morny der General Flahault war. In seiner Jugend bei der großen italienischen Carbonari-Verbindung hatte Louis Napoleon zweimal, zu Straßburg und zu Boulogne, sehr abenteuerliche Versuche gemacht, sich des französischen Thrones zu bemächtigen. Zu Boulogne trug er am Hut ein Stück Speck, von dem ein auf seiner Schulter sitzender gezähmter Adler fraß. Aber zunächst kam der Veranstalter dieser albernen Komödie auf einige Jahre ins Gefängniß, aus dem er entfloh, um 1848 an die Spitze der Republik berufen zu werden. Er beschwor

*) Als ein interessantes Vorspiel der Wahl konnte betrachtet werden, was damals in den Pariser Salon-Klatschereien umging, daß nämlich Bonaparte und Cavaignac sich zugleich um die Huld der Madame Kalergis beworben hätten und daß dabei Cavaignac mit langer Nase abgezogen sei, während Bonaparte Erhörung gefunden habe. Madame Kalergis war jene Riesen-Schönheit, die Heine in seinem Gedichte: „Der weiße Elephant" verewigt hat, die er mit der Diana von Ephesus vergleicht und von der er sagt:

„Es lebt im Norden ein schönes Weib
Von hohem Wuchs und weißem Leib . . .
Wie sich die Gliedermassen wölben
Zum schönsten Bau! Es tragen dieselben
Anmuthig und stolz zwei hohe Pilaster
Von blendend weißem Alabaster" u. s. w.

Wenn dabei Heine von dem in diese Dame verliebten weißen Elephanten sagt:

„Er trampelt im Mondschein oft umher
Und seufzet: Ach, wenn ich ein Vöglein wär'" —

so ist man versucht zu glauben, der geniale Spötter habe dabei an den unglücklich liebenden Diktator der Bourgeois-Republik, Herrn Cavaignac, gedacht.

am 20. Dezember 1848 dieselbe republikanische Verfassung, die er am 2. Dezember 1851 mit Gewalt umgestürzt hat und deren Trümmer seine Knechte in ein Blutmeer geworfen haben.

Nachdem Louis Napoleon Präsident geworden, war die französische Republik der Sympathien der europäischen Diplomatie sicher. Man wußte, daß er auf einen Thron lossteuerte, und die Franzosen, die auf seinen Eid vertrauten, sollten grausam enttäuscht werden.

Nachdem so an Stelle der Bourgeois-Republik das Prätendententhum getreten, war es nicht mehr zweifelhaft, daß Frankreich aus einem Rückhalt der Revolution und der Demokratie ein Rückhalt der Reaktion geworden war. Diese Thatsache sollte in den noch bevorstehenden Kämpfen eine Rolle spielen. Die Regierungen verhehlten ihre Genugthuung und Freude über das Emporsteigen des Prätendenten nicht. Diesmal vertrat der Name Bonaparte nicht mehr die französische Revolution; diesmal vertrat er die Sache der „Ordnung."

In Italien konnte die Reaktion nicht so schnell vorschreiten, denn die republikanische Propaganda hatte nach der Niederlage Karl Albert's einen ergiebigen Boden gefunden. Nachdem Venedig sich zur Republik gemacht, steuerten auch die Römer mit Macht darauf los. Es gelang ihnen zwar nicht, den Papst Pius IX. in den Krieg gegen Oesterreich hineinzureißen, aber sie entzogen ihm nach und nach den Boden unter den Füßen. Das Ministerium Rossi sollte den drohenden Sturm beschwören. Aber schon die Wahlen zu den Kammern fielen gegen dies Ministerium aus und Rossi selbst wurde am 15. November, als er sich nach den Kammern begab, auf der Straße ermordet. Am 18. November brach in Rom ein Aufstand aus, der siegreich blieb, worauf der Papst das demokratische Ministerium Mamiani einsetzte. Indessen war dem „Vater der Christenheit" dabei nicht mehr geheuer in Rom und er entfloh nach Gaëta, von wo er racheschnaubend einen Protest gegen das Geschehene erließ.*) Die Republikaner ergriffen nun völlig die Gewalt und setzten eine dreiköpfige Regierungskommission unter Corsini ein, die auf den Februar 1849 eine konstituirende Versammlung zur Herstellung der Verfassung der römischen Republik berief.

Die neapolitanischen Truppen errangen im Kampfe mit dem aufständischen Sizilien Vortheile; sie erstürmten am 7. September Messina.

*) Bei der Flucht des Papstes wurde, wie Johannes Scherr witzig bemerkt, die alte Fabel von der Päpstin Johanna eine Päpstin-Pia-Novelle, denn der Papst entfloh in Weiberkleidern. Päpstlich loyale Geschichtschreiber behaupten allerdings, der Papst sei nicht in Weiberkleidern, sondern im Wagen der Gräfin Spaur geflohen.

Die italienische Freiheitsbewegung blieb ohne innere Kraft und Einmüthigkeit, wie sie zum Sieg erforderlich war. Es war vorauszusehen, daß sich die reaktionären Mächte mit aller Energie auf die Demokratie stürzen würden, sobald sie einigermaßen sich freie Hand geschaffen hätten. Die Demokratie ließ ihnen reichlich die Zeit, die dazu erforderlich war.

Während Italien mit seinen Unruhen einem brodelnden Kessel glich und Ungarn mit dem Haus Habsburg im Kampfe lag, war es in Deutschland gegen das Ende des Jahres stiller geworden. Nach der Niederlage der größeren und kleineren Aufstände ging endlich die Frankfurter National-



Louis Napoleon.

versammlung an die Berathung der Reichsverfassung. Die berufsmäßigen Schwätzer, die nun nahezu fünf Monate mit der Berathung der Grundrechte und anderen Dingen verschwatzt hatten, waren glücklich, daß ihnen von den reaktionären Gewalten die nöthige Ruhe verschafft worden war, um den Entwurf der Verfassungskommission in behaglichster Breite berathen zu können. Am 19. Oktober begannen die Berathungen, welche sogleich bewirkten, daß sich die nunmehr erwachsenden Schwierigkeiten an dem Verfassungswerke wie ein ungeheurer Abgrund aufthaten. Zunächst schritt die deutsch-österreichische Frage wie ein drohendes Gespenst zwischen Wien und Frankfurt hin und her. Die schwarz-gelbe und habsburgische Politik widerstrebte dem völligen Einschluß Oesterreichs in den

neuen deutschen Bundesstaat, der in Frankfurt geschaffen werden sollte, aus dem einfachen Grunde, weil dann Oesterreich seine Rolle als europäische Großmacht nicht hätte weiter spielen können. Die Schwarz-gelben hielten zäh am unversehrten österreichischen Gesammtstaat fest; wurde das Gefüge desselben durch den Eintritt in den neuen Bundesstaat erschüttert, so kam dies den Bestrebungen der Einzelvölker nach Selbständigkeit zu Statten. Aber die Schwarz-gelben und das Haus Habsburg wollten sich auch nicht aus dem neuen Bundesstaat ausschließen und damit den bisherigen Einfluß Oesterreichs auf Deutschland lahm legen lassen. Darum arbeiteten die Schmerling und Genossen auf den Sturz des ganzen Verfassungswerkes hin. All ihre „deutschen" Redensarten waren offenbar nur der gewöhnliche Zoll, den die diplomatische Heuchelei der Zeitströmung entrichtete. Schmerling im österreichischen, Gagern im preußischen Interesse, schienen sich entgegenzuarbeiten. Wie weit der Schein getrieben wurde, läßt sich schwer beurtheilen; es läßt sich nur denken, daß Gagern in gewisser Beziehung dupirt wurde. Das Spiel, das man mit den Verfassungsmachern trieb, glich in vielen Punkten der Komödie mit dem „kühnen Griff," bei welcher sich die schwarz-gelben und die schwarz-weißen Diplomaten auch vorher verständigt hatten.*)

Es macht einen trübseligen Eindruck, wenn man auf der einen Seite die halb brutale, halb hinterlistige Haltung Oesterreichs, auf der anderen die mühseligen und vergeblichen Anstrengungen der Verfassungsmacher sieht.

Am 27. Oktober suchte das Parlament die österreichische Frage zu lösen. Nach einer langen Debatte, in welcher Graf Deym den utopistischen Vorschlag machte, den österreichischen Gesammtstaat dem neuen Bundesstaat anzuschließen, während Uhland meinte, Oesterreich habe „sein Herzblut in den Mörtel zum Neubau der deutschen Freiheit gemischt," beschloß man, daß kein Theil des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe. Wenn ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen das gleiche Staatsoberhaupt habe, so sei das Verhältniß zwischen beiden nur nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union zu ordnen.

Gerade in diesen Tagen unterlag das so tapfer kämpfende Wien den Sturmkolonnen des Windischgrätz und die Hinrichtung von Robert Blum war die Antwort auf den Beschluß vom 27. Oktober. Trotzdem gab es immer noch Leute, welche der Meinung waren, die papiernen Beschlüsse zu Frankfurt könnten den siegreichen österreichischen Heerführern

*) Oeffentlich nannten sich Schmerling und Gagern mit vieler Emphase Freunde.

gegenüber einen Machtfaktor bilden. Das Programm der neuen österreichischen Regierung, das sie zu Kremsier kundgab, versuchte die Absichten derselben nicht mehr zu verschleiern. Schwarzenberg sprach es offen aus, daß Oesterreich alle seine Stämme und Länder zu einem Staatskörper zu vereinigen beabsichtige; zugleich aber behielt er sich vor, daß „die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem verjüngten Oesterreich und dem verjüngten Deutschland staatlich zu bestimmen" seien, wenn man beiderseits zu neuen und festen Formen gelangt sei.

So spielten die österreichischen Diplomaten mit dem Verfassungswerke; sie stießen es zurück und ließen es doch nicht los. Selbstverständlich richtete dies Verhalten Oesterreichs unter den Verfassungsmachern die größte Verwirrung an, da sie nicht mehr wußten, wo aus und wo ein. Die österreichische Frage blieb ungelöst, aber im Parlament traten neue Spaltungen ein. Es bildete sich die großdeutsche Richtung, welche den neuen Bundesstaat nur mit Oesterreich haben wollte.

Heinrich von Gagern, im Vollgefühl seiner Staatsmännlichkeit, fühlte sich berufen, die große Streitfrage aus der Welt zu schaffen, resp. das Parlament, dem nachgerade doch unheimlich zu werden anfing, in dem bisherigen Vertrauensdusel zu erhalten. Wie weit er bei dieser Sache im Einverständniß mit der Diplomatie handelte, ist schwer zu ermessen; vor der Masse erschien er als entschiedener Anhänger Preußens und als Führer der kleindeutschen Richtung, welche das neue Deutschland ohne Oesterreich unter einem preußischen Kaiserthum zu Stande bringen wollte. Gagern erstrebte ungefähr dasselbe, was Bismarck 1866 ausgeführt hat. 1848 und 1849 standen indessen der Ausführung der „kleindeutschen" Gagern'schen Idee schier unüberwindliche Hindernisse entgegen. Rußland, Frankreich und England, welche nicht einmal die „Angliederung" Schleswig-Holsteins an Preußen dulden wollten, hätten ohne Zweifel ein Aufgehen des außerösterreichischen Deutschlands in Preußen nicht zugegeben. Die Gagern'sche Idee bedurfte zu ihrer Ausführung so gut eines Krieges zwischen Preußen einer- und Oesterreich und den süddeutschen Staaten andererseits, wie die Bismarck'schen Pläne 1866. Bismarck gelang es 1866, die Neutralität von Frankreich und Rußland zu erzielen; ohne diese hätte er nicht mehr ausrichten können, als seinerzeit Heinrich von Gagern. Vor der Hand aber erfüllte diese Gagern'sche „Idee" vortrefflich, was die reaktionären Gewalten erhofften: sie zersplitterte die Einheitsbestrebungen in der Paulskirche und die unglückseligen Verfassungsmacher geriethen in den Sumpf des österreichisch-preußischen Dualismus hinein, während die Regierungen von Oesterreich und Preußen sich über ihre Haltung gegenüber der Paulskirche vollkommen verständigt hatten.

Gagern hatte sich im November Instruktionen in Potsdam und Berlin geholt, Schmerling aber trat von seinem Posten als Präsident des Reichsministeriums zurück mit der Erklärung, daß die Stellung der Reichsgewalt zu Oesterreich auf einer den obwaltenden Verhältnissen entsprechenden Grundlage neu geordnet werden müsse und daß er „als Oesterreicher“ nicht der geeignete Leiter in dieser Frage sei. Das Ministerium beschloß einstimmig, dem Reichsverweser vorzuschlagen, Heinrich von Gagern an Schmerling's Stelle ins Ministerium zu berufen. Der Reichsverweser that dies sogleich und Gagern bildete ein neues Ministerium, in dem er selbst den Vorsitz und das Aeußere, Peucker den Krieg, Beckerath die Finanzen, Robert Mohl die Justiz und Duckwitz den Handel übernahm. Schmerling wurde österreichischer Gesandter beim Reichsverweser, um die österreichischen Interessen da zu wahren, wo sie sich mit den preußischen nicht im Einklang befanden.

Es gab dieser Staatsaktion einen sonderbaren Anstrich, daß Gagern vom Schmerling'schen Ministerium selbst empfohlen wurde. Der Staatsmann Gagern, der als Präsident durch Eduard Simson aus Königsberg ersetzt wurde, trat nun mit seinem Programm hervor, welches die deutsch-österreichische Frage lösen sollte. Es hieß in diesem Programm, nach der Erklärung des österreichischen Ministeriums, daß es den österreichischen Einheitsstaat aufrecht erhalte, glaube das Reichsministerium die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich so auffassen zu müssen, daß das bestehende Bundesverhältniß im Allgemeinen aufrecht zu erhalten und die Sonderstellung Oesterreichs anzuerkennen sei, wonach letzteres nicht in den neu zu schaffenden Bundesstaat eintreten könne. Die Stellung von Oesterreich zu Deutschland sei durch eine besondere Unions-Akte festzustellen, über die man sich „auf gesandtschaftlichem Wege“ zu verständigen habe und die auf das Verfassungswerk nicht einwirken dürfe.

Die Nationalversammlung genehmigte dies Programm, allein die perfide schwarzgelbe Politik erhielt auch jetzt noch die österreichische Frage in der Schwebe. Das Ministerium Schwarzenberg erklärte, Oesterreich denke gar nicht daran, seine Stellung als deutsche Bundesmacht aufzugeben. Man dürfe Oesterreich nicht als einen Staat betrachten, der in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten wolle; Oesterreich habe sich davon nicht losgesagt. Es wünsche eine Verständigung mit den Regierungen über die Verschmelzung der Bestandtheile Deutschlands und erwarte vom Reichsministerium das entsprechende Entgegenkommen.

Gagern wurde vom Parlament ermächtigt, den Weg zu dieser „Verständigung“ zu betreten.

Genug von diesen widerlichen Wirren und Intriguen, bei denen

leicht zu sehen war, daß nirgends ein guter Wille vorhanden und daß Alles nur zu dem Ziele führen konnte, die Verfassungsbewegung scheitern zu lassen. Eine Lösung dieses verworrenen Gewebes konnten weder die Diplomaten — auch wenn sie gewollt hätten — noch die aufgeblasenen „Staatsmänner" der Konstitutionellen, noch die unaufhörlich und unverdrossen weiter schwätzenden Verfassungsmacher herbeiführen; sie war nur möglich, wenn das Volk selbst mit kräftiger Hand eingriff und das Gewebe zerriß. Aber das geschah nicht und konnte in diesem Augenblick nicht geschehen; die Volksbewegung ging aus den hundert Ursachen, die wir erörtert haben, abwärts, und der kurze Aufschwung, den sie im folgenden Jahre noch einmal nahm, konnte keine neue Wendung zu Gunsten des Volkes mehr herbeiführen.

Das Parlament glaubte eine große That zu vollbringen, indem es am Jahresschlusse den Theil der Verfassung, welcher die „Grundrechte des deutschen Volkes" enthielt, verkündigen ließ. Der Reichsverweser that ihm gern den Gefallen und am 28. Dezember erschienen die Grundrechte im Reichsgesetzblatt. In diesen Grundrechten, welche die allgemeinen Menschen- und Staatsbürgerrechte feststellen sollten, waren eine Menge sehr schöner und guter Sätze vorhanden.*) Die neuen Rechte und Freiheiten des Volkes waren vollständig aufgezählt; sie gingen zwar über die bürgerlichen Vorstellungen nicht hinaus, sie bedeuteten aber einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den vormärzlichen Zuständen. Dies Neujahrsgeschenk, das die Versammlung dem deutschen Volke gab, war jedoch ohne Werth. Von den Grundrechten wurden in die oktroyirten Verfassungen diejenigen Bestimmungen aufgenommen, welche die Machthaber dem Zeitgeiste als Konzession darbringen zu müssen glaubten. Im Uebrigen kümmerte sich Niemand um dies Dokument, mit dessen Berathung das Parlament so viel Zeit verloren hatte.

Das deutsche Volk, soweit es zu selbständigem Denken veranlagt war, wußte in der That nicht, was es mit den papiernen Grundrechten anfangen sollte. So ging es mit bangen Vorahnungen in das Jahr 1849 hinein, während den Reaktionären allerorts der Kamm schwoll.

*) Der Wortlaut der Grundrechte des deutschen Volkes ist in der Reichsverfassung von 1849 enthalten.

I.
Die Proklamation des Königs Friedrich Wilhelm IV.

geschrieben in der Nacht vom 18. bis 19. März 1848.

An Meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungspatent vom heutigen Tag habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten deutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen Mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider Meine tapferen und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst. Gottlob! ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte Bösewichter, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum — bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg und entsendet an Mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit, beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes, für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darnieder liegt, vereint ihre innigen thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18.—19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

II.

Proklamation des Königs von Preußen

vom 21. März 1848.

An Mein Volk und an die deutsche Nation!

Mit Vertrauen sprach der König vor fünfunddreißig Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblick, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deren edelste Stämme Mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter Einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen innern und äußern Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut ist

1. Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,
2. Bewaffnete Neutralitäts-Erklärung.

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammt-Vaterlande zu erhalten.

Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische

und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche sichere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.
Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin.
Bornemann. v. Arnim. Kühne.

III.

Proklamation des Königs vom 22. März 1848,

die Volksvertretung etc. betreffend.

Nachdem Ich eine konstitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine, auf Urwahlen begründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet ist, und dieses Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kundgegebenen Wunsche des Landes würde Ich entschieden zuwiderhandeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage*), das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Kommittenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihrigen anschließt, nicht eingehen kann.

Der auf diese Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits kundgegebenen Entschließungen entsprechend, Vorschläge über folgende Punkte vorgelegt werden:

1. über Sicherstellung der persönlichen Freiheit;
2. über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht;
3. über eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer;
4. über Verantwortlichkeit der Minister;
5. über die Einführung von Schwurgerichten für Straffachen, namentlich für alle politischen und Preßvergehen;
6. über die Unabhängigkeit des Richterstandes;
7. über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominial-Polizeigewalt.

Außerdem werde Ich das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigen lassen.

Berlin, den 22. März 1848.

Friedrich Wilhelm.
Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin.
Bornemann. v. Arnim. L. Kühne.

---

*) Der Antrag der Deputationen von Breslau und Liegnitz, das Wahlgesetz ohne Befragung des Vereinigten Landtages zu erlassen, ist gemeint.

IV.

Struve'scher Antrag beim Vorparlament.

Wir Endesunterzeichneten stellen den Antrag an das deutsche Parlament von Frankfurt a. M.: dasselbe wolle sofort nachfolgender Zusammenstellung der Rechte des deutschen Volkes seine Anerkennung ertheilen und über deren Verwirklichung wachen.

Eine lange Zeit tiefster Erniedrigung lastet auf Deutschland. Sie läßt sich bezeichnen durch die Worte: Knechtung, Verdummung und Aussaugung des Volkes. Unter dem Einflusse dieses Systems der Tyrannei, welches noch immer, wenn auch in seiner Kraft gebrochen, doch dem Wesen nach fortbesteht, ist Deutschland mehr als einmal an den Rand des Verderbens gebracht worden. Es hat viele seiner schönsten Provinzen verloren, andere werden schon aufs Schwerste bedroht. Die Noth des Volkes ist unerträglich geworden. Sie hat sich in Oberschlesien bis zur Hungerspest gesteigert.

Daher haben sich alle Bande gelöst, welche das deutsche Volk an die bisherige sogenannte Ordnung der Dinge geknüpft hatten, und es ist die Aufgabe der Versammlung deutscher Männer, welche sich am 31. März l. J. zu Frankfurt a. M. vereinigt hat, neue Bande vorzubereiten, mit denen das gesammte deutsche Volk zu einem freien und großen Ganzen umschlungen werden soll.

Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens, ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel, zu demselben zu gelangen, sind:

1. Aufhebung der stehenden Soldatenheere und Verschmelzung derselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr.
2. Aufhebung des stehenden Heeres von Beamten und Ersetzung desselben durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht.
3. Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den innern Verkehr Deutschlands hemmen, Binnenzölle und Schiffahrtsabgaben, welche die Landwirthschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. s. w., welche die Gewerbe belasten, Gewerbesteuern, Akzise u. s. w. und Ersetzung derselben:
   a) durch eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt;
   b) durch einen an den Grenzen Deutschlands zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und seiner Landwirthschaft erhobenen Zoll.
4. Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums, Zäsur der bevorzugten Gerichtsstände und Ersetzung derselben durch ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht.
5. Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz.
6. Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen.
7. Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch:

a) die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Associationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister frei zu wählen;
b) Besserstellung des Lehrerstandes und gleichmäßigere Ordnung der Pfarrbesoldungen;
c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.

8. Abschaffung der Zensur, Konzessionen und Kautionen und Ersetzung dieser Zwangsanstalten durch den Grundsatz der Preßfreiheit in seiner weitesten Ausdehnung.
9. Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte.
10. Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände und gleichmäßige Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas corpus-Akte im ausgedehntesten Sinne des Wortes), welches insbesondere auch das Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes feststellt.
11. Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft. Die bisherigen ungeheuren Zivillisten, Apanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brachliegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domänen des Landes bieten hierzu reiche Mittel.
12. Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittelst eines besonderen Arbeiterministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert.
13. Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze des Privatrechts, des Strafrechts, des Prozesses, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maaßes, des Gewichts, der Post, der Eisenbahnen u. s. w., und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche, dem Geiste unserer Zeit entspringend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie seine Freiheit feststellen.
14. Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands und Wiederherstellung der Eintheilung in Reichskreise mit billiger Berücksichtigung der Zeitverhältnisse.
15. Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.

Deutsches Volk, dieses sind die Grundsätze, mit deren Hülfe allein Deutschland unseres Erachtens glücklich, geachtet und frei werden kann.

Deutsche Brüder in Ost und West, wir fordern Euch auf, uns in dem Bestreben zu unterstützen, Euch die einigen und unveräußerlichen Menschenrechte zu verschaffen. Wir werden in Frankfurt a. M. vereinigt bleiben, bis ein frei gewähltes Parlament die Geschicke Deutschlands leiten kann. Mittlerweile werden wir die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und durch einen frei gewählten Vollziehungsausschuß das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten.

Das Jahr 1849.

Das Jahr 1849.

Nachdem in Preußen und in Oesterreich die Demokratie unterlegen, in Italien die Einheitsbewegung gescheitert, in Frankreich der Bonapartismus ans Ruder gelangt war, konnte kein Zweifel mehr obwalten, daß die Reaktion auf der ganzen Linie im siegreichen Vordringen sich befand. Ungarn schien am Unterliegen und beide Parlamente zu Frankfurt und zu Kremsier brüteten über ihren Verfassungen. Die innere Kraft der Revolution war geschwunden und die Volksbewegung machte sich da, wo kein Belagerungszustand und keine Militärdiktatur herrschten, in lärmenden und zahlreichen, aber wirkungslosen Protesten gegen die reaktionären Gewalten bemerkbar. Die Masse des Volkes fing an, gleichgültig zu werden, wenn auch die Nachwirkungen der Ereignisse des verflossenen Jahres noch die Länder durchzitterten. Die Bauern waren meistens befriedigt. Wo sie nicht die völlige Beseitigung der Feudallasten erreicht hatten, wurden sie durch geschickte Maßregeln und allerlei Zugeständnisse von den Regierungen zur Ruhe gebracht. Die Bauern waren, wie wir gesehen, in den Märztagen am wildesten gewesen und hatten den Regierungen am meisten Furcht eingeflößt. Darum hatte man sich beeilt, ihnen nachzugeben, und hatte mit Erfolg auf ihren Egoismus spekulirt. Voll Mißbehagen sah der „freie" Bauer auf die städtischen Elemente, die gar nicht ruhig werden wollten. Die konservativen Elemente, die nach „Ruhe und Ordnung" schrieen, fanden nun die Sympathie der Bauern und wie ein Bleigewicht hing sich die Apathie der Bauernschaft an die Volksbewegung. Im Laufe der Ereignisse stellten sich die von den demagogischen Junkern und den fanatischen Pfaffen aufgehetzten Bauern den Städten drohend gegenüber, wie wir bei Berlin gesehen. Bei dem damaligen großen Uebergewicht der ländlichen Bevölkerung mußte dies ausschlaggebend für den Gang der ganzen Bewegung sein. Die Dinge sahen nicht überall so aus wie in Preußen, wo die Bauern reaktionär, und wie in Oesterreich, wo die Bauern apathisch und widerwillig der Demokratie gegenüberstanden, trotzdem sie dieser zum guten Theil die Befreiung von ihren Lasten verdankten.

Namentlich in den Mittel- und Kleinstaaten, wo die Bauern von einem tiefen Haß gegen die Bureaukratie, den Adel und deren Anhängsel erfüllt waren, zeigte sich das Landvolk noch manchmal sehr ungeberdig.

Die Arbeiter waren in allen ihren Hoffnungen getäuscht worden, nachdem sie dem Bürgerthum die Siege des März erkämpft und ihm die politische Gewalt verschafft hatten. Dafür waren sie mit einigen Almosen in Gestalt von Staats- und Kommunalarbeiten abgefertigt worden. Als sie im Gefühle dessen, was sie gethan, mit selbständigen Forderungen auftraten und einige schwache und ungeschickte Versuche machten, bessere Lebensbedingungen zu erreichen, trat ihnen das inzwischen „ordnungsliebend" gewordene Bürgerthum brutal entgegen und jagte sie mit Flintenschüssen dem ausbeutenden Kapitalismus wieder in die Arme. Dieser Klassenzwist entkräftete die Volksbewegung völlig, die schon durch die Trennung der Interessen von Stadt und Land geschwächt worden war. Die Arbeiter waren bei alledem in ihren vorgeschrittenen Elementen einsichtig genug, sich nicht von den trügerischen Versprechungen der Reaktionäre verlocken zu lassen, und sie waren so selbstlos, auch bei den noch folgenden Kämpfen für die bürgerlichen Freiheiten immer kräftig die Arme zu rühren, wenn sie auch wußten, daß innerhalb dieser Freiheiten ihre Klasse noch eine unterdrückte blieb. Sie sahen in diesen Freiheiten ein Stück allgemeinen Fortschritts. Die große Masse der Arbeiter blieb indessen gleichgültig und die papierenen Errungenschaften der Parlamente konnten sie am allerwenigsten in Bewegung setzen.

Die bürgerliche Demokratie war in Wien, wie wir gesehen, unfähig gewesen, die Zügel der Gewalt zu ergreifen, sie war im offenen Kampfe erlegen. In Berlin erlag sie mit dem „passiven Widerstand," nachdem sie sich von den Konstitutionellen hatte bewegen lassen, an dieses lächerliche Phantom zu glauben. Sie war nicht im Stande gewesen, eine demokratische Organisation über ganz Deutschland zu erstrecken, die lebens- und leistungsfähig gewesen wäre. Das „rothe Gespenst" lähmte sie; eine Menge der bürgerlichen Radikalen, die in den Märztagen nicht laut genug hatten toben können, geriethen in Schrecken, als sie das Proletariat erscheinen sahen und seine Forderungen vernahmen. Mit der Junischlacht ward auch dem demokratischen Philister bang um sein Eigenthum und er wurde ein Ordnungsmann. Die wenigen kräftigen Seelen in der Demokratie, die diesen Anwandlungen widerstanden, bildeten eine Minderheit, die nicht im Stande war, die Märzerrungenschaften aufrecht zu erhalten.

Nachdem diese Zerklüftungen eingetreten waren, mußte die reaktionäre Strömung über die demokratische Herr werden und sie verschlang den

größten Theil der bürgerlichen Errungenschaften. Das Bürgerthum ward unterdrückt, wie es die Arbeiter unterdrückt hatte.

Während die Volksbewegung solchergestalt in Deutschland abwärts ging, schien sie in Italien einen neuen Aufschwung nehmen zu wollen. Die republikanische Strömung ward, nachdem sie Rom erobert hatte, so stark, daß sie bald in andere Staaten hinübergriff. Am 7. Februar verließ der Großherzog von Toskana, den Republikanern weichend, das Land und floh nach Gaëta zum Papste, worauf in Florenz die Republik proklamirt und eine konstituirende Versammlung berufen wurde. In Rom wurde



Josef Mazzini.

am 9. Februar die weltliche Herrschaft des Papstes abgeschafft und die römische Republik beschlossen. Die neue Regierung begann ihre Thätigkeit mit der Einziehung der Kirchengüter, gegen die der Papst protestirte. Das römische Volk in seiner Masse stand in dieser Frage mehr zum Papste als zu den Republikanern.

Der Einheitsgedanke wurde von den Republikanern aufgenommen und sie mußten dabei bestrebt sein, auch Sardinien und die Lombardei zu ihrer Bewegung heranzuziehen. Ein Krieg mit Oesterreich war dann unvermeidlich. Da stand ihnen aber der Sardenkönig Karl Albert im Wege, der sich seit dem Waffenstillstand von Mailand ganz ruhig verhalten hatte. Mazzini, der sich durch seine Verschwörerkünste einen

gefürchteten Namen gemacht hatte, belebte die republikanische Propaganda in Sardinien dermaßen, daß Karl Albert zu der Ueberzeugung kam, er werde sein Land an die Republikaner verlieren, wenn er nicht den Kampf gegen Oesterreich wieder aufnehme. Die ersten Siege der Ungarn, die um diese Zeit erfolgten, bestärkten ihn in seinen Hoffnungen und er faßte einen raschen Entschluß. Am 12. März kündigte er den Waffenstillstand und alsbald begann abermals der Kampf zwischen dem alten Radetzky und dem Sardenkönig.

Das sardinische Heer, das der Pole Chrzanowsky befehligte, war über 80 000 Mann stark, aber etwas mangelhaft ausgerüstet. Rom und Toskana hatten zusammen 70 000 Mann Hülfstruppen zugesagt, denn die Republikaner erkannten gar wohl, daß die Niederlage des Sardenkönigs auch die ihrige sein werde; sie fügten sich dem Zwang der Umstände und verbanden sich mit dem ihnen verhaßten Mann. Aber die Ausrüstung der Truppen in Rom und Toskana ging zu langsam von Statten, als daß sie dem Sardenkönig hätten zum Vortheil gereichen können.

Radetzky, der ein Heer von 70 000 wohlgeschulten Soldaten hatte, griff seine Gegner mit aller Entschlossenheit an. Er rückte aus Mailand nach Pavia und erschien unerwartet in der Flanke der Piemontesen, die er dadurch in die Defensive zurückwarf, nachdem sie schon gegen Mailand vorgerückt waren. Der Kampf entschied sich rasch. Bei Mortara und Vigerano wurden am 21. März die Piemontesen geworfen und von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten. Am 23. März kam es zur Entscheidungsschlacht bei Novara, wo Karl Albert sein Heer vortheilhaft aufgestellt hatte. Der Sardenkönig blieb in dieser Schlacht anfangs im Vortheil, bis die verschiedenen Korps der Oesterreicher auf dem Schlachtfelde eintrafen und nach einem sehr blutigen und hartnäckigen Kampfe durch einen allgemeinen Sturmangriff das Zentrum der Piemontesen sprengten. Die Niederlage Karl Albert's war furchtbar und er setzte sich den feindlichen Kugeln aus, in seiner Verzweiflung den Tod suchend. In Novara, wohin das geschlagene Heer floh, fand in der Nacht eine grausenhafte Szene der Verwirrung statt; es wurde geplündert und wurden viele Gebäude angezündet. Noch am Abend dankte Karl Albert ab und übertrug die Krone von Sardinien und Piemont seinem Sohne Viktor Emanuel; er selbst starb nach ganz kurzer Zeit.

Radetzky bewilligte dem neuen König einen Waffenstillstand und einen leidlichen Frieden. Damit war Oesterreich den sardinischen Gegner los. In sechs Tagen war die sardinisch-piemontesische Macht unter dem unfähigen Karl Albert von dem 82jährigen Radetzky völlig niedergeworfen worden. Viktor Emanuel empfand keine Lust, die Rolle seines Vaters jetzt

wieder aufzunehmen; er that dies erst später. Vorläufig sicherte er sich seinen Thron, indem er sich von Oesterreich entwaffnen ließ.

Die Republikaner wurden von dem Schlage von Novara schwer getroffen. In Brescia und in Genua erhoben sie sich; Genua proklamirte nach Vertreibung der sardinischen Besatzung die Republik. Brescia wurde von dem österreichischen General Haynau mit Sturm genommen, der hier so grausam hauste, daß er sich den Namen: „die Hyäne von Brescia" erwarb. Genua ergab sich nach einigen Tagen an den sardinischen General Lamarmora. In Toskana wurde der Republikaner Guerazzi zum Diktator



Julius von Haynau.

ernannt, allein die reaktionäre Bürgerschaft von Florenz erhob sich und der vertriebene Großherzog ergriff wieder von Toskana Besitz, wo auch österreichische Truppen einrückten. Nunmehr besaßen die Republikaner nur noch Venedig, wo Manin Diktator war, und Rom, wo ein Triumvirat, in dem sich auch Mazzini befand, die diktatorische Gewalt übertragen erhielt. Gegen Venedig rückten die Oesterreicher, während der Papst einen Kreuzzug gegen das republikanische Rom zu Stande zu bringen suchte, was ihm, wie wir sehen werden, auch in gewissem Sinne gelang.

Der Kampf in Sizilien wurde in diesem Frühjahr ebenfalls beendigt. In der Schlacht von Catania am 2. April 1849 siegten die Neapolitaner über die von Mieroslawski befehligte Fremdenlegion, welche das sizilianische

Nationalparlament ausgerüstet hatte. Die ganze Insel ward darauf von den neapolitanischen Truppen besetzt.

Der Widerstand von Rom und Venedig war aussichtslos; dem Scheitern der Einheitsbewegung folgte die gänzliche Niederlage der Demokratie und des Republikanismus. Das italienische Volk, niedergedrückt, verkommen, verarmt und stumpf, sah in seiner Masse den Wenigen zu, die gegen die einbrechenden fremden Heere und gegen die einheimischen reaktionären Gewalten kämpften. Aber diese Wenigen kämpften mit viel Muth und Aufopferung und sie stehen vor der Geschichte auch größer da, als der piemontesische König, dem es später die Umstände so leicht gemacht haben, Italien gleich einer Artischocke blattweise zu verspeisen.

Der Staatsstreich in Oesterreich und die Ungarn.

Das Ziel der Camarilla in Olmütz ging dahin, den in seine Bestandtheile zerfallenen österreichischen Kaiserstaat wieder zu vereinigen, oder, wie es in der Erklärung des Kaisers Franz Josef hieß, „mit Gottes Beistand alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen.“ Um dies zu bewirken, mußten die Ungarn und Italiener niedergeworfen werden; in Oesterreich selbst aber stand der Reichstag noch im Wege, der in dem kleinen Städtchen Kremsier sein Dasein weiter schleppte. Es war eine rechte parlamentarische Idylle, die sich in dem abgelegenen Kremsier abspielte. Die Abgeordneten konnten da ihre Verfassung berathen, ohne von tobenden Volksmassen, vom Geheul der Sturmglocken und vom Gebrülle des Geschützes gestört zu werden. Sie nahmen ihre Aufgabe auch sehr ernst. Die Camarilla sah den Arbeiten zu mit jenem Schlangenblick, der das Opfer nicht mehr entrinnen läßt.

Der Reichstag hatte, von den Verhältnissen gedrängt, eine Schwenkung nach links gemacht. Man sah den Uebermuth der alten Aristokratie wieder erwachen und den Geist Metternich's in den höheren Regionen walten. Die ungestümen Reaktionäre forderten die Beseitigung des Reichstages, der ihnen, als eine Errungenschaft der Revolution, in der Seele verhaßt sein mußte. Der Reichstag vergaß, daß er sich auf den unsicheren Boden der Vereinbarung hatte drängen lassen und war doktrinär genug, zu glauben, er könne durch die papierenen Bestimmungen der von ihm zu schaffenden Verfassung dem Uebermuth der Reaktion Schranken ziehen. In dem Verfassungsentwurf, den der Reichstag ausgearbeitet hatte, hieß es im ersten Paragraphen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Diese Bestimmung ward von dem Minister Stadion bekämpft, der sich gegen „solche Prinzipien“ verwahrte. Ein Regierungsblatt schrieb um diese Zeit: „Für Oesterreich ist der Absolutismus die einzig passende Regierungsform.“ — Die Versammlung verwarf zwar die in Rede stehende Fassung des ersten Paragraphen, verwahrte sich aber auch gegen

das Auftreten des Ministeriums. Man konnte daraus leicht ersehen, wie wenig Aussicht war, zwischen diesem Reichstag und dieser Regierung eine Vereinbarung zu Stande zu bringen. Die Czechen, welche wohl einsahen, daß sie nach dem Siege der Reaktion als der Mohr, der seine Schuldigkeit gethan, würden gehen können, glaubten daher nichts Besseres thun zu sollen, als eine rasche Ausarbeitung der Verfassung zu bewerkstelligen. Die Regierung kam aber dem Reichstage zuvor. Als Windischgrätz in Ungarn seine anfänglichen Erfolge errungen hatte, entschloß man sich, mit der Sprengung des Reichstages nicht mehr lange zu warten. Die Nachricht, daß die Ungarn in der Schlacht von Kapolna zum Rückzug genöthigt worden, brachte den Plan zur Reife. Die Ironie der Geschichte war hier großartig. Man hatte den Reichstag nach Kremsier verlegt, damit er die Verfassung „in Freiheit" berathen könne; nun sprengte man ihn durch ein Bataillon Soldaten auseinander.

Am 6. März, als der Reichstag mit seiner Verfassungsarbeit beinahe fertig war, kam der Minister Stadion von Olmütz zurück und berief eine Versammlung von Männern der Rechten und des Zentrums ein, denen er den Entwurf einer zu oktroyirenden Verfassung vorlegte. Die Abgeordneten erhoben heftigen Protest gegen dieses Vorgehen und Stadion versprach, er wolle im Ministerium einen Aufschub der Sache beantragen. Aber als am nächsten Morgen die Abgeordneten sich nach ihrem Sitzungslokal begaben, fanden sie dasselbe mit Militär besetzt und an den Ecken eine Verordnung des Kaisers Franz Josef angeschlagen, durch welche der Reichstag für aufgelöst erklärt wurde.

Die Abgeordneten reisten von Kremsier ab, da sie natürlich gegen die Gewalt nichts ausrichten konnten. Der Staatsstreich ging so ohne besondere Aufregung vor sich. Den Völkern des österreichischen Kaiserstaates aber wurde die neue zu oktroyirende Verfassung alsbald zur Kenntniß gebracht.

Diese Verfassung, die nie in Wirksamkeit getreten ist, war ein Abklatsch aus allen möglichen ähnlichen Werken und faßte die Kronländer zu einem Einheitsstaate zusammen, so daß sie nur wie Verwaltungsbezirke nebeneinander lagen. Den Ungarn war damit ihre selbständige Verfassung genommen, wenn man dies auch zu bemänteln suchte; die Italiener waren von Italien losgerissen und die Deutschen von dem zu erwartenden Verfassungswerke losgetrennt. Ein Theil der Märzerrungenschaften, soweit sie der Camarilla paßten und ihr als Zugeständnisse an den Zeitgeist nothwendig erschienen, war in die Verfassung aufgenommen.*)

*) Die Gesetzgebung sollte ein Reichstag ausüben, der in ein aristokratisches Oberhaus und ein nach einem sehr hohen Zensus zu wählendes Unterhaus eingetheilt war.

Wenn diese Verfassung leben sollte, so mußte die ungarische, die ein besonderes ungarisches Ministerium garantirte, sterben und der Kampf zwischen der siegreichen Reaktion in Oesterreich und den Ungarn ging sonach auf Leben und Tod.

Kossuth und verschiedene andere Häupter der Magyaren waren schon am 6. November für Hoch- und Landesverräther erklärt worden. Das stand den österreichischen Gewalthabern, die den Reichstag mit Bayonnetten sprengten, sehr wohl an. Dem gegenüber suchten die ungarischen Staatsmänner einen Rechtsboden zu behaupten. Sie kämpften, so sagten sie, für eine rechtmäßige Verfassung, die ihnen Ferdinand I. gegeben. Die Camarilla habe aber Ferdinand gestürzt und wolle nun auch die ungarische Verfassung stürzen. Das staatsrechtliche Gezänk, das sich darüber erhob, dünkt uns unerheblich. Der Kampf zwischen Ungarn und Oesterreich hatte einen Charakter angenommen, bei dem der Rechtsboden zurücktrat und nur die Macht entschied. Daß das formelle Recht auf Seite der Ungarn war, ist nicht zu bestreiten. Sonderbar erscheint uns nur, daß man es mit diesem Rechtsboden bis zur Fetischanbeterei trieb*), denn was kümmerte sich ein Windischgrätz um einen Rechtsboden! Ohne die Kanonen der Ungarn war dieser Rechtsboden gänzlich werthlos.

Die Sache der Magyaren schien im Anfange des Jahres 1849 verloren. Am 5. Januar hatte Windischgrätz seinen Einzug in Pest gehalten. Er trat mit dem ganzen Uebermuthe des Siegers auf. Eine Deputation der Rechten des ungarischen Reichstages, mit Ludwig Batthyany an der Spitze, welche Friedensunterhandlungen versuchen wollte, wurde von ihm brutal abgewiesen. Der Besieger Wiens verordnete, daß Jeder, der mit der Waffe in der Hand gefangen würde, aufzuhängen sei; Städte, die sich feindselig zeigten, sollten der Erde gleich gemacht, widerspenstige Behörden mit ihrem Kopfe haftbar gemacht werden. Es war, als sei der Geist der rothmänteligen Kroaten in den Oberfeldherrn gefahren. Zahllose Verhaftungen wurden vorgenommen; die Kriegsgerichte und die Henker bekamen Arbeit.

Die Ungarn sammelten im Innern des Landes und im Süden ihre Streitkräfte und bewirkten bald einen Umschlag, der die Welt in Staunen setzte. Obschon ihre Generale unter sich uneinig waren**), so errangen sie doch fast überall glänzende Erfolge.

*) Sogar der brave General Aulich sagte, als er vor seinen Richtern und Henkern stand: „Ich habe auf Befehl meines Königs der ungarischen Konstitution Treue geschworen und mußte meinen Schwur bis zum letzten Athemzuge halten."

**) Görgey, der bald feine Ränke zu spinnen begonnen hatte, veranlaßte schon am 4. Januar eine Erklärung der oberen Donau-Armee, in der es hieß: „Das

In Siebenbürgen kam der Umschlag zuerst. Dort wütheten die Magyaren und Szekler einer- und die Sachsen andererseits in wildem Rassenhaß gegeneinander. Die Truppen des österreichischen Generals Puchner, der hier den Befehl führte, waren durch die Gebirge getrennt. Plötzlich erschien, von Kossuth gesandt, der aus Wien entkommene polnische General Bem, dem es gelang, die Magyaren und Szekler neu zu organisiren, und der auch gegenüber der herrschenden Rassenfeindschaft viel Geschicklichkeit und Takt bewies. Bem, der sich mit den polnischen Demokraten schwer verfeindet hatte, erklomm hier den Gipfel seines Feldherrnruhmes. Er war ein Meister des kleinen Krieges und seine Bewegungen waren von verblüffender Schnelligkeit. In wenigen Tagen hatte Bem dem unbeholfenen Puchner den größten Theil Siebenbürgens entrissen. Bei Hermannstadt zurückgeschlagen, ging Bem wieder zum Angriff über und trieb ein österreichisches Korps in wilder Flucht nach der Bukowina, so daß Puchner in seiner Angst die Russen zu Hülfe rief, die in der Walachei standen. Die Russen rückten, 6000 Mann stark, in Kronstadt und Hermannstadt ein. Anfangs mußte Bem der Uebermacht weichen; da er aber überall den Aufstand organisirt und das Volk bewaffnet hatte, konnte er bald wieder zum Angriff übergehen. Am 11. März nahm er Hermannstadt wieder und jagte dann Oesterreicher und Russen zusammen durch den Rothenthurmpaß in die Walachei hinüber. Ende März waren die Oesterreicher und Russen aus dem siebenbürgischen Gebiet vertrieben; nur die kleine Festung Karlsburg befand sich noch im Besitze der Oesterreicher.

Im inneren Ungarn waren die magyarischen Heerhaufen unter Görgey, Perczel und Guyon von der österreichischen Uebermacht anfangs überall geworfen worden. Der rasch zusammengeraffte und wenig disziplinirte Landsturm mußte sich erst an den Krieg gewöhnen. Die ungarische Streitmacht bestand aus einer sehr guten Kavallerie, meistens Husaren; auch die Artillerie erwies sich als vortrefflich. Die reguläre Infanterie war an Zahl schwach; um so zahlreicher waren die Honveds oder Volkswehr-

Armeekorps der oberen Donau bleibt treu seinem Schwure, für die Aufrechterhaltung der vom König Ferdinand I. sanktionirten Konstitution des Königreichs Ungarn gegen jeden äußeren Feind entschieden zu streiten." Dann wandte sich die Erklärung gegen die „republikanischen Umtriebe" und betonte, man werde irgend eine mit dem Feinde getroffene Uebereinkunft nur dann anerkennen, wenn dieselbe die beschworene Verfassung garantire. In dieser Erklärung, die viel Aufsehen machte, stellte sich die Militärpartei, als nehme sie die lächerliche Täuschung ernst, nach welcher die Ungarn für den „rechtmäßigen" König Ferdinand gegen den „Usurpator" Franz Josef kämpften, und als ob die Verfassung Ungarns weniger von Schwarzenberg und Windischgrätz, als von den Republikanern bedroht sei.

männer. Auch die Czikos, die Roßhirten der Steppe, hatte man militärisch organisirt. Die Hauptmacht der Ungarn hatte sich anfangs nur auf 58 000 Mann mit 122 Geschützen belaufen, während Windischgrätz über 110 000 Mann verfügte; indessen verstärkten sich die Ungarn rasch.

Schlick brach aus den Karpathen hervor, um nach Debreczin vorzudringen, wo sich der ungarische Reichstag und Landesvertheidigungs-Ausschuß befand. Er ward bei Tokay von dem talentvollen jungen Klapka, der dort die Magyaren gesammelt hatte, zurückgetrieben. Görgey zog mit seinem Korps von Waitzen heran, nachdem der verwegene Guyon den für



Georg Klapka.

uneinnehmbar geltenden Braniczkopaß erstürmt hatte; er vereinigte sich mit Klapka und beide zwangen Schlick zu einem fluchtartigen Rückzug von Kaschau nach Pest. Die Oesterreicher betrachteten diesen Rückzug über pfadlose, mit Eis und Schnee bedeckte Gebirge als ein strategisches Meisterstück. Ohne die Zwietracht unter den ungarischen Generalen wäre Schlick gefangen worden.

Den Oberbefehl über die magyarischen Streitkräfte hatte der bekannte polnische General Dembinski*) erhalten, der in der Schule des

*) Dembinski hatte im Jahr 1831 als polnischer Revolutionsgeneral durch seinen Rückzug aus Lithauen sich berühmt gemacht. Kurze Zeit war er an Stelle von Skrzynecki Diktator gewesen. Er wollte aus Ungarn, Serbien und Kroatien eine

ersten Napoleon herangebildet war und gleich anderen flüchtigen Polen der ungarischen Revolution seinen Degen angeboten hatte.

Görgey, der zuerst den Oberbefehl geführt, hatte durch seine schon erwähnte Erklärung „für Ferdinand I. und die Monarchie" das Mißtrauen Kossuth's wachgerufen. Als nun der Oberbefehl an Dembinski übertragen wurde, fühlte sich Görgey in seinem Ehrgeize gekränkt. Er schürte die Zwietracht zur hellen Flamme an, indem er Dembinski beschuldigte, daß dieser den General Schlick habe entwischen lassen.

Dembinski hatte um diese Zeit einen Vorstoß gegen Pest beschlossen, zu dem die einzelnen Korps der Ungarn, die in seiner Nähe standen, herangezogen werden sollten. Windischgrätz rückte gleichfalls vor und so trafen sich die beiden Hauptheere am 26. Februar, ohne daß Dembinski die gesammte Macht der Ungarn hatte zusammenziehen können. Es wurde auch behauptet, Görgey sei mit Absicht zu spät gekommen. Die Schlacht von Kapolna blieb am ersten Tage unentschieden; am zweiten Tage aber griff Schlick, der nach einem sehr anstrengenden Marsche angelangt war, energisch in die Schlacht ein, indem er Dembinski in die rechte Flanke fiel. Darauf brach Dembinski die Schlacht ab und zog sich zurück. Windischgrätz nahm sein Standquartier wieder in Pest.

Die Schlacht von Kapolna war keine eigentliche Niederlage für die Ungarn gewesen, denn sie hatte den Stand der Dinge nicht verändert. Aber Görgey benutzte sie zu einer Intrigue, die ihm durch die Abneigung der magyarischen Offiziere gegen den „Fremden" Dembinski erleichtert ward. Ein Theil der magyarischen Heerführer hatte beim Einrücken der Oesterreicher in Ungarn weit schlimmere Niederlagen erlitten, als Dembinski bei Kapolna; dennoch erklärten mit Görgey die Korpskommandanten, nicht mehr unter Dembinski dienen zu wollen. Dieser mußte vom Oberbefehl zurücktreten. Kossuth ernannte an seiner Stelle nicht Görgey, sondern Vetter. Dieser konzentrirte, nachdem der tapfere Serbe Damjanich die Oesterreicher bei Szolnok gänzlich geschlagen hatte, die ungarische Hauptarmee an der Theiß und schickte sich zum Vormarsch gegen Windischgrätz an, als er erkrankte und der Oberbefehl nun dennoch an Görgey überging.

Die nunmehr folgenden Operationen zeigten ebenso sehr die Kriegstüchtigkeit der ungarischen Generale, wie die Unfähigkeit des Windischgrätz, der bei Pest stehen geblieben war. Schlick, der mit seiner Abtheilung weit nach Osten vorgeschoben war, wurde von den Ungarn unter Pölt von Pöltenberg in die Flucht geschlagen; Jellachich ward zurückgetrieben und

---

Schutzmauer gegen Rußland bilden. Dies, sowie seine Heftigkeit verwickelte ihn in häufige Streitigkeiten. Kossuth bevorzugte ihn und dies trug nicht wenig zur Verstimmung Görgey's bei.

am 6. April ward Windischgrätz mit der Hauptarmee von den Ungarn, die 50 000 Mann mit 182 Geschützen zählten, bei Isaszeg angegriffen und dadurch, daß der ungarische General Aulich*) rechtzeitig eintraf, unter die Mauern von Pest zurückgeworfen, wobei sich der Besieger von Wien und Prag noch dadurch lächerlich machte, daß er in einem Bulletin seinen fluchtartigen Rückzug hinter der Redewendung verbarg, er habe sich „seinen Reserven genähert.“ .

Die Ungarn beschlossen nun, das von den Oesterreichern bedrängte Komorn zu entsetzen. Aulich blieb vor Pest stehen; Görgey aber marschirte



Heinrich Dembinski.

nordwestlich gegen Waitzen, das von dem kühnen Damjanich mit Sturm genommen wurde, wobei der österreichische Kommandant, General Götz, fiel. Bei Nagy Sarlo stieß Görgey auf den österreichischen General Wohlgemuth, der mit 20 000 Mann in starker Stellung sich befand. Die siegesmuthigen Ungarn stürzten über die Oesterreicher her und brachten ihnen nach zwölfstündiger blutiger Schlacht eine furchtbare Niederlage bei. Die Trümmer von Wohlgemuth's Heer flohen bis an die Waag zurück.

Jetzt mußte man sich in Wien entschließen, den unfähigen Windischgrätz abzusetzen, so schwer dies der Camarilla auch fallen mochte. An

*) Wegen seines schnellen Angriffs die „militärische Bulldogge“ genannt.

seine Stelle trat der General Welden; allein auch dieser, durch Görgey im Rücken bedroht, konnte nichts ausrichten und trat den Rückzug an, indem er den General Hentzi mit 4000 Mann in der Zitadelle von Ofen zurückließ. Jellachich, der seine Unfähigkeit ebenso der Welt bewiesen hatte, wie Windischgrätz, zog nach dem Süden ab. Dort war inzwischen der magyarische Freischaarenführer Moritz Perczel gleichfalls siegreich gewesen und hatte das belagerte Peterwardein entsetzt. Die südlichen Festungen legten Jellachich lahm.

Am 24. April zog Aulich im Triumph in Pest ein und am 22. April erschienen die Ungarn vor Komorn, das sie entsetzten und von wo sie den Rest der österreichischen Armee, der hier stand, an die Grenze zurücktrieben. Das treue Komorn empfing die Ungarn mit unbegrenztem Jubel.*)

Der Stolz und die Hoffnungen der heißblütigen Magyaren wuchsen unbegrenzt nach solchen glänzenden Waffenthaten. In der That hat die Kriegsgeschichte an solchen Leistungen nur wenige aufzuweisen. „Nach einem Rückzuge von mehreren Wochen," sagt ein berühmter Ungar**), „und in verschiedenen Richtungen, einem Rückzuge, der selbst das disziplinirteste Heer entmuthigen und demoralisiren konnte, wendet sich das ungarische Heer plötzlich gegen den verfolgenden Feind, schlägt ihn in allen Treffen und treibt ihn auf demselben Wege nun siegreich vor sich her, den es selbst vor Kurzem retirirend zurückgelegt."

Kossuth faßte, als er die Niederlage der Oesterreicher sah, einen raschen Entschluß. Er, der zum Landesverräther erklärte Staatsmann dieser Revolution, begriff, daß es sich hier um einen Vernichtungskampf handelte. Die abgeschmackte Maske der Loyalität gegen den „konstitutionellen" Kaiser Ferdinand, welche die Ungarn bisher getragen, erschien nunmehr überflüssig, umsomehr, als die österreichische Verfassung vom 4. März die Aufhebung der Selbständigkeit Ungarns bedeutete. Ohnehin war das Anklammern an den abgedankten Ferdinand ganz zwecklos. Die radikale Strömung im ungarischen Reichstage hatte den Begriff des „gesetzlichen Widerstandes" immer für eine Lächerlichkeit gehalten und zwar mit Recht. Wir sahen, wie das Trugbild des „gesetzlichen Widerstandes" die

*) Moritz Hartmann hat Komorn, das er „Kommorn" schreibt, also besungen:

„Kommorn = komm' mor'n = komm' morgen!
Wißt ihr, woher den Namen hat
Kommorn, die gute treue Stadt?
Sie ruft entgegen jedem Feind,
Der sie schon heut zu haben meint:
Komm morgen! Komm morgen!"

**) General Klapka in seinen Memoiren.

Ungarn lähmte, als es galt, das von Windischgrätz belagerte Wien zu entsetzen. Jetzt endlich brach man die Loyalitäts-Komödie ab. Kossuth's flammende Beredtsamkeit riß den Reichstag fort und am 14. April beschloß derselbe zu Debreczin, daß Ungarn mit den dazu gehörigen Gebietstheilen ein eigenes, unabhängiges Reich bilden solle, von dessen Herrschaft das Haus Lothringen auf ewige Zeiten ausgeschlossen sei. Bis die künftige Regierungsform festgestellt sei, sollte ein Gouverneur mit einem Ministerium das Land verwalten. Zu diesem Gouverneur ward selbstverständlich Ludwig Kossuth erwählt und er setzte sogleich sein Ministerium ein, mit Szemere (Präsident und Inneres), Graf Casimir Batthyany (Aeußeres), Csanyi (Verkehr), Duschek (Finanzen), Görgey (Krieg), Bischof Horvath (Kultus) und Bucovics (Justiz).

Sonach war Ungarn provisorisch zu einer Republik umgestaltet, wobei übrigens feststeht, daß die Ungarn, wenn sie die definitive Feststellung der Regierung selbst hätten übernehmen können, zur konstitutionellen Monarchie zurückgekehrt wären. Kossuth war kein Republikaner.

Es ist lächerlich, wenn die reaktionären Geschichtschreiber behaupten, dieser Beschluß hätte in Ungarn das Rechtsgefühl verwirrt und dem Lande die Sympathien entzogen, die ihm das Ausland entgegen gebracht hätte. Das „Rechtsgefühl" war bei jedem denkenden Menschen dadurch verletzt, daß Oesterreich den Ungarn die Freiheiten und die Verfassung, die im März rechtsgültig verliehen waren, mit Waffengewalt wieder entreißen wollte. Der „Rechtsboden," auf dem die Ungarn vor dem 14. April standen, hätte die Opfer, welche die österreichische Rache später erforderte, nicht vor dem Henker retten können. Das Ausland hätte die Ungarn mit und ohne „Rechtsboden" im Stiche gelassen.

Die Ungarn hielten aber in diesem Moment die Entscheidung über das Schicksal ihres eigenen Landes in der Hand und konnten sogar, wenn sie wollten, der schon fast aussichtslos gewordenen Neugestaltung Deutschlands einen entscheidenden Aufschwung geben. Die ganze Welt hätte dies selbstverständlich gefunden und erwartete von einem Staatsmann wie Kossuth und von einem General wie Görgey die schnelle und geschickte Ausnützung der durch die Siege der Ungarn geschaffenen, über alle Maßen günstigen Situation.

Die Camarilla von Olmütz war in starrer Bestürzung, als sie ihre unfähigen Generale, einen nach dem anderen, geschlagen aus Ungarn flüchten sah. Die Ungarn zu besiegen, konnte sie nicht hoffen, denn die in Italien stehenden Streitkräfte konnte sie nicht heranziehen, weil ohne Zweifel mit dem Abzug Radetzky's die republikanische Erhebung aufs Neue um sich gegriffen hätte. Zwar hätte sich der Hof sehr wohl mit der von

Görgey geleiteten Militärpartei verständigen können, wenn er nur auf den Einheitsstaat verzichtet hätte. Allein dies geschah nicht und die Camarilla griff zu dem unerhörten Mittel, die barbarischen Horden der Russen ins Land zu rufen, nur weil die Ungarn ihre durchaus zu Recht bestehende Verfassung nicht aufgeben wollten. Die heilige Allianz, die auf den Trümmern der Märzfreiheiten wieder aufgelebt war, that noch einmal ihre Wirkung. Rußland, dessen Truppen, wie wir gesehen haben, schon in Siebenbürgen eingegriffen hatten, sagte der Camarilla, als diese sich in seine Arme warf, seine Hülfe zu. Am 2. Mai schon ward der Vertrag unterzeichnet, wonach Rußland eine Armee in Ungarn einrücken lassen sollte, und am 21. Mai traf der junge Kaiser mit dem Zaren Nikolaus in Warschau zusammen, wo sie den Feldzugsplan verabredeten. Der Zar Nikolaus hatte schon am 27. April seinen Gesandten im Auslande ein Zirkular zukommen lassen, in welchem er andeutete, er trete vertheidigend, nicht angreifend auf, wenn er Oesterreich zu Hülfe käme und damit auch die Gefahr des Umsturzes von den russischen Grenzen entferne. Rußland trat mit allem Hochmuth auf und die Camarilla mußte eine ganze Stufenleiter von Demüthigungen durchlaufen, bis der Vertrag zu Stande kam.*)

Die gemeinschaftlichen Operationen der Vorderrussen und der Hinterrussen sollten erst im Juni beginnen, denn die Russen brauchten den ganzen Mai, um sich zu rüsten. Bis dahin konnten die Ungarn noch Alles gewinnen. Vor ihnen lag ungedeckt und mit einigen kräftigen Märschen zu erreichen die gewaltige Stadt Wien, das Herz Oesterreichs, das die Ungarn, von neuer revolutionärer Gluth geschwellt, empfangen hätte. Hier hatten die Ungarn gewonnenes Spiel. „Wien," sagt Klapka, „war in politischer und strategischer Hinsicht der wichtigste Punkt, dessen Besitz uns die wichtigsten Hülfsquellen zur Fortsetzung des heiligen Kampfes eröffnet, unseren Unterdrückern die Lebensader abgeschnitten hätte." Eine Besetzung von Wien mußte in der That von unabsehbaren Folgen sein. Die sinkende deutsche Volksbewegung mußte dadurch wieder belebt werden; die Rückwirkung auf Italien konnte nicht ausbleiben und die Camarilla hätte die Russen gegen Wien schicken müssen —

*) Ein offiziöser Artikel in den österreichischen Blättern zu Anfang Mai besagte, der ungarische Aufstand habe „den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei" angenommen, so daß alle Staaten ein Interesse hätten, die österreichische Regierung in dem Kampfe gegen die in Ungarn vor sich gehende „Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung" zu unterstützen. Man sieht, daß die Sprache der Reaktionäre immer gleich frech und verlogen ist, selbst wenn die Kosaken die „gesellschaftliche Ordnung" wieder herstellen.

Alles von unabsehbaren Folgen und ein Kampf, bei dem durchaus nicht abzusehen war, wer Sieger bleiben würde. Aber die Chancen standen



Kossuth ruft das Volk auf.

dabei für die Ungarn besser als für den Olmützer Hof, wenn erst das große Wien aus dem Banne des schwarz-gelben Schergenthums erlöst war.

Bedenken konnte es kaum geben gegenüber einer Regierung, welche die Kosaken ins Land rief, um den Sturz einer rechtmäßigen Verfassung durchzusetzen. Görgey, in dessen Hand die Entscheidung in diesem wichtigen Moment lag, hatte dennoch seine Bedenken. Dieser Mann war vor allen Dingen ehrgeizig und herrschsüchtig; mit Idealen trug er sich nicht. Auch war an ihm, der im Feuer der Schlacht des raschesten und kühnsten Entschlusses fähig war, nach erfochtenem Siege ein gewisses Zaudern und eine träge Unentschlossenheit zu bemerken. Der Konflikt zwischen Kossuth und Görgey war unausbleiblich und er reifte in diesen Tagen heran; der ehrgeizige Soldat wollte von dem bürgerlichen Gouverneur keine Vorschriften annehmen. Auch haßte er Alles, was demokratisch oder republikanisch war, oder nur schien. Vielleicht erschien ihm das Unternehmen, auf Wien zu rücken, zu groß; vielleicht dachte er seinen Namen mit größerem Glanze in den Augen des nationalen Magyarenthums zu schmücken, wenn er Ofen, die alte Landeshauptstadt, zurückeroberte. Militärischen Werth hatte diese Eroberung gar keinen; ein kleines Zernirungskorps konnte die Besatzung unschädlich machen. Aber Görgey zog, nachdem er einige Tage unthätig in Komorn gelegen, am 29. April gegen Ofen ab und ließ die Oesterreicher durch ein Korps unter Pöltenberg nur beobachten. Der entscheidende und so günstige Augenblick war auf immer versäumt; die Oesterreicher konnten wieder Kräfte sammeln und Wien blieb unterdrückt.

Kossuth entfaltete in diesen Tagen eine fast übermenschliche Thätigkeit. Nicht nur, daß er die ganzen Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte zu leiten hatte, die die außerordentlichsten Anstrengungen erforderten; nicht nur, daß er mit den Generalen strategische Pläne berieth und die Rüstungen selbst betrieb; er reiste auch im Lande umher und rief das Volk zu den Waffen.*) Seine Gesundheit drohte zu erliegen, aber er hielt aus. Seine gewaltige und glühende Beredtsamkeit trieb Tausende unter die Waffen und erfüllte sie mit todesmuthiger Begeisterung.

*) Moritz Hartmann feiert ihn in der Reimchronik:

„So hat nicht Capistran,
Nicht Irlands Dan gesprochen,
Wie jener blasse Mann,
Von Kerkerpein gebrochen.
— — — — — — — — — — — —
Er ist es, der Prophet,
Von dem in heil'ger Kunde
Geschrieben ist: Es geht
Ein Schwert aus seinem Munde!“

Görgey war von Kossuth in das Kriegsministerium berufen worden. So hoffte Kossuth den Eigenmächtigkeiten des Generals zu begegnen und ihn unter den Einfluß der gesammten Regierung zu bringen. Aber Görgey wußte sich bei der Armee zu halten, indem er Stellvertreter für sich einsetzte; er wußte immer so viel Macht in seinen Händen zu vereinigen, um die Befehle und Pläne der Regierung zu durchkreuzen. Die Regierung erließ am 20. Mai eine scharfe Instruktion an die Generale, die immer auf eigene Faust operirten — was beiläufig auch Bem und Perczel thaten — aber sie richtete damit nichts aus und rief nur Verstimmung hervor. Der Gegensatz zwischen Kossuth und Görgey wuchs drohend aus; Görgey's Ruhm blendete Offiziere, Soldaten und Volk, und die wenigen Offiziere, die der Regierung aufrichtig ergeben waren, konnten gegen seinen Einfluß nicht aufkommen.*)

Kossuth war in höchster Aufregung über den Marsch Görgey's auf Ofen. „Ich fürchte," sprach er zu Klapka, „wir werden vor Ofen nur die kostbare Zeit verlieren und darüber zu Grunde gehen." — So ist es in der That gekommen.

Vielfach wird angenommen, mit dem Rückmarsche von Komorn auf Pest und dem Verzicht auf den Einfall nach Oesterreich habe der Verrath Görgey's begonnen. Inwieweit Görgey's Handlungsweise sich als Verrath bezeichnen läßt, werden wir später zu untersuchen haben. Vorläufig sei nur betont, daß Görgey's Verhalten gleich von vornherein im unvortheilhaftesten Lichte erscheint. Wenn die Unabhängigkeitserklärung und die Kossuth'sche Regierung ihm so zuwider waren, wie aus seinem Benehmen hervorgeht, wenn er wirklich nur für den „konstitutionellen König" Ferdinand kämpfen wollte, so blieben ihm zwei Wege, um die Integrität seines Verhaltens zu wahren: Entweder er legte den Befehl nieder und zog sich zurück, oder er ordnete sich der Regierung unter aus Liebe zu seinem Volke und in der Erkenntniß, daß Ungarn nur durch einmüthiges Zusammenwirken gerettet werden konnte und daß der Zwiespalt sein Untergang war. Aber dieser Mann besaß bei seinen großen Fähigkeiten eine sehr kleine Seele; er war nicht von Begeisterung, sondern nur von Ehrgeiz erfüllt, und so kam es, daß an Stelle des einmüthigen Zusammenwirkens von Regierung und Heer ein Gewirr von Intriguen trat. Daß es so kam, hat ohne Zweifel Görgey in erster Linie verschuldet.

*) Es waren meistens Republikaner, wie der junge feurige Klapka, der tapfere Nagy Sandor und der entschlossene Aulich.

Die Reaktion in Preußen.

„Wir haben es nie verheimlicht," schrieb die „Neue Rheinische Zeitung," deren Chefredakteur Karl Marx war, am 10. Dezember 1848, „unser Boden ist nicht der Rechtsboden, er ist der revolutionäre Boden. Die Regierung hat nun ihrerseits die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben. Sie hat sich auf den revolutionären Boden gestellt, denn auch der kontrerevolutionäre Boden ist revolutionär!"

Das sozialistische Organ bewies in der Steuerverweigerungsfrage von allen Blättern die meiste Energie; es brachte im November und Dezember täglich an der Spitze die Aufforderung: „Keine Steuern mehr!" und wies in glänzenden Artikeln nach, daß, nach den Begriffen der konstitutionellen und liberalen Bourgeoisie selber, die Steuerverweigerung „gesetzlich," die Steuereintreibung „ungesetzlich" sei. Aber während das rheinische Blatt den Nagel auf den Kopf traf, indem es die Frage der Steuerverweigerung als eine Machtfrage auffaßte, sahen die Urheber des Steuerverweigerungsbeschlusses, die Schulze-Delitzsch und Genossen, mit ihrem famosen „passiven Widerstand" ruhig zu, wie die Dinge sich entwickelten. Das Volk konnte selbstverständlich bei der Steuerverweigerung den „passiven Widerstand" nicht durchführen; es gab Tumulte, Prügeleien mit den Exekutoren und schließlich Einschreiten des Militärs an vielen Orten, so daß die Pfändungen unter den Bayonnetten vor sich gingen. Es gab eine Menge von gerichtlichen Verfolgungen und die Steuerverweigerungsprozesse lieferten ein trübes Bild von dem Umsichgreifen des politischen Fanatismus in der Bureaukratie. Die preußische Justiz gewann durch diese Prozesse um so weniger an Ansehen, als es sehr schwierig war, den Begriff der Steuerverweigerung mit einleuchtenden Gründen zum Verbrechen zu stempeln. Das Vereinbarungsprinzip, auf dessen Boden sich die aufgelöste Versammlung bekanntlich gestellt hatte, brachte eine große Verwirrung in die juristische Auffassung von der Steuerverweigerung und es wurden widersprechende Urtheile gefällt.*)

*) Schulze-Delitzsch und 41 andere Abgeordnete der Vereinbarungsversammlung, darunter auch Lothar Bucher, wurden wegen der Steuerverweigerungs-

Während Berlin unter dem Belagerungszustand seufzte und dort Ausweisungen und Verhaftungen an der Tagesordnung waren, oktroyirte die Regierung eine neue Gerichtsverfassung und schickte sich an, die Probe auf die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember zu machen, von welcher der König an Bunsen geschrieben hatte, daß sie ihm „ein wenig Bauchweh" verursache. In der That fielen die Wahlen zur zweiten Kammer so aus, daß der Hof wenig Freude daran hatte. Die Demokratie war so stark darin vertreten, daß sie den Konstitutionellen und den Aristokraten gewachsen erschien und die Entscheidungen immer nur mit kleinen Majoritäten bald nach dieser, bald nach jener Seite fielen.

Die Volksvertretung war nunmehr unter dem Belagerungszustand und unter der Wrangel'schen Säbelherrschaft in Wahrheit unfrei; allein während die erste Kammer, gemäß ihrer Zusammensetzung, der Regierung unbedingt Heerfolge leistete, erhob sich die zweite Kammer zu entschiedenem Widerstande. Die vom König oktroyirte Verfassung wurde zwar von beiden Kammern anerkannt, allein auf die Revision der Verfassung, worauf die Regierung den größten Werth legte, ließ sich die zweite Kammer vorläufig nicht ein. Gerade diese Revision aber bildete den Kern der Manteuffel'schen inneren Politik, denn mit ihr hoffte er von den Märzerrungenschaften auszumerzen, was ihm unbequem war. Konflikte zwischen der zweiten Kammer und der Regierung konnten sonach nicht ausbleiben; ihr Ausbruch wurde noch beschleunigt durch die deutsche Frage, in der sich die zweite Kammer entschieden auf den Standpunkt des Frankfurter Parlaments stellte. Trotzdem sich der König gegen das Frankfurter Verfassungswerk ablehnend verhielt, bewirkte namentlich Rodbertus am 21. April einen Beschluß, durch den die zweite Kammer mit 175 gegen 159 Stimmen die Frankfurter Verfassung als rechtsgültig anerkannte und erklärte, daß eine Abänderung dieser Verfassung nur auf dem von ihr selbst vorgesehenen Wege zulässig sei. Bei dieser Gelegenheit tobte das preußische Junkerthum wieder gegen den vom König in den Märztagen proklamirten Grundsatz, daß Preußen in Deutschland aufzugehen habe, und Herr von Kleist-Retzow

proklamationen, die sie ihren Wählern zugesandt, am 8. April 1850 vor den Berliner Geschworenen prozessirt. Es wurden Alle freigesprochen, mit Ausnahme von Lothar Bucher, der wegen Aufforderung zum Aufruhr mit 15 Monaten Festungshaft und mit Entziehung der Nationalkokarde bestraft wurde. Er entfloh nach England, von wo er nach der Amnestie zurückkam. Nach einem kurzen sozialistischen Intermezzo, während dessen er zu Lassalle in freundschaftlichen Beziehungen stand, hielt er es für das Beste, „sich um die Regierung zu ralliiren." Lassalle war ihm nicht weit genug gegangen; Bucher hatte ihm vorgehalten, mit seinen Produktivassoziationen würde er nur „neue Bourgeois" schaffen; nun ward Bucher der Verfasser von Bismarck's Staatsschriften.

rief aus, ehe er sich bewegen lasse, für die Frankfurter Verfassung zu stimmen, lasse er sich zerreißen. Auch Herr von Bismarck-Schönhausen sprach gegen die Frankfurter Verfassung; seine Rede schien, wie wir in einem Bericht finden, aus Leitartikeln der Kreuzzeitung zusammengestoppelt. Herr von Manteuffel meinte, Deutschland sei seit sechs Jahrhunderten im Zerfall, während Preußen seit vier Jahrhunderten beständig wachse. Das Junkerthum altpreußischen Schlages machte damals aus seiner Abneigung gegen ein ganzes Deutschland, wie man sieht, gar kein Hehl; heute sieht es sich genöthigt, die „nationale" Pose anzunehmen.

Die Kammer suchte hierauf den über Berlin verhängten Belagerungszustand zu beseitigen und beschloß, daß der Belagerungszustand ohne ihre Zustimmung ungesetzlich sei, daß sie diese Zustimmung aber auch nicht geben könne und daß das Ministerium aufzufordern sei, den Belagerungszustand aufzuheben. Herr Lothar Bucher war Referent der in dieser Sache niedergesetzten Kommission, Herr von Unruh hatte die Anträge gestellt. Herr von Manteuffel trug einen Schauerbericht vor, schilderte die „Majorsnacht," wo so fürchterliche Reden gehalten worden seien, daß Einem die Haare zu Berge gestanden, verlas einen Aufruf, mit „Wullenweber" gezeichnet, in dem auf die Köpfe der Fürsten Preise gesetzt waren, sprach von den „sieben bleiernen Handgranaten," die man bei dem Schuhmacher Hetzel gefunden und die ihm der Abgeordnete d'Ester zur Begründung der sozialdemokratischen Republik überlassen, und beschwor das rothe Gespenst herauf, um den Belagerungszustand zu rechtfertigen. Die Kammer nahm dies aus erfindungsreichen Polizeiberichten zusammengetragene Schauergemälde mit dem verdienten Hohn auf und beschloß, wie Unruh*) beantragt hatte.

Das Ministerium der rettenden That wußte sich nicht anders zu helfen, als am 27. April zur Auflösung der zweiten Kammer zu schreiten, während die erste vertagt wurde. Die Auflösung wurde einfach damit begründet, daß die Kammer ihre Befugnisse überschritten habe. Die Auflösung der zweiten Kammer in Hannover, die am 26. April erfolgte, wurde ähnlich begründet.

---

*) Unruh und Bucher, die hier so energisch gegen den großen Belagerungszustand auftraten, haben den „kleinen" Belagerungszustand gegen die Sozialdemokratie ganz angemessen gefunden. — Wie Bucher damals auftrat, giebt eine kleine konservative Broschüre, bei Decker in Berlin 1848 erschienen, an. Dort heißt es von ihm: „Er erklärte die Verjährung für eine willkürliche Institution und den Satz von der Heiligkeit des Eigenthums für einen Anachronismus." — Siehe „Das schwarze Buch der aufgelösten preußischen Nationalversammlung, ein Warnungsspiegel für preußische Wahlmänner."

Die Auflösung der zweiten Kammer rief in Berlin eine ungeheure Aufregung hervor. Das Volk strömte auf dem Dönhoffsplatze zusammen und es kam zu Zusammenstößen mit dem Militär. Man versuchte, Barrikaden aufzuwerfen. Das Militär feuerte und einige Leute aus dem Volke, darunter eine Frau, blieben todt. Die Volksmasse wurde auseinander gesprengt. So war zu dem parlamentarischen Streich, den das Ministerium gegen die Demokratie geführt, die Waffengewalt gekommen und der aufrecht erhaltene Belagerungszustand wurde durch das vergossene Blut deutlich genug illustrirt.

„Die Demokraten,“ heißt es in einem sehr radikalen Blatte*), „freuen sich, als hätten sie einen Sieg erfochten; jetzt werden Manchen, denken sie, die Augen aufgehen.“ In der That, die Augen gingen dem Volke auf; es sah, daß die Reaktion allmächtig geworden und die Demokratie besiegt war.

Während die preußische Regierung gegenüber der Demokratie mit dem „passiven Widerstand“ eine eiserne Faust zeigte und bei jedem geringfügigen Volksauflauf die Wrangel'sche „Schneidigkeit“ herauskehrte, duckte sie sich vor einer anderen Macht, mit der sie freilich nicht so umspringen konnte, wie mit der unbewaffneten Demokratie. Wir meinen das russische Zarenthum. Die russische Diplomatie hatte, wie immer, ihre Hände in den Angelegenheiten von ganz Europa stecken und das autokratische Selbstbewußtsein des Zaren wurde nicht wenig gestärkt durch das Bewußtsein, daß Rußland den letzten Hort für die Reaktion in Deutschland und Oesterreich bilden werde, wenn diese mit der Demokratie nicht fertig werden könnten. Die Olmützer Camarilla, mit der Erzherzogin Sophie an der Spitze, hatte sich hülfeflehend dem Zaren zu Füßen geworfen, und wie er Oesterreich demüthigte, indem er die siegreichen Ungarn niederwerfen half, demüthigte er Preußen, indem er sich hinter Dänemark steckte und dies in Schleswig-Holstein zum Angriff gegen Preußen trieb, während der Widerstand Preußens von der russischen Diplomatie gelähmt wurde. Es sah beinahe so aus, wie zur Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, als Franzosen und Russen die deutsche Landkarte auseinander schnitten und die Länderfetzen wie bunte Lappen beliebig wieder zusammenflickten. Weder das Ministerium Schwarzenberg noch das Ministerium Manteuffel hat einen Grund, auf seine Rolle gegenüber dem Auslande stolz zu sein, so brutal sich auch beide gegenüber der Demokratie benommen haben.

Rußland und England hatten das gleiche Interesse daran, Deutschland als neue Großmacht nicht aufkommen zu lassen. Obschon sie einsahen,

*) „Neue deutsche Zeitung“ von Dr. O. Lüning in Darmstadt.

daß der Versuch, diese neue Großmacht zu schaffen, als gescheitert betrachtet werden konnte, obschon die kraftlose Zentralgewalt zu Frankfurt nur die Karrikatur einer Großmacht vorstellte, so unternahmen Rußland und England es doch, Preußen noch besonders zu demüthigen, weil sie in Preußen Deutschland selbst zu demüthigen glaubten. Das „patriotische" Deutschthum nahm dies auch so auf, obschon, wie wir gesehen, das preußische Junkerthum und mit ihm die nunmehr herrschende Strömung in Preußen gar nicht sonderlich deutsch fühlte und dies auch durchaus nicht zu verbergen für nothwendig fand.

Preußen hätte sich gerne den Schlingen entzogen, die ihm von Rußland und England gelegt wurden. Allein in den diplomatischen Künsten sind Russen und Engländer bekanntlich immer Meister gewesen und so verstanden sie es auch bei dieser Gelegenheit, Preußen von Demüthigung zu Demüthigung zu treiben. Wenn jemals den preußischen Staatsmännern der „Großmachtskitzel" gründlich ausgetrieben worden ist, dann ist es bei dieser Gelegenheit geschehen, allerdings auf Kosten des deutschen Namens.

Preußen hätte den Waffenstillstand gerne zu einem dauernden Frieden gemacht und in diesem Sinne ließ es in London die Unterhandlungen führen. Rußland versprach Dänemark seine Unterstützung und England gab ihm 300 000 Pfund Sterling.*) Daraufhin geberdete sich Dänemark recht hochfahrend und es wurde Preußen angekündigt, man könne den Waffenstillstand nur mit monatlicher Kündigung verlängern. Rußland unterstützte Dänemark durch eine energische, nach Berlin gerichtete Note. Die Dänen spannten darauf ihre Forderungen höher; sie verlangten Räumung der Insel Alsen und Besetzung derselben durch dänische Truppen, dann sogar die Besetzung Rendsburgs durch die Schweden und die Mithülfe Preußens zur Bezwingung der schleswig-holsteinischen Erhebung.

Schritt für Schritt wich Preußen vor Dänemark zurück, bis endlich die Dänen alles Maß überschritten und Preußen die Unterhandlungen aufgab. Man ließ den Waffenstillstand nunmehr ablaufen und hatte sich vor dem kleinen Dänemark ganz zwecklos alle möglichen Blößen gegeben.

Mit dem Waffenstillstand ging auch das Mandat der gemeinsamen Regierung zu Ende, das nur für dessen Dauer lautete. Die deutsche Zentralgewalt zu Frankfurt setzte darauf eine Statthalterschaft, aus Beseler, von Reventlow und von Harbou bestehend, ein, welche die Regierung im Namen der Zentralgewalt zu übernehmen hatte. Die

*) Wir folgen den Angaben des Grafen Adalbert von Baudissin in seiner Geschichte des schleswig-holsteinischen Krieges.

schleswig-holsteinische Landesversammlung gab ihre Zustimmung zur Einsetzung der Statthalterschaft.

Der Waffenstillstand war auf den 3. April gekündigt und die Dänen griffen nun sofort an. Ihre Streitkräfte beliefen sich auf 30 000 Mann. In den Herzogthümern stand zunächst die schleswig-holsteinische Armee unter dem General von Bonin, 20 000 Mann stark, bei der sich viele preußische Offiziere befanden; dazu kamen 45 000 Mann Reichstruppen aus vielen deutschen Vaterländern, unter dem Befehl des preußischen Generals von Prittwitz.*)

Die Dänen, sich auf ihre mächtigen Verbündeten verlassend, von denen sie wußten, daß sie die Operationen der Reichstruppen erforderlichen Falls wieder lähmen würden, schienen die Uebermacht ihrer Gegner nicht zu fürchten; übrigens kam ihrer Flotte der Umstand zu Statten, daß die See wieder von Eis frei war. Sie brachen am 3. April von zwei Seiten in Schleswig ein, fanden indessen seitens der schleswig-holsteinischen Armee einen sehr starken Widerstand und beschlossen, einen unerwarteten Angriff mit einer Flotte im Rücken der Schleswig-Holsteiner und der Reichstruppen zu machen, um diese zum Rückzuge zu zwingen.

Am 5. April griff der dänische Kapitän Paluban mit seinem Geschwader, das aus dem mächtigen Linienschiff „Christian VIII.," der Fregatte „Gefion" und zwei Dampfern bestand, Eckernförde an. Er lief mit günstigem Winde — „Christian VIII." und „Gefion" waren Segelschiffe — in die Bucht von Eckernförde ein. Der Platz war durch zwei Schanzen vertheidigt, in denen sich zwei Strandbatterien befanden, die eine vom Hauptmann Jungmann, die andere vom Unteroffizier Preußer befehligt. Die dänischen Schiffe begannen sogleich ein furchtbares Bombardement, das von den Strandbatterien kräftig erwidert wurde. Eine Nassauer Batterie kam noch herbei und griff in den Kampf ein, dessen Ausgang wahrscheinlich zu Ungunsten der nur durch zwei Bataillone gedeckten Strandbatterien sich gewendet hätte, wenn nicht der widrig gewordene Wind die unbehülflichen Segelschiffe lahm gelegt hätte. Er trieb sie weiter in die Bucht hinein; „Christian VIII." gerieth auf Untiefen und die „Gefion" ward von dem Feuer der Strandbatterien schrecklich zugerichtet. Die Dampfer machten vergebliche Versuche, die beiden Kolosse aus dem Bereich der Strandbatterien zu bugsiren. Das Linienschiff

*) Derselbe, der in Berlin am 18. März 1848 den Angriff auf die Barrikaden geleitet hatte. Nun war er vom Reichsminister Heinrich von Gagern eidlich verpflichtet worden, die feindliche Armee „mit einem Schlage, wenn auch mit dem Bayonnet an den Rippen," zu vernichten. Siehe Baudissin, Seite 350.

gerieth in Brand und schließlich mußte Paludan die Segel streichen. Die beiden Dampfer kamen davon. Die Besatzung des „Christian VIII." und der „Gefion" gab sich kriegsgefangen. Das brennende Linienschiff lag voll von Verwundeten; die Schleswig-Holsteiner machten sich auf, dieselben zu retten. Aber kaum waren sie am Schiffe angelangt, so flog dasselbe mit gewaltigem Krachen in die Luft und mit ihm der tapfere Unteroffizier Preußer, der die eine Strandbatterie kommandirt hatte.

Die Schleswig-Holsteiner hatten den glücklichen Ausgang dieses Kampfes zum größten Theil den Elementen zu verdanken. Die Tapferkeit der Vertheidiger der Bucht von Eckernförde wird immer anerkannt werden. Aber das Triumphgeschrei, das sich in Deutschland an den Vorfall knüpfte, war dennoch übertrieben und das Philisterthum redete und sang und trank sich wieder in jene Begeisterung hinein, die ihm nur beim „meerumschlungenen" Schleswig-Holstein möglich war, weil dort gerade nicht für jene Freiheiten gekämpft wurde, die das ursprüngliche Ziel der deutschen Bewegung waren.

Der General Prittwitz rückte langsam vor und schien keine Lust zu haben, den Dänen gleich „das Bayonnet an die Rippen" zu setzen. Einige vorgeschobene Abtheilungen der Reichstruppen wurden geworfen; am 13. April aber nahmen die Bayern und Sachsen die Düppeler Schanzen mit Sturm; die Dänen wurden nach Alsen zurückgedrängt und die Düppeler Schanzen gegen alle Versuche, sie wieder zu nehmen, von den Reichstruppen behauptet. Die Schleswig-Holsteiner drangen vor und nahmen am 20. April Kolding mit Sturm. Am 23. April rückten die Dänen mit Uebermacht heran, um Kolding wieder zu nehmen. Der Kampf wurde sehr heftig und blutig, allein die Schleswig-Holsteiner behaupteten nicht nur Kolding, sondern zwangen auch die Dänen zum Rückzuge.

Der General Prittwitz, welcher dem General Bonin befohlen hatte, nicht vorzurücken und der gemäß den Weisungen der preußischen Diplomatie den Zauderer machen mußte*), kam endlich herangerückt und überschritt die Grenze von Jütland. Zwischen dem General und der Statthalterschaft kam es zu eigenthümlichen Szenen, aus denen hervorging, daß dem General selber die Weisungen, die ihm aus Berlin zugingen, das größte Kopfzerbrechen verursachten.

Während Bonin die Dänen bei Gudsoe schlug, trieb sie Prittwitz in den Gefechten bei Veile zurück. Die Dänen rückten so eilig nach Friedericia ab, daß es einer Flucht sehr ähnlich sah.

Daß die Freude über diese Erfolge in Deutschland nicht zu laut

*) Nach Baudissin war er in 44 Tagen 21 Meilen vorwärts gekommen.



Das Linienschiff „Christian VIII.“ fliegt in die Luft.

werden konnte, dafür sorgte die russische Diplomatie, von welcher die preußische gewissermaßen am Gängelband geführt wurde. Die Regierungen thaten, als würde ihnen durch die Siege der Schleswig-Holsteiner der größte Kummer bereitet. Während Bonin sich zur Belagerung von Friedericia anschickte, begann Preußen neue Unterhandlungen mit den Dänen, bei denen diese ihre Forderungen wieder sehr hoch spannten, während Preußen sie für annehmbar erklärte, ohne damit etwas Anderes zu erreichen, als noch höhere zu provoziren.*)

Die Zentralgewalt spielte bei allen diesen Dingen eine sehr lächerliche Rolle, denn Preußen hatte die ganze schleswig-holsteinische Angelegenheit in die Hand genommen und kümmerte sich wenig oder nichts um den Reichsverweser und seine Minister und Kommissäre. Nachdem der König von Preußen die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserwürde ausgeschlagen hatte, wurde die Stellung Preußens zur Zentralgewalt naturgemäß verändert.

Aus Mangel an Lebensmitteln mußte indessen, ohne daß die Verhandlungen zu einem Resultate geführt hatten, der General Prittwitz Aarhuus besetzen. Dies geschah am 21. Juni. Während Prittwitz mit seinen Truppen um Aarhuus unbeweglich stehen blieb, betrieben die Schleswig-Holsteiner vergeblich die Belagerung von Friedericia, welches ohne eine Flotte nicht eingeschlossen werden konnte. Die Dänen zogen in der Stille Verstärkungen zur See heran und der energische General Rye, der in der Festung kommandirte, stürzte sich am 6. Juli mitten in der Nacht auf die Belagerer. Die Schleswig-Holsteiner, 10 000 Mann stark, hatten den Angriff von 25 000 Dänen auszuhalten. Nach einem mit furchtbarer Erbitterung geführten Kampfe mußten die Schleswig-Holsteiner weichen, ihr Zentrum ward von den Dänen durch einen Sturmangriff gesprengt und ihr linker Flügel fast völlig vernichtet, das Belagerungsgeschütz genommen. Der dänische General Rye fiel; aber kaum gelang es Bonin, die Trümmer seines Heeres vor der Vernichtung zu retten.

Dieser verlustreiche Kampf brachte viel Trauer und Schmerz auf beiden Seiten; die Dänen wurden ihres Sieges nicht froh.

Jetzt kam am 10. Juli in Berlin unter der Vermittelung Englands ein Vertrag zwischen Preußen und Dänemark zu Stande. Die Herzogthümer wurden nunmehr getrennt; Holstein sollte deutsches Bundesland

*) Die „Kreuzzeitung" sprach es aus, wie die preußischen Junker in der schleswig-holsteinischen Sache dachten. Sie meinte, sie gebe die Hoffnung nicht auf, Preußen werde sich vor der Schande bewahren, sich noch ferner von der Revolution ins Schlepptau nehmen zu lassen. — Die „Revolution" war natürlich die schleswig-holsteinische Erhebung.

bleiben, Schleswig sollte einer besonderen Landesverwaltung provisorisch unterstellt werden, welche die drei kontrahirenden Mächte zu ernennen hatten; bis zur definitiven Einrichtung seiner Verwaltung sollte es durch eine Demarkationslinie getrennt und die südliche Hälfte von 6000 Preußen, die nördliche von neutralen Truppen besetzt werden. Die Friedenspräliminarien bestimmten, daß Schleswig eine besondere Verfassung erhalten und von Holstein getrennt sein sollte, unbeschadet der politischen Ansprüche der dänischen Krone.

Damit hatte Preußen die Sache der Schleswig-Holsteiner völlig preisgegeben.

Die Statthalterschaft protestirte und meinte, die Erhebung, die von Preußen als berechtigt anerkannt worden, könne nun nicht mit einem Male für unberechtigt erklärt werden. Auch die Landesversammlung protestirte. Indessen wurden die Bestimmungen des Vertrages ausgeführt, die Reichstruppen zogen ab, die Demarkationslinie wurde gezogen; preußische und schwedische Truppen besetzten Schleswig; die schleswig-holsteinische Armee zog nach Holstein ab und die Statthalterschaft flüchtete nach Kiel. Die neue schleswigsche Landesverwaltung (Graf Eulenburg für Preußen, von Tillisch für Dänemark und Oberst Hodges für England) trat ihr Amt an und als endlich auch die schleswig-holsteinische Landesversammlung dem Berliner Traktat „als einer Nothwendigkeit" sich fügte, ward von der Landesverwaltung Schleswigs förmlich im Namen des Königs von Dänemark die Regierung dieser Provinz ergriffen.

Die „honnetten" Bürger Deutschlands haben ob all der untergegangenen Freiheitsbestrebungen sich nicht den zehnten Theil von Kummer gemacht, wie bei dem Unglück des meerumschlungenen Schleswig-Holstein. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit füllt eines der traurigsten Blätter der preußischen Geschichte. Aber wo hatte die Geschichte in jenen Tagen für das deutsche Volk Freudiges in ihren Blättern zu verzeichnen?

Reichsverfassung und Kaiserwahl.

Die Frankfurter Nationalversammlung arbeitete im Winter eifrig an ihrer Reichsverfassung. Das ganze Werk ging langsam vorwärts, denn kein Paragraph konnte berathen und beschlossen werden, ohne daß Deutschland dabei mit einer Fülle von wohlausgearbeiteten, weisheitsvollen Reden beschenkt wurde, in denen zwar nichts Neues enthalten war, die aber nach der Meinung der Redner für das deutsche Volk durchaus unentbehrlich waren. Das Volk selbst gab immer deutlicher zu erkennen, daß ihm die vielen und langen Reden nachgerade langweilig wurden.

Zwischen den Regierungen und der Zentralgewalt und zwischen den Regierungen untereinander wurden eine Menge Noten gewechselt. Oesterreich und Preußen suchten sich über ihr Verhalten gegenüber dem Verfassungswerk weiter zu verständigen und Friedrich Wilhelm IV. versicherte dem österreichischen Gesandten, er wünsche sehnlichst, daß Oesterreich in der Bundesgenossenschaft bleibe. Er werde die Versuchung, Bundesoberhaupt zu werden, abweisen. Aber die österreichische und preußische Diplomatie konnte sich doch nicht recht verständigen, denn diese Staatskünstler sahen sich gegenseitig mit dem Mißtrauen vorsichtiger Pferdehändler an. Man war nur einig in dem Entschluß, das Verfassungswerk scheitern zu lassen, und die Differenzen bezogen sich wesentlich darauf, was an dessen Stelle zu setzen sei.

Gagern und Genossen steuerten inzwischen direkt auf das preußische Kaiserthum los. Gagern hatte sich in die welthistorische Rolle des Kaisermachers vollständig hineingeträumt; er schwelgte in der Einbildung, daß er eine Kaiserkrone zu vergeben habe. Friedrich Wilhelm IV. hatte ihm deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er von einer Kaiserkrone „von Parlaments Gnaden" nichts wissen wolle, aber Gagern ließ sich nicht irre machen. Er glaubte an seinen historischen Beruf, Deutschland nach seiner Art zu beglücken; er glaubte, das Schicksal Deutschlands in seiner Hand zu halten, er, der doch nur Minister der ohnmächtigen Zentralgewalt war. Er hatte wirklich die Ehrfurcht vor sich selbst, die ihm der Dichter*) zuschreibt:

*) Moritz Hartmann in der Reimchronik des Pfaffen Mauritius.

„Ich mit der Persönlichkeitsbewußtseinaufgeblasenheit,
Ich bin ich, in ganzer Größe, wie Sie sehen jeder Zeit;
Ich bin ich, das ist gewiß, doch bin ich selber noch mit mir im Streit
Ueber das, was ich denn bin, denn ich selbst — (Ungeheure Heiterkeit!)"

Was der König von Preußen von der Reichsverfassung und von der auf demselben beruhenden Kaiserwürde dachte, darüber hatte er sich schon am 13. Dezember 1848 in einem Briefe an seinen Freund Bunsen ausgesprochen. Dieser Brief ist eines der interessantesten Denkmäler jener Zeit und wir wollen nicht verfehlen, die markantesten Stellen hier wiederzugeben.

„Mein theuerster Bunsen," schrieb der König, „Ihre letzten Briefe bestätigen mir, was ich schon zu Brühl merkte und möglichst bekämpfte, daß wir uns in Germaniana nicht verstehen, oder vielmehr, daß Sie mich nicht begreifen können. Es ist dies ein schweres Wort, ich fühle es, aber der Freund muß es sich von einem Freunde gefallen lassen. Ich verstehe Sie und Ihre Raisonnements, Sie aber nicht die meinigen, sonst hätten Sie nicht so schreiben können, d. h. Sie hätten dann nicht (was Sie gethan haben) den absoluten Hindernissen, die zwischen mir und **der!!!** Kaiserkrone stehen, einen leichten und leicht zu beseitigenden Namen gegeben. Sie sagten (wörtlich wie Herr von Gagern mir sagte am 26. und 27. vorigen Monats): „Sie wollen die Zustimmung der Fürsten; gut und recht, die sollen Sie haben!"*)

„Aber mein theuerster Freund, da liegt der Hund begraben. Ich will weder die Zustimmung der Fürsten zu **der** Wahl, noch **die** Krone. Verstehen Sie die markirten Worte?

„Ich will Ihnen das Licht darüber so kurz und so hell als möglich schaffen. **Die** Krone ist erstens keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht (dans le genre de la couronne des pavés de Louis Philippe**), sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Oelung „von Gottes Gnaden" macht, weil und wie sie mehr

*) Welch lächerliche Prahlerei des Edlen von Gagern!

**) In der Art der Straßenpflaster-Krone von Louis Philipp. — Man sieht, daß in Berlin der revolutionäre Ursprung der Julimonarchie nicht vergessen war, wenn auch Friedrich Wilhelm IV. den König Louis Philipp als „den Schild der europäischen Dynastien" bezeichnet hatte. Auch der Prinz von Preußen sagte auf die Nachricht von Louis Philipp's Sturz, daß ihm eigentlich nur widerfahren, was ganz natürlich; er sei durch Barrikaden gestiegen und durch Barrikaden gefallen!

denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den Letzten immer der alten Reihe gesellt. Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, so doch die edelste Krone, die Niemand gestohlen worden ist, zu tragen?

„Greifen Sie in Ihren Busen, liebster Bunsen; was würden Sie, altes Glied der preußischen Diplomatie und mein Wirklicher Geheimer Rath, also mit dem Range des Hofadels bekleidet, sagen und thun, wenn Sie, etwa in Corbach zurückgezogen lebend, von der Waldeck'schen souveränen Landesversammlung zur Exzellenz erhoben werden sollten? Da haben Sie das treue Bild von meiner Lage vis-à-vis Gagern und seiner Fraktion. Sie würden der souveränen Waldecke höflichst schreiben: „Was Ihr mir geben wollt, habt Ihr nicht zu vergeben; ich aber hab' es aus gutem Schrot und Korn!" Und gerade so werde auch ich antworten. . . . . Ich sage Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, einmal wieder vergeben werden, so bin **ich** es und meines Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt."

Derweilen zimmerten die Gagern und Genossen in Frankfurt unverdrossen an ihrem Zukunftskaiserthum weiter. Die österreichische Frage ließ man einstweilen ungelöst liegen, nachdem die Staatsmännlichkeit Gagern's die österreichischen Abgeordneten in Masse in die Arme des Ritters von Schmerling getrieben hatte. In der großen Redeschlacht über die Oberhauptsfrage hatten sich beinahe 100 Redner eingeschrieben und aus dem Platzregen von politischer Weisheit, der wiederum über das geduldige Deutschland niederging, kam nur ein ganz unvollständiger Beschluß hervor. Man beschloß mit 258 gegen 211 Stimmen, daß die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werden sollte. Der Kaisertitel für dies Oberhaupt gelangte nur mit neun Stimmen Majorität zur Annahme. Aber über die Dauer dieser Würde konnte man sich nicht einigen. Das erbliche Kaiserthum, für das die Professoren Dahlmann von Bonn und Rümelin von Nürtingen eintraten, ward abgelehnt, nachdem Uhland sein berühmtes Wort: „Glauben Sie mir, es wird kein Haupt über Deutschland

leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist!" dagegen gesprochen hatte. Die Anträge, die Dauer der Kaiserwürde auf Lebenszeit, sowie auf zwölf und auf sechs Jahre festzusetzen, wurden gleichfalls verworfen. Die Entscheidung darüber mußte auf die zweite Lesung verschoben werden.

So schwebte das Bild eines konstitutionellen Kaisers, dem die 36 deutschen Fürsten sich unterordnen sollten, in — der Luft. Indessen zeigte sich das liberale und konstitutionelle Bürgerthum mit dem Kaiserthum einverstanden; es versenkte sich gerne in die romantischen Träumereien von den Ottonen und Hohenstaufen. Dagegen erklärte die radikale zweite Kammer in Sachsen sich mit fast allen Stimmen gegen ein unverantwortliches und erbliches Oberhaupt und forderte eine Lösung der Frage in demokratischem Sinne.

Die eindringlichen Lehren, welche die deutsche Geschichte in den vielen Kämpfen zwischen Kaiserthum und Reichsfürstenthum giebt, wurden von dem Parlament nicht beachtet.

Im Laufe des Monats Januar erklärten die meisten der kleineren und kleinen Fürsten Deutschlands ihre Zustimmung zu der Kaiserwürde. Das Parlament nahm diese Zustimmungen freudig entgegen und gab damit zu erkennen, daß es von dem Standpunkt des Souveränitäts-Bewußtseins, mit dem Gagern einst so stolz sein Präsidialamt angetreten hatte, völlig gewichen war. Die Freude der Mehrheit des Parlaments über die fürstlichen Zustimmungserklärungen wurde rasch in Trübsal verwandelt. Preußen that, was mit Ausnahme der Blindekuhspieler in der Paulskirche Jedermann von ihm erwarten mußte; es gehörte übrigens auch nicht einmal besonderes Verständniß dazu, um darüber gewiß zu sein, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel keine „nationale" Politik im Sinne der Gagern und Genossen treiben würde. Darüber konnten das Verhalten Rußlands und die Lektüre der „Kreuzzeitung" hinreichend belehren. In der Note, welche die preußische Regierung am 23. Januar 1849 an ihre Gesandten in Deutschland richtete, war mit dürren Worten gesagt, daß Preußen die Zustimmung der Fürsten zur deutschen Reichsverfassung für unumgänglich erachte und daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zur Erlangung der Einigung nicht nothwendig sei.

Der Staatsmann Gagern, der so großspurig die Zustimmung der Fürsten zu der Reichsverfassung antizipirt hatte, wollte nunmehr etwas recht Gescheidtes thun und forderte am 28. Januar die deutschen Fürsten auf, ihre Erklärungen über die bis jetzt beschlossenen Stücke der Verfassungen abzugeben. Er bedachte nicht, daß er dem Parlament damit

auch den letzten Rest seiner so tief gesunkenen „Souveränität" entriß und ihm sogar die Rückkehr auf die früher innegehabte Basis abschnitt.

Die Erklärungen kamen mit aller Schnelligkeit und Deutlichkeit. Oesterreich erklärte sich am 4. Februar gegen jeden unitarischen Staat und sagte frei heraus, daß sich sein Kaiser einer von einem anderen Fürsten gehandhabten Zentralgewalt nicht unterordnen werde; es gab der Versammlung den Rath, eine „Verständigung" zu suchen. Sachsen schloß sich an Preußen an, Hannover und Bayern hielten es mit Oesterreich. Schließlich verlangte Preußen vom Reichsministerium, daß in der Reichsverfassung die Kompetenz der Bundesgewalt genau begrenzt und die Existenz der Einzelstaaten garantirt werde; Oesterreich aber schlug vor, die Reichsgewalt an ein Direktorium, bestehend aus den sieben mächtigsten Bundesfürsten, zu übertragen.

Der „geniale" Staatsmann Gagern hatte, wie man sieht, den Reichskarren so gründlich verfahren, daß es gar nicht möglich war, dies gründlicher zu thun. Die Versammlung tappte wie mit verbundenen Augen umher. Denn nun hatte sie sich von ihrer ehemaligen „Souveränität" gänzlich auf den Boden der „Vereinbarung" und „Verständigung" drängen lassen und hier blieb sie stecken. Was sollte sie thun? Auf wen sollte sie sich stützen? Sie hatte es in der Ordnung gefunden, als die Bürgerwehr und das Militär die Arbeiter niederschlugen; dann hatte sie, als die Bürgerwehr vom Militär entwaffnet wurde, nur ohnmächtige Proteste gehabt, oder hatte stillschweigend, manchmal billigend, zugesehen, und nunmehr brach die Reaktion über ihr Verfassungswerk herein. Das hatte so kommen müssen.

In dieser erbarmungswürdigen Lage kam dem „großen Staatsmann" Gagern ein anderer „großer Staatsmann" zu Hülfe, nämlich der famose Welcker. Er überbot den Geniestreich, den Gagern mit der Einforderung der „Erklärungen" gemacht hatte, durch einen zweiten. Welcker beantragte, die Verfassung en bloc anzunehmen, Oesterreich den Zutritt offen zu lassen, alles Weitere dem nächsten Reichstage vorzubehalten, aber den König von Preußen zum erblichen deutschen Kaiser zu wählen. Der Staatsstreich von Kremsier hatte den sonst für Oesterreichs Anschluß eintretenden Welcker so erschreckt, daß er von den Großdeutschen unter die Erbkaiserlichen gerieth.

Zwar wurde Welcker's Antrag abgelehnt, aber die in demselben enthaltene Taktik ward zum guten Theil befolgt. Denn die Träumer der Paulskirche glaubten nun, es käme nur darauf an, die Verfassung rasch fertig zu machen, und in der That stellten sie dieselbe in wenigen Tagen her. Damit lieferten sie einen Beweis, wie überflüssig die unauf-

hörliche Schwätzerei gewesen war. Die Differenzen über die Erblichkeit oder Wählbarkeit der Kaiserwürde schaffte man durch einen großen Kompromiß aus der Welt. Die gemäßigte Linke akzeptirte nämlich das Erbkaiserthum, wogegen die Erbkaiserlichen sich verpflichteten, für das suspensive Veto und für das allgemeine Wahlrecht zu stimmen. Auch versprachen eine Menge der Erbkaiserlichen, darunter Gagern, schriftlich, die Verfassung für völlig gültig anzuerkennen und in Abänderungen oder Zugeständnisse nicht zu willigen. Auf Grund dieses merkwürdigen Paktes kam die Reichsverfassung zu Stande und das Parlament glaubte das Vaterland gerettet zu haben.

Die Reichsverfassung vom 28. März*) setzte einen unverantwortlichen und erblichen Kaiser ein, der die Gesetzgebung mit einem aus zwei Kammern bestehenden Parlament zu theilen hatte. Die erste Kammer, das Staatenhaus, sollte aus Abgeordneten der Einzelstaaten bestehen, die von den Einzelkammern und von den Regierungen gewählt werden sollten; die zweite Kammer, das Volkshaus, sollte aus allgemeinem Wahlrecht hervorgehen. Die Reichsgewalt sollte nur die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands unter sich haben, Krieg und Frieden, Heerwesen, Münzwesen, Verkehrswesen, allgemeine Gesetzgebung über Straf-, Zivil- und Handelsrecht u. s. w.**)

Die Staatsmännchen der Linken glaubten bei dem Schacher mit den Konstitutionellen einen ganz besonders guten Tausch gemacht zu haben. Bald darauf mußten sie einsehen, daß sie sich umsonst in die Unkosten eines ganz unrühmlichen Kompromisses gestürzt hatten.

In gehobener Stimmung ward am 28. März 1849 unter dem Vorsitz von Simson aus Königsberg beschlossen, die Verfassung von den Mitgliedern unterzeichnen zu lassen und sie dann zu verkündigen, damit, wie Simon von Trier meinte, die Vereinbarungen endlich abgeschnitten seien. Auch Simon glaubte sonach noch an die magische Kraft eines Stückes beschriebenen Papiers, Verfassung genannt. Auf Antrag von Moritz Mohl beschloß man, daß die Nationalversammlung so lange beisammen bleiben solle, bis der neue Reichstag auf Grund der Verfassung einberufen sei.

*) Den Wortlaut derselben sowie das Wahlgesetz und das Diätengesetz geben wir im Anhang.

**) Auch mit dieser Verfassung ist die gewöhnliche Fetischanbeterei getrieben worden. Eine Original-Urkunde derselben soll heute noch in der Schweiz versteckt sein und die darum wissen, sollen sich gegenseitig das Ehrenwort gegeben haben, das Versteck nicht zu verrathen. Als ob irgend Jemand heute einen Grund hätte, dies Dokument, das schon 1849 bedeutungslos wurde, zu beschädigen oder zu zerstören!

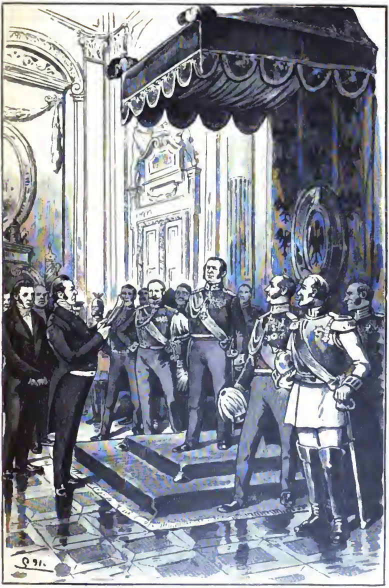
Alsdann wurde die Kaiserwahl vorgenommen, die, wie vorauszusehen, auf den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen fiel.

Es waren 538 Abgeordnete anwesend; von diesen stimmten 290 für den König von Preußen, 248 enthielten sich der Wahl, so daß die Erwählung mit der geringen Majorität von 42 Stimmen erfolgte. Die Linke hielt den Pakt, den sie mit den Erbkaiserlichen eingegangen hatte; eine Anzahl ihrer Mitglieder stimmte für Friedrich Wilhelm IV. Unter diesen befanden sich Löwe-Calbe, Temme, Heinrich Simon von Breslau, Schoder von Stuttgart, Rösler von Oels, Mölling aus Jever, Graf Reichenbach aus Schlesien, Zimmermann von Spandau und Andere. Von den Mitgliedern der Linken, die sich der Wahl enthielten, gaben Einzelne besondere Erklärungen ab; der alte Mohr aus Ober-Ingelheim rief: „Ich wähle kein Erbliches," wozu die Versammlung lachend „Oberhaupt!" ergänzte; Schlöffel aus Schlesien und Reinhart aus Boitzenburg erklärten, sie wählten keinen Fürsten, und Trützschler rief: „Ich wähle kein Oberhaupt!" Die Oesterreicher enthielten sich sämmtlich der Abstimmung und Graf Deym rief: „Ich habe kein Mandat!" Der Fürst von Waldburg-Zeil antwortete: „Ich bin kein Kurfürst!" und der spätere nationalliberale Professor Sepp rief: „Ich wähle keinen Gegenkaiser!"

Wiederum wurden in dem alten Frankfurt die Glocken geläutet und die Geschütze abgefeuert und der Präsident Simson that in einer salbungsvollen Ansprache die Bedeutung des soeben vollzogenen Staatsaktes kund.

Die Kaiserwahl wurde allerorts von dem konstitutionellen Bürgerthum mit Glockengeläute und Kanonenschüssen gefeiert. Der Reichsverweser führte am Abend des 28. März eine Komödie auf, indem er dem Präsidenten Simson seinen Rücktritt anzeigte. Herr Simson aber war von der hohen Bedeutung der Persönlichkeit des Reichsverwesers so durchdrungen, daß er denselben „ehrerbietigst" bat, zu bleiben, worauf der Reichsverweser sein schweres Amt wieder antrat mit dem Wunsche, ihn von demselben zu entheben, sobald es „ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands" geschehen könne. Herr Simson scheint diese Komödie recht ernst genommen zu haben.

Eine Deputation von 33 Mitgliedern wurde gewählt, um dem König von Preußen den „imaginären Reif," wie er diese Krone in seinem Briefe an Bunsen genannt hatte, anzubieten. Simson war der Sprecher der Deputation; bei ihr befanden sich der alte Arndt und Dahlmann aus Bonn, Löwe-Calbe, Biedermann aus Leipzig und Rüder von Oldenburg, Schoder und Federer aus Stuttgart, Rümelin aus Nürtingen, Merck und Riesser aus Hamburg, Reh aus Darmstadt.



Die Kaiserdeputation vor Friedrich Wilhelm IV.

Die Deputation ward in den Städten, wo die Demokratie dominirte, sehr kalt empfangen; wo die Konstitutionellen überwogen, nahm man sie mit Jubel auf. In Berlin, wo der Belagerungszustand herrschte, war der Empfang von Seiten des Volkes nicht so, wie ihn die von ihrer welthistorischen Mission durchdrungenen Kaisermacher erwartet hatten. Einige preußische Diplomaten waren boshaft genug, der Deputation die Meinung beizubringen, der König werde die Kaiserwürde annehmen.

Am 3. April wurde die Deputation im Schlosse*) von dem König in Gegenwart der Prinzen und der Minister empfangen und Simson lud in ehrfurchtsvoller Ansprache den König ein, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen.

Der König antwortete:

„Ich erkenne in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, meine Treue und Liebe zum gemeinsamen Vaterlande stützen. Aber ich würde ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten — wollte ich, mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie es ein solcher Beruf erfordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen."

Die Deputation stand wie mit kaltem Wasser begossen da und konnte den Vorgang erst gar nicht begreifen. Solch eine schöne Krone abzulehnen! Das erschien ihnen um so weniger verständlich, als sich Manche unter ihnen befanden, die sich für befähigt und berufen hielten, Deutschland zu regieren. Sie begriffen die Rolle nicht, die ihnen zugeschoben worden war; sie waren dazu bestimmt, dem Könige die Gelegenheit zu bieten, den ihm so verhaßten Liberalismus einmal gründlich zu demüthigen.

*) Aus der Thatsache, daß ein dreister Lakai sich weigerte, den Deputationsmitgliedern ein Glas Wasser zu reichen, war leicht zu ersehen, wie man im Schlosse von der ganzen Geschichte dachte.

Im Uebrigen bestand die Deputation zum großen Theil aus späteren Nationalliberalen und wir wissen aus der Aera Bismarck, wie vortrefflich diese „Mannesseelen" veranlagt waren, die größten Demüthigungen hinzunehmen und dabei das ergebene Lächeln ihres Unterthanenbewußtseins zu behalten.

Die Deputation zog rathlos ab, nachdem sie eine ganz verwirrte Note an die preußische Regierung gerichtet hatte. Sie sah sich auf der einen Seite vom Junkerthum und den Reaktionären, auf der anderen Seite von den Republikanern verhöhnt.

Preußen ergriff die Gelegenheit, sich Verbündete zu suchen, da mit dem Untergang der Reichsverfassung der Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen sich in Deutschland wieder stärker geltend machen mußte. Am 3. April erging eine preußische Note an die Regierungen, in welcher gesagt war, daß nach dem Entschlusse des Reichsverwesers, sich zurückzuziehen, der König von Preußen bereit sei, auf den Antrag der Regierungen und unter Zustimmung der Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen. Auch sei der König entschlossen, an die Spitze des Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bilde, die sich ihm aus freiem Willen anschließen würden. Zugleich wurden die Regierungen aufgefordert, Bevollmächtigte mit bindenden Erklärungen nach Frankfurt zu senden.

In Oesterreich war der Hochmuth der Camarilla durch die Siege in Italien gestiegen. Schwarzenberg hielt die Zeit für gekommen, nicht nur die Nationalversammlung zu demüthigen, sondern auch Preußen schroffer gegenüber zu treten. Am 5. April erging eine österreichische Note an den Reichsverweser, die ihn zum Verharren auf seinem Posten aufforderte und die zugleich die österreichischen Abgeordneten aus dem Parlament zu Frankfurt abberief. Die Nationalversammlung, hieß es, habe den gehegten Erwartungen nicht entsprochen, sie habe „ein ideales Reich" schaffen wollen, habe den Weg der Vereinbarung verlassen und habe Oesterreich aus Deutschland ausschließen wollen. Deshalb könne eine Theilnahme der österreichischen Abgeordneten an den Verhandlungen nicht mehr stattfinden.

Die machtlose Versammlung konnte dem brutalen Eingriff Schwarzenberg's keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen. Während am 8. April Oesterreich in einer zweiten Note sich offen und direkt gegen eine leitende Stellung Preußens in den deutschen Angelegenheiten aussprach, erhob sich der große Staatsmann Gagern wieder zu einer „That." Er berief eine Konferenz von Regierungsvertretern nach Frankfurt ein. Am 14. April erklärten 29 deutsche Regierungen, die kleineren und kleinsten, sich für die Reichsverfassung. Baden, Nassau, die drei Hessen, Schleswig-Holstein, die

beiden Mecklenburg, die drei Anhalt, die beiden Reuß, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, die beiden Schwarzburg, die beiden Hohenzollern, Waldeck, Lippe, Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt am Main sprachen aus, daß ihnen die Reichsverfassung nicht in allen Punkten entspreche, daß aber dieses Bedenken nicht in Betracht käme gegenüber den Gefahren, welche ein längerer Verzug des Verfassungswerkes mit sich bringen müsse. Der von Preußen und anderen Regierungen festgehaltene Standpunkt der Vereinbarung könne leicht Alles vereiteln. Die kleinen Regierungen, welche mehrfach schon im Voraus die Beschlüsse des Parlaments anerkannt hatten, befürchteten theils Aufstände, theils befürchteten sie, die mächtigen Regierungen möchten Dinge „vereinbaren," die für die Kleinstaaten gar zu ungünstig seien. Darum nahmen sie die Reichsverfassung an.

Aber das Gagern'sche Manöver konnte die mächtigen Regierungen nicht einschüchtern. Ein Stoß nach dem anderen erfolgte gegen die in sich zusammensinkende Nationalversammlung. Bayern sprach sich gegen die Reichsverfassung aus, Hannover und Sachsen lösten ihre Kammern auf, weil sie sich für die Reichsverfassung ausgesprochen.*) Am 28. April erschien eine abermalige Erklärung Preußens, in welcher der König die ihm vom Parlament angetragene Kaiserwürde definitiv ablehnte. Dabei war ausgesprochen, daß die Verfassung mit dem suspensiven Veto und mit „dem alle Schranken niederwerfenden Wahlgesetze" einen Charakter bekommen habe, der sie nur als ein Mittel erscheinen lasse, die oberste Gewalt zu Gunsten der Republik zu beseitigen. Am Tage zuvor war, wie schon berichtet, die preußische zweite Kammer aufgelöst worden, weil sie sich für die Reichsverfassung ausgesprochen hatte.

Württemberg dagegen nahm die Reichsverfassung an. Es hatte erst den Anschein, als ob es in Württemberg gerade so gehen solle, wie in Sachsen, Hannover und Bayern. Indessen drang das Ministerium Römer beim König Wilhelm auf Anerkennung der Reichsverfassung. Der König widerstrebte; er wollte die Reichsverfassung mit den Fürsten vereinbart haben und war auch in der Oberhauptsfrage nicht mit der Nationalversammlung einverstanden. Die Differenzen zwischen dem König und dem Ministerium Römer verschärften sich. Es kam zu einer Ministerkrisis, und man sprach von der bevorstehenden Einsetzung eines reaktionären Ministeriums. Das Schwabenland gerieth in Aufregung, als man ihm

*) Die erste sächsische Kammer sprach sich auf Antrag von Heubner mit allen gegen eine, die zweite mit allen gegen zwölf Stimmen für die Reichsverfassung aus. Die letzteren zwölf Stimmen kamen, wie Tschirner erklärte, von Republikanern, welche die monarchische Spitze der Reichsverfassung nicht akzeptiren konnten.

seine Märzminister nehmen wollte; es sollte erst später darüber belehrt werden, daß Herr Römer nicht der Mann war, für den er sich ausgab und für den man ihn hielt. Am 22. April hatte eine ständische Deputation dem König ihre Uebereinstimmung mit dem Ministerium Römer ausgesprochen und die Antwort erhalten, daß der König die Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. „Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht," sagte er. Dann fügte er hinzu: „Würden alle Fürsten von Deutschland es thun, so würde ich auch dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen, durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie sich auf den Boden der Revolution stellen und mich zwingen, mein Wort zu geben, so ist es kein freies. Das erkennen Sie selbst an und können es auch nicht wollen, denn ein erzwungenes Wort wäre für mich nicht bindend. Ich könnte es ja widerrufen, wenn mein Wille wieder frei wäre." Dem Hause Habsburg, fügte der König hinzu, würde er sich unterworfen haben.

Die Kammer beschloß daraufhin, gegen den Einspruch des Staatsraths Duvernoy, auf den Antrag von Stockmayer, daß die Reichsverfassung in Württemberg als Gesetz bestehe, daß jeder Württemberger, Zivilist oder Militär, zu ihrem Schutze und zu ihrer Befolgung verpflichtet und jeder Angriff auf dieselbe als Hochverrath zu behandeln sei.

Die Erregung im Lande schwoll mächtig an, das Militär schien der Verfassung geneigt, die Bürgerwehr desgleichen und eine Katastrophe schien sich vorzubereiten. Der König verließ Stuttgart und begab sich nach Ludwigsburg. Als er auch dort fast Alles gegen sich eingenommen sah, gab er nach. Anfangs wollte er die Reichsverfassung nur mit Vorbehalt anerkennen, allein Römer blieb beharrlich und so gab der König am 24. April seine Zustimmung zu der Reichsverfassung sammt Oberhaupt und Wahlgesetz.

Das Triumphgeschrei der Sieger war ungeheuer; sie überschätzten ihren Sieg und sich selbst und meinten der ganzen Verfassungssache eine neue Wendung gegeben zu haben. Dies war nur insofern richtig, als im Volke wieder einige Sympathien für das Frankfurter Parlament erwachten, da es von den Regierungen so feindselig behandelt wurde. Karl Vogt hielt über die württembergischen Ereignisse im Frankfurter Parlament eine unmäßig lange Rede, in welcher er zur Energie aufforderte, die ihm selbst genau so fehlte, wie den Konstitutionellen. Diese wiesen ängstlich die Zumuthung ab, einen „revolutionären" Weg zu betreten.

Während Preußen noch einmal eine Einladung an die Regierungen ergehen ließ, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, die dort der Revo-

lution ein Ziel setzen und eine „angemessene," d. h. den Fürsten genehme Verfassung schaffen sollten, quälte sich das Parlament vergebens ab, den festgefahrenen Verfassungskarren wieder vorwärts zu bringen. Zwischen den Demokraten und den Konstitutionellen klaffte ein schroffer Gegensatz über die zu ergreifenden Mittel auf und in dieser drangvollen Lage plätscherte das Redegewässer so unverdrossen weiter, als hinge der Gang der Weltgeschichte davon ab. Eine Menge von Abgeordneten verließen das Parlament. Manchmal gelang es der Linken, der Versammlung einen Hauch von Energie beizubringen. Aber damit brachte das Parlament sich nur selbst seine Ohnmacht zum kläglichen Bewußtsein. Am 26. April wurde die Verfassung nochmals für rechtskräftig erklärt und die Regierungen zu ihrer Anerkennung und Durchführung aufgefordert, natürlich ohne den mindesten Erfolg.

Die Linke stellte eine Anzahl revolutionärer Anträge, z. B. einen Vollziehungs-Ausschuß und einen Reichsstatthalter zu ernennen, das Militär auf die Reichsverfassung zu vereidigen und das Volk zum Schutze der Verfassung aufzurufen — aber Alles wurde abgelehnt und hätte, wenn beschlossen, nicht die geringste Bedeutung mehr gehabt. Am 30. April beschloß das Parlament, daß es schon bei Anwesenheit von 150 Mitgliedern beschlußfähig sein solle und daß das Präsidium berechtigt sei, die Versammlung zu jeder Zeit und an jeden Ort zu berufen. Am 4. Mai ward auf Wydenbrugk's Antrag beschlossen, die Regierungen, die gesetzgebenden Körperschaften, die Gemeindevertretungen und das gesammte Volk der Einzelstaaten zur Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern; ferner wurden die Wahlen für den neuen Reichstag auf den 22. August angesetzt und wenn Preußen die Verfassung nicht anerkenne, lautete ein anderer Beschluß, so solle ein Reichsstatthalter, und zwar das Oberhaupt des größten der Verfassung beigetretenen Bundesstaates, die Stelle des Kaisers vertreten.

Die radikalen und revolutionären Anträge überstürzten einander und wüthende Reden wurden dazu gehalten. So beantragte Herr Sepp, die Fürsten, welche die Reichsverfassung nicht anerkennen wollten, zu mediatisiren und ihre Länder zu vertheilen. Solch possenhaftes Auftreten hatte natürlich nur die Wirkung, die Versammlung lächerlich zu machen.

Das Parlament stand mit seiner Verfassung völlig rathlos da und der Edle von Gagern war nicht der Mann, ihm aus der Patsche zu helfen. Es verfiel endlich auf den echt Gagern'schen Gedanken, daß die Zentralgewalt selbst die Durchführung der Reichsverfassung in die Hand nehmen solle. Das war das berühmte Rezept des Herrn von Münchhausen, sich an seinem eigenen Zopfe aus dem Sumpfe zu heben. Der

Reichsverweser, der nur ein Vertreter der österreichischen Camarilla war, lehnte es natürlich ab, diesen Weg zu betreten, und diesen Anlaß benutzte der große Staatsmann Gagern, um seine werthe Person aus der Affaire zu ziehen. Er legte am 10. Mai sein Amt als Reichsminister nieder.

Das ward von den Konstitutionellen als ein böses Vorzeichen aufgenommen. Sie entwichen aus der Versammlung in hellen Haufen.

Jetzt schob eine jede Partei die Schuld an der unheilvollen Wendung auf die andere. Sie hatten damit alle Recht, denn sie hatten alle ihr Theil daran.

Die Verfassungs-Aufstände.

Je deutlicher das Bestreben der Regierungen hervortrat, das Frankfurter Verfassungswerk an der Klippe ihrer Machtstellung scheitern zu lassen, desto lebendiger wurde wieder die politische Theilnahme des Volkes. Das unaufhörliche und eintönige Redegesäusel der Parlamente hatte Deutschland in einen Halbschlummer eingelullt. Erst als man nach all den Kämpfen und Opfern die Märzerrungenschaften so sehr bedroht sah, konnte es nicht ausbleiben, daß in weiten Kreisen eine Erregung aufwallte, die bei der Aussichtslosigkeit aller Verständigungsversuche zu gewaltsamen Ausbrüchen führen mußte.

Die Revolution war im Niedergang, die Bauern waren in ihrer Masse konservativ geworden, die Arbeiter sahen sich um die Früchte der Erhebung geprellt und das Bürgerthum war zum großen Theil dem „Ordnungs"-Fanatismus verfallen. Rührig war die radikal-demokratische und republikanische Partei. Die Märzvereine, welche die Märzerrungenschaften erhalten sollten und sehr revolutionär thaten, machten noch einmal den Versuch, eine Organisation der deutschen Demokratie zu begründen, wie sie der demokratische Kongreß vergebens angestrebt hatte. Angeblich waren 3000 Zweigvereine vorhanden. Die Märzvereine erwiesen sich indessen nicht so leistungsfähig, als sie auf dem Papier aussahen.

Die Demokraten und Republikaner dachten die Reichsverfassung als Schild und als Rechtsboden zu benutzen und hofften damit die Bevölkerung in eine demokratische Erhebung hineinzuziehen. Um die Verfassung selbst konnte es ihnen unmöglich zu thun sein, wenigstens nicht in letzter Linie.*) So kam es in der That zu mehreren Aufständen, die

*) Fenner von Fenneberg, der an der Versammlung der Märzvereine in Frankfurt theilnahm, sagt darüber: „Daß man das Panier des Schutzes der Reichsverfassung aufgesteckt, kümmerte mich damals nur wenig, denn ich dachte, dieses Panier würde bald dem republikanischen Platz machen. . . . . Man verhehlte sich nicht, die National-Versammlung sei eigentlich schlecht, sie habe im Volke das Zutrauen verloren; die Verfassung, diese schmerzensreiche Weh-

sich äußerlich als Verfassungs-Aufstände darthaten, bei denen sich aber alle radikalen, demokratischen, republikanischen und sozialistischen Elemente zusammenfanden mit solchen, die sich mitreißen ließen und mit der Einführung der Verfassung befriedigt gewesen wären. Der energischere Theil der Arbeiter unterstützte in diesen Fällen wie immer die radikale Bourgeoisie. Daß es der Demokratie nicht um die Reichsverfassung selbst zu thun war, geht aus der badischen Erhebung hervor.*) In Baden war die Reichsverfassung von der Regierung anerkannt und man suchte den sich daraus ergebenden Widerspruch mit der Forderung der „Durchführung der Reichsverfassung" zu verdecken. Kurzum, die Demokratie erhob sich gegen die Mächte, welche das Zustandekommen des Verfassungswerkes verhinderten; die Verfassung selbst spielte in Wahrheit eine untergeordnete Rolle und diente nur als Mittel zum Zweck.

Der Umstand, daß in manchen Staaten die Reichsverfassung anerkannt war, trug dazu bei, die sogenannten Verfassungsaufstände zu vereinzeln. So brachte es der Demokratie keinen Vortheil, daß in Württemberg die Anerkennung der Reichsverfassung durchgesetzt worden war. Es bewirkte dies, daß Württemberg sich der badischen Erhebung nicht anschloß.

Wären die Aufstände siegreich gewesen, so hätte die siegende Partei sich sofort wieder in ihre ursprünglichen Bestandtheile auflösen und dadurch weitere Kämpfe herbeiführen müssen. Denn die Republikaner und Demokraten hätten sofort nach dem Siege bestrebt sein müssen, die Reichsverfassung, für welche gekämpft worden war, zu beseitigen, weil eben diese Reichsverfassung mit den demokratischen und republikanischen Prinzipien in Widerspruch stand.

In Sachsen führte die Reichsverfassungsbewegung zuerst zu einem Ausbruch. Dort waren, wie schon erwähnt, die Kammern aufgelöst worden. Das Märzministerium Braun-Oberländer, welches mit seinen populären Mitgliedern den Zweck hatte, den Vertrauensdusel im Land zu fördern, und das diesen Zweck auch zu einem guten Theil erreicht hatte,

---

geburt, an deren Wiege sich Kronenträger und Proletarier drohend gegenüberstanden, sei auch nicht viel werth, nicht demokratisch genug; man verachtete den Abstimmungsschacher, den Bürger Vogt bei der Kaiserfrage ins Leben rief — aber man beschloß doch, an der Verfassung und an der Nationalversammlung festzuhalten. Siege man, dann könne man ja noch immer darüber hinausgehen!"

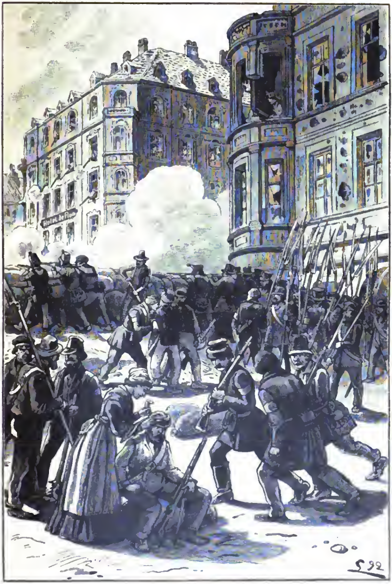
*) Mögling, der in der badischen Erhebung eine große Rolle gespielt hat, sagte, er hoffe, die badische Erhebung werde sich über Baden hinaus verbreiten und eine republikanische werden, denn wegen der Reichsverfassung, die ein lumpiges Machwerk sei, hebe er keinen Arm empor. (Briefe an seine Freunde, Seite 187.)

war am 24. Februar zurückgetreten. Es wurde durch das Ministerium Held-Beust ersetzt. Nach Vollendung der Reichsverfassung begann sich das sächsische Volk für deren Durchführung zu regen; zahlreiche Versammlungen fanden statt und Petitionen liefen beim König in großer Menge ein. Das Ministerium war in seiner Mehrheit für Anerkennung und Durchführung der Verfassung; da aber der König sich entschieden dagegen sträubte, so gab das Ministerium seine Entlassung und Zschinsky bildete ein neues, in welches Beust mit herübergenommen wurde. Die Ein-



Leonhard Heubner.

setzung dieses reaktionären Ministeriums bewirkte, daß die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung höher anschwoll. Die Demokraten und Republikaner bemächtigten sich völlig der Bewegung, was ihnen um so leichter gelang, als Sachsen von jeher ein Herd des Radikalismus war. Die Bürgerwehr und die Stadtverordneten sprachen sich für die Reichsverfassung aus und beschlossen, deren Annahme vom König zu fordern. Auch der Arbeiterverein Dresden erließ durch seinen Obmann Grille eine Erklärung, in welcher er unbedingte Annahme der Reichsverfassung verlangte, „obgleich für die materielle Wohlfahrt des Volkes in Zukunft noch sehr viel zu thun bleibe.“ Der Arbeiterverein begriff seine Stellung gegenüber der Bourgeoisie sonach ganz gut.



Barrikade an der großen Frauengasse in Dresden.

Der König schlug es rund ab, seine Zustimmung zu der Reichsverfassung zu ertheilen. Die Truppen standen kampfbereit; Verstärkungen wurden berufen und es hieß, auch preußische Truppen sollten herangezogen werden. Die Stadtverordneten setzten darauf am 3. Mai einen Vertheidigungsausschuß ein, der sich später in einen Sicherheitsausschuß verwandelte.

Die steigende Erbitterung des Volkes führte bald einen Zusammenstoß herbei. Am Zeughause drängte sich das Volk in dichten Massen und drückte ein hölzernes Gitterthor ein, blieb aber überrascht am Eingang stehen.*) Die im Hofe des Zeughauses aufgestellte Infanterie gab Feuer und tödtete vier Menschen.

Das Volk gerieth in Wuth; ein Steinhagel folgte und die herbeieilenden bewaffneten Turner feuerten auf das Militär, das einen Offizier verlor. Ein Bataillon Bürgerwehr kam angerückt und wollte die Massen zerstreuen. Gerade in diesem Moment wurde das Thor des Zeughauses eingerannt, aus dem ein Kartätschenschuß herauskrachte, der zwanzig Menschen, darunter vierzehn todt, niederstreckte. Aus den Fenstern des Zeughauses ward auf die Bürgerwehr gefeuert.

„Verrath!" und „Rache!" schrie man in allen Straßen; die Leichen der Gefallenen wurden vor das Schloß gefahren, Deputation auf Deputation ging hinein, eine flehte knieend um die Gewähr der Reichsverfassung, aber der König blieb unerschütterlich. An diesem Tage kam es nicht mehr zum Kampfe, aber das Volk bewaffnete sich und warf überall Barrikaden auf.**) Der reaktionäre Bürgerwehrkommandant ward abgesetzt und an seine Stelle der ehemalige griechische Offizier Heinze ernannt.

Während Eilboten abgingen, um die von der Regierung sehnlichst erwartete preußische Hülfe herbeizuholen, flüchtete der König am 4. Mai früh aus der Stadt und begab sich auf die Festung Königstein. Das Ministerium begleitete ihn; man hielt das in Dresden liegende Militär nicht für ganz zuverlässig.

Der Kampf entbrannte schon am frühen Morgen des 4. Mai. Die Straßen waren mit vielen festen Barrikaden bedeckt, die zum Theil wahre

---

*) Nach Röckel: Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim.

**) Auf vielen Barrikaden sah man das Bild von Robert Blum angebracht, welches freilich die feindlichen Kugeln nicht abhalten konnte. Eine bessere Wirkung that Blum's Bild, als es vor einigen Jahren in einer Versammlung im Meiningenschen dem nationalliberalen Sohne Blum's gegenüber aufgestellt wurde. Der geehrte Herr Redner kam wirklich durch den Anblick seines Vaters aus dem Konzept.

Kunstwerke bildeten.*) Das Militär, welches die Neustadt und in der Altstadt das Schloß und das Zeughaus besetzt hielt, konnte an diesem Tage keine Erfolge aufweisen.

Nach der Flucht des Königs bildete sich eine provisorische Regierung, die von einer Anzahl ehemaliger Kammermitglieder gewählt wurde. Die Regierungsmitglieder waren Heubner, Tschirner und Todt. Tschirner war entschiedener Republikaner; Heubner war nicht so entschieden. Er hatte im Frankfurter Parlament gegen die Wahl des Königs von Preußen gestimmt, resp. sich der Wahl enthalten. Später wurde geltend gemacht, er sei in Dresden nur in die provisorische Regierung eingetreten, um die Gewalt nicht in die Hände der „Extremsten" gerathen zu lassen. Todt, der früher als Vertrauensmann der Regierung beim Bundestag gewesen, wurde mit Mißtrauen aufgenommen. Tschirner, ein beredter Anwalt, früher Präsident der zweiten Kammer, war der leitende Kopf dieser Regierung, die mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so willig sich auch das Volk zeigte.

Die Aufständischen waren so unklug, mit dem Militär, das auf Verstärkung wartete, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Bürgerwehr benahm sich gleich Anfangs etwas zweideutig, indem sie mit dem Militär eine besondere Abmachung wegen gemeinschaftlicher Besetzung des Zeughauses einging, wobei sie aber offenbar übervortheilt worden ist. Die Waffenruhe, welche Nachts vom 4. auf den 5. Mai verlängert wurde, brachte beiden Theilen Zuzüge, der Aufstand erhielt solche jedoch nicht in dem Maße, wie seine Führer erwartet haben mochten. Man hatte Eilboten in Menge ausgesandt, die zum Zuzuge aufmahnten. In Leipzig wurden von den dortigen Demokraten fürchterliche Reden gehalten; sonst geschah nichts zu Gunsten Dresdens. Die Leipziger ließen sogar die Garnison, die in ihrer Stadt lag, nach einigem Widerstand nach Dresden abrücken und sandten dann den Advokaten Cichorius an die — Zentralgewalt. Aus Chemnitz kamen Zuzüge von Maschinenarbeitern und aus den Kohlenwerken des Herrn von Burgk erschienen mehrere Hundert Bergleute, welche die fünf Vierpfünder, die dieser Herr besaß, mitbrachten.**)

*) Besonders eine, die der berühmte Architekt Semper erbaut hatte. Es waren an dieser Erhebung noch mehrere Künstler betheiligt, namentlich der Kapellmeister Röckel und der später so berühmte Richard Wagner, der nachher wegen Hochverraths steckbrieflich verfolgt wurde. Die Künstler stellten überhaupt ein starkes Kontingent zur Demokratie. Die berühmte Sängerin Schröder-Devrient trauerte tief um Robert Blum und sprach sich einst einigen sächsischen Diplomaten gegenüber aufs Schärfste über die von Windischgrätz an ihm verübte Gewaltthat aus.

**) Die Bergleute machten den Versuch, das vom Militär besetzte Schloß zu unterminiren, was ihnen aber nicht gelang.

Dies war das einzige Geschütz der Aufständischen, denn das Zeughaus blieb ihnen verschlossen.

Die Kommunalbehörden suchten noch einmal zu vermitteln, allein die Minister Beust und Rabenhorst stellten die härtesten Bedingungen und so begann der Kampf wieder am Nachmittage des 6. Mai. Inzwischen waren außer den sächsischen Regimentern zwei preußische Infanteriebataillone, sowie preußische Artillerie angekommen; die Kavallerie schnitt die Zuzüge ab und die Barrikaden wurden mit schweren Geschützen beschossen. Man sah nun, wozu das Militär den Waffenstillstand abgeschlossen hatte. Es hatte Zeit gewinnen, die Verwirrung, in die es gerathen, beseitigen und den Aufstand bis zur Ankunft der Preußen in der Defensive halten wollen.

Der Kampf war furchtbar, denn die Vertheidigung entwickelte die äußerste Zähigkeit. Das Militär drang durch die Häuser vor, in denen sich furchtbare Szenen abspielten. Wenn die Vertheidiger der Häuser getödtet oder vertrieben waren, feuerte das Militär aus den Fenstern auf die Barrikaden. Die preußische Artillerie richtete große Verwüstungen an; die kleinen Geschütze der Burgk'schen Bergleute konnten ihr nicht Stand halten. Der General Homilius, Kommandant der sächsischen Artillerie, wurde durch einen Schuß aus einer der Burgk'schen Kanonen getödtet.

Die Vertheidigung wurde von dem Russen Bakunin in diktatorischer und terroristischer Weise geleitet.*) Die Uebermacht des Militärs erdrückte nach und nach den Widerstand, so tapfer auch die einzelnen Barrikaden vertheidigt wurden. Die Truppen drangen am 7. Mai in den Hauptstraßen gegen das Innere der Stadt vor und die Wuth des Kampfes erreichte ihren Höhepunkt an der Barrikade in der großen Frauengasse bei der Stadt Rom. Preußen und Sachsen, wiederholt und mit schweren Verlusten zurückgeschlagen, konnten nur mit den äußersten Anstrengungen die feste Stellung der Volkskämpfer erstürmen. Als die Stadt Rom endlich genommen war, hausten sie darinnen dermaßen, daß sie sogar einen Prinzen von Schwarzburg-Rudolstadt, einen österreichischen Offizier, der krank in dem Hotel lag, in der Hitze tödteten.**)

*) Der Verfasser fragte einst in Sachsen einen alten Bergmann, der auf den Barrikaden in Dresden mitgefochten, ob er Bakunin gesehen habe und wie dieser aufgetreten sei. „Oh," meinte der Alte, „gesehen hab' ich ihn oft, aber es war an ihm nichts als ein ungeheurer Bart zu sehen."

**) Der preußische Oberst von Waldersee hat eine Schrift über den Dresdener Aufstand erscheinen lassen, worin es heißt, die preußischen Soldaten hätten auf den Dresdener Barrikaden Berliner Märzkämpfer zu erkennen geglaubt. Das hatte man ihnen jedenfalls vorgespiegelt, um sie zu fanatisiren. Weiter heißt es in der Schrift: „So waren denn die preußischen Soldaten ohne alle Aufforderung

Die Bürgerwehr hatte sich bald von dem Kampfe zurückgezogen; es waren fast nur Arbeiter, die zuletzt noch auf den Barrikaden fochten. Von dem Bürgerwehrkommandanten Heinze hieß es, er habe sich absichtlich von den Soldaten fangen lassen.

Die Stadt braunte während des Kampfes an mehreren Stellen; namentlich waren das alte Opernhaus und ein Theil des Zwingers von den Flammen zerstört worden. Wer die Gebäude in Brand gesteckt, dies zu untersuchen hat, wie immer in solchen Fällen, gar keinen Werth, denn bei einem solchen Kampfe kann es kaum ausbleiben, daß Gebäude in Brand gerathen. Die Reaktionäre behaupteten natürlich, die Volkskämpfer hätten „muthwillig" Feuer angelegt; nach einer anderen Anschauung ist der Brand durch das Artilleriefeuer entstanden.

Am 8. Mai des Abends, während der Kampf noch wüthete und eine solche Erbitterung angenommen hatte, daß selbst Frauen und Mädchen auf den Barrikaden kämpften und fielen, sahen die Leiter des Aufstandes ein, daß der Widerstand vergeblich war. Das Militär hatte alle Ausgänge der Stadt bis auf einen einzigen besetzt. Man beschloß, den Kampf in das Erzgebirge und zwar nach Freiberg zu verlegen. Um Mitternacht zogen die Volkskämpfer ab und suchten auf der Dippoldiswaldaer Straße Freiberg zu erreichen. In der Stadt waren noch einige Barrikaden und Häuser besetzt geblieben, sei es nun, daß die Vertheidiger nicht weichen wollten, sei es, daß beim Abzuge Verwirrung eintrat. Die Truppen nahmen am Morgen des 9. Mai diese letzten Positionen nach verzweifeltem Widerstande der Vertheidiger ein. Dresden wurde in einem Umkreise von drei Meilen in Belagerungszustand erklärt.

Es waren viele bewaffneten Zuzüge seitens des Volkes auf dem Marsche nach Dresden begriffen; natürlich kehrten dieselben wieder um, als sie erfuhren, daß die Hauptstadt genommen sei. Sie gaben damit den Kampf verloren. In der That war die Kraft des Aufstandes nach der Einnahme von Dresden gebrochen. Heubner kam mit einer starken Schaar in Freiberg an, allein die Behörden baten so flehentlich, die Stadt nicht

---

von Seite ihrer Vorgesetzten, gewissermaßen stillschweigend übereingekommen, sich bei dem hier wieder bevorstehenden Kampfe nicht auf das in seinen Resultaten so durchaus unsichere, jedenfalls langwierige gerichtliche Verfahren zu verlassen, sondern selbst kurzen Prozeß zu machen. Diese Ansicht theilten sie ihren sächsischen Kameraden mit. Und wie es zu gehen pflegt, daß Proselyten einer neuen Lehre diese eifriger und mehr mit allen Auswüchsen aufnehmen und ausüben, als die Lehrer selbst, so auch hier." — Die „Schüler" haben in der That die „Lehrer" übertroffen. Charakteristisch ist, daß die preußischen Staatsretter erst die „Lehrer" spielen mußten!

einem Kampfe auszusetzen, daß er abzog und sich nach Chemnitz wendete. Er eilte mit Bakunin voraus, um in Chemnitz die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, ward aber durch Verrath den Behörden überliefert und mit Bakunin gefangen nach Dresden gebracht. Röckel war vorher gefangen worden; Tschirner entkam nach Baden und Todt, der sehr bald nach Frankfurt abgegangen war, erreichte die Schweiz.*)

Die Aufständischen verliefen sich rasch. Sie hatten sich während des Kampfes musterhaft betragen; das gebräuchliche „Heilig ist das Eigen-

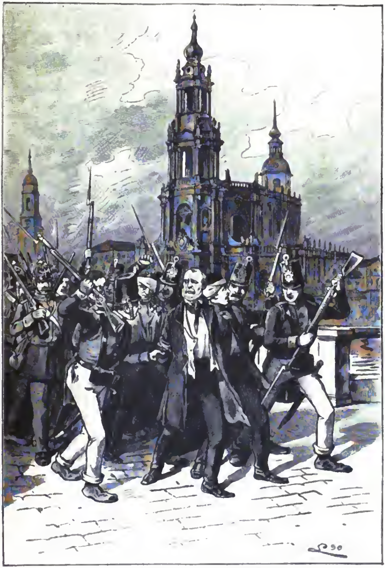


Karl Todt.

thum!" stand überall angeschrieben. Um so schrecklicher hausten die Sieger, die durch den langen Widerstand erbittert waren. Ein so reaktionäres Blatt, wie die „Illustrirte Zeitung," schrieb damals: „Wir beklagen es, daß der Sieg der gesetzlichen Ordnung von Seiten der Soldaten vielfach durch Plünderung, sowie durch andere Handlungen getrübt worden ist, die sich wohl durch die Erbitterung, welche durch den hartnäckigen Widerstand der Volkskämpfer in ihren Reihen geweckt wurde, erklären, aber

*) Ein württembergischer Demokrat, Herr L. B., welcher Todt auf dessen Flucht in Göppingen aufnahm und ihn über den Bodensee nach Rorschach brachte, erzählte dem Verfasser, daß Todt bei seiner Ankunft in Rorschach „die freie Erde des Schweizerlandes" geküßt habe.

nicht rechtfertigen lassen." — Die „anderen Handlungen" bestanden in der Abschlachtung Gefangener und Wehrloser und in der sonstigen



Transport gefangener Aufständischer über die Elbbrücke in Dresden.

Mißhandlung der Gefangenen. Man führte zuerst die Gefangenen über die Elbbrücke nach der Tuchhalle in der Neustadt; als es dort überfüllt

war, brachte man sie in die Frauenkirche und nach dem Gewandhause. Namentlich in der Frauenkirche hatten sie schreckliche Stunden auszustehen.*)

Aus dem Volke fielen in diesem Kampfe 178 Personen, wovon nur 70 rekognoszirt werden konnten; 108 blieben unbekannt. Den Verlust der Truppen gab man offiziell auf 34 Todte und 36 Verwundete an.

Gegen die Gefangenen, unter denen sich eine Reihe der tüchtigsten und angesehensten Männer des Landes befanden, erging ein hartes Strafgericht. Heubner und Röckel wurden zum Tode verurtheilt, vom König aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, wovon Heubner zehn und Röckel elf Jahre verbüßte. Auch gegen Andere ergingen harte Urtheile. Das Zuchthaus zu Waldheim wurde ein Ort des Schreckens. Außer mit Hunger, Lattenarrest und anderen Torturen wurden die Gefangenen auch damit bestraft, daß ihnen ein Eichenklotz mit einer Kette an einen Fuß befestigt wurde. So mußten sie den Eichenklotz überall mit sich schleppen.**)

Das sächsische Volk bezeigte den Gefangenen, namentlich Heubner***), eine fast unbegrenzte Verehrung. Am meisten vielleicht wurde Bakunin bedauert, der zum Tode verurtheilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und dann an Oesterreich ausgeliefert wurde, das ihn wegen seiner Betheiligung am Juni-Aufstand von Prag reklamirte. Von Oesterreich ward er wiederum an Rußland ausgeliefert, eine Zeit lang in Schlüsselburg festgehalten und dann nach Sibirien gebracht. In den sechsziger Jahren kam er in Nordamerika an und wollte auf abenteuerliche Weise aus Sibirien entflohen sein. Die Rolle, die er später spielte, konnte nur die eines Narren oder eines Polizeispions sein. Er suchte die internationale Arbeiter-Assoziation dem Anarchismus in die Hände zu spielen, ward aber auf dem Kongreß im Haag aus derselben ausgeschlossen.†)

Während in Dresden gekämpft wurde, brach auch in Breslau ein Aufstand aus. Die Bourgeoisie dieser Stadt demonstrirte nur für die

*) Siehe Röckel: Sachsens Erhebung &c., Seite 74.

**) Der Handelskammersekretär Kirbach von Plauen soll heute noch die Spuren vom Tragen eines solchen Klotzes am Beine haben. Räthselhaft ist nur, wie man mit solch einem Denkzeichen ein Feind der Sozialisten werden kann.

***) Heubner, heute zur freisinnigen Partei gehörig, hat unlängst in Dresden seinen 80. Geburtstag gefeiert, der von den Freisinnigen festlich begangen wurde. Dabei werden die sächsischen Freisinnigen nicht müde, die Sozialdemokraten als „Umsturzpartei" zu bekämpfen, während sie die Revolutionäre von ehemals in ihren eigenen Reihen verherrlichen. Und doch ist es der Sozialdemokratie noch gar nicht eingefallen, sich gewaltsamer Mittel zu bedienen.

†) Siehe darüber die vortreffliche Schrift von Karl Marx: „Die Allianz der sozialistischen Demokratie," worin das Treiben Bakunin's und anderer Anarchisten enthüllt ist.

Reichsverfassung; die Arbeiter hatten die Absicht, eine Batterie zurückzuhalten, welche nach Dresden bestimmt war, um dort den Aufstand niederwerfen zu helfen. Eine Volksversammlung im Freien war verboten worden. Es fand darauf eine große Versammlung im „Deutschen Kaiser" statt, wo die Redner sich äußerten, die Durchführung der Reichsverfassung sei nunmehr Sache des Volkes. Man begann Barrikaden zu bauen und es kam zu Zusammenstößen mit dem Militär. Es ward auf das Volk geschossen und einige Opfer fielen. Das Militär besetzte die wichtigsten Punkte; seine Stellung auf dem Ring beherrschte die Stadt. Am folgenden Tage, den 7. Mai, begann am Nachmittag ein ernster Kampf, nachdem es am Vormittag nur zu einigen kleineren Zusammenstößen gekommen war. Eine Menge von Barrikaden erhoben sich. Sie wurden alsbald von den Truppen angegriffen und nach hartnäckigem und blutigem Kampfe genommen. Namentlich am „Rothen Hirsch" und in der Nikolaistraße ward erbittert gekämpft. Die Truppen hatten große Verluste; es fielen auch mehrere Offiziere. Die Breslauer Bourgeoisie zeigte sich in ihrer wahren Gestalt; sie verschloß den verwundeten Barrikadenkämpfern ihre Thüren; an einigen Orten sollen die Barrikadenkämpfer von den fanatischen Spießbürgern sogar meuchlerisch im Rücken angegriffen worden sein, während sie sich in der Front gegen die Truppen zu wehren hatten. Auf den Barrikaden gab es weniger Todte und Verwundete, als bei den Truppen. Gegen Mitternacht waren die Truppen Sieger und am Morgen wurde für Breslau und dessen zweimeiligen Umkreis der Belagerungszustand verkündigt.

Im Norden blieb Alles ruhig. Zwar schleuderte die Demokratie auch dort eine Menge hochtönender Proklamationen in die Welt. Aber an dergleichen war das Volk schon zu sehr gewöhnt, wie auch der Aufruf, den die Frankfurter Linke an das Volk erließ und in dem sie an die Gewalt der Waffen appellirte, bei der großen, ja übergroßen Mehrzahl des Volkes ohne Wirkung blieb.

Ganz anders sah es am Rhein aus. Dort gab es Gegenden mit weit vorgeschrittener Industrie, wo die Arbeiter, die nach vielen Tausenden zählten, in steter Bewegung waren. Die rheinische Bourgeoisie hatte gegenüber dem Sozialismus und den Arbeiterbestrebungen überhaupt den gewöhnlichen Widerwillen und Schrecken gezeigt. Die Reichsverfassung kam dieser Bourgeoisie sehr erwünscht; sie hoffte von der Durchführung derselben einen Aufschwung ihres Handels und die Schaffung einer deutschen Flotte zum Schutze der Handelsmarine. Darum wendete sich die Bourgeoisie an die Massen und diese erhoben sich an verschiedenen Plätzen, wenn für sie die Reichsverfassung an sich auch fast ohne Bedeutung war. Sie erhoben sich gegen die allgemeine Reaktion; der Titel, den der

Aufstand annahm, war ihnen gleichgültig. Köln blieb ruhig; aber in Essen gährte es so, daß eine gewaltsame Explosion unvermeidlich schien. In Elberfeld und Düsseldorf kam es zum Kampfe. Die demokratische Agitation hatte auch die Landwehr mit fortgerissen. Am 7. Mai fand in Elberfeld eine Versammlung von Landwehrmännern statt, welche die Einberufung des ersten Landwehraufgebots durch das Ministerium Manteuffel für gesetzwidrig erklärte und beschloß, diesem Ministerium keinen Gehorsam zu leisten. Aehnliche Erklärungen von Landwehrleuten folgten. Die Polizei riß diese Erklärung, wo sie angeschlagen wurde, ab; die Erregung stieg und bald erfolgte in Elberfeld der Zusammenstoß mit der dortigen Garnison. Dieselbe zog sich nach einem Gefechte mit dem Volke und nachdem ein Offizier gefallen, aus der Stadt zurück. Am 10. Mai kam es in Düsseldorf zum Barrikadenkampf, bei dem das Militär siegte. Die geraden Straßen Düsseldorfs waren zu solch einem Kampfe nicht geeignet. Die damaligen Zeitungen sind voll von schrecklichen Einzelheiten dieses Kampfes, namentlich über die Behandlung, welche die besiegte Stadt von den Truppen erfuhr.*)

In Elberfeld bildete sich ein Sicherheits-Ausschuß, in dem die Bourgeoisie dominirte. Viele tausend Volkskämpfer strömten dort zusammen; von Solingen zog sogar eine Abtheilung bewaffneter Mädchen aus. Aus den Zeughäusern zu Gräfrath und zu Siegburg wurden Waffen genommen. Da die verfügbare Militärmacht vollständig beschäftigt war, so hatte Elberfeld lange Zeit, sich auf den Kampf vorzubereiten. Die Stadt ward sehr stark verbarrikadirt. Die Arbeiter zeigten sich sehr kampflustig, das Proletariat bot seine Massen auf und dies ward benutzt, um der Bourgeoisie Furcht einzuflößen. Die Mucker waren sehr thätig dabei, und richtig gelang es, den Spießbürgern eine solche Angst vor dem „Kommunismus" beizubringen, daß der regierende Sicherheits-Ausschuß die entschiedenen Demokraten und die „Fremden" aus der Stadt auswies.**) Nirgends hat die Bourgeoisie ihre Feigheit und Unfähigkeit deutlicher an den Tag gelegt, als in dieser charakteristischen Episode zu Elberfeld.

*) Wir haben diese Mittheilungen, die in ersichtlich höchster Erregung niedergeschrieben sind, nicht auf ihre Wahrheit prüfen können. Wenn nur die Hälfte davon wahr ist, dann sind die Dinge schauderhaft genug.

**) Dies passirte u. A. auch Friedrich Engels, der von Köln nach Elberfeld geeilt und dort sehr thätig gewesen war. Es ward ihm gesagt, die Elberfelder Bourgeoisie befürchte, er möchte die rothe Republik proklamiren, und so ward ihm ein Ausweisungsbefehl vom „demokratischen" Sicherheits-Ausschusse zugestellt. Dies merkwürdige Dokument lautete dahin, er habe unter Anerkennung seiner Thätigkeit das Weichbild der Stadt zu verlassen, „indem seine Anwesenheit Anlaß zu Mißverständnissen über die Bewegung geben könnte." (Siehe „Neue Rheinische Zeitung," 17. Mai 1849.) — Am 18. Mai erschien die berühmte roth-

Da nun die Arbeiter ohne Führer waren, so geriethen sie in Unschlüssigkeit. Als bald darauf eine große Truppenmacht mit starkem Geschütz gegen die Stadt rückte, wurde die Nachricht verbreitet, die Reichsverfassung sei vom König angenommen worden. Darauf wurden die Barrikaden abgetragen und die Freischaaren warfen sich unter der Führung eines alten Offiziers, Otto von Mirbach*), in die Berge, wo sie gefangen wurden oder sich zerstreuten.

So verlief diese Bewegung ohne weiteren Kampf, aber sie hatte noch ein Nachspiel in Westfalen. Die kräftigen Arbeiter dieses Landes erhoben sich in Hagen und in Iserlohn. Sie hatten keine geeigneten Führer gefunden, aber es war ihnen ein großer Pulvertransport in die Hände gefallen. Der Kampf konzentrirte sich auf Iserlohn, das stark verbarrikadirt war. Die Aufständischen hatten als Artillerie zwei Sechspfünder und einige Böller. Man hatte meistens Brandenburger gegen sie gesendet. Auch hier trennte sich, wie in den anderen Städten, die Bourgeoisie im entscheidenden Momente von den Arbeitern. Das Militär umringte die Stadt und griff sie von allen Seiten an. Der Kampf war furchtbar, denn die Arbeiter wehrten sich mit allem Muth und aller Zähigkeit, wie es ihre Lage mit sich brachte. Es fielen eine Menge Menschen auf beiden Seiten. Die Besiegten mußten wie gewöhnlich den Zorn der Sieger verspüren und die Reaktion entschuldigte dies damit, daß die Soldaten durch den Tod eines Oberstlieutenants gereizt gewesen seien. Aber wie mußten da die Arbeiter und die Demokraten gereizt sein!

Der Belagerungszustand ward über die aufständischen Städte verhängt. Rheinland und Westfalen seufzten unter der Militärdiktatur.

---

gedruckte letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit dem poetischen Abschiedswort von Freiligrath an der Spitze. Ihre Redakteure waren fast alle flüchtig und zum Theil steckbrieflich verfolgt; Karl Marx wurde aus Preußen ausgewiesen.

*) Dieser war auf Vorschlag von Engels vom Sicherheits-Ausschuß mit dem Kommando betraut worden.

Die süddeutsche Mairevolution.

Die Bewegung in der Pfalz und in Baden, die zu den sogenannten Verfassungsaufständen gerechnet werden muß und bei welcher die Verfassung nur das Panier und nicht das Ziel des Kampfes bildete, war weit nachhaltiger und tiefgehender, als die mehr lokalen Aufstände in Sachsen und in den Rheinlanden.

In der Pfalz nahm der Widerstand gegen die Reaktion zuerst die Gestalt eines Aufstandes an.

Die Pfälzer hatten sich im Jahre 1848 ruhiger verhalten, als man von ihnen erwartete. Als aber die bayrische Regierung sich entschieden gegen die Reichsverfassung erklärte, da wurden auch die behäbigen konstitutionellen und liberalen Bürger unruhig und die entschiedenen Demokraten und Republikaner trieben die Bewegung vorwärts. In Kaiserslautern fand am 1. und 2. Mai eine große Volksversammlung statt, in der ein Landesvertheidigungs-Ausschuß gewählt wurde. In diesem Ausschusse saßen einige Mitglieder der Frankfurter Linken. Die Versammlung beschloß, die Regierung, die Gemeinden und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfassung aufzufordern; die pfälzischen Soldaten sollten aus dem bayrischen Dienst abberufen, die Volksbewaffnung durchgeführt und die Steuern verweigert, sowie die öffentlichen Kassen mit Beschlag belegt werden, wenn die Reichsverfassung nicht anerkannt würde. Man wollte diese Revolution offenbar möglichst „gesetzlich" machen. Eine Versammlung in Neustadt sprach sich für die Republik aus; man nahm indessen die Reichsverfassung als Banner, ohne auf die Republik zu verzichten. Das Militär zeigte sich der Bewegung sehr geneigt und ging bald zahlreich zu derselben über.

Vom Reichsverweser war der Abgeordnete Bernhard Eisenstuck aus Chemnitz als Reichskommissär nach der Pfalz geschickt worden. Man mußte einen „Linken" nehmen, denn ein Anderer wäre in der Pfalz einfach verlacht worden. Eisenstuck sprach seine Zustimmung zu den Maßregeln für die Durchführung der Reichsverfassung öffentlich aus und bestätigte damit den Landesvertheidigungs-Ausschuß. Er bewog auch

preußische Truppen, welche die Zentralgewalt aus Mainz nach Landau beordert hatte, zum Umkehren.*) Eisenstuck wurde natürlich abberufen und von den Reaktionären hart angegriffen.

Die pfälzische Revolution ging recht gemüthlich vor sich; bis auf die Festungen Landau und Germersheim fiel ihr das ganze Land zu. Wenn man einen festen Rückhalt gewinnen wollte, so mußte man so rasch als möglich die Streitkräfte organisiren und sich der beiden Festungen bemächtigen. Dies war namentlich bei Landau nicht sonderlich schwierig, denn die Besatzung war sehr geneigt, zu den Aufständischen überzugehen.

Allein die Leiter der pfälzischen Erhebung waren eben so lässig, wie die große Masse des Volkes selbst. Während aus den leitenden Kreisen überflüssige Proklamationen kamen, aber sonst nichts oder wenig geschah, trat bei der Menge an die Stelle der Thatenlust der Wirthshauslärm, die Prahlerei beim Schoppen und die damit unzertrennlich verbundene Nachlässigkeit. Der Feind wurde in Reden und Liedern unzählige Male vernichtet; als aber die Preußen wirklich anrückten, war nur eine kleine Anzahl von Kämpfern da und der Widerstand war ganz unerheblich. Die wirklich tüchtigen und energischen Leute konnten an diesen Zuständen nichts ändern und das edle Geschlecht der „Krischer" blieb obenauf — bis es zu knallen begann. Dann verschwanden sie sehr schnell.

Die im Laufe des Monats Mai eingesetzte provisorische Regierung bestand theilweise aus sehr gemäßigten Leuten; sie hatte weder die Energie noch den Muth, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen. Zum Oberkommandanten der Streitkräfte ernannte sie den aus Wien bekannten Fenner von Fenneberg, der sich gänzlich unfähig erwies.**) Sie schrieb auch eine Zwangsanleihe aus, aber sie hatte nicht das Zeug, sie ergiebig zu machen und befand sich immer in den kläglichsten Geldverlegenheiten. Durch eine eilig zusammengebrachte Volksvertretung wurde die Lostrennung von Bayern ausgesprochen, was ohne alle Bedeutung war, denn die Trennung war faktisch schon vollzogen.

Obschon am 5. Mai die im Klub Donnersberg vereinigte äußerste Linke zu Frankfurt im Hinweis auf die Pfalz Deutschland zu den Waffen rief und obschon das Parlament sich so weit aufraffte, das Einrücken

*) Dies theilte Eisenstuck in seinem Bericht an das Frankfurter Parlament mit.

**) Für ihn war eine Hauptsache, sich in seiner Uniform porträtiren zu lassen. — Er schrieb später eine Broschüre, in der er alle Schuld auf Andere schob, wie so Manche gethan, die in diesen Bewegungen Posten angenommen hatten, denen sie nicht gewachsen waren.

preußischer Truppen in Sachsen als einen Reichsfriedensbruch zu bezeichnen, so wäre die an und für sich recht kraftlose pfälzische Erhebung sicherlich sehr bald zergangen, wenn nicht die Erhebung des benachbarten Baden erfolgt und damit ein neuer Impuls für die Pfalz gekommen wäre.

In Baden hatte sich die demokratische Partei durch den Struve-Putsch und seinen Ausgang nicht entmuthigen lassen. Sie schuf, namentlich durch die Bemühungen von Amand Goegg, eine umfassende Organisation und bedeckte das Land mit einem Netze von über 400 Volksvereinen.*) Die Bewegung drang auch in das Militär ein, so daß dieses bei dem Aufstand eine entscheidende Rolle spielte. Offenbar hatte die Haltung des pfälzischen Militärs auf die des badischen einen gewissen Einfluß. Im Frühjahr 1849 mußten die Prozesse gegen die politischen Gefangenen, gegen Fickler, Struve, Blind u. A., verhandelt werden. Die öffentliche Meinung nahm für die Angeklagten Partei und gestattete der Regierung nicht, ihre politischen Gegner, nach gewohnter Manier, als Verbrecher zu behandeln. Struve, Blind, Fickler und andere Angeklagte wurden vor den Geschworenen zu Anklägern der Regierung, und die Vertheidiger, darunter der gewandte Brentano von Bruchsal mit seiner glänzenden Beredtsamkeit, erhoben ihre Stimme vor den Geschworenen so kräftig, daß fast alle Urtheile gegen die Regierung ausfielen. Im ganzen Lande machten sich republikanische Bestrebungen bemerkbar und der Landes-Ausschuß der Volksvereine besaß mehr Ansehen im Lande, als die Regierung.

Anfangs dachte man nur daran, der Pfalz in ihrem Reichsverfassungs-Kampfe zu Hülfe zu kommen. Aber Amand Goegg entwickelte schon Anfang Mai bei einer geheimen Zusammenkunft mit der äußersten Frankfurter Linken zu Mannheim den Plan, auf einer großen Volksversammlung in Offenburg die Republik zu proklamiren. Die Mehrheit der Versammelten sprach sich dagegen aus; man billigte aber die Abhaltung einer großen Versammlung in Offenburg.**) Darauf hin berief Goegg auf den 12. Mai nach Offenburg den Landes-Kongreß von Delegirten der sämmtlichen Volksvereine und auf den 13. Mai eine große Landes-Volksversammlung.

Der Landes-Kongreß beschloß, eine Deputation mit den Forderungen der Landes-Volksversammlung nach Karlsruhe zu senden, und wenn die Forderungen abgeschlagen würden, den Landesausschuß für permanent

*) Die unter der Gönnerschaft des Ministers Bekk gegründeten „Vaterlandsvereine" konnten keinen Boden gewinnen. Sie wurden von den Demokraten spöttisch „Baptisten-Vereine" genannt, weil Bekk den Vornamen Baptist hatte.

**) Siehe „Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849," Zürich 1876.

zu erklären, so daß dieser an das Volk zu appelliren und eine konstituirende Versammlung einzuberufen hätte.

Die Delegirten des Kongresses wollten nicht so weit gehen, wie Goegg und die feurige republikanische Jugend des Landes. Die Reichsverfassung war, wie wir schon bemerkt, vom Großherzog anerkannt und die Vereidigung des Militärs und der Bürgerwehr auf dieselbe bereits zum 13. Mai angesetzt worden. Deshalb verlangte die Mehrheit des Kongresses nur den Sturz des Ministeriums Bekk, das als „liberal" galt, aber sich keiner Sympathien beim Volke erfreute; sodann die Auf-



Amand Goegg.

lösung der Kammern, Einberufung einer badischen konstituirenden Versammlung und Amnestie für die politischen Gefangenen und Flüchtlinge.

Am anderen Tage, als das Volk in Offenburg zusammenströmte, gewann eine entschiedene Politik die Oberhand. Goegg hatte in der Nacht mit anderen jungen Demokraten ein radikales Programm ausgearbeitet, das er der Volksversammlung vorlegte. Er verzichtete auf die Proklamirung der Republik.

Das Ministerium Bekk wies die Forderungen der Offenburger Deputation ziemlich schroff zurück. Es war vorauszusehen, daß nunmehr mit der Rückkehr der Deputation der Sturm losbrechen werde. Inzwischen

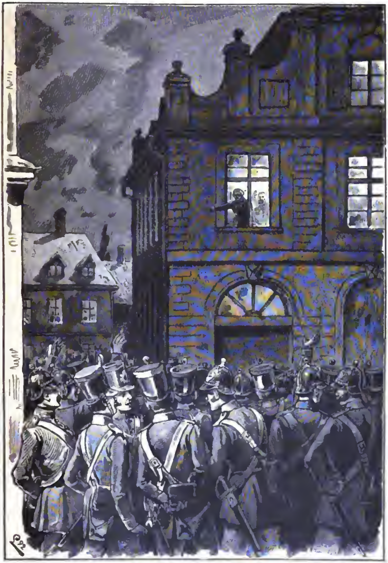
kam in Offenburg eine Soldaten-Deputation aus Rastatt an, welche meldete, daß die Garnison der Bundesfestung Rastatt sich erhoben und die reaktionären Offiziere nebst dem Festungskommandanten vertrieben habe. Die Soldaten hatten Versammlungen mit den Bürgern zusammen abgehalten und die Redner waren verhaftet worden. Sie wurden gewaltsam befreit. Als die Verhaftungen sich wiederholten, brach der Aufstand los und die Festung kam in den Besitz der Aufständischen, die sie dem Landes-Ausschusse zur Verfügung stellten. Der Kriegsminister Hoffmann, der am anderen Tage mit einer reitenden Batterie und mit einigen Schwadronen Kavallerie von Karlsruhe nach Rastatt kam, ward zur Flucht genöthigt.

Auf diese Nachrichten hin drang Goegg mit seinem Programm in der großen Volksversammlung durch. Dieses Programm verkündete den Kampf gegen die Mächte, welche der Frankfurter Reichsverfassung und der deutschen Freiheit überhaupt feindlich gegenüber getreten seien. Es sei klar, daß diese Mächte sogar Rußland zu Hülfe rufen würden. Die Deutschen befänden sich im Zustand der Nothwehr und müßten sich verbinden, um die Freiheit zu retten. Das badische Volk werde die Volksbewegung in der Pfalz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen.

Das Programm war das weitgehendste, welches von der bürgerlichen Demokratie in den Jahren 1848 und 1849 aufgestellt worden ist. Es verlangte Durchführung der Reichsverfassung, Abdankung des Ministeriums Bekk und Bildung eines neuen durch die Bürger Brentano und Peter, Einberufung einer konstituirenden Landesversammlung, „welche in sich die gesammte Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt“; Volksbewaffnung auf Staatskosten; Amnestie; Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, freie Wahl der Offiziere; unentgeltliche Aufhebung sämmtlicher Grundlasten; Selbständigkeit der Gemeinden; Geschworenengerichte; Beseitigung der bureaukratischen Verwaltung; Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Uebergewicht der großen Kapitalisten; Abschaffung des alten Steuerwesens und dafür eine progressive Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle; „Errichtung eines großen Landespensionsfonds, aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann. Hierdurch fällt der besondere Pensionsfonds für die Staatsdiener von selbst weg.“ —

Aus diesem Programm, das von der wohl 35 000 Köpfe starken Versammlung auf dem Marktplatze zu Offenburg mit brausendem Zuruf angenommen wurde, ist leicht zu ersehen, wie wenig die Reichsverfassung

als solche für diese Bewegung zu bedeuten hatte. Das Programm war ein für den Moment geglückter Versuch, die verschiedenen Parteien inner=



Goegg spricht zu den Soldaten von dem Rathhaus in Rastatt.

halb der Bewegung zu vereinigen. Im Vergleich zu den Umständen, innerhalb deren es entstand, muß es als radikal bezeichnet werden. —

Goegg traf eine Reihe revolutionärer Maßregeln, bemächtigte sich der Eisenbahn und kümmerte sich nicht um den als Reichskommissar anwesenden Raveaux, welcher eine sonderbare Rolle spielte, indem er bald mit den Aufständischen, bald mit dem Minister Bekk unterhandelte. „Nicht viel reden wollen wir diesmal, sondern handeln," sprach Goegg. Nachdem die Versammlung sein Programm angenommen, beantragte er, man solle sich in Masse nach Rastatt begeben und sich dort mit den Soldaten vereinigen.

Der neu gewählte Landes-Ausschuß hatte sich in Permanenz erklärt. Es waren mit Ausnahme von Brentano, den man nicht umgehen konnte, nur die entschiedensten Männer in den Ausschuß gewählt worden.*) Mit einer Anzahl entschlossener Leute eilte der Landes-Ausschuß nach Rastatt voraus, fand aber zu seinem Erstaunen die Thore geschlossen und sah sich zurückgewiesen. Die zurückgebliebenen Offiziere, die meistens reaktionär gesinnt waren, hatten inzwischen einen theilweisen Umschlag herbeigeführt. Die Entschlossenheit Goegg's überwand auch diese Krisis und schließlich drohten die Kanoniere der Festung, sie würden die Thore einschießen, wenn man den Landes-Ausschuß nicht einlasse. Er ward endlich eingelassen. Auf dem Rathhause herrschte große Verwirrung; der Herr Bürgermeister hatte den Kopf verloren.**) Eine Menge Soldaten erschienen vor dem Rathhause und Goegg hielt in der Dunkelheit eine feurige Ansprache an dieselben, womit er sie für seine Sache gewann. Denselben Abend noch versuchten die reaktionären Offiziere einen Handstreich und ließen Generalmarsch schlagen. Es trat Verwirrung ein; schließlich aber wurden, namentlich durch die Entschlossenheit des Artilleriewachtmeisters Heilig von Pfullendorf, die reaktionären Offiziere verhaftet und der Landes-Ausschuß war der unbestrittene Herr der Situation.

Der Militäraufstand ging fast durch das ganze Land. In Bruchsal erhoben sich Volk und Militär zugleich und befreiten die politischen Gefangenen, darunter Struve und Blind.***) Diese begaben sich eiligst nach Rastatt.

*) Die Mitglieder des Landes-Ausschusses waren: Brentano von Mannheim, Fickler von Konstanz, Goegg von Mannheim, Peter von Konstanz, Werner von Oberkirch, Rehmann von Offenburg, Stay von Heidelberg, Willmann von Pfohren, Steinmetz von Durlach, Wernwag von Kenzingen, Richter von Achern, Degen von Mannheim, Ritter von Karsau und Stark von Lottstetten. Die beiden Letzteren waren Soldaten der Rastatter Garnison. — Die „gemäßigten" Anhänger Brentano's, wie der Rechtspraktikant Florian Mördes von Mannheim und der Gastwirth Thiebauth von Ettlingen, waren nicht gewählt worden.

**) Sallinger, damals Demokrat, später nationalliberal.

***) Nach Angabe von Gustav Rasch hätte der junge Schlöffel die Gefangenen befreit. Ob dies richtig ist, wissen wir nicht. In Offenburg war Schlöffel, der aus seiner Haft in Magdeburg entkommen war, anwesend und hatte sich an der Abfassung des Goegg'schen Programms betheiligt.

In Karlsruhe, wo das Militär mit dem Volke sympathisirt und seine Gamaschen verbrannt hatte, rückte am 13. Mai eine Abtheilung des ersten Regiments aus Bruchsal mit rothen Federn auf den Tschakos ein. Alsbald erhob sich auch die Karlsruher Garnison und vertrieb ihre Offiziere. Nur die Dragoner thaten nicht mit; sie machten einen Angriff auf die Infanterie. Eine Gewehrsalve tödtete den Rittmeister Laroche und drei Dragoner und trieb die anderen in die Flucht. Sie vereinigten sich später mit den Aufständischen, die nun das Zeughaus angriffen. Dies wurde von der reaktionären Karlsruher Bürgerwehr, welche später Brentano's Leibgarde bildete, gegen die aufständischen Soldaten vertheidigt. Das Zeughaus ward erst am anderen Morgen übergeben. Die Angreifenden hatten bei dem nächtlichen Kampfe mehrere Todte und Verwundete.

Während Nachts die Gewehrsalven durch die Straßen der Residenz hallten, entfloh der Großherzog, auf dem Protzkasten einer Kanone sitzend, nach Germersheim. Der Kriegsminister Hoffmann begleitete ihn mit 16 Geschützen und etwa 50 Mann. Herr Hoffmann, der Sieger von Staufen, wartete die Gefangennahme durch die Aufständischen ebensowenig ab, als Herwegh sie bei Dossenbach seitens der Württemberger abgewartet hatte. Nur daß man, was bei Herwegh verspottet wurde, bei dem großen Feldherrn Hoffmann selbstverständlich fand.*)

In Lörrach, im Seekreis und in Freiburg waren die Garnisonen gleichfalls in Bewegung gerathen. Der „Reichsgeneral" Miller, der mit württembergischen Truppen bei Freiburg stand, machte den Versuch, die Bewegung niederzuhalten, und drohte sogar Freiburg mit einem Bombardement; bei der Stimmung der Truppen war er aber genöthigt, sich zurückzuziehen. In Mannheim bewirkte Florian Mördes den Uebertritt des Militärs zur Revolution und bildete einen Sicherheits-Ausschuß. Er handelte übrigens damals durchaus im Interesse der Mannheimer Bourgeoisie, welche, ähnlich wie die Karlsruher Spießbürgerschaft, sobald wie möglich daran ging, die Kontrerevolution vorzubereiten.

---

*) Der Großherzog verließ Germersheim bald wieder, da sich nach Angabe des Ministers Bekk in dieser Festung „drohende Erscheinungen" zeigten. Er ging nach Ehrenbreitstein. — General Hoffmann suchte mit den 16 Geschützen Hessen oder Württemberg zu gewinnen. Da er nach Hessen nicht gelangen konnte, wendete er sich an die württembergische Grenze. In Fürfeld und Bonfeld von badischen und württembergischen Freischaaren eingeholt, mußten die Flüchtigen die Geschütze abliefern, die der badischen Regierung zurückgegeben wurden. Die Mannschaften gingen nach Baden zurück; die Offiziere wurden zum Theil gefangen, zum Theil entkamen sie. Einer erschoß sich.

Mit Ausnahme eines Reiterregiments, das sich aber nach einigen Tagen der neuen Regierung zur Verfügung stellte, war die ganze badische Armee zur Demokratie übergegangen.

In Karlsruhe herrschte nach der Flucht des Großherzogs unter den Behörden eine großartige Verwirrung. Der Gemeinderath wendete sich an die Minister, namentlich an Bekk, fand aber dieselben, wie es wörtlich in seinem Protokoll heißt, „im Zustand der Rathlosigkeit." Er beschloß, eine Deputation nach Rastatt zu schicken und dem Landes-Ausschuß erklären zu lassen, die Stadt Karlsruhe werde diesem nicht entgegentreten, wenn er nach Karlsruhe kommen würde, in der Voraussetzung, daß er für den Schutz der Stadt sorgen wolle.

Dieser Umstand ist wesentlich. Der Gemeinderath konnte bei der rathlosen Regierung keinen Rath finden und wendete sich an den Landes-Ausschuß, was einer Einladung an den letzteren, nach Karlsruhe zu kommen, sehr ähnlich sieht.*) Uebrigens wäre der Landes-Ausschuß mit oder ohne Einladung nach Karlsruhe gekommen und wir heben diese Sache nur hervor, um die „ordnungsliebende" Bourgeoisie und die sonst so übermüthige Bureaukratie in der Glorie ihrer Rathlosigkeit zu zeigen.

Struve, kaum in Freiheit gesetzt, beging sofort eine verhängnißvolle Unbesonnenheit. So viel Muth, Ehrlichkeit und guten Willen Struve besaß, so sehr gingen ihm praktische Einsicht, Ueberblick über die Verhältnisse und Selbstbeherrschung ab. In Rastatt durch Zufall oder Mißverständniß nicht eingelassen, ging er sofort nach Baden-Baden, wo sich damals Brentano aufhielt, und bewog diesen, sich an die Spitze der Revolution zu stellen. Brentano hatte kein Hehl daraus gemacht, daß ihm die neue Erhebung unwillkommen war. Man hatte sich zwar genöthigt gesehen, ihn zu Offenburg in den Landes-Ausschuß zu wählen; indessen hoffte man wohl, er werde sich nach dem Siege der entschiedenen Richtung von der Sache fernhalten und zurücktreten. Und nun wurde er gerade von Struve, der als ein Führer der entschiedenen Richtung galt, dringend gebeten, die Leitung der Bewegung zu übernehmen. Der hochmüthige und ehrgeizige

*) So faßten auch die Reichskommissäre Raveaux, Zell und Christ die Sache auf. (Siehe Raveaux, Mittheilungen über die badische Revolution, Seite 19.) Der Minister Bekk bestreitet natürlich, daß die Aufträge der Deputation den Charakter einer Einladung gehabt. Er rieth, wie er selbst erzählt, dem Gemeinderath, abzuwarten, mit welcher Macht der Landes-Ausschuß ankäme. Er selber war aber so klug, den Landes-Ausschuß nicht abzuwarten, sondern machte sich vorher mit den anderen Ministern unsichtbar. — Daß der Bürgermeister später auch bestritt, die Deputation habe eine Einladung nach Rastatt gebracht, entspricht der Haltung der Karlsruher Bourgeoisie, die sich nach allen Seiten zu salviren bestrebt war und sich nach dem Erfolg richtete.

Advokat fühlte sich unentbehrlich und er kam denn auch in der Haltung des Diktators herbei.

Er erschien am 14. Mai in Rastatt und trat ganz wie ein Ordnungsmann auf, indem er sagte, er werde auf die Aufforderung des Karlsruher Gemeinderaths nach der Residenz sich begeben, um dort „der Anarchie zu steuern."

Die Soldaten waren erstaunt, solch abgedroschene Phrase zu hören, mit der sonst die Reaktionäre ihre Gewaltthaten zu rechtfertigen bemüht



Lorenz Brentano.

waren. Indessen man ließ sich durch diese Dinge vorläufig nicht anfechten und in fröhlicher Stimmung ging es Karlsruhe zu.

Mit zwei Bataillonen Infanterie, drei Geschützen und drei Schwadronen Dragoner zog der Landes-Ausschuß unter klingendem Spiel in Karlsruhe ein. Bourgeois, Bureaukraten, Hofräthe und Hoflieferanten beugten sich vor der neuen Gewalt und jubelten ihr entgegen, wofür sie von Brentano vom Rathhausbalkon herab durch eine Rede belohnt wurden, in der er betonte, daß er nur für die Reichsverfassung und für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu wirken entschlossen sei. Brentano schwieg von dem Offenburger Programm und dasselbe wurde von Hoff aus Mannheim verlesen, schien aber der Karlsruher haute volée gar nicht zu gefallen.

In Karlsruhe verstärkte sich der Landes-Ausschuß auf 24 Mitglieder und setzte eine Vollziehungskommission ein, in welcher Brentano als Präsident das Innere und das Aeußere übernahm. Goegg bekam die Finanzen, Peter die Justiz und Eichfeld, ein ehemaliger badischer Offizier, das Kriegswesen.

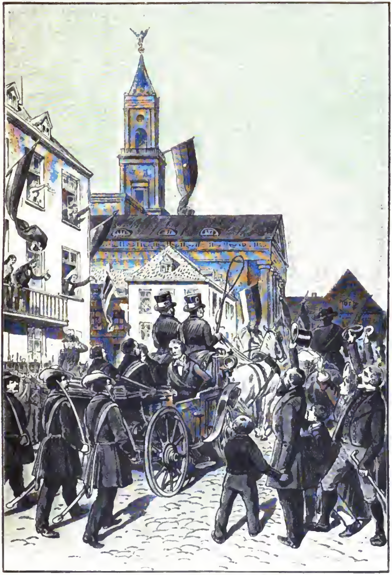
Brentano, so sehr er den Diktator spielte, war dennoch zu einer solchen Rolle nichts weniger denn geeignet. Er hatte Energie nur da, wo sie nicht nothwendig war. Seine Schwäche gegen die heuchlerische Bourgeoisie und Bureaukratie und seine Brutalität gegen die entschiedenen Demokraten und Republikaner war gleich groß. Er that gleich von vornherein, als gebe er die Sache verloren, so daß man nicht begreifen konnte, warum er sich an die Spitze des Aufstandes gestellt hatte. Gewiß ist nicht Alles richtig, was seine Gegner über ihn gesagt haben; gewiß aber ist, daß seine Regierung die badische Erhebung mehr gelähmt als gefördert hat. Man hat ihn nicht mit Unrecht den Leichenbitter der badischen Revolution genannt; in der That war ihr Untergang besiegelt, als er mit seinen Anhängern die Leitung in die Hand nahm.

Die übrigen Mitglieder der Regierung, meist junge Leute, waren ihm gegenüber machtlos, da er eine ungeheure Popularität besaß. Viele von ihnen erschraken, wenn er mit seinem Rücktritt drohte. Und dies geschah schon sehr bald, denn Brentano war gleich bestrebt, der Bureaukratie, die er zum großen Theil in ihren Aemtern beließ, es sehr leicht zu machen. Er verpflichtete sie nicht auf unbedingte Folgeleistung gegenüber der neuen Regierung, sondern nur „unbeschadet der durch die alte Landesverfassung übernommenen Verpflichtungen." Durch Drohung mit seinem Rücktritt erzwang er die Zustimmung des Landes-Ausschusses zu dieser halben Maßregel. Die Bureaukratie merkte sofort, wie viel es geschlagen hatte, und verschiedene Behörden, darunter auch der oberste Gerichtshof, verweigerten der neuen Regierung den Eid.

Fickler mit seiner Popularität und Energie hätte Brentano vielleicht mit Erfolg entgegentreten können. Allein er war meistens außerhalb des Sitzes der Regierung beschäftigt und von seiner Sendung nach Württemberg kam er nicht mehr zurück.

Peter war ein aufrichtiger Demokrat, aber er besaß nicht die Energie, um die Intriguen der Bureaukratie zu vereiteln. Eichfeld war zu unbedeutend, um den Ansprüchen des wichtigsten Postens, des Kriegsministeriums, gewachsen zu sein; er ließ die erste kostbare Zeit verstreichen und mußte dann abtreten. Was er versäumte, war kaum mehr gut zu machen.

Goegg, der Finanzminister, hatte sich nur auf Struve's Zureden bereit finden lassen, dies beschwerliche Amt zu übernehmen. Er fand in



Einzug des Landes-Ausschusses in Karlsruhe.

der Staatskasse nicht ganz drei Millionen Gulden baar und etwa eine Million Gulden in noch nicht ausgegebenen Staatspapieren vor. Goegg gab sich die redlichste Mühe, das Finanzwesen in Ordnung zu bringen und zu erhalten. Seine Verwaltung hat von Denen, die es sicherlich nicht besser oder nicht so gut wie er gemacht hätten, den meisten Tadel erfahren. Man vergißt dabei, daß es überhaupt eine Unmöglichkeit ist, in so kurzer Zeit — denn Mitte Juni trat Goegg das Finanzministerium ab — die Finanzen eines Landes, in dem eine Revolution alle Verhältnisse aufgelöst hat, vollständig zu reguliren. Wenn es auch manchmal an Geld gefehlt hat, so ist doch sicher, daß die badische Erhebung nicht an der Klippe des Geldmangels gescheitert ist. Daß Goegg in seinen Maßregeln vorsichtig war, hatte seinen Grund darin, daß er das Kleinbürgerthum, welches einen so wesentlichen Bestandtheil dieser Erhebung bildete, nicht erschrecken wollte. Die Zwangsanleihe, zu welcher Goegg erst die Zustimmung der konstituirenden Versammlung einholen mußte, konnte wegen der Kriegsereignisse nicht wirksam durchgeführt werden; ebenso kamen die Ereignisse der Ausgabe von Papiergeld zuvor. Gewiß läßt sich heute bei ruhiger Erwägung angeben, wie Manches hätte besser gemacht werden können; im Uebermaß der Arbeiten und in der Hast und Aufregung jener Tage war es aber schwieriger, das Richtige zu treffen. Im Uebrigen gab es unter den Führern der Bewegung nicht Viele, die sich mit solchem Eifer und mit solcher Hingabe wie gerade Amand Goegg in den Strudel dieser Revolution gestürzt haben. Manche, die ihn damals als zu „gemäßigt" tadelten, haben später sich den siegenden Mächten unterworfen und sind Ueberläufer geworden, während Goegg seiner Sache in einem langen, oft mit Entbehrungen verknüpften, aber unbefleckten Leben treu geblieben ist.*)

Die Exekutivkommission erließ eine amtliche Einladung an Friedrich Hecker, aus Amerika zurückzukommen. Er kam auch; als er aber in Straßburg anlangte, war schon Alles verloren und er kehrte schimpfend nach Amerika zurück. Am 17. Mai wurde ein Vertrag mit der pfälzischen Regierung abgeschlossen, wonach in militärischer Beziehung Baden und die Rheinpfalz **ein** Land bilden und das badische Kriegsministerium als

*) Man sagte ihm nach, es seien unter seiner Verwaltung dem entflohenen Großherzog 500 000 Gulden nachgesandt worden; auch Raveaux spricht davon in seiner erwähnten Schrift. Goegg hat diese Behauptung als „geradezu absurd" bezeichnet und erklärt, es könnten das nur Gelder gewesen sein, die **vor** seinem Amtsantritt auf die Seite gebracht worden seien. — Was Bernhard Becker über Goegg's Finanzverwaltung aus dessen eigenem Munde später in London gehört haben will, erscheint uns nicht glaublich.

das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet werden sollte. Das Brückengeld ward abgeschafft und die Einwohner beider Länder so angesehen, als gehörten sie einem und demselben Staate an. — Dieser Vertrag war nicht sehr staatsmännisch redigirt und es machte sich in der Folge manchmal ein sehr lächerlicher Dualismus zwischen dem revolutionären Baden und der revolutionären Pfalz fühlbar.

Zugleich wurden die Wahlen zu einer badischen konstituirenden Versammlung, nach dem Offenburger Programm, angeordnet; am 19. erschien ein Manifest, welches ankündigte, das badische Volk habe die Waffen ergriffen gegen die Mächte, die der Reichsverfassung feindselig seien. Die Abgeordneten Trützschler, Erbe und Raveaux schlossen sich diesem Aufruf an; Raveaux war nun ganz auf die Seite der Revolution getreten.

Nachdem die badische Demokratie die Macht ergriffen und den Feinden des Verfassungswerkes den Handschuh hingeworfen, sowie nach den Worten des Offenburger Programms den Kampf für die „Freiheit überhaupt" begonnen hatte, konnte sie nur auf einen Erfolg hoffen, wenn sie die Revolution über die Grenzen des kleinen badischen Landes hinaustrug und einen möglichst großen Theil des deutschen Volkes in die Bewegung hineinriß.

Aber Brentano lähmte alle Initiative, und es schien ihm besonders viel daran gelegen, daß die Bewegung einen speziell badischen Charakter behalten sollte. Er that nichts und ließ nichts zu, als daß er Blind und Schütz nach Paris sandte, um Waffen und Offiziere zu beschaffen. Die entschiedenen Demokraten suchten abzuhelfen, indem sie Redner aussandten. Der Erfolg mußte unter diesen Umständen ein geringer bleiben. In Nürnberg hatte eine große Volksversammlung stattgefunden, die von Herrn Karl Vogt mit einem langen, manchmal witzigen Geplauder unterhalten wurde und dann ohne weiteres Resultat auseinander ging. Das fränkische Zentralkomité in Würzburg war bereit, sich der badischen Bewegung anzuschließen, aber seine Vorschläge wurden in Karlsruhe abgewiesen. In Hessen wurden die Volksversammlungen an der badischen Grenze vom Militär überfallen und gesprengt. Die Grenzgebiete wurden in Belagerungszustand erklärt. In Rheinhessen, wo Zitz und Bamberger aus Mainz zur Erhebung aufriefen, zeigte sich das Volk sehr willig, aber die Führer besaßen nicht die Fähigkeit, dort die Kräfte zusammenzufassen. Sie zogen nach einer Versammlung zu Wörrstadt, wo es viele verworrene und für die Führer nicht rühmliche Auftritte gab, mit 1500 Mann in die Pfalz ab und gaben damit Rheinhessen auf. Ein späterer Versuch, Worms zu nehmen, der von dem pfälzischen Freischaarenführer Blenker gemacht wurde, gelang wohl, aber Worms mußte wieder geräumt werden.

Das benachbarte Württemberg konnte von der badischen Bewegung nicht unberührt bleiben. Die württembergische Regierung ließ die Grenze mit starken Streitkräften bewachen; namentlich in Heilbronn war viel Militär konzentrirt. Ein Theil der Heilbronner Turner schloß sich der badischen Bewegung an. Die Stimmung der Schwaben war aber nicht so, wie man sie sich in Baden vorstellte. Genau genommen war an eine Erhebung des Schwabenlandes nicht zu denken. In Reutlingen fand eine große Volksversammlung zu Pfingsten statt, welcher Becher präsidirte und bei der Fickler und Hoff sprachen. Becher hatte schon bei der Offenburger Versammlung der entschiedenen Demokratie entgegen gewirkt; in Reutlingen sorgte er dafür, daß Beschlüsse gefaßt wurden, die aus Forderungen an das Frankfurter Parlament und an die württembergische Kammer bestanden. Man sandte eine Deputation von Vertrauensmännern aus den 64 Oberämtern nach Stuttgart. Die Deputation wurde von der Kammer und von dem Minister Römer abgewiesen, von Letzterem sogar recht grob. Damit war die Bewegung in Schwaben abgethan und der demokratische Landes-Ausschuß kam weder dazu, sich neu zu organisiren, noch sonst etwas von Bedeutung zu thun. Fickler wurde in Stuttgart verhaftet, auf dem Hohenasperg eingekerkert und so der badischen Regierung dieses bedeutende Mitglied entzogen.*)

Die badische Regierung antwortete auf Fickler's Verhaftung — von welcher der sanguinische Struve hoffte, sie werde Württemberg zum Aufstande bringen — mit einer Kriegserklärung an Württemberg, die überflüssig war und die von Römer in der württembergischen Kammer als „Wahnsinn" bezeichnet wurde. So blieb die Bewegung auf Baden und die Pfalz angewiesen.

Es kamen eine Menge demokratischer Flüchtlinge nach Baden und aus Deutschland selbst strömten die thatkräftigen Männer, welche mit der Bewegung gleichgesinnt waren, in großer Anzahl dahin. Brentano, welcher doch vorgab, für die deutsche Einheit zu kämpfen, konnte die „Fremden," nämlich die Nichtbadenser, nicht leiden. Eine Menge tüchtiger Männer konnten keine Verwendung finden, weil sie außerhalb der badischen Grenze

*) Als Fickler in Stuttgart verhaftet wurde, rief er dem Volke zu: „Bürger, sagt Seeger und Becher, daß Fickler verhaftet sei!" Darauf bedeutete ihm der Polizeikommissär, daß ja gerade Seeger der Stadtdirektor sei, auf dessen Befehl die Verhaftung vorgenommen werde. „Gut," sagte Fickler, „dann meldet es dem Abgeordneten Seeger!" Er hatte sich von dem „Demokraten" Seeger eine zu hohe Vorstellung gemacht. — Uebrigens richtete auch der junge Schlöffel, der sich am 16. Juni in Stuttgart befand, an Raveaux einen Brief, in welchem er mittheilte, daß er sich in den Württembergern bitter getäuscht habe. — Mögling hatte immer behauptet, daß die große Mehrheit der Württemberger für demokratische Bestrebungen unempfänglich seien.

geboren waren, während viele wichtige Aemter mit Leuten besetzt wurden, die eben noch dem Ministerium Bekk gedient hatten und über deren reaktionäre Gesinnung kein Zweifel obwalten konnte, wenn sie sich auch anders geberdeten.

Der Landes-Ausschuß fühlte, wie die Situation immer kritischer ward, namentlich durch die Eigenmächtigkeit Brentano's. Er löste sich auf, da er Brentano nicht geradezu zu opponiren wagte, und wählte eine provisorische Regierung, aus Brentano, Goegg, Fickler, Peter und Sigel bestehend.

Um diese Zeit schien Brentano etwas mehr Energie entfalten zu wollen; er hoffte offenbar auf einen Umschwung in Frankreich. Struve erschien und verlangte, man solle ihn zum Minister des Auswärtigen machen und ihm einen Fonds von 60 000 Gulden geben. Goegg war dafür, Brentano dagegen.*) Struve, welcher der Bewegung einen neuen Impuls geben wollte, wandte sich nun dem Klub des entschiedenen Fortschrittes zu, in dem sich die entschiedenen Demokraten zusammengefunden hatten. Man sah hier Tschirner aus Dresden, Max Dortu aus Potsdam, Schramm, Wilhelm Liebknecht, Martiny aus Friedland, Oppenheim**) und Andere. Der Klub beschloß in Gegenwart Goegg's eine Adresse an die Regierung und forderte sie zu energischen Maßregeln auf. Die Regierung versprach im Allgemeinen diese Maßregeln, aber in der Zwischenzeit entwickelte sich ein Konflikt, der beinahe zu einer blutigen Katastrophe geführt hätte. Die Bourgeoisie verbreitete dunkle Gerüchte über die in Karlsruhe liegenden Freischaaren, als wollten dieselben die Regierung stürzen und die „rothe Republik" proklamiren. Brentano, der viel von einem Angstmeier an sich hatte und wie Bassermann „Gestalten" sah, ließ sich ins Bockshorn jagen und indem er sich auf die reaktionäre Bürgerwehr stützte, ließ er Struve, Johann Philipp Becker, den Befehlshaber der Volkswehren, Böning, den Befehlshaber der Flüchtlingslegion, Wilhelm Liebknecht***) und den Schwager Struve's in Haft nehmen.

Dies rief eine ungeheure Erregung hervor; die Freischaaren und Volkswehren rückten aus; die Truppen der Regierung und die Karlsruher

*) Siehe Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, Seite 122.

**) Der Stifter des republikanischen Klubs in Berlin war Redakteur der „Karlsruher Zeitung," des offiziellen Organs der provisorischen Regierung, geworden. Nach den Vorfällen des 6. Juni legte er dies Amt nieder.

***) Liebknecht war im September 1848 wegen Theilnahme an dem Struve'schen Aufstande verhaftet und in Freiburg eingekerkert worden. Infolge des Mai-Aufstandes ließ der Staatsanwalt die Anklage gegen ihn fallen. Brentano ließ ihn nach Rastatt abführen, wo der Untersuchungsrichter keine Schuld an ihm finden konnte und ihn wieder freiließ. Der Verfasser hat den Untersuchungsrichter später kennen gelernt und von ihm eine interessante Darstellung der ganzen Verschwörungs-Gespenstergeschichte erhalten.

Bürgerwehr stellten sich ihnen in Schlachtordnung gegenüber und Brentano ließ Geschütze gegen die Freischaaren richten. Ein blutiger Kampf schien unvermeidlich. Da sich aber die Freischaaren und Volkswehren nicht einschüchtern ließen, so fürchtete sich Brentano, die Sache aufs Aeußerste zu treiben. Es wurde unterhandelt und schließlich vermittelte Goegg, der mit vielem Muthe zwischen die feindlichen Parteien trat. Die Verhafteten wurden freigelassen, die Volkswehren und Freischaaren gingen nach dem Kriegsschauplatze ab und es ward wieder ruhig. Die Kluft zwischen Brentano und den entschiedenen Demokraten war dadurch noch erweitert worden; vorläufig verschlang der Kriegslärm auf kurze Zeit diesen Konflikt, bei dem sich Brentano in so kläglicher Eigenschaft gezeigt hatte.

Dies geschah am 6. Juni; am 10. Juni wurde die konstituirende Versammlung eröffnet. Es erschienen 63 Abgeordnete im Ständehause zu Karlsruhe. Der Alterspräsident war der Pfarrer Schlatter*); zum Präsidenten wurde Gymnasialdirektor Damm aus Tauberbischofsheim ernannt. Die Versammlung beschloß gegen den Vorschlag von Junghanns, welcher Brentano zum „Regenten" Badens ernennen wollte, eine provisorische Regierung mit diktatorischer Gewalt zu ernennen. Die Wahl fiel auf Brentano, Goegg und Werner. Da man die unsinnige Bestimmung traf, daß derjenige unter den Diktatoren, welcher die meisten Stimmen erhalten würde, die Befugniß haben sollte, die Minister zu ernennen, so lag der größte Einfluß wieder bei Brentano, auf den die meisten Stimmen fielen. Er ernannte natürlich nur Leute nach seinem Geschmacke. Sachs wurde mit dem Aeußeren, Florian Mördes mit dem Inneren betraut. Wenn die Demokratie an Mördes Anstoß nahm, dessen enge Verbindung mit der Mannheimer Bourgeoisie bekannt war, so nahm das ganze Land an Heunisch Anstoß, dem Brentano an Goegg's Stelle die Finanzen übergab. Man hatte wegen eines Jugendfehlers kein Vertrauen zu ihm. Das Kriegsministerium wurde dem Offenburger Advokaten Werner gegeben, gerade als ob man keine Offiziere gehabt hätte; Werner war überdies zugleich Diktator. Somit wurde durch die Einsetzung der diktatorischen Regierung, genau genommen, nichts gewonnen; Brentano trieb seine Politik der Lähmung weiter. In der Versammlung stellte Hoff von Mannheim den Antrag, Baden für einen Freistaat zu erklären, was auch beschlossen wurde.**) Die Versammlung erklärte sich in Permanenz.

*) Er mußte mit Zuchthausstrafe für seine revolutionäre Thätigkeit büßen und hat ein Werk über das Bruchsaler Zellengefängniß geschrieben.

**) Der Abgeordnete Stay erklärte später in der Versammlung, daß sein Ziel nur die sozialdemokratische Republik sein könne. Wir erwähnen dies deshalb, weil dieser Stay nachher lange Jahre hindurch als Redakteur der nationalliberalen

Goegg und Werner gingen nun zur Armee ab, Brentano blieb in Karlsruhe.

Trotz der Lahmheit und Verwirrung in der Regierung und Verwaltung konnte die badische Demokratie anfänglich noch auf Erfolge hoffen, wenn von der Armee ein kühner und schneller Streich geführt wurde.

Der Mangel an Energie in der Regierung mußte zwar auch auf die Armee lähmend zurückwirken. Dennoch waren die verfügbaren Streitkräfte nicht gering und sie haben sich im Felde mehr bewährt, als die ängstlichen Politiker zu Karlsruhe, die Brentano und Genossen erwarten mochten.

Die badische Armee zählte bei Ausbruch der Revolution etwa 15 000 Mann, sie sollte nach dem bekannten Beschlusse des Frankfurter Parlaments 28 000 betragen, aber die Mannschaften waren in dieser Zahl nicht einberufen.*) Die Artillerie war der Revolution am meisten ergeben; dagegen waren die Dragoner unzuverlässig, wie die Gensdarmen. Die Bürgerwehren waren 14—15 000 Mann stark, aber zum Feldbienst wenig tauglich, namentlich in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg waren sie reaktionär oder stark mit reaktionären Elementen durchsetzt. Das Volk hatte keine Waffen. Der Landes-Ausschuß hatte einen Kriegssenat eingesetzt, in welchem sich wiederum der in militärischen Dingen gänzlich unkundige Struve befand**), doch waren auch ein Offizier und ein Unteroffizier darin. Dieser Kriegssenat veröffentlichte einen Beschluß, wonach aus allen waffenfähigen Männern in Baden und in der Pfalz eine Volkswehr des „Oberrheinischen Kriegerbundes" geschaffen werden sollte. Die Pfalz sollte 25 000 Mann dazu stellen. Der Beschluß blieb nur auf dem Papier.

Brentano behielt eine Anzahl reaktionärer Offiziere in der Armeeverwaltung, namentlich einen gewissen Maierhofer, der im Anrichten von Verwirrung sich als ein wahrer Künstler erwies.***) Tüchtige Offiziere von

---

„Magdeburgischen Zeitung" bemüht war, zu beweisen, daß die Bestrebungen von 1848 und 1849 sich unter dem Bismarck'schen Regiment „herrlich erfüllt" hätten.

*) Wir benutzen zu dem militärischen Theil unserer Darstellung außer den Spezialwerken preußischer und hessischer Offiziere namentlich das vortreffliche Werk: „Geschichte der süddeutschen Mairevolution," von Johann Philipp Becker und Chr. Esselen.

**) Struve sagt in seiner Weltgeschichte von dem berühmten Carnot, dem „Organisator des Sieges," sehr von oben herab: „Carnot war einer von jenen Menschen, die in einem bestimmten Fach etwas leisten, außerhalb desselben aber Nullen sind. Sein Fach war der Krieg." — Darauf wird der Rückschluß gestattet sein, daß sonach Struve besser in seinem „bestimmten Fach," nämlich der Journalistik, geblieben wäre.

***) Corvin hat demselben in seinem Buche: „Aus dem Leben eines Volkskämpfers," ein Denkmal gesetzt.

demokratischer Gesinnung, die sich anboten, konnten kein Kommando erhalten. Eine Menge unfähiger Intriguanten und Schreier waren thätig. Ueberhaupt liefen verschiedene Leute mit großen Schlapphüten und großen Schleppsäbeln herum, die viel Lärm machten, aber nichts zu leisten vermochten, auch manchmal sich vorsichtig weit vom Schuß hielten. Es hätte ihnen wohl angestanden, als einfache Wehrmänner zu dienen, allein das mochten sie nicht.

Die Armee war, wie Becker in seinem genannten Werke sagt, „nicht nur äußerlich im Verfall, sondern auch gänzlich demoralisirt." Es kostete



Johann Philipp Becker.

viele Mühe, etwas Ordnung hineinzubringen.*) Erst im Felde trat mehr Disziplin ein; die vortreffliche Haltung des badischen Militärs und der Volkswehren wurde sogar vom Feind anerkannt.

*) In dem interessanten Schriftchen: „Lebensgeschichte eines badischen Soldaten aus der Zeit des Aufstandes von 1849" heißt es: „Die neugebackenen Offiziere und Unteroffiziere waren die besten Kerle von der Welt, sie waren noch viel besser, als wir nur verlangten. Wenn exerzirt werden sollte, so fragten sie uns jedesmal vorher, ob wir wollten oder nicht. Wir wollten aber immer, denn wir thaten es aus Zeitvertreib und den zwei Kreuzern zu lieb, die die provisorische Regierung mehr Löhnung gab." — Diese Autobiographie eines Soldaten ist herausgegeben von Dr. Röder, dem bekannten Heidelberger Juristen.

Johann Philipp Becker, dessen militärische Fähigkeiten allseitig anerkannt sind, stellte sich der provisorischen Regierung zur Verfügung. Er



Abmarsch der Hanauer Turner.

erklärte die größte Strenge in militärischen Dingen als den obersten Grundsatz und sagt in seinem genannten Buche, „daß das Recht der

Soldaten auf die Wahl ihrer Führer bis zum Stabsoffizier die Möglichkeit, ein geregeltes und diszipliniртes Heer zu bilden, auszuschließen schien."*) Die Demokratie hatte nämlich die freie Führerwahl bei den Soldaten als Agitationsmittel benutzt und sie nun auch eingeführt.

Nur durch Struve's Vermittelung konnte Becker eine Anstellung als Oberkommandant sämmtlicher Volkswehren erhalten, die er mit vielem Eifer zu organisiren begann. Er stieß auf große Schwierigkeiten; namentlich von den Zivilkommissären Brentano's wurden ihm solche bereitet. Tiedemann von Heidelberg, der früher in griechischen Diensten gestanden, Michel aus Bamberg und Max Dortu arbeiteten in Becker's Bureaux. Hätte man Becker bei der Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen nicht so viel Hindernisse in den Weg gelegt, so hätte er ohne Zweifel eine sehr bedeutende Macht organisirt. Aber er leistete dennoch viel, weit mehr, als unter den derzeitigen Umständen zu erwarten war.

Es bildete sich eine Anzahl Freikorps, namentlich die Flüchtlingslegion unter Böning, der in Griechenland gedient hatte, die deutsch-polnische Legion unter Freund, die deutsch-ungarische Legion unter Türr, die Schützen unter Heuberger, eine sehr tapfere Truppe, das Karlsruher Freikorps unter Dreher, das Mannheimer Arbeiterbataillon, befehligt von dem Tischler Jacoby, die Hanauer Turner und Pforzheimer Schützen unter Schärtner, die schwäbische Legion, die Willich'sche Freischaar und die Blousenbatterie unter Borkheim.

Das stärkste und bestausgerüstete dieser Freikorps bildeten die Hanauer Turner, die beim Ausbruch der Revolution aus Hanau auszogen und nach Baden abmarschirten. Aengstliche Hanauer Demokraten förderten diesen Abmarsch, denn sie glaubten das Eindringen der Revolution in das Hanauer Gebiet zu verhindern, wenn sie die entschiedensten demokratischen Elemente hinweg schickten.

Die badischen Streitkräfte beliefen sich zu Anfang des Feldzuges auf über 30 000 Mann mit 70 bis 80 Feldgeschützen.

In der Pfalz hatte Blenker aus Worms**), der früher in griechischen Diensten gestanden, schon vor der Einführung einer provisorischen Regierung die Volkswehr zu organisiren begonnen. Er rückte mit einer Abtheilung derselben nach Ludwigshafen, Mannheim gegenüber. Er brachte es dahin, daß das beim Brückenkopf in Ludwigshafen stationirte bayerische Militär zu ihm überging, und besetzte den Brückenkopf. Seine Macht wuchs rasch

*) Geschichte der süddeutschen Mairevolution, Seite 149.

**) Derselbe, der sich im nordamerikanischen Bürgerkriege in der Schlacht von Bull-Run berühmt gemacht hat.

durch ihm zuströmende bayrische Soldaten. Aber ein Angriff auf Landau, den er unternahm, wurde ungeschickt ausgeführt und mißlang.

Die Organisation der pfälzischen Streitkräfte war dem unfähigen Fenner von Fenneberg abgenommen und einer Kommission übertragen worden, bei der sich Techow, bekannt vom Berliner Zeughaussturm, Annecke, Beust u. A. befanden. Die Kommission arbeitete mit Eifer, aber sie konnte wenig leisten, denn im Lande der „Krischer" wollte Alles befehlen, Niemand gehorchen, Geld war nicht da und die Begeisterung der Bevölkerung ging meistens beim Schoppen auf. Der Wein hat in der Pfälzer Revolution eine größere Rolle gespielt als das Pulver. Endlich kam der neue Oberbefehlshaber an, ein Pole Namens Sznayda (wohl eigentlich Schneider), wie die Augenzeugen versichern, eine possirliche Erscheinung. Er hatte sich im polnischen Revolutionskriege von 1831 als Kavallerieoffizier ausgezeichnet. Er wollte drei befestigte Lager bilden und darin die Pfalz vertheidigen. Einem Polen Namens Ruppert oder Rauppert, dessen ganze militärische Weisheit in dem Satze: „former des pelotons" bestanden zu haben scheint, gab Sznayda den Befehl über das rheinhessische Freikorps. Sznayda entwickelte einige Thätigkeit, aber die Pfälzer waren schwer zur Volkswehr heranzuziehen und setzten lieber die Revolution im Wirthshause fort. Von Baden war nicht viel zu bekommen, denn hier machte sich die lähmende Wirkung der Brentano'schen Politik geltend. Spät erst gab die badische Regierung einige Geschütze an die pfälzische ab und sandte ihr das Karlsruher Freikorps unter Dreher zur Unterstützung.

Als daher die Preußen mit Uebermacht in die Pfalz vorbrachen, standen ihnen nur einige Tausend Mann, meist schlecht bewaffnet und wenig einexerzirt, entgegen, und die Preußen machten in der That einen „militärischen Spaziergang" durch die Pfalz.

Solchergestalt waren die Vertheidigungsmittel dieser Erhebung, gegen welche der vertriebene Großherzog die Hülfe der deutschen Zentralgewalt und der preußischen Regierung angerufen hatte. Die Zentralgewalt wie Preußen waren gleich bereitwillig. Der Reichsverweser ermahnte in einem Aufruf die deutschen Truppen, recht tapfer gegen die „Empörer" zu kämpfen, welche die Reichsverfassung vertheidigen wollten. Es ward eine Reichsarmee gebildet aus Truppen solcher Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten, Hessen, Nassauern, Mecklenburgern u. s. w., die gegen die badischen Truppen, welch letztere sich zum Schutze der Reichsverfassung erhoben hatten, kämpfen mußten. Gegen die Pfalz, deren Aufstand etwas sehr „verfassungsmäßig" erschien, verwendete man nur preußische Truppen; gegen den „Freistaat" Baden rückten auch Reichstruppen.

Zur Bewältigung des Aufstandes sollten außer der Reichsarmee noch zwei preußische Armeekorps unter dem Oberkommando des Prinzen von Preußen dienen; sie wurden von den Generalen von Hirschfeldt und von der Gröben befehligt.

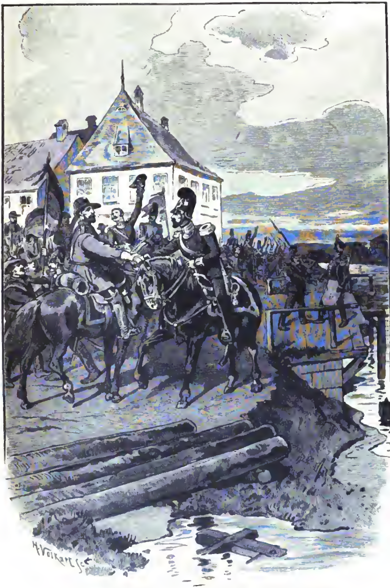
Diese Streitkräfte konnten aber nicht so rasch mobil gemacht werden, schon wegen der Unruhen an verschiedenen Orten. Es blieb für Baden Zeit genug, zur Offensive überzugehen. Der Kriegsminister Eichfeld, energielos und unselbständig, ließ diese unwiederbringliche Zeit thatlos verstreichen.*)

Nach zwei Richtungen konnte die Bewegung mit Erfolg über die Grenze getragen werden. Entweder mußte die badische Armee in Württemberg einfallen und dies Land mit in die Bewegung hineinzureißen suchen, oder es mußte ein Vorstoß auf Frankfurt am Main gemacht werden.

Wie es in Württemberg aussah, haben wir schon besprochen. Raveaux, welcher bei Beginn des Kampfes sich ganz auf die Seite der Revolution schlug und zum Zivilkommissär im Unterrheinkreis und Stadtkommandanten von Mannheim ernannt worden war, reiste nach Stuttgart, um bei dem Minister Römer anzufragen, wie sich Württemberg verhalten werde. Römer, der für einen heimlichen Republikaner galt und sich auch als solcher geberdete, versprach strenge Neutralität, sobald man badischerseits keinen Einfall ins Württembergische mache; der Befehl zum Rückzuge der württembergischen Truppen aus dem Schwarzwald, sagte er, sei bereits gegeben. Raveaux erzählt, Römer habe sogar auf seine Anfrage, ob denn die württembergische Regierung nicht ihre bei den Reichstruppen stehenden Mannschaften zurückziehen wolle, geantwortet, er wolle dies thun; er habe sogar Raveaux den Auftrag gegeben, er möge veranlassen, daß in der württembergischen Kammer eine bezügliche Interpellation gestellt werde. Dann werde die Regierung die Zurückziehung ihrer Mannschaften von den Reichstruppen offiziell ankündigen.

Diese Vorspiegelungen des Herrn Römer lähmten die badische und die württembergische Demokratie. Unter den württembergischen Demokraten gab es ohnehin eine Anzahl von Angstmeiern, die mit Schauder daran dachten, die Revolution, von der sie beim Schoppen den Mund oft so voll genommen, könne die Grenze überschreiten und in ihr geliebtes Schwabenland eindringen. Als die Frankfurter Versammlung beschloß, nach Stuttgart überzusiedeln, ergriffen sie begierig die Gelegenheit, zu erklären, daß sie von dieser Alles erwarteten. Die Verhaftung Fickler's

*) Das Nähere bei Raveaux, Mittheilungen u. s. w.



Bayerisches Militär geht zu den Aufständischen über.

belehrte die Demokratie sehr bald über die Loyalität der Gesinnungen des Herrn Römer.

Sonach blieb nur der Vorstoß auf Frankfurt, für den sich alle Männer von Energie entschieden. Die Nationalversammlung war vielfach aufgefordert worden, die badisch-pfälzischen Truppen zu ihrem Schutze nach Frankfurt zu rufen, da sie auf einen Gewaltstreich gefaßt sein mußte; allein sie that es nicht; es wurde auch kein bezüglicher Antrag gestellt, obschon Raveaux die Linke dazu aufforderte. Die Entschlossenen verlangten dringend, die badische Armee solle auf Frankfurt rücken, ohne vom Parlament gerufen zu sein.*)

Die Einnahme von Frankfurt hätte in der That der badischen Bewegung einen großen Erfolg verschaffen können. Mit dieser Stadt hätte man einen geeigneten Zentralpunkt und unübersehbare Machtmittel gewonnen; Kurhessen wäre in die Bewegung hineingezogen worden und Württemberg konnte dem gleichen Schicksal nicht entgehen. Die badischen Truppen wurden zum Parlamentsheer und das Verfassungswerk nahm alsdann einen ganz neuen Aufschwung. Gelangte die Bewegung nicht zu einem völligen Siege, so hätte sie doch in Frankfurt so viele Kräfte an sich gezogen, daß ihr keine so schmähliche Niederlage beigebracht werden konnte, wie sie bei der Beschränkung auf Baden und die Pfalz unvermeidlich war.

Eichfeld blieb unter dem Einflusse reaktionärer Offiziere unthätig am Neckar stehen. Inzwischen gewann die hessische Regierung Zeit, die Truppen, die sie gleich nach dem Ausbruch der badischen Revolution an der hessisch-badischen Grenze bei Heppenheim zusammengezogen hatte, zu verstärken.

Am 25. Mai war Franz Sigel, bekannt aus dem Hecker'schen Aufstand, zum Oberbefehlshaber der badischen Armee ernannt worden. Er nahm den Angriffsplan, den Eichfeld nicht ausgeführt hatte, sofort wieder auf. Der Angriffsplan war von Raveaux entworfen worden.**) Er mußte, energisch ausgeführt, gelingen. Blenker sollte nach Worms, Zitz mit dem rheinhessischen Freikorps von Kirchheimbolanden ebendahin rücken; beide sollten zusammen über den Rhein setzen und im Rücken der hessischen Truppen operiren. Sie sollten mobile Kolonnen bilden, um durch den Odenwald auf Aschaffenburg und Hanau zu ziehen. Hessen, so rechnete man, würde sich erheben und sich diesen Kolonnen anschließen, die in Frankfurt wieder zusammenstoßen sollten. Zugleich sollte die badische Armee die Hessen in

*) Auch Marx und Engels sprachen sich in Mannheim entschieden dafür aus. — Friedrich Engels machte den Feldzug in Baden als Adjutant Willich's in dessen Freikorps mit.

**) Raveaux hatte in Spanien im Karlistenkriege gedient und es bis zum Hauptmann gebracht.

der Front angreifen und sie so zwischen zwei Feuer bringen. Die Niederlage der Hessen oder ihr Uebergang zur Revolutionsarmee schien gewiß.

Sigel nahm diesen Plan sofort wieder auf; auch er hoffte Alles von einem Vorstoß auf Frankfurt. Der fünfundzwanzigjährige Heerführer besaß Muth, Energie, Einsicht und den besten Willen; er war auch ein entschiedener Republikaner. Die reaktionären Offiziere bereiteten ihm viele Schwierigkeiten; mehrere machten den albernen Einwand, unter einem so jungen Oberkommandanten nicht dienen zu können.*) Aber Sigel



Franz Sigel
(nach einem Porträt aus dem Jahre 1862).

überwand diese Schwierigkeiten; sein Auftreten gewann ihm die Zuneigung der Soldaten und er führte sie gegen den Feind.

Er wollte bei Heppenheim mit einem Scheingefecht die Hessen beschäftigen. Während dessen sollte die badische Hauptmacht über Fürth im Odenwald vorrücken und so die Stellung der Hessen umgehen. Zugleich sollte, wie schon früher geplant, Blenker auf Worms, Zitz auf Oppenheim, Metternich von Eberbach auf Beerfelden rücken. Diese Operationen waren in Mannheim mit Sznayda, Techow und anderen Korpsführern verabredet worden.

*) Wie wäre es den Franzosen wohl 1793 ergangen, wenn sie an der Jugend von Heerführern wie Hoche und Marceau Anstoß genommen hätten!

Am 30. Mai — während das Parlament gerade auf Antrag des Herrn Vogt beschloß, seinen Sitz nach Stuttgart zu verlegen — überschritt Sigel die hessische Grenze mit klingendem Spiel und flatternden Fahnen.*)

Man stieß zunächst auf hessische Kavallerie, welche nach einer Salve der badischen Infanterie in die Flucht geworfen wurde. Sigel, dessen Adjutant der aus dem Exil zurückgekommene Mögling war, bemerkte zwei hessische Geschütze, die, von einer Infanterie-Abtheilung gedeckt, soeben abprotzten. Der Oberkommandant glaubte durch die Wegnahme dieser Geschütze der Armee ein Beispiel des Muthes zu geben und einen moralischen Erfolg zu gewinnen. Er sprengte mit einer Schwadron Dragoner auf die Geschütze los. Auf zwanzig Schritt Entfernung empfingen die Dragoner eine Kartätschenladung und das Gewehrfeuer der Bedeckung. Ein Dragoner ward verwundet, ein Pferd getödtet. Die Dragoner hätten nunmehr die Geschütze nehmen sollen, allein sie wurden, wie es bei den ersten Zusammenstößen bei fast jedem Kriege vorkommt, von einer Panik ergriffen und kehrten um.**) Sigel und Mögling mußten zurückgehen und die Dragoner rasten in wilder Flucht die Straße nach Weinheim dahin.

Die Flucht der Dragoner verbreitete Verwirrung; das Gros des badischen Heeres bewegte sich nun gegen Heppenheim, statt gegen Fürth, wo Sigel mit Erstaunen gerade diejenigen Regimenter ankommen sah, die den Feind hatten in der Flanke fassen sollen. Die Hessen wurden anfangs zurückgetrieben; bald aber rückten hessische Streitkräfte von Erbach an, von wo Eichfeld mit seinem Korps, nachdem er den Platz genommen, sich vorzeitig wieder zurückgezogen und so den Hessen Luft gemacht hatte. Sigel, dem eine Kugel durch den Helm schlug, führte seine Truppen im Feuer zurück und die Hessen nahmen ihre alten Stellungen wieder ein.

Niemand als Sigel hatte seine Schuldigkeit gethan, wenn auch dessen verwegener Reiterangriff mißglückt war. Ruppert, der das Gros befehligte und nachher zu den Preußen überging, sowie Eichfeld hatten ihre Befehle nicht befolgt; sonst wären die Hessen trotz des verunglückten Angriffes doch umgangen worden. Auch die übrigen Führer thaten ihre Schuldigkeit nicht; Metternich rührte sich nicht vom Fleck, Blenker zog aus Worms

*) Corvin thut Sigel Unrecht, wenn er behauptet, derselbe sei „wie im Traum" marschirt.

**) Mögling erzählt den Vorfall zwar etwas anders — nach ihm soll Sigel unvermuthet auf eine Batterie gestoßen sein, die eine sehr starke Bedeckung hatte — indessen stimmen alle anderen Darstellungen überein. Die Darstellungen von hessischen Offizieren geben die starke Bedeckung zu.

schon den Tag zuvor wieder ab und Zitz kam auch nicht, denn die pfälzische Regierung ertheilte ihm den Gegenbefehl, zu bleiben.

Die badische Armee wich bis hinter den Neckar zurück. Die reaktionären Offiziere, die vor ein Kriegsgericht gehört hätten, gaben nun Sigel alle Schuld und derselbe wurde wirklich von Brentano abgesetzt, der mit unbeschränkten Vollmachten ins Lager kam. An Stelle von Sigel ernannte Brentano einen Hauptmann von Beck, einen eben so unfähigen als reaktionären Offizier, zum Oberbefehlshaber. Sigel rechtfertigte sich aber in Karlsruhe vor dem Landes-Ausschuß so durchschlagend, daß er nicht nur selbst in den Landes-Ausschuß aufgenommen, sondern auch zum Kriegsminister in der provisorischen Regierung ernannt wurde. Dem Hauptmann von Beck, der nichts leistete, als daß er am 5. Juni die Vorhut der badischen Armee, Offenburger Volkswehr, in Weinheim von einer Uebermacht der Hessen überfallen ließ, wurde das Kommando wieder abgenommen.

Bei den Hessen trafen im Laufe dieser Tage bedeutende Verstärkungen ein. Mecklenburger, Kurhessen, Bayern und andere „Reichstruppen“ stießen zu ihnen. Trotzdem ging Sigel von dem Plane eines Vorstoßes gegen den Main nicht ab. Er schuf Ordnung in der Armee, da jetzt die reaktionären Offiziere nichts mehr gegen ihn zu unternehmen wagten. Er ließ eine Division unter Johann Philipp Becker eine Vertheidigungsstellung im Odenwald und am Neckar nehmen und schickte sich gerade an, wieder vorzurücken, als der neue Oberbefehlshaber, den die provisorische Regierung herbeigerufen hatte, der General Ludwig Mieroslawski, ankam. Er war soeben von seinen in der Schlacht von Catania auf Sizilien empfangenen Wunden genesen. Mieroslawski war ohne Zweifel ein sehr befähigter und muthiger Heerführer, allein er hatte immer Pech und machte manchmal auch unverzeihliche Fehler. Es schien, als ob er auf dem Schlachtfelde kriegswissenschaftliche Experimente vornehme.*) Daß er kein Deutsch verstand, richtete manches Unheil an; ebenso, daß er die Polen so sehr bevorzugte. Im Ganzen zeigte er aber viel Energie und Geschick und es gelang ihm, das Zutrauen der Armee zu finden.

Inzwischen zogen sich rings um Baden massenhafte Streitkräfte zusammen. Am Neckar stieg die Reichsarmee, welche im Namen der Frankfurter Zentralgewalt gegen die Vertheidiger der Reichsverfassung kämpfte, auf 20 000 Mann und stand nun unter dem Befehl des ehemaligen Reichsministers General von Peucker, der sich in diesem Feldzuge als ein sehr wenig befähigter Stratege erwies; mit einem Korps von 20 000 Mann

*) Man sagt, er habe in Karlsruhe einige kostbare Tage mit seiner Equipirung vertrödelt.

rückte Hirschfeldt in die Pfalz ein und Gröben führte 20 000 Mann gegen den Neckar. Der Oberbefehlshaber, Prinz Wilhelm von Preußen, befand sich bei dem Hirschfeldt'schen Korps. Als er sich von Mainz zu Wagen nach Kreuznach begeben wollte, wurde bei Nieder-Ingelheim aus den Weinbergen ein Schuß auf ihn abgefeuert, der den Postillon verwundete. Ein Mann, Namens Schneider, kam in Mainz vor die Geschworenen, angeklagt, diesen Schuß abgefeuert zu haben; er ward indessen freigesprochen.*)

Ein starkes bayerisches Korps diente den Preußen als Reserve. Die Württemberger, 8000 Mann stark, zogen sich aus der Heilbronner Gegend nach und nach in den Schwarzwald und stellten sich an der Grenze auf. Die Oesterreicher machten den Versuch, bei Friedrichshafen Mannschaften zu landen. Die muthige Bürgerwehr von Friedrichshafen, unter ihrem Kommandanten Lang, trieb sie nach einem ziemlich blutigen Gefechte zurück. Daß die Oesterreicher nicht mehr unternahmen, bewirkte die preußische Diplomatie.

Mieroslawski beschloß, in der Defensive zu bleiben und die Neckarlinie zu halten. Er dehnte seine Linien so aus, daß sein rechter Flügel unter Johann Philipp Becker in Eberbach am Neckar, sein Zentrum in Ladenburg am Neckar und sein linker Flügel in Mannheim stand.

Die Preußen suchten Mieroslawski zu umzingeln.

Schon am 12. Juni rückten die Kolonnen Hirschfeldt's in die Pfalz ein. In Kirchheimbolanden stand die schwache rheinhessische Legion mit Zitz und Bamberger und ihr militärischer Führer war immer noch der unfähige Rauppert. Als die Preußen in der Stärke von 8000 Mann Kirchheimbolanden angriffen — am 14. Juni — zog sich die rheinhessische Legion eilig, ja so übereilt zurück, daß ein Trupp Volkswehrmänner auf einer Barrikade im Schloßgarten allein zurückblieb, wahrscheinlich, weil man ihn nicht benachrichtigte. Unter ihnen befand sich ein schönes junges Mädchen, Mathilde Hitzfeldt aus Kirchheimbolanden, die mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne in der Hand muthig Stand hielt. Die Vertheidiger der Barrikade wurden theils getödtet, theils gefangen.**)

---

*) Vor einigen Jahren ist derselbe Schneider in Nordamerika gestorben und hat in der Sterbestunde die Versicherung abgegeben, daß er den Schuß nicht abgefeuert habe.

**) Vielfach wird behauptet, es seien bei Kirchheimbolanden gefangene Barrikadenkämpfer erschossen worden; die Werke der preußischen und hessischen Offiziere, in denen dies Gefecht beschrieben ist, leugnen dies. Beiläufig liefen über dies Gefecht viel unrichtige Mittheilungen um. So wird unser alter Freund Paul Stumpf in Mainz, der bei Kirchheimbolanden zugegen war, heute noch in einzelnen Büchern unter den dort Gefallenen aufgeführt, während er doch, nach nun 43 Jahren, noch frisch und gesund lebt.



Rückzugsgefecht bei Kirchheimbolanden.

Die pfälzische Regierung floh aus Kaiserslautern und die Preußen drangen rasch in das gebirgige Land ein, das mit einiger Entschlossenheit leicht hätte vertheidigt werden können. Die pfälzischen Streitkräfte zogen sich überall rasch zurück. Sznayda und Willich marschirten an den Rhein und warfen sich, wie Zitz und Bamberger, eiligst nach Baden hinüber, nachdem Willich bei Annweiler am 17. Juni ein kleines Gefecht mit den Preußen bestanden, bei dem seine unpraktischen Anordnungen verschuldeten, daß seine Mannschaft eine Menge von Todten und Verwundeten hatte, ohne nur recht zum Kampfe kommen zu können.

So nahmen die Preußen die ganze Pfalz ein und erschienen vor Ludwigshafen in demselben Moment, da Mieroslawski am Neckar den Kampf gegen die Reichstruppen wieder begann. Am 15. Juni griffen sie das verbarrikadirte Ludwigshafen an und nahmen es nach einem heftigen Kampfe von zwei Stunden.*) Beinahe wären sie über die Rheinbrücke gedrungen und auf diese Weise der badischen Armee in den Rücken gekommen, da es nicht gleich gelang, ein Joch der Brücke abzufahren. Aber die Preußen wagten es auch nicht, unter dem Feuer der am badischen Ufer aufgepflanzten Positionsgeschütze vorzudringen. Die preußische Artillerie warf glühende Kugeln nach Mannheim, was die badische Artillerie mit einem furchtbaren und überlegenen Feuer erwiderte, das von dem ehemaligen preußischen Offizier Otto von Corvin**) geleitet wurde. Die Rheinbrücke und die Hafengebäude von Ludwigshafen, sowie verschiedene andere Gebäude der Stadt wurden in Brand geschossen. Der Himmel war weithin von der Feuersbrunst geröthet und die Kanonade dauerte mehrere Tage hindurch. Die reaktionäre Presse beklagte sich sehr darüber, daß die badische Artillerie nicht ruhig zusah, wie die Preußen Mannheim mit glühenden Kugeln beschossen.

---

*) In dem Becker'schen Buch und in anderen demokratischen Werken wird merkwürdiger Weise behauptet, Ludwigshafen sei von den Preußen durch Verrätherei „ohne einen Schuß" besetzt worden. Nach dem Tagebuch des preußischen Oberstlieutenants von Staroste konnten die Preußen Ludwigshafen erst nach einem zweistündigen Gefecht nehmen, wobei die Aufständischen etwa 20, die Preußen drei Todte — nach ihren Angaben — hatten. Auch in anderen militärischen Werken findet sich das Gefecht konstatirt.

**) Corvin hatte, als Freund des berüchtigten Held, viele Feinde und man traute ihm nicht. Aber ein Verräther war er keineswegs. Wir halten es mit Borkheim, welcher von Corvin sagt: „Es war an ihm entschieden nichts Unehrliches. Durch seine, die innere Gutmüthigkeit verdeckende Lieutenantsmanier, wie durch die Neigung, sich als hochadeliger Gönner der Revolution aufzuspielen, verdarb es Corvin mit den prinzipiellen Demokraten. . . . Daß nicht er, sondern Sigel das Oberkommando erhielt, verletzte auch seine naive Eitelkeit." —

Während am Rhein das Geschützfeuer begann, ritt Mieroslawski aus Mannheim an die Neckarlinie, wo die Reichstruppen zum Angriff übergegangen waren. Peucker hatte die badische Vorhut aus Käferthal vertrieben. Mieroslawski ließ durch den polnischen Obersten Tobian Käferthal wieder nehmen. Die badischen Truppen drangen unter dem Feuer des Feindes mit großer Tapferkeit gegen Käferthal vor und warfen die Reichstruppen hinaus. Tobian ward schwer verwundet, allein der polnische Oberst Oborski, der das Kommando nunmehr übernahm, trieb die Reichstruppen noch weiter zurück. Aus Ladenburg wurde das badische Zentrum, das unter dem zweideutigen Obersten Beckert dort stand, anfangs durch die feindliche Uebermacht gleichfalls vertrieben; bald aber ging man badischerseits wieder zum Angriff über und Ladenburg wurde durch einen kühnen Flankenangriff Mögling's*) so schnell wieder genommen, daß der preußische Major Hindersin, der vom Kirchthurm das Schlachtfeld übersah, in Gefangenschaft fiel. Den anderen Tag griff Mieroslawski mit den Abtheilungen von Sigel, Oborski und Mögling die Reichstruppen in Leutershausen und Großsachsen an und warf sie so kräftig zurück, daß sie eine Zeit lang sich in der äußersten Verwirrung befanden. Großsachsen mußte zwar wieder geräumt werden, aber auch die Reichsarmee „konzentrirte sich rückwärts" nach Weinheim.**)

Die Mannheimer Bourgeoisie, die mit den Preußen im Einverständniß war, hatte inzwischen schon den Versuch einer Kontre-Revolution gemacht, der von Mieroslawski energisch unterdrückt wurde. In Heidelberg wurde ob der siegreichen Neckargefechte illuminirt, während die Mannheimer Großhändler lange Gesichter machten, als sie nach dem Kampfe nicht die erwarteten Preußen, sondern ihre Landsleute wieder einrücken sahen.

Die Erfolge am Neckar thaten kund, daß bei den badischen Truppen im Felde die anfängliche Demoralisation verschwunden, Disziplin und

---

*) Mögling bewies viel Muth und militärisches Talent.

**) Der preußische Oberstlieutenant Staroste, dessen Tagebuch aus dem badischen Feldzug voll militärischen Dünkels und gehässiger Schmähungen gegen die Demokratie ist, läßt die badischen Truppen immer fliehen, selbst da, wo er zugiebt, daß sie Käferthal und Großsachsen im Sturme genommen haben. Er behauptet auch von demselben Moment, da die badischen Truppen zwei feindliche Stellungen mit dem Bayonnet nahmen, die Badenser hätten eine außerordentliche Furcht vor dem Bayonnet — mehr als vor den Kugeln — gezeigt. Dagegen glauben wir ihm, wenn er sagt, in Großsachsen seien 20 verspätete badische Volkswehrmänner „niedergestoßen," d. h. ihnen kein Pardon gegeben worden. Was er wohl gesagt hätte, wenn der in Ladenburg verspätete Major Hindersin von den Badensern niedergestoßen worden wäre! Dieser wurde sehr anständig behandelt.

Tapferkeit an deren Stelle getreten waren.*) Die Begeisterung war gesteigert worden durch günstige Nachrichten aus Paris, die einen großen Sieg der Partei Ledru-Rollin's über den Prinz-Präsidenten verkündeten.**) Bald aber kam die Kunde von dem verunglückten Aufstandsversuch vom 13. Juni und der gänzlichen Niederlage der sogenannten Bergpartei, so daß man nunmehr von Frankreich eine entschieden kontrerevolutionäre Haltung erwarten mußte. Dies wirkte sehr niederschlagend auf die Führer der badischen Bewegung und stimmte die Freude über die Neckargefechte bedeutend herab.

Der General von Peucker, beiläufig ein sehr langsamer und wenig befähigter Stratege, verzichtete nun darauf, die Neckarlinie zu forciren, womit der Erfolg der badischen Truppen zugegeben war, wenn auch die offiziellen Mittheilungen Peucker's denselben in Abrede stellten.

Dennoch war die Neckarlinie nicht zu halten. Peucker rückte mit der Reichsarmee über Fürth ins Gebirge, um den rechten Flügel der badischen Armee zu umgehen; von der Gröben rückte mit seinem Armeekorps gegen die Neckarlinie und Hirschfeldt erschien, nachdem die Pfalz gänzlich von den Aufständischen geräumt, bei Germersheim, wo er den Rhein überschreiten wollte. Von Germersheim aus erklärte der Oberbefehlshaber Prinz von Preußen „das ganze Großherzogthum Baden" in Kriegszustand; wer Widerstand leistete, sollte dem Kriegsgericht verfallen und die Korpskommandanten sollten befugt sein, Todesurtheile zu bestätigen.

Der Rückzug der Pfälzer fast ohne Kampf wirkte demoralisirend; am 18. Juni hatten sie, noch etwa 6000 Mann mit acht Geschützen, unter der Führung Sznayda's, der „ganz stumpfsinnig" dreinsah, bei Knielingen den Rhein überschritten. Dieser unglückselige Sznayda, der sich als „General" hauptsächlich mit Essen und Trinken beschäftigte, sollte in Baden noch mehr Verwirrung anrichten, als in der Pfalz. Zitz und Bamberger, die Führer der rheinhessischen Legion, entwichen, als sie vom Rheinübergang der Preußen hörten, gleich am nächsten Tag in die Schweiz. Der Spott, der sich ob dieses schnellen Verschwindens über sie ergoß, war kein unverdienter.***)

*) Die Verpflegung war sehr schlecht. Raveaux erzählt, wie zwei Kompagnien, in Mannheim Nachts angekommen, in der Kaserne weder Licht noch Nahrung gefunden hätten. Sie machten natürlich Lärm. Raveaux redete sie mit strengen Worten an; er befahl auch, ihnen Brot, Käse, Bier und Licht zu bringen. Sie lehnten dies aber ab und meinten, sie seien für diesmal schon zufrieden, seit sie wüßten, daß sich Jemand um sie bekümmere.

**) Es sei, der Wahrheit zur Ehre, bemerkt, daß von demokratischer Seite nicht weniger gelogen wurde als von reaktionärer.

***) Herr Bamberger hat in einer wohlstilisirten kleinen Schrift sein Verhalten zu rechtfertigen versucht, wobei er die meisten Führer der Bewegung in der Pfalz

Die Preußen überschritten am 20. Juni den Rhein bei Germersheim, unter den Kanonen der Festung. Die Bewachung und Vertheidigung der Brücke war dem Polen Mniewski anvertraut worden, der 2500 Mann unter seinem Befehl hatte; dabei die Batterien Blind und Borkheim. Mniewski ließ sich von den Preußen überfallen. Es kam zu einem Gefecht, in dem der badische Major von Biedenfeld, ein alter Soldat aus der Schule Napoleon's, zwar kräftigen Widerstand leistete, aber schließlich sich doch vor der preußischen Division Brun auf Bruchsal zurückziehen mußte. Die Batterie Blind wurde genommen.*)

Die Division Brun sollte nun der badischen Armee den Rückzug nach Karlsruhe abschneiden; die Division Hannecken sollte auf Mannheim rücken und die Neckarlinie im Rücken angreifen und zugleich manövrirte Peucker in der rechten Flanke der Aufstellung Mieroslawski's. Gröben rückte von Norden gegen Mannheim und Heidelberg vor. So war durch den Rheinübergang der Preußen Mieroslawski plötzlich von drei Seiten angegriffen.

Er faßte in dieser verzweifelten Lage den raschen und kühnen Entschluß, sich auf das über den Rhein gegangene Hirschfeldt'sche Korps zu stürzen. Gelang dieser Vorstoß, dann hoffte er auch die beiden anderen Korps einzeln zu schlagen. Er zog seine Hauptmacht, neun Bataillone Linie, acht Bataillone Volkswehr, zehn Schwadronen Dragoner und 20 Geschütze, etwa 10—12 000 Mann, zusammen und rückte den Preußen entgegen. Die Stellung war nun so, daß die badische Armee mit dem Gesicht nach Süden, das Hirschfeldt'sche Korps mit dem Gesicht nach Norden stand. In Heidelberg blieb Johann Philipp Becker zur Deckung des Neckarüberganges zurück,**) in Mannheim deckte Mercy die Neckarbrücke. Eine Division unter Thome gehorchte dem Befehl des Obergenerals nicht und blieb in Heidelberg zurück.***)

---

und in Baden für ganz unfähige Menschen erklärt. Aber hat er selbst mehr geleistet? Er giebt an, er sei abgereist, weil er fürchtete, man würde ihn in Haft nehmen, ihn im Gefängniß vergessen und ihn so den Preußen in die Hände fallen lassen. Dies kann man kaum ernst nehmen; wenn aber Herr Bamberger am Schlusse seiner Broschüre versichert, er habe nicht am „Widerstandsformalismus" gelitten, so ist das ohne Weiteres zu glauben.

*) Die Preußen, deren Husaren sehr keck vordrangen, erlitten in diesem Gefecht — bei Wiesenthal — nicht unerheblichen Verlust; Prinz Friedrich Karl von Preußen befand sich unter den Verwundeten.

**) Becker war mit seiner Division aus dem Odenwalde eiligst herbeigerufen worden. Er hatte dort mit den Hanauer Turnern zusammen bei Hirschhorn den Bayern und Kurhessen ein Gefecht geliefert, bei dem die Hanauer Turner das alte Schloß von Hirschhorn besetzt und vertheidigt hatten.

***) Thome gehörte zu den reaktionären Offizieren.

Während sich Mieroslawski eiligst den Preußen entgegen warf, wurden die pfälzischen Volkswehren im Verein mit badischen Linientruppen in drei Kolonnen unter Willich, Blenker und Twinski gegen Bruchsal vorgeschoben und nahmen eine sehr zweckmäßige Aufstellung, um Mieroslawski zu unterstützen.*) Der Oberbefehlshaber Sznayda war freilich nicht der Mann, kräftig einzugreifen. Er rückte zu langsam vor, weil er nicht aus den Wirthshäusern fortzubringen war. So konnten die 10 000 Mann, die unter seinem Befehl sich befanden, nicht einmal die auf Bruchsal rückende Division Brun in ein Gefecht verwickeln und festhalten, während Mieroslawski bei Waghäusel die Preußen unter Hirschfeldt angriff.

Am 21. Juni in der Frühe stieß Mieroslawski auf die Vorposten der Preußen, die sich bei Waghäusel und Philippsburg zum Kampfe stellten.**) Sie hatten ursprünglich Mieroslawski bei Bruchsal vermuthet und wollten ihre Hauptmacht dahin dirigiren. Die Wucht des Angriffs der Revolutionsarmee fiel auf die Division Hanneken, die zum Marsch auf Mannheim beordert war.

Die preußische Vorhut wurde von der badischen unter Mone, der bei dieser Gelegenheit drei Wunden erhielt, rasch geworfen. Alsdann griff Oborski, der den badischen rechten Flügel kommandirte, Waghäusel mit Sturm an. Die Preußen hatten die große Zuckerfabrik, ein ehemaliges Schloß der Speyerer Bischöfe, stark besetzt. In viermaligem Anlauf erstürmten die badischen Truppen die feste Stellung der Preußen und warfen diese aus Waghäusel hinaus. Die Hanauer Turner hatten durch lebhaftes Gewehrfeuer den Sturmangriff unterstützt.

Mögling hatte von Mieroslawski den Befehl erhalten, die Stürmenden zu führen. Eine preußische Kugel zerschmetterte ihm den Fuß und er bat den jungen Schlöffel, die Führung zu übernehmen. Schlöffel befand sich an der Spitze der Kolonne, welche die Preußen aus Waghäusel hinauswarf, als zwei Kugeln seine Brust durchbohrten. Er fiel im vollen Stolze des Sieges und beschämte durch seinen Tod die Karlsruher Intriguanten, welche ihn von seinem Posten als Zivilkommissär abgesetzt hatten.

Sigel umging mit dem linken Flügel die Preußen, warf sie zurück und drang bis Wiesenthal vor. Hanneken wich bis Philippsburg zurück, von der badischen Artillerie beschossen. Nunmehr hätte Mieroslawski durch einen energischen Angriff auf Philippsburg die Schlacht entscheiden können. Aber er beging den Fehler, seinen Truppen, die allerdings ermüdet waren,

*) Twinski führte in der Nacht aus Feigheit oder Verrath seine Kolonne gegen Karlsruhe zurück und entfloh. Blenker holte die Kolonne wieder heran.

**) Das ganze Armeekorps Hirschfeldt's betrug gegen 20 000 Mann; nur die Reserve-Division unter Brun war gegen Bruchsal gerückt.

eine Stunde Rast zu gewähren. Während dessen zogen die Preußen Verstärkungen heran und plötzlich erschien die Division Brun, die dem Schall



Goegg bei den Kanonieren im Gefecht von Ubstadt.

des Geschützes von Bruchsal her nachgeeilt war, und griff den badischen linken Flügel in der Flanke und im Rücken an.

Sigel, zu schwach, um der feindlichen Artillerie widerstehen zu können, da er nur drei Geschütze hatte, von denen eines demontirt war, mußte sich aus Wiesenthal zurückziehen, da keine Verstärkung von Mieroslawski kam. Die Schlacht war jetzt eigentlich schon verloren. Aber die Niederlage wurde vernichtend durch den Verrath Beckert's. Mieroslawski hatte diesem zweideutigen Offizier befohlen, mit den zehn Schwadronen Dragoner, die unter seinem Befehl standen, Sigel zu unterstützen. Beckert that auch, als ob er dem Befehl nachkommen wolle; mit einem Mal aber schwenkte er ab und jagte mit seinen Dragonern in wilder Flucht davon mit dem Rufe: „Wir sind umgangen!" Er ritt unter die badische Infanterie, die Volkswehren und den Train hinein und brachte Alles in Verwirrung. Eine Panik griff um sich und die eben noch siegreiche Revolutionsarmee wälzte sich, größtentheils nur ein wirrer Haufen, nach Hockenheim und von da in der Nacht nach Heidelberg zurück.*) Die Preußen, die in dieser Schlacht das Zündnadelgewehr an den Leibern badischer Republikaner erprobt hatten, verfolgten die Fliehenden nicht; sie waren selber vom Kampfe erschöpft. Sigel deckte den Rückzug.

Wohl der größte Theil der Schuld an der Niederlage von Waghäusel trifft den „General" Sznayda. Dieser träge Mensch, der die Division Brun bei Bruchsal hätte festhalten können, ließ am 21. Juni keinen Schuß thun. Er ging zurück, statt vorwärts, und nur sein rechter Flügel unter Biedenfeld machte eine Bewegung gegen Bruchsal, aber auch zu spät. Bruchsal, das die Preußen verlassen hatten, wurde erst am 22. Juni von Sznayda besetzt. Seine Avantgarde besetzte das Dorf Ubstadt bei Bruchsal. Als am 23. Juni hier die Preußen angriffen, ward die Avantgarde geworfen und Sznayda zeigte sich als gänzlich unfähig, ein Gefecht zu leiten; er brachte Alles in Verwirrung. Goegg, der sich bei dieser Armee befand, übernahm in der Noth die Leitung und von tüchtigen Offizieren, wie Techow, Fach, Annecke, Beust, Iselin mit Artillerie und Volkswehren und von der Blousenbatterie Borkheim's unterstützt, gelang es ihm, den Widerstand zu organisiren, so daß die Preußen zurückgetrieben wurden. Dies Gefecht ist darum von großer Wichtigkeit, weil es die Preußen verhindert hat, der bei Waghäusel geschlagenen Hauptarmee den Rückzug abzuschneiden.**)

*) Die Berichte über diese Schlacht gehen sehr auseinander und widersprechen sich in wesentlichen Punkten. Staroste läßt die badischen Truppen wieder fliehen, auch wenn sie in siegreichem Vordringen begriffen sind. Das Bulletin Mieroslawski's ist ebenfalls voll unrichtiger Angaben.

**) Ein hessischer Offizier, der den Feldzug mitgemacht, sagt in seinem Werke über denselben: „Im Dorfe (Ubstadt) feuerten nachträglich noch ein Dutzend Frei-

Erst den folgenden Tag rückten die Preußen gegen Bruchsal und Szuayda zog sich in Unordnung gegen Karlsruhe zurück. Er wurde von den erbitterten Soldaten mißhandelt und floh nach Frankreich.

Die preußischen Generale operirten ungeschickt und langsam, sonst hätte Mieroslawski seinen merkwürdigen Flankenmarsch in kreisförmiger Bewegung zwischen drei feindlichen Armeen nicht ausführen können. Während Mannheim durch die reaktionäre Bourgeoisie den Preußen in die Hände gespielt wurde, wobei der Abgeordnete Trützschler, der Zivilkommissar daselbst gewesen, in Gefangenschaft fiel, hatte Johann Philipp Becker Heidelberg gegen die Preußen gehalten und deckte nun mit vielem Muth und großer Geschicklichkeit den Rückzug der geschlagenen Armee über Neckargemünd nach Sinsheim, wo der Angriff der eben anlangenden Vorhut des Reichsgenerals Peucker zurückgeschlagen wurde. Dann ging der Rückzug weiter über Bretten nach Durlach, wobei durch das Ubstädter Gefecht die Preußen verhindert wurden, diese Linie abzuschneiden, denn während man sich bei Ubstadt schlug, marschirte Mieroslawski östlich an der Grenze vorüber. Am 24. Juni, Abends, traf Mieroslawski in Durlach ein und rückte, ohne sich in Karlsruhe aufzuhalten, an die Murglinie nach Rastatt. Becker bestand am 25. Juni das Rückzugsgefecht von Durlach, wo er, obschon er kein Geschütz hatte, lange Stand hielt und den stürmenden Preußen schwere Verluste bereitete. Er gab Durlach erst auf, als er in Gefahr war, abgeschnitten zu werden.

Karlsruhe, wo sich die Kontre-Revolution gleich nach den Niederlagen der Armee breit machte, wurde am 25. Juni von den Preußen besetzt. Mieroslawski konzentrirte nun seine Macht an der Murglinie vor Rastatt. Er musterte hier 13 000 Mann mit 70 Geschützen. Alles war zum Widerstande entschlossen und es wurde die Murglinie von Steinmauern am Rhein bis Gernsbach hinauf besetzt. Die Korps Hirschfeldt und Gröben griffen diese Stellung in der Front an, während Peucker durch Württemberg gegen Gernsbach rückte. Die von Römer zugesagte Neutralität

schärler vom Kirchthurm auf die Truppen. Die Preußen erstürmten den Thurm und machten dessen Besatzung nieder, sowie die in vielen Häusern versteckten Freischaaren. Sie erschossen deren 15 auf dem Kirchhofe." (Feldzug gegen die badisch-pfälzische Insurrektion ꝛc., Seite 309.) Staroste bestätigt diese Grausamkeiten (Seite 342). Weiter erzählt Staroste, daß ein preußisches Bataillon, das acht Gefangene mit sich führte, bei Langenbrücken auf die verstümmelte Leiche eines preußischen Husaren stieß. „Bei diesem Anblick," sagt er, „kannte die Erbitterung der Mannschaft keine Grenzen. Die acht Gefangenen wurden niedergestoßen, ehe die Offiziere es hindern konnten." — Merkwürdig, daß die Offiziere gerade in solchen Fällen keinen Gehorsam fanden! — Wir geben in Bezug auf diese Dinge absichtlich nur die Darstellungen von reaktionärer Seite.

galt nur für Baden; den Reichstruppen gestattete man den Durchzug durch den württembergischen Schwarzwald.

Mieroslawski hatte den Fehler gemacht, daß er Gernsbach, den am meisten gefährdeten Punkt dieser Stellung, mit unzuverlässigen pfälzischen Volkswehren unter Blenker besetzt hatte; sodann nahm er die Aufstellung vor der Murg, wodurch das Festungsgeschütz am Spielen verhindert wurde und nicht in das Gefecht eingreifen konnte.

Am 28. Juni wurde ein Angriff der Preußen abgewiesen; am 29. ward der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet. Die Preußen wurden von Sigel und von Becker geworfen. Die badischen Truppen gingen zum Angriff über und trieben die Preußen so weit zurück, daß man in Rastatt dies als einen Sieg ansah und illuminirte. Aber im Gebirge wurde Mercy bei Rothenfels geworfen*) und seine fliehenden Mannschaften rissen auch die Division des tapferen Oborski mit sich fort.**) Gernsbach wurde von Peucker genommen und weithin waren die Flammen der dort in Brand geschossenen Häuser zu sehen.***) Dies zeigte an, daß die Umgehung der Murglinie nicht zu verhindern war.

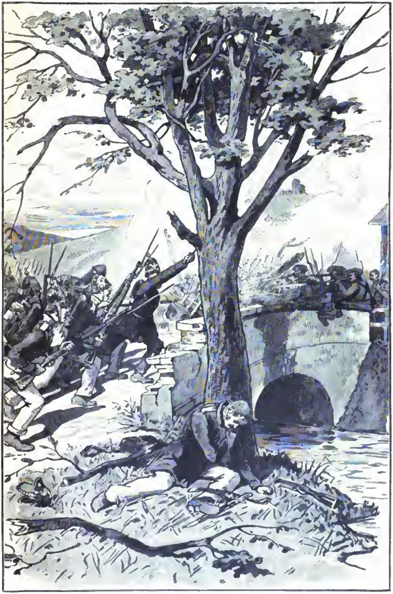
Verwirrung riß ein und am anderen Tage, am 30. Juni, mußte die Murglinie aufgegeben werden, nachdem Becker sich mit seiner Artillerie bei Kuppenheim aufs Tapferste gewehrt hatte. Bei Oos wurde zur Deckung des Rückzuges noch heftig gekämpft und durch den Hauptmann Michel aus Bamberg, der in diesem Gefecht fiel, den Mecklenburgern sogar eine Haubitze abgenommen.†) Der Rückzug ging in Verwirrung nach Offenburg und Freiburg zu; die Festung Rastatt wurde schon am Abend des 30. Juni völlig zernirt. 6000 Mann befanden sich darin und Bernhard Becker, der beim Mannheimer Arbeiterbataillon stand, behauptet, es wären wohl noch 1000 Mann mehr hineingegangen, wenn er sie nicht am Thore in einer Ansprache vor der „Mausefalle“ gewarnt hätte.

*) Dabei fiel Moll aus Köln, ein bekanntes Mitglied des Kommunistenbundes, und der Dichter Gottfried Kinkel, der als Volkswehrmann in den Kampf gezogen war, wurde verwundet und gefangen.

**) Dieser ging in der Verzweiflung sofort nach Straßburg ab.

***) Staroste sagt über dies Gefecht: „Beim Eindringen in Gernsbach konnte die bis zur Wuth gesteigerte Erbitterung der Soldaten kaum gezügelt werden und die einzelnen in der Stadt herumirrenden Insurgenten und die in den Häusern und Kellern vorgefundenen wurden fast ohne Ausnahme niedergestoßen.“

†) Staroste sagt über den Major Greiner von der schwäbischen Legion, der hier gefangen wurde: „Unter den Gefangenen befand sich auch der Insurgenten-Major Greiner. Da er auch jetzt noch, nach seiner Gefangennahme, auf die Truppen einzuwirken suchte, so wurde er niedergestoßen.“ — Greiner war Redakteur eines demokratischen Blattes in Reutlingen gewesen.



Gefecht bei Durlach.

Mieroslawski ward abgesetzt; seine Rolle war ausgespielt. Ueber seine Bezahlung entspann sich nachher ein widerwärtiger Streit, auf den wir nicht eingehen wollen.

Sigel erhielt wieder das Kommando; allein die Kraft der Erhebung war gebrochen. Es kam zu keinem ernsthaften Kampfe mehr.

In Freiburg trat die Konstituante noch einmal zusammen. Am 28. Juni, als die Versammlung den Antrag Struve's, jede Verhandlung mit dem Feind als Verrath zu erklären, angenommen hatte, legte Brentano seine Diktatur nieder und floh in die Schweiz, ohne Rechenschaft über seine Amtsführung abzulegen. Von Feuerthalen bei Schaffhausen schleuderte er eine grimmige Erklärung gegen die Demokraten, die ihn bekämpft hatten. Dies war genau so überflüssig, wie der verspätete „Terrorismus" Struve's, mit dem der Letztere vergessen zu machen bemüht war, daß er es hauptsächlich gewesen, der Brentano herbeigerufen. Uebrigens ging auch Struve mißvergnügt in die Schweiz, als man ihm nicht an Brentano's Stelle die Diktatur übertrug. Die meisten Mitglieder der Versammlung flohen mit ihm, da sich auch in Freiburg die Kontre-Revolution mächtig erhob.

Goegg, Johann Philipp Becker und Sigel suchten den Widerstand noch einmal zu organisiren und sich im Schwarzwald und im Seekreis zu halten. Man wollte bei Donaueschingen ein festes Lager errichten, Mannschaft sammeln und sich nach Württemberg werfen. Allein die Preußen und die Reichstruppen drangen von drei Seiten mit Uebermacht heran; die Aufgebote waren schwer zusammenzubringen und einige Korps der Revolutionsarmee waren schon in die Schweiz übergetreten. Unter diesen Umständen entschlossen sich die Führer, den Kampf aufzugeben. Sigel und Becker hatten an der Schweizer Grenze ein Lager bei Baltersweil bezogen; am 11. Juli ging der junge Feldherr mit den Trümmern der Revolutionsarmee über den Rhein. Goegg hatte das Konstanzer Aufgebot zusammengebracht; aber am 11. Juli entschloß auch er sich, mit den 1200 Mann Volkswehr, die bei ihm waren, in die Schweiz überzutreten. Er hielt vom Balkon des Konstanzer Rathhauses herab noch eine Rede und brachte ein Hoch auf das einige, freie Deutschland aus, während die Preußen sich der Stadt näherten.

Die Schweiz entwaffnete alle die übertretenden Soldaten und Volkswehren und nahm ihnen das Versprechen ab, beim Ausbruch eines Krieges gegen die Schweiz sich unter die schweizerischen Fahnen zu stellen. Man glaubte damals, Preußen würde die Schweiz angreifen.

Die Festung Rastatt allein war nach diesem großen Kampfe in den Händen der Demokratie geblieben, eng eingeschlossen und ohne jede Hoffnung auf Entsatz. Kommandeur der Festung war Tiedemann, Chef des General-



Abzug Sigel's aus dem Lager von Waltersweil.

stabes von Corvin-Wiersbitzki. Die Festung war noch in den letzten Tagen mit Proviant und Munition — jedoch nicht allzu reichlich — versehen worden. Die Preußen hatten kein schweres Belagerungsgeschütz und konnten gegen die gewaltige Festungsartillerie nichts ausrichten. Es wurden aus der Festung vier Ausfälle gemacht; am bedeutendsten war der am 16. Juli, bei welchem von dem Fort A aus das Dorf Niederbühl in Brand geschossen wurde. Aber die Hoffnung auf Entsatz — sanguinische Demokraten hofften sogar auf einen Entsatz durch die Ungarn — schwand und die Preußen ließen zwei Parlamentäre, Corvin und Lang, unter militärischer Begleitung auf einer Reise an den Bodensee sich überzeugen, daß in Baden keine Insurrektions-Armee mehr vorhanden war. Am 21. Juli kamen die Parlamentäre zurück und auf ihre Mittheilungen hin beschloß der Kriegsrath die Uebergabe. Corvin ward beauftragt, möglichst günstige Bedingungen zu erzielen. Man ließ nun den gefangenen Major Hindersin frei, „um ein Zeichen des Vertrauens zu geben." Hätte man ihn behalten, so wäre es vielleicht möglich gewesen, bessere Bedingungen zu erzielen.*)

Die Preußen verlangten Uebergabe auf Gnade und Ungnade und der kommandirende General von der Gröben sagte zu Corvin**), man könne keine Bedingungen zugestehen. Aber er werde sich für die Besatzung verwenden und hoffe, für sie das Gleiche zu erwirken, wie für die in Freiburg gefangenen Mannschaften***), die man auf Fürsprache des Generals von Hirschfeldt sogleich entlassen habe. Man beabsichtige, sagte nach Corvin der General, mit einigen der Hauptanführer ein Verhör anzustellen und die gemeinen Soldaten wahrscheinlich sogleich zu entlassen.

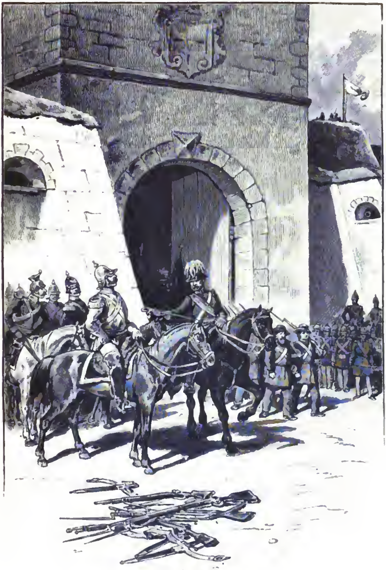
Corvin kehrte mit diesem Resultat der Berathung in die Festung zurück, wo schon Unordnung einzureißen begann. Nach seiner Mittheilung machte er im Kriegsrath kein Hehl aus seiner Ueberzeugung, daß er das Leben der Führer für verwirkt halte. Der Kriegsrath beschloß, nachdem Corvin mitgetheilt, daß die Uebergabe nur auf Gnade und Ungnade erfolgen könne, Corvin zu beauftragen, die Sache „so gut als möglich" zu Ende zu bringen.†)

*) Wir behandeln die Kapitulations-Affaire, die so viel besprochen worden, nach den vorliegenden Dokumenten und nach den Angaben, welche Corvin einer- und die schon angeführten Militärschriftsteller andererseits gemacht haben.

**) Corvin, „Aus dem Leben eines Volkskämpfers," Band IV, Seite 46.

***) Diese hatten sich gegen die provisorische Regierung empört und einige Offiziere verhaftet; daher die mildere Behandlung.

†) Der als tapfer, ja als tollkühn bekannte badische Stabsadjutant Hermann Mors, der bei Kuppenheim verwundet und in Rastatt geheilt worden, sagt in seinen „Erinnerungen," er habe nie etwas Anderes erwartet, als die Uebergabe auf Gnade und Ungnade.



Kapitulation von Rastatt.

Daraufhin wurde die Kapitulation abgeschlossen, in der die auf die Behandlung der Besatzung bezüglichen Bestimmungen lauteten:

„Die Besatzung unterwirft sich auf Gnade und Ungnade Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden und ergiebt sich den vor der Festung stehenden preußischen Truppen. Sie nimmt dabei die Gnade Seiner Königlichen Hoheit in Anspruch, die anderen Truppen unter ähnlichen Verhältnissen bewilligt sein soll. Eine feste Zusage kann der kommandirende General des zweiten Armeekorps nicht geben, wird aber seine gestern gegebene Verheißung zu erfüllen bemüht sein."

Man sieht, daß diese Kapitulation die Besatzung völlig in die Hände der Sieger gab und daß auch General von der Gröben sich zu nichts als zu seiner „Verwendung" verpflichtet hatte, was nicht viel heißen wollte. Daß der General von der Gröben die Kapitulations-Urkunde, welche Corvin ausgefertigt wurde, nicht selbst unterschrieb, sondern durch einen Major von Alvensleben, dem Chef seines Generalstabes, unterzeichnen ließ, bleibt ganz ohne Bedeutung, so oft dies auch als wesentlich hervorgehoben worden ist. Die Kapitulation erlaubte ihrem Wortlaute nach den Preußen, mit der Besatzung zu machen, was sie wollten. Corvin hatte vergessen, daß eine Kapitulation ein Handel ist, bei dem Jeder den Anderen zu übervortheilen sucht. In diesem Falle war er übervortheilt und die Rastatter Besatzung mit ihm.*)

Die Rastatter Besatzung litt am Vertrauensdusel, der im ganzen Jahr 1848 und auch noch 1849 das Verhalten der guten Deutschen so vielfach bestimmt hat. Man glaubte auf die ganz unbestimmten Aeußerungen Gröben's hin und nachdem dieser sich in dem Kapitulationsdokument noch ausdrücklich vor übertriebenen Folgerungen aus seinen Aeußerungen verwahrt, daß die Besatzung frei abziehen könne und daß die Offiziere in die badische Armee aufgenommen würden. Corvin behauptet, er habe vor solchem Optimismus gewarnt.

Tiedemann schien ein wenig verwirrt, so muthig er sonst war; in seinem letzten amtlichen Brief an den General von der Gröben schrieb er, es befände sich „kein Rädelsführer der Bewegung" in Rastatt. Biedenfeld rückte bei der Uebergabe mit klingendem Spiel aus. Ein junger preußischer Hauptmann ritt heran und fragte, wer die Musik befohlen habe. „Ich," sagte Biedenfeld gutmüthig. Da schrie der Hauptmann: „Herr, ins

*) Von einem „Kapitulationsbruch," wie man ihn so häufig von älteren Demokraten behaupten hört, kann also gar keine Rede sein. So wenig wir einen Grund haben, das Benehmen der Sieger zu beschönigen, so wenig können wir jenes alte Märchen aufrecht erhalten, auch wenn wir uns dadurch den Tadel dieses oder jenes alten Demokraten zuziehen sollten.

Dreideiwelsnamen, halten Sie das Maul, Sie haben hier einen Dreck zu befehlen, hier befehle ich!"*) Dieser Empfang mußte dem alten Biedenfeld wohl seine Illusionen nehmen.



In den Kasematten von Rastatt.

Am 23. Juli 1849, Nachmittags, fand die Uebergabe und Entwaffnung der Besatzung statt. Tiedemann überreichte dem General von der Gröben

*) So erzählt Corvin.

seinen Degen; Gröben nahm ihn nicht an und ließ ihn von dem Armeeprofoßen empfangen. Eine solche Beleidigung des Festungskommandanten mußte beweisen, daß die Gefangenen auf die „Verwendung" des Generals von der Gröben keine großen Hoffnungen setzen durften.

Die Gefangenen wurden nunmehr in die feuchten Kasematten der Festung geworfen und wurden dort bis zum Abend des anderen Tages ohne Nahrung und ohne Wasser gelassen.*)

Gleich nach dem Falle der Festung begannen die Standgerichte ihre Thätigkeit. Die „Rechtsfrage" bezüglich der Standgerichte untersuchen wir

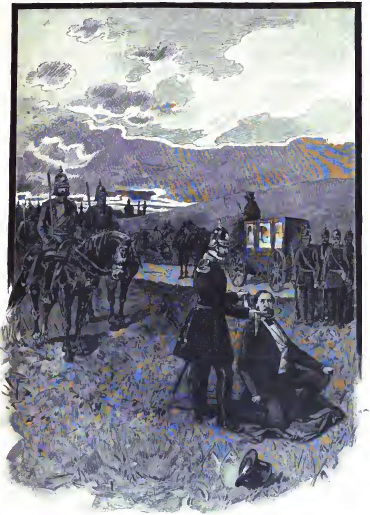


Max Dortu.

nicht; es ist dies ohne Werth. Eine Anzahl der tapfersten Männer fiel unter den Standrechtskugeln. Zu Mannheim, zu Rastatt und zu Freiburg gingen die Hinrichtungen vor sich. Es waren im Ganzen siebenundzwanzig. Das erste Opfer war Max Dortu aus Potsdam, der die Freiburger Volks-

*) Corvin schrieb an von der Gröben einen Zettel: „Ich bitte Sie nur um das für uns, was ich selbst dem Hunde meines Feindes nicht verweigern würde — um etwas Stroh und Wasser." — Wir haben Manchen gekannt, dem der lange Aufenthalt in den feuchten Kasematten die Gesundheit schwer geschädigt hat.

wehr befehligt hatte. Im März 1848 war er auf den Berliner Barrikaden gewesen. Sein Vater, Justizrath Dortu, machte umsonst verschiedene



Erschießung v. Trützschler's in Mannheim.

Anstrengungen, ihn zu retten. Der junge Dortu fiel mit antikem Muth mit den Worten: „Ich sterbe für die Freiheit; schießt gut, Brüder!" auf dem Kirchhof zu Wiehre vor Freiburg. Der Kriegskommissär Neff von

Rümmingen und der Soldat Gebhard Kromer aus Brombach wurden an demselben Platze erschossen.*)

In Mannheim mußte Trützschler, der nur als Zivilkommissär — nicht als Militär — an dem Aufstand Theil genommen, vor dem Standgericht erscheinen, das ihn zum Tode verurtheilte. Die elende Mannheimer Bourgeoisie verhöhnte das Opfer; „vornehme" Damen lachten, als Trützschler von seiner Frau und seinen Kindern sprach. Sogar der preußische Major, der dem Standgericht vorsaß, sprach es in der Verhandlung aus, daß ihn ein Ekel vor der Gemeinheit dieser Zuhörerschaft befalle.**)

Trützschler wurde am 14. August früh Morgens zu Mannheim jenseits des Neckars erschossen. Er starb gefaßt, von sieben Kugeln getroffen. Den Beistand eines Geistlichen hatte er abgelehnt mit den stolzen Worten, seine Bildung sei zu hoch, als daß er eines solchen Trostes bedürfe.

Seine Hinrichtung wurde als „Warnung" amtlich wie folgt bekannt gemacht:

„Wilhelm Adolf von Trützschler aus Gotha, ehemals königlich sächsischer Appellationsgerichts-Assessor in Dresden, schloß sich dem jüngsten badischen Aufstande schon in den ersten Tagen seiner Entstehung an und bekleidete vom 26. Mai bis 22. Juni dieses Jahres die Stellen eines Zivilkommissärs für die Stadt Mannheim und eines Regierungsdirektors für den Unterrheinkreis. Derselbe hat in diesen Eigenschaften die ausgedehnteste Wirksamkeit zur Organisation des Aufstandes, zur Aufstellung und Ausrüstung des ersten Aufgebots, zur Errichtung von Vertheidigungs-Anstalten um hiesige Stadt entwickelt, ja sich an den militärischen Operationen der Aufrührer unmittelbar betheiligt. Er ist daher nach öffentlich und mündlich gepflogener Verhandlung durch Urtheil des Standgerichts vom Gestrigen des Hochverraths für schuldig erklärt und deshalb zum Tode mittelst Erschießens verurtheilt worden. Dieses Urtheil wurde heute früh 4 Uhr dahier vollzogen. Mannheim, den 14. August 1849. Im Namen der Untersuchungskommission für das Standgericht Mannheim. Babo."

Solcher „Warnungen" wurden sehr viele veröffentlicht; wir geben einige im Anhang wieder.

In Mannheim wurden noch der Klempner Dietz aus Schneeberg, der Soldat Lacher aus Bruchsal, der Wagmeister Streuber aus Mannheim

*) Es wird erzählt, die Schwestern Kromer's seien, als sie das Grab ihres erschossenen Bruders bekränzt, von den Preußen eingefangen und auf einem entblößten Körpertheil gezüchtigt worden. (Siehe „Frankfurter Zeitung" vom 20. September 1874.)

**) Temme hat in seinem Roman: „Deutsche Herzen und deutscher Pöbel" der Nachwelt ein Bild dieses „vornehmen" und reichen Pöbels erhalten.

und der Lehrer Höfer aus Brehmen (Baden) standrechtlich erschossen. Höfer, dessen hochschwangere junge Frau von den Gensdarmen rauh zurückgestoßen wurde, als sie ihren verurtheilten Gatten noch einmal umarmen wollte, bat sich als Gnade aus, seine Hinrichtung noch an demselben Tage zu vollziehen, und so wurde er bei Laternenlicht erschossen.

Zu Rastatt fielen selbstverständlich die meisten Opfer. Es waren im Ganzen neunzehn: Tiedemann, der Gouverneur, der alte Böning, der Chef der Flüchtlingslegion, Konrad Heilig, der die Festungsartillerie kommandirt hatte, alle starben mit einem Muthe, der ihren Feinden imponirte.



W. Böning.

Es gab in dieser Beziehung nur eine Ausnahme.*) In Rastatt wurden erschossen: J. Bauer, Soldat, von Gissigheim. A. Bernigau, Offizier, von Mühlhausen. Ernst von Biedenfeld, Major, von Bühl. Georg Böning, Offizier, von Wiesbaden. Andreas Counis, Dragoner, von Pforzheim. Ernst Elsenhans, Redakteur, von Feuerbach.**) Gerhard, Soldat, von

*) Der 21jährige Lieutenant Schade, ehemals Kellner, vergoß in der Nacht vor seiner Hinrichtung Thränen. Der brave Borkheim sagt von ihm mit Recht: „Ich vergebe ihm diese Schwäche; mit 21 Jahren freut sich Niemand aufs Sterben!"

**) Elsenhans hatte in Rastatt den „Festungsboten" herausgegeben, wurde also hauptsächlich wegen einiger Zeitungsartikel erschossen.

Rintheim. J. Güntard, Soldat, von Konstanz. Konrad Heilig, Wachtmeister, von Pfullendorf. Karl Jacobi, Schreiner, von Mannheim. Peter Jäger, Soldat, von Aglasterhausen. Joh. Jansen aus Köln. Kilmarx, Soldat, aus Rastatt. Kohlenbecher, Soldat, aus Karlsruhe. Konrad Lenzinger, Korporal, von Durlach. Theophil Mniewski, aus Russisch-Polen.*) L. P. Schade, Soldat, von Karlsruhe. Schrader, preußischer Artillerist. G. N. Tiedemann, Offizier, von Landshut. L. Zenthöfer, Büchsenmacher, von Mannheim.**)

Zu Landau wurde am 9. März 1850 der bayerische Lieutenant Graf von Fugger erschossen, während der mit ihm verurtheilte Major von Fach entkam. Achtundsechzig Verurtheilte mußten ins Zuchthaus wandern, meistens nach Bruchsal. Urtheile auf zehn Jahre Zuchthaus ergingen in Masse.

Corvin wurde „zum Tode durch Erschießen und in die Kosten" verurtheilt, aber zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigt.***) Kinkel, der als einfacher Volkswehrmann gefochten, nach dessen Blute aber die „Kreuzzeitung" schrie, wurde zu lebenswieriger Festungshaft verurtheilt. Der König von Preußen änderte dies Urtheil dahin um, daß Kinkel seine Strafe in einer Zivilanstalt, also im Zuchthause, zu verbüßen habe. Es gelang Kinkel, dessen treue Gattin Alles zu seiner Befreiung aufbot, 1850 aus dem Spandauer Zuchthause zu entfliehen, wobei ihm besonders Karl Schurz, der jetzige nordamerikanische Staatsmann, der in Baden mitgefochten hatte, behülflich war. Mögling wurde, von seiner Wunde genesen, in Mannheim vom Standgericht zum Tode verurtheilt, aber, wie er selbst erzählt, auf Verwendung des Königs von Württemberg zu zehn Jahren Zuchthaus begnadigt. Er kam als gebrochener Mann aus dem Kerker.

*) Er sühnte seine Nachlässigkeit an der Rheinbrücke von Germersheim mit seinem Tode.

**) Der Beruf der Verurtheilten ist aus der Zeit, da die Revolution eintrat, angegeben. Die Aemter, die sie später bekleideten, sind oft schwer festzustellen und haben auch öfters gewechselt.

***) Er hat diese Strafe, die in sechs Jahre Einzelhaft verwandelt wurde, bis 1855 in Bruchsal verbüßt. Auf sein Verhalten in der Kapitulation von Rastatt erhob sich der Ruf der Verrätherei von Neuem. Indessen geht unseres Erachtens aus dieser Angelegenheit kein Beweis hervor, daß Corvin ein Verräther gewesen, wohl aber hat er leichtfertig gehandelt. Bei solchen Dingen wird immer gleich „Verrath" geschrien und ein Sündenbock gesucht. Corvin war dabei die letztere, nicht angenehme Rolle zugetheilt worden. — Seine späteren Wandlungen führten ihn, den Verfasser des Pfaffenspiegels, dem Nationalliberalismus und dem „Kulturkampf" zu, welch' letzteren er ernst nahm. Bismarck soll in Versailles zu dem „bekehrten" Corvin gesagt haben: „Für das, was Sie in Rastatt ins Gefängniß geführt hat, stehe ich jetzt hier." — Dieser Spruch steht in gleichem Werth mit jener historischen Anschauung Bismarck's, daß der Kommune-Aufstand von 1871 ein Kampf für die preußische Städteordnung gewesen sei

Die zurückgekehrte großherzogliche Regierung berechnete den Schaden des Staates auf drei Millionen Gulden und man verurtheilte alle an der Revolution Betheiligten zu solidarischer Verbindlichkeit. So kamen zu den Hinrichtungen und Einkerkerungen noch die Vermögenskonfiskationen, die Verköstigung der fremden Truppen, der Belagerungszustand und das hochfahrende Benehmen der Sieger.*) Den Flüchtlingen folgten viele Tausende ins Ausland nach; nie war die Auswanderung so stark, wie in den Jahren nach der Revolution. Baden verlor den Kern seiner Bevölkerung.**) Es erscheint darum mehr als lächerlich, wenn die beiden Offiziere, deren



Gottfried Kinkel.

Schriften wir mehrfach angezogen haben, behaupten, die Preußen und die Reichstruppen seien in Baden als „Befreier" aufgenommen worden. Als „Befreier" von denselben Leuten, deren Väter, Brüder und Söhne erschossen, „niedergestoßen," eingekerkert oder ins Ausland getrieben worden waren!

*) Der preußische Oberstlieutenant Staroste kann sich nicht genug darüber freuen, daß die „Heckerhüte" verboten und daß diejenigen Personen, die dennoch solche trugen, wie „Züchtlinge" behandelt wurden.

**) Ohne die preußische Invasion und ohne die Niederlage und massenhafte Auswanderung der Demokratie hätte das nationalliberale Streberthum in Baden die öffentlichen Zustände nicht so beherrschen können, wie es später der Fall war.

Die Professoren diskutirten nach der Niederlage Badens noch sehr lange über die Berechtigung oder Nichtberechtigung Preußens, in Baden einzufallen. Sie vergaßen, daß es im Kriege nur Machtfragen giebt. Aber sie hatten ja in Frankfurt eine Zentralgewalt eingesetzt, welche die Hülfe der Regierungen immer nur dann anrief, wenn es eben diesen Regierungen recht war. Diese Zentralgewalt rief auch die Preußen nach Baden. An solche Fälle hätte man denken sollen, als man die Zentralgewalt einsetzte und den Erzherzog Johann zum Reichsverweser wählte.

Beiläufig war den regierenden Herren in München die preußische Hülfe gar nicht so angenehm. Bayrische Truppen besetzten die Pfalz, während ein bayrisches Hofblatt in fetter Schrift schrieb: „Bayern hat die Hülfe in der Pfalz nicht nachgesucht!"

Es erübrigt uns noch, die Verluste der kämpfenden Parteien im badischen Feldzuge abzuschätzen.

Die Verluste der beiden preußischen Korps und der Reichsarmee wurden amtlich zusammen auf etwa 1000 Mann an Todten, Verwundeten und Vermißten angegeben. Das ist offenbar zu niedrig; so wollen die Preußen bei Waghäusel nur 20 Todte gehabt haben. Offenbar glaubten die preußischen Militärstatistiker, damit sich den Nimbus der Ueberlegenheit zu geben.*)

Der ungenannte hessische Offizier schreibt in seinem „Feldzug gegen die badisch-pfälzische Insurrektion" u. s. w. mit einem gewissen Stolze: „Der Verlust des Feindes mag gewiß weit mehr als das Doppelte betragen haben; namentlich hatte er überall weit mehr Todte." Und der preußische Offizier Staroste löst uns dies Räthsel, indem er in seinem Tagebuch (Seite 182) bemerkt: „Die Erbitterung der Truppen gegen die Insurgenten war allgemein, daher auch nur selten Pardon gegeben wurde!"

Wenn die Insurrektions-Armee ähnlich verfahren wäre, so würden die Reichsarmee und die Preußen auch mehr Todte gehabt haben. Die badischen Soldaten haben aber auf diesen „Ruhm" verzichtet und werden dafür auch von der Geschichte anders beurtheilt.

---

*) Von der anderen Seite wurde auch sehr aufgeschnitten. Als der Verfasser vor einiger Zeit die Gräber der in Rastatt Erschossenen besuchte, erzählte ihm ein alter Rastatter, in den Festungsgräben seien 1849 über 2000 Polen erschossen worden; auch hätten die Badenser im Gefecht an der Murglinie ein preußisches Armeekorps in die Murg gesprengt. Der Alte wurde ganz böse, als der Verfasser seine bescheidenen Zweifel äußerte.

Ende des Verfassungswerkes.

Das Frankfurter Parlament hatte am 10. Mai das Einschreiten Preußens in Sachsen für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärt. Die preußische Regierung antwortete darauf mit einer Verordnung, durch welche sie die preußischen Abgeordneten vom Parlament abberief. Sie hatte gar kein Recht, wie sie that, das Mandat der Abgeordneten für „erloschen" zu erklären, aber sie that es, denn sie fühlte sich stark genug dazu. Auch der Reichsverweser warf die Maske der Gutmüthigkeit ab und zeigte sich offen so brutal, wie er war. Er setzte ein Ministerium mit einem General Jochmus, der eine abenteuerliche Erscheinung und ehemaliger türkischer Pascha war, ein; außer ihm befanden sich Fürst von Sayn=Wittgenstein, Grävell, Merck und Detmold darin. Die Versammlung erklärte dies Ministerium für eine Beleidigung der deutschen Nationalvertretung und erinnerte sich plötzlich, daß die Zentralgewalt, laut Gesetz, nach Vollendung und Ausführung der Verfassung aufzuhören habe. Obschon nun die Verfassung noch nicht ausgeführt war, so beschloß die Versammlung doch, einen Reichsstatthalter einzusetzen, der die Durchführung der Reichsverfassung in die Hand zu nehmen habe.

Johann blieb kaltblütig auf seinem Reichsverweserthron sitzen und die Konstitutionellen, auch „Rotte Gagern" genannt, 75 Mann stark, ließen nun die Paulskirche dahinten, da es ihnen unheimlich wurde. Sie traten aus und meinten, man müsse jetzt entweder Revolutionär werden oder auf die gesetzliche Durchführung der Reichsverfassung verzichten. Sie wählten das Letztere und überließen, wie sie sagten, die Verfassung der „selbstthätigen Fortbildung durch die Nation." Mit solch elenden Phrasen glaubten diese Leutchen ihre Unfähigkeit und ihre klägliche Niederlage vor dem Volke verbergen zu können.

Preußen suchte nun die Lösung der Verfassungsfrage abermals selbst in die Hand zu nehmen; in Schleswig=Holstein war es ohnehin schon beinahe wie eine Zentralgewalt aufgetreten. Es fanden in Berlin Konferenzen zwischen Preußen, Oesterreich, Bayern, Hannover und Sachsen statt, aber Bayern und Oesterreich zogen sich zurück, weil sie der „preußischen

Spitze" widerstrebten. In österreichischem Interesse und um gleich den Ansatz zu einem Gegengewicht zu haben, harrte darum auch Johann auf dem Reichsverweserposten aus, während er zugleich einen höchst langweiligen Notenwechsel mit Preußen führte. Preußen, Sachsen und Hannover schlossen am 26. Mai eine Vereinbarung ab über das sogenannte „Dreikönigsbündniß," welches Deutschland eine aristokratisch-plutokratische Verfassung mit Fürstenkollegium und Klassenwahlgesetz geben sollte. Alle volksthümlichen Bestimmungen waren aus diesem Entwurf ausgemerzt und Oesterreich hätte ihn wohl reaktionär genug gefunden, um ihn anzunehmen. Aber dem König von Preußen war in dem Entwurf eine „Reichsvorstandschaft" zugedacht und darum brach der alte Dualismus wieder auf. Auch Sachsen und Hannover erklärten, sie würden nur einem ganz Deutschland umfassenden Bundesstaate, nicht aber einem Sonderbund beitreten! Bayern und Württemberg waren gleichfalls Gegner der Dreikönigsverfassung; letzteres darum, weil sein König sich bekanntlich keinem Hohenzollern unterwerfen wollte.

Man sieht, daß die drei Verbündeten so wenig eine deutsche — nicht preußische — Verfassung zu schaffen im Stande waren, wie das Frankfurter Parlament. Diese Körperschaft war zu einem schwächlichen Rumpfe geworden und mußte immer mehr auf ihre Sicherheit bedacht sein. Ihre Haltung gegenüber den Verfassungs-Aufständen haben wir schon geschildert; sie regte sich nicht bei den Erhebungen der Pfalz und Badens, welche doch die Reichsverfassung als Schild und Banner trugen. Statt dessen wollte man wieder eine jener Proklamationen an das deutsche Volk richten, wie man sie schon so oft erlassen, und mit denen weder etwas gesagt, noch etwas gethan war. Eine Kommission hatte zwei Entwürfe vorgelegt; der eine war von Uhland. Sie waren der Situation nicht angemessen, denn sie hatten den reaktionären Gewalten und ihren Drohungen nur nichtssagende Redewendungen entgegenzusetzen. Da ergriff Wolff von Breslau*) das Wort, um der Versammlung einmal derb die Meinung zu sagen, daß nunmehr genug geschwatzt sei. Er spottete darüber, daß man sich immer auf den gesetzlichen Boden stelle, nachdem doch die Regierungen den Weg der Gewalt betreten hätten. Der Reichsverweser, sagte er, sei der erste Volksverräther. Er ward vom Präsidenten Reh zur Ordnung gerufen und Vogt, der sich im Behagen des Schwatzens unangenehm gestört fühlte, nahm die Gelegenheit zu einem persönlichen Angriff gegen Wolff wahr, wofür er sich eine derbe Abfertigung gefallen lassen mußte.

---

*) Der bekannte Kasematten-Wolff und Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung," der als Stellvertreter erschienen war.

Am 24. Mai beschloß das Parlament, seine Beschlußfähigkeit herabzusetzen; schon bei Anwesenheit von 100 Mitgliedern sollte es beschlußfähig sein. Am 30. Mai aber beschloß man die Verlegung der Versammlung nach Stuttgart, wo man, da in Württemberg die Reichsverfassung anerkannt war, vor einem Gewaltstreich gesichert zu sein glaubte. Der Reichsverweser weigerte sich, nach Stuttgart zu folgen.

Von den württembergischen Abgeordneten war mehrfach die Uebersiedelung nach Stuttgart widerrathen worden und als das Rumpfparlament, 105 Mitglieder zählend, in Stuttgart anlangte, fand es dort nicht



Wilhelm Löwe-Calbe.

die erwartete Aufnahme. Zwar im Lande selbst war die Sympathie für das Parlament wieder einigermaßen erwacht, seitdem man es von den reaktionären Gewalten offen angegriffen sah. In Ludwigsburg sprach ein Unteroffizier der Artillerie dem Parlament am Bahnhof die Sympathien seiner Kameraden aus und meinte, wie Moritz Hartmann erzählt, die Sache des Volkes sei auch Sache der Armee. Das Parlament fühlte sich durch diese Kundgebung etwas gehoben; im Uebrigen begannen die Illusionen denn doch nach und nach zu schwinden.*) Die schwäbische Residenz

*) In diesen bewegten Junitagen schuf sich Moritz Hartmann, der beim Parlament aushielt, auf einige Stunden eine hübsche Idylle, indem er mit Johann Jacoby und Heinrich Simon nach Weinsberg zu Justinus Kerner fuhr. Der

gab dem Parlament sehr deutlich zu verstehen, daß der Besuch desselben ihr gar nicht willkommen sei. Zu Frankfurt hatte man das Parlament, als dasselbe noch von den unbegrenzten Hoffnungen des Volkes getragen war, festlich empfangen; die Frankfurter Bürger hatten es sich zur Ehre gemacht, die Abgeordneten bei sich aufzunehmen. In Stuttgart konnten die Repräsentanten des sinkenden Verfassungswerkes kaum Wohnungen finden. In der schwäbischen Demokratie herrschte die größte Zerfahrenheit.*) Der famose „Republikaner" im Frack, der Märzminister Römer, war zwar Mitglied des Parlaments; indessen mußte nach der Verhaftung Fickler's auch in Bezug auf diesen Staatsmann jede Illusion in Nebel aufgegangen sein. Er zeigte seinen Austritt aus dem Parlament aber nicht sofort an und war in der ersten Sitzung am 6. Juni zu Stuttgart noch anwesend. Freilich sah er, wie ein Augenzeuge sagt, „wie das böse Gewissen" aus. In dieser Sitzung, die im Saal der württembergischen Abgeordnetenkammer stattfand, wurde auf Antrag des Abgeordneten Vogt, der nun wieder Gelegenheit zum Reden hatte, eine Reichsregentschaft eingesetzt, die aus fünf Mitgliedern bestehen sollte. Ferner ward beschlossen, daß die provisorische Zentralgewalt aufgehört habe und daß das Wahlgesetz der Dreikönigsverfassung null und nichtig, sowie dessen Anwendung ein Hochverrath sei.

Zu Mitgliedern der Reichsregentschaft wurden gewählt Franz Raveaux aus Köln, Karl Vogt aus Gießen, Friedrich Schüler aus Zweibrücken, Heinrich Simon aus Breslau und August Becher aus Stuttgart.**)

Von diesen fünf Männern war nur Raveaux von Thatkraft und Initiative, aber er war häufigen Schwankungen ausgesetzt; Vogt war ein plaudernder Professor, Heinrich Simon klebte an seinem Rechtsboden, Schüler war ein unzuverlässiger Liberaler und Becher galt damals schon in politischen Dingen als ein „unsicherer Kantonist."

Der Präsident Löwe-Calbe proklamirte diese Regentschaft mit einem

---

alte Gespensterseher ging mit Moritz Hartmann Arm in Arm im Garten auf und ab und meinte dabei: „Fühlst Du nit, wie unser Nervegeischt stimmt?" — Als Moritz Hartmann bejahte, rieth ihm der Alte, doch von den revolutionären Wegen abzulassen.

*) Näheres über diese Dinge bei Raveaux, Mittheilungen über die badische Revolution, Seite 71 ff.

**) Nach einer Erzählung von Ludwig Pfau wurde die Wahl Becher's hauptsächlich dadurch bewirkt, daß der „schwäbische Marat," ein gewisser Dallinger, bei der Regentenwahl die Zuhörerschaft veranlaßte, immer „Becher!" zu rufen. Das Rumpfparlament erfüllte, was diese „Stimme des Volkes" verlangte, und wählte Becher. Dieser wandte sich später von der Demokratie ab und schien an die kurze Regenten-Periode seines Lebens nur sehr ungern erinnert zu werden.

ganz überflüssigen Pathos, denn sie wurde unserer Ueberzeugung nach schwerlich von Jemand ernst genommen.

Die fünf Regenten erließen eine Proklamation an das deutsche Volk, in welcher sie erklärten, sie würden, wenn nöthig, der Gewalt die Gewalt entgegenstellen. Zugleich verkündete die Regentschaft, daß sie an Stelle der Zentralgewalt den Oberbefehl über das deutsche Heer übernommen habe und sie ließ an die verschiedenen Generale Befehle ergehen. Sigel sollte in Baden, Peucker in Hessen stehen bleiben, Prittwitz die Dänen schlagen, Miller abtreten. Daß sich, meint ein Zeitgenosse treffend, alle diese Reichsgenerale eher um den Mann im Monde als um die Reichsregentschaft in Stuttgart kümmerten, bedarf keiner näheren Ausführung.

Von der württembergischen Regierung verlangte, wie Raveaux in der Sitzung vom 13. Juni im Kolb'schen Saale zu Stuttgart mittheilte, die Reichsregentschaft ein Heer von 5000 Mann Infanterie, zwei Schwadronen Kavallerie und zwei Batterien, „um die Besatzungen von Rastatt und Landau (!) zu verstärken." Raveaux beklagte sich, die württembergische Regierung habe darauf keine Antwort gegeben. Die Antwort war aber schon am 8. Juni in einer Erklärung des Gesammtministeriums erfolgt, in welcher dieses der Regentschaft den Handschuh offen hinwarf. Es hieß in dieser geschickt abgefaßten Erklärung, daß die Regentschaft, wenn man ihr freie Hand ließe, das Gut und Blut Württembergs in einem ungleichen Kampfe vergeuden und den Wohlstand des Landes noch mehr zerrütten werde. Die Regentschaft könne ohne Zustimmung der Regierung und der Kammern nicht über württembergische Truppen und Geldmittel verfügen und man dürfe ihr das Land nicht preisgeben.

Die Regentschaft hatte zwar nicht „verfügt," sondern nur verlangt, aber die Herzen der schwäbischen Bourgeois waren für Römer, diesen trefflichen Hüter ihres Geldbeutels, gewonnen und Schoder erniedrigte sich umsonst, indem er sich eifrig und ängstlich gegen „republikanische Tendenzen" verwahrte. Der bekannte Aesthetiker Vischer überbot ihn, indem er die badische Demokratie beschimpfte. Dagegen erklärte der radikale Martiny seinen Austritt aus dem Parlament, weil dies „wie ein Bleigewicht an der Bewegung hänge." Die konstituirende Versammlung in Baden lehnte es ab, sich unter die Beschlüsse des Rumpfparlaments zu stellen. Zu allem Ueberfluß regte sich auch noch der alte Johann in Frankfurt und forderte die württembergische Regierung auf, gegen das Rumpfparlament einzuschreiten.

Nachdem das Ministerium Römer durch seine Erklärung sich offen von der in Württemberg anerkannten Reichsverfassung losgesagt, wartete es nur auf den richtigen Moment, um die Versammlung sprengen zu

können. In Frankreich konnte ein Umschwung eintreten, wenn die Partei Ledru-Rollin siegte, und der Rückschlag auf Deutschland blieb dann nicht aus. Dies wurde abgewartet.

Die Versammlung bekam viele Adressen, Vereine und Versammlungen sprachen ihre Sympathien aus, die Bürgerwehr bildete mehrmals Spalier — aber weiter hatte sie keinen Rückhalt. Sie mußte aus einem Lokal in das andere ziehen. Der Ständesaal ward ihr verweigert; sie tagte im Kolb'schen Saale und dann im Fritz'schen Reithause, dessen Saal demokratische Schwäbinnen, so gut es in der Eile ging, geschmückt hatten. Moritz Hartmann wollte den Eingang des Sitzungssaales mit den Kanonen der Bürgerwehr geschmückt wissen. „Aber," sagt er, „als die Bürgerwehr Folge leisten wollte, fand es sich, daß die Regierung Hand an ihr Eigenthum gelegt und die Kanonen konfiszirt hatte!"

Als aus Paris die Nachricht angelangt war, daß die Schilderhebung vom 13. Juni mißlungen sei, entschloß sich das Ministerium Römer, den entscheidenden Schlag zu führen. Der Präsident Löwe-Calbe erhielt eine Zuschrift, worin ihm mitgetheilt war, daß das württembergische Ministerium „das Tagen der Nationalversammlung und das Schalten der Reichsregentschaft" nicht länger dulden könne. Löwe antwortete nicht. Am anderen Tage, den 18. Juni, erhielt er einen Zettel von Römer, in welchem er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß gegen eine Sitzung der Nationalversammlung „die erforderlichen Maßregeln" ergriffen würden.

Uhland forderte den Präsidenten auf, so viele Mitglieder als möglich zu versammeln und sich in geordnetem Zuge an Ort und Stelle zu begeben, „um so die Gewalt an sich vollenden zu lassen."*) Um 3 Uhr bewegte sich der Zug der Abgeordneten in die Kasernenstraße; Uhland und Schott, der Schwiegervater Römer's, schritten an der Spitze, zwischen ihnen der Präsident. Die Straße war von Militär gesperrt; in den Nebenstraßen war Kavallerie aufgestellt. Der große Stratege General Miller befehligte hier. Als der Zug vor der Front des Militärs angelangt war, öffneten sich die Reihen und es ward der Zivilkommissär Kammerer mit weißer Schärpe sichtbar, welcher mit stotternder Stimme erklärte, daß keine Sitzung des Parlaments mehr geduldet werde. Darauf verschwand er wieder in der Masse der Soldaten. Der Präsident Löwe-Calbe rief: „Ich erkläre" .... aber ein gewaltiger Trommelwirbel schnitt ihm das Wort ab und so kam durch das Kalbfell die Welt um eine der vielen „Erklärungen," die man in diesem Parlament statt der Handlungen für nothwendig erachtete.

*) Merkwürdiger Weise dauerte die Freundschaft zwischen Uhland und Römer auch nach der Sprengung des Parlaments fort.



Sprengung des Rumpf-Parlaments in Stuttgart.

„Fällt das Bayonnet!“ wurde der Infanterie kommandirt, die aber zögerte, die wehrlosen Männer mit blanker Waffe anzugreifen. General Miller rief dem Präsidenten zu: „Fort!“ und ließ aus der Seitenstraße Kavallerie vorbrechen. „Einhauen! Haut zu! Haut zu!“ erscholl das Kommando, die Säbel blitzten in der Luft und kreuzten sich über dem greisen Haupte des Dichters, der den Soldaten den „guten Kameraden“ gesungen hat.*) Aber wirklich eingehauen wurde nicht, trotzdem der Abgeordnete Günther, Schwager Robert Blum's, in der Aufregung seine Kleider aufriß und den Reitern zurief: „Stoßt zu, wenn Ihr einen deutschen Volksvertreter morden wollt!“ Die Abgeordneten wichen der Gewalt, während der General Miller mit der Lorgnette dem Getümmel zusah. Sie gingen nach dem Hôtel Marquardt zurück. Das Volk begleitete sie mit Hochrufen und wurde von der Kavallerie zerstreut, während eine Abtheilung Stuttgarter Bürgerwehr stumm und unbeweglich wie Bildsäulen dem Vorgang anwohnte.**)

Im Hôtel Marquardt trat das Parlament noch einmal zusammen, fand sich aber nicht beschlußfähig. Man berieth dennoch und Herr Schoder sprach hier das letzte Wort, das sich im amtlichen Protokoll findet: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Ja, sie war geschlossen — für immer!

Präsident Löwe***) lud die Abgeordneten ein, sich am 25. Juni in Karlsruhe einzufinden. Aber gerade an diesem Tage rückten die Preußen in Karlsruhe ein und die Abgeordneten gingen mit den badischen Insurgenten zum großen Theil ins Exil. Viele von denen, die zurückgeblieben, wurden verfolgt und eingekerkert, wobei es darauf ankam, welchen Begriff die Gerichte von der Rechtsgültigkeit der Frankfurter Reichsverfassung hatten.

Zwei Mitglieder dieses Parlaments waren standrechtlich erschossen: Blum und Trützschler; zwei vom wüthenden Volke getödtet: Lichnowski und Auerswald. Viele wurden in contumaciam zu harten Strafen, auch zum Tode verurtheilt, wie z. B. Ludwig Simon von Trier und

*) So erzählt der Stuttgarter „Beobachter.“ Der alte Schott schilderte gleich nachher, wie ihn sein Schwiegersohn Römer angreifen ließ: „Die Säbel wurden über unseren Köpfen geschwungen und ich wurde durch die Reiter von dem Präsidenten weggedrängt.“

**) Das Sitzungslokal der Versammlung wurde von den tapferen Schwaben demolirt; aus den von zarten Händen gespendeten schwarz-roth-goldenen Fahnen machten sich die Soldaten Fußlappen.

***) Das Trommelfell in Stuttgart muß Herrn Löwe mächtig imponirt haben, denn als er aus dem Exil zurückgekehrt war, wurde er bald ein so glühender Verehrer des preußischen Militärstaats, daß ihm die Nationalliberalen zu oppositionell waren.

Raveaux; über Löwe-Calbe, Heinrich Simon u. A. ward lebenslängliches Zuchthaus verhängt.*)

Dem traurigen Ende des deutschen Parlaments, das es durch seine eigene Schwäche verschuldet, folgte eine halb lächerliche, halb widerliche Erscheinung, nämlich die Versammlung zu Gotha am 25. Juni, wo sich die „Rotte Gagern" einfand und über die Lage berieth. Es wurden noch eine Anzahl gleichgestimmter Seelen dazu beigezogen, und nachdem man drei Tage hinter geschlossenen Thüren gesessen, erschien eine Erklärung, in der es hieß, die Frankfurter Verfassung sei zur Unmöglichkeit geworden, und das Volk müsse darum die Dreikönigsverfassung annehmen, welche den Kern der Frankfurter Verfassung, die erbliche Kaiserwürde, in sich aufgenommen habe. So handelten die Gagern und Genossen, die sich zu Frankfurt am Main schriftlich verpflichtet hatten, an der Reichsverfassung festzuhalten, und die sich jetzt der preußischen Regierung mit ihren Diensten anboten. Man sieht, der Nationalliberalismus, der sein Vergnügen im Lakaienthum findet und der seine Dienste den Mächtigen förmlich aufdrängt, ist nicht erst von heute. Man nannte die Gothaer Zusammenkunft das Nachparlament und der Name „Gothaer" ward zu einem Spottnamen.

Das Volk, niedergedrückt von den Ereignissen, gleichgültig und hoffnungslos geworden durch den traurigen Ausgang all der freiheitlichen Bewegungen und der opfervollen Kämpfe, seufzend unter dem Doppeljoch der politischen Reaktion und der zerrütteten sozialökonomischen Zustände, kümmerte sich gar nicht um die Dinge, die in den oberen Regionen vorgingen. Der Notenwechsel der Regierungen über die Dreikönigsverfassung hatte fast für Niemand Interesse, als für die Regierungen selber.

*) Johann Jacoby hatte den hohen Muth, sich freiwillig den Gerichten in Königsberg zu stellen, wo die Wogen der Reaktion sehr hoch gingen. Er wollte in dieser traurigen Zeit ein Beispiel von Festigkeit geben. Seiner mit überwältigender Logik geführten Vertheidigung gelang es, sogar bei sorgfältig „gesichteten" Geschworenen, eine Freisprechung zu erzielen.

Niederlage der Ungarn.

Der Zwiespalt zwischen Kossuth und Görgey, dessen Gründe wir oben entwickelt haben, trug bald seine schlimmen Früchte; Görgey suchte etwas darin, der Kossuth'schen Regierung, die er als eine republikanische haßte, nicht zu gehorchen. Das Unglück Ungarns konnte diesen verhärteten Egoisten nicht bestimmen, von seinen Intriguen abzulassen, die alle Pläne und Beschlüsse der Regierung kreuzten und lähmten. Mit 30 000 Mann, so hatte ihm die Regierung befohlen, sollte er die Oesterreicher von Komorn verfolgen und auf Wien rücken, während Ofen mit 10 000 Mann zernirt werden sollte; er sandte nur 10 000 Mann zur Verfolgung resp. Beobachtung der Oesterreicher nach Raab, wo sie stehen blieben, und legte sich mit 30 000 Mann vor Ofen. Bis zum 21. Mai dauerte die Belagerung dieser Stadt, an welchem Tage sie mit Sturm genommen wurde. Der Sturm gelang erst beim dritten Anlaufe nach einem mörderischen Kampfe, bei welchem der österreichische General Hentzi fiel.*

[illegible] Görgey [illegible] hatte, [illegible] Ofen möchte [illegible] am 6. Juni [illegible] der Regierung [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]



Einnahme des Wiener Thores bei der Erstürmung Ofens.

Niederlage der Ungarn.

Der Zwiespalt zwischen Kossuth und Görgey, dessen Gründe wir oben entwickelt haben, trug bald seine schlimmen Früchte; Görgey suchte etwas darin, der Kossuth'schen Regierung, die er als eine republikanische haßte, nicht zu gehorchen. Das Unglück Ungarns konnte diesen verhärteten Egoisten nicht bestimmen, von seinen Intriguen abzulassen, die alle Pläne und Beschlüsse der Regierung kreuzten und lähmten. Mit 30 000 Mann, so hatte ihm die Regierung befohlen, sollte er die Oesterreicher von Komorn verfolgen und auf Wien rücken, während Ofen mit 10 000 Mann zernirt werden sollte; er sandte nur 10 000 Mann zur Verfolgung resp. Beobachtung der Oesterreicher nach Raab, wo sie stehen blieben, und legte sich mit 30 000 Mann vor Ofen. Bis zum 21. Mai dauerte die Belagerung dieser Stadt, an welchem Tage sie mit Sturm genommen wurde. Der Sturm gelang erst beim dritten Anlaufe nach einem mörderischen Kampfe, bei welchem der österreichische General Hentzi fiel.*)

Kossuth, der an Görgey geschrieben hatte, er befürchte, Ofen möchte das ungarische Mantua werden, hielt am 6. Juni mit der Regierung einen glänzenden Einzug in die befreite Hauptstadt. Aber bei all dem Jubel des Volkes konnte sich der Gouverneur nicht verbergen, in welche bedenkliche Lage Ungarn gerathen war. Die Oesterreicher, die vor einem Einfall der Ungarn nach Inner-Oesterreich gezittert, hatten inzwischen ungestört neue Kräfte sammeln können.

An der Waag standen die Oesterreicher, die sich dort bis auf 80 000 Mann verstärkten, unter Haynau's Befehl.**) Jellachich im Süden Ungarns hatte 40 000, Clam Gallas in der Wallachei 12 000 Mann unter sich. Die Russen rückten mit 140 000 Mann heran. Die Ungarn

*) Ein Urenkel des bekannten schweizerischen Demokraten und Verschwörers Hentzi, der 1749 hingerichtet wurde.

**) Dieser rohe, aber befähigte Soldat war ein Bastard des durch Geiz und Härte bekannten Landgrafen Wilhelm IX. von Hessen-Kassel, der später Kurfürst Wilhelm I. wurde. Seiner Grausamkeit nach hätte Haynau sich sehr gut zu einem mongolischen Heerführer geeignet.



Einnahme des Wiener Thores bei der Erstürmung Ofens.

hatten diesen Massen 141 000 Mann entgegenzustellen, doch ließ sich ihre Streitmacht noch vermehren und wenn sie rasch handelten, so war ein Erfolg noch denkbar.

Die Regierung entwarf in Gemeinschaft mit Görgey den Kriegsplan. Mit den Russen, die langsam heranrückten, wollte man sich vorläufig auf keinen entscheidenden Kampf einlassen; ein Korps an der oberen Theiß sollte sich damit beschäftigen, ihnen den Marsch zu erschweren. Görgey dagegen sollte sich mit allen verfügbaren Truppen auf die Oesterreicher stürzen und im Falle des Sieges sogleich nach Wien vordringen. Jellachich konnte Bem überlassen werden. Im Fall der Niederlage an der oberen Donau konnte sich Görgey auf die gewaltige Festung Komorn stützen und Verstärkungen heranziehen. Man dachte im Falle der Niederlage sogar daran, sich mit einer großen Truppenmasse nach Italien zu werfen und von dort aus Oesterreich in den Rücken zu fallen.*)

Görgey, dem der Plan zu gefallen schien, rückte eilends nach Komorn, um die Oesterreicher anzugreifen. Aber der günstige Moment war versäumt, die Oesterreicher waren zu stark. Es gelang zwar Görgey, ein kleines österreichisches Korps bei Csorna zu überfallen und zu schlagen. Aber sein Angriff auf die Oesterreicher auf der Insel Schütt hatte keinen Erfolg; er wurde am 16. Juni geworfen und seine Armee wurde nur durch Klapka, den Kommandanten von Komorn, gerettet, der ihm den Rückzug über die Brücke von Aspod offen hielt. Während die Russen die ungarische Grenze überschritten und die ungarischen Heerhaufen überall zurücktrieben, ward Görgey bei Pered am 21. Juni abermals geschlagen und Raab ward den Ungarn entrissen. Er schrieb nach Pest, Alles sei verloren, man möge ihn seinem Schicksal überlassen und die Regierung solle sich nach Großwardein retten.

In solcher Gefahr erließ Kossuth einen Aufruf zum Aufstand in Masse; die Sturmglocken sollten geläutet werden und jeder gesunde Mann sollte unter die Waffen treten. Die Streitkräfte sollten im Innern des Landes konzentrirt werden. An Görgey wurden die Generale Kiß und Aulich und der Minister Csanyi geschickt, um ihn zum Rückzug nach dem Innern zu veranlassen. Er versprach es, kam aber nicht. Abermals griff er an und wenn er auch am 2. Juli in der Schlacht von Acs vor Komorn die Oesterreicher zurückwarf, so ward seine Lage doch immer bedenklicher. Jetzt kam ein Befehl von Kossuth an, wonach Görgey des Oberkommandos wegen seines Ungehorsams enthoben wurde; an seine Stelle sollte Meszaros treten. Görgey sollte Kriegsminister bleiben. Aber der eben siegreiche

*) Dieser letztere Plan war die Ausgeburt einer überreizten Phantasie.

und in der Schlacht verwundete Görgey ließ sich von den ihm ergebenen Offizieren durch eine Art Revolte „zwingen," den Befehl über das Heer zu behalten und das ihm lästige Kriegsministerium fallen zu lassen. Die Regierung sah sich genöthigt, in der Noth des Augenblicks nachzugeben.

Befehle über Befehle ergingen an Görgey, von Komorn abzuziehen und seine unheilvollen und hartnäckigen Versuche, die überlegenen Oesterreicher auf dem rechten Donau-Ufer durchbrechen zu wollen, aufzugeben. Görgey gehorchte nicht. Er gerieth darüber sogar mit seinem Freunde Klapka in Streit.*) Am 11. Juli griff er noch einmal an, um in einem blutigen Gefechte geworfen und unter die Kanonen von Komorn zurückgetrieben zu werden. Jetzt erst entschloß er sich zum Abmarsch und zwar auf dem linken Donau-Ufer, nachdem ihm die Rückzugslinie durch das Vordringen der Russen abgeschnitten zu werden drohte. In Komorn ließ er Klapka mit 18 000 Mann zurück.**)

Am 13. Juli war Görgey von Komorn abgezogen; inzwischen hatte Kossuth mit der Regierung, dem Reichstag und der Banknotenpresse Pest räumen müssen. Die Oesterreicher rückten dort wieder ein und Haynau bedrohte die unglücklichen Einwohner mit Mord und Brand. Selbst in den Kämpfen der halbindianischen Gauchos in Südamerika ist eine so rohe und blutdürstige Sprache nicht vorgekommen, wie in Haynau's Armeebefehlen.

Der Aufstand in Masse war im Gang; immer neue Schaaren eilten kampfbereit unter die Fahnen der Ungarn. Aber es kam nicht, wie der Plan der ungarischen Regierung war, zu einer Konzentration der Kräfte. Görgey schlug sich in einigen Gefechten mit den Russen bei Waitzen glücklich durch und erreichte über Miskolz in weitem Bogen Großwardein. Jellachich, der wieder vorgedrungen, wurde am 14. Juli von den Generalen Guyon und Vetter bei Hegyes in die Flucht geschlagen und weit nach Süden zurückgeworfen, so daß die Ungarn das von den Oesterreichern zernirte Peterwardein entsetzen konnten. Diese mächtige Festung bildete für die Ungarn einen ebenso starken Stützpunkt im Süden, wie Komorn im Westen und Arad im Osten.

---

*) Kossuth schreibt dem General Klapka einen römischen Charakter zu. Später scheint Klapka diesen römischen Charakter abgelegt zu haben, sonst hätte er sich nicht 1866 mit Bismarck eingelassen.

**) Selbst den österreichischen Militärschriftstellern, die bezeichnender Weise für Görgey gegen Kossuth Partei nehmen, ist es „nicht genügend aufgeklärt," warum Görgey nicht von Komorn abzog. Siehe das von einem Offizier, der offenbar den Feldzug mitgemacht hat, verfaßte Werk: „Der Feldzug in Ungarn und Siebenbürgen im Sommer des Jahres 1849."

Es gelang nicht, die ungarischen Streitkräfte rechtzeitig bei Szegedin zusammenzuziehen, wie beabsichtigt war. Haynau rückte auf Szegedin und nahm es am 3. August ein; der Reichstag, der in Szegedin die Emanzipation der Juden beschlossen hatte, war nach Arad geflohen, das die Ungarn erobert hatten. Am 2. August erst gelangten die sehr langsam vorrückenden und in den unwirthlichen Theißgegenden durch Mangel und Krankheiten großen Verlust erleidenden Russen nach Debreczin. Der Feldmarschall Paskiewitsch, der Besieger des unglücklichen Polen, griff dort mit 60 000 Mann den ungarischen General Nagy Sandor an, der nur über 10 000 Mann verfügte. Görgey, der in der Nähe stand, ließ Nagy Sandor in der Klemme stecken und dieser wurde nach heldenmüthigem Kampfe bis zur Vernichtung geschlagen.*) Zwei Tage darauf wurde Dembinski von Haynau bei Szöreg besiegt und gegen Arad zurückgeworfen. Während all dieser Bewegungen marschirte Görgey zwecklos umher und die ungarischen Korps wurden einzeln geschlagen. Görgey stand um diese Zeit schon in Unterhandlung mit den Russen, wie die Oesterreicher sagen, „um Zeit zu gewinnen.“**)

Inzwischen hatte Bem in Siebenbürgen mit wechselndem Glücke gekämpft; schließlich erlag er den vereinigten Russen und Oesterreichern. Nachdem die Russen unter Lüders den Rothenthurmpaß erstürmt, wurde Bem am 31. Juli bei Schäßburg geschlagen.***) Er trieb die Russen noch einmal bei Hermannstadt zurück, wurde aber von der Uebermacht der Austro-Russen völlig überwältigt und erschien mit den Trümmern seines Heeres am 9. August vor Temesvar, wo er sich mit Dembinski vereinigte. Görgey erschien auch bei dem bevorstehenden Entscheidungskampfe nicht; er war jetzt in Arad eingetroffen.

Das von den Oesterreichern tapfer vertheidigte und von den Ungarn unter Vecsey furchtbar bombardirte Temesvar war seinem Falle nahe; Dembinski, der den Befehl hatte, auf Arad zu rücken, wollte jedenfalls, wenn der Entsatz von Temesvar nicht verhindert werden konnte, das Belagerungskorps an sich ziehen. Er hatte seine Reserve-Munition schon

*) Nagy Sandor hatte immer behauptet, Görgey wolle ihn und sein Korps absichtlich zu Grunde richten. Auch hatte Nagy Sandor einmal offen gesagt, wer es wage, nach einer Militärdiktatur zu schielen, werde in ihm seinen Brutus finden. Das hatte Görgey jedenfalls sich gemerkt.

**) Siehe Feldzug in Ungarn &c., S. 409.

***) In dieser Schlacht verschwand der berühmte ungarische Dichter Petöfi, der Bem's Adjutant war. Seine Gattin harrte nicht lange seiner, bis sie sich wieder vermählte. Hoffentlich hat er den Schlachtentod gefunden, den er sich in einem seiner feurigsten Gedichte gewünscht, und hat nicht in einem sibirischen Bergwerke vermodern müssen.



Flucht der Ungarn nach der Schlacht von Temesvar.

nach Arad geschickt; eine Schlacht wollte er vermeiden, denn seine Truppen waren gänzlich erschöpft. Der mit Uebermacht ungestüm herandringende Haynau bot Alles auf, den vorsichtigen Dembinski in eine Schlacht zu verwickeln. Als Bem angekommen war und den Oberbefehl übernommen hatte — Kossuth hatte ihm den Befehl über sämmtliche Truppen im Banat übertragen — begann sofort die Schlacht, die für Ungarns Schicksal entscheidend wurde.

Zwischen Bem und Dembinski fand vorher eine merkwürdige Unterredung statt, die wir hier ihrem ganzen Inhalte nach wiedergeben wollen:*)

Dembinski: „Was gedenkst Du zu thun?"

Bem: „Eine Schlacht zu liefern und vorwärts zu gehen. Du gehst immer rückwärts; da sind wir bald aus dem Lande gejagt."

Dembinski: „Die Truppen sind von dem ungeheuren Marsche ermüdet und ausgehungert; unsere Pferde können die Reiter nicht mehr tragen. Ein Kampf in diesem Augenblick würde den unausbleiblichen Untergang der Armee nach sich ziehen."

Bem: „Die Zeit zum Essen und zum Ausruhen wird sich wohl nach dem Siege finden." (Ertheilt der Artillerie Befehl zum Aufprotzen.)

Dembinski (steckt den Säbel in die Scheide): „Adieu Bem!"

Bem: „Du wirst mich doch jetzt nicht verlassen; ich habe Dir die Führung des rechten Flügels zugedacht."

Dembinski: „Verantworte Du allein, was Du thust!" —

Von österreichischer Seite wird bezeugt, Bem's Erscheinen habe das Vertrauen bei den Ungarn zurückgeführt und dies habe sich in überraschender Weise kund gethan.

Die Ungarn zählten 50 000 Mann mit 120 Geschützen, die Austro-Russen 70 000 Mann mit 150 Geschützen.

Bem, der Geschützmeister von Ostrolenka, griff mit einem furchtbaren Artilleriefeuer an und brachte die österreichischen Kolonnen in Verwirrung. Darauf begann er die Oesterreicher zu überflügeln. Die ungarische Kavallerie unter dem verwegenen Guyon warf in wildem Anprall den linken Flügel der Oesterreicher; im Zentrum wichen Russen und Oesterreicher vor dem „strahlenförmigen Leuchten" der ungarischen Kanonen. Bem sandte schon einen Kourier mit der Siegesnachricht nach Arad ab. Aber gerade im kritischen Moment ging den Ungarn die Munition aus; die Reserve-Munition und das gesammte Material waren ja nach Arad gesandt worden.

*) Siehe „Chronik der Magyaren" von Philipp Korn, Hauptmann in der Kaschauer deutschen Legion, Band II: „Die Russen in Ungarn und die Ungarn in Deutschland."

Bem hatte die Munition nach dem Schlachtfelde zurückbeordert, aber sie war noch nicht da. „Lassen Sie nur die Tempos machen, bis Munition kommt," rief er dem Kommandanten der Artillerie zu. Doch die Munition erschien nicht, dagegen kam den Oesterreichern Fürst Lichtenstein mit seinem Armeekorps zu Hülfe und das entschied die Schlacht. Lichtenstein nahm den geworfenen linken Flügel der Oesterreicher auf und warf nun die ungarische Kavallerie zurück. Die tapferen Husaren konnten den Stoß nicht mehr aushalten; sie waren übermüdet, ausgehungert und ihre Pferde sanken in die Kniee. „Ein Schluck Wein für jeden Husaren hätte Ungarn gerettet," seufzte Guyon. Haynau ließ auf der ganzen Linie vorrücken; die Ungarn wurden von der Uebermacht geworfen und die Niederlage war eine völlig vernichtende. Die Ungarn flohen nach allen Seiten auseinander. Temesvar war entsetzt.

Der 9. August bedeutete das Ende der ungarischen Erhebung. Bis hierher war es ein Kampf mit Ehren; man war der Uebermacht unterlegen. Die Schmach sollte jetzt erst kommen.

Kossuth hatte vergeblich die europäischen Mächte um Hülfe gegen die Russen angerufen. Der Durchlaß russischer Truppen durch preußisches Gebiet bewies, daß die reaktionären Gewalten einig waren, denn sie sahen sich durch die Siege der Ungarn bedroht. Kossuth hatte seine Gesandten im Auslande angewiesen, nicht mehr von „alten Rechten" oder von „Humanität" und „Zivilisation" zu sprechen. „Stellen Sie vor," schrieb er, „was hier jeden Tag geschieht, und lassen Sie es eine Warnung sein für die Völker des Westens, denn nach uns kommt die Reihe an sie! Bezeugen Sie nur, daß die Russen nichts als Zerstörung ausüben, daß sie die Ernten niedermähen, daß sie plündern, daß sie Weiber und unbewaffnete Männer mißhandeln und Feind und Freund berauben. Und vor Allem bezeugen Sie, daß sie friedliche und geweihte Stätten betreten mit der Brandfackel in der Hand, und daß sie Alles, was sie auf dem Wege finden, in Asche legen!"

Aber die europäische Diplomatie hörte diesen Nothschrei kaltlächelnd an. Ohne sich zu rühren, sah sie zu, wie in Ungarn durch die russischen Mordbrenner-Horden die „Ordnung" wieder hergestellt wurde. Haynau war freilich ein würdiger Bundesgenosse der Russen.

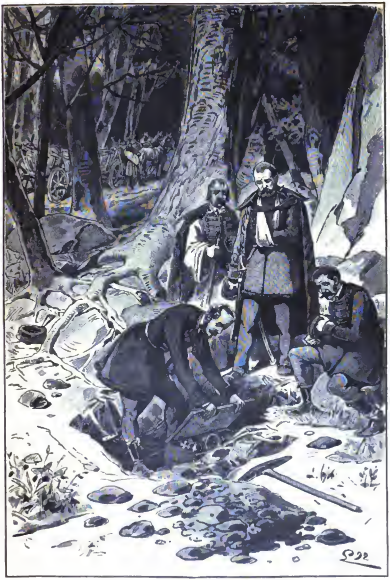
In den Worten Kossuth's liegt heute noch eine furchtbare Mahnung. Wehe den Völkern des Westens, wenn wirklich „die Reihe an sie kommt." Dann wird es sich schrecklich rächen, daß Polen und Magyaren bei ihren Kämpfen gegen die Moskowiter verlassen geblieben sind, und die bitterste Reue werden mit den deutschen Kosaken jene verblendeten Bourgeois-Republikaner an der Seine empfinden, die sich nicht schämen, nur um

ihren chauvinistischen Thorheiten zu fröhnen, mit den Knutenträgern zu fraternisiren. —

In Arad hielten die Häupter der ungarischen Erhebung einen letzten Kriegsrath. Bem hatte zwar einen ermuthigenden Brief geschickt, in dem er meldete, er wolle mit Guyon die flüchtigen Truppen wieder sammeln, es stehe noch nicht so schlimm. In der That aber war die Sache der Ungarn verloren und die Regierung hatte im Moment keine andere Stütze als Görgey. Sie befahl ihm, die Flüchtigen sammeln zu helfen; er gehorchte wieder nicht und ordnete den Rückzug hinter die Maros an, ließ also auch in diesem furchtbaren Augenblick die Anderen im Stich. Er trat als Diktator auf, als er sah, daß der Regierung keine Macht mehr zur Verfügung stand. Er ließ seinem Haß gegen Kossuth nun freien Lauf. „Hätte eine Macht in der Nähe gestanden," so schrieb Kossuth später von Widdin aus, „die ich ihm auch nur scheinbar entgegenstellen konnte, so nahm ich ihn vor seiner Front mit eigenen Händen gefangen, oder ließ mich in Stücke hauen. Doch ich war allein, ja wohl, noch ärger als allein."

Man beschloß, Görgey zu einer Unterhandlung mit den Russen zu ermächtigen; die Aufrechterhaltung der ungarischen Verfassung sollte als Grundlage dienen. Aber Görgey wies dies zurück und verlangte schriftlich die Abdankung der Regierung und die Militär-Diktatur für sich. So klein war die Seele dieses sonst so groß angelegten Mannes, daß er nicht einmal seinen Ehrgeiz zügeln konnte, während das unabhängige Ungarn in den letzten Zügen lag. Kossuth machte einen schweren Kampf mit sich durch. Seine Gefährten redeten ihm zu, Görgey zu willfahren. „Willigte ich nicht ein," sagt er, „und das Vaterland ging zu Grunde, so mußte meinen Namen in der Geschichte, meine Seele im Leben stets der Gedanke drücken, daß vielleicht Görgey etwas für das Vaterland hätte retten können und daß er durch mein Festhalten an der Gewalt daran verhindert worden wäre." — So kam der Beschluß zu Stande, Görgey die Militärdiktatur zu übertragen. Kossuth verkündigte diese verzweifelte Maßregel in einer Proklamation, d. d. Arad, 11. August, in welcher gesagt war, daß man nur noch von einem General an der Spitze einer Armee etwas erwarten könne. Indem er dem General Görgey die oberste Militär- und Zivilgewalt übertrage, mache er ihn vor Gott, vor der Nation und vor der Geschichte verantwortlich, daß er diese Gewalt nach bester Kraft zur Rettung der nationalen und staatlichen Selbständigkeit des armen Vaterlandes anwenden werde.

Kossuth begab sich darauf zu den anderen Truppentheilen und als er bald darauf sah, daß Alles verloren war, wandte er sich nach der



Kossuth vergräbt die ungarischen Kroninsignien.

türkischen Grenze. Görgey hatte, als Kossuth schon fort war, zu ihm gesandt, um die Krone des heiligen Stefan von ihm zu verlangen. Kossuth lieferte ihm aber die Reichsinsignien nicht aus, sondern vergrub sie in der Nähe von Orsowa, wo sie im Jahre 1853 von den Oesterreichern entdeckt wurden. Dieser Fetischdienst mit der Stefanskrone ist einer der charakteristischen Züge des nationalen Magyarenthums.

Görgey hatte die Diktatur nur übernommen, um sein Werk, die Niederlage Ungarns, zu vollenden. Er wolle, sagte er in seiner Proklamation, die Opfer erleichtern, Verfolgungen, Grausamkeiten und Morde vermeiden. Sein Rath sei, daß sich die Bürger ruhig zurückziehen und sich nicht in Widerstand und in Schlachten mengen. Was Gott auch verhängen möge, es müsse mit männlicher Entschlossenheit getragen werden.

Die Zurückweisung der bürgerlichen Elemente, namentlich aber die Anrufung Gottes, bildeten eine vortreffliche Einleitung zu dem, was nunmehr geschah.

Noch an demselben Tage, am 11. August, schrieb Görgey an den russischen General Rüdiger und erbot sich, „unbedingt" die Waffen zu strecken, jedoch nur vor russischen Truppen. Er vertraue auf die vielgepriesene Großmuth des Zaren.*) Aber bevor er sich vor österreichischen Truppen auf Gnade und Ungnade ergebe, wolle er lieber in einer verzweifelten Schlacht sich vernichten lassen. Er erbot sich, nach Vilagos zu marschiren, um sich dort von den Russen einschließen und von den Oesterreichern trennen zu lassen.

Paskiewitsch, welcher die Unterhandlungen mit Görgey noch am 8. August abgebrochen hatte mit der Forderung, Görgey müsse sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen, war nun befriedigt. Er nahm Görgey's Anerbieten an und dessen Armee streckte am 13. August bei Vilagos die Waffen. Es waren 23 000 Mann mit 130 Geschützen. Auch die Festung Arad unter Damjanich ergab sich an die Russen. Paskiewitsch schrieb an den Zaren: „Ungarn liegt zu den Füßen Eurer kaiserlichen Majestät!"

Die Oesterreicher waren bei Vilagos zu spät gekommen.

Nach der Kapitulation von Vilagos ergaben sich nacheinander die noch im Felde stehenden einzelnen Korps der Ungarn. Die meisten Führer, wie Bem, Dembinski, Vetter, Guyon und Perczel waren so klug, sich mit Kossuth in die Türkei zu retten. Sie ahnten, daß ihrer der Galgen harrte, wenn sie in die Hände der Oesterreicher fielen. Verräther fanden

*) Ob ihm wohl die von Nikolaus niedergeworfenen Polen diese Großmuth so viel gerühmt hatten?



Kapitulation von Vilagos.

sich. Der ungarische Finanzminister Duschek floh mit dem ungarischen Staatsschatze, der mehrere Millionen Gulden in Gold und Silber betrug, zu den Oesterreichern. Mit dieser Summe kaufte er sich von dem Galgen los. Dafür blieben die ungarischen Flüchtlinge in der Türkei fast gänzlich mittellos.

Unter Görgey's Truppen herrschten ähnliche Illusionen, wie unter der Besatzung von Rastatt. Sie waren der Meinung, Görgey habe ihnen den russischen Schutz gesichert und sie könnten frei in ihre Heimath zurückkehren. Es wurde sogar geglaubt, Rußland würde nunmehr seine Waffen gegen Oesterreich wenden, um Ungarn für sich in Besitz zu nehmen. Man machte den Russen kein Kompliment, indem man ihnen dies zutraute, aber man glaubte daran. Daß Görgey selbst an diese Absurdität glaubte, ist kaum anzunehmen, wenn er gleich Kossuth die Stefanskrone abgefordert hat.

Die schon erwähnte österreichische Schrift*) sagt in dieser Angelegenheit:

„Ist es möglich, daß solche Täuschungen in einer Armee Wurzel fassen und zur Ueberzeugung werden konnten, ohne Wissen und Willen des Führers — ist es möglich, daß sie fortbestehen konnten, ohne durch diesen angeregt, gehalten und genährt zu werden? — Mit der Mehrzahl der Bevölkerung Ungarns muß man wider Willen auf das Urtheil gerathen, daß Görgey — sei es aus Kurzsichtigkeit in Sachen der Politik, sei es aus Eigensinn und Stolz — die Täuschung in seinen Schaaren zu erhalten wußte, um ihre Waffenstreckung vor der russischen Armee absichtlich herbeizuführen und dadurch wenigstens seine Person vor der verdienten Todesstrafe zu retten, denn es war natürlich und lag in der Großmuth seiner Gegner gegründet, daß man dem Manne, welcher das Beispiel zur Unterwerfung gab, eine Nachsicht seines Verbrechens zuerkannte."

Also ein k. k. österreichischer Offizier.

Görgey selbst hat im Jahre 1867 die Anklage des Verraths, die seit der Kapitulation von Vilagos unaufhörlich gegen ihn erhoben wurde, beantwortet wie folgt:

„Ihr lehrtet und lehrt noch heute: die Waffenstreckung von Vilagos war ein Akt der Verrätherei. — Eure Lehre ist falsch, denn jene Katastrophe war nur der konkrete, erschütternd wahre Ausdruck der Situation." —

Das Letztere ist ganz richtig. Aber daß jene Situation herbeigeführt wurde, daran trug Görgey die Schuld durch sein Verhalten gegenüber der ungarischen Regierung.

---

*) Feldzug in Ungarn und Siebenbürgen im Jahr 1849, Seite 415.

Was er gethan, ist kein Verrath im gewöhnlichen Sinne des Wortes; die Anschuldigung, daß er bestochen gewesen, halten wir für albern. Aber daß er aus Ehrgeiz, aus kleinlichem Haß, aus engherzigem Vorurtheil gegen demokratische und republikanische Bestrebungen die Niederlage seines Volkes herbeiführen half, das ist die Schuld, die auf ihm lastet und von der ihn Ungarn bis heute nicht freigesprochen hat.

Die gefangenen Ungarn wurden natürlich von den Russen an den Wütherich Haynau ausgeliefert.

Die Orgien der Rache konnten aber noch nicht beginnen, denn noch flatterte das ungarische Banner von den Zinnen von Komorn, wo der tapfere Klapka befehligte, während Peterwardein sich ergeben hatte. Görgey schrieb an Klapka am 16. August und suchte sein Verhalten zu rechtfertigen. Es heißt in diesem Briefe: „Bis jetzt wurden wir so behandelt, wie es der brave Soldat vom braven Soldaten erwarten mußte. Erwäge, was Du thun kannst und sollst."*) Aber Klapka steckte den Kopf nicht in die Schlinge. Er hatte das schwache Zernirungskorps geschlagen, sein Heer verstärkt und wollte gerade nach Oesterreich einfallen, nachdem er an Kossuth geschrieben, daß er sein Heer im Felde auf 30 000 Mann bringen könne und daß nach den Berichten russischer Generale Haynau und Paskiewitsch den Winter fürchteten, daß man also den Krieg bis dahin hinausziehen müsse. Da kam die Kunde von Vilagos an und der Einfall nach Oesterreich mußte unterbleiben.

Klapka, von den Oesterreichern hart belagert, trotzte aller Gewalt und List bis zum 27. September und übergab die Festung nicht eher, als bis er für sich und seine Mannschaften freien Abzug gesichert hatte. Am 2. Oktober streckte die tapfere Besatzung von Komorn die Waffen; das letzte Bollwerk der Ungarn war gefallen.

Ganz Ungarn wurde nun in Belagerungszustand erklärt und Standgerichte eingesetzt. Die Gefängnisse füllten sich und die Prozesse begannen. Wenn schon die österreichische und russische Kriegführung barbarisch gewüthet hatte**), so stürzte sich jetzt die „Hyäne von Brescia" auf die gefangenen Häupter der Erhebung. Die Standgerichte sprachen Todes-

*) Klapka, in dessen Memoiren sich dieser Brief findet, erklärt, daß alle anderen, in öffentlichen Blättern erschienenen Briefe Görgey's an ihn erdichtet seien.

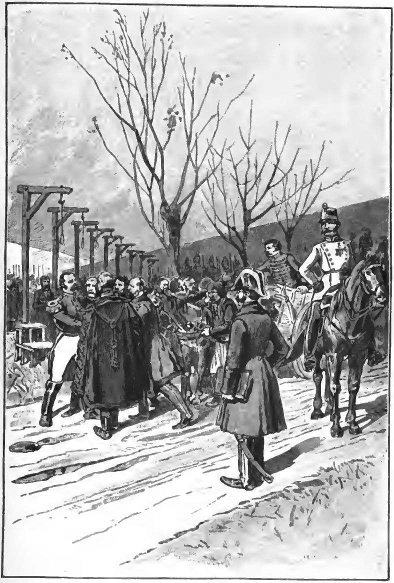
**) Eine kleine Probe aus dem mehrerwähnten Werke eines österreichischen Offiziers mag genügen. Beim Kampfe im Baranyer Komitat wurde Fünfkirchen, das vom ungarischen Landsturm besetzt war, mit Sturm genommen. „Der Landsturm," heißt es in jenem Buche, „floh in wilder Hast. Bei der Verfolgung wurden Viele ereilt und ein großer Theil derselben sogleich hingerichtet."

urtheile in Masse aus; der gierige österreichische Fiskus zog die Güter der Verurtheilten, unter denen sich sehr reiche Grundbesitzer befanden, mit Behagen ein. Daß so viele Häupter der Bewegung nach der Türkei entkommen, machte der blutgierigen Camarilla großen Kummer und Oesterreich wie Rußland forderten die Auslieferung der Flüchtlinge, von denen einige, u. A. Bem und Guyon, zum Islam übergetreten waren. Der Großtürke Abdul Medschid beschämte die beiden „christlichen" Mächte, indem er erklärte, seine religiösen Pflichten gestatteten ihm nicht, die Flüchtlinge auszuliefern. Die Vermittelung Englands und Frankreichs fiel zu Gunsten der Pforte aus. Die Flüchtlinge wurden ins Innere der Türkei gebracht. Kossuth blieb eine Zeit lang in Kleinasien und wurde durch einen amerikanischen Dampfer abgeholt. Er hat Ungarn nie wieder betreten, trotzdem er sein Leben lang der gefeiertste Magyar geblieben ist.

Mit um so größerer Wuth stürzte sich Haynau auf die Opfer, die sich in den Händen seiner Schergen befanden. In Pest wurde zunächst Graf Ludwig Batthyany durch ein empörendes Urtheil zum Tode verdammt. Am 6. Oktober sollte er aufgehängt werden; seine Gattin steckte ihm in der Nacht ein Messer zu, womit er sich am Halse verwundete. Darum wurde er, statt gehängt, „nur erschossen." Haynau war wüthend, daß Batthyany dem Galgen entkommen war. An demselben Tage, den man wahrscheinlich als Todestag Latour's zu diesem Zweck bestimmt hatte, wurden in Arad dreizehn der tapfersten Männer Ungarns, lauter hohe Offiziere, standrechtlich dahingeschlachtet. Neun von ihnen, nämlich Aulich, Vecsey, Török, Lahner, Pölt von Pöltenberg, Nagy Sandor, Knezich, Leiningen und Damjanich wurden an neun Galgen nebeneinander und Einer nach dem Anderen aufgehängt; die vier Anderen, nämlich Kiß, Lazar, Dessewfy und Schweidel wurden „nur" erschossen. Das waren die Opfer, die mit Görgey sich den Russen ergeben hatten. Görgey selbst ward in Klagenfurt internirt; er allein von den gefangenen Häuptern entging dem Strang und der Kugel. Er hat keine öffentliche Rolle mehr übernommen. —

Am 10. Oktober wurden in Pest der Minister Csanyi und der Freiherr von Jeszenak gehängt. Später wurden in Pest noch gehängt: der Präsident der ungarischen Magnatentafel, Sigmund Perenyi, der Abgeordnete Szacsvay, der Finanzrath Csernus, der Fürst Woroniecki; ferner Giron und Abancourt.

Dies sind nur die bekannteren Namen. In ganz Ungarn gab es harte Strafurtheile, auf Tod, auf Einsperrung in die scheußlichen Kerker Oesterreichs, auf körperliche Züchtigung resp. öffentliche Peitschung von



Die Galgen von Arad.

Männern und Frauen.*) Vermögenskonfiskationen erfolgten in unabsehbarer Zahl und über 50 000 Ungarn wurden als Gemeine in die österreichischen Heere gesteckt.

Ein Entrüstungsschrei ging durch Europa; die Theilnahme für die Ungarn war deshalb außerordentlich groß, weil die Opfer vielfach aus der Aristokratie waren. Bei armen Teufeln wäre wohl weniger Aufsehen gewesen. Aber an der Sache ändert das nichts.

Haynau verfiel später in London und in Brüssel einer für ihn sehr gelinden Volksrache; er wurde von dem Volke, namentlich von englischen Matrosen und Hafenarbeitern, tüchtig durchgeprügelt.

Während das unglückliche Ungarn blutig niedergeworfen wurde, senkte sich die Fahne der Freiheit auch an den letzten Orten, wo sie noch aufgepflanzt war. Am 3. Juli erlag Rom nach heldenmüthiger, mehr als zweimonatlicher Vertheidigung unter Giuseppe Garibaldi einem französisch-neapolitanisch-spanischen Angriff, nachdem Bonaparte an der Spitze der französischen After-Republik einen Kreuzzug gegen die römische Demokratie zu Stande gebracht hatte. Der Papst ward wieder eingesetzt und Alles, was an die Republik erinnerte, schonungslos niedergetreten. Venedig, das sich unter dem Diktator Manin tapfer vertheidigte und das ganze Heer Radetzky's aufhielt, kapitulirte am 23. August gegen freien Abzug aller seiner Vertheidiger und somit war die „Ordnung,“ d. h. die alte reaktionäre Wirthschaft, auch in ganz Italien wieder hergestellt.

*) Im englischen Parlament wurde in der Sitzung am 7. Februar 1850 Folgendes als Thatsache mitgetheilt: „Zwei ungarische Damen, die Tochter des Bischofs Haubner zu Raab und Frau von Maderspach zu Rusberg, wurden öffentlich gepeitscht. Die Letztere schrieb: „Ich war noch im Stande, diese Zeilen niederzuschreiben, ohne vor Schande zu vergehen; aber mein Gatte konnte es nicht überleben; er hat sich mit einem Pistolenschuß das Leben genommen.“ (Erwähnt in Klapka's Memoiren, Seite 353.)

Schluß.

Wir haben die deutsche Volksbewegung von 1848 und 1849 entstehen, sich entwickeln und scheitern sehen. Was nachher kommt, die Zeit der Restauration, in welcher die reaktionären Gewalten versuchten, die alten Zustände möglichst wieder herzustellen — das gehört nicht mehr in den Rahmen unserer Darstellung. Die Thaten der Herren an den grünen Tischen hinter den Staats-Kulissen würden eine besondere Bearbeitung erfordern.

Wir wollen nur andeuten, wie sich der Kreislauf der Dinge zu seinem Ausgangspunkte zurück fand, zum Bundestag. Dieser, von dem die Republikaner im Vorparlament so stolz gesagt hatten, er sei eine Leiche, sollte noch einmal auferstehen und noch fünfzehn Jahre leben.

Die preußische Dreikönigsverfassung scheiterte an dem Widerstand Oesterreichs und der Dualismus zwischen Wien und Berlin kam zu schärferem Ausdruck, als Oesterreich und Preußen, nach Niederwerfung der Revolution, kein gemeinsames Interesse mehr hatten. Das Volk kümmerte sich um das ganze widerwärtige Intriguenspiel gar nicht. Zunächst machten Oesterreich und Preußen den Versuch, durch eine Bundes-Zentralkommission aus zwei österreichischen und zwei preußischen Bevollmächtigten ein Interim zu schaffen. Diese Zentralkommission schob endlich die komische Ruine, den Reichsverweser Johann, bei Seite, der mit Ministern und Schreibern eigenmächtig auf seinem Posten geblieben war.*)

Preußen ließ durch das gespenstisch-alterthümliche Erfurter Parlament seine Dreikönigsverfassung beschließen und die sich anschließenden Staaten sollten den Titel „Deutsche Union" führen. Die Gothaer leisteten bei diesem Werke ihre freiwilligen Lakaiendienste, aber die neue Verfassung wurde nicht lebensfähig, denn Oesterreich, dessen diplomatische Künste der Union einen Staat nach dem anderen abspenstig machten, berief nun eine

*) Unter den Reichsschreibern befand sich auch Herr Oechelhäuser, der darüber in seinen jüngst erschienenen Denkwürdigkeiten nicht uninteressante Mittheilungen macht. Nach diesen hat das Sturmjahr 1848 den großen Patrioten Oechelhäuser begeistert, nach einer Reichsschreiber-Karrière zu streben, bei welchem Bestreben er denn auch so lange aushielt, als irgend ein passendes Pöstchen möglich erschien.

außerordentliche Bundes-Plenarversammlung nach Frankfurt behufs einer „Revision der Bundesverfassung." Damit standen sich Preußen und Oesterreich feindselig gegenüber. Das Volk wollte weder von preußischer noch von österreichischer Vorherrschaft in Deutschland etwas wissen; die Erinnerungen an Berlin, Dresden, Baden, Wien und Ungarn waren noch zu frisch.

Preußen setzte dem Frankfurter Kongreß einen Kongreß der Fürsten der Unionsstaaten entgegen, der in Berlin stattfand und auch ein Unionsministerium unter Radowitz einsetzte. Der Streit zwischen Oesterreich und Preußen verschärfte sich, bis Oesterreich endlich offen seine Absicht aussprach, den alten Bundestag wieder herzustellen. Alle deutschen Bundesstaaten wurden eingeladen, sich zur Wiedereröffnung der alten Bundesversammlung am 1. September 1850 in Frankfurt vertreten zu lassen.

Union oder Bundestag — das waren die Gegensätze, die in der deutschen Frage aufeinander stießen. Der preußische Junker Radowitz hielt an der Union fest, weil er hoffte, damit wenigstens angebahnt zu haben, daß ein großer Theil von Deutschland früher oder später in Preußen aufgehen müsse. Oesterreich dagegen, das in seinen reaktionären Zielen immer konsequenter war, erstrebte mit großer Zähigkeit die Wiederherstellung der vormärzlichen Form des Bundes, durch den es sich seinen alten Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten sichern wollte.

Die kurhessischen Verfassungswirren und die schleswig-holsteinische Angelegenheit hätten den Streit zwischen den beiden Mächten beinahe zur kriegerischen Flamme entfacht. Indem Oesterreich für das traurige Gewaltsregiment Hassenpflug's in Kurhessen Partei nahm, lieferte es den Beweis, daß seine Staatsmänner nichts gelernt und nichts vergessen hatten; Preußen aber protestirte gegen diesen Eingriff Oesterreichs, resp. der von diesem nach Frankfurt berufenen Versammlung, in die Verhältnisse Kurhessens und sprach sich das Recht zu, an der Lösung dieser Frage mitzuwirken. Die Sache gedieh so weit, daß beide Theile Truppen in Hessen-Kassel einrücken ließen. Glücklicherweise war kein rechter Ernst in der Sache und es kam nicht so weit, daß Deutsche darum ihr Blut vergießen mußten. Der berühmte bei Bronnzell gefallene Schimmel war das einzige Opfer dieses harmlosen Krieges.

Aus der schleswig-holsteinischen Affaire hatte sich Preußen so bald als möglich gezogen. Es schloß seinen Frieden mit Dänemark und überließ die Schleswig-Holsteiner ihrem Schicksal. Die europäische Diplomatie sprach sich zu London dafür aus, daß die dänische Monarchie wieder herzustellen sei, wie sie vor dem Kriege gewesen. Die Schleswig-Holsteiner, ganz auf sich selbst angewiesen, unterlagen nach tapferem Kampfe. Oesterreich und seine Anhänger behaupteten nun, der Friede von Berlin zwischen

Preußen und Dänemark könne nur durch den wieder hergestellten Bundestag bestätigt werden. Preußen protestirte.

Herr von Radowitz verzweifelte an der Durchführbarkeit seiner Pläne und trat ab. Er wurde durch Manteuffel ersetzt, der sich rasch mit Oesterreich verständigte. Es kam zu der Uebereinkunft von Olmütz, wo Rußland seine Hand im Spiel hatte und Preußen vor Oesterreich zurückweichen mußte. Von Preußen wurde Oesterreich in Kurhessen und Schleswig-Holstein freie Hand gelassen. Alsdann wurde beschlossen, daß freie Konferenzen unter Theilnahme aller deutschen Regierungen stattfinden sollten. Diese sollten die kurhessische und schleswig-holsteinische Frage regeln und die künftige Bundesverfassung berathen.

Diese Olmützer Uebereinkunft wird von den preußischen Liberalen sehr häufig als eine „Schmach" bezeichnet. Wir haben gewiß keinen Grund, die Manteuffel'schen Staatsaktionen zu bewundern oder auch nur irgendwie ihnen das Wort zu reden. Aber uns däucht, in dem Geschrei der preußischen Liberalen über die „Schmach von Olmütz" steckt ein Stück Großmachtskitzel. Denn wenn dadurch die Union des Herrn von Radowitz in die Brüche ging — war das ein so großes Unglück für Deutschland? Ob Schwarzenberg in Wien oder Radowitz in Berlin den Vorrang gewann, das blieb sich ziemlich gleich, denn Beide vertraten eine gleich reaktionäre Politik, und das deutsche Volk, das vor Kurzem versucht hatte, seine Freiheit und Einheit von unten auf zu gestalten, konnte nur wünschen, daß die österreichischen wie die preußischen Projekte gleichmäßig scheiterten.

Die freien Konferenzen zu Dresden entschieden für Kurhessen natürlich zu Gunsten Hassenpflug's und die widerstrebenden Hessen wurden in ihrem „passiven Widerstand" durch sogenannte Strafbayern mürbe gemacht. In Schleswig-Holstein wurde die Entwaffnung der dortigen Armee durch Bundestruppen vorgenommen. Die deutschen Philister vergossen über diese traurige Angelegenheit weit mehr Thränen, als über die verlorenen März-Errungenschaften. Aber es waren Krokodilsthränen wie jene, mit welcher sogenannte deutsche Patrioten die öffentliche Versteigerung der kläglichen „deutschen Flotte" begleiteten, zu welcher Tagelöhner und Näherinnen Kreuzer und Groschen beigesteuert, während die kapitalbesitzenden Patrioten wie gewöhnlich nichts oder sehr wenig gegeben hatten.*)

Auf den Dresdener Konferenzen wurde endlich die alte Bundesverfassung wieder angenommen, mit dem Zusatz, daß Oesterreich mit seinem Gesammtstaate sollte in den Bund eintreten können. Der Bundestag

*) Die einzige Spur dieses Jammerbildes von Flotte blieb der Gehalt von 1000 Thalern, den das deutsche Volk alljährlich noch Herrn Wilhelm Jordan für seine Verdienste um — die Marine zahlen muß.

ward genau so, wie er vor 1848 gewesen, wieder hergestellt. Preußen trat ein und die Union war nicht mehr.

Der Kreislauf war vollendet.

Die Masse des Volkes blieb ganz unbewegt, als der Bundestag, den drei Jahre zuvor der Anprall der Revolution hinweggeschleudert hatte, in seiner ganzen vormärzlichen Herrlichkeit wieder erstand. Den Bauern war es ganz gleichgültig, wie die Bundesverfassung aussah; sie waren bei der Revolution am besten gefahren, denn Alles hatte sich bemüht, ihnen die aus dem Mittelalter gebliebenen Lasten abzunehmen oder deren Ablösung einzuleiten. Der Bauer war ein größerer „Ordnungs"-Fanatiker als der Spießbürger geworden. Die Arbeiter sahen sich geprellt; sie hatten alle Opfer für die Freiheit im bürgerlichen Sinne gebracht und waren brutal zurückgestoßen und niedergeschlagen worden, als sie an Staat und Gesellschaft das Ansinnen stellten, ihr Elend nur einigermaßen zu lindern. Die revolutionären bürgerlichen Elemente befanden sich, soweit sie nicht im Getümmel der Schlacht gefallen oder von den Standrechtskugeln getroffen worden, im Gefängniß oder in der Verbannung. Der Spießbürger war vom „rothen Gespenst" erschreckt und innerlich einem „starken" Säbelregiment gar nicht abgeneigt. Die liberale Bourgeoisie, die sich in der ganzen Bewegung so charakterlos gezeigt hatte, leistete in den parlamentarischen Körperschaften einen schwachen und fast ganz wirkungslosen Widerstand gegen die übergewaltige Reaktion und unterwarf sich nach und nach den herrschenden Strömungen mit wenigen Ausnahmen. Die Bewegung von 1848 hatte mehr Freiheit für die bürgerliche Ausbeutung der Arbeitskraft geschaffen und bei der Steigerung des Unternehmergewinns trösteten sich die liberalen Kapitalisten sehr leicht über den Verlust papierner Freiheiten.

Wir haben gesehen, wie die Bewegung hauptsächlich an den Widersprüchen zu Grunde ging, die sich aus den Klasseninteressen ergaben. Die besiegte Demokratie konnte dies nicht begreifen; sie war der Meinung, an dem Widerstreben der Fürsten sei Alles gescheitert. Sie ließ sich nicht belehren durch das Beispiel Frankreichs, wo sich dasselbe Schauspiel zeigte wie in Deutschland, und wo die Reaktion ebenso unaufhaltsam hereinbrach. Nur daß in Frankreich die Klassengegensätze sich schon schroffer ausgebildet hatten. Sogar in Preußen leistete im ersten Stadium der Bewegung die Fürstengewalt keinen Widerstand. Ein solcher war erst zu verspüren, nachdem der König wieder „gestrammt" war.

Auch nachdem die Reaktion überall die Oberhand gewonnen, sahen sich die herrschenden Gewalten genöthigt, eine Reihe von Zugeständnissen an den „Zeitgeist" zu machen. Im „Zeitgeist" spiegelte sich die Summe der Veränderungen wieder, welche die Revolution in Deutschland bewirkt hatte.

Das „Stück Papier," von dem Friedrich Wilhelm IV. gesagt hatte, es dürfe sich nicht zwischen ihn und den Herrgott im Himmel drängen, blieb doch da und drängte sich zwischen die irdische und die himmlische Gewalt. Was auf diesem Papier geschrieben steht, entspricht nicht dem, was unsere Väter in den Märztagen gefordert, aber die große Veränderung liegt eben darin, daß das Papier überhaupt da ist. Diese Veränderung bildete einen neuen und unerschöpflichen Quell politischen Lebens, in dem die Deutschen die Erfahrungen verwerthen konnten, die sie 1848 gemacht.

Vierzehn Jahre nach den Märztagen erschien der Mann auf dem Kampfplatze, welcher die deutsche Frage seiner Meinung nach mit „Blut und Eisen" gelöst hat. Er fand die Situation günstiger, als Herr von Radowitz mit seiner Union, und nachdem er Oesterreich aus dem deutschen Bunde hinausgeworfen, ließ er im Nordbund die Union neu aufleben. Bismarck hat, wie man aus der Geschichte des Jahres 1848 sieht, keinen einzigen neuen Gedanken mitgebracht; selbst das allgemeine Wahlrecht, auf dessen Bedeutung ihn wahrscheinlich erst Lassalle aufmerksam gemacht, hat er, wie er selbst sagte, „von dem Tische genommen, auf dem es das Frankfurter Parlament hatte liegen lassen." Indem er den Kyffhäuser-Traum des deutschen Liberalismus verwirklichte, hatte er wohl berechnet, daß dieser Liberalismus mit der äußeren Form seines Ideals zufrieden ist und sich um den Inhalt weniger kümmert; darüber hatten ihn die Debatten in der Paulskirche hinreichend belehrt. Nachdem er Napoleon III. besiegt und die Einmischung der Franzosen in die inneren Angelegenheiten Deutschlands beseitigt hatte, ließ er das Deutschland, welches nach dem Ausschlusse Oesterreichs noch übrig geblieben war, in Preußen aufgehen und stellte das Uebergewicht Preußens in der neuen Reichsverfassung auch der Form nach her. Er hat somit nur erfüllt, was die urfeudalen preußischen Junker 1848 schon verlangt hatten, als sie so wüthend gegen das Frankfurter Verfassungswerk protestirten. Aber er schmückte das neue Reich mit einigen relativ unbedeutenden liberalen Institutionen aus und warf dem Liberalismus, der ihm seine Gothaer-Dienste geleistet, den Knochen des „Kulturkampfes" hin, an dem sich der Liberalismus gründlich müde genagt hat. Diese armen Nationalliberalen haben heute noch nicht die lächerliche Rolle begriffen, die sie in der neuesten deutschen Geschichte gespielt haben; sonst würden sie den Mann, der ihnen jenen Knochen hingeworfen, nicht heute noch, nach seinem Sturze, als den „Herkules des Jahrhunderts" feiern.

Die Trümmer der alten Demokratie hat Bismarck bis auf wenige Reste vernichtet; „Fortschritt" und „Freisinn" waren und sind nur ein verblaßter Abklatsch der demokratischen Stürmer und Dränger von 1848

und 1849. Dafür begründete Bismarck das Zeitalter des Militarismus und der Millionär-Züchterei, in welchem selbst dem mausegrauen National-liberalismus die Illusionen zu schwinden drohen.

Aber diese Schöpfung Bismarck's hat den großen sozialen Entwickelungsprozeß unserer Zeit nicht aufhalten können. Der Standpunkt der urpreußischen Junker, die in Süddeutschland nur ein Eroberungsobjekt sahen, ist ebenso unmöglich geworden, wie der jener süddeutschen Partikularisten, welche das preußische Volk mit den preußischen Bureaukraten verwechselten und jedem Preußen mit verbissenem Hasse gegenübertraten. Soweit die deutsche Einheit lebendig wurde, geschah dies nicht durch die politische Zwangsjacke, die Bismarck den Deutschen angelegt, sondern durch die ungeheuren sozialen Umgestaltungen, welche die Neuzeit bewirkt hat. Die moderne Großproduktion läßt sich ihren Verkehr nicht durch „Landesgrenzen“ absperren.

Aus der großen Zerklüftung im kapitalistischen Zeitalter, welches die große arbeitsame Masse enteignet, um Reichthum und Macht in die Hände weniger Bevorrechteten zu legen, ist die moderne soziale Bewegung entstanden, welche den Quell der menschlichen Knechtschaft in der Produktionsform erblickt. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft durch die Besitzer der Produktionsmittel bedingt heute die Abhängigkeit der großen Masse. Die Freiheit wird heute durch die Beseitigung dieses Verhältnisses zu erreichen gesucht und nicht mehr durch papierne Verfassungsbestimmungen.

Für gewisse bürgerliche Parteien, die, vom rothen Gespenst geängstigt, im Sozialismus nur „Umsturzbestrebungen“ erblicken, haben wir in unserer Darstellung Gelegenheit gegeben, zu sehen, wie ihre eigenen Väter sich in Waffen gegen die herrschenden Gewalten erhoben haben.

Wir leben in einer Umgestaltung anderer Art, welche der sich selbst untergrabende Kapitalismus bewirkt, und wir glauben kaum, daß diese Umgestaltung sich der Schablone bürgerlicher Revolutionäre anbequemen wird. Die Zeit der Barrikadenkämpfe ist vorüber.

Aber die Bewegung von 1848 und 1849 bildet eine Epoche der deutschen Geschichte, deren Ziele und Nachwirkungen zu verstehen für den modernen Deutschen unseres Erachtens wichtiger ist, als die genaue Kenntniß von den Erfolgen des Zündnadelgewehrs oder von den Heldenthaten im großen „Kulturkampfe“ gegen Rom.

Und darum haben wir versucht, ein Bild jener Bewegung zu entwerfen.

I.

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen, und verkündigt als Reichsverfassung:

Verfassung des deutschen Reiches.

Abschnitt I. Das Reich.

Artikel 1.

§ 1.

Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes.

Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten.

§ 2.

Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden.

Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.

§ 3.

Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dieses entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen.

§ 4.

Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

§ 5.

Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

Artikel 1.

§ 6.

Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen Staaten aus.

Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§ 7.

Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten.

Auch dürfen dieselben keine besonderen Konsuln halten. Die Konsuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt.

Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.

§ 8.

Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§ 9.

Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Artikel 2.

§ 10.

Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu.

Artikel 3.

§ 11.

Der Reichsgewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§ 12.

Das Reichsheer besteht aus der gesammten, zum Zwecke des Kriegs bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des Reichsheeres wird durch das Gesetz über die Wehrverfassung bestimmt.

Diejenigen Staaten, welche weniger als 500 000 Einwohner haben, sind durch die Reichsgewalt zu größeren militärischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichsgewalt stehen, zu vereinigen, oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen.

Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der betheiligten Staaten, unter Vermittlung und Genehmigung der Reichsgewalt, festzustellen.

§ 13.

Die Reichsgewalt ausschließlich hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole.

Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichsgewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach § 12 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

§ 14.

In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

§ 15.

Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entstehenden Kosten, welche den durch das Reich festgesetzten Friedensstand übersteigen, fallen dem Reiche zur Last.

§ 16.

Ueber eine allgemeine, für ganz Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgesetz.

§ 17.

Den Regierungen der einzelnen Staaten bleibt die Ernennung der Befehlshaber und Offiziere ihrer Truppen, soweit deren Stärke sie erheischt, überlassen.

Für die größeren militärischen Ganzen, zu denen Truppen mehrerer Staaten vereinigt sind, ernennt die Reichsgewalt die gemeinschaftlichen Befehlshaber.

Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der selbständigen Korps, sowie das Personal der Hauptquartiere.

§ 18.

Der Reichsgewalt steht die Befugniß zu, Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke anzulegen und, insoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Festungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfestungen zu erklären.

Die Reichsfestungen und Küstenwertheidigungswerke des Reiches werden auf Reichskosten unterhalten.

§ 19.

Die Seemacht ist ausschließlich Sache des Reiches. Es ist keinem Einzelstaate gestattet, Kriegsschiffe für sich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben.

Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutschen Wehrmacht. Sie ist unabhängig von der Landmacht.

Die Mannschaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte gestellt wird, ist von der Zahl der von demselben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber, sowie über die Kostenausgleichung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten bestimmt ein Reichsgesetz.

Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus.

Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüstung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüstung und Unterhaltung von Kriegshäfen und See-Arsenälen ob.

Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine-Etablissements nöthigen Enteignungen, sowie über die Befugnisse der dabei anzustellenden Reichsbehörden bestimmen die zu erlassenden Reichsgesetze.

Artikel 4.

§ 20.

Die Schifffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln.

Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind.

§ 21.

Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen.

Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern.

§ 22.

Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

§ 23.

In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen.

Eine höhere Belegung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen.

Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse.

Artikel 5.

§ 24.

Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Lauf mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, sowie über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben.

Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.

Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen. Doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf denselben zu erlassen, sowie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleich zu stellen.

Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstraßen anzuhalten.

§ 25.

Alle deutschen Flüsse sollen für deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein. Auch die Flößerei soll auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

§ 26.

Die Hafen-, Krahn-, Wag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinschaftlichen Flüssen und den Mündungen der in dieselben sich ergießenden Nebenflüsse erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt.

Es darf in Betreff dieser Gebühren keinerlei Begünstigung der Angehörigen eines deutschen Staates vor denen anderer deutschen Staaten stattfinden.

§ 27.

Flußzölle und Flußschifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

Artikel 6.

§ 28.

Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, so weit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§ 29.

Die Reichsgewalt hat das Recht, so weit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlagen von Eisenbahnen zu bewilligen, sowie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei.

§ 30.

Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen.

§ 31.

Die Reichsgewalt hat über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung, so weit es der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind.

§ 32.

Die Reichsgewalt hat das Recht, so weit sie es zum Schutze des Reiches oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, zu verfügen, daß Landstraßen und Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde.

Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den betheiligten Einzelstaaten durch die Reichsgewalt.

Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichswegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

Artikel 7.

§ 33.

Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle.

Die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten.

Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen.

§ 34.

Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, sowie über gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchssteuern. Welche Produktions- und Verbrauchssteuern gemeinschaftlich sein sollen, bestimmt die Reichsgesetzgebung.

§ 35.

Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Produktions- und Verbrauchssteuern geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen, das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt.

Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

§ 36.

Auf welche Gegenstände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, und welche Bedingungen und Beschränkungen dabei eintreten sollen, wird durch die Reichsgesetzgebung bestimmt.

§ 37.

Die einzelnen deutschen Staaten sind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.

§ 38.

Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schifffahrt, und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

§ 39.

Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 40.

Erfindungspatente werden ausschließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgesetzes ertheilt; auch steht der Reichsgewalt ausschließlich die Gesetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunstwerken, Fabrikzeichen, Mustern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geistigen Eigenthums zu.

Artikel 8.

§ 41.

Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole.

Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Kurse im Interesse des allgemeinen Verkehrs zu ordnen.

§ 42.

Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden.

§ 43.

Die Reichsgewalt hat die Befugniß, insofern es ihr nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten.

§ 44.

Die Reichsgewalt ist befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen, oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben.

Weitere Bestimmungen hierüber, sowie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr sind einem Reichsgesetz vorbehalten.

Artikel 9.

§ 45.

Die Reichsgewalt ausschließlich hat die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Münzwesen. Es liegt ihr ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen.

Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.

§ 46.

Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maß und Gewicht, sowie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen.

§ 47.

Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

Artikel 10.

§ 48.

Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichswegen ausgeführt werden, sind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reiches zu bestreiten.

§ 49.

Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Produktions- und Verbrauchssteuern angewiesen.

§ 50.

Die Reichsgewalt hat das Recht, insoweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen.

§ 51.

Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, sowie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu kontrahiren.

Artikel 11.

§ 52.

Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reiches bestimmt der Abschnitt vom Reichsgericht.

Artikel 12.

§ 53.

Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfassung allen Deutschen verbürgten Rechte oberaufsehend zu wahren.

§ 54.

Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

Sie hat die für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1. wenn ein deutscher Staat von einem anderen deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird;
2. wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeinsame Reichsfrieden bedroht erscheint;
3. wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird, und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken ist.

§ 55.

Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind:

1. Erlasse;
2. Absendung von Kommissarien;
3. Anwendung von bewaffneter Macht.

Ein Reichsgesetz wird die Grundsätze bestimmen, nach welchen die durch solche Maßregeln veranlaßten Kosten zu tragen sind.

§ 56.

Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden soll, durch ein Reichsgesetz zu bestimmen.

§ 57.

Der Reichsgewalt liegt es ob, die gesetzlichen Normen über Erwerb und Verlust des Reichs- und Staatsbürgerrechts festzusetzen.

§ 58.

Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimathsrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 59.

Der Reichsgewalt steht es zu, unbeschadet des durch die Grundrechte gewährleisteten Rechts der freien Vereinigung und Versammlung, Reichsgesetze über das Assoziationswesen zu erlassen.

§ 60.

Die Reichsgesetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche die Anerkennung ihrer Echtheit in ganz Deutschland bedingen.

§ 61.

Die Reichsgewalt ist befugt, im Interesse des Gesammtwohls allgemeine Maßregeln für die Gesundheitspflege zu treffen.

Artikel 13.

§ 62.

Die Reichsgewalt hat die Gesetzgebung, soweit es zur Ausführung der ihr verfassungsmäßig übertragenen Befugnisse und zum Schutze der ihr überlassenen Anstalten erforderlich ist.

§ 63.

Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesammtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

§ 64.

Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Rechtseinheit im deutschen Volke zu begründen.

§ 65.

Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichswegen.

§ 66.

Reichsgesetze gehen den Gesetzen der Einzelstaaten vor, insofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur subsidiäre Geltung beigelegt ist.

Artikel 14.

§ 67.

Die Anstellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus.

Die Dienstpragmatik des Reiches wird ein Reichsgesetz feststellen.

Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt.

Artikel 1.

§ 68.

Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.

§ 69.

Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannsstamme nach dem Rechte der Erstgeburt.

§ 70.

Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.

§ 71.

Die Residenz des Kaisers ist am Sitz der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

§ 72.

Der Kaiser bezieht eine Zivilliste, welche der Reichstag festsetzt.

Artikel 2.

§ 73.

Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus.

§ 74.

Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Artikel 3.

§ 75.

Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an und führt den diplomatischen Verkehr.

§ 76.

Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden.

§ 77.

Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.

§ 78.

Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen, sind dem Kaiser zur

Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

§ 79.

Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen.

§ 80.

Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen.

§ 81.

In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, hat der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung von Untersuchungen kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen.

Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichsministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landesministern steht ihm ein solches Recht nicht zu.

§ 82.

Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

§ 83.

Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.

§ 84.

Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Abschnitt IV. Der Reichstag.

Artikel 1.

§ 85.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhause und dem Volkshause.

Artikel 2.

§ 86.

Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.

§ 87.

Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß: Preußen 40 Mitglieder, Oesterreich 38, Bayern 18, Sachsen 10, Hannover 10, Württemberg 10, Baden 9, Kurhessen 6, Großherzogthum Hessen 6, Holstein (Schleswig

f. Reich, § 1) 6, Mecklenburg-Schwerin 4, Luxemburg-Limburg 3, Nassau 3, Braunschweig 2, Oldenburg 2, Sachsen-Weimar 2, Sachsen-Coburg-Gotha 1, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen 1, Sachsen-Altenburg 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Anhalt-Dessau 1, Anhalt-Bernburg 1, Anhalt-Köthen 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß älterer Linie 1, Reuß jüngerer Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe-Detmold 1, Hessen-Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1, zusammen 192 Mitglieder.

So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaat nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause, nämlich: Bayern 20, Sachsen 12, Hannover 12, Württemberg 12, Baden 10, Großherzogthum Hessen 8, Kurhessen 7, Nassau 4, Hamburg 2.

§ 88.

Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt.

In denjenigen deutschen Staaten, welche aus mehreren Provinzen oder Ländern mit abgesonderter Verfassung oder Verwaltung bestehen, sind die durch die Volksvertretung dieses Staates zu ernennenden Mitglieder des Staatenhauses nicht von der allgemeinen Landesvertretung, sondern von den Vertretungen der einzelnen Länder oder Provinzen (Provinzialständen) zu ernennen.

Das Verhältniß, nach welchem die Zahl der diesen Staaten zukommenden Mitglieder unter die einzelnen Länder oder Provinzen zu vertheilen ist, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Wo zwei Kammern bestehen und eine Vertretung nach Provinzen nicht stattfindet, wählen beide Kammern in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit.

§ 89.

In denjenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied in das Staatenhaus senden, schlägt die Regierung drei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit absoluter Stimmenmehrheit wählt.

Auf dieselbe Weise ist in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern senden, in Betreff des letzten derselben zu verfahren.

§ 90.

Wenn mehrere deutsche Staaten zu einem Ganzen verbunden werden, so entscheidet ein Reichsgesetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zusammensetzung des Staatenhauses.

§ 91.

Mitglied des Staatenhauses kann nur sein, wer

1. Staatsbürger des Staats ist, welcher ihn sendet,
2. das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat,
3. sich im vollen Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte befindet.

§ 92.

Die Mitglieder des Staatenhauses werden auf sechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert.

Auf welche Weise nach den ersten drei Jahren das Ausscheiden der einen Hälfte stattfinden soll, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt. Die Ausscheidenden sind stets wieder wählbar.

Wird nach Ablauf dieser drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, so treten, soweit die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, die früheren Mitglieder ein.

Artikel 3.

§ 93.

Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

§ 94.

Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften.

Artikel 4.

§ 95.

Die Mitglieder des Reichstages beziehen aus der Reichskasse ein gleichmäßiges Tagegeld und Entschädigung für ihre Reisekosten. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

§ 96.

Die Mitglieder beider Häuser können durch Instruktionen nicht gebunden werden.

§ 97.

Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häusern sein.

Artikel 5.

§ 98.

Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses des Reichstages ist die Theilnahme von wenigstens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich.

Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§ 99.

Das Recht des Gesetzvorschlages, der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen, sowie der Anklage der Minister steht jedem Hause zu.

§ 100.

Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen.

§ 101.

Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

Ist von dem Reichstage in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Beschluß unverändert gefaßt worden, so wird derselbe, auch wenn die Zustimmung der Reichsregierung nicht erfolgt, mit dem Schlusse des dritten Reichstages zum Gesetz. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

§ 102.

Ein Reichstagsbeschluß ist in folgenden Fällen erforderlich:

1. Wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgesetzen handelt;
2. wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt oder Matrikularbeiträge oder Steuern erhebt;
3. wenn fremde See- und Flußschifffahrt mit höheren Abgaben belegt werden soll;
4. wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden sollen;
5. wenn Handels-, Schifffahrts- und Auslieferungsverträge mit dem Auslande geschlossen werden, sowie überhaupt völkerrechtliche Verträge, insofern sie das Reich belasten;
6. wenn nicht zum Reich gehörige Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiete angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietstheile von der Zolllinie ausgeschlossen werden sollen;
7. wenn deutsche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reiche einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen.

§ 103.

Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1. Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus;
2. Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für den besonderen Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen;
3. die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr:
4. das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reiches und über den Reservefond, sowie über die für Beides erforderlichen Deckungsmittel wird auf dem ersten Reichstage durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeschluß;
5. dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerst dem Volkshause vorgelegt, von diesem in seinen einzelnen Ansätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen;
6. nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, sowie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt;
7. alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses;
8. die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerst dem Volkshause, zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Artikel 6.

§ 104.

Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zusammenkunft wird vom Reichsoberhaupt bei der Einberufung angegeben, insofern nicht ein Reichsgesetz dieselbe festsetzt.

Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden.

§ 105.

Die ordentlichen Sitzungsperioden der Landtage in den Einzelstaaten sollen mit denen des Reichstags in der Regel nicht zusammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgesetz vorbehalten.

§ 106.

Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöst werden.

In dem Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten zu versammeln.

§ 107.

Die Auflösung des Volkshauses hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauses bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge.

Die Sitzungsperioden beider Häuser sind dieselben.

§ 108.

Das Ende der Sitzungsperiode des Reichstages wird vom Reichsoberhaupt bestimmt.

§ 109.

Eine Vertagung des Reichstages oder eines der beiden Häuser durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn sie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als vierzehn Tage ausgesprochen werden soll, der Zustimmung des Reichstages oder des betreffenden Hauses.

Auch der Reichstag selbst, sowie jedes der beiden Häuser kann sich auf vierzehn Tage vertagen.

Artikel 7.

§ 110.

Jedes der beiden Häuser wählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und seine Schriftführer.

§ 111.

Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich. Die Geschäftsordnung eines jeden Hauses bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§ 112.

Jedes Haus prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben.

§ 113.

Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, die deutsche Reichsverfassung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so wahr mir Gott helfe."

§ 114.

Jedes Haus hat das Recht, seine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens im Hause zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung jedes Hauses.

Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen sich dafür entscheidet.

§ 115.

Weder Ueberbringer von Bittschriften, noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§ 116.

Jedes Haus hat das Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geordnet.

Artikel 8.

§ 117.

Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Zustimmung des Hauses, zu welchem es gehört, wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That.

§ 118.

In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungsperiode zu verfügen.

§ 119.

Dieselbe Befugniß steht jedem Hause in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist.

§ 120.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 9.

§ 121.

Die Reichsminister haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden.

§ 122.

Die Reichsminister haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuser des Reichstages in demselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen, oder den Grund anzugeben, weshalb dieselbe nicht ertheilt werden könne.

§ 123.

Die Reichsminister können nicht Mitglieder des Staatenhauses sein.

§ 124.

Wenn ein Mitglied des Volkshauses im Reichsdienst ein Amt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält seinen Sitz im Hause, bis die neue Wahl stattgefunden hat.

Abschnitt V. Das Reichsgericht.

Artikel 1.

§ 125.

Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§ 126.

Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören:

a) Klagen eines Einzelstaates gegen die Reichsgewalt wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Erlassung von Reichsgesetzen und durch Maßregeln der Reichsregierung, sowie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelstaat wegen Verletzung der Reichsverfassung;

b) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhause und dem Volkshause unter sich und zwischen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen;

c) politische und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwischen den einzelnen deutschen Staaten;

d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den Einzelstaaten;

e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung;

f) Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung.

Klagen der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung wegen Verletzung der Landesverfassung können bei dem Reichsgericht nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden können.

g) Klagen deutscher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfassung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Bestimmungen über den Umfang dieses Klagerechts und die Art und Weise dasselbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten;

h) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind;

i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen;

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen;

l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich.

Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweisen sind, wird späteren Reichsgesetzen vorbehalten;

m) Klagen gegen den Reichsfiskus;

n) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten

ist, sowie, wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird.

§ 127.

Ueber die Frage, ob ein Fall zur Entscheidung des Reichsgerichts geeignet sei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.

§ 128.

Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Diesem Gesetze wird auch die Bestimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urtheilsfällung durch Geschworene erfolgen soll, vorbehalten.

Ebenso bleibt vorbehalten: ob und wie weit dieses Gesetz als organisches Verfassungsgesetz zu betrachten ist.

§ 129.

Der Reichsgesetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und Seegerichte zu errichten, sowie Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit der Gesandten und Konsuln des Reiches zu treffen.

Abschnitt VI. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§ 130.

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel 1.

§ 131. (§ 1.*)

Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§ 132. (§ 2.)

Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm Kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

§ 133. (§ 3.)

Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

*) Die in Klammern beigesetzte Zahl bezeichnet die Nummer, welche der Paragraph im Reichsgesetzblatt Nr. 8 bei der amtlichen Publikation der damals beschlossenen Grundrechte hatte.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

§ 134. (§ 4.)

Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeßrechte machen, welcher die Letzteren als Ausländer zurücksetzt.

§ 135. (§ 5.)

Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden, und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§ 136. (§ 6.)

Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reiches.

Artikel 2.

§ 137. (§ 7.)

Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.

Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.

Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

Artikel 3.

§ 138. (§ 8.)

Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Die Verhaftung einer Person soll, außer im Fall der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dem Verhafteten zugestellt werden.

Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben.

Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gericht zu bestimmenden Kaution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet.

Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegbefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§ 156. (§ 26.)

Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksschulen an.

§ 157. (§ 27.)

Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§ 158. (§ 28.)

Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Artikel 7.

§ 159.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden.

Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Korporationen und von Mehreren im Vereine ausgeübt werden; beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disziplinarvorschriften bestimmen.

§ 160.

Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen.

Artikel 8.

§ 161. (§ 29.)

Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht.

Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§ 162. (§ 30.)

Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

§ 163. (§ 31.)

Die in den §§ 161 und 162 enthaltenen Bestimmungen finden auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, insoweit die militärischen Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

Artikel 9.

§ 164. (§ 32.)

Das Eigenthum ist unverletzlich.

Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

Das geistige Eigenthum soll durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden.

§ 165. (§ 33.)

Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.

Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig.

§ 166. (§ 34.)

Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§ 167. (§ 35.)

Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

1. die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben;
2. die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§ 168. (§ 36.)

Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar: ob nur auf Antrag des Belasteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weise, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen.

Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.

§ 169. (§ 37.)

Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes abgeschlossenen Vertrag erworben ist; über die Art und Weise der Ablösung haben die Landesgesetzgebungen das Weitere zu bestimmen.

Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§ 170. (§ 38.)

Die Familienfideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Ueber die Familienfideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

§ 171. (§ 39.)

Aller Lehensverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§ 172. (§ 40.)

Die Strafe der Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden.

§ 173.

Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört.

Artikel 10.

§ 174. (§ 41.)

Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§ 175. (§ 42.)

Die richterliche Gewalt wird selbständig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Ministerialjustiz ist unstatthaft.

Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden.

§ 176. (§ 43.)

Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben.

Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militär-Disziplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand.

§ 177. (§ 44.)

Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amt entfernt, oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden.

Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß erfolgen.

Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

§ 178. (§ 45.)

Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein.

Ausnahmen von der Oeffentlichkeit bestimmt im Interesse der Sittlichkeit das Gesetz.

§ 179. (§ 46.)

In Strafsachen gilt der Anklageprozeß.

Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

§ 180. (§ 47.)

Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§ 181. (§ 48.)

Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein.

Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelstaaten entscheidet ein durch das Gesetz zu bestimmender Gerichtshof.

§ 182. (§ 49.)

Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte.

Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§ 183. (§ 50.)

Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in allen deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar.

Ein Reichsgesetz wird das Nähere bestimmen.

Artikel 11.

§ 184.

Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung:

a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter;
b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates;
c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes;
d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.

§ 185.

Jedes Grundstück soll einem Gemeindeverbande angehören.

Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Artikel 12.

§ 186.

Jeder deutsche Staat soll eine Verfassung mit Volksvertretung haben.

Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich.

§ 187.

Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, bei der Besteuerung, bei der Ordnung des Staatshaushalts; auch hat sie, wo zwei Kammern vorhanden sind, jede Kammer für sich — das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde, der Adresse, sowie der Anklage der Minister.

Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich.

Artikel 13.

§ 188.

Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, so weit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.

Artikel 14.

§ 189.

Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze des Reiches.

Abschnitt VII. Die Gewähr der Verfassung.

Artikel 1.

§ 190.

Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid auf die Reichsverfassung.

Der Eid lautet: „Ich schwöre, das Reich und die Rechte des deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe."

Erst nach geleistetem Eide ist der Kaiser berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen.

§ 191.

Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfassung zu leisten. Das Nähere bestimmt die Dienstpragmatik des Reiches.

§ 192.

Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminister soll ein Reichsgesetz erlassen werden.

§ 193.

Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in den Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt.

Artikel 2.

§ 194.

Keine Bestimmung in der Verfassung oder in den Gesetzen eines Einzelstaats darf mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen.

§ 195.

Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Diese Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden.

Artikel 3.

§ 196.

Abänderungen in der Reichsverfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhaupts erfolgen. Zu einem solchen Beschluß bedarf es in jedem der beiden Häuser:

1. der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder;
2. zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß;
3. einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.

Der Zustimmung des Reichsoberhaupts bedarf es nicht, wenn in drei sich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derselbe Reichstagsbeschluß unverändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungsperiode, welche nicht wenigstens vier Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht mitgezählt.

Artikel 4.

§ 197.

Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden, jedoch nur unter folgenden Bedingungen:

1. die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Gesammtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen;
2. das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten.

Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Zur Beurkundung:

Frankfurt a. M., den 28. März 1849.

(Folgen die Unterschriften der Abgeordneten der National-Versammlung.)

II.

Gesetz,

betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

(Abgedruckt aus dem Reichsgesetzblatt Nr. 13.)

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkündet als Gesetz:

Reichsgesetz
über die
Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

Artikel 1.

§ 1.

Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 2.

Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen;
2. Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallit-Verfahrens;
3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeinde-Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§ 3.

Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden:

Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§ 4.

Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig

erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

Artikel 2.

§ 5.

Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder wahlberechtigte Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat.

Erstandene oder durch Begnadigung erlassene Strafe wegen politischer Verbrechen schließt von der Wahl in das Volkshaus nicht aus.

§ 6.

Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs.

Artikel 3.

§ 7.

In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100 000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§ 8.

Ergiebt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50 000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50 000 Seelen ist unter die andern Wahlkreise des Einzelstaats verhältnißmäßig zu vertheilen.

§ 9.

Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50 000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50 000 Seelen haben, werden mit andern Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel (Anlage A) zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

§ 10.

Die Wahlkreise werden zum Zweck des Stimmenabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

Artikel 4.

§ 11.

Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen.

Der Standort der Soldaten und Militärpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl, wenn derselbe seit drei Monaten nicht gewechselt worden ist. — In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den

Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmung bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§ 12.

In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur Diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Artikel 5.

§ 13.

Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§ 14.

Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen.

Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Male nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 15.

Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§ 16.

Die Wahlen sind im Umfange des ganzen Reichs an einem und demselben Tage vorzunehmen, den die Reichsregierung bestimmt.

Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§ 17.

Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist oder durch Anordnung der Reichsgewalt noch festgestellt werden wird, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Anlage A.

Reichswahlmatrikel.

Zum Zweck der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause werden zusammengelegt: 1) Lichtenstein mit Oesterreich. 1) Hessen-Homburg v. d. H. mit dem Großherzogthum Hessen; — das hessen-homburgische Oberamt Meisenheim auf dem linken Rheinufer mit Rheinbayern. 3) Schaumburg-Lippe mit Hessen-Kassel. 4) Hohenzollern-Hechingen mit Hohenzollern-Sigmaringen. 5) Reuß älterer Linie mit Reuß jüngerer Linie. 6) Anhalt-Köthen mit Anhalt-Bernburg. 7) Lauenburg mit Schleswig-Holstein. 8) Der auf der linken Rheinseite gelegene Theil des Großherzogthums Oldenburg mit Rheinpreußen. 9) Pyrmont mit Preußen.

Frankfurt, den 12. April 1849.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister.
H. v. Gagern. v. Peucker. v. Beckerath. Duckwitz.
R. Mohl.

III.

Gesetz,

betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

(Abgedruckt aus dem Reichsgesetzblatt Nr. 13.)

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 27. März 1849, verkündet als Gesetz:

Reichsgesetz

über die

Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

Die Mitglieder des Staatenhauses und des Volkshauses erhalten ein Taggeld von 7 Gulden rheinisch und eine Reisekostenentschädigung von 1 Gulden für die Meile, sowohl der Hinreise als der Rückreise, und genießen Portofreiheit für alle an sie gelangenden oder von ihnen ausgehenden Korrespondenzen und Drucksachen.

Frankfurt, den 12. April 1849.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.

Die interimistischen Reichsminister
H. v. Gagern. v. Peucker. v. Beckerath. Duckwitz.
R. Mohl.

IV.

Die Standgerichte in Baden.

Wir geben den Wortlaut einiger der standgerichtlichen Urtheile, wie sie meistens in Form von „Warnungen" veröffentlicht worden sind. Stil und Geist dieser Proklamationen sind gleich charakteristisch für die Art und Weise, wie sich die Sieger auf die Besiegten stürzten. Besonders interessant ist, wie der General Hirschfeldt bedauert, daß Kinkel nicht erschossen werden konnte, wie die „Kreuzzeitung" es wünschte. Die merkwürdige Begnadigung des Verurtheilten zum lebenslänglichen Zuchthause konnte diesen General nicht befriedigen, der beiläufig auch den „Verlust der Nationalkokarde" für eine hochwichtige Sache gehalten zu haben scheint.

1.

Zur Warnung! Johann Ludwig Maximilian Dortu aus Potsdam, ehemal. kgl. preußischer Auskultator und Unteroffizier im 24. Landwehr-Regiment, hatte sich aus Anlaß der im Mai d. J. stattgefundenen Staatsumwälzung in dieses Land begeben und war nach dem Einrücken der kgl. preußischen Armee den Truppen seines eigenen rechtsmäßigen Land- und Kriegsherrn, seinen eigenen Waffenbrüdern und Landsleuten mit den Waffen in der Hand feindselig gegenübergetreten. Derselbe wurde daher am 11. Juli c. wegen Kriegsverraths hierselbst vor ein Kriegsgericht gestellt. Das von diesem wider ihn erlassene Erkenntniß ist am gestrigen Tage von mir dahin bestätigt worden, daß der Angeschuldigte wegen Kriegsverraths, unter Degradation zum Gemeinen, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und dem Verluste der Nationalkokarde, mit dem Tode durch Erschießen zu bestrafen. Dies rechtskräftige Urtheil ist heute Morgen um 4 Uhr an dem Angeschuldigten in der Nähe des Kirchhofes von Wiehre vollzogen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Hauptquartier Freiburg, 31. Juli 1849.

Der kommandirende General
des ersten Armeekorps der kgl. preuß. Operationsarmee am Rhein:
v. Hirschfeldt.

2.

Friedrich Neff von Rümmingen im Großherzogthum Baden, 28 Jahre alt, ledig, hatte sich schon bei den früheren hochverrätherischen Unternehmungen durch Schrift und That betheiligt, namentlich bei dem von Struve im September vorigen Jahres unternommenen Umwälzungsversuch durch Plünderung von Staatskassen und andere Verbrechen sich ausgezeichnet. Wegen seiner Theilnahme an dem

dritten hochverrätherischen Unternehmen im Mai d. J. wurde er auf Anordnung des großherzoglichen Kriegsministeriums vor das hiesige Kriegsgericht gestellt. Seine Anschuldigung bestand hauptsächlich darin, daß er die deutschen Flüchtlinge im Auslande zur Unterstützung der Revolution in das Großherzogthum gerufen, dieselben organisirt und vom 5. bis 29. Juni als Bewaffneter mit ihnen den Kriegszug über Heidelberg, Schönau, Heddesbach nach Durlach und Rastatt in der Eigenschaft eines Kriegskommissärs gemacht hat. Auf gepflogene standgerichtliche Verhandlung hat das Kriegsgericht in der am 8. August d. J. abgehaltenen öffentlichen Sitzung erkannt: Friedrich Neff von Rümmingen sei als Anstifter und Theilnehmer bei dem im Großherzogthum Baden im Mai d. J. ausgebrochenen hochverrätherischen Aufruhr mit dem Tode durch Erschießen zu bestrafen. Dieses Urtheil wurde heute früh um 4 Uhr vor den Thoren der Stadt vollzogen.

Freiburg, den 9. August 1849.

v. Hillern,
Major und Kommandeur des 8. Jägerbataillons,
als Präses des Kriegsgerichts.
Bachelin, Untersuchungsrichter.

3.

Karl Höfer, gebürtig aus Brehmen, Amts Gerlachsheim, Volksschullehrer in Altneudorf, betheiligte sich freiwillig als Hauptmann des ersten Aufgebots Altneudorfs, Heddesbachs, Brombachs und der umliegenden Orte bei dem letzten Aufstande. Insbesondere führte er dieses Aufgebot in Verbindung mit Freischaaren am Abend des 21. Juni auf dem Heiligenberg (bei Heidelberg) gegen kgl. preußische Truppen, suchte dasselbe, als es bei der näher rückenden Gefahr sich zurückziehen wollte, durch eine Rede zum Vorrücken anzufeuern, zwang es durch Freischaaren, welche er mit dem Befehle, die Weichenden niederzuschießen, in seinen Rücken stellte, zum Kampfe, und lieferte den erwähnten Truppen ein Gefecht, in welchem zwei Mann seines Aufgebots verwundet wurden und ein Mann desselben getödtet. Karl Höfer wurde daher nach öffentlich und mündlich gepflogener Verhandlung durch Urtheil des Standgerichts vom Gestrigen des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht, sowie der Aufforderung hierzu für schuldig erklärt und deshalb zum Tode mittelst Erschießens verurtheilt. Dies Urtheil wurde am nämlichen Tage, Abends 7³/₄ Uhr, vollzogen.

Mannheim, den 17. August 1849.

Im Namen der Untersuchungskommission des Standgerichts:
v. Hillern.

4.

Warnung. Der ehemalige Professor und Wehrmann in den Freischaaren, Johann Gottfried Kinkel aus Bonn, wurde, weil er unter den badischen Insurgenten mit den Waffen in der Hand gegen preußische Truppen gefochten, durch das zu Rastatt angeordnete Kriegsgericht zu dem Verluste der preußischen Nationalkokarde und statt zum Tode nur zur lebenswierigen Festungsstrafe verurtheilt. Zur Prüfung der Gesetzlichkeit wurde dies Urtheil von mir dem königl. Generalauditoriat übersandt und von demselben als ungesetzlich Er.

Majestät dem König zur Aufhebung überreicht. Allerhöchstdieselben haben jedoch aus Gnaden die Bestätigung des Erkenntnisses mit der Maßgabe zu befehlen geruht, daß Kinkel die zuerkannte Festungsstrafe in einer Zivilanstalt verbüße. Diesem allerhöchsten Befehl gemäß ist von mir das kriegsrechtliche Erkenntniß dahin bestätigt: daß Kinkel wegen Kriegsverraths mit dem Verlust der preußischen Nationalkokarde und mit lebenswieriger, in einer Zivilstrafanstalt zu verbüßenden Festungsstrafe zu bestrafen sei und zum Vollzug des Erkenntnisses die Abführung des Verurtheilten nach dem Zuchthause angeordnet werde, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Freiburg, den 30. September 1849.

Der kommandirende General
des ersten Armeekorps der kgl. preuß. Operationsarmee am Rhein:
v. Hirschfeldt.

V.

Bemerkungen zu dem Bilde: „Das Lager von Baltersweil" auf Seite 589.

Der Offizier zu Pferde in der Mitte ist der jugendliche Oberfeldherr Sigel; der sich fragend an ihn wendet, ist der tapfere Major Köhler vom Leibregiment, der bei Waghäusel mit seinen Geschützen den Rückzug der Revolutionsarmee deckte und sich vor Rastatt bei Muggensturm auszeichnete; rechts neben Köhler Oberst Fuchs und links, zu Fuß, der Kriegskommissär und Schatzmeister, dann Sigel's Trompeter und hinter ihm, zu Pferd, Hauptmann Senger, der beim Treffen von Waghäusel den ersten Kanonenschuß abfeuern ließ. Auch Heinrich Windwart von München, Theilnehmer am Dresdener Aufstand und Freund Robert Blum's, ist auf dem Bilde. (Nach Angaben Sigel's.)

Nachtrag.

Brief des Generals Franz Sigel
an den Verfasser.

In Bezug auf den Aufstand der badischen Republikaner vom April 1848, den sogenannten Heckerzug, ist dem Verfasser ein sehr interessanter Brief von dem in New York lebenden General Sigel zugegangen. Der Brief konnte für die Darstellung des Heckerzuges in diesem Werke*) leider nicht mehr benutzt werden; er erscheint darum im Nachtrage. Die Entstehung und der Verlauf des Heckerzuges werden durch die Schilderung aus der Feder Sigel's, des hervorragendsten militärischen Theilnehmers, in ein neues Licht gerückt.

General Sigel schreibt aus New York unterm 22. Mai 1892:

„Was die Bewegung von 1848 betrifft, so war ich gegen das damalige Zuchtsystem der regulären Armeen, sprach und schrieb dagegen, nahm nach einigen persönlichen Renkontres meinen Abschied**) und bereitete mich für die Universität vor, um die Rechte zu studiren. Die französische Februar-Revolution rüttelte mich auf; ich wurde nach Mannheim gerufen und organisirte dort ein Freiwilligen-Bataillon, das sogenannte Sensen-Korps, das halb mit Gewehren, halb mit Sensen bewaffnet war, weil wir nicht genug Gewehre hatten. Nach der großen Volksversammlung in Offenburg wurde ich von einem Komité des Seekreises eingeladen, die militärische Organisation des Kreises zu übernehmen, was ich auch that. Schon vorher, auf meinem Wege nach Mannheim, hatte ich in Heidelberg dem bekannten Julius Fröbel einen Plan für die Volksbewaffnung vorgelegt, der in einem Heidelberger Blatte veröffentlicht worden ist. Es war damals die Rede von einem deutschen Parlament und man verhandelte

*) Seite 185—206.

**) Sigel war vor 1848 badischer Lieutenant. Er ist 1824 zu Sinsheim geboren.

darüber. Die Idee, die mich begeisterte und für die ich eintrat, war, eine Volksarmee zu schaffen, um dieses Parlament, das die Souveränität des ganzen deutschen Volkes repräsentiren sollte, zu schützen und eventuell dafür zu kämpfen. Ich ging deshalb nach dem Seekreis und fand das Volk bereit, für diese Idee einzustehen. Nach einer Woche waren schon über 400 Mann allein in Konstanz organisirt und bewaffnet — 10 000 Mann waren auf den Beinen, aber nur sehr spärlich bewaffnet — eine oder zwei Wochen länger und wir hätten wenigstens 4—5000 Mann organisirt gehabt. Das württembergische Oberland war in seiner Gesinnung mit uns, ebenso Hohenzollern-Sigmaringen, von wo aus uns Hoffstetter*) 1000 Mann regulärer Truppen zuführen wollte. Alles nahm einen guten Fortgang. Da erschienen plötzlich, nach der ersten Woche, Hecker und Struve, mit ihnen Willich, Doll, Bruhn und Schöninger in Konstanz, um einen „Freischaaren-Zug" zu machen und von dem letzten Zipfel Deutschlands aus die deutsche Republik zu erobern. Die besten Männer des Zentral-Komités, die selbst republikanisch gesinnt waren, widersetzten sich dem voreiligen Unternehmen und ich selbst that alles Mögliche, um Hecker von seinem Vorhaben abzubringen, allein es half nichts. Die Republik wurde proklamirt, Hecker's feurige Rede gewann ihm die Majorität in einer Volksversammlung und der Zug wurde ins Werk gesetzt. Aber von den 400 Mann von Konstanz meldeten sich nur 57 und auch ich war einer davon. Nach dem, was geschehen war, gab ich den Seekreis als verloren auf, da Bayern, Württemberger und selbst Oesterreicher an der Grenze waren, um einzurücken. Sie hätten es vorher nicht gewagt; der revolutionäre Akt gab ihnen jetzt sogleich den Anlaß dazu. Ich ging auf Verlangen Hecker's von Stockach, wo er kaum 300 Mann zusammen hatte, wieder nach Konstanz zurück und folgte ihm mit 150 Mann und zwei Kanonen am nächsten Tage nach. Fünf Tage nachher rückte ich mit 3500 Mann in vier Bataillonen Musketiere und Büchsenschützen und einem Bataillon Sensenmänner in Todtnau ein, dem Orte, der als Sammelpunkt bestimmt war und von wo aus Freiburg angegriffen werden sollte. Fataler Weise jedoch wandten sich Hecker und Willich vorher nach dem Rheinthal und wurden bei Kandern geschlagen; ebenso erging's einer anderen Kolonne. So blieb ich allein und lieferte die Gefechte von Güntersthal und vor Freiburg . . . . . . Die Vorgänge in Freiburg selbst und vor der Stadt kann ich als bekannt voraussetzen und bin nur in die vorhergehenden Einzelheiten eingegangen, weil dieselben meines Wissens niemals richtig

*) Ehemaliger sigmaringenscher Offizier; kämpfte unter Garibaldi 1849 in Rom und war später in schweizerischen Diensten.

dargestellt worden sind. Die Ansicht ist eine irrthümliche, daß im Seekreis nichts geschehen und Hecker und Struve in ihren „Erwartungen" getäuscht worden seien, da man in Volksversammlungen öffentlich davon gesprochen habe, das Volk werde sich auf den Ruf der Führer wie ein Mann erheben und es seien im Seekreis 40 000, ja 80 000 Mann bereit, ins Feld zu rücken! Wie konnte man annehmen, daß der Seekreis, der damals eine Bevölkerung von nicht einmal 200 000 Köpfen hatte, in einigen Tagen oder Wochen 40—80 000 Mann aufstellen könne? Wer rechnen konnte oder wollte, mußte dies doch wissen und durfte sich nicht auf insgeheim erhaltene Nachrichten verlassen . . . . . Der sogenannte Hecker'sche Freischaarenzug war offenbar eine mehr persönliche, als durch die Verhältnisse gerechtfertigte Sache. Durch übertriebene Berichte hat wahrscheinlich Struve seinen heißblütigen Freund Hecker dazu veranlaßt." — — —

Sigel schildert den voreiligen und verhängnißvollen Angriff Struve's vor Freiburg genau so, wie er in unserer Darstellung enthalten ist. Für die Berichtigungen, die derselben im Uebrigen durch den Sigel'schen Brief zu Theil werden, fühlen wir uns dem tapferen Heerführer im nordamerikanischen Bürgerkriege, dem Sieger von Pea Ridge, zu aufrichtigem Danke verpflichtet.

Druckfehler-Berichtigungen.

(Für die Heftausgabe.)

Seite	20,	Zeile	20 und 23	von	oben	lies:	„April“ statt März.
„	104,	„	6	„	„	„	„Heidelberg“ statt Frankfurt.
„	154,	„	18	„	„	„	„schwarz-roth-golden“ statt -gold.
„	216,	„	14	„	„	„	„Bayonnette“ statt Bayonnete.
„	258,	„	17	„	„	„	„ausliefere“ statt auslieferte.
„	265,	„	10	„	„	„	„wilder“ statt wilden.
„	376,	„	4	„	„	„	„Noch war es“ statt aber es war.
„	413,	„	11	„	unten und 414, Zeile 1 von oben lies „Düfar“ statt Düsar.		
„	420,	„	22	„	oben	lies:	„Jedoch“ statt auch.
„	430,	„	16	„	„	und 431, Zeile 3 von oben lies:	„Nikelsdorf“ statt Nikolsdorf und Nikolsburg.
„	538,	„	9	„	unten	lies:	„an feiner Stelle“ statt an feine Stelle.